

Geschäftsbericht 2015



Jahresbericht des Regierungsrats

Anträge	5
Vorwort des Landammanns	6
Gesamtwürdigung	7
Strategie 2010–2018	8
Gesamtübersicht Legislaturziele	9
Nachhaltige Entwicklung Cercle Indicateurs	11
Aussenbeziehungen	12
Kantonsratsgeschäfte	13
Wahlen und Abstimmungen	31

17

Direktion für Bildung und Kultur

Direktionsübersicht	113
Direktionssekretariat	115
Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	119
Kantonsschule Zug	122
Kantonsschule Menzingen	126
Fachmittelschule Zug	130
Amt für gemeindliche Schulen	133
Amt für Berufsberatung	138
Amt für Sport	143
Amt für Kultur	147

Jahresrechnung

Bericht

Detailinformationen

Geldflussrechnung	51
Kennzahlen	52
Laufende Rechnung	
– Total pro Direktion	54
– Saldo pro Amt	55
– Artengliederung	57
Investitionsrechnung	
– Total pro Direktion	61
– Saldo pro Amt	62
– Artengliederung	63
5-Jahresvergleiche	65

20

Volkswirtschaftsdirektion

Direktionsübersicht	151
Direktionssekretariat	154
Amt für Berufsbildung	158
Amt für Brückenangebote	161
Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	165
Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	170
Kaufmännisches Bildungszentrum	174
Amt für Wirtschaft und Arbeit	178
Arbeitslosenkasse	182
Amt für öffentlichen Verkehr	186
Sozialversicherungen	190
Landwirtschaftsamt	191
Amt für Wohnungswesen	195
Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	198
Handelsregisteramt	199
Konkursamt	202

10

Institutionelle Gliederung Gesetzgebende Behörden

1000	Kantonsrat	69
------	------------	----

11

Allgemeine Verwaltung

	Übersicht	71
1100	Regierungsrat	72
1120	Staatskanzlei	73
1126	Staatsarchiv	77
1128	Ombudsstelle	81
1129	Datenschutz	82

15

Direktion des Innern

	Direktionsübersicht	83
1500	Direktionssekretariat	85
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	89
1530	Amt für Wald und Wild	93
1550	Sozialamt	99
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	104
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	108

30

Baudirektion

Direktionsübersicht	205
Direktionssekretariat	207
Tiefbauamt	211
Strassenunterhalt	224
Strassenbau Spezialfinanzierung	225
Kantonsstrassen	226
Nationalstrassen	227
Amt für Umweltschutz	228
Deponienachsorge Spezialfinanzierung	233
Hochbauamt	234
Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	241
Amt für Raumplanung	242

35

Sicherheitsdirektion

Direktionsübersicht	247
Direktionssekretariat	249
Amt für Zivilschutz und Militär	253
Stabsstelle Notorganisation	257
Zivilschutz Spezialfinanzierung	260

Inhaltsverzeichnis

3581	Strassenverkehrsamt	261	5068	Bundessteuern	345
3587	Amt für Feuerschutz	266	5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	346
3590	Zuger Polizei	267			
3592	Amt für Migration	274	61	Richterliche Behörden	
3595	Strafanstalt	277		Übersicht	347
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	280	6101	Kantonsgericht: Verwaltung	348
			6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	349
40	Gesundheitsdirektion		6106	Strafgericht: Verwaltung	350
	Direktionsübersicht	283	6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	351
4000	Direktionssekretariat	285	6111	Obergericht: Verwaltung	352
4005	Amt für Verbraucherschutz	289	6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	353
4021	Rettungsdienst	294	6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	354
4030	Spitäler	298	6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	355
4050	Amt für Gesundheit	299	6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	356
4055	Gesundheitsamt	304	6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	357
4060	Medizinalamt	305	6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	358
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	306	6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	359
			6183	Schätzungskommission	360
50	Finanzdirektion			Bilanz	363
	Direktionsübersicht	311			
5000	Direktionssekretariat	313		Anhang zur Jahresrechnung	371
5001	Finanzkontrolle	318			
5010	Personalamt	321		Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten	
5011	Allgemeiner Personalaufwand	325		Pädagogische Hochschule Zug	389
5020	Finanzverwaltung	326		Interkantonale Strafanstalt Bostadel	393
5022	Allgemeiner Finanzbereich	330		Gebäudeversicherung Zug	395
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	332			
5050	Amt für Informatik und Organisation	333		Separatfonds	399
5060	Steuerverwaltung	338			
5065	Kantonssteuern	344			

Verwendete Abkürzungen

Abs.	Absatz	IR	Investitionsrechnung
Abw.	Abweichung	IT	Informationstechnologie
BD	Baudirektion	KR	Kantonsrat
BGS	Bereinigte Gesetzessammlung (des Kantons Zug)	KRB	Kantonsratsbeschluss
Bst.	Buchstabe	LR	Laufende Rechnung
DBK	Direktion für Bildung und Kultur	OR	Obligationenrecht
DI	Direktion des Innern	PE	Personaleinheit
EG	Einführungsgesetz	RR	Regierungsrat
EP	Entlastungsprogramm	RRB	Regierungsratsbeschluss
FD	Finanzdirektion	SD	Sicherheitsdirektion
FV	Finanzvermögen	SKA	Staatskanzlei
FHG	Finanzhaushaltsgesetz (BGS 611.1)	SR	Systematische Rechtssammlung (des Bundes)
GD	Gesundheitsdirektion	Stv.	Stellvertreter/in
GEVER	Geschäftsverwaltungsprogramm	VD	Volkswirtschaftsdirektion
HRM	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und die Gemeinden	ZGB	Zivilgesetzbuch

Jahresbericht des Regierungsrats

Anträge

Vorwort des Landammanns

Gesamtwürdigung

Strategie 2010–2018

Gesamtübersicht Legislaturziele

Nachhaltige Entwicklung Cercle Indicateurs

Aussenbeziehungen

Kantonsratsgeschäfte

Wahlen und Abstimmungen

Jahresbericht des Regierungsrates
Anträge

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf §§ 41 Bst. g sowie 47 Abs. 1 Bst. f der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 7 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1), §§ 23 und 35 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sowie § 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit den Geschäftsbericht 2015 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

1. auf den Geschäftsbericht 2015, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, einzutreten;
2. den Geschäftsbericht 2015 zu genehmigen;
3. die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
4. die Jahresrechnung 2015 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
5. die Jahresrechnung 2015 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
6. die Jahresrechnung 2015 der Gebäudeversicherung Zug zu genehmigen;
7. die Ressourcenausgleichsreserve von 340 Millionen Franken ins freie Eigenkapital zu übertragen.

Zug, 22. März 2016

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Heinz Tännler
Der Landschreiber: Tobias Moser

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Jahr 2015 war geprägt durch wichtige Abstimmungen, das Entlastungsprogramm 2015–2018 und die nationalen Wahlen. Im Mittelpunkt stand ohne Zweifel die Abstimmung über den Zuger Stadttunnel mit ZentrumPlus. Die Stimmberechtigten des Kantons Zug haben den Objektkredit für die Planung und den Bau des Tunnels am 14. Juni 2015 mit 62,79 Prozent Nein zu 37,21 Prozent Ja abgelehnt und damit nach jahrzehntelangen Diskussionen für Klarheit gesorgt.

In den letzten Jahren sind düstere Wolken am Zuger Finanzhimmel aufgezogen. Aus gutem Grund lancierte der Regierungsrat im Jahr 2014 das Entlastungsprogramm 2015–2018 und verabschiedete im März 2015 ein Massnahmenpaket im Umfang von rund 111 Millionen Franken. Dass die verschiedenen Massnahmen bei den Zugerinnen und Zugern unterschiedlichen Anklang finden würden, war absehbar. In den letzten Jahren konnten nämlich Bevölkerung, Kanton und Gemeinden von den grossen Steuererträgen profitieren. Vieles war in dieser Zeit möglich, weil der Kanton, die Gemeinden und die Bevölkerung sich dies leisten konnten. Nun haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen stark verändert, Sparen wird unumgänglich sein.

Die Zukunftsaussichten sind herausfordernd. Der internationale Standortwettbewerb wird zunehmend härter, wesentliche Mehreinnahmen bei den Steuern sind nicht erkennbar. Dagegen steigen die Beiträge an den Nationalen Finanzausgleich weiter an. Trotzdem muss eine ausgeglichene Rechnung unser Ziel sein. Der Regierungsrat hat daher entschieden, die Finanzstrategie zu überarbeiten und mit dem Projekt «Finanzen 2019» das strukturelle Defizit abzubauen. Auch die «ZFA Reform 2018» sowie das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» sollen einen Beitrag an dieses Ziel leisten.

Der vorliegende Bericht gilt als Leistungsausweis der behördlichen Arbeit des Regierungsrats und der kantonalen Verwaltung des vergangenen Jahres. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung, meiner Ratskollegin und meinen Ratskollegen und allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten für ihren Einsatz zugunsten eines erfolgreichen Kantons Zug.

Heinz Tännler
Landammann 2015/2016

In Kürze

Ein achtsamer Umgang mit den finanziellen Ressourcen und eine unerwartete Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank tragen dazu bei, dass der Aufwandüberschuss rund ein Drittel tiefer ausfällt als budgetiert. Mit den drei Finanzprojekten Entlastungsprogramm 2015–2018, ZFA Reform 2018 und Finanzen 2019 sowie dem Engagement für einen fairen Nationalen Finanzausgleich und für eine vorteilhafte Ausgestaltung der Unternehmenssteuerreform III stellt die Zuger Regierung die Weichen für eine ausgeglichene Staatsrechnung.

Jahresabschluss

Die Laufende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss von 87,9 Millionen Franken auf. Dieses Ergebnis ist um 41,2 Millionen besser als budgetiert. Der Personalaufwand konnte reduziert werden, weil vakante Stellen – wohl auch im Hinblick auf die weitere Umsetzung des Entlastungsprogramms – noch nicht besetzt wurden. Zudem haben die Mitarbeitenden aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben abgebaut. Durch ein striktes Kostenmanagement in allen Direktionen und bei den richterlichen Behörden ist auch der Sachaufwand tiefer als budgetiert ausgefallen. Bei den Erträgen konnte eine nicht budgetierte, doppelte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 19,3 Millionen Franken verbucht werden. Der Mehrertrag bei den Kantonssteuern betrug 13,8 Millionen Franken, jedoch resultierte bei der direkten Bundessteuer ein Minderertrag gegenüber dem Budget von 17,6 Millionen Franken. Im Rechnungsjahr wurden 40 Millionen Franken aus der NFA-Reserve entnommen. Unter Berücksichtigung dieser und einer weiteren ausserordentlichen Buchung von 1,3 Millionen Franken beläuft sich das operative Ergebnis auf minus 126,6 Millionen Franken und zeigt deutlich, dass noch sehr grosse Sparanstrengungen notwendig sind.

Projekte des Regierungsrats

Das Entlastungsprogramm 2015–2018 ist auf Kurs. Im März wurden Massnahmen mit einem Entlastungspotential von rund 111 Millionen Franken beschlossen. Die Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrats wurden umgesetzt und die notwendigen Verordnungsänderungen verabschiedet. Der Rahmenbeschluss für die Gesetzesänderungen wurde im November an den Kantonsrat überwiesen. Trotzdem zeigte die Erarbeitung des Budgets und Finanzplans 2016–2019 deutlich, dass zur Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushalts weitergehende Massnahmen gefordert sind.

Der Regierungsrat hat deshalb die Finanzdirektion beauftragt, die Finanzstrategie zu überarbeiten und das Projekt «Finanzen 2019» zu lancieren. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde auch entschieden, die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Projekt «ZFA Reform 2018» zu überprüfen. Weiter wurde vor dem Hintergrund des Entlastungsprogramms auch das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» gestartet. Zur Diskussion steht die Verkleinerung des Regierungsrats von sieben auf fünf Mitglieder und damit verbunden eine Reorganisation der Direktionen und Ämter.

Nationale Rahmenbedingungen

Der finanzielle Spielraum des Kantons Zug ist auch geprägt durch nationale Rahmenbedingungen. Die weitere Ausgestaltung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) sowie die Unternehmenssteuerreform III (USR III) werden die zukünftige Entwicklung des Zuger Finanzhaushalts wesentlich mitbestimmen. Beim NFA haben die eidgenössischen Räte im Juni einer Kürzung des Ressourcenausgleichs 2016–2019 zugestimmt. Doch die Beschlüsse des Bundesparlaments entlasten den Kanton Zug nicht; der Beitrag 2016 an den NFA steigt erneut an.

Der Regierungsrat stellt aber ein wachsendes Verständnis für die Anliegen der Geberkantone fest und verspricht sich nun substantielle Ergebnisse von den Vorbereitungsarbeiten zur nächsten Finanzierungsperiode.

Bei der Unternehmenssteuerreform III ist die parlamentarische Beratung auf Kurs. Der Ständerat hat im Dezember als Erstrat weitestgehend den Anliegen der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) und der Kantone entsprochen. Der Regierungsrat hat im Juni 2013 angekündigt, die USR III mit einer neuen einheitlichen Gewinnsteuer von rund 12 Prozent aufkommensneutral und ohne steuerliche Umwälzungen zulasten der Privatpersonen umsetzen zu wollen. Dieses Ziel erscheint dem Regierungsrat weiterhin sachgerecht und erreichbar.

Stadttunnel

Im Juni hat die Stimmbevölkerung den als «Jahrhundertprojekt» bezeichneten Stadttunnel mit ZentrumPlus deutlich abgelehnt. Keine Gemeinde hiess den Objektkredit von 890 Millionen Franken gut. Nach dieser Entscheidung müssen der Richtplan angepasst und anschliessend die Baulinien aufgehoben werden.

Eine Nachfrage im Anschluss an die Abstimmung bei wahlberechtigten Zugerinnen und Zugern hat ergeben, dass der finanzielle Aspekt letztlich den Ausschlag für die Ablehnung gegeben hat. An zweiter Stelle folgte das Argument, der Stadttunnel löse das Verkehrsproblem nicht. Das Nein bedeutet nicht, dass der heutige Zustand als gut betrachtet wird. Nur ein Fünftel der Befragten sind der Meinung, es solle sich nichts ändern. Die grosse Mehrheit findet, dass es eine alternative Lösung brauche.

Der Regierungsrat legt die Überprüfung der Legislaturziele 2015–2018 sowie die künftige Strategieentwicklung fest.

Überprüfung Legislaturziele 2015–2018

Im März 2014 verabschiedete der Regierungsrat die Legislaturziele 2015–2018. Nachdem die Erarbeitung und Bewirtschaftung der Legislaturziele 2015–2018 in den bestehenden Prozess Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht eingebunden werden konnten, beschloss der Regierungsrat, den Umsetzungsverlauf der Legislaturziele jeweils jährlich im Rahmen des Geschäftsberichts zu überprüfen. Die Bilanz per Ende zeigt folgendes Bild (vgl. die Gesamtübersicht Legislaturziele auf den folgenden Seiten):

- 6 Legislaturziele sind erfüllt.
- 24 Legislaturziele sind in Umsetzung.
- 1 Legislaturziel ist nicht erfüllt.
- 2 Legislaturziele sind gestrichen.

Künftige Strategieentwicklung 2019–2026

Per Ende 2018 läuft die aktuelle Strategie der Zuger Regierung aus. Im April entschied der Regierungsrat, einen neuen Strategieprozess für 2019–2026, also wiederum über einen Zeitraum von acht Jahren, zu starten. Da sich seit 2009, dem Zeitpunkt der Erarbeitung der ersten Strategie, die Rahmenbedingungen im Kanton Zug bezüglich Wachstum, Standortwettbewerb, Infrastruktur, Finanzen usw. teilweise grundlegend geändert haben, entschied der Regierungsrat, nicht einfach die bestehende Strategie weiterzuführen, sondern eine angepasste Strategie für die kommenden zwei Legislaturperioden zu entwickeln. Dabei soll nicht eine grundlegende Neuerarbeitung der Strategie erfolgen, sondern die bestehende Strategie hinterfragt, weiterentwickelt und den veränderten Verhältnissen angepasst werden. Es werden wie bei der erstmaligen Strategieentwicklung die Erfolgsfaktoren und die Herausforderungen herausgearbeitet und daraus die strategischen Ziele festgelegt. Zudem soll auch aufgrund der veränderten Bedürfnisse den Bereichen Gesundheit und Sicherheit vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Bezüglich des bereits sehr schlank formulierten Leitbilds (inklusive Leitidee) 2010–2018 sollen die Ergebnisse des Strategieprozesses abgewartet werden, damit entschieden werden kann, ob dieses unverändert weiterverwendet oder allenfalls angepasst werden muss.

Die Arbeiten für die Strategie 2019–2026 werden derart terminiert, dass bis Ende 2016 sämtliche Grundlagen vorliegen, damit anschliessend die Strategie durch Legislaturziele konkretisiert werden kann. Die Ergebnisse von aktuellen Teilstrategien und strategischen Projekten zum Beispiel in den Bereichen Finanzen, Organisation und Aufgaben sollen zeitgerecht in den Strategieprozess einfließen.

Kommentar Legislaturziele

Nachfolgende Liste führt alle Legislaturziele des Zeitraums 2010 bis 2014 auf

Titel = Sechs zentrale Herausforderungen gemäss Strategie 2010–2018

1, 2, 3 = Strategische Ziele

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Legislatur 2015–2018	Federführende Direktion	Status
1 Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen		
Der Kanton Zug strebt ein Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum an, das kleiner als bisher ist		
L1 Überarbeitung Raumordnungskonzept	Baudirektion	In Umsetzung
Der Kanton Zug ermöglicht eine gute Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet		
Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften		
2 Spitzenposition im Standortwettbewerb		
Der Kanton investiert gezielt und wirksam in Schlüsselinfrastrukturen		
L2 Planung und Überbauung Areal an der Aa	Baudirektion	In Umsetzung
L3 Konzentration kantonale Verwaltung am Standort Aabachstrasse und Umgebung	Baudirektion	In Umsetzung
L4 Ausbau Mittelschulen	Baudirektion	In Umsetzung
Der Kanton Zug sichert eine gute Erschliessung		
L5 Ausbau Strassen für Privatverkehr, öV und Langsamverkehr: Tangente Zug/Baar, Umfahrung Cham – Hünenberg, Stadttunnel Zug	Baudirektion	In Umsetzung
L6 Sicherung Netzzugang Stadtbahn Zug	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L7 Verbesserung Bahnverbindungen Zürich–Zug–Luzern	Volkswirtschaftsdirektion	Nicht erfüllt
Der Kanton Zug hat Steuern, die für natürliche und juristische Personen zu den tiefsten der Schweiz gehören und im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind		
L8 Sicherung konkurrenzfähige Unternehmenssteuern nach Unternehmenssteuerreform III	Finanzdirektion	In Umsetzung
Der Kanton Zug verfolgt eine berechenbare und stabile Steuerpolitik		
Der Kanton Zug erhebt angemessene Gebühren		
Der Kanton Zug hat einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt		
L9 Reduktion NFA-Belastung	Finanzdirektion	In Umsetzung
L10 Verhinderung strukturelle Defizite	Finanzdirektion	In Umsetzung
Der Kanton Zug sorgt dafür, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung hoch ist		
L11 Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium	Direktion für Bildung und Kultur	In Umsetzung
L12 Aufbau Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
Der Kanton Zug richtet sein Berufsbildungsangebot auf die Wirtschaft der Region aus		
L13 Aufbau Höhere Fachschule für Zahntechnik	Volkswirtschaftsdirektion	Gestrichen
L14 Stärkere Nutzung Fachkräftepotenzial	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L15 Aufbau «Berufsbildung International Zug»	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
3 Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft		
Der Kanton Zug bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern Perspektiven, die sie nutzen und in deren Rahmen sie sich engagieren, weiterentwickeln und austauschen		
L16 Entwicklung Leitbild und Konzept für Kinder- und Jugendförderung mit Gemeinden und Organisationen	Direktion des Innern	In Umsetzung
L17 Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus	Direktion für Bildung und Kultur	In Umsetzung

Legislatur 2015–2018		Federführende Direktion	Status
Der Kanton Zug fördert Toleranz und Respekt und gewährleistet die Sicherheit			
L18	Verbundlösung für Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse	Sicherheitsdirektion	In Umsetzung
L19	Stärkung polizeiliche Präsenz im virtuellen Raum	Sicherheitsdirektion	In Umsetzung
Der Kanton Zug beteiligt Bevölkerung und Unternehmen aktiv an der Weiterentwicklung des hiesigen Lebens- und Wirtschaftsraums			
L20	Förderung Freiwilligenarbeit	Direktion des Innern	In Umsetzung
Der Kanton Zug fördert private Bestrebungen zur Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsraums			
L21	Unterstützung private Trägerschaft bei Planung und Bau neues «Kunsthause am See»	Baudirektion	Erfüllt
L22	Unterstützung Technologieinnovation durch Mitwirkung an «technologycluster-zug»	Volkswirtschaftsdirektion	In Umsetzung
4 Attraktiver Wohn- und Lebensraum			
Der Kanton Zug schafft Rahmenbedingungen, die breiten Bevölkerungskreisen angemessenes Wohnen und sinnvolle Freizeitaktivitäten ermöglichen			
L23	Aufbau Zug als Testregion für modernes öV-Zugangssystem	Volkswirtschaftsdirektion	Gestrichen
Der Kanton Zug fördert einen vielfältigen und wertschöpfungsintensiven Arbeitsmarkt sowie ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen			
Der Kanton Zug schafft gute Rahmenbedingungen für verschiedene Familienformen			
Der Kanton Zug geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft proaktiv an			
L24	Entwicklung Konzept für Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Gesundheitsdirektion	In Umsetzung
L25	Nutzung Potenzial der älteren Bevölkerung	Direktion für Bildung und Kultur	In Umsetzung
Der Kanton Zug ermöglicht den Austausch unter den Generationen und nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung			
5 Aktive Kooperation			
Der Kanton Zug beteiligt sich aktiv an überkantonalen, nationalen und internationalen Kooperationen, hauptsächlich mit den Räumen Zürich und Zentralschweiz			
L26	Sicherstellung bedarfsgerechte stationäre und ambulante Versorgung mit Kooperationen	Gesundheitsdirektion	In Umsetzung
L27	Stärkung «psychische Gesundheit» und Aufbau integrierte Psychiatrieversorgung mit Uri und Schwyz	Gesundheitsdirektion	In Umsetzung
L28	Intensivierung interkantonale Polizeizusammenarbeit	Sicherheitsdirektion	In Umsetzung
L29	Sicherstellung bedarfsgerechte Haftinfrastruktur und Strafvollzugsregelungen	Sicherheitsdirektion	In Umsetzung
L30	Mitgestaltung beim Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts» der Metropolitan-konferenz Zürich	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
Der Kanton pflegt eine aktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Austausch mit den Einwohnergemeinden			
L31	Klärung Zusammenarbeit Kanton und Gemeinden im Bereich Informatik	Finanzdirektion	In Umsetzung
6 Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung			
Der Kanton Zug pflegt die kurzen Wege zur leistungsfähigen Verwaltung mit einem hohen Service public und sehr guten Dienstleistungen			
L32	Ausbau E-Government	Finanzdirektion	In Umsetzung
Der Kanton Zug ist ein attraktiver Arbeitgeber, der das Potenzial seiner Mitarbeitenden nutzt und fördert			
L33	Aktualisierung kantonale Personalstrategie für Erhaltung Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit als Arbeitgeber	Finanzdirektion	In Umsetzung

In Kürze

Der Kanton Zug beteiligte sich zum dritten Mal an der Erhebung zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Kantonen und Städten. Der sogenannte «Cercle Indicateurs» ist eine nationale Plattform unter Leitung der Bundesämter für Raumentwicklung und Statistik. Ihm gehören 17 Kantone und 19 Städte an. Erhoben wurden rund 30 Indikatoren aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ergebnisse für den Kanton Zug waren wiederum erfreulich. Der Kanton konnte seine Spitzenposition halten. In einzelnen Bereichen wurden sogar Verbesserungen erzielt.

Ergebnisse im Bereich Umwelt

Die Fläche wertvoller Naturräume ist nach wie vor sehr gross und hat damit wohl die maximal mögliche Ausdehnung erreicht. Der Fokus wird somit darauf zu richten sein, die Qualität der bestehenden Schutzgebiete gezielt zu steigern. Ähnliches gilt auch für die bereits sehr hohe Recyclingquote: Diese noch wesentlich weiter zu steigern, wäre unverhältnismässig teuer und auch ökologisch kaum sinnvoll. Künftig gilt es, das hohe Niveau zu halten und die Qualität der gesammelten Wertstoffe zu optimieren. Bei der Siedlungsentwässerung ist der Kanton weiterhin auf einem gutem Weg: Dank fortlaufendem Umbau von Abwasser-Mischsystemen in Trennsysteme ist die Abwassermenge tief, welche in der Abwasserreinigungsanlage gereinigt werden muss.

Ergebnisse im Bereich Wirtschaft

Das sehr gute Ergebnis bestätigt, dass der Wirtschaftsstandort Zug weiterhin attraktiv ist und über gute Rahmenbedingungen verfügt. Das ist insbesondere auf die kurzen Wege zwischen Wirtschaft und Behörden, die vorteilhafte Steuersituation sowie auf das hohe Ausbildungsniveau der Arbeitnehmenden zurückzuführen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch trotz reger Bautätigkeit hohe Immobilienpreise und Mietzinse zur Folge. Weiterhin führend ist der Kanton Zug in den Bereichen öffentlicher Haushalt und Steuern. In den nächsten Jahren zeichnen sich grosse Aufwandüberschüsse ab. Entsprechende Massnahmen wurden eingeleitet.

Ergebnisse im Bereich Gesellschaft

Die Resultate unterstreichen erneut die Stärken des Kantons Zug, so zum Beispiel bei der Stimm- und Wahlbeteiligung. Der Kanton Zug erreicht bei der Einkommens- und Vermögensverteilung einen Spitzenrang. Ebenfalls schneidet er bei der sozialen Unterstützung gut ab. Diese guten Resultate müssen allerdings differenziert betrachtet werden: Der niedrige Anteil an Steuerpflichtigen mit tiefem Einkommen und die tiefe Sozialhilfequote sind auch eine Folge des hohen Mietzinsniveaus.

Fazit und Ausblick

Der Kanton Zug konnte an die guten Ergebnisse der letzten Erhebungen anknüpfen und seine Spitzenposition behaupten. Nach wie vor bestehen Herausforderungen, welche der Regierungsrat gezielt angehen will. So gilt es namentlich, trotz zunehmender Verdichtung, eine hochwertige Siedlungs- und damit Lebensqualität zu erhalten. Aspekten wie Lärmschutz und Mobilität kommt dabei besondere Bedeutung zu. Ein weiteres Ziel des Regierungsrates ist es, Wohn- und Lebensraum für Personen aus unterschiedlichen Kaufkraftverhältnissen und Altersgruppen zu schaffen.

Weitere Informationen: www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00552/index.html?lang=de

Wichtiger interkantonaler Austausch

Der Kanton Zug pflegt einen intensiven Austausch mit anderen Regionen, Kantonen und dem Bund, insbesondere in interkantonalen Regierungskonferenzen. Alle Regierungsratsmitglieder sind in der interkantonalen Zusammenarbeit aktiv und bringen in Präsidien und Führungsgremien sowie als Mitglieder die Interessen des Kantons Zug ein. Dabei sind häufig auch gesamtschweizerische Lösungen gefragt. Dieses Jahr standen erneut wichtige Finanz- und Steuerfragen sowie die Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Masseneinwanderung im Fokus der Diskussionen.

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die KdK führte vier Plenarversammlungen durch. Der Kanton konnte an gemeinsamen Stellungnahmen der Kantonsregierungen gegenüber dem Bund mitarbeiten, unter anderem zu folgenden Themen: Legislaturplanung des Bundes 2015–2019, Änderung des Ausländergesetzes, Dotation des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016–2019, Weiterführung E-Government Schweiz. Zudem fand ein Austausch mit dem KdK-Vorstand betreffend Vorgehen der KdK beim Dossier «Neuer Finanzausgleich» statt, in welchem der Kanton Zug seine Position und seine Anliegen an die Entscheidungsfindung der KdK in diesem Geschäft darlegte.

Zusammenarbeit im Metropolitanraum Zürich

Dem Verein Metropolitanraum Zürich gehören zurzeit acht Kantone an: ZH, LU, SZ, ZG, AG, SG, TG, SH. 121 (124) Städte und Gemeinden, darunter die grössten Städte des Grossraums Zürich, sowie alle Zuger Gemeinden sind Vereinsmitglieder. Zudem verfügt der Verein unverändert über zehn assoziierte Mitglieder (darunter drei weitere Kantone und Städte wie St. Gallen, Glarus und Konstanz).

Es fanden wiederum zwei Metropolitankonferenzen in Wettingen und Goldau statt. An der Metropolitankonferenz Wettingen schloss die Versammlung die drei Projekte «Zürich – Green Region» und «Clusteragentur Energie- und Gebäudetechnik» sowie «Förderung Produktionsstandort und Vermeidung Fachkräftemangel» ab. Zudem beschloss die Konferenz ein neues Projekt «Brechen der Verkehrsspitze», welches vom Amt für Raumplanung des Kantons Zug umgesetzt wird.

An der Metropolitankonferenz in Goldau nahm die Versammlung Kenntnis von dem von der Konferenz angeregten Projekt «Metro-ROK», welches vierzehn Deutschschweizer Kantone gemeinsam entwickelt haben und bei dem der Kanton Zug die Grundlagen für sein eigenes ROK übernimmt. Zudem beschloss die Konferenz drei neue Projekte «Finanzausgleich/Raumplanung», «Doing Family» zum Thema Familienbilder und «Grundkompetenzen» zum Thema Massnahmen zur Motivation von lese-, schreib- und rechenschwachen Personen, welches vom Sozialamt des Kantons Zug umgesetzt wird.

Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich

Die Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich agierte wieder als Kantonskammer der Metropolitankonferenz Zürich.

Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Die ZRK tagte zwei Mal. Am 7. Mai beschloss sie unter anderem, den Zentralschweizer Kantonsregierungen zu beantragen, die Vereinbarung über die Vernetzung der Zentralschweiz mit dem Innovationspark in Zürich zu genehmigen. Am 3. Dezember liess sie sich insbesondere über den Stand des Projekts «Winter-Universiade 2021» informieren.

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Die TAK ist die 2001 gegründete politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden für eine gemeinsame Agglomerationspolitik in der Schweiz. Die Vorsteherin der Direktion des Innern vertritt die Zentralschweizer Regierungskonferenz in der TAK. An den zwei Sitzungen hat sich diese Konferenz insbesondere mit der «Agglomerationspolitik des Bundes 2016+ und Politik des Bundes für die ländlichen Räume und Berggebiete» auseinandergesetzt. Daneben hat sie die bereits laufenden Projekte «Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit», «Integrationsdialog» und «nachhaltige Siedlungsentwicklung» weiter verfolgt.

Übersicht

Bereich	Hängige Geschäfte 2014	Neue Geschäfte 2015
Motion	52	26
Postulat	13	9
Interpellation	10	25
Kleine Anfrage	0	11
Petition	0	3
Aufsichtsbeschwerde	4	1
Verfassung	0	0
Konkordat	0	1
Gesetz	9	8
Initiative: Standesinitiative	0	0
Initiative: Verfassungsinitiative	0	0
Initiative: Gesetzesinitiative	0	1
Kantonsratsbeschluss (referendumsfähig)	9	4
Kantonsratsbeschluss (nicht referendumsfähig)	4	3
Begnadigung	0	0
Wahlen	2	8
PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission)	0	0
Verschiedenes	2	5

Erheblich erklärte, noch nicht umgesetzte Motionen und Postulate: 35 (2014: 27)

Geschäfte

Stand 15.01.2016 (Abgeschlossen von: 01.01.2015, Abgeschlossen bis: 31.12.2015, Status: abgeschlossen)

Motion				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
1	2564	Motion von Nicole Imfeld, Daniel Marti, Claus Soltermann und Daniel Stadlin betreffend Anpassung der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) zur Sicherung der demokratischen Mitwirkung aller im Kantonsrat vertretenen Parteien	Staatskanzlei	26.11.2015: Nichtüberweisung
2	2541	Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine Reduktion des NFA-Beitrages der ressourcenstarken Kantone an die ressourcenschwachen Kantone durch Änderung von Art. 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG, SR 613.2)	Finanzdirektion	29.10.2015: Nicht-Erheblicherklärung
3	2533	Motion von Alois Gössi betreffend Leistungsauftrag	Finanzdirektion	27.08.2015: Nichtüberweisung
4	2532	Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016-2019; dringliche Motion	Finanzdirektion	05.11.2015: (Nichtzustandekommen des Kantonsreferendums)
5	2521	Motion von Thomas Meierhans betreffend Anpassung kantonaler Richtplan durch Verschiebung von Siedlungserweiterungen in das Gebiet Wald	Baudirektion	27.08.2015: Nicht-Erheblicherklärung
6	2503	Motion der SVP-Fraktion betreffend Kantonsreferendum gegen die folgenden Bundesbeschlüsse im Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch mit dem Ausland vom 20. März 2015: Referendum gegen die Genehmigung der Abkommen zwischen der Schweiz und Andorra, Grönland, San Marino und den Seychellen über den Informationsaustausch in Steuersachen	Finanzdirektion	30.04.2015: Nichtüberweisung
7	2500	Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für den Austritt aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zur Stärkung der Souveränität der Schweizerischen Eidgenossenschaft	Volkswirtschaftsdirektion	30.04.2015: Nichtüberweisung
8	2498	Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Beat Unternährer betreffend NFA-Kantonsreferendum	Finanzdirektion	30.04.2015: Erledigterklärung (sofortige Behandlung, Erheblicherklärung und als erledigt abgeschrieben)
9	2481	Motion von Adrian Andermatt und Daniel Thomas Burch betreffend Geschäftsordnung des Kantonsrats / Präzisierung der Visitationen durch die Justizprüfungskommission (§ 19 Abs. 4)	Staatskanzlei	02.04.2015: Nichtüberweisung
10	2473	Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Datenschutzstelle und der Ombudsstelle mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Finanzdirektion	10.12.2015: Nicht-Erheblicherklärung
11	2465	Motion der FDP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative und NFA-Teilzahlung auf ein Sperrkonto zur Einhaltung der Bundesverfassung	Finanzdirektion	27.08.2015: Nicht-Erheblicherklärung
12	2463	Motion von Ivo Hunn betreffend Erstellung eines Kantonalen Sportanlagenkonzepts	Direktion für Bildung und Kultur	10.12.2015: Nicht-Erheblicherklärung
13	2439	Motion der CVP-Fraktion betreffend Gewährung des Eigenmietwertabzuges bei Liegenschaften, die den steuerpflichtigen Personen aufgrund eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen	Finanzdirektion	25.06.2015: Erledigterklärung
14	2430	Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine NFA-Anpassung im Bereich der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage	Finanzdirektion	27.08.2015: Erledigterklärung

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
15	2428	Motion von Daniel Stadlin betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA) und Postulat von Daniel Stadlin betreffend Koordination der Bemühungen der ressourcenstarken Kantone bei der Einreichung von Standesinitiativen zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA)	Finanzdirektion	27.08.2015: Nicht-Erheblicherklärung (Motion: Nicht-Erheblicherklärung, Postulat: Nicht-Erheblicherklärung)
16	2404	Motion der SP-Fraktion betreffend Neuregelung der finanziellen Belastung bei Entscheiden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	Direktion des Innern	02.04.2015: Nicht-Erheblicherklärung
17	2398	Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III)	Finanzdirektion	26.02.2015: Erledigterklärung
18	2394	Motion von Kurt Balmer betreffend Abschaffung des obligatorischen Depots / Sicherheitsleistung der Grundstückgewinnsteuer für die öffentliche Beurkundung im Bereich Privatvermögen	Finanzdirektion	02.04.2015: Nicht-Erheblicherklärung
19	2381	Motion von Manfred Wenger betreffend ordentliche Zonenausscheidung der Naturschutzgebiete Zone A+B	Baudirektion	27.08.2015: Nicht-Erheblicherklärung
20	2380	Motion der FDP- und der SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung	Finanzdirektion	25.06.2015: Erledigterklärung
21	2355	Motion von Gregor Kupper betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)	Finanzdirektion	10.12.2015: Erledigterklärung
22	2353	Motion von Anna Bieri und Martin Stuber betreffend Datenschutz Smart Meter	Baudirektion	02.04.2015: Erledigterklärung
23	2352	Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens	Direktion für Bildung und Kultur	29.10.2015: Erledigterklärung
24	2345	Motion von Thomas Werner betreffend Anstellung von Lehrpersonal nur mit aktuellem Strafregisterauszug	Direktion für Bildung und Kultur	29.10.2015: Erledigterklärung
25	2314	Motion von Manfred Wenger betreffend Reduktion der Strassenverkehrsgebühren für Sport- und Freizeitfahrzeuge	Sicherheitsdirektion	29.01.2015: Nicht-Erheblicherklärung
26	2202	Motion der vorberatenden Kommission zum Integrationsgesetz betreffend obligatorische sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den freiwilligen Kindergarten	Direktion für Bildung und Kultur	02.04.2015: Erledigterklärung
27	1955	Motion von Philipp Röllin betreffend naturnaher Umgebungsgestaltung auf kantonalen Parzellen und zusätzlichen Flächen	Baudirektion	28.05.2015: Erledigterklärung
28	1883	Motion von Werner Villiger, Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend beschleunigte Realisierung eines wirkungsvollen und kostengünstigeren Stadttunnels und zugleich Einführung eines neuen Verkehrsregimes in der Innenstadt Zug	Baudirektion	26.02.2015: Erledigterklärung
29	1634	Motion von Christina Huber, Margrit Landtwing und Erwina Winiger betreffend Entlastung der Kindergartenklassenlehrpersonen	Direktion für Bildung und Kultur	02.07.2015: Erledigterklärung
30	1496	Motion von Hans Christen, Eusebius Spescha, Beat Stocker, Martin Stuber und Vreni Wicky betreffend Projektierung Zuger Stadtkernentlastung	Baudirektion	26.02.2015: Erledigterklärung

Postulat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
31	2552	Postulat von Philip C. Brunner, Daniel Stadlin, Cornelia Stocker und Urs Raschle betreffend Stadttunnel Zug und Linienführung im Kantonalen Richtplan	Baudirektion	24.09.2015: Nichtüberweisung (Umwandlung in ein Postulat; Nichtüberweisung)
32	2542	Postulat von Daniel Stadlin betreffend Bahnhof-Unterführung Gubelstrasse in Zug; Modernisierung und Aufwertung Bahnhofzugang Nord und Langsamverkehrswege	Baudirektion	24.09.2015: Nichtüberweisung
33	2524	Postulat von Michèle Kottelat betreffend Respekt-Kampagne im Kanton Zug	Direktion des Innern	25.06.2015: Nichtüberweisung
34	2517	Postulat der Fraktion Alternative – Die Grünen betreffend kein Abbau des ÖV-Angebots	Volkswirtschaftsdirektion	25.06.2015: Nicht-Erheblicherklärung (sofortige Behandlung und Nicht-Erheblicherklärung)
35	2512	Postulat von Willi Vollenweider betreffend Nein zur Erpressung von öV-Kunden im Kanton Zug	Volkswirtschaftsdirektion	28.05.2015: Nichtüberweisung
36	2469	Postulat von Rainer Suter betreffend Fahrstreifenwahl auf der Autobahn A4 von der Blegi-Kurve bis und mit Ausfahrt Rotkreuz	Sicherheitsdirektion	10.12.2015: Erledigterklärung
37	2447	Postulat der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandortes des Institutes für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz	Volkswirtschaftsdirektion	02.07.2015: Erledigterklärung
38	2444	Postulat von Beni Riedi und Thomas Werner betreffend Rechtsabbiegen bei Rot für Fahrradfahrer	Baudirektion / Sicherheitsdirektion	02.04.2015: Nicht-Erheblicherklärung
39	2432	Postulat von Silvan Hotz betreffend Einführung Projekt Sek I plus	Direktion für Bildung und Kultur	26.02.2015: Nicht-Erheblicherklärung
40	2423	Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeiträge gemäss WFG	Volkswirtschaftsdirektion	25.06.2015: Nicht-Erheblicherklärung
41	2364	Postulat von Manfred Wenger betreffend Domain-Namen: «www.name.zug»	Staatskanzlei	29.01.2015: Nicht-Erheblicherklärung
42	2067	Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe	Direktion des Innern	25.06.2015: Erledigterklärung

Interpellation

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
43	2525	Interpellation von Michael Riboni, Beni Riedi, Thomas Villiger und Thomas Werner betreffend irrsinnige Abfall-Demo auf Kosten der Steuerzahler	Sicherheitsdirektion	29.10.2015: Kenntnisnahme
44	2502	Interpellation von Jean-Luc Mösch betreffend Kürzung der J+S Lager- und Kursbeiträge durch den Bund	Direktion für Bildung und Kultur	29.10.2015: Kenntnisnahme
45	2497	Interpellation von Kurt Balmer, Flavio Roos und Barbara Gysel betreffend private Sicherheitsdienstleister	Sicherheitsdirektion	24.09.2015: Kenntnisnahme
46	2492	Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuerausfälle durch Entlastung Kapital im Kanton Zug	Finanzdirektion	24.09.2015: Kenntnisnahme
47	2487	Interpellation von Thomas Werner betreffend Aufnahme zusätzlicher Asylanten im Kanton Zug sowie Verteilung dieser auf die Zuger Gemeinden	Direktion des Innern	29.10.2015: Kenntnisnahme
48	2485	Interpellation von Barbara Gysel betreffend erste Bilanz seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug	Sicherheitsdirektion	24.09.2015: Kenntnisnahme
49	2484	Interpellation der FDP-Fraktion betreffend aktive Integration der ausländischen Wohnbevölkerung	Direktion des Innern	29.10.2015: Kenntnisnahme
50	2474	Interpellation von Anna Bieri betreffend Ausbau der Fernmeldeinfrastruktur im Kanton Zug	Volkswirtschaftsdirektion	27.08.2015: Kenntnisnahme

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
51	2449	Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings	Finanzdirektion	28.05.2015: Kenntnissnahme
52	2448	Interpellation der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandortes des Institutes für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz	Volkswirtschaftsdirektion	02.07.2015: Kenntnissnahme
53	2442	Interpellation von Kurt Balmer betreffend SBB-Güterzüge	Baudirektion	26.02.2015: Kenntnissnahme
54	2441	Interpellation von Kurt Balmer betreffend Interregio-Halt in Rotkreuz	Volkswirtschaftsdirektion	02.04.2015: Kenntnissnahme
55	2440	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Kantonale Informatik: Entsorgen statt Ressourcen schonen und weiter verwenden	Finanzdirektion	02.04.2015: Kenntnissnahme
56	2437	Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenburg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten	Direktion des Innern	25.06.2015: Kenntnissnahme
57	2431	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kündigung von Bankenbeziehungen mit Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern durch die Zuger Kantonalbank	Finanzdirektion	26.02.2015: Kenntnissnahme
58	2397	Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III)	Finanzdirektion	26.02.2015: Kenntnissnahme
59	2324	Interpellation von Esther Haas betreffend Streichung des Halbanschlusses Bibersee aus dem Richtplan des Kantons Zug	Baudirektion	28.05.2015: Kenntnissnahme (Behandlung mit Anpassung Richtplan: Vorlage 2434)

Kleine Anfrage

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
60	2558	Kleine Anfrage von Andreas Lustenberger und Beni Riedi betreffend Mitfinanzierung von Parteiveranstaltungen	Direktion des Innern	03.11.2015: Antwort des Regierungsrats
61	2557	Kleine Anfrage von Jean-Luc Mösch und Silvan Renggli betreffend Abgas-Affäre von Volkswagen	Sicherheitsdirektion	20.10.2015: Antwort des Regierungsrats
62	2551	Kleine Anfrage von Zari Dzaferi betreffend Schularten	Direktion für Bildung und Kultur	29.09.2015: Antwort des Regierungsrats
63	2550	Kleine Anfrage von Zari Dzaferi betreffend Niveaurekurse	Direktion für Bildung und Kultur	29.09.2015: Antwort des Regierungsrats
64	2549	Kleine Anfrage der SP-Fraktion betreffend Entlastungsprogramm 2015-2018	Finanzdirektion	22.09.2015: Antwort des Regierungsrats
65	2536	Kleine Anfrage der Fraktion Alternative - die Grünen (ALG) betreffend fragwürdiges Standortmarketing der Volkswirtschaftsdirektion	Volkswirtschaftsdirektion	07.07.2015: Antwort des Regierungsrats
66	2535	Kleine Anfrage der CVP-Fraktion betreffend NFA-Kantonsreferendum	Finanzdirektion	07.07.2015: Antwort des Regierungsrats
67	2534	Kleine Anfrage von Esther Haas betreffend Geschäftsbericht 2014 zu Internat / Tagesschule Horbach	Direktion für Bildung und Kultur	07.07.2015: Antwort des Regierungsrats
68	2522	Kleine Anfrage von Andreas Lustenberger betreffend elektronische Busspur	Baudirektion	09.06.2015: Antwort des Regierungsrats
69	2499	Kleine Anfrage von Rainer Suter, Gabriela Ingold und Andreas Hausheer betreffend Verzinsung des Sparkapitals 2014	Finanzdirektion	24.02.2015: Antwort des Regierungsrats
70	2480	Kleine Anfrage der SP-Fraktion betreffend finanzielle Auswirkungen der Initiative «Familien stärken!»	Finanzdirektion	17.02.2015: Antwort des Regierungsrats

Petition

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
71	2495	Petition zum Institut für Finanzdienstleistungen (IFZ): «IFZ muss in der Stadt Zug bleiben!»	Baudirektion	02.07.2015: (Keine Folge leisten)

Konkordat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
72	2468	Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)	Direktion für Bildung und Kultur	01.09.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 1. September 2015; Aufnahme in GS 2015/052, BGS 414.50-A2)

Gesetz

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
73	2467	Änderung des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts	Direktion des Innern	27.08.2015: Nichteintreten
74	2433	Änderung des Energiegesetzes	Baudirektion	09.06.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 9. Juni 2015, Aufnahme in GS 2015/019, BGS 740.1)
75	2424	Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket	Finanzdirektion	01.09.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 1. September 2015; Aufnahme in GS 2015/042; BGS 632.1)
76	2378	Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)	Direktion für Bildung und Kultur	08.09.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 8. September 2015; Aufnahme in GS 2015/043; BGS 412.31)
77	2377	Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen	Direktion für Bildung und Kultur	09.06.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 9. Juni 2015, Aufnahme in GS 2015/065, BGS 412.11, Inkrafttreten: 1. August 2016)
78	2368	Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2)	Baudirektion	06.01.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 6. Januar 2015; Aufnahme in GS 2015/002)
79	2367	Filmgesetz	Sicherheitsdirektion	05.05.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 5. Mai 2015; Aufnahme in GS 2015/012)
80	2328	Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurKG)	Direktion des Innern / Obergericht	17.02.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 17. Februar 2015; Aufnahme in GS 2015/006)
81	2315	Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)	Finanzdirektion	06.01.2015: (Referendumsfrist ist abgelaufen am 6. Januar 2015, Aufnahme in GS 2015/046, BGS 162.1/632.1)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
82	1809	Änderung des Tourismusgesetzes sowie Investitionsbeiträge des Kantons an die Schifffahrtsgesellschaft für den Zugersee und die Zugerbergbahn AG	Volkswirtschaftsdirektion	25.06.2015: Schlussabstimmung (Genehmigung des Geschäftsberichts 2014: Genehmigung der Schlussabrechnung)

Kantonsratsbeschluss (referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
83	2531	Kantonsratsbeschluss betreffend Ergreifung des Kantonsreferendums gemäss Art. 141 der Bundesverfassung gegen den Bundesbeschluss über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016-2019	Finanzdirektion	05.11.2015: (Nichtzustandekommen des Kantonsreferendums)
84	2450	Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)	Baudirektion	09.06.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 9. Juni 2015, Aufnahme in GS 2015/020, BGS 721.252)
85	2406	Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)	Gesundheitsdirektion	17.02.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 17. Februar 2015; Aufnahme in GS 2015/34; BGS 414.2-A1)
86	2274	Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projekts und Objektkredit für den Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus	Baudirektion	14.06.2015: Volksabstimmung (Vorlage abgelehnt: 16'534 Ja-Stimmen zu 27'898 Nein-Stimmen)
87	2104	1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau von drei Turnhallen und eines Schulhausprovisoriums für die Kantonsschule Zug 2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit zur Planung von Neubauten für die Kantonsschule Zug	Baudirektion	29.01.2015: (als erledigt abgeschrieben)
88	2102	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Neubau «Lüssihaus» in Baar	Baudirektion	25.06.2015: Schlussabstimmung (Genehmigung des Geschäftsberichts 2014: Genehmigung der Schlussabrechnung.)
89	1848	Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Erhöhung der Kapital-Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonsspital AG	Gesundheitsdirektion	29.01.2015: (Genehmigung der Schlussabrechnung)
90	1846	Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungsbeschluss für die Planung von Neu- und Umbauten 1. für das kantonale Gymnasium in Menzingen (KGM) und 2. für die Wirtschaftsmittel- und die Fachmittelschule (WMS/FMS) an der Hofstrasse in Zug	Baudirektion	25.06.2015: Schlussabstimmung (Genehmigung des Geschäftsberichts 2014: Genehmigung der Schlussabrechnung.)

Kantonsratsbeschluss (nicht referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
91	2527	Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnisnahme vom Leistungsauftrag Hochschule Luzern – FH Zentralschweiz 2016-2019	Volkswirtschaftsdirektion	10.12.2015: Inkrafttreten (Inkrafttreten am 19. Dezember 2015, GS 2015/063)
92	2489	Kantonsratsbeschluss betreffend Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaukosten des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)	Volkswirtschaftsdirektion	11.07.2015: Inkrafttreten (Inkrafttreten: 11. Juli 2015)

Wahlen				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
93	2562	Kantonale Ständeratswahl vom 18. Oktober 2015 für die Legislaturperiode 2016-2019 (Feststellung der Gültigkeit)	Staatskanzlei	26.11.2015: Wahl: Feststellung Gültigkeit (Genehmigung der Wahl von Peter Hegglin, Edlibach, und Joachim Eder, Unterägeri)
94	2546	Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Andreas Meier	Staatskanzlei	24.09.2015: (Genehmigung der Ersatzwahl von Andreas Meier [anstelle von Thomas Wyss])
95	2545	Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Patrick Iten	Staatskanzlei	24.09.2015: (Genehmigung der Ersatzwahl von Patrick Iten [anstelle von Beat Wyss])
96	2539	Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Kantonsrat Daniel Marti	Staatskanzlei	27.08.2015: (Genehmigung der Ersatzwahl von Daniel Marti [anstelle von Michèle Kottelat])
97	2504	Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Strafgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013-2018	Staatskanzlei	28.05.2015: Wahl: Feststellung Gültigkeit (Wahl von Philipp Frank)
98	2496	Ersatzwahl eines hauptamtlichen Richters am Obergericht für den Rest der Amtsperiode 2013-2018 Wahl des Obergerichtspräsidiums für den Rest der Amtsdauer 2013-2018	Justizprüfungskommission	30.04.2015: Wahl (Wahl von Stephan Dalcher als hauptamtlichen Richter am Obergericht; Wahl von Felix Ulrich als Obergerichtspräsident)
99	2471	Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Obergerichts, eines Ersatzmitglieds des Obergerichts und eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013-2018	Staatskanzlei	26.02.2015: Wahl (Gültigkeitsklärung der Wahl von Stephan Dalcher, Mitglied des Obergerichts, von Carole Meier-Geissmann als Ersatzmitglied des Obergerichts und Cyrill Moos als Mitglied des Kantonsgerichts)
100	2470	Bestätigung der Wahl der vom Kanton zu wählenden Mitglieder des Bankrates und der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank für die Amtsdauer 2015-2018 (bis Generalversammlung 2019)	Finanzdirektion	29.01.2015: (Bestätigung der Wahl als Mitglieder des Bankrates: Sabina Ann Balmer-Fischer, Heinz Leibundgut, Matthias Michel, Patrick Wettstein. Bestätigung der Wahl als Mitglieder der Revisionsstelle: Patrick Storchenegger, Silvia Thalmann-Gut, Leonie Winter-Meier)

Verschiedenes				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
101	2559	Budget 2016 und Finanzplan 2016-2019	Finanzdirektion	26.11.2015: Schlussabstimmung (Der Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer wird auf 82 Prozent der Einheitssätze belassen.)
102	2515	Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2014	Justizprüfungskommission	02.07.2015: (Kenntnisnahme)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
103	2514	Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für das Jahr 2014	Justizprüfungskommission	02.07.2015: (Kenntnisnahme)
104	2513	Zwischenbericht zu den per Ende März 2015 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen	Staatskanzlei	25.06.2015: (Bewilligung der Fristerstreckungsgesuche gemäss Zwischenbericht mit folgender Abweichung: Vorlage 1693.1 – 12778: Fristerstreckung bis 31. März 2015. Postulat Karl Nussbaumer und Thomas Werner Vorlage 2067.1 – 13842: als erledigt abgeschrieben.)
105	2511	Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2014	Justizprüfungskommission	02.07.2015: (Genehmigung)
106	2510	Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts und der Schätzungskommission für die Jahre 2013/2014	Justizprüfungskommission	02.07.2015: (Verwaltungsgericht: Genehmigung / Schätzungskommission: Kenntnisnahme)
107	2507	Geschäftsbericht 2014	Finanzdirektion	25.06.2015: (Genehmigung gemäss den Anträgen des Regierungsrats)
108	2443	Budget 2015, Finanzplan 2015–2018 (Anpassung des Leistungsauftrags des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015)	Finanzdirektion	26.02.2015: Ablehnung (Ablehnung des angepassten Leistungsauftrags des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015.)
109	2331	Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011	Finanzdirektion	10.12.2015: Schlussabstimmung (Derzeit keine Änderungen am Finanzausgleichsgesetz, FAG, BGS 621.1. Kenntnisnahme der Empfehlung der Kommission: an die Arbeitsgruppe «ZFA Reform 2018», dringend den vorgegebenen Zeitplan einzuhalten; an die vorberatende Kommission betreffend das Entlastungsprogramm 2015–2018, im Finanzausgleichsgesetz den Kantonsbeitrag von 4,5 Millionen Franken an den innerkantonalen Finanzausgleich für das Projekt «ZFA Reform 2018» bis Ende 2018 zu befristen; an die vorberatende Kommission betreffend das Entlastungsprogramm 2015–2018, der Arbeitsgruppe «ZFA Reform 2018» einen verbindlichen Zeitplan gemäss Antrag der Kommission vorzugeben.)

Aufsichtsbeschwerden

Zwei Beschwerden konnten erledigt werden. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht veröffentlicht.

Hängige Geschäfte

Stand 18.01.2016 (Status: hängig)

Motion				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
1	2580	Motion von Manuel Brandenburg, Jürg Messmer, Karl Nussbaumer, Moritz Schmid, Beat Sieber und Thomas Villiger betreffend Aufhebung der Schenkungssteuer	Finanzdirektion	12.01.2016: Einreichung
2	2528	Motion von Thomas Werner und Beni Riedi betreffend Standesinitiative für eine Ergänzung im BüG (Bürgerrechtsgesetz), dass künftig keine Doppelbürgerschaft mehr möglich ist	Direktion des Innern	27.08.2015: Überweisung an Regierungsrat
3	2526	Motion von Anna Bieri und Laura Dittli betreffend Beitritt des Kantons Zug zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat vom 18.06.2009)	Direktion für Bildung und Kultur	02.07.2015: Überweisung an Regierungsrat
4	2523	Motion der SP-Fraktion betreffend Entflechtung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung und deren Finanzierung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden	Finanzdirektion	10.12.2015: Frist erstreckt (Überprüfung im Rahmen des Projekts «ZFA Reform 2018»; Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018)
5	2516	Motion von Thomas Lötscher betreffend Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)	Finanzdirektion	10.12.2015: Frist erstreckt (Überprüfung im Rahmen des Projekts «ZFA Reform 2018»; Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018)
6	2509	Motion von Laura Dittli betreffend Einführung einer Abstimmungshilfe für junge Erwachsene im Kanton Zug	Direktion des Innern	28.05.2015: Überweisung an Regierungsrat
7	2508	Motion von Manuel Brandenburg und Heini Schmid betreffend Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; Gleichbehandlung der privaten Beschwerdeführer mit den Behörden	Justizprüfungskommission	28.05.2015: (Überweisung an erweiterte Justizprüfungskommission. Mitberichtete Verwaltungsgericht und Regierungsrat)
8	2506	Motion von Daniel Stadlin betreffend Weiterführung der finanziellen Beteiligung des Kantons am direkten Finanzausgleich	Finanzdirektion	10.12.2015: Frist erstreckt (Überprüfung im Rahmen des Projekts «ZFA Reform 2018»; Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018)
9	2494	Motion der CVP-Fraktion betreffend Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen zur Führung des Finanzhaushaltes (Schuldenbremse)	Finanzdirektion	02.04.2015: Überweisung an Regierungsrat
10	2491	Motion der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend Zusatzverkehr auf Bahn und Bus - Massnahmen zur Verbesserung des Zuger Modal-Splits	Baudirektion / Volkswirtschaftsdirektion	02.04.2015: Überweisung an Regierungsrat (Mitbericht der Volkswirtschaftsdirektion)
11	2486	Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision Planungs- und Baugesetz (Bauanzeige & Arealbebauung)	Baudirektion	02.04.2015: Überweisung an Regierungsrat
12	2483	Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend Auftrag an den Regierungsrat, dem Kantonsrat einen neuen Beschluss zu den Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten zu unterbreiten	Baudirektion	26.02.2015: Erheblicherklärung (Überweisung. Sofortige Behandlung. Erheblicherklärung.)
13	2479	Motion der SVP-Fraktion betreffend Stärkung der Unabhängigkeit und der Legitimation der Staatsanwälte durch Parlamentswahl	Obergericht	22.12.2015: Traktandiert (Traktandiert für 28. Januar 2016)
14	2478	Motion von Jürg Messmer, Philip C. Brunner und Manuel Brandenburg betreffend Änderung des Gemeindegesetzes des Kantons Zug, insbesondere Paragraph 106 Abs. 1	Direktion des Innern	01.12.2015: Traktandiert (Traktandiert am 28. Januar 2016)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
15	2477	Motion von Thomas Lötscher betreffend die Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments	Direktion des Innern	26.02.2015: Überweisung an Regierungsrat
16	2475	Motion von Andreas Hausheer betreffend Führung der Gerichte mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Obergericht / Verwaltungsgericht	26.02.2015: (Überweisung an Obergericht und an Verwaltungsgericht)
17	2472	Motion von Manuel Brandenburg, Philip C. Brunner, Beni Riedi, Rainer Suter, Thomas Werner betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes - Liberalisierung des Anforderungsprofils für die beruflich mit der Sozialhilfe befassten Personen	Direktion des Innern	29.01.2015: Überweisung an Regierungsrat
18	2466	Motion von Silvan Hotz betreffend Umsetzung der Strategie 2015–2018 «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasiums» und Überprüfung des Langzeitgymnasiums im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018	Direktion für Bildung und Kultur	15.12.2015: Traktandiert (Traktandiert für 28. Januar 2016)
19	2453	Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenburg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug	Direktion des Innern	28.05.2015: Teil-Erheblicherklärung (Teilweise Erheblicherklärung als Motion [im Rahmen einer Teilrevision des Denkmalschutzgesetzes sei die Einführung einer vertraglichen Unterschutzstellung zu prüfen]. Übriges Begehren: Umwandlung in ein Postulat; teilweise Erheblicherklärung als Postulat.)
20	2438	Motion der CVP-Fraktion betreffend Wohnsitz einer für den Kantonsrat kandidierenden Person	Direktion des Innern	29.10.2015: Erheblicherklärung
21	2412	Motion der Kommission zur Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) betreffend individuell-konkrete Anweisungen des Kantonsrats im gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und der Gerichte	Staatskanzlei	28.08.2014: Überweisung an Regierungsrat
22	2407	Motion der ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung	Finanzdirektion	26.06.2014: Überweisung an Regierungsrat
23	2391	Motion der CVP-Fraktion betreffend Infrastrukturfinanzierung	Finanzdirektion	22.05.2014: Überweisung an Regierungsrat
24	2390	Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung	Direktion des Innern	25.06.2015: Erheblicherklärung
25	2389	Motion von Karin Andenmatten-Helbling, Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Thomas Lötscher und Thomas Wyss betreffend Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen	Obergericht	29.01.2015: Erheblicherklärung
26	2373	Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrates	Finanzdirektion	03.07.2014: Teil-Erheblicherklärung (Überweisung an die Staatswirtschaftskommission)
27	2342	Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenburg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug	Direktion des Innern	28.05.2015: Teil-Erheblicherklärung (Teilweise Erheblicherklärung als Motion [Rechtssicherheit der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer betreffend Schutzobjekte herstellen]. Übrige Begehren: Umwandlung in ein Postulat; teilweise Erheblicherklärung als Postulat.)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
28	2303	Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons	Finanzdirektion	03.07.2014: Erheblicherklärung (Überweisung an die Staatswirtschaftskommission)
29	2293	Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen	Staatskanzlei	25.06.2015: Frist erstreckt (Frist erstreckt bis 31.01.2016)
30	2276	Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens	Direktion des Innern	29.01.2015: Erheblicherklärung
31	2245	Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung § 19 des Planungs- und Baugesetzes (PBG)	Baudirektion	30.01.2014: Erheblicherklärung
32	2243	Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrates vom 1. Februar 1990	Finanzdirektion	03.07.2014: Erheblicherklärung (Überweisung an die Staatswirtschaftskommission)
33	2242	Motion von Gabriela Ingold betreffend Grundstückgewinnsteuer	Finanzdirektion	10.04.2014: Erheblicherklärung
34	2239	Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug	Direktion des Innern	20.02.2014: Erheblicherklärung (im Sinne der Ausführungen des Regierungsrates)
35	2238	Motion der vorberatenden Kommission zur Änderung des Organisationsgesetzes betreffend Ergänzungen im Organisationsgesetz (§ 7) und im Finanzhaushaltgesetz (§§ 45 und 46)	Finanzdirektion	25.06.2015: Frist erstreckt (Frist erstreckt bis 30.06.2016)
36	2235	Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen	Direktion des Innern	27.03.2014: Erheblicherklärung
37	2225	Motion der SVP-Fraktion betreffend Einführung der Lizenz-/ Patentbox sowie einer Zinsbox im Kanton Zug	Finanzdirektion	25.06.2015: Frist erstreckt (1. Fristverlängerung. Teilerheblicherklärung erst im Rahmen der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III ins kantonale Steuerrecht 2. FD: Jährliche Berichterstattung an erweiterte Staatswirtschaftskommission)
38	2220	Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes	Baudirektion	30.01.2014: Erheblicherklärung
39	2187	Motion von Leonie Winter, Thimeo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie)	Baudirektion	26.09.2013: Erheblicherklärung
40	2184	Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes	Baudirektion	30.01.2014: Erheblicherklärung
41	2129	Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)	Finanzdirektion	10.12.2015: Frist erstreckt (Überprüfung im Rahmen des Projekts «ZFA Reform 2018»; Fristerstreckung bis 31. Dezember 2018)
42	2124	Motion der Kommission Polycom zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM	Gesundheitsdirektion / Sicherheitsdirektion	27.03.2014: Erheblicherklärung
43	2077	Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Zug (EG ZGB)	Direktion des Innern	03.05.2012: Erheblicherklärung (Überprüfung «Nachbarrecht» EG ZGB, Anpassung §§ 94 - 111 EG ZGB)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
44	1931	Motion der FDP-Fraktion betreffend Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer – steuerliche Entlastung von Risikokapital	Finanzdirektion	25.06.2015: Frist erstreckt (Fristverlängerung. Behandlung im Rahmen der Steuergesetzrevision betreffend Überführung der Unternehmenssteuerreform III ins kantonale Recht)
45	1899	Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern	Volkswirtschaftsdirektion	25.06.2015: Frist erstreckt (Frist erstreckt bis 31.12.2016)
46	1804	Motion und Postulat der FDP-Fraktion zum Ausbau der Bahnverbindung nach Zürich	Volkswirtschaftsdirektion	04.07.2013: Frist erstreckt (Derzeit keine FABI-Projekte)
47	1714	Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug	Direktion des Innern	27.08.2015: Frist erstreckt
48	1693	Motion von Anna Lustenberger-Seitz und Berty Zeiter betreffend Velo- und Skating-Verbindung ins Sihltal	Baudirektion	25.06.2015: Frist erstreckt (Frist erstreckt bis 31.03.2019)
Postulat				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
49	2537	Postulat der Fraktionen der CVP und der FDP betreffend Sistierung der interkantonalen Zusammenarbeit des Kantons Zug bis zu einer gesetzeskonformen Umsetzung des Nationalen Finanzausgleichs NFA	Volkswirtschaftsdirektion	10.12.2015: Traktandiert (Traktandiert für 28. Januar 2016 (10. Dezember 2015: Aus Zeitgründen nicht behandelt))
50	2520	Postulat Thimeo Hächler, Daniel Abt, Manuel Brandenburg. Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug (Teilumwandlung der Motion 2453)	Direktion des Innern	28.05.2015: Teil-Erheblicherklärung
51	2519	Postulat Thimeo Hächler, Daniel Abt, Manuel Brandenburg. Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug (Teilumwandlung der Motion 2342)	Direktion des Innern	28.05.2015: Teil-Erheblicherklärung
52	2403	Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für ÖV-Benützer	Volkswirtschaftsdirektion	13.11.2014: Teil-Erheblicherklärung (Nicht als erledigt abgeschlossen)
53	2348	Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)	Direktion für Bildung und Kultur	13.11.2014: Erheblicherklärung (Nicht als erledigt abgeschlossen)
54	2346	Postulat von Thomas Werner betreffend gesetzliche Grundlagen für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellem Strafregistrauszug	Finanzdirektion	26.02.2015: Erheblicherklärung
55	2294	Postulat der SVP-Fraktion betreffend 45 Ämter sind genug	Staatskanzlei	25.06.2015: Frist erstreckt (Frist erstreckt bis 31.03.2017)
56	2248	Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch	Direktion für Bildung und Kultur	30.01.2014: Erheblicherklärung
57	2121	Postulat der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Konflikt-/Gewaltpotential	Sicherheitsdirektion	21.03.2013: Erheblicherklärung
58	2039	Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug	Baudirektion	02.05.2013: Erheblicherklärung
59	1833	Postulat von Bettina Egler und Berty Zeiter betreffend Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache	Direktion des Innern	26.06.2014: Frist erstreckt

Interpellation

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
60	2577	Interpellation von Andreas Etter betreffend Smart City	Baudirektion	31.12.2015: Einreichung
61	2576	Interpellation von Silvan Renggli, Daniel Thomas Burch und Jean-Luc Mösch betreffend Vorgehen des Kantons Zug bzw. der Zentralschweiz bei der Anbindung an den Innovationspark Schweiz	Volkswirtschaftsdirektion	23.12.2015: Einreichung
62	2575	Interpellation von Pirmin Frei, Daniel Abt und Walter Birrer betreffend Folgen einer Ablehnung des Gotthard-Sanierungstunnels und Auswirkungen auf den Kanton Zug	Baudirektion	10.12.2015: Einreichung
63	2574	Interpellation der SP-Fraktion betreffend Ausbau Stadtbahn Zug	Volkswirtschaftsdirektion	10.12.2015: Überweisung an Regierungsrat
64	2573	Interpellation von Beat Unternährer betreffend Integration von Flüchtlingskindern in die Volksschule	Direktion für Bildung und Kultur	10.12.2015: Überweisung an Regierungsrat
65	2571	Interpellation von Hubert Schuler betreffend Ausschreibung der Mandatsführung für Kinder und Jugendliche	Direktion des Innern	10.12.2015: Überweisung an Regierungsrat
66	2570	Interpellation von Daniel Stadlin betreffend unzureichende Signalisation von Zug zwischen Sihlbrugg und Walterswil (Hauptstrasse 4) Richtung Autobahn A4a	Baudirektion	26.11.2015: Überweisung an Regierungsrat
67	2568	Interpellation von Jean-Luc Mösch, Silvan Renggli, Patrick Iten und Kurt Balmer betreffend öffentliche Apotheke im Zuger Kantonsspital	Gesundheitsdirektion	26.11.2015: Überweisung an Regierungsrat
68	2563	Interpellation von Alice Landtwing und Karen Umbach betreffend Bauprojekt Sprungturm – einmal mehr die Luxusversion für Zug	Baudirektion	26.11.2015: Überweisung an Regierungsrat
69	2561	Interpellation von Esther Haas, Rita Hofer und Anastas Odermatt betreffend Lektionen-Streichung	Direktion für Bildung und Kultur	12.01.2016: Traktandiert (Traktandiert am 28. Januar 2016)
70	2560	Interpellation von Kurt Balmer und Andreas Hausheer betreffend Pflegebettmoratorium	Gesundheitsdirektion	29.10.2015: Überweisung an Regierungsrat
71	2556	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Flüchtlingskonzept	Direktion des Innern	29.10.2015: Überweisung an Regierungsrat
72	2555	Interpellation von Manuel Brandenburg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion	Sicherheitsdirektion	29.10.2015: Überweisung an Regierungsrat
73	2548	Interpellation von Willi Vollenweider und Philip C. Brunner betreffend die Armee-Halbierung «WEA» gefährdet die Sicherheit auch im Kanton Zug	Sicherheitsdirektion	10.12.2015: Traktandiert (Traktandiert für 28. Januar 2016 [10. Dezember 2015: Aus Zeitgründen nicht behandelt])
74	2544	Interpellation der SVP-Fraktion betreffend das beabsichtigte Rahmenabkommen zur institutionellen Einbindung in die EU	Volkswirtschaftsdirektion	24.09.2015: Überweisung an Regierungsrat
75	2540	Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Projekt FOKUS (Verwaltungszentrum 3, Hauptstützpunkt ZVB)	Baudirektion	12.01.2016: Traktandiert (Traktandiert am 28. Januar 2016)
76	2538	Interpellation der SP-Fraktion betreffend Arbeitslos und 50 Plus	Volkswirtschaftsdirektion	12.01.2016: Traktandiert (Traktandiert für 28. Januar 2016)
77	2530	Interpellation von Michèle Kottelat betreffend: Wie kann der Respekt im Kanton Zug gefördert werden?	Direktion des Innern	12.01.2016: Traktandiert (Traktandiert für 28. Januar 2016)
78	2505	Interpellation von Andreas Hostettler, Monika Weber, Peter Letter, Karen Umbach und Beat Unternährer betreffend Integratives Schulmodell im Kanton Zug	Direktion für Bildung und Kultur	12.01.2016: Traktandiert (Traktandiert am 28. Januar 2016)
79	2488	Interpellation von Florian Weber, Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Software-Beschaffung für die Einwohnerkontrolle	Finanzdirektion	02.04.2015: Überweisung an Regierungsrat
80	2372	Interpellation von Daniel Stadlin betreffend kostendämpfende Massnahmen im Finanzhaushalt des Kantons Zug	Finanzdirektion	25.06.2015: Frist erstreckt (Frist erstreckt bis 30.06.2016)

Konkordat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
81	2493	Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung der Interkantonalen Vereinbarung zur Aufhebung des Viehhandelskonkordats (Interkantonale Übereinkunft über den Viehhandel vom 13. September 1943)	Gesundheitsdirektion	03.11.2015: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen am 3. November 2015. Aufnahme in GS per 01.03.2016)

Gesetz

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
82	2569	Entlastungsprogramm 2015–2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung	Finanzdirektion	26.11.2015: Kommission bestellt
83	2553	Totalrevision des Gesetzes über die Gebäudeversicherung	Sicherheitsdirektion	24.09.2015: Kommission bestellt
84	2547	Änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen im Kanton Zug	Gesundheitsdirektion	24.09.2015: Kommission bestellt
85	2543	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (EG BGFA)	Obergericht	24.09.2015: Kommission bestellt
86	2529	Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG; BGS 122.5) betreffend Nachweis von Deutschkenntnissen für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung	Sicherheitsdirektion	26.10.2015: Traktandiert zur 1. Lesung (Traktandiert für 25. Februar 2016)
87	2518	Gesetzesinitiative «Ja zur Mundart» Direktion für Bildung und Kultur	13.12.2015: Traktandiert zur 2. Lesung	
88	2482	Änderung des Schulgesetzes Direktion für Bildung und Kultur	05.01.2016: Referendumsfrist abgelaufen (Referendumsfrist abgelaufen: 5. Januar 2016)	
89	2476	Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB; BGS 211.1) vom 17. August 1911 – Änderung der nachbarrechtlichen Bestimmungen	Direktion des Innern	23.09.2015: Traktandiert zur 1. Lesung (Traktandiert für 28. Januar 2016)
90	2451	Gesetz über die Haltung von Hunden (Hundegesetz, HuG)	Sicherheitsdirektion	10.12.2015: Referendumsfrist am Laufen (Ablauf der Referendumsfrist am 16. Februar 2016)
91	1775	Änderung des Gesetzes über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (WFG), KRB betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum und KRB betreffend Statut der «Aktiengesellschaft zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum»	Volkswirtschaftsdirektion	06.05.2010: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
92	1000	Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG) und Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum	Volkswirtschaftsdirektion	30.01.2003: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
93	2565	Gesetzesinitiative für bezahlbaren Wohnraum von Junge Alternative Zug und JUSO JungsozialistInnen	Volkswirtschaftsdirektion	29.10.2015: (Überweisung an Regierungsrat)

Kantonsratsbeschluss (referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
94	2572	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsratssaal	Staatskanzlei	10.12.2015: Kommission bestellt
95	2554	Kantonsratsbeschluss betreffend Erweiterung des Kiesabbaugebiets Bethlehem, Gemeinde Menzingen	Baudirektion	05.11.2015: Traktandiert zur 1. Lesung (Traktandiert für 28. Januar 2016)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
96	2501	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit 2016–2021 für die Umsetzung der ersten Phase des Massnahmenplans Ammoniak 2016–2030	Baudirektion	10.12.2015: Traktandiert zur 2. Lesung (Traktandiert für 28. Januar 2016)
97	2363	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenswilen, Gemeinde Baar	Baudirektion	04.11.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (Kantonsratsbeschluss vom 28.08.2014)
98	2336	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für die Kantonschule Menzingen (KSM)	Baudirektion	04.11.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (Kantonsratsbeschluss vom 28.08.2015)
99	2335	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung einer wettkampftauglichen Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich für die Kantonsschule Zug (KSZ)	Baudirektion	07.04.2015: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (29.01.2015: 18,7 Millionen Franken / 26.06.2014: 9,798 Millionen Franken)
100	2310	Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022	Baudirektion	04.11.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (Kantonsratsbeschluss vom 28.08.2014)
101	2285	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus	Baudirektion	22.05.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
102	2260	Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität	Baudirektion	22.05.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
103	2256	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50 in Steinhäusern	Baudirektion	29.04.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (Kantonsratsbeschluss vom 20.02.2014)
104	2215	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Instandsetzungen und einen Büroausbau bei der Liegenschaft Artherstrasse 25 in Zug	Baudirektion	31.10.2013: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
105	2213	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Ausbau des Littibaches, Gemeinde Baar	Baudirektion	29.08.2013: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
106	2212	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Renaturierung des Tobelbaches, Gemeinde Cham	Baudirektion	29.08.2013: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
107	2210	Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham	Baudirektion	29.08.2013: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
108	2195	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Kauf des ETH-Versuchsbetriebes Chamau/Schachen in der Gemeinde Hünenberg und für bauliche Anpassungen in der Chamau, Hünenberg, und in der Schluecht, Cham	Baudirektion	29.08.2013: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
109	2177	1. KRB Objektk. Planung/Realisierung der Aufstockung und des Umbaus von Trakt 1 des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums Zug für das Kombinierte Brückenangebot 2. KRB Objektk. Planung/Realisierung von Trakt 5 als Erweiterungsneubau für das GIBZ	Baudirektion	29.08.2013: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
110	2109	Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag für den Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei in der Sicherheitszone der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in Menzingen	Baudirektion	30.08.2012: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
111	2078	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Bau eines Stadtgartens auf dem Areal des ehemaligen kantonalen Zeughauses in Zug Baudirektion	29.03.2012: Genehmigung Schlussabrechnung pendent	
112	2066	Kantonsratsbeschluss betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf (KRB Energiebeiträge II)	Baudirektion	26.01.2012: Genehmigung Schlussabrechnung pendent

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
113	2060	Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Bustrassee Unterführung Sumpf, Teilstrecke Knoten Chamerried bis Knoten Steinhauser-/Chollerstrasse, Gemeinden Cham, Steinhausen und Zug	Baudirektion	24.11.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
114	2057	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für bauliche und sicherheitstechnische Massnahmen in der Burg Zug	Baudirektion	29.03.2012: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
115	2050	Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung von Neubauten für die Verwaltung und Gerichte des Kantons Zug und die Zugerland Verkehrsbetriebe AG auf dem Areal An der Aa in Zug	Baudirektion	03.05.2012: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
116	2038	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau und die Investitions-Folgekosten der S-Bahn-Haltestelle Steinhausen Rigiblick	Volkswirtschaftsdirektion	25.08.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
117	1992	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Beschaffung von Landesreserven	Baudirektion	24.02.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
118	1977	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau	Volkswirtschaftsdirektion	31.03.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
119	1948	1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für eine Lorzenaufweitung, Gemeinde Baar 2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau einer Kiesinsel im Zugersee, Gemeinde Cham	Baudirektion	25.06.2015: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (Kantonsratsbeschluss vom 27.01.2011: Lorzenaufweitung)
120	1930	Kantonsratsbeschluss betreffend Investitionsbeitrag zum Ausbau der Strecke Thalwil – Zug im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich	Volkswirtschaftsdirektion	25.08.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
121	1915	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für das Projekt Brücke Städtlerwald, Gemeinde Cham	Baudirektion	30.09.2010: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
122	1897	Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierungskredit für die Planung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50, Steinhausen	Baudirektion	24.06.2010: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
123	1796	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf	Baudirektion	05.01.2010: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
124	1733	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für archäologische Rettungsgrabung «Cham-Alpenblick II»	Direktion des Innern	26.03.2009: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
125	1701	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Altlastensanierung bei Schiessanlagen	Baudirektion	29.01.2009: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
126	1646	1. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projektes «Tangente Zug/Baar» 2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung, Landerwerb und Bau des Projektes «Tangente Zug/Baar»	Baudirektion	28.05.2009: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
127	1624	Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschlüsse betreffend Rahmenkredit für die Planung, den Landerwerb und den Bau der Nordzufahrt in Zug/Baar – Kreditfreigabe und Beteiligung der Gemeinden Zug und Baar an einer Bundessubvention	Baudirektion	29.01.2015: Genehmigung Schlussabrechnung pendent (29.01.2015: Feststellungskredit 695'000 Franken)
128	1611	Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Landschaftsschutz und kantonalen Inkonvenienzentschädigungen bei der Hochspannungsleitung in Baar-Nord und Steinhausen	Baudirektion	08.05.2008: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
129	1527	«Ausbau Verbindung Knoten Grindel – Bibersee» 1. Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projektes «Ausbau Verbindung Knoten Grindel – Bibersee» 2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung, Landerwerb und Bau des Projektes «Ausbau Verbindung Knoten Grindel – Bibersee»	Baudirektion	25.10.2007: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
130	1393	«Kammerkonzept Ennetsee»	Baudirektion	01.06.2006: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
131	1168	Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite öffentlicher Verkehr	Volkswirtschaftsdirektion	18.12.2003: Genehmigung Schlussabrechnung pendent

Kantonsratsbeschluss (nicht referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
132	2578	Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnissnahme der von der Konkordatskommission im Jahr 2015 behandelten Geschäfte gemäss § 21 Abs. 4 GO KR		18.12.2015: Traktandiert (Traktandiert am 28. Januar 2015)
133	2490	Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel S 9 Öffentliche Bauten und Anlagen: Standort Fachhochschule Zentralschweiz)	Baudirektion	02.07.2015: Bund: Genehmigung pendent (In die kantonale Gesetzessammlung aufgenommen. GS 2015/029)
134	2434	Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr / Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr / Feinverteiler, u.a. auf Eigenstrasse; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)	Baudirektion	05.06.2015: Bund: Genehmigung pendent (In die kantonale Gesetzessammlung aufgenommen. GS 2015/016, BGS 711.31 / 711.32)
135	2323	Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für den Ersatzneubau des Durchlasses Mülibach Bostadel, Kantonsstrasse Q, Gemeinde Menzingen	Baudirektion	10.04.2015: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
136	2313	Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)	Baudirektion	13.05.2015: (Genehmigt vom Bund am 13.05.2015)
137	2291	Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für das Projekt Sanierung der Kantonsstrasse N, Neuheimerstrasse, Abschnitt Kreisel Lättich bis Baarburggrank, Gemeinde Baar	Baudirektion	26.09.2013: Kommission bestellt
138	2065	Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM	Sicherheitsdirektion	03.05.2012: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
139	2024	Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für die Planung und den Bau der Umfahrung Cham-Hünenberg sowie für den Landerwerb	Baudirektion	07.07.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
140	1855	Kantonsratsbeschluss betreffend Vorfinanzierung von Bahnprojekten	Volkswirtschaftsdirektion	26.11.2009: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
141	1834	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Beteiligung des Kantons Zug am Parkleitsystem in der Stadt Zug	Baudirektion	27.05.2010: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
142	1251	Kantonsratsbeschluss betreffend Sanierung der Gebäudehülle und Dächer der Liegenschaft Hofstrasse 15 in Zug	Baudirektion	24.02.2005: Genehmigung Schlussabrechnung pendent

Wahlen

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
143	2579	Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Susanne Giger	Staatskanzlei	12.01.2016: Traktandiert (Traktandiert am 28. Januar 2016)

Verschiedenes

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
144	2418	Arbeitsprogramme des Kantonsrats	Staatskanzlei	17.11.2015:
145	1986	Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf	Baudirektion	05.05.2011: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
146	1901	Änderung des Kantonsratsbeschlusses über das Strassenbauprogramm 2004–2011	Baudirektion	30.09.2010: Genehmigung Schlussabrechnung pendent

Aufsichtsbeschwerden

Drei Beschwerden sind noch hängig. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht veröffentlicht.

Eidgenössische Wahlen

Nationalratswahlen

Am 18. Oktober wählten die Zuger Wahlberechtigten folgende drei Zuger Mitglieder des Nationalrats (in absteigender Reihenfolge der Stimmenzahl): Thomas Aeschi, Baar (SVP), Gerhard Pfister, Oberägeri (CVP) und Bruno Pezzatti, Menzingen (FDP.Die Liberalen). Die Wahlbeteiligung lag bei 53,74 Prozent.

Weitere Informationen: <https://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/wahlen-nr>

Eidgenössische Volksabstimmungen

Ergebnisse des Kantons Zug	Ja	Nein	Stimm- beteiligung %
8. März 2015			
- Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» (BBI 2014 7221)	7'655	26'880	46,69
- Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuer» (BBI 2014 7217)	2'614	31'912	46,68
14. Juni 2015			
- Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (BBI 2014 9675)	25'270	18'458	59,96
- Volksinitiative vom 20. Januar 2012 «Stipendieninitiative» (BBI 2014 9681)	8'017	35'621	59,77
- Volksinitiative vom 15. Februar 2013 «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» (BBI 2014 9677)	8'682	36'075	60,53
- Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG; BBI 2014 7345)	19'288	25'081	60,26

Weitere Informationen: <https://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/abstimmungen-eidgenoessisch>

Kantonale Wahlen

Ständeratswahlen

Am 18. Oktober wählte das Zuger Stimmvolk die beiden Zuger Ständeratsmitglieder (in absteigender Reihenfolge der Stimmenzahl): Peter Hegglin, Edlibach (CVP) und Joachim Eder, Unterägeri (FDP.Die Liberalen). Die Wahlbeteiligung lag bei 53,01 Prozent.

Weitere Informationen: <https://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/wahlen-sr>

Richterliche Wahlen

Obergericht

Die amtierende Obergerichtspräsidentin des Kantons Zug, Iris Studer-Milz, erklärte per Ende April ihren Rücktritt als Richterin und Präsidentin des Obergerichts. An seiner Sitzung vom 26. Februar validierte der Kantonsrat die stille Wahl von Strafrichter Stephan Dalcher, Hünenberg See (FDP.Die Liberalen), als Mitglied des Obergerichts.

Am 30. April wählte der Kantonsrat

- Oberrichter Stephan Dalcher, Hünenberg See (FDP.Die Liberalen), als hauptamtliches Mitglied am Obergericht für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 sowie
- Oberrichter Felix Ulrich, Oberägeri (SVP), zum Obergerichtspräsidenten für den Rest der Amtsdauer 2013–2018.

Strafgericht

Für die Ergänzungswahl für ein Mitglied des Strafgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 wurde ein einziger Wahlvorschlag eingereicht für Philipp Frank, Rotkreuz (FDP.Die Liberalen).

Da gleich viele Personen vorgeschlagen wurden, wie Richterstellen zu vergeben waren, erfolgte eine stille Wahl (§ 40 Abs. 1 WAG; kein Urnengang). Der Regierungsrat erklärte die vorgeschlagene Person für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 für gewählt. Der Kantonsrat nahm die Validierung dieser Ergänzungswahl am 28. Mai vor.

Kantonale Volksabstimmung

Ergebnisse des Kantons Zug	Ja	Nein	Stimm- beteiligung %
14. Juni 2015			
– «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus – Behördenreferendum zum Objektkredit»	16'534	27'898	61,34
Die Stimmberechtigten lehnten die Vorlage mit 62,97 Prozent ab.			

Weitere Informationen: <https://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/abstimmungen-kantonal>

Jahresrechnung

Bericht

1 In Kürze

Das Entlastungsprogramm 2015–2018 ist auf Kurs. Die im Budget 2015 vorgesehenen Sofortmassnahmen konnten im Berichtsjahr umgesetzt werden. Ein achtsamer Umgang mit den finanziellen Ressourcen und eine unerwartete Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank tragen dazu bei, dass der Aufwandüberschuss mit 87,9 Millionen Franken rund einen Drittel tiefer ausfällt als budgetiert. Zu beachten ist dabei, dass 40 Millionen Franken aus der NFA-Reserve entnommen wurden. Unter Berücksichtigung dieser und einer weiteren ausserordentlichen Buchung von 1,3 Millionen Franken beläuft sich das operative Ergebnis auf minus 126,6 Millionen Franken. Das zeigt deutlich, dass noch sehr grosse Sparanstrengungen notwendig sind.

Die Zukunftsaussichten sind herausfordernd. Der internationale Standortwettbewerb wird zunehmend härter, wesentliche Mehreinnahmen bei den Steuern sind nicht erkennbar. Dagegen steigen die Beiträge an den Nationalen Finanzausgleich weiter an. Trotzdem muss eine ausgeglichene Rechnung unser Ziel sein. Der Regierungsrat hat daher entschieden, die Finanzstrategie zu überarbeiten und mit dem Projekt «Finanzen 2019» das strukturelle Defizit abzubauen. Auch die «ZFA Reform 2018» sowie das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019» sollen einen Beitrag an dieses Ziel leisten.

Gegenläufige Entwicklung bei den Erträgen

Bei den Erträgen konnte eine nicht budgetierte, doppelte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 19,3 Millionen Franken verbucht werden. Beim Fiskalertrag zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung. Während bei den natürlichen Personen das Budget um 18,7 Millionen Franken verfehlt wurde, steuerten die juristischen Personen 30,8 Millionen Franken zu einem besseren Ergebnis bei. Dieser positive Effekt schlug jedoch nicht auf das Jahresergebnis durch, denn bei der direkten Bundessteuer wurde das Budget um 17,6 Millionen Franken verfehlt.

Achtsamer Umgang mit den Ressourcen

Durch ein striktes Kostenmanagement in allen Direktionen und bei den richterlichen Behörden ist der Sachaufwand im Berichtsjahr tiefer als budgetiert ausgefallen. Der Personalaufwand konnte reduziert werden, weil vakante Stellen – wohl auch im Hinblick auf die weitere Umsetzung des Entlastungsprogramms – noch nicht besetzt wurden. Zudem haben die Mitarbeitenden, neben der ordentlichen Aufgabenerfüllung, aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben abgebaut.

Weniger Investitionen

Die Nettoinvestitionen mussten sich gemäss den Budgetvorgaben des Regierungsrats an den Durchschnittswerten der letzten drei Rechnungsjahre orientieren. Sämtliche Projekte wurden auf ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit überprüft. Dies führte dazu, dass das Budget um 11,4 Millionen Franken oder rund 13 Prozent unterschritten werden konnte. Wegen des hohen operativen Defizits muss wieder ein negativer Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen werden. Dies bedeutet, dass neben den Investitionen auch ein Teil des betrieblichen Aufwands nicht mit den im Berichtsjahr erwirtschafteten Mitteln finanziert werden konnten.

Die Bilanzstruktur ist immer noch robust

Auf der Aktivseite hat das Finanzvermögen um 88,1 auf 1126,7 Millionen Franken abgenommen, insbesondere weil der Kanton liquide Mittel zur Finanzierung der Investitionen und der laufenden Ausgaben benötigte. Das Verwaltungsvermögen verändert sich einerseits infolge der Investitionen und andererseits wegen der Abschreibungen. Insgesamt ist es um 8,7 auf 469,3 Millionen Franken leicht angestiegen. Auf der Passivseite weist der Kanton 340,0 Millionen Franken als NFA-Ressourcenausgleichsreserve aus. Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 17,1 Millionen Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 232,4 Millionen Franken. Das gesamte Eigenkapital des Kantons Zug hat um 117,2 Millionen Franken abgenommen und beläuft sich per Jahresende auf 893,3 Millionen Franken.

2 Änderungen in der Berichterstattung

Der bisherige Leistungsauftrag 3023 Strassenunterhalt wurde in denjenigen des Tiefbauamtes mit der Amtsnummer 3020 integriert. Dies führt zu einer administrativen Vereinfachung und besseren Kostenzuteilung auf einzelne Investitionsprojekte.

Aus Transparenzgründen wurde die Reserve für Zivilschutzaufwendungen aus dem Amt für Zivilschutz und Militär ausgegliedert und unter der neuen Kostenstelle 3542 Zivilschutz Spezialfinanzierung geführt.

Das neue Amt für Gesundheit (Amtsnummer 4050) geht aus der Zusammenlegung des Gesundheitsamtes (Amtsnummer 4055) und des Medizinialamtes (Amtsnummer 4060) hervor.

3 Entlastungsprogramm 2015–2018

In der Jahresrechnung 2015 wurden bereits folgende Sofortmassnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 umgesetzt:

3.1 Personalaufwand (Kontengruppe 30)

Im Personalbereich wurden konsequent keine neuen Stellen bewilligt. Die Führungsverantwortlichen haben die zur Verfügung stehenden Personalressourcen aktiv bewirtschaftet. Der Personalaufwand liegt um 9,1 Millionen Franken oder 2,8 Prozent unter Budget. Dies ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, dass vakante Stellen noch nicht besetzt worden sind. Gleichzeitig haben die Mitarbeitenden aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben im Umfang von rund 2,1 Millionen Franken abgebaut.

3.2 Sach- und übriger Betriebsaufwand (Kontengruppe 31)

Beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand hat der Regierungsrat in den Budgetvorgaben festgelegt, dass er nicht höher als der Durchschnitt der letzten drei Rechnungsjahre ausfallen durfte. Zusätzlich hat der Kantonsrat in diesem Bereich eine Pauschalkürzung um 5,7 Millionen Franken beschlossen. Trotzdem ist der budgetierte Aufwand um 4,8 Millionen Franken oder 4,5 Prozent unterschritten worden. Dazu haben die Allgemeine Verwaltung, die Direktionen und die richterlichen Behörden durch ein striktes Kostenmanagement beigetragen.

3.3 Investitionen

Die Nettoinvestitionen mussten sich gemäss den Budgetvorgaben des Regierungsrats an den Durchschnittswerten der letzten drei Rechnungsjahre orientieren. Sämtliche Projekte wurden auf ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit überprüft. Dies führte dazu, dass von den budgetierten 89,3 Millionen Franken insgesamt 77,8 Millionen beansprucht wurden, was einer Unterschreitung von 11,4 Millionen Franken oder 12,8 Prozent entspricht. Dies hat dazu beigetragen, dass der Abschreibungsaufwand Verwaltungsvermögen (Kontengruppe 33) um 5,6 Millionen Franken oder 8,8 Prozent unter dem budgetierten Wert liegt.

4 Übersicht über die Laufende Rechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'407,1	-1'461,1	-1'443,2	17,9	-1,2
Total Ertrag	1'268,1	1'331,9	1'355,2	23,3	1,8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-139,0	-129,2	-87,9	41,2	-31,9
Ausserordentliche Buchungen	0,2	-38,7	-38,7		
Operatives Ergebnis	-138,8	-167,9	-126,6		

Die Laufende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss von 87,9 Millionen Franken auf. Dieses Ergebnis ist um 41,2 Millionen besser als budgetiert. Der Personalaufwand konnte reduziert werden, weil vakante Stellen – wohl auch im Hinblick auf die weitere Umsetzung des Entlastungsprogramms – noch nicht besetzt wurden. Zudem haben die Mitarbeitenden aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben abgebaut. Durch ein striktes Kostenmanagement in allen Direktionen und bei den richterlichen Behörden ist auch der Sachaufwand tiefer als budgetiert ausgefallen. Bei den Erträgen konnte eine nicht budgetierte, doppelte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 19,3 Millionen Franken verbucht werden. Der Mehrertrag bei den Kantonssteuern betrug 13,8 Millionen Franken, jedoch resultierte bei der direkten Bundessteuer ein Minderertrag gegenüber dem Budget von 17,6 Millionen Franken. Zu beachten ist dabei, dass 40,0 Millionen Franken aus der NFA-Reserve entnommen wurden. Unter Berücksichtigung dieser und einer weiteren ausserordentlichen Buchung von 1,3 Millionen Franken beläuft sich das operative Ergebnis auf minus 126,6 Millionen Franken.

Die wichtigsten Positionen sowie ihre Abweichungen zum Budget sind in nachfolgender Tabelle aufgeführt:

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Personalaufwand	-316,8	-322,8	-313,7	9,1	-2,8
Dienstleistungen Dritter und Honorare	-63,4	-66,2	-59,1	7,1	-10,7
Nationaler Finanzausgleich	-279,5	-316,6	-316,6	0,0	0,0
Fiskalertrag	638,5	649,0	662,8	13,8	2,1
Kantonsanteil an direkter Bundessteuer	227,0	252,5	234,9	-17,6	-7,0
Kantonsanteil am Reingewinn der Nationalbank	0,0	0,0	19,3	+19,3	
Nettoinvestitionen	-93,4	-89,3	-77,8	11,4	-12,8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-59,8	-64,4	-58,8	5,6	-8,8

4.1 Personalaufwand

Der Personalaufwand wurde gegenüber dem Budget um 9,1 Millionen Franken oder 2,8 Prozent unterschritten, weil vakante Stellen noch nicht besetzt worden sind und aufgelaufene Zeit- und Ferienguthaben abgebaut worden sind.

In nachfolgender Tabelle wird der Lohnaufwand der Hilfskräfte, des Aushilfs- sowie des Fachpersonals aufgelistet:

Konto	Lohnaufwand In Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
3010.20	Aushilfspersonal	-942'053	-128'000	-853'309	-725'309	566,6
3010.21	Hilfskräfte (ohne Reinigungspersonal)	-3'171'548	-3'068'700	-3'388'717	-320'017	10,4
3010.40	Fachpersonal	-539'795	-1'343'500	-1'792'184	-448'684	33,4
	Total	-4'653'396	-4'540'200	-6'034'210	-1'494'010	32,9

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Finanzzahlen

Das Konto 3010.20 umfasst den Aufwand für Einsätze bei vorübergehenden Ausfällen wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaft, bezahltem/ unbezahltem Urlaub oder Militärdienst. Diese Absenzen können in den meisten Fällen nicht budgetiert werden, weshalb die Budgetabweichung in diesem Bereich immer sehr hoch ist. Alle Direktionen, die Allgemeine Verwaltung und die richterlichen Behörden waren auf Aushilfen angewiesen.

Das Konto 3010.21 weist die Kosten für Hilfskräfte aus, die zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalls eingesetzt werden. Die budgetierten Beträge mussten bei den meisten Direktionen überschritten werden. Lediglich die Allgemeine Verwaltung, die Gesundheitsdirektion und die richterlichen Behörden haben ihre Budgets leicht unterschritten.

Im Konto 3010.40 resultiert beim Fachpersonal eine Budgetüberschreitung um eine Drittel oder rund 450 000 Franken. Davon entfallen 390 000 Franken auf das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz für die Entschädigungen von privaten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. Dieser Mehraufwand konnte grösstenteils den Klientinnen und Klienten weiterverrechnet werden, was zu einem entsprechenden Mehrertrag führte.

4.2 Dienstleistungen Dritter und Honorare

In der Finanzstrategie wurde festgelegt, dass unter diesem Titel folgende drei Kontengruppen zusammengefasst werden:

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
313 Dienstleistungen und Honorare	-32,3	-31,1	-29,7	1,4	-4,3
314 Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-20,7	-22,2	-18,1	4,1	-18,3
315 Unterhalt Mobilien	-10,3	-12,9	-11,3	1,6	-12,7
Total	-63,4	-66,2	-59,1	7,1	-10,7

Der budgetierte Aufwand ist um 7,1 Millionen Franken oder 10,7 Prozent unterschritten worden. Es gilt dabei zu beachten, dass die meisten Ämter die Pauschalkürzung des Kantonsrats von 5,7 Millionen Franken in diesem Bereich umgesetzt haben. Zur Unterschreitung haben alle Direktionen, die Allgemeine Verwaltung und die richterlichen Behörden beigetragen.

4.3 Ausgleichszahlungen an andere Kantone

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Ressourcenausgleich	-277,9	-315,0	-315,0	0,0	0,0
Härteausgleich	-1,6	-1,6	-1,6	0,0	0,0
Total	-279,5	-316,6	-316,6	0,0	0,0
Anteil der Gemeinden	35,9	36,4	36,0	-0,4	-1,2

Der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) hat gegenüber dem Vorjahr um 37,1 Millionen Franken oder 13,3 Prozent zugenommen. Diese markante Steigerung ist im Wesentlichen auf den Einmaleffekt des Jahres 2011 zurückzuführen, der im Kanton Zug zu erheblich höheren Steuererträgen führte. Die Beiträge werden vom Bund jeweils aufgrund der Parameter der letzten vier bis sechs Jahre berechnet.

4.4 Fiskalertrag

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Einkommenssteuern	284,1	315,4	285,1	-30,3	-9,6
Vermögenssteuern	83,9	84,0	87,3	3,3	3,9
Quellensteuern	27,5	24,0	32,3	8,3	34,7
Total direkte Steuern natürliche Personen	395,5	423,4	404,7	-18,7	-4,4
Gewinnsteuern	189,4	171,0	199,0	28,0	16,4
Kapitalsteuern	20,6	21,2	24,0	2,8	13,3
Total direkte Steuern juristische Personen	210,0	192,2	223,0	30,8	16,0
Übrige direkte Steuern (Erbschafts-, Schenkungs- und Nachsteuern sowie Steuerstrafen)	2,8	3,0	4,3	1,3	44,3
Total direkte Steuern	608,3	618,6	632,0	13,4	2,2
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	30,2	30,4	30,8	0,4	1,2
Total Fiskalertrag	638,5	649,0	662,8	13,8	2,1

Die direkten Steuern der natürlichen Personen lagen zwar 2,3 Prozent über dem Vorjahresstand, verfehlten jedoch das Budget um 18,7 Millionen Franken oder 4,4 Prozent. Trotz weiterer Bevölkerungszunahme konnten die budgetierten Wachstumsraten nicht erreicht werden. Die gegenwärtig schwierige Wirtschaftslage führte zu einer eher moderaten Lohnentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung. Dabei hatten insbesondere die für Zug traditionell besonders wichtigen Rohstoff- und Finanzbranchen mit einem allgemein widrigen Marktumfeld zu kämpfen. Dies hatte unter anderem eine Zurückhaltung bei den Bonuszahlungen zur Folge. Hinzu kam, dass substanzielle positive Einmaleffekte wie etwa hohe Lottogewinne oder Zuzüge besonders steuerstarker Personen – anders als in früheren Jahren – weitgehend ausblieben. Einen gewissen, nicht klar bezifferbaren Einfluss hatte auch das Tiefzinsumfeld: Mit Bankguthaben und Obligationen werden immer tiefere Zinserträge erzielt, was mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zu steuerlichen Mindererträgen führt. Zwar sinken auch die abzugsfähigen Schuldzinsen, etwa für Hypotheken, jedoch tendenziell nicht im gleichen Ausmass und nicht gleich schnell. Die Eigenmietwerte für selbst bewohntes Wohneigentum blieben stabil und hatten somit keinen Einfluss auf die Steuererträge.

Besser als erwartet entwickelten sich die direkten Steuererträge der juristischen Personen. Hier wurden die Vorjahreserträge deutlich übertroffen. Das Budget wurde um 30,8 Millionen Franken oder 16,0 Prozent überschritten. Die Geschäftsabschlüsse vieler Zuger Unternehmen fielen positiver aus, als es die weltweit schwierige Wirtschaftslage hatte erwarten lassen. Letztlich gaben unerwartet gute Abschlüsse einiger grosser und steuerstarker Unternehmen den Ausschlag für das insgesamt sehr positive Ergebnis.

4.5 Kantonsanteile an Bundessteuern

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Anteil an direkter Bundessteuer (inkl. Repartitionen)	227,0	252,5	234,9	-17,6	-7,0
Anteil an Verrechnungssteuer	7,9	7,1	9,4	2,3	32,6
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0,2	0,2	0,1	-0,1	-43,6
Total	235,1	259,8	244,4	-15,4	-5,9

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Bei den Kantonsanteilen an der direkten Bundessteuer blieben insbesondere die Erträge der natürlichen Personen deutlich unter Budget. Wie bei den Kantonssteuern natürlicher Personen fehlten positive Wachstumsimpulse und grössere Einmaleffekte. Auch bei den juristischen Personen konnten die budgetierten Werte nicht erreicht werden. Zwar entwickelten sich die Gewinne zahlreicher Unternehmen analog den Kantonssteuern eher über den Erwartungen, bei einzelnen steuerstarken Unternehmen waren jedoch negative Sonder-effekte zu verzeichnen, welche sich in dieser Form nur für die direkten Bundessteuern, nicht aber die Kantonssteuern, auswirkten.

4.6 Investitionen, Abschreibungen und Selbstfinanzierungsgrad

Nettoinvestitionen In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Ausgaben	-114,9	-102,3	-90,3	12,0	-11,7
Einnahmen	21,4	13,1	12,5	-0,5	-4,2
Total	-93,4	-89,3	-77,8	11,4	-12,8

Die ausgewiesene Budgetabweichung beträgt bei den Nettoinvestitionen 11,4 Millionen Franken oder minus 12,8 Prozent. Im Vergleich zu früheren Jahren ist die Differenz zu den budgetierten Werten kleiner ausgefallen.

Bei den Abschreibungen gab es eine grosse Abweichung zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau, wo gegenüber dem Budget 6,0 Millionen Franken weniger investiert worden sind. Diese Investitionen werden jeweils zu 100 Prozent abgeschrieben:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen ¹ In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Sachanlagen	-39,7	-40,4	-40,7	-0,3	0,8
Spezialfinanzierung Strassenbau	-20,0	-24,1	-18,1	6,0	-24,8
Total	-59,8	-64,4	-58,8	5,6	-8,8

Aufgrund des hohen Aufwandüberschusses konnten die Investitionen nicht mit einem Finanzierungsüberschuss der Laufenden Rechnung finanziert werden. Dies zeigt sich im negativen Selbstfinanzierungsgrad von minus 52,7 Prozent im Jahr 2015. Über die letzten fünf Jahre ergibt sich ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von 33,3 Prozent:

Selbstfinanzierungsgrad In %	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Mehrjahresbetrachtung	159,2	105,5	13,9	-59,2	-52,7
Mittelwert über die letzten fünf Jahre					33,3

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

5 Bilanz

Die Struktur der Bilanz per 31. Dezember 2015 zeigt sich in Tabelle 11. Das Finanzvermögen hat um 88,1 auf 1126,7 Millionen Franken abgenommen, insbesondere weil der Kanton liquide Mittel zur Finanzierung der Investitionen und der laufenden Ausgaben benötigte. Das Verwaltungsvermögen verändert sich einerseits infolge der Investitionen und andererseits wegen der Abschreibungen. Insgesamt ist es um 8,7 auf 469,3 Millionen Franken angestiegen. Das Verhältnis von Finanz- zu Verwaltungsvermögen beträgt 70,6 zu 29,4 Prozent.

Auf der Passivseite weist der Kanton 340,0 Millionen Franken als NFA-Ressourcenausgleichsreserve aus. Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 17,1 Millionen Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 232,4 Millionen Franken. Das gesamte Eigenkapital des Kantons Zug hat um 117,2 Millionen Franken abgenommen und beläuft sich per Jahresende noch auf 893,3 Millionen Franken. Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital beträgt 44,0 zu 56,0 Prozent.

¹ Es handelt sich hier um die Kontengruppe 33. Der Abschreibungsaufwand der Investitionsbeiträge ist in der Kontengruppe 36 verbucht; die zusätzlichen Abschreibungen in der Kontengruppe 38.

6 Anhang zur Jahresrechnung

Im Anhang sind die Abweichungen gegenüber den Empfehlungen von HRM2² begründet. Sie sind insbesondere auf übergeordnetes Recht zurückzuführen. Ebenfalls im Anhang finden sich Informationen zum Stand der vom Kantonsrat bewilligten Verpflichtungskredite. Der Regierungsrat beantragt, die als abgeschlossen bezeichneten Kredite zusammen mit dem Geschäftsbericht zu genehmigen. Die Kredite über 10 Millionen Franken werden dem Kantonsrat gemäss den Bestimmungen des Finanzhaushaltgesetzes jeweils mit einem separaten Bericht und Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

7 Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

7.1 Pädagogische Hochschule Zug

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 8,2 Millionen Franken ab. Dieser Saldo entspricht dem Kantonsbeitrag, der in der Kostenstelle 1730 dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule belastet wird.

7.2 Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (siehe Anhang zu BGS 332.31) haben die Parlamente beider Kantone die Jahresrechnung zu genehmigen. Die Rechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 460 500 Franken ab. Der vertraglich vereinbarte Anteil von einem Fünftel oder rund 92 000 Franken für den Kanton Zug wurde dem Konto 4631.10 der Kostenstelle Konto 3597 Vollzugs- und Bewährungsdienst gutgeschrieben. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von knapp 1,2 Millionen Franken aus.

7.3 Gebäudeversicherung Zug

Die Rechnung der Gebäudeversicherung schliesst mit einem Gewinn von 3,1 Millionen Franken ab. Dieses Ergebnis hat keinen Einfluss auf die Staatsrechnung des Kantons Zug.

8 Separatfonds

Gemäss § 9 des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sind Separatfonds formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbestimmung. Das Verfügungsrecht steht dem Regierungsrat zu. Die Führung der Separatfonds-Buchhaltung wird durch die Finanzverwaltung wahrgenommen, wobei sich die Bewirtschaftung der Geldmittel nach den in der Anlagestrategie vom 18. Dezember 2015 festgelegten Richtlinien richtet. Die jährliche Revision erfolgt durch die Finanzkontrolle.

Es gibt insgesamt sieben Separatfonds mit einem Gesamtvermögen von 19,7 Millionen Franken. Der Lotteriefonds (Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke) weist ein Vermögen von 11,5 Millionen Franken und der Sport-Toto-Fonds 2,6 Millionen Franken auf. Im Fonds-Eigenkapital von 18,4 Millionen Franken sind die Kursreserven sowie die Überschüsse aus der Bewirtschaftung verbucht. Die Separatfonds sind in der Jahresrechnung des Kantons separat auszuweisen, weshalb sie ganz am Schluss des Geschäftsberichts publiziert werden.

² Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2, herausgegeben von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

9 Aufwandüberschuss und Übertrag der NFA-Reserve ins freie Eigenkapital

Der Aufwandüberschuss wird gemäss § 19 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) dem freien Eigenkapital belastet.

Von der Ressourcenausgleichsreserve sind 40 Millionen Franken entnommen worden, um das Ergebnis der Laufenden Rechnung zu verbessern. Diese Entnahme war budgetiert und wurde vom Kantonsrat genehmigt. Der Bestand beläuft sich per Ende Jahr noch auf 340 Millionen Franken.

Die Ressourcenausgleichsreserve ist in den Jahren 2007 bis 2009 aufgrund der sehr guten Rechnungsabschlüsse gebildet und geüffnet worden. Die Finanzdirektion beantragt, diese Reserve per 31. Dezember 2015 ins freie Eigenkapital zu übertragen. Damit folgt sie den Empfehlungen der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren gemäss HRM2. Die Ergebnisse der Laufenden Rechnung sind nach dem «True-and-Fair-Prinzip» auszuweisen. Es ist somit nicht mehr angezeigt, einen Teil davon über Reserven erfolgswirksam abzubuchen. Dies entspricht auch der Meinung des Kantonsrats, denn er hat bei der Beratung des Budgets 2016 eine vom Regierungsrat beantragte Reserveentnahme von 150 Millionen Franken abgelehnt. Beim Übertrag der Reserve ins freie Eigenkapital handelt es sich um eine reine Bilanztransaktion, die keinen Einfluss auf das Ergebnis der Laufenden Rechnung hat.

10 Tabellen

Die nachfolgenden Tabellen 1–11 enthalten die wichtigsten Zahlen und Fakten für einen raschen und umfassenden Überblick über die Jahresrechnung 2015. Weiterführende Informationen finden sich in der institutionellen Gliederung bei den einzelnen Direktionen und Ämtern. Dort sind die wichtigsten Entwicklungen und die wesentlichsten Abweichungen zum Budget kommentiert.

Finanzzahlen

Tabelle 1: Laufende Rechnung – Überblick

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'407,1	-1'461,1	-1'443,2	17,9	-1,2
Total Ertrag	1'268,1	1'331,9	1'355,2	23,3	1,8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-139,0	-129,2	-87,9	41,2	-31,9

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2015 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 27. November 2014 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2015	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrates	-1'471,0	1'331,9	-139,1
Änderung durch KR	9,9		9,9
Durch KR beschlossenes Budget	-1'461,1	1'331,9	-129,2

Tabelle 2: Laufende Rechnung – Gestufter Erfolgsausweis

Konto	In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
30	Personalaufwand	-316,8	-322,8	-313,7	9,1	-2,8
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-108,2	-106,2	-101,4	4,8	-4,5
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-59,8	-64,4	-58,8	5,6	-8,8
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14,3	-11,6	-17,8	-6,2	53,3
36	Transferaufwand	-810,2	-853,1	-854,3	-1,2	0,1
37	Durchlaufende Beiträge	-82,3	-86,3	-84,2	2,1	-2,5
39	Interne Verrechnungen	-3,1	-3,2	-2,9	0,3	-8,7
	Total betrieblicher Aufwand	-1'394,7	-1'447,6	-1'433,1	14,5	-1,0
40	Fiskalertrag	638,5	649,0	662,8	13,8	2,1
41	Regalien und Konzessionen	2,2	2,2	21,3	19,1	885,5
42	Entgelte	66,5	67,0	71,7	4,6	6,9
43	Verschiedene Erträge	6,4	6,6	5,7	-0,9	-13,5
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					
46	Transferertrag	424,3	435,5	425,2	-10,2	-2,4
47	Durchlaufende Beiträge	82,3	86,3	84,2	-2,1	-2,5
49	Interne Verrechnungen	3,1	3,2	2,9	-0,3	-8,7
	Total betrieblicher Ertrag	1'223,4	1'249,8	1'273,9	24,0	1,9
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-171,4	-197,8	-159,3	38,5	-19,5
34	Finanzaufwand	-12,2	-12,1	-8,7	3,4	-28,2
44	Finanzertrag	44,7	42,1	41,4	-0,7	-1,7
	Ergebnis aus Finanzierung	32,6	30,0	32,7	2,7	9,0
	Operatives Ergebnis	-138,8	-167,9	-126,6	41,2	-24,6
38	Ausserordentlicher Aufwand	-0,2	-1,3	-1,3	0,0	0,0
48	Ausserordentlicher Ertrag		40,0	40,0	0,0	0,0
	Ausserordentliches Ergebnis	-0,2	38,7	38,7	0,0	0,0
	Ertrags-/Aufwandüberschuss	-139,0	-129,2	-87,9	41,2	-31,9

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Finanzzahlen

Tabelle 3: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

In Mio. Franken	Rechnung 2014	in % vom Total	Budget 2015	in % vom Total	Rechnung 2015	in % vom Total
Personalaufwand	-316,8	22,5	-322,8	22,1	-313,7	21,7
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-108,2	7,7	-106,2	7,3	-101,4	7,0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-59,8	4,2	-64,4	4,4	-58,8	4,1
Finanzaufwand	-12,2	0,9	-12,1	0,8	-8,7	0,6
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14,3	1,0	-11,6	0,8	-17,8	1,2
Transferaufwand	-810,2	57,6	-853,1	58,4	-854,3	59,2
Durchlaufende Beiträge	-82,3	5,8	-86,3	5,9	-84,2	5,8
Ausserordentlicher Aufwand	-0,2	0,0	-1,3	0,1	-1,3	0,1
Interne Verrechnungen	-3,1	0,2	-3,2	0,2	-2,9	0,2
Total Aufwand	-1'407,1	100,0	-1'461,1	100,0	-1'443,2	100,0

Tabelle 4: Laufende Rechnung – Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-322,8	-313,7	9,1	-2,8	Siehe Kapitel «Personalaufwand»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-106,2	-101,4	4,8	-4,5	Zunahme: Übriger Betriebsaufwand 5,1 Mio. Franken (Pauschale Kürzung KR Budget 2015: 5,7 Mio. Franken) Abnahmen: Baulicher Unterhalt Grundstücke VV 4,1 Mio. Franken, Material- und Warenaufwand 1,9 Mio. Franken, Unterhalt Mobilien 1,6 Mio. Franken, Dienstleistungen und Honorare 1,4 Mio. Franken
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64,4	-58,8	5,6	-8,8	Zunahme: Hochbauten 2,3 Mio. Franken Abnahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 6,0 Mio. Franken, Mobilien VV 1,4 Mio. Franken
Finanzaufwand	-12,1	-8,7	3,4	-28,2	Abnahme: Verschiedener Finanzaufwand (Zinsvergütungen und Skonto Steuern) 3,6 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-11,6	-17,8	-6,2	53,3	Zunahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 6,3 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung 0,1 Mio. Franken Abnahme: Spezialfinanzierung Zivilschutz 0,2 Mio. Franken
Transferaufwand	-853,1	-854,3	-1,2	0,1	Zunahme: Finanz- und Lastenausgleich an Gemeinden 2,3 Mio. Franken (erfolgsneutral, siehe Transferertrag) Abnahme: Abschreibungen Investitionsbeiträge 1,4 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	-86,3	-84,2	2,1	-2,5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-1,3	-1,3	0,0	0,0	
Interne Verrechnungen	-3,2	-2,9	0,3	-8,7	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Interne Verrechnungen)

Finanzzahlen

Tabelle 5: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Ertrages

In Mio. Franken	Rechnung 2014	in % vom Total	Budget 2015	in % vom Total	Rechnung 2015	in % vom Total
Fiskalertrag	638,5	50,3	649,0	48,7	662,8	48,9
Regalien und Konzessionen	2,2	0,2	2,2	0,2	21,3	1,6
Entgelte	66,5	5,2	67,0	5,0	71,7	5,3
Verschiedene Erträge	6,4	0,5	6,6	0,5	5,7	0,4
Finanzertrag	44,7	3,5	42,1	3,2	41,4	3,1
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen						
Transferertrag	424,3	33,5	435,5	32,7	425,2	31,4
Durchlaufende Beiträge	82,3	6,5	86,3	6,5	84,2	6,2
Ausserordentlicher Ertrag			40,0	3,0	40,0	3,0
Interne Verrechnungen	3,1	0,2	3,2	0,2	2,9	0,2
Total Ertrag	1'268,1	100,0	1'331,9	100,0	1'355,2	100,0

Tabelle 6: Laufende Rechnung – Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	649,0	662,8	13,8	2,1	Zunahmen: Direkte Steuern juristische Personen 30,8 Mio. Franken, Übrige direkte Steuern 1,3 Mio. Franken, Motorfahrzeugsteuern 0,4 Mio. Franken Abnahme: Direkte Steuern natürliche Personen 18,7 Mio. Franken
Regalien und Konzessionen	2,2	21,3	19,1	885,5	Zunahme: Anteil am Reingewinn der SNB 19,3 Mio. Franken Abnahme: Konzessionen 0,2 Mio. Franken
Entgelte	67,0	71,7	4,6	6,9	Zunahmen: Rückerstattungen 1,9 Mio. Franken, Benützungsgebühren und Dienstleistungen 1,3 Mio. Franken, Gebühren für Amtshandlungen 0,9 Mio. Franken, Schul- und Kurs-gelder 0,5 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6,6	5,7	-0,9	-13,5	Zunahme: Beschlagnahme Vermögenswerte 0,1 Mio. Franken Abnahme: Aktivierbare Projektierungskosten 1,0 Mio. Franken
Finanzertrag	42,1	41,4	-0,7	-1,7	Zunahmen: Erträge von gemieteten Liegenschaften 0,2 Mio. Franken, Liegenschaftenertrag FV 0,2 Mio. Franken Abnahmen: Zinsertrag 0,6 Mio. Franken, Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV 0,6 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					Keine Entnahme getätigt
Transferertrag	435,5	425,2	-10,2	-2,4	Zunahmen: Beiträge vom Bund 4,0 Mio. Franken, Finanz- und Lastenausgleich Gemeinden 2,3 Mio. Franken (erfolgsneutral, siehe Transferaufwand), Anteil an Verrechnungssteuer 2,3 Mio. Franken Abnahme: Anteil an Direkter Bundessteuer 18,5 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	86,3	84,2	-2,1	-2,5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	40,0	40,0	0,0	0,0	
Interne Verrechnungen	3,2	2,9	-0,3	-8,7	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 7: Investitionsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Investitionsausgaben	-114,9	-102,3	-90,3	12,0	-11,7
Investitionseinnahmen	21,4	13,1	12,5	-0,5	-4,2
Nettoinvestitionen	-93,4	-89,3	-77,8	11,4	-12,8

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2015 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 27. November 2014 folgende Änderungen beschlossen:

In Mio. Franken	Ausgaben	Einnahmen	Netto
Antrag des Regierungsrates	-102,8	13,1	-89,8
Änderung durch KR	0,5		0,5
Durch KR beschlossenes Budget	-102,3	13,1	-89,3

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte

In Mio. Franken		Rechnung 2015
Projekte Rechnung 2015 – Top 10		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-18,1
Kantonsschule Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-11,5
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-6,4
Amt für Verbraucherschutz, Steinhausen	Bauausführung	-5,0
VZ3/ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus	-4,0
Kantonsschule Zug	Neubau Provisorien	-3,4
Zuger Polizei	Polycom, Ersatz Funksystem	-3,2
GIBZ Aufstockung Trakt 1	Brückenangebot KBA	-1,9
Wohnraumförderung WFG	Darlehen	-1,9
Artherstrasse 25, Zug	Sanierung / Umbau	-1,7
Alle übrigen Projekte		-20,8
Total Nettoinvestitionen		-77,8

Tabelle 9: Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'407,1	-1'461,1	-1'443,2	17,9	-1,2
Total Ertrag	1'268,1	1'331,9	1'355,2	23,3	1,8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-139,0	-129,2	-87,9	41,2	-31,9
Zuzüglich Abschreibungen	69,3	76,2	69,1	-7,1	-9,3
Veränderung Spezialfinanzierungen	14,3	11,6	17,8	6,2	53,3
Veränderung Reserven	0,2	-40,0	-40,0	0,0	0,0
Finanzierungsbeitrag	-55,3	-81,4	-41,0	40,4	-49,6
Abzüglich Nettoinvestitionen	-93,4	-89,3	-77,8	11,4	-12,8
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	-148,7	-170,6	-118,8	51,8	-30,4

Finanzzahlen

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Mio.	Abw. in %
Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)					
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-39,5	-40,4	-40,7	-0,3	0,8
Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen	-0,3				
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9,5	-10,4	-9,0	1,4	-13,6
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-20,0	-24,1	-18,1	6,0	-24,8
Wertberichtigungen Darlehen					
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen		-1,3	-1,3	0,0	0,0
Total Abschreibungen und Wertberichtigungen	-69,3	-76,2	-69,1	7,1	-9,3
Spezialfinanzierungen					
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14,3	-11,6	-17,8	-6,2	53,3
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					
Veränderung Spezialfinanzierungen	-14,3	-11,6	-17,8	-6,2	53,3
Reserven					
Einlagen in Reserven	-0,2				
Entnahmen aus Reserven		40,0	40,0	0,0	0,0
Veränderung Reserven	-0,2	40,0	40,0	0,0	0,0

Tabelle 11: Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2014	Anteil in %	Per 31.12.2015	Anteil in %	Abw. in Mio.	Abw. in %
Aktiven						
Finanzvermögen (FV)	1'214,7	72,5	1'126,7	70,6	-88,1	-7,8
Verwaltungsvermögen (VV)	460,6	27,5	469,3	29,4	8,7	1,9
Total Aktiven	1'675,4	100,0	1'596,0	100,0	-79,4	-5,0
Passiven						
Fremdkapital (FK)	664,9	39,7	702,8	44,0	37,9	5,4
Eigenkapital (EK)	1'010,5	60,3	893,3	56,0	-117,2	-13,1
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	217,4	13,0	235,0	14,7	17,6	7,5
Reserven	437,5	26,1	390,6	24,5	-46,9	-12,0
Freies Eigenkapital	355,6	21,2	267,6	16,8	-87,9	-32,9
Total Passiven	1'675,4	100,0	1'596,0	100,0	-79,4	-5,0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Kennzahlen

Laufende Rechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Investitionsrechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

5-Jahresvergleiche

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Direkte Methode

Fonds «Geld»: Kassa-, Post- und Bankguthaben, Festgelder < 3 Monate sowie Debit- und Kreditkarten	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Geldfluss aus operativer Tätigkeit			
+ Einzahlungen aus operativer Tätigkeit	3'598'881'789	3'409'943'180	3'242'923'815
davon Steuererträge brutto	3'224'128'319	3'105'071'319	2'922'837'908
davon übrige Erträge	374'753'470	304'871'861	320'085'907
- Auszahlungen aus operativer Tätigkeit	-3'748'695'801	-3'469'785'054	-3'308'995'308
davon Personalaufwand	-307'343'025	-316'183'719	-318'792'714
davon Steuerrückerstattungen und -ablieferungen brutto (Steuerpflichtige/Gemeinden/Bund)	-2'467'436'656	-2'211'855'321	-2'028'894'529
davon übrige Aufwände	-973'916'120	-941'746'014	-961'308'065
= Geldfluss aus operativer Tätigkeit	-149'814'012	-59'841'874	-66'071'493
Geldfluss aus Investitionstätigkeit ins Verwaltungsvermögen			
+ Liquiditätswirksame Einnahmen der Investitionsrechnung	7'557'917	5'515'500	8'555'399
- Liquiditätswirksame Ausgaben der Investitionsrechnung	-92'136'396	-96'309'003	-95'274'226
= Geldfluss aus Investitionstätigkeit ins Verwaltungsvermögen	-84'578'479	-90'793'503	-86'718'828
Geldfluss aus Anlagentätigkeit ins Finanzvermögen und aus Finanzierungstätigkeit			
+ Verkauf von Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens			591'270
- Kauf von Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens			0
<i>= Geldfluss aus Anlagentätigkeit ins Finanzvermögen</i>			<i>591'270</i>
+ Finanzeinnahmen (Zinserträge, Rückzahlung Festgelder > 3 Mt.)	273'792'810	675'235'188	243'865'639
- Finanzausgaben (Anlage Festgelder > 3 Mt., Zinszahlungen)	-329'441'399	-367'282'517	-89'203'995
<i>= Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit</i>			<i>154'661'644</i>
= Geldfluss aus Anlagentätigkeit ins Finanzvermögen und aus Finanzierungstätigkeit	-55'648'589	307'952'671	155'252'914
Geldfluss Fonds «Geld»			
plus = Zunahme Liquidität, minus = Abnahme Liquidität	-290'041'080	157'317'294	2'462'594

Nachweis Bilanz¹⁾

Kassa-, Post- und Bankguthaben, Festgelder < 3 Monate sowie Debit- und Kreditkarten per 1. Januar	661'527'568	371'487'548	528'804'842
Kassa-, Post- und Bankguthaben, Festgelder < 3 Monate sowie Debit- und Kreditkarten per 31. Dezember	371'486'488	528'804'842	531'267'436
Veränderung Fonds «Geld»	-290'041'080	157'317'294	2'462'594

¹⁾ Debit- und Kreditkarten ab 2014 enthalten

Zusatzinformation:

Veränderung Festgelder > 3 Monate	110'000'000	-250'000'000	-110'000'000
Cash Flow Kanton Zug inkl. Festgelder > 3 Monate	-180'041'080	-92'682'706	-107'537'406

Ab Rechnung 2015 erfolgt die Publikation der Geldflussrechnung gemäss HRM2-Fachempfehlung Nr. 14, Stand 30.01.2015 (alternative Darstellung).

Die Rechnung zeigt den effektiven Brutto-Geldfluss auf. So sind z.B. bei den Steuererträgen alle Zahlungen der Steuerpflichtigen sowie bei den Steuerrückerstattungen und -ablieferungen alle Zahlungen an die Steuerpflichtigen, Gemeinden und Bund aufgeführt. Die Abweichungen zu der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sind durch nicht liquiditätswirksame Buchungen und zeitliche Abgrenzungen zu begründen.

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Kennzahlen

Nettoschuld I in Franken pro Einwohner	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
<u>Nettoschulden I</u> Einwohner des Kantons Zug per 31.12.	-6'473	-6'393	-5'778	-4'655	-3'530

Richtwerte:

< 0 Franken = Nettovermögen, 0–1'000 Franken = geringe Verschuldung, 1'001–2'500 Franken = mittlere Verschuldung

Aussage:

Werte kleiner Null zeigen ein Nettovermögen auf.

Bemerkung:

Einwohnerzahl bis 2013 = wirtschaftliche Wohnbevölkerung, ab 2014 ständige Wohnbevölkerung Vorjahr

Bruttoverschuldungsanteil	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
<u>Bruttoschulden x 100</u> Laufender Ertrag	49,7 %	52,6 %	44,4 %	48,8 %	50,6 %

Richtwerte:

< 50 % = sehr gut, 50–100 % = gut, 100–150 % = mittel, 150–200 % = schlecht, > 200 % = kritisch

Aussage:

Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zum laufenden Ertrag steht.

Nettoverschuldungsquotient	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
<u>Nettoschulden I</u> Fiskalertrag	-107,9 %	-118,7 %	-107,8 %	-86,1 %	-64,0 %

Richtwerte:

< 100 % = gut, 100–150 % = genügend, > 150 % = schlecht

Aussage:

Welcher Anteil der Fiskalerträge wäre erforderlich, um die Nettoschuld abzutragen.

Selbstfinanzierungsgrad	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
<u>Selbstfinanzierung x 100</u> Nettoinvestitionen	159,2 %	105,5 %	13,9 %	-59,2 %	-52,7 %

Richtwerte:

100 % = anzustrebende Zielgrösse, > 100 % = Zunahme der liquiden Mittel, < 100 % = Abnahme der liquiden Mittel

Aussage:

Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
<u>Selbstfinanzierung x 100</u> Laufender Ertrag	14,6 %	6,8 %	0,9 %	-4,7 %	-3,3 %

Richtwerte:

> 20 % = gut, 10–20 % = mittel, < 10 % = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Nettoinvestitionen aufwenden kann.

Detailinformationen

Kennzahlen

Investitionsanteil	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Gesamtausgaben}}$	10,7 %	8,2 %	6,6 %	8,3 %	6,5 %

Richtwerte:

< 7,5 % = schwache Investitionstätigkeit, >7,5 % = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

Aussage:

Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

Zinsbelastungsanteil	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
$\frac{\text{Nettozinsaufwand} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	0,0 %	-0,7 %	-0,6 %	-0,4 %	-0,2 %

Richtwerte:

bis 4 % = gut, 4–9 % = genügend, > 9 % = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist.

Kapitaldienstanteil	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
$\frac{\text{Kapitaldienst} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	4,4 %	4,8 %	5,5 %	5,4 %	5,3 %

Richtwerte:

bis 5 % = geringe Belastung, 5–15 % = tragbare Belastung, > 15 % = hohe Belastung

Aussage:

Mass für die Belastung des Finanzhaushaltes durch den Nettozinsaufwand und die Abschreibungen.

Die Kennzahlen ab Rechnung 2012 sind gemäss der überarbeiteten HRM2-Fachempfehlung 18 (Ausgabe 2013) berechnet. Damit ergeben sich Abweichungen gegenüber früher publizierten Zahlen.

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
10	Gesetzgebende Behörden					
	Aufwand	-1'144'432.95	-1'074'271	-861'425.30	212'845.70	-19,8
	Ertrag					
	Saldo	-1'144'432.95	-1'074'271	-861'425.30	212'845.70	-19,8
11	Allgemeine Verwaltung					
	Aufwand	-14'490'970.54	-14'430'696	-13'761'214.13	669'481.87	-4,6
	Ertrag	3'183'202.30	3'256'000	3'391'508.25	135'508.25	4,2
	Saldo	-11'307'768.24	-11'174'696	-10'369'705.88	804'990.12	-7,2
15	Direktion des Innern					
	Aufwand	-92'529'411.35	-95'531'977	-97'887'978.38	-2'356'001.38	2,5
	Ertrag	21'926'552.41	22'578'200	27'928'398.57	5'350'198.57	23,7
	Saldo	-70'602'858.94	-72'953'777	-69'959'579.81	2'994'197.19	-4,1
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Aufwand	-227'993'833.59	-230'711'288	-231'448'825.91	-73'7537.91	0,3
	Ertrag	19'081'636.45	18'559'700	19'811'291.10	1'251'591.10	6,7
	Saldo	-208'912'197.14	-212'151'588	-211'637'534.81	514'053.19	-0,2
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Aufwand	-227'717'172.92	-236'236'941	-229'502'832.33	6'734'108.27	-2,9
	Ertrag	97'193'572.18	101'260'000	97'136'854.20	-4'123'145.80	-4,1
	Saldo	-130'523'600.74	-134'976'941	-132'365'978.13	2'610'962.47	-1,9
30	Baudirektion					
	Aufwand	-107'260'396.36	-109'937'393	-104'159'367.55	5'778'025.45	-5,3
	Ertrag	54'716'713.84	54'974'388	55'504'715.49	530'327.49	1,0
	Saldo	-52'543'682.52	-54'963'005	-48'654'652.06	6'308'352.94	-11,5
35	Sicherheitsdirektion					
	Aufwand	-77'567'775.40	-79'170'534	-76'045'553.14	3'124'980.86	-3,9
	Ertrag	21'443'914.09	22'722'350	22'718'113.75	-4'236.25	-0,0
	Saldo	-56'123'861.31	-56'448'184	-53'327'439.39	3'120'744.61	-5,5
40	Gesundheitsdirektion					
	Aufwand	-163'092'016.45	-170'210'220	-169'739'002.34	471'217.66	-0,3
	Ertrag	39'259'107.47	40'481'200	41'688'686.08	1'207'486.08	3,0
	Saldo	-123'832'908.98	-129'729'020	-128'050'316.26	1'678'703.74	-1,3
50	Finanzdirektion					
	Aufwand	-463'859'895.34	-493'532'764	-488'523'320.57	5'009'443.43	-1,0
	Ertrag	1'001'861'713.35	1'059'250'180	1'077'048'719.07	17'798'539.07	1,7
	Saldo	538'001'818.01	565'717'416	588'525'398.50	22'807'982.50	4,0
61	Richterliche Behörden					
	Aufwand	-31'421'709.47	-30'234'660	-31'233'634.30	-998'974.30	3,3
	Ertrag	9'418'159.34	8'825'700	9'991'312.51	1'165'612.51	13,2
	Saldo	-22'003'550.13	-21'408'960	-21'242'321.79	166'638.21	-0,8
	Total Kanton					
	Aufwand	-1'407'077'614.37	-1'461'070'744	-1'443'163'153.95	17'907'589.65	-1,2
	Ertrag	1'268'084'571.43	1'331'907'718	1'355'219'599.02	23'311'881.02	1,8
	Saldo	-138'993'042.94	-129'163'026	-87'943'554.93	41'219'470.67	-31,9

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kantonsrat	-1'144'432.95	-1'074'271	-861'425.30	212'845.70	-19,8
10	Gesetzgebende Behörden	-1'144'432.95	-1'074'271	-861'425.30	212'845.70	-19,8
1100	Regierungsrat	-3'252'882.57	-3'333'991	-3'140'109.72	193'881.28	-5,8
1120	Staatskanzlei	-5'406'016.65	-5'324'448	-4'891'022.40	433'425.60	-8,1
1126	Staatsarchiv	-1'897'961.30	-1'819'387	-1'710'400.74	108'986.26	-6,0
1128	Ombudsstelle	-305'183.18	-315'126	-300'445.05	14'680.95	-4,7
1129	Datenschutz	-445'724.54	-381'744	-327'727.97	54'016.03	-14,1
11	Allgemeine Verwaltung	-11'307'768.24	-11'174'696	-10'369'705.88	804'990.12	-7,2
1500	Direktionssekretariat	-2'910'499.69	-2'854'250	-2'629'174.06	225'075.94	-7,9
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'289'231.75	-1'389'853	-1'077'809.84	312'043.16	-22,5
1530	Amt für Wald und Wild	-4'835'690.10	-4'745'462	-4'510'739.06	234'722.94	-4,9
1550	Sozialamt	-48'444'643.47	-51'765'575	-49'944'444.74	1'821'130.24	-3,5
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'982'840.41	-6'085'262	-5'790'310.14	294'951.86	-4,8
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-7'139'953.52	-6'113'375	-6'007'101.95	106'273.05	-1,7
15	Direktion des Innern	-70'602'858.94	-72'953'777	-69'959'579.81	2'994'197.19	-4,1
1700	Direktionssekretariat	-32'140'177.10	-32'232'045	-32'705'697.27	-473'652.27	1,5
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-7'941'224.05	-9'350'980	-9'169'320.05	181'659.95	-1,9
1733	Kantonsschule Zug	-39'144'456.32	-38'688'028	-38'236'592.65	451'435.35	-1,2
1734	Kantonsschule Menzingen	-8'350'107.55	-8'693'189	-8'850'125.34	-156'936.34	1,8
1736	Fachmittelschule Zug	-4'814'876.27	-5'251'682	-4'896'963.23	354'718.77	-6,8
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-103'905'609.17	-104'829'155	-104'716'747.76	112'407.24	-0,1
1777	Amt für Berufsberatung	-4'338'129.08	-4'346'700	-4'563'918.78	-217'218.78	5,0
1780	Amt für Sport	-1'372'642.65	-1'621'117	-1'478'459.94	142'657.06	-8,8
1790	Amt für Kultur	-6'904'974.95	-7'138'692	-7'019'709.79	118'982.21	-1,7
17	Direktion für Bildung und Kultur	-208'912'197.14	-212'151'588	-211'637'534.81	514'053.19	-0,2
2000	Direktionssekretariat	-1'737'644.22	-1'859'422	-1'641'043.00	218'379.00	-11,7
2011	Amt für Berufsbildung	-15'334'515.53	-18'338'382	-17'104'385.86	1'233'996.14	-6,7
2012	Amt für Brückenangebote	-4'613'687.14	-4'903'530	-4'783'100.00	120'430.00	-2,5
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'560'243.74	-20'406'293	-18'702'491.82	1'703'801.18	-8,3
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'108'008.91	-2'042'625	-1'904'429.76	138'195.24	-6,8
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-12'220'126.01	-12'448'537	-12'202'409.47	246'127.53	-2,0
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'918'589.51	-5'141'052	-4'707'064.55	433'987.45	-8,4
2031	Arbeitslosenkasse	-1'264'778.00	-1'154'561	-1'481'895.46	-327'334.86	28,4
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'531'246.41	-30'063'805	-29'749'399.79	314'405.21	-1,0
2040	Sozialversicherungen	-34'582'482.18	-34'653'140	-36'547'382.92	-1'894'242.92	5,5
2050	Landwirtschaftsamt	-2'538'308.89	-2'739'137	-2'495'355.32	243'781.68	-8,9
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'595'466.65	-2'902'092	-2'506'238.70	395'853.30	-13,6
2070	Handelsregisteramt	2'495'475.69	2'562'643	2'294'773.54	-267'869.46	-10,5
2071	Konkursamt	-1'013'979.24	-887'008	-835'555.02	51'452.98	-5,8
20	Volkswirtschaftsdirektion	-130'523'600.74	-134'976'941	-132'365'978.13	2'610'962.47	-1,9
3000	Direktionssekretariat	-2'349'824.70	-2'423'353	-2'247'447.85	175'905.15	-7,3
3020	Tiefbauamt	-3'424'326.54	-16'916'948	-14'890'655.54	2'026'292.46	-12,0
3023	Strassenunterhalt	-12'892'695.01				
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-3'922'998.49	-3'865'708	-3'704'754.11	160'953.89	-4,2
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-24'533'161.13	-26'271'124	-22'651'209.92	3'619'914.08	-13,8
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung		42'286		-42'286.00	-100,0
3080	Amt für Raumplanung	-5'420'676.65	-5'528'158	-5'160'584.64	367'573.36	-6,6
30	Baudirektion	-52'543'682.52	-54'963'005	-48'654'652.06	6'308'352.94	-11,5

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
3500	Direktionssekretariat	-2'314'584.78	-2'412'414	-2'175'711.35	236'702.65	-9,8
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'156'155.96	-2'352'244	-2'075'583.65	276'660.35	-11,8
3541	Stabsstelle Notorganisation	-105'391.10	-449'694	-292'665.67	157'028.33	-34,9
3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung		39'710	-39'710.00		-100,0
3581	Strassenverkehrsamt	2'301'176.80	2'612'685	2'364'090.79	-248'594.21	-9,5
3587	Amt für Feuerschutz	-257'310.40	-230'818	-245'980.35	-15'162.35	6,6
3590	Zuger Polizei	-44'685'865.34	-44'025'730	-42'616'656.68	1'409'073.32	-3,2
3592	Amt für Migration	-1'417'324.93	-1'639'906	-1'246'413.69	393'492.31	-24,0
3595	Strafanstalt	-2'806'344.28	-2'789'810	-2'330'301.01	459'508.99	-16,5
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'682'061.32	-5'199'963	-4'708'217.78	491'745.22	-9,5
35	Sicherheitsdirektion	-56'123'861.31	-56'448'184	-53'327'439.39	3'120'744.61	-5,5
4000	Direktionssekretariat	-23'910'366.12	-22'913'406	-22'438'037.08	475'368.92	-2,1
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'774'834.61	-2'953'820	-2'761'571.83	192'248.17	-6,5
4021	Rettungsdienst	-2'669'574.14	-2'790'152	-2'159'163.01	630'988.99	-22,6
4030	Spitäler	-87'276'240.75	-93'527'000	-93'831'371.86	-304'371.86	0,3
4050	Amt für Gesundheit		-5'778'873	-5'142'387.80	636'485.20	-11,0
4055	Gesundheitsamt	-3'140'189.02				
4060	Medizinalamt	-2'266'125.25				
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'795'579.09	-1'765'769	-1'717'784.68	47'984.32	-2,7
40	Gesundheitsdirektion	-123'832'908.98	-129'729'020	-128'050'316.26	1'678'703.74	-1,3
5000	Direktionssekretariat	-2'183'626.21	-2'249'581	-2'129'965.07	119'615.93	-5,3
5001	Finanzkontrolle	-670'994.27	-705'839	-698'996.21	6'842.79	-1,0
5010	Personalamt	-1'355'538.35	-1'355'996	-1'323'147.30	32'848.70	-2,4
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-6'076'622.38	-6'242'183	-4'698'828.59	1'543'354.41	-24,7
5020	Finanzverwaltung	-1'658'325.21	-1'684'330	-1'543'964.41	140'365.59	-8,3
5022	Allgemeiner Finanzbereich	-9'969'341.79	-16'277'473	2'972'891.78	19'250'364.78	-118,3
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-243'607'225.00	-240'191'000	-240'612'091.00	-421'091.00	0,2
5050	Amt für Informatik und Organisation	-9'641'360.41	-9'425'952	-9'093'184.66	332'767.34	-3,5
5060	Steuerverwaltung	-15'682'055.01	-16'070'770	-15'902'872.13	167'897.87	-1,0
5065	Kantonssteuern	593'710'042.81	604'600'540	621'653'583.07	17'053'043.07	2,8
5068	Bundessteuern	235'136'863.83	259'820'000	244'401'973.02	-15'418'026.98	-5,9
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden		-4'500'000	-4'500'000.00	0.00	0,0
50	Finanzdirektion	538'001'818.01	565'717'416	588'525'398.50	22'807'982.50	4,0
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'577'793.25	-5'484'790	-5'546'748.51	-61'958.51	1,1
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'199'223.65	2'544'132	2'541'158.03	-2'973.97	-0,1
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'934'578.87	-2'017'348	-1'868'438.96	148'909.04	-7,4
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-957'197.93	-700'032	-818'577.50	-118'545.50	16,9
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'927'757.90	-5'136'138	-5'006'881.54	129'256.46	-2,5
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	250'966.75	363'389	154'115.09	-209'273.91	-57,6
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-167'878.00	-253'352	-460'688.90	-207'336.90	81,8
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	-6'986.25	52'931	64'868.65	11'937.65	22,6
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'391'004.77	-8'371'147	-8'084'438.24	286'708.76	-3,4
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	177'514.22	471'356	494'954.71	23'598.71	5,0
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'632'145.39	-2'678'645	-2'671'684.74	6'960.26	-0,3
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	91'540.45	32'695	89'629.50	56'934.50	174,1
6183	Schätzungskommission	-127'452.84	-232'011	-129'589.38	102'421.62	-44,1
61	Richterliche Behörden	-22'003'550.13	-21'408'960	-21'242'321.79	166'638.21	-0,8
	Total Kanton	-138'993'042.94	-129'163'026	-87'943'554.93	41'219'470.67	-31,9

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-8'873'529.93	-8'798'300	-8'670'363.05	127'936.95	-1,5
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-176'436'826.75	-179'934'300	-175'983'407.30	3'950'892.70	-2,2
302	Löhne Lehrpersonal	-68'054'201.95	-69'052'300	-67'844'844.55	1'207'455.45	-1,7
304	Zulagen	-3'388'954.47	-3'578'500	-3'440'741.70	137'758.30	-3,8
305	Arbeitgeberbeiträge	-53'252'304.95	-54'933'600	-52'716'675.00	2'216'925.00	-4,0
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-2'505'222.95	-1'182'800	-1'196'885.15	-14'085.15	1,2
309	Übriger Personalaufwand	-4'281'975.56	-5'295'340	-3'866'647.61	1'428'692.39	-27,0
30	Personalaufwand	-316'793'016.56	-322'775'140	-313'719'564.36	9'055'575.64	-2,8
310	Material- und Warenaufwand	-10'256'068.80	-11'329'239	-9'403'881.61	1'925'357.39	-17,0
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-7'010'817.97	-6'911'142	-6'056'211.05	854'930.95	-12,4
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	-3'534'670.17	-4'352'590	-3'471'108.17	881'481.83	-20,3
313	Dienstleistungen und Honorare	-32'317'558.05	-31'071'844	-29'721'415.00	1'350'429.00	-4,3
314	Baulicher/ betrieblicher Unterhalt Grundstücke VV	-20'749'943.17	-22'208'000	-18'133'577.47	4'074'422.53	-18,3
315	Unterhalt Mobilien	-10'356'167.98	-12'919'050	-11'275'305.37	1'643'744.63	-12,7
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'842'312.84	-10'480'546	-10'743'115.36	-262'569.76	2,5
317	Spesenentschädigungen	-2'456'077.38	-2'464'300	-2'316'346.70	147'953.30	-6,0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-5'744'000.13	-5'497'500	-6'243'409.03	-745'909.03	13,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'942'672.01	1'018'671	-4'032'050.82	-5'050'721.82	-495,8
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-108'210'288.50	-106'215'540	-101'396'420.58	4'819'119.02	-4,5
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-59'762'226.27	-64'440'000	-58'798'440.96	5'641'559.04	-8,8
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-59'762'226.27	-64'440'000	-58'798'440.96	5'641'559.04	-8,8
340	Zinsaufwand	-19'098.00	-30'000	-24'098.25	5'901.75	-19,7
341	Realisierte Kursverluste	-5'243.47		-169'947.22	-169'947.22	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-878'179.01	-858'470	-903'982.24	-45'512.24	5,3
349	Verschiedener Finanzaufwand	-11'265'509.22	-11'250'000	-7'613'495.31	3'636'504.69	-32,3
34	Finanzaufwand	-12'168'029.70	-12'138'470	-8'711'523.02	3'426'946.98	-28,2
350	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital		-402'800	-189'194.79	213'605.21	-53,0
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-14'292'656.63	-11'219'658	-17'622'317.96	-6'402'659.96	57,1
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14'292'656.63	-11'622'458	-17'811'512.75	-6'189'054.75	53,3
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-9'253'371.10	-9'525'500	-9'653'310.50	-127'810.50	1,3
362	Finanz- und Lastenausgleich	-354'571'345.00	-380'846'380	-383'098'033.00	-2'251'653.00	0,6
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-436'895'946.47	-452'259'456	-452'536'978.95	-277'522.95	0,1
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-3'000	-3'000.00	0.00	0,0
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9'505'050.26	-10'416'000	-9'001'797.91	1'414'202.09	-13,6
36	Transferaufwand	-810'229'712.83	-853'050'336	-854'293'120.36	-1'242'784.36	0,1

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
370	Durchlaufende Beiträge	-82'305'212.55	-86'329'400	-84'211'268.15	2'118'131.85	-2,5
37	Durchlaufende Beiträge	-82'305'212.55	-86'329'400	-84'211'268.15	2'118'131.85	-2,5
387	A.o. Transferaufwand; zusätzliche Abschreibungen		-1'308'000	-1'308'000.00	0.00	0,0
389	Einlagen in das Eigenkapital	-167'869.76				
38	Ausserordentlicher Aufwand	-167'869.76	-1'308'000	-1'308'000.00		
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'307'433.05	-1'266'000	-1'424'284.25	-158'284.25	12,5
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	-33'512.55	-32'500	-33'490.70	-990.70	3,0
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-469'217.27		-506'768.22	-506'768.22	
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-636'999.49	-1'113'900	-249'602.00	864'298.00	-77,6
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-401'212.36	-419'000	-359'432.50	59'567.50	-14,2
399	Übrige Interne Verrechnungen	-300'226.85	-360'000	-339'726.10	20'273.90	-5,6
39	Interne Verrechnungen	-3'148'601.57	-3'191'400	-2'913'303.77	278'096.23	-8,7
3	Aufwand	-1'407'077'614.37	-1'461'070'744	-1'443'163'153.95	17'907'589.65	-1,2

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
400	Direkte Steuern natürliche Personen	395'511'169.45	423'400'000	404'718'127.08	-18'681'872.92	-4,4
401	Direkte Steuern juristische Personen	210'000'091.95	192'200'000	222'987'080.10	30'787'080.10	16,0
402	Übrige direkte Steuern	2'755'386.22	3'000'000	4'329'174.85	1'329'174.85	44,3
403	Besitz- und Aufwandsteuern	30'185'825.85	30'400'000	30'770'333.15	370'333.15	1,2
40	Fiskalertrag	638'452'473.47	649'000'000	662'804'715.18	13'804'715.18	2,1
410	Regalien	272'335.35	282'300	284'222.70	1'922.70	0,7
411	Schweiz. Nationalbank			19'341'738.00	19'341'738.00	
412	Konzessionen	1'836'574.95	1'824'800	1'606'142.20	-218'657.80	-12,0
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten	52'571.35	53'000	56'576.95	3'576.95	6,7
41	Regalien und Konzessionen	2'161'481.65	2'160'100	21'288'679.85	19'128'579.85	885,5
420	Ersatzabgaben	980'227.00	985'000	625'014.40	-359'985.60	-36,5
421	Gebühren für Amtshandlungen	28'047'158.72	29'124'550	30'014'586.53	890'036.53	3,1
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	652'905.53	795'000	813'976.97	18'976.97	2,4
423	Schul- und Kursgelder	6'365'168.02	5'656'000	6'188'344.60	532'344.60	9,4
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	7'902'334.80	8'904'145	10'253'571.61	1'349'426.61	15,2
425	Erlös aus Verkäufen	2'624'529.63	2'573'500	2'394'035.68	-179'464.32	-7,0
426	Rückerstattungen	9'964'398.11	8'618'100	10'534'019.68	1'915'919.68	22,2
427	Bussen	7'356'198.26	8'424'500	8'513'761.09	89'261.09	1,1
429	Übrige Entgelte	2'648'874.18	1'947'500	2'332'629.29	385'129.29	19,8
42	Entgelte	66'541'794.25	67'028'295	71'669'939.85	4'641'644.85	6,9
430	Verschiedene betriebliche Erträge	329'760.85	75'000	150'034.64	75'034.64	100,0
431	Aktivierung Eigenleistungen	6'035'100.00	6'505'000	5'507'500.00	-997'500.00	-15,3
432	Bestandesveränderungen	11'475.00	-2'000	6'615.00	8'615.00	-430,8
439	Übriger Ertrag	71'254.01	53'000	74'754.33	21'754.33	41,0
43	Verschiedene Erträge	6'447'589.86	6'631'000	5'738'903.97	-892'096.03	-13,5
440	Zinsertrag	5'129'098.79	3'357'300	2'748'816.61	-608'483.39	-18,1
441	Realisierte Gewinne FV	544'594.00		9'720.00	9'720.00	
442	Beteiligungsertrag FV	813'000.00	813'000	792'000.00	-21'000.00	-2,6
443	Liegenschaftenertrag FV	1'218'888.30	1'073'030	1'230'763.55	157'733.55	14,7
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'541'827.95	28'474'100	27'871'617.10	-602'482.90	-2,1
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen		6'000	6'000.00	0.00	0,0
447	Liegenschaftenertrag VV	7'871'849.64	7'800'540	7'912'754.02	112'214.02	1,4
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften	601'224.90	571'000	796'324.20	225'324.20	39,5
44	Finanzertrag	44'720'483.58	42'094'970	41'367'995.48	-726'974.52	-1,7
460	Ertragsanteile	245'673'929.28	270'629'373	254'755'631.71	-15'873'741.29	-5,9
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	16'586'628.84	17'090'200	16'501'475.16	-588'724.84	-3,4
462	Finanz- und Lastenausgleich	110'964'120.00	96'155'380	97'985'942.00	1'830'562.00	1,9
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	50'943'491.53	51'550'300	55'798'595.05	4'248'295.05	8,2
469	Verschiedener Transferertrag	138'764.85	47'300	183'148.85	135'848.85	287,2
46	Transferertrag	424'306'934.50	435'472'553	425'224'792.77	-10'247'760.23	-2,4

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
470	Durchlaufende Beiträge	82'305'212.55	86'329'400	84'211'268.15	-2'118'131.85	-2,5
47	Durchlaufende Beiträge	82'305'212.55	86'329'400	84'211'268.15	-2'118'131.85	-2,5
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		40'000'000	40'000'000.00	0.00	0,0
48	Ausserordentlicher Ertrag		40'000'000	40'000'000.00		
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1'307'433.05	1'266'000	1'424'284.25	158'284.25	12,5
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	33'512.55	32'500	33'490.70	990.70	3,0
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	469'217.27		506'768.22	506'768.22	
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzertrag	636'999.49	1'113'900	249'602.00	-864'298.00	-77,6
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	401'212.36	419'000	359'432.50	-59'567.50	-14,2
499	Übrige Interne Verrechnungen	300'226.85	360'000	339'726.10	-20'273.90	-5,6
49	Interne Verrechnungen	3'148'601.57	3'191'400	2'913'303.77	-278'096.23	-8,7
4	Ertrag	1'268'084'571.43	1'331'907'718	1'355'219'599.02	23'311'881.02	1,8

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
11	Allgemeine Verwaltung					
	Ausgaben	-128'714.40	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0
	Einnahmen	8'500.00				
	Saldo	-120'214.40	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0
15	Direktion des Innern					
	Ausgaben	-2'676'483.85	-4'591'000	-2'292'322.20	2'298'677.80	-50,1
	Einnahmen	465'953.66	377'500	567'306.00	189'806.00	50,3
	Saldo	-2'210'530.19	-4'213'500	-1'725'016.20	2'488'483.80	-59,1
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Ausgaben	-1'413'128.79	-2'102'000	-1'925'891.14	176'108.86	-8,4
	Einnahmen	363'163.46	400'000	355'499.17	-44'500.83	-11,1
	Saldo	-1'049'965.33	-1'702'000	-1'570'391.97	131'608.03	-7,7
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Ausgaben	-5'897'390.90	-7'465'300	-6'885'696.83	579'603.17	-7,8
	Einnahmen	3'881'821.25	3'448'000	3'275'450.50	-172'549.50	-5,0
	Saldo	-2'015'569.65	-4'017'300	-3'610'246.33	407'053.67	-10,1
30	Baudirektion					
	Ausgaben	-89'111'323.01	-76'753'000	-69'737'445.74	7'015'554.26	-9,1
	Einnahmen	16'293'133.95	6'802'135	5'385'989.40	-1'416'145.60	-20,8
	Saldo	-72'818'189.06	-69'950'865	-64'351'456.34	5'599'408.66	-8,0
35	Sicherheitsdirektion					
	Ausgaben	-6'989'752.14	-9'638'000	-6'157'727.59	3'480'272.41	-36,1
	Einnahmen	220'000.00	1'650'000	2'391'434.10	741'434.10	44,9
	Saldo	-6'769'752.14	-7'988'000	-3'766'293.49	4'221'706.51	-52,9
40	Gesundheitsdirektion					
	Ausgaben	-1'034'799.76	-510'000	-572'406.43	-62'406.43	12,2
	Einnahmen	5'000.00	5'000	7'500.00	2'500.00	50,0
	Saldo	-1'029'799.76	-505'000	-564'906.43	-59'906.43	11,9
50	Finanzdirektion					
	Ausgaben	-7'605'390.04	-1'108'000	-2'640'354.04	-1'532'354.04	138,3
	Einnahmen	211'150.65	376'000	529'552.00	153'552.00	40,8
	Saldo	-7'394'239.39	-732'000	-2'110'802.04	-1'378'802.04	188,4
	Total Kanton					
	Ausgaben	-114'856'982.89	-102'322'300	-90'326'615.37	11'995'684.63	-11,7
	Einnahmen	21'448'722.97	13'058'635	12'512'731.17	-545'903.83	-4,2
	Saldo	-93'408'259.92	-89'263'665	-77'813'884.20	11'449'780.80	-12,8

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-69'065.60				
1126	Staatsarchiv	-51'148.80	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0
11	Allgemeine Verwaltung	-120'214.40	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-296'411.09	-1'242'000	-1'004'330.82	237'669.18	-19,1
1530	Amt für Wald und Wild	-501'398.05	-1'471'500	-531'901.93	939'598.07	-63,9
1550	Sozialamt	-1'392'397.00	-1'500'000	1'022.55	1'501'022.55	-100,1
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-20'324.05		-189'806.00	-189'806.00	
15	Direktion des Innern	-2'210'530.19	-4'213'500	-1'725'016.20	2'488'483.80	-59,1
1733	Kantonsschule Zug	-1'065'321.01	-1'698'000	-1'642'671.74	55'328.26	-3,3
1734	Kantonsschule Menzingen	-60'365.90	-104'000	-98'219.40	5'780.60	-5,6
1777	Amt für Berufsberatung	128'163.46	100'000	170'499.17	70'499.17	70,5
1790	Amt für Kultur	-52'441.88				
17	Direktion für Bildung und Kultur	-1'049'965.33	-1'702'000	-1'570'391.97	131'608.03	-7,7
2000	Direktionssekretariat	-888'137.15	-610'000	-460'666.70	149'333.30	-24,5
2011	Amt für Berufsbildung	-300'000.00		-100'000.00	-100'000.00	
2012	Amt für Brückenangebote		-200'000	-198'344.25	1'655.75	-0,8
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-256'814.90	-240'000	-196'231.00	43'769.00	-18,2
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-127'726.50	-120'000	-62'840.88	57'159.12	-47,6
2031	Arbeitslosenkasse		-100'000	-109'731.25	-9'731.25	9,7
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-474'801.60	-1'140'000	-48'867.15	1'091'132.85	-95,7
2050	Landwirtschaftsamt	31'910.50	-207'300	-392'565.10	-185'265.10	89,4
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'100'000	-2'041'000.00	-941'000.00	85,5
2070	Handelsregisteramt		-300'000		300'000.00	-100,0
20	Volkswirtschaftsdirektion	-2'015'569.65	-4'017'300	-3'610'246.33	407'053.67	-10,1
3000	Direktionssekretariat	-239'358.50	-1'100'000	-1'053'932.14	46'067.86	-4,2
3020	Tiefbauamt	-27'591'770.73	-29'512'665	-23'284'860.36	6'227'804.64	-21,1
3023	Strassenunterhalt	-348'129.10				
3032	Nationalstrassen	0.00				
3050	Amt für Umweltschutz	1'531'524.82	-450'000	-338'702.55	111'297.45	-24,7
3060	Hochbauamt	-46'140'561.84	-37'695'000	-39'383'306.64	-1'688'306.64	4,5
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-1'212.36	-600'000	-432.50	599'567.50	-99,9
3080	Amt für Raumplanung	-28'681.35	-593'200	-290'222.15	302'977.85	-51,1
30	Baudirektion	-72'818'189.06	-69'950'865	-64'351'456.34	5'599'408.66	-8,0
3541	Stabsstelle Notorganisation	-282'211.89	-150'000	-119'019.89	30'980.11	-20,7
3581	Strassenverkehrsamt	-481'106.64	-190'000	250'977.96	440'977.96	-232,1
3587	Amt für Feuerschutz	-77'733.30	-618'000	-361'196.05	256'803.95	-41,6
3590	Zuger Polizei	-5'928'700.31	-7'030'000	-3'537'055.51	3'492'944.49	-49,7
35	Sicherheitsdirektion	-6'769'752.14	-7'988'000	-3'766'293.49	4'221'706.51	-52,9
4005	Amt für Verbraucherschutz	-233'896.00				
4021	Rettungsdienst	-720'102.51	-505'000	-499'244.88	5'755.12	-1,1
4030	Spitäler	4'778.15				
4050	Amt für Gesundheit			-65'661.55	-65'661.55	
4060	Medizinalamt	-80'579.40				
40	Gesundheitsdirektion	-1'029'799.76	-505'000	-564'906.43	-59'906.43	11,9
5000	Direktionssekretariat	-24'300.00	-366'000	-325'862.25	40'137.75	-11,0
5020	Finanzverwaltung	-346'814.00	-198'000	-32'547.95	165'452.05	-83,6
5022	Allgemeiner Finanzbereich	11'827.65	3'000'000	200'000.00	-2'800'000.00	-93,3
5050	Amt für Informatik und Organisation	-5'479'464.19	-1'798'000	-904'152.34	893'847.66	-49,7
5060	Steuerverwaltung	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'048'239.50	321'760.50	-23,5
50	Finanzdirektion	-7'394'239.39	-732'000	-2'110'802.04	-1'378'802.04	188,4
61	Richterliche Behörden					
	Total Kanton	-93'408'259.92	-89'263'665	-77'813'884.20	11'449'780.80	-12,8

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
500	Grundstücke unbebaut		-50'000		50'000.00	
501	Strassen/Verkehrswege	-33'912'998.70	-31'820'000	-24'262'629.75	7'557'370.25	-23,8
502	Wasserbau	-5'394'854.90	-2'480'000	-1'710'681.14	769'318.86	-31,0
503	Übriger Tiefbau	-348'913.48	-600'000	-672'120.30	-72'120.30	12,0
504	Hochbauten	-45'891'772.90	-38'225'000	-39'510'366.44	-1'285'366.44	3,4
505	Waldungen		-30'000		30'000.00	-100,0
506	Mobilien	-19'630'279.96	-16'266'000	-13'657'434.65	2'608'565.35	-16,0
50	Sachanlagen	-105'178'819.94	-89'471'000	-79'813'232.28	9'657'767.72	-10,8
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-500'000		500'000.00	-100,0
545	Darlehen private Unternehmungen	-2'321'500.00	-2'800'000	-4'613'200.00	-1'813'200.00	64,8
546	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	-300'000.00		-100'000.00	-100'000.00	
547	Darlehen private Haushalte	-235'000.00	-300'000	-185'000.00	115'000.00	-38,3
54	Darlehen	-2'856'500.00	-3'600'000	-4'898'200.00	-1'298'200.00	36,1
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	-600'538.05	-422'000	-417'762.10	4'237.90	-1,0
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	-1'002'206.00	-1'688'000	-390'005.50	1'297'994.50	-76,9
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	-489'336.85	-1'038'300	-714'424.90	323'875.10	-31,2
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck	-1'392'397.00	-1'500'000	1'022.55	1'501'022.55	-100,1
567	Investitionsbeiträge private Haushalte	-544'958.50	-1'250'000	-1'367'932.14	-117'932.14	9,4
56	Eigene Investitionsbeiträge	-4'029'436.40	-5'898'300	-2'889'102.09	3'009'197.91	-51,0
572	Durchl. Beiträge Gemeinden/Gemeindezweckverbände	-240'014.00	-1'010'000	-349'309.00	660'691.00	-65,4
575	Durchl. Beiträge private Unternehmungen	-651'680.40	-948'000	-814'977.10	133'022.90	-14,0
577	Durchl. Beiträge private Haushalte	-1'900'532.15	-1'395'000	-1'561'794.90	-166'794.90	12,0
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2'792'226.55	-3'353'000	-2'726'081.00	626'919.00	-18,7
5	Investitionsausgaben	-114'856'982.89	-102'322'300	-90'326'615.37	11'995'684.63	-11,7

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
606	Übertragung Mobilien	30'912.91	5'000	34'500.00	29'500.00	590,0
60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	30'912.91	5'000	34'500.00	29'500.00	590,0
614	Rückerstattungen Hochbauten	22'890.00		132'000.00	132'000.00	
61	Rückerstattungen	22'890.00		132'000.00	132'000.00	
630	Investitionsbeiträge Bund	12'825'013.85	5'904'835	5'714'325.00	-190'510.00	-3,2
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	2'264'813.25	777'800	326'740.30	-451'059.70	-58,0
634	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen			316'530.20	316'530.20	
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	282'208.05				
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	15'372'035.15	6'682'635	6'357'595.50	-325'039.50	-4,9
645	Darlehen private Unternehmungen	2'846'353.15	2'618'000	2'907'055.50	289'055.50	11,0
647	Darlehen private Haushalte	363'163.46	400'000	355'499.17	-44'500.83	-11,1
64	Rückzahlung von Darlehen	3'209'516.61	3'018'000	3'262'554.67	244'554.67	8,1
664	Rückzahlung öffentliche Unternehmungen	21'141.75				
66	Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	21'141.75				
670	Durchl. Beiträge Bund	2'792'226.55	3'353'000	2'726'081.00	-626'919.00	-18,7
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge	2'792'226.55	3'353'000	2'726'081.00	-626'919.00	-18,7
6	Investitionseinnahmen	21'448'722.97	13'058'635	12'512'731.17	-545'903.83	-4,2

Nettoinvestitionen

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Grundstücke VV unüberbaut	-0,0				
Tiefbauten	-25,5	-35,3	-48,1	-25,7	-23,4
Hochbauten	-25,2	-11,1	-8,8	-41,8	-35,0
Waldungen	-0,1				
Mobilien VV	-3,3	-1,5	-6,6	-9,8	-7,0
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	-4,5	-11,1	-2,9	-11,5	-6,4
Total Sachgüter	-58,7	-59,1	-66,5	-88,8	-71,7
Darlehen und Beteiligungen	-31,2	-6,0	-3,7	0,4	-1,6
Investitionsbeiträge	-16,5	-15,6	-6,9	-4,9	-4,5
Total Nettoinvestitionen	-106,4	-80,6	-77,0	-93,4	-77,8

Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Aufwand	-1'297,2	-1'328,3	-1'391,6	-1'407,1	-1'443,2
Ertrag	1'382,0	1'334,4	1'371,1	1'268,1	1'355,2
Ertrags-/Aufwandüberschuss	84,8	6,0	-20,5	-139,0	-87,9
Zuzüglich Abschreibungen	73,9	72,1	83,0	69,3	69,1
Veränderung Spezialfinanzierungen	13,9	10,2	4,5	14,3	17,8
Veränderung Reserven	-3,3	-3,3	-56,3	0,2	-40,0
Selbstfinanzierung	169,4	85,1	10,7	-55,3	-41,0
Abzüglich Nettoinvestitionen	-106,4	-80,6	-77,0	-93,4	-77,8
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	63,0	4,5	-66,4	-148,7	-118,8

Selbstfinanzierungsgrad siehe Detailinformationen, Kennzahlen

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

5-Jahresvergleiche

Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Per 31.12.2014	Per 31.12.2015
Aktiven					
Flüssige Mittel, Forderungen, kurzfristige Finanzanlagen, Aktive Rechnungsabgrenzung	1'276,8	1'362,6	1'142,2	841,7	904,5
Vorräte, Finanzanlagen und Sachanlagen FV	126,7	120,9	172,4	373,0	222,1
Finanzvermögen	1'403,5	1'483,5	1'314,6	1'214,7	1'126,7
Sachgüter	240,2	237,5	231,0	260,1	273,0
Darlehen und Beteiligungen	99,1	111,7	115,4	115,0	115,4
Investitionsbeiträge	94,6	93,2	90,1	85,5	81,0
Verwaltungsvermögen	433,9	442,4	436,5	460,6	469,3
Total Aktiven	1'837,5	1'925,9	1'751,1	1'675,4	1'596,0
Passiven					
Laufende Verbindlichkeiten, Passive Rechnungsabgrenzung und kurzfristige Rückstellungen	609,5	701,1	596,0	642,1	671,6
Langfristige Finanzverbindlichkeiten, langfristige Rückstellungen und Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	31,5	20,8	21,5	22,8	31,2
Fremdkapital	641,0	721,9	617,5	664,9	702,8
Eigenkapital (EK)	1'196,5	1'204,0	1'133,6	1'010,5	893,3
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	188,4	198,6	203,1	217,4	235,0
Finanzpolitische Reserven	498,0	490,0	436,0	437,5	390,6
Freies Eigenkapital	510,0	515,4	494,6	355,6	267,6
Total Passiven	1'837,5	1'925,9	1'751,1	1'675,4	1'596,0

¹⁾ Der Ertrags-/Aufwandüberschuss des laufenden Jahres ist jeweils im Freien Eigenkapital eingerechnet.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Institutionelle Gliederung

Direktionsübersicht

Gesamtwürdigung Direktion

Gesamtwürdigung Amt

Leistungsauftrag

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-798'911.30	-725'000	-601'514.45	123'485.55	-17,0
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-33'287.55	-17'000	-22'421.85	-5'421.85	31,9
305	Arbeitgeberbeiträge	-49'187.40	-66'900	-39'387.20	27'512.80	-41,1
309	Übriger Personalaufwand		-15'000	-3'600.00	11'400.00	-76,0
313	Dienstleistungen und Honorare	-25'795.40	-25'000		25'000.00	-100,0
315	Unterhalt Mobilien		-45'000	-32'400.00	12'600.00	-28,0
317	Spesenentschädigungen	-29'189.65	-6'900	-5'335.60	1'564.40	-22,7
319	Übriger Betriebsaufwand	-155'561.65	-120'971	-104'266.20	16'704.80	-13,8
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-52'500.00	-52'500	-52'500.00	0.00	0,0
	Total Aufwand	-1'144'432.95	-1'074'271	-861'425.30	212'845.70	-19,8
	Saldo	-1'144'432.95	-1'074'271	-861'425.30	212'845.70	-19,8

Kommentar Rechnung

300 Tiefere Auslagen bei den Kommissionssitzungen
301 Höherer Aufwand beim Sekretariat der Justizprüfungskommission
309 Tiefere Weiterbildungskosten
313 Es wurden keine Aufträge an externe Berater und Gutachter erteilt
315 Der Aufwand für eine neue Software ist tiefer ausgefallen
319 Tiefere Kosten beim Mittagessen des Kantonsrats

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1100	Regierungsrat	-3'252'882.57	-3'333'991	-3'140'109.72	193'881.28	-5,8
1120	Staatskanzlei	-5'406'016.65	-5'324'448	-4'891'022.40	433'425.60	-8,1
1126	Staatsarchiv	-1'897'961.30	-1'819'387	-1'710'400.74	108'986.26	-6,0
1128	Ombudsstelle	-305'183.18	-315'126	-300'445.05	14'680.95	-4,7
1129	Datenschutz	-445'724.54	-381'744	-327'727.97	54'016.03	-14,1
11	Allgemeine Verwaltung	-11'307'768.24	-11'174'696	-10'369'705.88	804'990.12	-7,2

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-69'065.60				
1126	Staatsarchiv	-51'148.80	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0
11	Allgemeine Verwaltung	-120'214.40	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0

Allgemeine Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'004'269.90	-2'006'800	-2'006'377.30	422.70	0,0
305	Arbeitgeberbeiträge	-724'088.90	-774'600	-622'044.05	152'555.95	-19,7
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-239'736.60	-82'800	-123'440.30	-40'640.30	49,1
313	Dienstleistungen und Honorare	-20'693.70	-30'000	-56'171.05	-26'171.05	87,2
317	Spesenentschädigungen	-206'166.50	-210'100	-214'527.40	-4'427.40	2,1
319	Übriger Betriebsaufwand	-133'000.37	-125'591	-131'754.02	-6'163.02	4,9
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-40'000.00	-200'000	-80'000.00	120'000.00	-60,0
	Total Aufwand	-3'367'955.97	-3'429'891	-3'234'314.12	195'576.88	-5,7
421	Gebühren für Amtshandlungen	700.00				
426	Rückerstattungen	114'373.40	95'900	94'204.40	-1'695.60	-1,8
	Total Ertrag	115'073.40	95'900	94'204.40	-1'695.60	-1,8
	Saldo	-3'252'882.57	-3'333'991	-3'140'109.72	193'881.28	-5,8

Kommentar Rechnung

305 AG-Beiträge an PK tiefer als budgetiert

306 Auszahlung höherer Beiträge für Rente und PK-Beitrag an alt Regierungsrat

313 Nachbelastung von Mehrwertsteuer auf Verwaltungsratsmandate von Regierungsräten für die Jahre 2013 und 2014 und ordentliche Steuer 2015

363 Tiefere Beiträge an Gemeinwesen (BGS 542.12)

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Staatskanzlei erfüllte ihre Kernaufgabe als Bindeglied zwischen internen und externen Ansprechpersonen. Sie stellte den Austausch zu Verfahrensfragen und -abläufen unter den Direktionen sowie für den Kantonsrat und die Gerichte sicher. Das Jahr war geprägt von den Vorbereitungen und der Durchführung der Nationalrats- und Ständeratswahlen, von der Projektarbeit für das Strukturprojekt «Regierung und Verwaltung 2019» sowie von der Konzipierung für die Überarbeitung der Strategie des Regierungsrats.

Wissenstransfer

Zur Förderung der internen Vernetzung und zur Stärkung der Führung stellte die Staatskanzlei mit der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre (KGS) und der Fachgruppe Kommunikation eine «unité de doctrine» innerhalb der Verwaltung sicher. Die KGS behandelte an sechs Sitzungen verwaltungstechnische und rechtliche Geschäfte von direktionsübergreifender Bedeutung. Am 4. September fand eine KGS spéciale zum Thema «Öffentlichkeitsgesetz» statt. Der Regierungsrat traf die KGS zu einem Gedankenaustausch; erörtert wurden dabei namentlich das Entlastungsprogramm 2015–2018 und das Projekt «Regierung und Verwaltung 2019».

Wahlen

Die Staatskanzlei organisierte die Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober und koordinierte für die Einwohnergemeinden rechtliche Fragen. Der optimierte Wahlzettelbogen für Majorzwahlen ist gut eingeführt; es gab bei den Ständeratswahlen lediglich 0,29 Prozent ungültige Wahlzettel. Da an der Bundesratswahl vom 9. Dezember ein Zuger Nationalrat offizieller Kandidat war, traf die Staatskanzlei Vorbereitungen für eine allfällige Bundesratsfeier.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Kantonsrats und des Regierungsrats. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie betreibt das Ausweisbüro und hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterstützung Kantonsrats- und Regierungsratsgeschäfte				
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den Kantonsrat	Keine für Dritte relevanten Fehler	●	
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler	●	
3	Sicherstellung der hohen Qualität von Erlass-texten	Keine Reklamation	●	
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehm-lassungen	100 % innert Frist	●	
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmun-gen und Wahlen	Keine rechtlichen, technischen, juristi-schen, logistischen und kommunikativen Fehler	●	
Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung				
7	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Pro Antrag max. 80 Min.	●	
8	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermitt-lungsdauer 30 Sek.	●	
Leistungsgruppe 3: Übrige Aufgaben				
9	Hohe Verfügbarkeit von www.zg.ch	Systemverfügbarkeit mind. 99 %, d.h. die ungeplante Ausfallzeit beträgt max. 5256 Min./Jahr	●	
10	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24h Std.	●	
11	Kompetente und zeitgerechte Auskünfte von der Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip	Auskunft innert 1 Kalenderwoche; keine Reklamationen	●	
Leistungsgruppe 4: Kommunikation				
12	Kompetente und schnelle Abwicklung der Anfragen und Aufgaben	Professioneller Standard	●	
13	Fristgerechte Beratung und Ausführung	Kompetente und effiziente Ausführungen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
KR- / RR-Vorlagen	Anzahl	311 / 1'157	350 / 1'100	233 / 1'143
KR-Sitzungen	Halbtage	26	23	21
Wahlen / Abstimmungen	Anzahl	3 / 4	2 / 4	2 / 3
Ausweis anträge	Anzahl	14'256	17'000	16'804
Apostillen/Beglaubigungen	Anzahl	18'665	18'000	18'539
Regierungsratssitzungen	Anzahl	39	40	37
Mitberichte und Vernehmlassungen	Anzahl		10	15
Anfragen an die Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip	Anzahl		30	15

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-8'260'561.35	-8'291'548	-7'981'174.80	310'373.20	-3,7
Total Ertrag	2'854'544.70	2'967'100	3'090'152.40	123'052.40	4,1
Saldo	-5'406'016.65	-5'324'448	-4'891'022.40	433'425.60	-8,1

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Verzicht auf Druck von Drucksachen und Publikationen (Staatskalender, Gerichts- und Verwaltungspraxis, usw.)

b) Weitere wesentliche Abweichungen

- Tiefere Weiterbildungskosten von 15'000 Franken
- Tiefere Büromaterialkosten von 95'000 Franken dank besseren Preis-Konditionen und Verbrauchsreduktion
- Tiefere Kosten bei Wahlen und Abstimmungen infolge Nichtdurchführung von zwei eidgenössischen Abstimmungen, keinen Ergänzungswahlen und stille Wahlen bei den Gerichten, 150'000 Franken
- Einsparungen von Druckkosten für Publikationen und Gesetze, 190'000 Franken
- Mehreinnahmen von insgesamt 220'000 Franken bei den Ausweisen infolge höherer Verkaufszahlen und 100'000 Franken bei den Beglaubigungen infolge der Gebührenerhöhung
- Mindereinnahmen infolge ständiger Abnahme der Konzessionsgebühren für das Amtsblatt von 200'000 Franken

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
AL1120.0005 Übertragung Geräte Ausweisbüro ins Finanzvermögen					
Ausgaben					
Einnahmen	8'500.00				
IT1120.0003 «Doppelter Pukelsheim»					
Ausgaben	-77'565.60				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-77'565.60				
Einnahmen	8'500.00				
Saldo	-69'065.60				

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1120–Staatskanzlei

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Aktivitätsschwerpunkte lagen in den Bereichen digitale Langzeitarchivierung, Verwesentlichung der abgelieferten Unterlagen durch konsequente Bewertung, Forschungsförderung (unter anderem Tugium Erster Weltkrieg) und GEVER (elektronische Geschäftsverwaltung).

Aktenführung, -ablieferung und -erschliessung

Die Schlussphase der Ausbreitung von GEVER gestaltete sich aufwendiger als geplant. Es wurden drei Mandanten bei vier Dienststellen neu eingeführt. Es verbleiben noch acht Mandanten. Bei der GEVER-Produkteentwicklung beteiligte sich der Kanton Zug vor allem an der Einführung eines automatischen Benachrichtigungssystems bei Aufgaben, am Löschen von Dokumenten und an der Verbesserung der PDF-Vorschau. Um den wachsenden Speicherbedarf des Kantons abzufangen und somit den GEVER-Betrieb sicherstellen zu können, wurde der physische Speicherplatz um knapp 50 Prozent erweitert. In den 14 vom Staatsarchiv durchgeführten GEVER-Standard-Schulungen konnten sich 117 Kantonsmitarbeitende mit der Applikation vertraut machen. In drei Power-User-Schulungen vertieften 20 Anwenderinnen und Anwender ihre Kenntnisse im Umgang mit GEVER. Von aktenablieferungspflichtigen Aktenbildnern wurden 149,3 Laufmeter (Lfm) übernommen, von privater Seite 20,3 Lfm in Form von Schenkungen oder Depots. Mit der Bereinigten Gesetzessammlung BGS (Stand 31. Dezember 2014) konnte erstmals eine elektronische Ablieferung übernommen werden. Im Zuge der archivischen Bewertung wurden 250 Lfm Unterlagen datenschutzkonform vernichtet. Neu in der Archivdatenbank erfasst wurden 20'580 Datensätze. Die Datenbank enthält nun rund 193'000 Datensätze, was ein umfassendes Suchen über den gesamten Archivbestand ermöglicht. Für die Sichtbarkeit im Internet wurden rund 11'500 Datensätze freigegeben.

Bestandserhaltung und Datenpflege

Zur Sicherung historischen Kulturgutes wurden sechs grossformatige Bände aus dem 19. Jahrhundert und 272 Karten und Pläne aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert restauratorischen Massnahmen unterzogen. Die Massnahmen wurden nach Schadensbewertung und Bedeutung der Archivalie sorgfältig abgewogen, um eine kostenbewusste und lösungsorientierte Restaurierungsstrategie zu garantieren. Die Digitalisierungsstelle des Staatsarchivs erstellte im Rahmen verschiedener Projekte mit anderen Amtsstellen 31'077 Digitalisate.

Benutzung und Kundendienste

Das Staatsarchiv erteilte 615 schriftliche Auskünfte zu archivischen (40 Prozent) und historischen (30 Prozent) Themen sowie zu Fragen im Zusammenhang mit Aktenführung und Verwaltung (30 Prozent). Die Zahlen widerspiegeln die vielfältige Tätigkeit des Staatsarchivs. Zudem leistete das Staatsarchiv in 285 Fällen GEVER-2nd-Level-Support. Es benutzten 242 verschiedene Personen das Archiv. Insgesamt wurden von der Verwaltung und interessierten Öffentlichkeit 5'089 Archiveinheiten bestellt. In einigen Fällen konnte das Staatsarchiv Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen oder Fremdplatzierungen bei ihrer Spurensuche im Archiv unterstützen. Basierend auf Quellen des Staatsarchivs entstand auch eine Masterarbeit zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen im Kanton Zug.

Die Fachbibliothek im Lesesaal konnte mit der Beschaffung der wichtigsten rund 250 historischen Publikationen aktuell gehalten werden, allerdings musste – wegen des Entlastungsprogrammes – auf den Erwerb einiger relevanter Titel verzichtet werden. Die Sammlung der Tugiensia und der Literatur zur Schweizer Geschichte in der Archivbibliothek konnte dank der Schenkung aus einem privaten Bibliotheksnachlass um rund je 30 Titel erweitert werden.

Gemeindliche Archivbetreuung

In den vom Staatsarchiv betreuten Einwohnergemeinden Baar, Cham, Hünenberg, Menzingen, Neuheim und Risch wurden rund 160 Laufmeter Akzessionen (Erwerbungen) verarbeitet. Ferner wurden 59 Bestände und rund 4'100 Dossiers neu erschlossen, womit die Überlieferungsbildung auf weitere zentrale Verwaltungsteile ausgeweitet werden konnte. Ein neu entwickelter Registraturplan für die Verwaltungen wird die Gemeinde Menzingen ab 2016 anwenden. Weitere Gemeinden folgen ab 2017. Mehrstufige und flexible Registraturpläne sind unabdingbar für die Sicherstellung einer sauberen Aktenführung und eine wichtige Voraussetzung für die Ordnung von künftig nur noch digital gespeicherten Unterlagen. In der Gemeinde Baar konnte in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die von Bevölkerung und Schulklassen sehr gut besuchte Ausstellung «Stadt :: Dorf Baar» organisiert werden, unter anderem mit historischen Fotografien aus dem Gemeindearchiv.

Archivnutzung, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen

Die vom Staatsarchiv gepflegte Amtsträgerdatenbank wurde mit insgesamt 222 Mutationen auf den Stand 1. Januar 2016 nachgeführt. In den vier Ausgaben der kantonalen Personalzeitung publizierte das Staatsarchiv zum Hefthema passende historische Artikel, die jeweils gut aufgenommen wurden. Die auf mehrere Jahre angelegte Serie in der Jahrespublikation Tugium zur Geschichte des Kantons Zug während des Ersten Weltkrieges wurde mit weiteren fünf Artikeln fortgesetzt. An sechs Führungen wurden 112 Personen mit dem Staatsarchiv und der Zuger Geschichte vertraut gemacht.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Staatsarchiv gewährleistet die authentische Überlieferung und fachgerechte Langzeitarchivierung von administrativ, juristisch, wirtschaftlich, historisch, sozial und kulturell relevanten Unterlagen für die Bedürfnisse von Staat, Bevölkerung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Als Gedächtnis des Kantons und der Gesellschaft stellt das Staatsarchiv sicher, dass staatliches Handeln transparent, nachvollziehbar und bei Bedarf kontrollierbar ist und der politische und gesellschaftliche Wandel nachvollzogen und historisch aufgearbeitet werden kann.











2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: GEVER und Aktenführung				
1	Ein störungsarmer Betrieb von GEVER wird gewährleistet	Systemverfügbarkeit 99,8 %; Datenerhaltung 100 %		
3	GEVER bleibt rechtlich und technisch normenkonform und berücksichtigt – soweit möglich – die konsolidierten User-Bedürfnisse	Systematische Auswertung Useranliegen; Einhaltung Records Management-Normen; genügend Speicher; Umsetzung kantonale IT-Normen		
4	Aktenführende Stellen werden kompetent bei der Aktenführung unterstützt	Leitfäden jährlich aktualisiert; 15 Beratungsaktivitäten (Beratungen, Schulungen)		
A	GEVER-Ausbreitung (bei Instanzen ohne Konsul)	7 neue Mandanten		3 Mandanten (4 Dienststellen). Hauptsächlich auf Grund von mandanten- und lieferantenseitigen Ressourcenengpässen
Leistungsgruppe 2: Aktenübernahmen und Erschliessung				
6	Kontinuierliche Erhöhung der Aktenbildner mit Archivierungsvereinbarung	2 neue Archivierungsvereinbarungen pro Jahr		
7	Systematische Erschliessung des Archivguts mit elektronischen Findmitteln	Erfassung Ablieferungen mind. auf Amtsstufe (Inhalt, Laufzeit, Umfang) binnen 6 Wochen		
8	Überführung elektronischer Ablieferungen ins digitale Langzeitarchiv	Mind. 1 elektronische Ablieferung verarbeitet		
9	Sicherung von Archiven privater Dritter als Depots oder Schenkungen	Erschliessung auf Bestandesebene binnen 6 Wochen; Depot-/Schenkungsvertrag archivseitig binnen 3 Monaten		
Leistungsgruppe 3: Analoge und digitale Langzeitarchivierung				
10	Bestandeserhaltende Massnahmen zur Erhaltung der Lesbarkeit und Benutzbarkeit	12 Klimaauswertungen; mind. 2'000 Digitalisate; 20 Restaurierungen (Bände, Pläne, Dokumente)		
C	Digitalisierungsprojekt «Historische Karten und Pläne 1803–1922»	Inventarisierung Pläne; Schadensfassung; Festlegen technische Parameter; Reinigung/Restaurierung begonnen; Auftragsvergabe Digitalisierung erfolgt		Die Indikatoren gelten bis Projektabschluss 2018. Die gesetzten Meilensteine sind vollständig erfüllt. Die Digitalisierung wird 2016–2018 durchgeführt

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Benutzung, Vermittlung und Kundendienste				
11	Fristgerechte und kompetente Erteilung von Auskünften an Amtsstellen und die Öffentlichkeit	Beantwortung binnen 5 Arbeitstagen unter Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben	●	
12	Aktuelle Nachführung der Personen- und Ämterdatenbank PERAD	Publikation (per 30. Januar des Folgejahres)	●	
13	Verwaltung wird mittels historischem Beitrag in «Personalzeitung» mit Zuger Geschichte vertraut gemacht	In jeder Ausgabe ein gehaltvoller Beitrag	●	
14	Aktuellhalten der Fachbibliothek	Mind. 90 % der neubeschafften Titel sind katalogisiert und online p. a.	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die grossen Zielsetzungen – mit Ausnahme der GEVER-Ausbreitung – wurden erreicht.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
GEVER-Mandanten / User	Anzahl		66 / 700	64 / 750
Aktenablieferungen	Anzahl / Laufmeter		55 / 300	57 / 170
Schriftliche Fachauskünfte	Anzahl		400	615
IT-Emergency-Interventionen	Anzahl		3	1

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Ad Aktenablieferungen: Viele Ablieferungen, jedoch nur eine Massenaktenablieferung. Deshalb wurde der langjährige Ablieferungsschnitt von ca. 300 Laufmetern (Lfm) pro Jahr mit 170 Lfm deutlich unterschritten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'111'545.50	-2'012'387	-1'917'552.19	94'834.81	-4,7
Total Ertrag	213'584.20	193'000	207'151.45	14'151.45	7,3
Saldo	-1'897'961.30	-1'819'387	-1'710'400.74	108'986.26	-6,0

Kommentar Rechnung

Neben der vom Kantonsrat vorgenommenen Pauschalkürzung von 25'000 Franken ging das Staatsarchiv noch eine Selbstverpflichtung ein, zusätzliche 25'000 Franken einzusparen. Dank einer rigorosen Haushaltspolitik konnte diese Selbstverpflichtung erreicht und sogar noch übertroffen werden. Im Bürobereich waren dies insbesondere Einsparungen bei Büromaterial, Druckkosten, Fachliteratur und dem übrigen Betriebsaufwand. Im Bereich Informatik konnten durch Nachverhandlungen mit Anbietern und geringerem Supportbedarf dank Eigenleistungen rund 50'000 Franken und durch den rigorosen Verzicht auf den Kauf von Non-Standard-Hardware rund 4'500 Franken gespart werden.

Dank dem gezielten Einsatz von Hilfskräften konnte mehr Archivmaterial als geplant langzeitarchivtauglich verpackt werden. Aus diesem Grund mussten im Berichtsjahr für 10'000 Franken mehr säurefreie Archivschachteln beschafft werden als budgetiert. Da Archivschachtel eine Lebensdauer von über hundert Jahren haben, ist die Auslage nachhaltig.

Die Rückerstattungen Dritter (Lohnkostenrückerstattungen der Gemeinden für die gemeindliche Archivbetreuung) waren etwa 15'000 Franken höher als budgetiert. Im Bereich Informatik waren für rund 30'000 Franken weniger Aufwände notwendig für die Umsetzung der Massnahmen aus dem Security Audit.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1126.0001	Security-Audit und Ausbreitung					
	Ausgaben	-46'828.80	-30'000	-35'328.20	-5'328.20	17,8
	Einnahmen					
IT1126.0002	Speicherausbau GEVER					
	Ausgaben	-4'320.00	-35'000	-69'075.20	-34'075.20	97,4
	Einnahmen					
IT1126.0003	eCH-Schnittstellen Datenim-/export					
	Ausgaben		-90'000	-10'368.00	79'632.00	-88,5
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-51'148.80	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0
	Einnahmen					
	Saldo	-51'148.80	-155'000	-114'771.40	40'228.60	-26,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

ad IT1126.0001: Von den insgesamt 106'000 Franken wurden bis Ende des Berichtsjahres rund 83'000 Franken ausgegeben. Die ausgewiesene Abweichung ist rein zeitlich. Der vorgesehene Gesamtkostenrahmen wird vollumfänglich eingehalten werden können.

ad IT1126.0002: Vom Budget von 135'000 Franken wurden bisher rund 74'000 Franken ausgegeben. Die ausgewiesene Abweichung ist rein zeitlich. Die Ausgaben erfolgten 2015 statt wie ursprünglich geplant 2014. Der vorgesehene Gesamtkostenrahmen wird vollumfänglich eingehalten werden können.

ad IT1126.0003: Vom Budget von 120'000 Franken wurden bisher rund 10'000 Franken ausgegeben. Der Zeitpunkt der Projektausgaben ist abhängig von der Umstellung der Archivsoftware auf die digitale Langzeitarchivierung, die lieferantenseitig eine Verzögerung erlitt. Die Abweichung ist rein zeitlich. Der vorgesehene Gesamtkostenrahmen wird vollumfänglich eingehalten werden können.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-706.00		-134'394.10	-134'394.10	
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-235'942.65	-235'500	-97'439.65	138'060.35	-58,6
305	Arbeitgeberbeiträge	-53'374.30	-53'500	-52'886.60	613.40	-1,1
309	Übriger Personalaufwand	-1'765.50	-4'950	-2'145.00	2'805.00	-56,7
310	Material- und Warenaufwand	-8'617.10	-10'100	-8'649.40	1'450.60	-14,4
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-800		800.00	-100,0
313	Dienstleistungen und Honorare	-187.50	-3'000	-200.00	2'800.00	-93,3
315	Unterhalt Mobilien	-548.20	-2'800	-2'036.76	763.24	-27,3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-2'100.63	-2'000	-1'217.64	782.36	-39,1
317	Spesenentschädigungen	-728.80	-1'800	-901.90	898.10	-49,9
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'212.50	-676	-574.00	102.00	-15,1
	Total Aufwand	-305'183.18	-315'126	-300'445.05	14'680.95	-4,7
	Saldo	-305'183.18	-315'126	-300'445.05	14'680.95	-4,7

Kommentar Rechnung

309 Weniger Supervision aufgrund weniger Fälle; Verzicht auf Weiterbildung aufgrund des fehlenden Angebots
313 Tätigkeit erforderte kein spezielles Fachwissen, deshalb keine Kosten für externe Honorare

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen			-135'375.50	-135'375.50	
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-314'780.05	-252'700	-123'025.95	129'674.05	-51,3
305	Arbeitgeberbeiträge	-76'068.55	-52'000	-51'571.75	428.25	-0,8
309	Übriger Personalaufwand	-1'155.95	-4'600	-1'700.05	2'899.95	-63,0
310	Material- und Warenaufwand	-20'057.59	-18'200	-2'843.28	15'356.72	-84,4
313	Dienstleistungen und Honorare	-19'514.25	-37'000	-3'322.45	33'677.55	-91,0
315	Unterhalt Mobilien	-10'082.10	-16'000	-5'808.69	10'191.31	-63,7
317	Spesenentschädigungen	-591.20	-1'000	-707.50	292.50	-29,3
319	Übriger Betriebsaufwand	-3'474.85	-244	-3'372.80	-3'128.80	1'282,3
	Total Aufwand	-445'724.54	-381'744	-327'727.97	54'016.03	-14,1
	Saldo	-445'724.54	-381'744	-327'727.97	54'016.03	-14,1

Kommentar Rechnung

- 309 Weniger Aus- und Weiterbildung und übriger Personalaufwand
310 Tieferer Sachaufwand, da Tätigkeitsbericht 2014 vor Amtsübergabe auf Ende Geschäftsjahr 2014 erstellt und veröffentlicht wurde; Publikation «Datenschutz: Leitfaden für die Schule» musste aus Ressourcengründen auf 2016 verschoben werden
313 IT-Audits/Datenschutzkontrollen waren aufgrund der hohen Arbeitsauslastung nicht möglich
315 Im Rahmen des Entlastungsprogramms Einstellung des Datenschutz-Newsletters sowie Verzicht auf Neugestaltung / Ausbau der externen Homepage (Wechsel auf kantonseigene Homepage in Erarbeitung)
319 Die Pauschalkürzung des Kantonsrats wurde nebst zusätzlichen Einsparungen bei allen Sachkonten eingehalten

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Direktion des Innern
Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1500	Direktionssekretariat	-2'910'499.69	-2'854'250	-2'629'174.06	225'075.94	-7,9
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'289'231.75	-1'389'853	-1'077'809.84	312'043.16	-22,5
1530	Amt für Wald und Wild	-4'835'690.10	-4'745'462	-4'510'739.06	234'722.94	-4,9
1550	Sozialamt	-48'444'643.47	-51'765'575	-49'944'444.76	1'821'130.24	-3,5
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'982'840.41	-6'085'262	-5'790'310.14	294'951.86	-4,8
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-7'139'953.52	-6'113'375	-6'007'101.95	106'273.05	-1,7
15	Direktion des Innern	-70'602'858.94	-72'953'777	-69'959'579.81	2'994'197.19	-4,1

Direktion des Innern

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-296'411.09	-1'242'000	-1'004'330.82	237'669.18	-19,1
1530	Amt für Wald und Wild	-501'398.05	-1'471'500	-531'901.93	939'598.07	-63,9
1550	Sozialamt	-1'392'397.00	-1'500'000	1'022.55	1'501'022.55	-100,1
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-20'324.05		-189'806.00	-189'806.00	
15	Direktion des Innern	-2'210'530.19	-4'213'500	-1'725'016.20	2'488'483.80	-59,1

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Direktion des Innern war und ist besonders gefordert durch die aktuelle Lage im Asylwesen. Die Suche nach genügend geeignetem Wohnraum für die Asylsuchenden ist zeitintensiv. Das Personal ist besonders gefordert. Von grossem politischem Interesse ist auch die Denkmalpflege, das heisst die Inventarrevision und konkrete Unterschutzstellungsentscheide.

Besondere Lage Asyl

Die Asyl- und Flüchtlingsfrage ist eine Querschnittsthematik mit hohem Aktualitätsgrad. Unterkünfte müssen bereitgestellt, Asylsuchende integriert, betreut, beschult, ausgebildet und medizinisch versorgt oder aber wieder zurückgeführt werden. Um diese Aufgaben auch in Zukunft optimal zu bewältigen, hat der Zuger Regierungsrat am 1. Dezember eine Task Force besondere Lage Asyl eingesetzt. Die politische Steuerung liegt bei der Direktorin des Innern (Lead), die Baudirektion sowie die Sicherheitsdirektion sind im Ausschuss vertreten. Der Bund weist 1,4 Prozent der Asylsuchenden dem Kanton Zug zu. Es gibt zu wenig Wohnraum. Die Eröffnung der Asylunterkunft Schluechthof, die Zusage zur erneuten Nutzung des «Waldheim», zur künftigen Nutzung des «Salesianum» und der geplante Bau von 102 Wohnplätzen in Baar sind Lichtblicke.

Denkmalschutz

Der Kantonsrat beriet am 28. Mai zwei Motionen betreffend die Neuorganisation der Denkmalpflege beziehungsweise betreffend die Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug. Der Regierungsrat hat nach einem internen Workshop im Sommer und zwei darauffolgenden Strategiesitzungen festgelegt, in welche Richtung die künftige Revision des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) gehen soll. Die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde vorangetrieben. Auch aus archäologischer und bauhistorischer Sicht war das vergangene Jahr ertragsreich und spannend. Zu erwähnen sind ein kleiner Silberschatz aus dem Schlachtgebiet von Morgarten, Mammutknochen eines ausgewachsenen Bullen, Siedlungsüberreste aus der Bronzezeit und historische Häuser mit vielfältiger Baugeschichte.

Kindes- und Erwachsenenschutz

Im dritten Jahr des Bestehens des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) mussten nebst einer hohen Anzahl neuer Fälle die letzten der total 733 altrechtlichen Massnahmen ins neue Erwachsenenschutzrecht überführt werden. Die im Schlussbericht vom 22. Oktober 2014 zu den moderierten Gesprächen im Kindes- und Erwachsenenschutz aufgezeigten Massnahmen wurden geprüft und – wo angezeigt – umgesetzt. Unter anderem entschied der Regierungsrat, dass ab 1. Januar 2017 für die Führung von Kindesschutzmandaten neu achtzig Kindesschutzmandate mit hundert Stellenprozenten Sozialarbeit sowie sechs Stunden Sachbearbeitung pro Mandat und Jahr zu führen sind. Seit dem 1. Januar besteht die Fachstelle für Private Mandatspersonen (40 Stellenprozent); eine erfahrene Berufsbeistandsperson berät und unterstützt die privaten Mandatspersonen und führt Weiterbildungsanlässe durch.

Wald und Wild

Die sehr heissen und trockenen Sommer- und Herbstmonate hatten Folgen für die Natur: Waldbrandgefahr und Feuerverbot, Borkenkäferbefall sowie zu niedriger Wasserbestand für die Fische. Zudem breitet sich die Eschenwelke weiterhin stark aus. Trotzdem und obwohl die Holzpreise nach Aufhebung des Euromindestkurses um 10 bis 15 Prozent gefallen waren, entspricht die geerntete Holzmenge in etwa dem Vorjahr. Aufgrund des hohen Wildbestandes und der angespannten Verbisssituation konnte ein entsprechend grosses Kontingent zur Bejagung freigegeben werden.

Neue Grundbuchsoftware

Der Projektstart für die Erneuerung des Grundbuches konnte im Januar erfolgen. Dies nachdem der Kanton Thurgau bereits am 27. November 2014 seine Beschwerde gegen die freihändige Beschaffung der neuen Grundbuchsoftware Capitastra zurückgezogen hat und die eidgenössischen Wettbewerbskommission (WEKO) wenig später im Februar den Rückzug bekannt gegeben hat. Die termin- und budgetgerechte Realisierung des für den Kanton Zug wichtigen Projektes «Neues Grundbuch» ist auf Kurs.

Gleichstellung von Frau und Mann

Mit Urteil vom 21. November 2011 hält das Bundesgericht fest, dass der Kanton Zug verpflichtet sei, einen Ersatz für die bisherige Gleichstellungskommission vorzusehen, indem er regle, von wem, wie und mit welchen Mitteln der Gleichstellungsauftrag künftig umgesetzt werden solle. Im Nachgang hält der Regierungsrat fest, dass für die künftige Aufgabenerfüllung im Bereich der Gleichstellung Anpassungen auf Gesetzesstufe bzw. ein Kantonsratsbeschluss erforderlich sind. Die externe Vernehmlassung für das Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann hat stattgefunden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat war mit mehreren komplexen materiell- und verfahrensrechtlichen Fragen konfrontiert. Sodann bearbeitete es Erlasse, bereitete zahlreiche Geschäfte für den Regierungsrat vor und instruierte Beschwerden. Das Direktionssekretariat beriet die Ämter in rechtlicher sowie kommunikativer Hinsicht. Es führte in seinem Zuständigkeitsbereich Inspektionen durch.

Rechtsdienst

Im Bereich der Rechtssetzung hat die vorberatende Kommission des Kantonsrates die Teilrevision des EG ZGB in Bezug auf die nachbarrechtlichen Bestimmungen beraten und verabschiedet. Auf die Vorlage des Regierungsrats zur Änderung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes ist der Kantonsrat wegen der pendenten Revision der eidgenössischen Bürgerrechtsverordnung nicht eingetreten. Der Entwurf des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann wurde in die Vernehmlassung gegeben und die Anpassung des Beurkundungsgesetzes nach Ablauf der Referendumsfrist in Kraft gesetzt. Daneben wurden mehrere Verordnungen angepasst, unter anderem – als Folge der Regierungsratsgesamterneuerungswahl im Herbst 2014 – die Neugestaltung der Wahlzettelbogen in der Wahl- und Abstimmungsverordnung. In zahlreichen Fragen des Gemeinderechts sowie des Wahl- und Abstimmungsrechts wurden die Zuger Gemeinden beraten. Der Rechtsdienst hat zahlreiche Beschwerdeverfahren aus unterschiedlichen Rechtsbereichen (politische Rechte, Wohnsitz, Grundbuch, Sozialhilfe, Bürgerrecht) instruiert und Vernehmlassungen an die Rechtsmittelinstanzen verfasst. Im Bereich der Wahlen und Abstimmungen nahm die Direktion des Innern die Aufsicht bei verschiedenen Urnengängen wahr. So fanden im März und im Juni Abstimmungen statt, darunter die kantonale Abstimmung über den Stadttunnel. Im Oktober erfolgten die National- und Ständeratswahlen.

Seit August ist der Rechtsdienst als eigenständige Abteilung organisiert.

Weitere Kantonsrats-, Regierungsrats- und Direktionsgeschäfte

Das Direktionssekretariat hat erstmals eine Aufsichts-Visitation bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) vorgenommen. Themen waren unter anderem Personal, Infrastruktur, Organisation und Prozesse sowie Aktenführung. Die KESB hat die Empfehlungen entgegengenommen, zum Teil befinden sie sich bereits in Umsetzung.

Zentrale Dienste

Nachdem diese Abteilung mit Rechnungswesen, Informatik und Organisation (Qualitäts- und Umweltmanagement, Sicherheit) im November 2014 neu gegründet worden war, hat sie sich bereits im ersten Jahr bewährt. Im Zusammenhang mit der Visitation der KESB überprüfte die Abteilung die betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Aspekte. Weiter nahm sie die Vollkostenvergleiche interner und externer Mandatsführung zusammen mit der Finanzkontrolle wahr.

Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

Der Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst beurkundet sowohl Einbürgerungsdossiers als auch sämtliche Gerichts- und Verwaltungsentscheide mit zivilstandsrechtlicher Wirkung des Kantons Zug und ist verantwortlich für die Eintragung der ausländischen Zivilstandsereignisse von Zuger Bürgerinnen und Bürger. Nachdem die Schulung für neu gewählte Mitglieder der Gemeindeexekutiven mangels Anmeldungen nicht durchgeführt wurde, stiess die Weiterbildung im Zivilstandswesen (Verfahrensvorschriften, IPRG) interkantonal auf grosses Interesse. Ebenso wurden ein staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt und die neu gewählten Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission der Einwohnergemeinden geschult. Die Inspektion der Zivilstandsämter Zug, Baar und Cham wurde erfolgreich durchgeführt und die Ergebnisse mit den entsprechenden Ämtern besprochen.

Grundbuch- und Notariatsinspektorat

Der Grundbuch- und Notariatsinspektor führte die Inspektion beim Grundbuch- und Vermessungsamt durch. Zudem fanden zwei Weiterbildungsveranstaltungen für Urkundspersonen statt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Es unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlaufsicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	●	
2	Beförderliche Instruktion von Beschwerdefällen	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	●	
3	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	100 % innert Frist	●	
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist	●	
A	Revision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) im Bereich Nachbarrecht	Regierungsratsbeschluss liegt vor	●	
B	Massnahmen im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann erarbeiten und umsetzen	Konzept zur Umsetzung Massnahmenplan liegt vor	◐	Stellungnahmen der Mitglieder der Fachgruppe Gleichstellung zum Entwurf des Massnahmenplans eingeholt; weitere Sitzung der Fachgruppe (aufgrund der schwierigen Terminsuche erst im November)
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Rasche und kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Einfache Anfragen innert 2 Arbeitstagen, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	●	
6	Zeit- und fachgerechte Aufsicht bei eidg. und kant. Abstimmungen und Wahlen	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Stimmbüroprotokolle innert 20 Minuten nach Prüfungsabschluss	◐	1 Rückmeldung erst nach 25 Minuten, da die einzige Telefonleitung wegen einer Vielzahl von Telefonaten mit den Gemeinden blockiert war; Ablauf wurde in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei angepasst (2. Telefonleitung zur Verfügung)
7	Zeit- und fachgerechte Aufsicht gemäss BGG	95 % der Verfügungen innert 1 Woche geprüft	●	
8	Wahrnehmung Beschwerdeberechtigung bei Verfügungen betreffend Grundstücken durch Personen im Ausland	95 % der Verfügungen innert 1 Woche geprüft	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
E	Erfolgreiche Einführung der neuen Mitglieder in Gemeindebehörden in ihr Amt	Bis Ende Juni Weiterbildungskurse für neu gewählte Mitglieder der Gemeinderäte und des Stadtrates Zug sowie der Rechnungsprüfungskommissionen durchgeführt	⦿	Schulung vorbereitet und 2 x ausgeschrieben; aufgrund zu geringer Anzahl Anmeldungen nicht durchgeführt; neu gewählte Mitglieder Rechnungsprüfungskommission Einwohnergemeinden am 29. Januar geschult
Leistungsgruppe 3: Rechnungswesen und Controlling				
9	Fristgerechte Erstellung der Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	Innert Frist	●	
10	Zeit- und fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	●	
Leistungsgruppe 4: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst				
11	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	⦿	3 Personen haben Zahlungsfrist verpasst und konnten erst an nächstfolgender Sitzung nach Sommerferien eingebürgert werden
12	Kontinuierliche Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Mitwirkung bei Workshop zu aktuellen Fragestellungen des Bürgerrechts	●	
13	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	●	
14	Praxisnahe Vermittlung von Staatskundewissen an Einbürgerungswillige	Staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt	●	
15	Zeit- und fachgerechte Information und Beratung der Zivilstandsämter	Aktenprüfung und Beantwortung von Anfragen innert 1 Woche	⦿	Erfüllungsgrad 97,2 % / 3 von 107 Fällen; teilweise konnten komplexere Fälle (v. a. Angehörige von Staaten aus Krisenregionen aufgrund der schwierigen Dokumentenbeschaffung) nicht innert Frist bearbeitet werden
Leistungsgruppe 5: Grundbuch- und Notariatsinspektorat				
16	Regelmässige Inspektion des Grundbuch- und Vermessungsamtes	Inspektion im GVA durchgeführt	●	
17	Vermittlung neuester Wissensstand für Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen/Kommunikation				
18	Information und Dialog zu aktuellen Themen der Direktion. Beratung und Unterstützung der Ämter in Bereichen der Kommunikation	> 30 Medienkontakte	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
RR-Anträge der Direktion des Innern	Anzahl	139	150	133
Beschwerdeeingänge	Anzahl		20–25	27
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		60	74
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		8–12	10
Jahresrechnungen und Budgets Gemeinden	Anzahl		66	66
Einbürgerungsgesuche	Anzahl		350–400	287
Namensänderungsgesuche	Anzahl		80–90	88
Verfügungen BGGB und BewG	Anzahl		200	141

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Erfahrungsgemäss kann die Zahl der Einbürgerungsgesuche über die Jahre stark schwanken (plus/minus 150 Gesuche). Die Anzahl wurde für das Berichtsjahr zu hoch geschätzt.

Die Plangrösse bezüglich Verfügungen zum BGGB und BewG wurde für das Budget 2016 bereits nach unten angepasst.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'281'720.69	-3'142'550	-2'945'069.01	197'480.99	-6,3
Total Ertrag	371'221.00	288'300	315'894.95	27'594.95	9,6
Saldo	-2'910'499.69	-2'854'250	-2'629'174.06	225'075.94	-7,9

Kommentar Rechnung

Der Aufwand wurde um rund 6 Prozent unterschritten, weil die Zielsetzungen B und E nicht wie geplant umgesetzt werden konnten.

Der Ertrag wurde um rund 9,5 Prozent überschritten, weil mehr Einnahmen aus Gebühren für Amtshandlungen und Rückerstattungen Dritter eingingen als budgetiert. Die Überstunden, Arbeitszeit- und Feriensaldi konnten reduziert werden (rund 40'000 Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die periodische Nachführung der amtlichen Vermessung in der Gemeinde Hünenberg wurde erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt zur Einführung der neuen Grundbuchsoftware konnte gestartet und die einzelnen Meilensteine plangemäss erreicht werden. Bei einigen wichtigen GIS-Themen wurden wiederkehrende Funktionsabläufe innerhalb der Geodatenaktualisierungsprozesse automatisiert.

Amtliche Vermessung

Die laufende Nachführung der Daten der amtlichen Vermessung wurde erstmals mit einem einzigen Nachführungskreis für das ganze Kantonsgebiet umgesetzt. Die korrekte Erfüllung dieser Aufgaben durch den Nachführungsgeometer wurde mittels Stichproben überprüft. Die periodische Nachführung in der Gemeinde Hünenberg wurde abgeschlossen und verifiziert. In Risch fanden Nachbearbeitungen zur periodischen Nachführung statt, die sich aus der Verifikation ergaben. In der Gemeinde Baar wurden Unstimmigkeiten und Inhomogenitäten in den Daten der amtlichen Vermessung bereinigt, welche die Oberaufsicht des Bundes aufgrund der Verifikation verlangt hatte. Im März wurden, in Zusammenarbeit mit den Anrainerkantonen, der Swisstopo und der Uni Bern, bathymetrische Vermessungen des Zuger- und Ägerisees aus der Luft ausgeführt. Im Mai folgte die Messung des Ägerisees vom Boot aus. Der Abgleich der gemeinsamen Hoheitsgrenzen zu den Kantonen Schwyz und Luzern wurde fertiggestellt.

Grundbuch

Die Anzahl der Grundbuchanmeldungen ist nach wie vor konstant. Die Abweisung von Grundbuchanmeldungen nahm hingegen gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent zu. Die Gesamtbearbeitungsdauer des Grundbuchprozesses konnte durch organisatorische Massnahmen weiter reduziert werden. Über 90 Prozent aller Geschäfte wurden innert 30 Tagen vollständig abgeschlossen.

Der Projektstart für die Erneuerung der Grundbuchsoftware konnte im Januar erfolgen. Dies nachdem der Kanton Thurgau bereits am 27. November 2014 seine Beschwerde gegen die freihändige Beschaffung der neuen Grundbuchsoftware Capitastra zurückgezogen und die eidgenössische Wettbewerbskommission (WEKO) wenig später im Februar ebenfalls den Rückzug bekannt gegeben hatte. Die Konzeptphase für die neue Grundbuchsoftware konnte termingerecht Ende September mit dem Werkvertrag abgeschlossen werden. Die Arbeiten der Realisierungs- und Einführungsphase wurden im Oktober aufgenommen und sind sowohl was die Zeitplanung als auch was die Finanzen anbelangt auf Kurs.

GIS Kanton Zug

Der öffentliche Kartendienst ZugMap.ch erfuhr eine Nutzungssteigerung um acht Prozent gegenüber dem letzten Jahr und ist mit 3,2 Millionen aufbereiteten Karten eine vielbesuchte Webseite. Der passwortgeschützte Kartendienst ZugMap.secure zeigte seit seiner Aufschaltung im Mai 2014 eine Nutzungssteigerung von hundert Prozent und ist mit 651'000 aufbereiteten Karten ein vielgenutztes Werkzeug innerhalb der Verwaltung.

Mit der Automatisierung der Geodaten-Aktualisierungsprozesse konnte eine grosse Arbeitserleichterung und damit eine erhebliche Effizienzsteigerung im GIS Kanton Zug erreicht werden. So wurden bereits verschiedene Themen wie Bienenkataster, Abstandslinien, Fussgängerstreifen, ÖV-Haltestellen, Erdwärmesonden, Neophyten sowie Landwirtschaft - Naturschutz vollständig automatisiert. Mit der Automatisierung können Themen mit kurzem Nachführungszyklus für die Fachstellen bedürfnisgerecht und bei laufendem Betrieb aktualisiert werden.

Die Entwürfe zur Teilrevision des Geoinformationsgesetzes und der Geoinformationsverordnung, insbesondere die Ausführungsbestimmungen zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, sind in Arbeit.

Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit

Innerhalb des Projekts Objektdaten erfolgte die Abstimmung der Basissysteme (Grundbuch, amtliche Vermessung und Bauadministration). Die Anforderungen an die Schnittstellen für den Datenaustausch wurden erarbeitet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Berechtigungen an den Grundstücken (z.B. Leitungsrechte, Grundpfandrechte) geführt bzw. verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums an Grundstücken erhebt und zur Verfügung stellt. Ebenfalls koordiniert das GVA die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug (Geo-Informationssystem) dar. Zudem baut es den Kataster über die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) auf.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele



Erreicht



Teilweise erreicht



Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs				
1	Prüfung einer Grundbuchanmeldung erfolgt fehlerfrei und rechtmässig	Innert 20 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	●	
2	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und korrekt (den gesetzlichen Grundlagen entsprechend) erteilt	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert 2 Tagen seit Eingang	●	
3	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert 2 Tagen nach Bestellung zugestellt	●	
4	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen; keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	●	
A	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	Im Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	◐	Vorarbeiten abgeschlossen; Bereinigungslos Lütthardigen-Edlibach-Stockacher, Menzingen, enthält komplexe Wasserrechtsverhältnisse; zahlreiche Grundeigentümer/innen sind einzuvernehmen
B	Integration neue Grundbuchsoftware	Inhalt des Werkvertrags ist festgelegt	●	
Leistungsgruppe 2: Beurkundung				
5	Schnelle und flexible Beurkundung von Grundpfandrechten	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	●	
Leistungsgruppe 3: Betreuen des Vermessungswerks				
6	Georeferenzdaten sind aktuell	Aktualisierung der Daten erfolgt innerhalb der Frist von 6 Monaten. Als Massstab dient die mittlere Zeitspanne zwischen Eingang der Meldung und der Lieferung aktualisierter Daten	●	
7	Jährliche Leistungsvereinbarung über die amtliche Vermessung mit dem Bund ist erfüllt	Erfüllungsgrad 100 %	●	
8	Korrekte Nachführung der amtlichen Vermessung	6 Kontrollprüfungen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
9	Baukontrolle und Sondervermessungen sind termintreu erfüllt	Innerhalb vereinbarter Frist	●	
D	Seegründe von Ägerisee und Zugersee (Zuger Teil) werden mittels Bathymetrie neu vermessen	Die Daten stehen bis Mitte August allen kantonalen Stellen zur Verfügung	○	Seegrund Zugersee nicht fertig vermessen; Verzögerungen wegen technischen Schwierigkeiten beim Einsatz eines neuen Geräts und wegen Schwierigkeiten bei Bearbeitung sehr grosser Datenmengen
Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug				
10	Geodatenaktualisierung erfolgt effizienter	Die Aktualisierung läuft automatisiert, der Ausbau der Batch-Verarbeitung ist erfolgt	●	
11	Geodienste (WMS / WFS / embedded ZugMap) werden ausgebaut	Anzahl angebotene Geodienste erhöht	●	
12	Erarbeiten der Datenmodelle nach kantonalem Recht sowie Umsetzen der Datenmodelle nach Bundesrecht	Kommunale Geobasisdatenkataloge sind erstellt	◐	Erarbeitung der Entwürfe kommunaler Geobasisdatenkataloge in 9 von 11 Gemeinden erfolgt
E	ZUGIS-Tools sind auf die neue Softwareplattform migriert	Neue Softwareplattform ist evaluiert	◐	Infolge erhöhten Zeitbedarfs für Grundlagen-erarbeitung und mangels Personalres-sourcen konnte Pilot (Erdwärmesonden) erst im August gestartet werden
Leistungsgruppe 5: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)				
F	Aufbau des ÖREB-Katasters	Einführungskonzept und Entwurf Verordnungstext sind erstellt	◐	Einführungskonzept im Entwurf erstellt; Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen zeitaufwändig, da Teilrevision der übrigen Bestimmungen der Geoinformations-verordnung geprüft wird
Leistungsgruppe 6: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)				
14	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	3 Newsletter; 1 GIS-Tagung; 2 Arbeitsgruppensitzungen mit der Delega-tion der gemeindlichen Urkundspersonen	◐	Mangels relevanter Themen wurde keine GIS-Tagung durchgeführt
G	Der Datenaustausch von Objektdaten ist koordiniert	Anforderungen für Schnittstellen sind aufgenommen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzung F: Aufgrund des Stellenstopps des Entlastungsprogramms verzögern sich die Arbeiten zum Aufbau des ÖREB-Katasters.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Grundbuchanmeldungen	Anzahl	6'111	6'000	5'904
Bestellungen von Grundbuchauszügen	Anzahl		2'500	2'968
Öffentliche Beurkundungen	Anzahl		300	315
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl	6'343	7'000	352
Ausdrucke aus ZugMap	Anzahl	57'819	60'000	57'720

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der allgemeine ZUGIS-Zugang wurde per Ende Februar gelöscht; seither gibt es nur noch Ausdrucke aus ZugMap, dies erklärt die tiefe Anzahl an ZUGIS-Ausdrucken.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'250'420.66	-5'759'353	-5'246'962.79	512'390.21	-8,9
Total Ertrag	3'961'188.91	4'369'500	4'169'152.95	-200'347.05	-4,6
Saldo	-1'289'231.75	-1'389'853	-1'077'809.84	312'043.16	-22,5

Kommentar Rechnung

Die Betriebskosten der Infrastruktur für die neue Grundbuchsoftware «Capitastra» von 46'000 Franken sind noch nicht im geplanten Masse angefallen; zudem fielen keine zusätzlichen Kosten für die Sicherstellung des Betriebs der aktuellen Grundbuchlösung «ISOV Grundbuch Version 5» an. Das Erstellen einer Orthofoto wurde bereits anlässlich der Budgetierung für das Jahr 2015 ins Folgejahr verschoben. Dies hatte zur Folge, dass in der periodischen Nachführung der amtlichen Vermessung weniger Arbeiten erledigt werden konnten, entsprechend reduzierten sich die Ausgaben für Dienstleistungen Dritter um 53'000 Franken. Die optimale Ausnutzung von Personalfuktuationen ermöglichte eine Einsparung von circa 110'000 Franken. Rückstellungen für Überstunden, Arbeitszeit- und Feriensaldi wurden um rund 33'000 Franken reduziert. Weniger Einnahmen bei den Grundbuchgebühren und weniger Bundesbeiträge begründen den Minderertrag.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1515.0091	ISOV-Grundbuch					
	Ausgaben	-259.70				
	Einnahmen	17'412.91				
IT1515.0094	Strategie Objektdaten					
	Ausgaben	-151.00	-40'000	-20'019.00	19'981.00	-50,0
	Einnahmen					
IT1515.0095	Neue Grundbuchsoftware					
	Ausgaben	-313'413.30	-942'000	-942'000.00	0.00	0,0
	Einnahmen					
IT1515.0096	Migration ZUGIS-Tools					
	Ausgaben		-260'000	-42'311.82	217'688.18	-83,7
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-313'824.00	-1'242'000	-1'004'330.82	237'669.18	-19,1
	Einnahmen	17'412.91				
	Saldo	-296'411.09	-1'242'000	-1'004'330.82	237'669.18	-19,1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT1515.0094: Die Objektdaten-Dienste konnten günstiger eingekauft werden.

IT1515.0096: Die für dieses Jahr geplante Softwarebeschaffung von 100'000 Franken wurde mit dem Kreditantrag 2016 auf das Jahr 2020 verschoben; 160'000 Franken waren ursprünglich für externe Dienstleistung für zu migrierende Tools vorgesehen; es wurde ein kleinerer Betrag als budgetiert für externe Dienstleistungen vergeben.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Aufgrund der Aufhebung des Euromindestkurses fielen die Holzpreise. Deshalb wurde im Zuger Wald weniger Holz genutzt. Die sehr heissen und trockenen Sommer- und Herbstmonate hatten Feuerverbote zur Folge und liessen Waldschäden beträchtlich ansteigen. Asylsuchende leisteten im Zuger Wald wertvolle Hilfsarbeiten. Im nährstoffreichen Zugersee können sich Röteln und Felchen schon länger nicht mehr natürlich vermehren; die Erbrütung in der Brutanlage ist erforderlich. In Zuger Gewässern verbreitet sich eine aggressive Pilzerkrankung, die vielfach zum Tod befallener Fische führt. Wegen eines hohen Wildbestandes und beträchtlichem Wildverbiss an Jungbäumen wurde der Jägerschaft ein grosses Rehwildkontingent zum Abschuss freigegeben.

Wald

In den Zuger Wäldern konnte die angestrebte Holznutzungsmenge nur knapp erreicht werden, weil die Holzpreise nach Aufhebung des Euro-mindestkurses um 10 bis 15 Prozent fielen und die Beitragszahlungen als Folge des Entlastungsprogrammes reduziert wurden. Die heisse und trockene Witterung im Sommer und Herbst führte zu Trockenstress für die Waldbäume und schliesslich zu Waldbrandgefahr. So war das Feuern im Wald vom 16. Juli bis zum 4. August strikte verboten. Wegen der extremen Wetterbedingungen nahmen durch Borkenkäfer verursachte Waldschäden beträchtlich zu.

Starkniederschläge und damit Hangrutschungen und Bacherosionen blieben aus. Die seit wenigen Jahren auch im Kanton Zug grassierende Eschenwelke breitet sich weiterhin stark aus. Viele Bäume sind bereits abgestorben oder wurden vorzeitig genutzt, um Holzentwertungen zu verhindern. In den Wäldern von Walchwil, wo die Edelkastanien-Gallwespe die häufig vorkommenden Edelkastanien in den letzten Jahren stark befiel, wurden erstmals Schlupfwespen festgestellt. Weil diese die Gallwespe parasitieren, darf der Rückgang des Gallwespenbefalls erwartet werden.

Asylsuchende aus dem Bundesasylzentrum Gubel leisteten etwa 6'000 Arbeitsstunden im Wald. Sie bekämpften wirksam Neophyten, entfernten starken Brombeerbewuchs zur Förderung von Jungbäumen und öffneten Waldlichtungen vor einwachsenden Strauch- und Baumpflanzen.

Fischerei

Die Untersuchungen des Forschungsprojekts «Projet Lac» am Zugersee zeigten, dass Röteln und Felchen ohne Besatzmassnahmen aufgrund der vielen Nährstoffe im See nicht mehr vorkommen würden. Die künstliche Erbrütung in der Brutanlage Walchwil trägt damit wesentlich zum Erhalt dieser zwei für den Zugersee wichtigen Fischarten bei. Die diesjährigen Brutergebnisse der Röteln mit etwa 450'000 Jungfischen fiel gut aus, was sich positiv auf die Population dieser für den Zugersee sehr typischen Fischart auswirken wird.

Die trockene Witterung während der Sommer- und Herbstmonate führte zu sehr niedrigen Wasserständen in den Seen, Flüssen und Bächen. Dadurch bekundeten speziell die Seeforellen Mühe, in ihre Laichgewässer aufzusteigen. Gleichzeitig verbreitete sich eine aggressive Pilzerkrankung, die bereits im letzten Jahr in der Oberen Lorze beobachtet wurde. Der Pilz dringt tief in die Haut und das Muskelgewebe der Fische ein, was meistens zum Tod der befallenen Fische führt. Allfällige Bekämpfungsmassnahmen sind noch weitgehend unbekannt.

Jagd

Der Frühjahresbestand des Rehwildes war mit etwa 1'040 Tieren hoch. Gleichzeitig überstieg im Zuger Wald der Anteil von jungen Tannen, die vom Wild verbissen wurden, den tolerierbaren Grenzwert. Aufgrund des hohen Wildbestandes und der angespannten Verbisssituation konnte ein entsprechend grosses Rehwildkontingent von 462 Tieren zur Bejagung freigegeben werden.

Der Hirschbestand nahm in den letzten zehn Jahren kontinuierlich zu, was ebenfalls zur erhöhten Verbisssituation im Wald beiträgt. Die von der Jägerschaft 22 erlegten Tiere sind für den Kanton Zug eine beachtliche Hirsch-Jagdstrecke. Erfreulicherweise erlegte die Jägerschaft erstmals gleich viele männliche wie weibliche Tiere. Die Anpassungen der Rotwildbejagung werden sich positiv auf die Bestandesentwicklung auswirken, was zur Entspannung des Verbisssdruckes im Wald beitragen wird.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Wald und Wild (AFW) ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören das Planen und Überwachen von Schutzmassnahmen, das Nutzungsmanagement und die Beratung und Schulung Dritter.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Wildlebensräume und ausgewählter Wildvorkommen im Kanton Zug	Rehwild-Zählbestand mind. 15 Rehe pro Hundert ha Wald; Feldhasen-Zähldichte Talgebiet 0,5 (+/- 0,3) Hasen/ha Offenland, Berg zwischen 3,3 (+/- 0,8) Hasen/ha Offenland		Rehwild 16/100 ha, Feldhasen Tal 0,6/ha, Berg 1,6/ha; Feldhasendichte Berg abnehmend; Habitatqualität veränderte sich kaum negativ, Rückgang vermutlich durch zusätzliche Störungsintensität verursacht; Lenkungsmaßnahmen wie Leinenpflicht (Hundegesetz) fehlen
Leistungsgruppe 1: Wald				
2	Wald erfüllt Waldfunktionen nachhaltig	17'000 m³ Holz durch AFW-Förster/innen zur Erfüllung der Waldfunktionen gezeichnet		
3	Wald schützt vor Naturgefahren (Hochwasser, Rutsche, Steinschläge, Erosionen)	140 ha Schutzwald gepflegt		
4	Ausgewogene Wald-Wild-Situation	Situationsbericht Nachwuchskontrolle der Indikatorflächen (Wald-Wild-Monitoring) bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin		
5	Holzernte entspricht in etwa dem Holzzuwachs	50'000 bis 80'000 m³ Holznutzung		
6	Gefahrenpotenzial der dem AFW zugeteilten Bäche ist gering	Von den nach Gefahrenpotenzialen priorisierten Bachabschnitten sind bis 15. Dezember kontrolliert: 100 % A-Abschnitte, 30 % B-Abschnitte, 15 % C-Abschnitte		118,9 km Gerinne kontrolliert, 27,9 % der Totallänge; 100 % der A-Abschnitte, 31 % der B-Abschnitte, 12 % der C-Abschnitte; C-Abschnitte abgelegt und erfordern höheren Zeitaufwand für Beaufsichtigung
7	Hochwertige Waldnaturschutzgebiete und besondere Lebensräume	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet		105 ha gepflegt; aufgrund der durch das Entlastungsprogramm verursachten Budgetreduktion konnten rund 10 ha weniger Fläche gepflegt werden
8	Zustand des Jungwaldes ist nachhaltig	110 ha Jungwald gepflegt		
9	Visuell und ökologisch wertvolle kantonale Ufergehölze	6,1 km Uferlänge gepflegt		
A	Für Waldnaturschutzgebiete gemäss kantonalem Richtplan bestehen Detailprojekte	Bis 31. Dezember sind 2 neue Waldnaturschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt; Meilenstein: 1. Projekt bis 31. August		Ziel konnte nicht erreicht werden, da durch das Entlastungsprogramm die 3 Waldnaturschutzgebiete ohne Detailprojekte aus dem Richtplan entlassen werden sollen
D	Gefahrenkarten sind aktuell	Konzept zur Aktualisierung der bestehenden Gefahrenkarten ist bis 15. Dezember erstellt		Konzeptentwurf liegt vor, Konzeptabschluss war aufgrund Ressourcenmangels nicht möglich

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd				
10	Erhalt der Lokalform Zuger Röteln durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	300'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente	●	
11	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Ägerisee gewinnen	Bruterfolg 95 % der in der Brutanlage eingelegten Eier; Sicherstellung eines Seeforellen-Jahrgangs 2015 in der Oberen Lorze trotz verminderter oder unterbundener Naturverlaichung durch den Feinmaterialeintrag durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	◐	Brutmaterial durch Saprolegniabefall (aggressiver Pilz) massiv schlechter und dadurch grössere Mortalität; Bruterfolg um 90 %
12	Steigerung Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	350 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	●	
13	Effizienter Einsatz der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Maximalaufwand Fischereiaufsicht unter 1'000 Stunden	●	
14	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Jagdlichen Nutzung mind. 35 % des Frühjahrsbestandes	●	
16	Schilf- und Uferschutzintervention	Beginn der Schwemmholtbergung spätestens 24 Std. nach Ereignis (unter Vorbehalt der Sicherheit für den Einsatz mit dem Seereinigungsboot)	●	
Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung				
17	Fristgerechte Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	100 % innert Frist	●	
18	Hohe Qualität von Bewilligungen und Verfügungen des AFW	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	●	
19	Fristgerechte Ausarbeitung der Entwürfe von DI-Verfügungen	100 % innert Frist	●	
20	Fristgerechte direktionsübergreifende Stellungnahmen	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	◐	Von 101 mit dem Geschäftsverwaltungssystem GEVER überwiesenen direktionsübergreifenden Vernehmlassungen: 91 (90 %) fristgerecht, 10 (10 %) aufgrund zeitlicher Überlastung nicht fristgerecht beantwortet
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information				
21	Jagdausübung ist gut betreut und kontrolliert	Mind. 1 Kontrolleinsatz der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtage bei insgesamt mind. 300 Std. Jagdaufsicht an Jagdtagen	●	
22	Wald ist frei von unbewilligten Bauten und Anlagen	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	●	
23	Wildhut ist rund um die Uhr bei Wildunfällen schnell vor Ort	Bei 98 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert 15 Min. nach Erhalt Meldung zum Unfallort unterwegs	●	
24	Zuger Forstpersonal ist gut aus- und weitergebildet	Zuger Forstdienst leistet 50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
25	Gut ausgebildete und geprüfte angehende Jäger/innen	Gestaltung von mind. 2 Ausbildungskursen sowie Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	●	
26	Schüler/innen sind über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser gut informiert	Förster/innen, Wildhüter/innen oder Fischereiaufseher/innen veranstalten 60 Führungen, Exkursionen und/oder Vorträge	◐	Insgesamt 58 Führungen, Exkursionen und Vorträge durchgeführt; 46 Veranstaltungen durch Forstdienst, 12 durch Fischerei-aufsicht und Wildhut
F	Öffentlichkeit wird regelmässig über Wild-Themen informiert	Forum-Wild-Veranstaltung bis Ende Jahr durchgeführt	◐	Mitwirkung am Tag der Gewässer bei Eröffnung Bibersee/Tobelbach, deshalb auf Durchführung Forum Wild verzichtet; Tage der offenen Brutanlage in Walchwil konnten Thema Fischerei/Gewässerlebens-räume der Öffentlichkeit näher bringen
G	Tag des offenen Klassenzimmers im Jagdlehrgang	Bis Ende Jahr wird mind. 1 Kursabend im Jagdlehrgang als öffentliche Veranstaltung geführt	○	Aufgrund Ressourcenmangels nicht durchgeführt
Leistungsgruppe 5: Diverse				
27	Bedarfsgerechte beratende Tätigkeit der Natur- und Landschaftsschutzkommission für die Fachstellen der Baudirektion	100 % der Stellungnahmen sind binnen 7 Tagen unterschriftsfertig an den Kommissionspräsidenten/die Kommissionspräsidentin weitergeleitet	●	
28	Flexible Einsatzbereitschaft für Aufgaben des kantonalen Führungsstabs	Leisten von mind. 100 Arbeitsstunden zugunsten der Notorganisation des Kantons Zug	◐	41 Stunden geleistet; mit Blick auf Austritt des Co-Amtsleiters aus dem Führungsstab nahm dieser nicht an den Schulungen für das neue Kommunikationsmittel POLYCOM teil

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Fliessgewässer-Unterhalt zur Gefahrenabwehr und -prävention	Laufmeter	780	800	980
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer für Koordinationsstelle oder Bauherrschaften	Anzahl	61	50	52
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen zuhanden der Koordinationsstelle oder für Bauanfragen Dritter	Anzahl	60	45	58
Bergung von Fall- und Unfallwild bei Wildunfällen sowie Wildunfallbescheinigung	Stunden	583	650	682
Holz zeichnen durch AFW-Förster/innen für private Waldeigentumsberechtigte	m3	19'099	17'000	18'728
Beitragsgesuche von Waldeigentumsberechtigten (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.) prüfen und bewilligen	Anzahl		310	362
Beratung in Sachen Wildschadenverhütung und -vergütung für die Land- und Forstwirtschaft	Stunden	230	250	315
Einsatz Seereinigungsboot zugunsten Freibäder Zugersee, Bootsstationierungsanlagen und Schilf- und Uferschutz	Stunden	87	125	95
Abnahme und Streifen der Laichtiere aus der Netzfischerei	Stunden	97	110	103
Baustellen- und Notabfischungen bei Eingriffen in die Gewässer	Stunden	226	180	165
Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	Anzahl		350	371
Verkauf Niederwildjagdpatente	Anzahl		215	237
Auftrag zur Erarbeitung von DI-Verfügungen	Anzahl		20	24

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	Anzahl		105	66
Direktionsübergreifende Stellungnahmen	Anzahl		60	101
Führen des Sekretariats für die Natur- und Landschaftsschutzkommission des Kantons Zug	Aufwandstunden		80	133

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Fliessgewässer-Unterhalt: Es konnten mehr Unterhaltsarbeiten durchgeführt werden, da ein geplantes Grossprojekt Verzögerungen hatte.
Beurteilung Waldabstandsunterschreitungen, Beratung in Sachen Wildschaden und Einsatz Seereinigungsboot: Grössere Schwankungen gegenüber Budget sind die Regel, da effektiver Aufwand stark extern (zum Beispiel durch Bautätigkeit oder Anfragen von Grundeigentümern) beeinflusst ist oder über Ereignisse (zum Beispiel Starkniederschläge) gesteuert wird.
Sekretariat für Natur- und Landschaftsschutzkommission: Mehraufwand für Abschluss und Übergabe aufgrund des Weggangs des aktuellen Sekretärs.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'110'244.67	-6'017'162	-5'789'037.49	228'124.51	-3,8
Total Ertrag	1'274'554.57	1'271'700	1'278'298.43	6'598.43	0,5
Saldo	-4'835'690.10	-4'745'462	-4'510'739.06	234'722.94	-4,9

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Die Einsparungen gemäss Entlastungsprogramm von 120'000 Franken bei den forstlichen Beiträgen sowie der Staatswaldbewirtschaftung wurden bereits im Berichtsjahr umgesetzt.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die übrigen Einsparungen resultieren aus dem Abbau von Ferien- und Zeitguthaben des Personals und verteilen sich im Weiteren auf diverse Konti.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1530.0001 Anschaffung Fahrzeuge, Maschinen, Einrichtungen					
Ausgaben	-65'515.35	-127'000	-122'423.60	4'576.40	-3,6
Einnahmen					
DI1530.0002 Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald					
Ausgaben	-393'790.30	-1'230'000	-454'901.28	775'098.72	-63,0
Einnahmen	71'040.75				
DI1530.0031 Erwerb von Waldungen					
Ausgaben		-30'000		30'000.00	-100,0
Einnahmen					
DI1530.0033 Neu-/Ausbau/Erneuerung Erschliessung.+Schutzbauten					
Ausgaben	-52'704.00	-130'000	-98'233.80	31'766.20	-24,4
Einnahmen					
DI1530.0061 Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten					
Ausgaben	-437'929.15	-272'000	-225'287.10	46'712.90	-17,2
Einnahmen					
DI1530.0062 Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten					
Ausgaben		-60'000	-8'556.15	51'443.85	-85,7
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1530.0063	Bundesbeitrag Programmvereinbarung SchutzbautenWaG					
	Ausgaben					
	Einnahmen	377'500.00	377'500	377'500.00	0.00	0,0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-949'938.80	-1'849'000	-909'401.93	939'598.07	-50,8
	Einnahmen	448'540.75	377'500	377'500.00	0.00	0,0
	Saldo	-501'398.05	-1'471'500	-531'901.93	939'598.07	-63,9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Investition DI1530.0002.011 Hochwasserschutz Lutisbach wurde wie im Entlastungsprogramm vorgesehen auf das Jahr 2016 verschoben, woraus eine Einsparung von rund 800'000 Franken resultiert. Es wurden rund 100'000 Franken weniger Beiträge an die Erneuerung von forstlichen Erschliessungen ausbezahlt als budgetiert.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die internationalen Entwicklungen im Asylbereich haben das Kantonale Sozialamt (KSA) vor neue grosse Herausforderungen gestellt, die in diesem Ausmass nicht vorhersehbar waren. Dank intensiver amtsinterner und direktionsübergreifender Zusammenarbeit und Unterstützung konnten die Aufgaben strategisch und operativ bewältigt werden. Trotz der ab 2017 eintretenden Kürzungen aufgrund des Entlastungsprogrammes versucht das KSA selber und zusammen mit den Leistungspartnerinnen und Leistungspartnern auch künftig die notwendigen Leistungen in guter Qualität zu erbringen.

Am Limit

Im Verlaufe des Jahres stiegen die Asylzahlen stetig an. Im letzten Quartal musste der Kanton Zug wöchentlich zehn bis dreizehn Personen neu aufnehmen, darunter ein bis drei unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA). In dieser besonderen Lage stiess das KSA bei der Unterbringung und bei der sozialen Begleitung der Asylsuchenden an die Kapazitätsgrenzen, teilweise wurden sie gar überschritten. Die Eröffnung der Asylunterkunft Schluechthof, die Zusage zur erneuten Nutzung des «Waldheims», zur künftigen Nutzung des «Salesianums» und der geplante Bau von 102 Wohnplätzen in Baar waren und sind Lichtblicke.

Trotz der hohen personellen Belastung ist es der Abteilung gelungen, die wichtigsten neuen Herausforderungen konzeptionell zu regeln und damit Orientierung und Sicherheit in der operativen Arbeit zu geben. In diesem Zusammenhang sind der Leitfaden zur Krisenintervention, das Freiwilligenkonzept und das UMA-Konzept zu erwähnen. Zu den neuen Aufgaben des KSA gehört auch die Koordination der gemeinnützigen Beschäftigung der Asylsuchenden des Bundeszentrums Gubel.

Ziel aller Aktivitäten nach der Empfangsphase in der Durchgangsstation ist die möglichst schnelle Selbständigkeit und die Integration in den Wohngemeinden, in die Schule, in eine Beschäftigung oder in die Berufswelt. Eine unverzichtbare Basis dafür sind die von den Sozialen Diensten Asyl selbst angebotenen spezifischen Deutschkurse und die vorausschauende Planung einer optimalen Anschlusslösung von Deutschkursen.

Im Sommer fand ein personeller Wechsel auf Abteilungsleitungsebene statt.

Im Dialog

Das Entlastungsprogramm führt zu substantziellen Kürzungen der Betriebsbeiträge des Kantons an die sozialen Einrichtungen und massiven Ertragsseinbussen für diese versorgungsnotwendigen Leistungserbringerinnen. Die Abteilung Soziale Einrichtungen hatte deshalb im Berichtsjahr mit den sechs Einrichtungen mit Leistungsvereinbarung und den fünf Organisationen mit Subventionsvereinbarung Gespräche geführt über die Auswirkungen auf die Vereinbarungen 2017–2019, die im Jahr 2016 verhandelt werden müssen. Es besteht auf beiden Seiten der klare Wille, gemeinsam und konstruktiv Lösungen zu finden, die den Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen weiterhin bedarfsgerechte Betreuung und Unterstützung gewährleisten. Die Abteilung Soziale Einrichtungen fokussiert bei allen ständigen Aufgaben der Aufsicht und Steuerung der sozialen Einrichtungen konsequent auf die Prämissen und Leitlinien der Uno-Behindertenrechtskonvention.

Koordinieren, beraten, fördern

Die Abteilung Generationen und Gesellschaft engagiert sich für ein zeitgemässes und zukunftsgerichtetes Sozialwesen im Kanton Zug. Gemeinden und Organisationen sowie private Akteurinnen und Akteure erhalten für ihre Aufgaben, Aktivitäten und Projekte im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich die nötigen Informationen und Unterstützung. Der regelmässige Dialog mit den Partnerinnen und Partnern aus Gemeinden und Organisationen ist dabei von zentraler Bedeutung. Dies erfolgt in Form regelmässiger Austauschtreffen bzw. eigener Fachveranstaltungen. Beispiele dafür sind die erfolgreiche Durchführung der Vorabendveranstaltung «Generationen verbinden» und des «Fachforums Kind/Jugend». Zentral war die Revision der SKOS-Richtlinien, wozu trotz engem Fahrplan der Revision ein regelmässiger Austausch mit den Gemeinden stattfand. Die Sozialhilfe-Beratung der gemeindlichen Sozialdienste und der Abteilung Soziale Dienste Asyl stösst auf sehr gute Resonanz. Sie erhöht die Qualität und Rechtssicherheit in der Umsetzung der Gesetze und der SKOS-Richtlinien und hilft so mit, aufwändige Beschwerden zu minimieren.

Die Abteilung beteiligt sich regelmässig an direktionsübergreifenden Projekten oder initiiert selber Projekte, insbesondere im Rahmen des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut und des kantonalen Integrationsprogramms (KIP). Das Projekt «Grundkompetenzen», das heisst Fähigkeiten und Fertigkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und zur Arbeitsintegration (Schreiben, Lesen, Alltagsmathematik), wird unter anderem durch die Metropolitankonferenz Zürich mitfinanziert. Wichtige Meilensteine des KIP sind der Aufbau der Anlaufstelle Diskriminierungsschutz und die neue Willkommensbroschüre für Zugewanderte in acht Sprachen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen Asyl, soziale Einrichtungen, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.









2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl				
1	Regelmässige Beratungen	Anzahl Beratungsgespräche / Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70 % (315 Gespräche / 450 Personen)		
2	Gezielte Förderung der Integration	Anzahl Leistungsempfangende mit 1 beruflichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen / 80 Massnahmen); Anzahl Leistungsempfangende mit 1 sprachlichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen / 80 Massnahmen)		
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung		
5	Freiwilligenarbeit ausbauen und konsolidieren	Mit neuen Freiwilligen (ca. 5) Eintrittsgespräch führen Mit allen Freiwilligen (ca. 15) – Vereinbarung abschliessen – Begleitungsgespräch 2 x pro Jahr		
Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen				
6	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Anzahl Controllinggespräche: 17; Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 4		16 Controllinggespräche, 1 geplante Subventionsvereinbarung (SV) nicht abgeschlossen; 2 Neuverhandlungen, aufgrund Entlastungsprogramms 1 Leistungsvereinbarung nur verlängert, 1 SV nicht mehr abgeschlossen
7	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Anerkennungsvoraussetzungen	Anzahl Überprüfungen: 15		14 Überprüfungen; es werden auch ausserkantonale Nicht-IVSE Einrichtungen geprüft, um Kostenübernahmegarantien sprechen zu können; Anzahl und Aufwand war überdurchschnittlich hoch, eine regelmässige Prüfung wurde verschoben
A	Einstufungssystem IBB (Individueller Betreuungsbedarf): Einführung Indikatoren-raster und Pilotphase	Einführung in 2 Einrichtungen		
B	Aufarbeitung Fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Kanton Zug (bis 1981)	Schlussbericht liegt vor		Aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten konnte Bericht noch nicht in Auftrag gegeben werden

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte				
8	Fachgerechte und fristgemässe Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	95 % innert 2 Monaten, ab publizierter Eingangsfrist bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf	●	
Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte				
9	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Antworten auf parlamentarische Vorstösse	100 % innert Frist (ø 40 Geschäfte)	●	
Leistungsgruppe 5: Planung, Koordination und Information				
10	Aktuelle Kinderbetreuungsbrochure und Kinderbetreuungswebseite mit integriertem Reporting zum Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zug	Kinderbetreuungswebseite im April aktualisiert (ø 210 Einrichtungen); ca. 2'700 Broschüren im Mai versandt	●	
11	Umsetzung und Koordination des Kantonalen Integrationsprogrammes (KIP)	Mind. 80 % der Bundesgelder werden abgeholt und programmzielgemäss eingesetzt	◐	Rund 70 % der Bundesgelder abgeholt; Verzögerungen beim Start von kantonalen Projekten und Massnahmen; Gemeinden haben Möglichkeit für Projektunterstützung (Ausnahme Deutschkurse) nur beschränkt wahrgenommen
D	Sozialberichterstattung	Bericht liegt Ende Jahr im Entwurf vor	●	
Leistungsgruppe 6: Entwicklung und übrige Aufgaben				
12	Effiziente Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissions-sitzungen	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9; jährliche Sitzungsgeldabrechnung von 25 Kommissionsmitgliedern	●	
13	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	100 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe	●	
F	Aufsicht Sozialhilfe: systematische Visitation der Sozialdienste der Einwohner- und Bürgergemeinden	Umsetzung Konzept; Visitationsbericht von 5 Gemeinden liegt vor	○	Konzept wurde aus Zeitgründen noch nicht zur Umsetzung freigegeben
G	Frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	3 erweiterte Analysen bzw. Konzepte in den drei Handlungsfeldern liegen vor	○	RRA wurde im Zusammenhang mit Entlassungsprogramm ins 2016 verschoben
L16	Entwicklung Leitbild und Konzept für Kinder-/Jugendförderung in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Organisationen	Analyse von Situation und Entwicklungsbedarf auf kantonomer und gemeindlicher Ebene bezüglich Schutz, Förderung und Partizipation liegt vor	○	Antrag Kanton Zug wurde vom Bund nicht mehr aufgenommen (Kontingent 4 Kantone pro Jahr) und ins 2016 verschoben
L24	Konzept zur Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Befragung der Zuger Gemeinden, Institutionen und Verbände zur Situation der Betreuung und Pflege durch Angehörige	●	
L20	Förderung der Freiwilligenarbeit in den Gemeinden	Unterstützungsangebot für die Implementierung der Nachbarschaftshilfe in den Gemeinden durch Benevol ist eingeführt; Website ist angepasst	●	
L25	Veranstaltung für Fachpersonen und weitere Interessierte über Talente und Expertenwissen älterer Menschen	Veranstaltung wird im 1. Halbjahr 2015 durchgeführt	◐	Veranstaltung wird integriert ins Projekt Potenzial 50+ (Durchführung April 2016)

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
RR-Anträge (KSA)	Anzahl	32	45	31
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	19	19	19
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl	1'050	880	1'274
- Asylsuchende N		302	230	378
- Nothilfe		64	80	65
- Vorläufig Aufgenommene F		173	160	177
- Vorläufig Aufgenommene F7+		103	130	108
- Anerkannte Flüchtlinge B		254	160	337
- Anerkannte Flüchtlinge B5+			40	38
- Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F		120	70	167
- Aufenthaltsstatus C		34	10	4
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl	1'050	880	1'274
- Durchgangsstation		98	80	73
- Dezentrale Unterkunft		587	500	786
- Nothilfe-Unterkunft		50	40	41
- Private Unterkunft		299	230	368
- Andere Unterbringung		16	30	12
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze			
- Wohnen (ab 2014 auch kombiniert mit Arbeit oder Beschäftigung)		292	302	290
- Geschützte Arbeitsplätze (ab 2014 intern und extern)		294	296	297
- Beschäftigung (ab 2014 intern und extern)		211	207	206
Kostenübernahmegarantien (KÜG) für Zugerinnen und Zuger	Aufwand in Fr.	12'884'894	15'019'000	13'178'117
Kostenübernahmegarantien (KÜG) für Zugerinnen und Zuger	Anzahl behandelte Gesuche	298	350	290
Durch KÜG finanzierte Platzierungen für Zugerinnen und Zuger	Anzahl Betreute Total	195	220	211
- davon ausserkantonale	Anzahl Betreute	162	180	154
- davon innerkantonale	Anzahl Betreute	33	40	57
Lotteriefondsgesuche	Anzahl	39	40	27
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl	39	45	41
Beitragsgesuche Integration	Anzahl	56	50	49
Unterstützung: Zuger Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Anzahl Dossiers	61	65	57
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Anzahl Dossiers	124	100	112

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Asylbereich: Die Anzahl der unterzubringenden und zu betreuenden Personen hat aufgrund der seit 2014 ungebrochenen Flüchtlingsströme viel stärker zugenommen als erwartet und budgetiert. Die erwartete Entlastung durch die Eröffnung der Bundesunterkunft auf dem Gubel im Mai ist deshalb nicht eingetroffen.

Durchgangsstation: Stand per Ende Jahr tief, da Leerkapazität geschaffen, um über Festtage bei unerwartetem Anstieg handlungsfähig zu sein. Die Durchschnittsbelegung betrug 88 Personen, ab Juni war die Auslastung konstant bei 100 Prozent. Gemäss § 7, Abs. 1 der Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich vom 27. Januar 2009 (BGS 861.42) beträgt die Aufenthaltsdauer in der Durchgangsstation in der Regel zwischen sieben und zwölf Monaten. In der zweiten Jahreshälfte betrug die Aufenthaltsdauer nur noch einen Monat.

KÜG: Dank Klärungen der interkantonalen Regelungen und Zusammenarbeit werden weniger Einzelgesuche gestellt, so dass die Anzahl behandelter Gesuche trotz einer Zunahme der Anzahl Betreuter sogar leicht rückgängig war.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-64'350'836.37	-67'446'775	-69'863'159.97	-2'416'384.97	3,6
Total Ertrag	15'906'192.90	15'681'200	19'918'715.21	4'237'515.21	27,0
Saldo	-48'444'643.47	-51'765'575	-49'944'444.76	1'821'130.24	-3,5

Kommentar Rechnung

Aufgrund der starken Zunahme der zu betreuenden Personen bei den Sozialen Diensten ist ein Mehraufwand von rund 4'770'000 Franken entstanden, welcher jedoch durch Mehrerträge des Bundes von rund 4'275'000 Franken gedeckt ist. Des Weiteren macht sich die Bundesregelung (seit Februar 2014 in Kraft) bemerkbar: Anerkannte Flüchtlinge (B5+) werden ab Einreichung Asylgesuch nur noch fünf Jahre vom Bund finanziert. Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (F7+) werden ab Einreichung Asylgesuch sieben Jahre vom Bund finanziert. Diese Faktoren führen im Saldo zu einer Budgetüberschreitung von rund 500'000 Franken. Die Kostenübernahmegarantien für Zuger Bewohnerinnen und Bewohner in vorwiegend ausserkantonalen sozialen Einrichtungen sind rund 1'840'000 Franken unter Budget, da einerseits der Durchschnittsbetrag tiefer ist und andererseits das erwartete Wachstum nicht eingetroffen ist. Bei den Leistungs- und Subventionsvereinbarungen entstand durch günstigere Vereinbarungen, Rückzahlungen und einen Verzicht ein Minderaufwand von rund 480'000 Franken.

Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0024 Wohn- u. Werkheim Schmetterling					
Ausgaben	-1'354'000.00		1'022.55	1'022.55	
Einnahmen					
DI1550.0027 ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch					
Ausgaben		-1'500'000		1'500'000.00	-100,0
Einnahmen					
DI1550.0034 ZUWEBE: Beitrag Umbau/Sanierung Wohnhaus Ried					
Ausgaben	-38'397.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-1'392'397.00	-1'500'000	1'022.55	1'501'022.55	-100,1
Einnahmen					
Saldo	-1'392'397.00	-1'500'000	1'022.55	1'501'022.55	-100,1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

DI1550.0024 Wohn- und Werkheim Schmetterling: Die Schlussabrechnung wurde eingereicht. Die Schlusszahlung liegt aufgrund der negativen Teuerung bei den Baukosten leicht unter dem im 2014 abgegrenzten Betrag.
DI1550.0027 Zuwebe, Umbau Werkstätte Bösch: Das Projekt hat sich verzögert und wurde am 18. August vom Regierungsrat genehmigt. Es wird mit Investitionen von rund 4'000'000 Franken gerechnet. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde der Beitrag des Kantons um eine Million auf 2'600'000 Franken gekürzt. Zurzeit erfolgt die Detailplanung. Die Realisierung ist in den Jahren 2016 und 2017 geplant.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Auch das dritte Jahr des Bestehens des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) war geprägt mit einer Vielzahl von Aufgaben. Neben der Bearbeitung von einer hohen Anzahl von Fällen, mussten alle altrechtlichen Massnahmen (733) ins neue Erwachsenenschutzrecht überführt werden, was dem KES gelang. Im Berichtsjahr traf die KESB 2'410 Entscheide, was nach wie vor auf eine generell hohe Belastung hinweist. Neben den Alltagsaufgaben wurde weiterhin am Aufbau der Organisation gearbeitet.

Massnahmen und Mandate

Die Anzahl der errichteten Massnahmen betrug per 31. Dezember 1'234, was einen Anstieg von 2,2 Prozent zum Vorjahr bedeutet. Im Berichtsjahr wurden 220 Fälle neu aufgenommen und 148 wieder abgeschlossen. Bemerkenswert ist, dass Gefährdungsmeldungen sowie Massnahmen im Kindesschutzbereich stetig zunehmen. So gingen im Berichtsjahr 234 Meldungen im Kindesschutz und 261 Meldungen im Erwachsenenschutz ein. Der Anteil Kindesschutzmassnahmen beträgt 36 Prozent aller errichteten Massnahmen.

Das Mandatszentrum Zug bearbeitete im Berichtsjahr 510 Mandate. 81 Mandate wurden neu aufgenommen und 83 abgeschlossen.

Zufriedenheit mit der KESB

Die KESB muss in vielen Fällen, insbesondere im Kindesschutzbereich, heikle Entscheide treffen, die nicht von allen Betroffenen und deren Angehörigen gutgeheissen werden. Trotzdem liegen die Beschwerden im Verhältnis zu den getroffenen Entscheiden in einem guten Verhältnis. Von den 2'410 getroffenen Entscheiden wurden in 37 Fällen Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht. Davon wurden 21 Beschwerden abgewiesen. In 13 Fällen steht das Urteil noch aus. Im Berichtsjahr wurde die Ombudsstelle zehn Mal betreffend Unzufriedenheit über die KESB angegangen.

Seit Bestehen der KESB wurden 6'038 Entscheide gefällt. Insgesamt wurden beim Verwaltungsgericht 80 Beschwerden eingereicht. Davon wurden 54 Beschwerden abgewiesen, drei teilweise und drei ganz gutgeheissen. Das Urteil von 20 Beschwerden ist noch ausstehend. Die Ombudsstelle wurde in den letzten drei Jahren in 30 Fällen aufgesucht.

Organisation und Aufbau

Im Berichtsjahr konnten nun alle Kernprozesse an die aktuelle Ablauforganisation angepasst und festgehalten werden. Ebenfalls verzeichnet das KES glücklicherweise eine sehr niedrige Personalfuktuation. Dies trägt wesentlich zu einem soliden Organisationsaufbau bei und ermöglicht, das Know-how und die Auslegung des noch jungen neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) zu erweitern und zu konsolidieren.

Private Mandatspersonen

Am 1. Januar wurde die Fachstelle für Private Mandatspersonen (priMa-Fachstelle) ins Leben gerufen. Ziel dieser Fachstelle ist, die 382 bestehenden Privaten Mandatspersonen (priMa) in ihrer Arbeit als Mandatsträgerin oder Mandatsträger zu beraten und zu unterstützen und Neuinteressentinnen und Neuinteressenten zu informieren. Die priMa-Fachstelle wird von einer erfahrenen Berufsbeiständin und einem erfahrenen Berufsbeistand des Mandatszentrums Zug geführt. Das Angebot der priMa-Fachstelle stiess bei den priMa auf Anklang und wird rege benutzt. Weiter organisierte die priMa-Fachstelle zwei Weiterbildungsanlässe in vier Zuger Regionen im Frühjahr zu den Themen «Vermögensverwaltung» und «Sozialversicherungen» und im Herbst zu den Themen «Patientenverfügung, medizinische Zwangsmassnahmen und Umgang mit schwierigen medizinischen Entscheiden als Beiständin oder Beistand» und «Bericht und Rechnung». Die Veranstaltungen stiessen wiederum auf grosses Interesse und wurden von rund 130 priMa besucht.

Für die Betreuung und Unterstützung stehen 40 Stellenprozente zu Verfügung. Im Berichtsjahr führten rund 382 priMa 410 Mandate im Erwachsenenschutzbereich.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES), mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und den Abteilungen Unterstützende Dienste (KESUD), Revisorat/Kanzlei (KESRK) sowie dem Mandatszentrum (KESMAZ), bildet die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.









2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Abklärung, Errichtung oder Anordnung behördlicher Massnahmen				
1	Der Eingang sämtlicher Gefährdungsmeldungen ist zeitnah bestätigt	Innerhalb von 5 Arbeitstagen ist der Eingang einer Gefährdung bestätigt		
2	Prüfung und fristgerechte Abklärung der Notwendigkeit einer behördlichen Massnahme sind erfolgt	Die Abklärung ist innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen und 1 Empfehlung zur Errichtung der Massnahme ausgearbeitet		Frist von 2 Monaten ist erfahrungsgemäss zu kurz; messbare Standards für die Abklärung werden in Zukunft beim Kindes- und Erwachsenenschutz auf 5 Monate und beim Erwachsenenschutz auf 3 Monate gesetzt
3	Die Errichtung / Anordnung einer behördlichen Massnahme ist zeitgerecht erfolgt	Die Massnahme ist innerhalb von 2 Monaten nach Abschluss der Abklärung errichtet/angeordnet		
Leistungsgruppe 2: Überwachung der Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen sowie Registeraufgaben				
4	Inventare, Berichte und Rechnungen sind geprüft und genehmigt	Die Prüfung und Genehmigung sind 3 Monate nach Ablauf der Einreichungsfrist erfolgt		
5	Systematische Instruktion, Begleitung und Überwachung der Mandatstragenden	Mit allen neuen Privaten Mandatstragenden wird bis spätestens 6 Monate nach Mandatsübernahme ein 2. Instruktionstermin durchgeführt. Pro Jahr findet je 1 Anlass pro Region (4) statt		
Leistungsgruppe 3: Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen (Mandatsführung)				
6	Die Beistandspersonen erfüllen die behördlich angeordneten Aufgaben	Die Beistandspersonen erledigen ihre Aufgaben nach festgelegten Standards. Ein internes Audit zeigt auf, dass die Standards zu 80 % erfüllt werden		Kernprozesse im Erwachsenenschutzrecht festgelegt und umgesetzt; internes Audit mangels Zeit auf Folgejahr verschoben
7	Die Privaten Mandatstragenden sind rekrutiert und hinsichtlich ihre fachlichen und persönlichen Eignung geprüft	Die Eignung der Privaten Mandatstragenden werden nach festgelegten Standards geprüft und sind sich der gestellten Aufgaben bewusst		
Leistungsgruppe 4: Genehmigung von Einzelgeschäften und Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Geschäften				
8	Zustimmungsbedürftige Geschäfte gemäss Art. 416 und 417 ZGB sowie genehmigungspflichtige Einzelgeschäfte sind bearbeitet	Die Bearbeitung der eingegangenen Anträge ist nach 2 (bei gemeinsamer elterlicher Sorge: nach 3) Monaten abgeschlossen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 5: Bewilligung Pflegeplatzverhältnisse und Adoptionen				
9	Pflegeverhältnisse sind geprüft und bewilligt	Pflegeverhältnisse sind innert 4 bis 6 Wochen nach Eingang der Meldung geprüft und bewilligt	●	Frist von 6 Wochen ist erfahrungsgemäss zu kurz und wird in Zukunft auf 12 Wochen gesetzt
10	Die Pflegeeltern sind betreut und beaufsichtigt	Die Pflegeeltern werden mindestens 2 x jährlich kontaktiert und es wird 1 jährlicher Bericht erstellt	●	
Leistungsgruppe 6: Aufbau der Gesamtorganisation				
A	Aufbau- und Ablaufprozesse sind erstellt	Die Aufbau- und Ablaufprozesse sind definiert und festgehalten	●	
B	Dokumente/Vorlagen sind ausgearbeitet	Alle notwendigen Dokumente/Vorlagen sind im Klib.net eingebunden	●	
C	Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit externen Partnerinnen und Partnern ist aufgebaut	Es besteht 1 regelmässiger Austausch	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Leistungsziel 2: die gesetzte Frist von zwei Monaten ist erfahrungsgemäss zu kurz. Unterlagen, welche für die Abklärungen notwendig sind, werden oft nicht rechtzeitig eingereicht und Termine mit den Betroffenen können von Seiten der Betroffenen innert Frist oft nicht wahrgenommen werden. Bei Kindesschutzmassnahmen benötigt der Prozess mit den Eltern mehr Zeit, um eine Massnahme, welche von allen akzeptiert und getragen wird, zu errichten.

Leistungsziel 9: die Frist von sechs Wochen ist erfahrungsgemäss zu kurz. Oft fehlen bei Antragseingang Formulare, welche potenzielle Pflegeeltern noch nachträglich beschaffen müssen. Einzelgespräche mit Jugendlichen im Rahmen des Abklärungsverfahrens können sich verzögern. Der gesamte Prozess (inklusive Erstellen des Abklärungsberichtes und des Entscheids) dauert zirka zwölf Wochen.

Die Praxis zeigt, dass gewisse Fristen zu ehrgeizig gesetzt wurden. Auf die Betroffenen einzugehen und ihnen für den Prozess die notwendige Zeit zu lassen, ist jedoch für den Erfolg der Massnahme sehr wichtig. Die Zielgrössen werden in Zukunft entsprechend angepasst.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Laufende Massnahmen	Fall	1'207	1'300	1'234
Neu angeordnete Massnahmen	Fall	206	200	220
Umwandlung der bestehenden Beirat- und Beistandschaften in das neue Massnahmensystem	Fall	1/2 der laufenden Massnahmen	3/3 der laufenden Massnahmen	alle
Anzahl durch das Mandatszentrum geführte Mandate	Mandat	492	520	510
Gefährdungsmeldungen	Meldung		500	494
Pflegeplatzverhältnisse	Pflegeplatz		50	48
Unterhaltsverträge und Gemeinsame elterliche Sorge (UHV/GeS)	UHV/GeS		350	39
Anzahl Mandate geführt von der Fachstelle punkto Jugend und Kind	Mandate		210	213
Anzahl Mandate geführt durch die Fachstelle Kinder- und Jugendberatung Zug	Mandate		80	94

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Unterhaltsverträge und Gemeinsame elterliche Sorge (UHV/GeS): Aufgrund der Gesetzesänderung der gemeinsamen elterlichen Sorge per 1. Juli 2014 hat sich die Anzahl der Gesuche massiv verringert. Gestellt wurden während des ganzen Jahres 145 Gesuche.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'103'215.23	-6'897'762	-7'868'357.77	-970'595.77	14,1
Total Ertrag	120'374.82	812'500	2'078'047.63	1'265'547.63	155,8
Saldo	-5'982'840.41	-6'085'262	-5'790'310.14	294'951.86	-4,8

Kommentar Rechnung

Aufwandüberschuss: Die Löhne Fachpersonen sowie die Reisekosten und Spesen stiegen aufgrund der Entschädigungen an die privaten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Der höhere Aufwand beim Konto Dienstleistung Dritter ergab sich aufgrund der zahlreichen Arztberichte und Gutachten, welche für die Umwandlung der Massnahmen ins neue Erwachsenenschutzrecht erforderlich sind sowie aus der Anordnung von Familienbegleitungen bei Kindesschutzmassnahmen und einer externen Vergabe für die Revision von Mandaten anfangs Jahr.

Ertragsüberschuss: Die Entschädigungen, Reisekosten und Spesen von priMa sowie Familienbegleitungen konnten an die Betroffenen oder die zuständigen Gemeinden weiterverrechnet werden.

Hohe Aufwands- und Ertragsüberschüsse resultierten aus der Aufarbeitungen eines grossen Arbeitsrückstands bei der Revision der Rechnungs- und Berichtsablage der privaten Mandatstragenden und der Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die vom Kantonsrat beschlossene hohe Budgetkürzung wurde umgesetzt, was insbesondere zu einer Reduktion bei den Rettungsgrabungen und Auswertungen führte. Wegen der hohen Bau- und Planungstätigkeit hatte die Denkmalpflege erneut mehr Planungs- und Bauvorhaben zu begleiten. Die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde vorangetrieben. Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen führten zu bemerkenswerten Entdeckungen. Das Interesse an Vorträgen und Führungen war gross. Mit der Umsetzung der vom Kantonsrat behandelten Motionen zur Denkmalpflege wurde umgehend begonnen. Das Amt führte ein Qualitätsmanagement ein.

Allgemeines

Zwei im Vorjahr eingereichte Motionen betreffend die Neuorganisation der Denkmalpflege beziehungsweise betreffend Praxis bei Unterschutzstellungen der Denkmalpflege wurden im Kantonsrat behandelt und gemäss Antrag des Regierungsrats in zwei Punkten teilerheblich erklärt. Die übrigen Punkte wurden in ein Postulat umgewandelt und so entgegengenommen. Mit externer Unterstützung wurde im Amt ein Qualitätsmanagement eingeführt. Der Fokus liegt auf einem risikoorientierten Prozessmanagement, das die Erfassung der Kernprozesse sowie wichtige Unterstützungsprozesse beinhaltet. Im Beisein der Direktionsvorsteherin wurde in Bern das 40-Jahre-Jubiläum der «UNESCO-Welterbe-Konvention» gefeiert und eine entsprechende «Schweizer Charta zum Welterbe» unterzeichnet.

Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung

Die Anzahl der behandelten Bau- und Planungsgesuche nahm wiederum stark zu. Bei vielen Projekten fanden vor der Gesuchseingabe Beratungsgespräche durch die Bauberaterinnen und Bauberater der Denkmalpflege statt, wo angezeigt unter Beizug der Bauverwaltung der Gemeinde, des Amtes für Raumplanung oder weiterer Amtsstellen des Kantons. Oft konnten dabei wesentliche Projektverbesserungen erreicht werden, die auch für die Bauherrschaft Vorteile brachten.

Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen und Auswertung

Die Untersuchung verschiedener von Abbruch oder Umbau betroffenen Objekte diente der Beurteilung von Schutzwürdigkeit und Restaurierungszielen sowie der Dokumentation von historischen Bauten. Es handelte sich um Bauwerke aus allen Teilen des Kantons Zug. Die im Hinblick auf «Morgarten – 700 Jahre Abenteuer Geschichte» durchgeführten archäologische Untersuchungen im vermuteten Schlachtgelände förderten bemerkenswerte Objekte zu Tage, darunter solche, die aus der Zeit um 1315 stammen könnten. Ausserordentlich war auch die Entdeckung eines Stosszahns und verschiedener Knochen eines Mammuts in Rotkreuz. Die Auswertung der Grossgrabung Cham-Alpenblick (KRB vom 26. März 2009) schritt voran. Auch als Folge des Entlastungsprogramms wurden deutlich weniger archäologische Untersuchungen durchgeführt.

Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)

Die Kantonale Denkmalkommission führte acht Sitzungen zu Schutz- und Beitragsgeschäften durch. Zudem beriet sie an zwei Sitzungen die Inventarrevision für die Gemeinden Baar und Menzingen. In den Gemeinden, in denen das Inventar neu festgesetzt wurde, kam es zu einer erwarteten Zunahme der Gesuche um definitive Abklärung der Schutzwürdigkeit. Der gestiegenen Anzahl Unterschutzstellungen steht eine markant höhere Anzahl an Inventarentlassungen gegenüber. Nur gegen eine der verfügbaren Unterschutzstellungen wurde eine Beschwerde eingereicht. Die über die laufende Rechnung abgewickelten Beitragszahlungen bewegten sich im budgetierten Bereich.

Dokumentation, Inventare und Konservierung

Die IT-Ersatzanschaffung IMDAS bewährte sich bestens. Es wurden über 50'000 Fundobjekte inventarisiert sowie über 2'000 Grabungspläne und 700 wertvolle Bildnegative digitalisiert. Die systematische und flächendeckende Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde weiter umgesetzt. Das revidierte Inventar wurde in Baar festgesetzt. In der Altstadt Zug, Cham, Menzingen, Risch und Steinhausen wurde die Bestandesaufnahme abgeschlossen. Das Inventar soll nach Konsultation von Gemeinde und Denkmalkommission im Jahr 2016 festgesetzt werden. Die Bekämpfung des 2013 entdeckten Schimmelpilzbefalls im archäologischen Funddepot wurde fortgesetzt; es werden dringend geeignete Depoträume benötigt. Weiter wurden Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen und Feuerwehr-Einsatzpläne für die Zivilschutzorganisation, Feuerwehr, Polizei und Eigentümerschaften erstellt.

Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

Die Resonanz auf die Entdeckung der Morgarten-Funde und des Mammutstosszahnes in den Medien war schweizweit und im Ausland enorm. Mit rund 340 Besuchenden war der Europäische Tag des Denkmals mit seinem vielseitigen Programm auch zahlenmässig ein grosser Erfolg. Weitere rund 200 Personen nutzten die assoziierten Museumsangebote. Auch die vom Amt während des Jahres angebotenen Vorträge und Führungen waren jeweils gut besucht (unter anderem Cham-Bibersee über 200 Besuchende, Mammut aus Rotkreuz über 300 Besuchende).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung				
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist		
3	Zeitgerechtes Einholen von externem Spezialwissen für Stellungnahmen	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist		
Leistungsgruppe 2: Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen und Auswertung				
4	Zeitgerechte Verfügungen (Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen) zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist		
5	Kleine bis mittelgrosse Objekte sach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	80 % innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin		
6	Aufarbeitung der Dokumentation aller Untersuchungen zur Archivreife innert 24 Monaten	80 % der Objekte		
A	Wissenschaftliche Auswertungen durchführen (Projektmanagement): – Pfahlbauten Cham-Alpenblick – Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112 – Hünenberg, Burg – Kunstdenkmäler Stadt Zug	Pfahlbauten Cham-Alpenblick: 50 % des Befunds (200 Pläne) aufgearbeitet; Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112: 100 % Keramikaufnahme erfolgt; Hünenberg, Burg: Bauphasen-Beschrieb abgeschlossen; Kunstdenkmäler Stadt Zug: Probemanuskript an GSK abgegeben		Als Folge der Budgetkürzung verzögerten sich einzelne Auswertungen; Pfahlbauten Cham-Alpenblick 25 % des Befunds (100 Pläne) wurden aufgearbeitet; Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112 rund 50 % der Keramikfunde wurden bearbeitet; Bauphasen-Beschrieb Burg Hünenberg wurde termingerecht abgeschlossen; Kunstdenkmäler-Probemanuskript wurde fristgerecht abgegeben
Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)				
7	Erstellung von fundierten Unterlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit	Behandlung von 80 % der Gesuche, sofern die Anträge 3 Wochen vor Sitzung eingegangen sind		Aufgrund Änderung des Verfahrens konnte Zielgrösse nicht erreicht werden; neu wird zuerst ein fundierter Fachbericht erarbeitet
Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung				
8	Alle Neueingänge des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler und des Inventars der schützenswerten Denkmäler sind erfasst und auf der Homepage publiziert	100 %		
9	Alle Neueingänge sind in der archäologischen Fundstellendatenbank erfasst	100 %		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
10	Erstellen der Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen und der Feuerwehr-Einsatzpläne	2 Einsatzdokumentationen und 2 Feuerwehr-Einsatzpläne	●	Es wurden 1 Einsatzdokumentation und 1 Feuerwehr-Einsatzplan neu erstellt
11	Alle Neueingänge archäologischer Funde sind erfasst und vorsorgliche Konservierungsmassnahmen eingeleitet	100 % innert 24 Monaten	●	Erfassung Neueingänge archäologischer Funde (294 Gebinde) wurde zu 98 % und vorsorgliche Konservierung (258 Funde) zu 100 % erreicht
B	Bestandesaufnahme historischer Bauten	Gemeinden Menzingen, Risch und Steinhausen abgeschlossen sowie Hünenberg und Walchwil begonnen	●	Bestandesaufnahmen in Menzingen, Risch, Steinhausen abgeschlossen; als Folge Budgetkürzung verzögerten sich die weiteren Arbeiten; Offertanfragen für Hünenberg und Walchwil gestartet
C	Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Altstadt Zug und Gemeinden Baar und Cham abgeschlossen. Gemeinden Menzingen, Hünenberg und Walchwil begonnen	●	Baar abgeschlossen; Zug Altstadt kurz vor Abschluss; Cham wegen verlängerter Vernehmlassung bei Gemeinde nicht abgeschlossen; Menzingen gestartet; Hünenberg und Walchwil noch nicht begonnen
D	Schimmelpilzbefall Funddepot: Reinigung Funde und Fundinventarrevision	50 Fundkisten gereinigt und neu verpackt	●	
Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit				
12	Jährliche wissenschaftliche Berichterstattung	Abgabe Manuskripte: Jahrbuch Archäologie Schweiz per 31. Dezember und Tugium per 31. Mai	●	
13	Regelmässige Öffentlichkeitsarbeit	10 Anlässe durchgeführt (u. a. Vorträge, Führungen, Denkmaltag)	●	
E	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Druckauftrag erteilt	●	Als Folge der Budgetkürzung verzögerte sich Drucklegung um rund 6 Monate
I	Umfrage Denkmalpflege	Konzept für Umsetzung liegt vor	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

a) Entlastungsprogramm / Kürzung Kantonsrat vom 27. November 2014

Die Budgetkürzung von 777'225 Franken wurde durch Abbau von Leistungen und zeitliche Verschiebung von Projekten umgesetzt. Die grössten Reduktionen betrafen Dienstleistungen Dritter, Hilfskräfte, Restaurierung, IT, Betriebs- und Verbrauchsmaterial beziehungsweise schwergewichtig die Leistungsgruppen 2 (Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen und Auswertungen) und 4 (Dokumentation und Konservierung). Konkret wurden weniger Baustellen überwacht, was zu weniger Entdeckungen beziehungsweise zu weniger Rettungsgrabungen führte. Weiter mussten die Aufarbeitung und Archivierung von Untersuchungen sowie die vorsorgliche Konservierung der Funde verlangsamt werden. Zudem wurden wissenschaftliche Aufarbeitungen aufgeschoben (Leistungsziel A), was längerfristig zu einem zunehmenden Auswertungs- und Publikationsstau führen wird. Die Kunstdenkmäler-Inventarisierung wurde um zwei Jahre zurückgestellt und die Leistungen im Kulturgüterschutz wurden halbiert. Die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler und die damit verbundene Bestandesaufnahme historischer Bauten und damit die Herstellung der Rechtssicherheit konnte nicht wie vorgesehen beschleunigt werden. Die vom Parlament verlangte Reduktion der Öffentlichkeitsarbeit (Ziele 11 und 12) wurde umgesetzt, was aber keine nennenswerten Auswirkungen auf die Kosten hatte, da die entsprechenden Budgetpositionen (Publikationen) in den vergangenen Jahren bereits massiv reduziert wurden und somit kein grosses Einsparpotenzial mehr aufwiesen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Leistungsziel 7: Ab Jahresbeginn wurde der Verfahrensablauf für den Einbezug der Denkmalkommission geändert. Neu wird ein Geschäft erst dann in der Kommission traktandiert, wenn fundierte Grundlagen (in der Regel ein Fachbericht) vorliegen. Dadurch kann das Verfahren nach dem Kommissionsentscheid beschleunigt werden, weil alle relevanten Informationen vorliegen und nur in Einzelfällen weitere Abklärungen notwendig sind.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Denkmalpflege und Bauberatung: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	346	330	370
Einholen externer Berichte und Nutzungsstudien	Anzahl		8	12
Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	87	70	66

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen	Anzahl	14	20	8
Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl	48	40	56
Sitzungen Kantonale Denkmalkommission	Anzahl		6	10
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl	12	12	13
Unterschutzstellungen	Anzahl	17	12	25
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl	187	110	169
Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen, Feuerwehr-Einsatzpläne	Anzahl		4	6
Neueingänge Fundkisten Archäologische Funde	Anzahl		250	130

Direktion des Innern

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

a) Entlastungsprogramm / Kürzung Kantonsrat vom 27. November 2014

Als Folge der Budgetkürzung wurden weniger Rettungsgrabungen durchgeführt, was auch zu einem markanten Rückgang bei den Neueingängen der archäologischen Funde führte.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Das überdurchschnittlich hohe Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum führte bei der denkmalpflegerischen Bau- und Planungsbegleitung erneut zu einer Zunahme von 7 Prozenten gegenüber dem Vorjahr. Als Folge der Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler stellten zahlreiche Hauseigentümerschaften den Antrag auf definitive Schutzabklärung, was zu einer Zunahme der externen Berichte (Ingenieurgutachten) und Nutzungsstudien führte. Die Zunahme der Unterschutzstellungen um 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr erklärt sich zum einen durch die hohe Bautätigkeit und zum andern durch die Unterschutzstellung von zwei grösseren Ensembles mit insgesamt acht Einzelobjekten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'432'973.73	-6'268'375	-6'175'391.35	92'983.65	-1,5
Total Ertrag	293'020.21	155'000	168'289.40	13'289.40	8,6
Saldo	-7'139'953.52	-6'113'375	-6'007'101.95	106'273.05	-1,7

Kommentar Rechnung

Der Minderaufwand ergab sich durch Unterschreitung der Personalkosten und Personalnebenkosten infolge guter Ausnutzung von Personalfuktuationen sowie aufgrund weniger Aufträge an Dritte. Der Mehrertrag resultierte aus leicht höheren Bundesbeiträgen an eigene Untersuchungen. Per Saldo ergab sich eine Kostenunterschreitung.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1580.0002 Restaurierungsbeiträge					
Ausgaben			-379'612.00	-379'612.00	
Einnahmen			189'806.00	189'806.00	
IT1580.0001 Ersatz für Fachanwendung SPATZ					
Ausgaben	-20'324.05				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-20'324.05		-379'612.00	-379'612.00	
Einnahmen			189'806.00	189'806.00	
Saldo	-20'324.05		-189'806.00	-189'806.00	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Gemäss § 34 des kantonalen Denkmalschutzgesetzes (DMSG; BGS 423.11) leistet der Kanton beziehungsweise das Amt für Denkmalpflege und Archäologie Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler. Bisher wurden diese Beiträge ausschliesslich über die Laufende Rechnung (LR) budgetiert und abgerechnet. Ausgelöst durch den Beschluss des Regierungsrats betreffend Zusicherung eines Kantonsbeitrags an das Lassalle-Haus (Gemeinde Menzingen) vom 16. Juni und im Rahmen des Budgetprozesse 2016 wurde festgestellt, dass es sich bei den eingestellten Beiträgen für Restaurierungen in der LR grösstenteils um Investitionsbeiträge handelt. Investitionsbeiträge sind ausschliesslich in der Investitionsrechnung (IR) zu führen. Mit der Finanzverwaltung wurde beschlossen, Restaurierungsbeiträge bis Ende Jahr über die LR abzurechnen (Grund: Abwicklung gemäss Budget 2015) und ab 2016 über die IR abzuwickeln. Einzig der nicht budgetierte Betrag für das Lassalle-Haus wurde bereits dieses Jahr über die IR abgewickelt und begründet die Differenz von 190'000 Franken.

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1700	Direktionssekretariat	-32'140'177.10	-32'232'045	-32'705'697.27	-473'652.27	1,5
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-7'941'224.05	-9'350'980	-9'169'320.05	181'659.95	-1,9
1733	Kantonsschule Zug	-39'144'456.32	-38'688'028	-38'236'592.65	451'435.35	-1,2
1734	Kantonsschule Menzingen	-8'350'107.55	-8'693'189	-8'850'125.34	-156'936.34	1,8
1736	Fachmittelschule Zug	-4'814'876.27	-5'251'682	-4'896'963.23	354'718.77	-6,8
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-103'905'609.17	-104'829'155	-104'716'747.76	112'407.24	-0,1
1777	Amt für Berufsberatung	-4'338'129.08	-4'346'700	-4'563'918.78	-217'218.78	5,0
1780	Amt für Sport	-1'372'642.65	-1'621'117	-1'478'459.94	142'657.06	-8,8
1790	Amt für Kultur	-6'904'974.95	-7'138'692	-7'019'709.79	118'982.21	-1,7
17	Direktion für Bildung und Kultur	-208'912'197.14	-212'151'588	-211'637'534.81	514'053.19	-0,2

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1733	Kantonsschule Zug	-1'065'321.01	-1'698'000	-1'642'671.74	55'328.26	-3,3
1734	Kantonsschule Menzingen	-60'365.90	-104'000	-98'219.40	5'780.60	-5,6
1777	Amt für Berufsberatung	128'163.46	100'000	170'499.17	70'499.17	70,5
1790	Amt für Kultur	-52'441.88				
17	Direktion für Bildung und Kultur	-1'049'965.33	-1'702'000	-1'570'391.97	131'608.03	-7,7

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der Kanton Zug betont in der interkantonalen Zusammenarbeit die Wichtigkeit des dezentralen Wettbewerbs der Ideen auch im Schulbereich. Für die Zuger Volksschulen hat der Kantonsrat eine Entlastung der Klassenlehrpersonen beschlossen. In Menzingen wurde das Langzeitgymnasium in Betrieb genommen. Zug erfüllt die Bundesvorgaben im Stipendienwesen auch ohne Beitritt zum Konkordat. Beim Theilerhaus liegt das Betriebskonzept vor.

Das Altbewährte als Kompass

Starke Lehrpersonen, die Schule als Ort des Wissenserwerbs, die Schule als Ort des gemeinsamen Lernens und als Übungsgelände für das Zusammenleben: Was gute Schule ausmacht und welche Beiträge sie leistet, ist altbewährt. Im Meer der vielfältigen Ansprüche an die Schule bleibt die Orientierung am Altbewährten Pflicht.

Wettstreit der Ideen

«Auch Bildung braucht den Wettstreit der Ideen und unter den Kantonen. Die gute Schule braucht auch in Zukunft Raum, damit sie von unten wachsen kann. Die Harmonisierung darf diesen Wettbewerb und diesen Raum nicht über Artikel 62 Absatz 4 BV hinaus beschneiden.» Dies hielt die Konferenz der Kantonsregierungen Ende Jahr in ihrer Stellungnahme zur Legislaturplanung des Bundes 2015–2019 fest. Damit nahm sie die Stossrichtung der Zuger Regierung auf. Die Bildungsdirektion ist in dieser Hinsicht bei der Umsetzung verschiedener Projekte gefordert. Zu nennen sind der sprachregionale Lehrplan 21, die schweizweite Überprüfung der Grundkompetenzen oder die Arbeit an der Frage der basalen Studierkompetenzen, welcher sich die Kantone zusammen mit dem Bund annehmen werden.

Überprüfung der Grundkompetenzen

Die organisatorische Vorbereitung auf die erstmalige Überprüfung der Grundkompetenzen hat begonnen. Das Erreichen der nationalen Bildungsziele soll schweizweit überprüft werden. Während Vergleichstests wichtige Indikatoren liefern können, dürfen diese Indikatoren nicht zum eigentlichen Ziel werden. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Grundkompetenzen hat der Bildungsdirektor erreicht, dass Fragen des Datenschutzes auf überkantonaler Stufe mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Entlastung Klassenlehrpersonen Volksschule

Nicht mit der Giesskanne, aber gezielt zugunsten der Klassenlehrpersonen – in diesem Sinn hat sich der Kantonsrat im Sommer gegen eine allgemeine Senkung des Pflichtpensums und für die Entlastung der Klassenlehrpersonen der Volksschule ausgesprochen.

Zeitplan für die Umsetzung Lehrplan 21 steht

Im Frühling hat der Bildungsrat beschlossen, dass der Lehrplan 21 im Kanton Zug ab dem Schuljahr 2019/20 verbindlicher Lehrplan sein wird. Dieser Zeitplan ermöglicht eine behutsame Entwicklung und Einführung.

Neues Langzeitgymnasium in Menzingen

Am Standort Menzingen wurde ein Langzeitgymnasium eröffnet. Damit erhält die Schule eine pädagogisch und wirtschaftlich sinnvolle Grösse.

Zug erfüllt Stipendienvorgaben

Mit der Ablehnung der Stipendieninitiative trat automatisch der Gegenvorschlag in Kraft. Abklärungen zeigten, dass Zug die Vorgaben auch ohne Beitritt zum Konkordat erreicht oder übertrifft – und demnach weiterhin Anspruch auf die Bundesbeiträge hat.

Neue Swiss Olympic Partner School

Die Kunst- und Sportklasse Cham erhielt das Label «Swiss Olympic Partner School». Die Auszeichnung belohnt die jahrelange Aufbauarbeit der Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Sport.

Ein Betriebskonzept für das Theilerhaus

Basierend auf den Resultaten einer Arbeitsgruppe entstand ein Betriebskonzept für das Theilerhaus. Zusätzlich wurde eine vertiefte Machbarkeitsstudie vorgelegt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Personelle Wechsel und Verschiebungen prägten insbesondere die zweite Jahreshälfte. Im Sekretariat wurden 0,2 Stellen abgebaut. Die interne Information konnte verbessert werden. Die Arbeit an den Prozessbeschrieben geht weiter. Der Rechtsdienst befasste sich unter anderem mit umfangreichen Gesetzesarbeiten. Der Bildungsrat begann seine Arbeiten zur Einführung des Lehrplans 21.

Organisation

Im Zusammenhang mit dem personellen Wechsel an der Spitze war auch ein nachgelagertes Sesselnücken verbunden. Das Direktionssekretariat hat sich teilweise neu aufgestellt, die Erprobung der Rollen, Strukturen und Prozesse läuft. Parallel ging die Weiterarbeit an den Prozessbeschrieben weiter, mit dem Ziel, die Betriebskontinuität zu verbessern und die Produktivität zu steigern. Der erwähnte Stabwechsel wurde genutzt, um 0,2 Stellen abzubauen und an den Aufbau des Kantonsschulstandorts Menzingen beizusteuern. Weiter hat ein längerer Urlaub das ganze Team vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Diese wurden vereint angegangen und bewältigt.

Recht

Die Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen wurden im Kantonsrat beraten und beschlossen. Die jeweiligen Referendumsfristen sind abgelaufen, so dass die Folgeerlasse auf Stufe Schulreglement und -verordnung nun erarbeitet werden. Eine Motion betreffend Anstellung von Lehrpersonen nur mit aktuellem Strafregisterauszug mündete in einer Änderung des Schulgesetzes, welche vom Kantonsrat am 29. Oktober beschlossen wurde.

Kommunikation

Zur Verbesserung des Informationsgrads der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sekretariats wurde mit dem Teaminfo DBKS eine kompakte wöchentliche «Stehsitzung» ins Leben gerufen. Das Kurzprotokoll dient der Lagefortschreibung und wird der ganzen DBK zur Verfügung gestellt. Gegen aussen erreicht der Newsletter zur Homepage www.schulinfozug.ch zweiwöchentlich gut 1'000 Abonnentinnen und Abonnenten.

Bildungsrat

Der Bildungsrat setzte sich vertieft mit der stärkeren Steuerung der Übertritte auseinander. Ende Jahr begannen die Arbeiten zur Einführung des Lehrplans 21 mit der Behandlung der Wochenstundentafel, nachdem der Bildungsrat im Frühling den Zeitplan für die Einführung auf allen betroffenen Schulstufen per Schuljahr 2019/20 beschlossen hatte.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Direktionssekretariat (DBKS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und die kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DBKS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	100 % innert Frist		
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse	100 % innert Frist		
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	100 % innert Frist		
Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung				
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		In einem Fall Zeitrahmen nicht eingehalten. Begründung: Rechtsdienst infolge Mutterschaftsurlaub und Wechsel des Generalsekretärs während ½ Jahr unterbesetzt
6	Fach- und fristgerechte Prüfung der Schul- und Disziplinarordnungen der gemeindlichen Schulen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR		
Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission				
9	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Einladungsversand mit Traktanden innert 10 Tagen vor Sitzung; Protokollerstellung und Versand von Berichten usw. innert 7 Arbeitstagen nach Sitzung		
Leistungsgruppe 5: Beitragswesen				
10	Fristgerechte Bearbeitung von Beitragsgesuchen (Lotteriefonds)	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
11	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
12	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	●	
13	Fachgerechte Auskunftserteilung an Rektorate	100 % innert vereinbarter Frist	●	
14	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	100 % innert vereinbarter Frist	●	
B	Erstellung Qualitätssicherung und Prozessdokumentation mit WINFEE (RICO) für DBKS	Umsetzung	◐	Projektabschluss verzögert sich aufgrund der Stabsübergabe im Generalsekretariat

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Studierende Hoch-/Fachhochschulen	Anzahl	1'544	1'680	1'553
Beiträge an Hoch-/Fachhochschulen	Aufwand in Fr.		27'264'200	28'095'989
Beitragsberechtigte Schüler/innen Privatschulen (obligatorische Schulzeit)	Anzahl	1'012	1'100	1'053
Beschwerdewesen	Einsprachen und Beschwerden	12	20	15
Federführung bei Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl		4	10
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		6	23

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Hoch-/Fachhochschulen: Es handelt sich hierbei um die Gesamtzahl der Zuger Studierenden an ausserkantonalen Bildungsinstitutionen. Für diese zahlt der Kanton Zug – basierend auf der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (UIV), der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) oder anderer Abkommen – Semester- oder Schulgeldbeiträge. Nicht eingerechnet sind die Zuger Studierenden der ETH Zürich und der EPF Lausanne (werden vom Bund finanziert) sowie die Zuger Studierenden an der PH Zug (diese werden separat beim Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule ausgewiesen).
Beschwerdewesen: Eine Beschwerde stammt aus dem Vorjahr, die übrigen 14 sind im Laufe des Berichtsjahres eingegangen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-32'183'742.25	-32'272'045	-32'746'579.57	-474'534.57	1,5
Total Ertrag	43'565.15	40'000	40'882.30	882.30	2,2
Saldo	-32'140'177.10	-32'232'045	-32'705'697.27	-473'652.27	1,5

Kommentar Rechnung

Die Ausgaben für Zuger Studierende an Hoch- und Fachhochschulen wurden im Budget um 832'000 Franken unterschätzt, was einer Abweichung von 3 % entspricht. Hingegen lagen die Kantonsbeiträge an Zuger Privatschulen für Zuger Schülerinnen und Schüler rund 124'000 Franken unter dem Budget. Die Korrektur einer Jahresendabgrenzung im Bereich der Fachhochschulgebühren führte zu einer einmaligen Aufwandminderung um 130'000 Franken. Die Personalkosten lagen rund 50'000 Franken unter dem Budget, da keine Weiterbildungen zulasten des Direktionssekretariats stattfanden und Mutationsgewinne realisiert werden konnten. Der Stellenetat des Sekretariats wurde von 5,4 auf 5,2 Stellen reduziert. Beim Sachaufwand konnte das Budget um rund 22'000 Franken unterschritten werden, wovon 18'000 Franken bei der Publikation «Schulinfo Zug» eingespart wurden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeiten sind massgeblich durch das Entlastungsprogramm geprägt worden. Zu den Mittelschulen und der Pädagogischen Hochschule wurden einschneidende Massnahmen beschlossen: Zu nennen ist hierbei etwa die Reduktion der Stundentafel im Untergymnasium, die Erhöhung des Unterrichtspensums bei einzelnen Fachschaften sowie die Kürzung des Kantonsbeitrags an die PH Zug. Sehr erfolgreich ist der Start des neuen Langzeitgymnasiums in Menzingen verlaufen. Aufgrund des transparenten Zuteilungsverfahrens wurden nötige Umteilungsentscheide von Schülerinnen und Schülern gut akzeptiert.

Einschneidendes Entlastungsprogramm

Ein dominierendes Thema bei den Mittelschulen und der PH Zug ist das Entlastungsprogramm 2015–2018. Zahlreiche Massnahmen wurden bereits beschlossen, weitere sind geplant. Stichworte sind: Erhöhung der Klassen-/Kursgrössen; Reduktion der Stundentafel; Erhöhung der Pflichtpensen von Lehrpersonen; stärkere Steuerung bei den Übertrittsverfahren; Reduktion des Kantonsbeitrags an die PH Zug. Die Massnahmen sind in der Summe einschneidend. Die Arbeits- und Lernbedingungen können insgesamt aber nach wie vor als gut bezeichnet werden.

Neues Langzeitgymnasium in Menzingen

Per Schuljahr 2015/16 ist in Menzingen ein Langzeitgymnasium eröffnet worden. Alle Schülerinnen und Schüler verfügen zunächst über eine eingeschränkte freie Schulwahl: Mit ihrer Anmeldung geben sie bekannt, ob sie das Langzeitgymnasium in Zug oder Menzingen besuchen möchten. Als eingeschränkt gilt die Schulwahl deshalb, weil im Fall einer ungünstigen Verteilung Zuteilungen vorzunehmen sind. Tatsächlich mussten zwölf Umteilungen nach Menzingen vorgenommen werden. Aufgrund des transparenten Verfahrens wurden die Umteilungsentscheide gut akzeptiert – womit der Start des neuen Langzeitgymnasiums ohne Nebengeräusche gelungen ist.

Gut etabliertes neues Übertrittsverfahren

Das neue Übertrittsverfahren II, welches von der Sekundar- in die Mittelschulen führt, hat sich gut etabliert. Von den Anmeldungen besuchen die Hälfte der Schülerinnen und Schüler das Kurzzeitgymnasium. Ein Drittel fällt auf die Fachmittelschule (FMS). Nach dem deutlichen Rückgang im Vorjahr kann die FMS wieder einen Zuwachs verzeichnen. Ab 2016 gilt ein reglementarisch fixierter Noten-Orientierungswert für alle Eintritte in die Mittelschulen (5,2 für Gymnasium; 5,0 für Fachmittelschule und Wirtschaftsmittelschule). Diese Neuerung ist vor dem Ziel zu sehen, dem Profil der Mittelschulen als Schulen für die leistungstärksten Schülerinnen und Schüler Sorge zu tragen.

Schrumpfungsprozess an der Kantonsschule Zug

Die Eröffnung des Langzeitgymnasiums in Menzingen sowie Massnahmen des Entlastungsprogramms führen an der Kantonsschule Zug zu einem Schrumpfungsprozess. Ein besonderes Augenmerk gilt hier der koordinierten Personalplanung, deren Ziel es ist, Pensum erst dann extern zu vergeben, wenn diese nicht mit eigenen Lehrpersonen besetzt werden können.

Reform der Studiengänge an der PH Zug

Auf Beschluss des Hochschulrats ist die PH Zug daran, ihre Studiengänge zu reformieren. Primarlehrpersonen sind neu «Allrounder»: Ab dem kommenden Studienjahr können sich die Absolvierenden des Studiengangs Primarstufe in allen Unterrichtsfächern ausbilden lassen. Der Studiengang Kindergarten/Unterstufe führt neu zu einem Lehrdiplom vom Kindergarten bis zur 3. Primarklasse und ermöglicht eine stärkere Fokussierung auf den Kindergarten oder die Unterstufe.

Vereinheitlichung Rechtserlasse der Mittelschulen

Die Schulkommission der kantonalen Mittelschulen hat drei Rechtserlasse der Mittelschulen einer Revision unterzogen und dabei eine Vereinheitlichung erwirkt. So sind die Schulverordnungen betreffend der Anstellungsverfahren von Schulleitungsmitgliedern homogenisiert worden. Drei verschiedene Absenzenordnungen wurden überarbeitet und zu einem Erlass, welcher für alle Mittelschulen gilt, zusammengeführt. Schliesslich ist an den Gymnasien im Rahmen einer Revision der Promotionsordnungen in ausgewählten Klassen die Jahrespromotion (anstelle der Semesterpromotion) eingeführt worden. Im nächsten Jahr erfolgt eine erste Auswertung der Erfahrungen mit den neuen Promotionsordnungen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination, Weiterentwicklung und Qualitätsaufsicht der kantonalen Mittelschulen. Es übt die Aufsicht aus über die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) und koordiniert die Aufgaben zwischen der Hochschule und der kantonalen Verwaltung. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung im Kanton Zug und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen				
1	Ausbildungsqualität sicherstellen	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten; kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten; Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen liegt bei mind. 95 %		
2	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22		
3	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung (QE) und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt; Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Schulleitenden; Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II		
4	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen an gemeindliche Schulen (Broschüren der Schulen, Film, Broschüre Langzeitgymnasium/Zuteilungsverfahren)		
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommissionen	100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		
B	Strategieprozess	Gemäss Projektplan		
L11	Umsetzung und Evaluation des neuen Übertrittsverfahrens von der Sekundarschule in die Mittelschulen	2. Durchführung, Evaluation und Ableitung allfälliger Massnahmen		
Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung				
6	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Vorgaben zu 100 % eingehalten		
7	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Allgemeinen Weiterbildung	Organisation 1 Netzwerktreffen; publiziertes Programm zur Elternbildung im Kanton Zug		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug				
8	Aufsicht/Controlling	Erreichen der Ziele und Vorgaben gemäss Spezialgesetzgebung und strategischen Leitlinien	●	
Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen				
9	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzung 2: Über alle Klassen der Mittelschulen hinweg ergibt sich ein Durchschnittswert von 18,5 Schülerinnen und Schülern pro Klasse.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Franken	252'000	315'000	310'100
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl	105	104	104
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl	1'924	1'990	1'949
Studierende der Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zug	Anzahl	297	300	309

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrösse der PH Zug ist ohne die Studierenden des Diplomerweiterungsprogramms gerechnet.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'948'005.75	-9'360'980	-9'176'924.15	184'055.85	-2,0
Total Ertrag	6'781.70	10'000	7'604.10	-2'395.90	-24,0
Saldo	-7'941'224.05	-9'350'980	-9'169'320.05	181'659.95	-1,9

Kommentar Rechnung

Der gegenüber dem Budget tiefere Aufwand ist hauptsächlich wie folgt begründet: tiefere Vergütungen an Mitglieder von Kommissionen; tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter und IT-Fachsupport; kostengünstigere externe Qualitätsevaluation der Mittelschulen (neues Produkt des Instituts für externe Schulevaluationen auf Sekundarstufe II); weniger Gesuche für Beiträge an Fremdsprachenaufenthalte. Die Tätigkeit der kantonalen Prüfungsexpertinnen und -experten für Maturaprüfungen an der Privatschule Institut Montana hat zu tieferen Erträgen (Rechnungstellung an Privatschule) als budgetiert geführt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Von zentraler Bedeutung für die ganze Kantonsschule Zug (KSZ) waren die Beschlüsse und einschneidenden Massnahmen des kantonalen Entlastungsprogramms. Diese lösten breite personelle und organisatorische Anpassungs- und Umsetzungsarbeiten aus, führten zum Abbau von Leistungen und Pensen und in einem ersten Schritt zur Beendigung von befristeten Anstellungsverhältnissen. Im Bereich der Unterrichtsentwicklung standen wegweisende Schulentwicklungsprojekte wie «Bring your own device (BYOD)» (Einsatz eigener Laptops, Tablets) und eine einheitliche Lehr- und Lernplattform im Vordergrund, des Weiteren die Umsetzung neu definierter Schulreglemente. Zahlenmässig spürbar sind die Verlagerung von Klassen und Pensen in das Langzeitgymnasium Menzingen. Im Bereich Infrastruktur prägten die Umrüstung auf die neue Schulverwaltungssoftware, der Bau der Schulraumprovisorien, die Planungsarbeiten für die neuen Sporthallen und Sanierungsarbeiten der Anlage das Jahr.

Auswirkungen des Entlastungsprogramms

Über 25 Massnahmen betreffen die KSZ. Im Bereich der Personalentwicklung sind diese einschneidend: Erhöhung der Klassen- und Kursgrößen sowie der Pflichtpensen in einzelnen Fächern, Reglement zur Verrechnung von Mehr- und Minderlektionen, Abbau von Lektionen in der Stundentafel des Gymnasiums Unterstufe, Kürzung der Studienurlaube, Zentralisierung der IT-Basisdienste mit Abbau von Personal und Leistungen, Senkung des schulinternen Stellenetats zuhanden des Stellenpools DBK. Durch eine koordinierte Personalplanung mit der Kantonsschule Menzingen (KSM) konnten Teile der abzubauenen Pensen an die KSM verschoben werden. Im Bereich der Schulentwicklung sind die Streichung von kantonalen Beiträgen an diverse Schulanlässe und an Unterrichtsmaterialien sowie die Reduktionen im Bereich von Leistungen der IT einschneidend.

Unterrichtsentwicklung und digitale Welt

Das Thema Unterricht in einer digitalisierten Welt führte an der ganzen Schule oder in einzelnen Abteilungen zu Schulentwicklungsprojekten. Die Wirtschaftsmittelschule der KSZ startete als erste kantonale Mittelschule mit einem Projekt zum Thema «Bring your own device (BYOD)» (Einsatz eigener Laptops im Unterricht), zeitgleich und inhaltlich zusammenhängend soll eine einheitliche Lehr- und Lernplattform für die KSZ installiert werden. Im Gymnasium Unterstufe wurde das Pilotprojekt Programmieren/Technik lanciert.

Unterrichtsentwicklung und neue Reglemente

Die Schulkommission der kantonalen Mittelschulen hat mit einer Vereinheitlichung der Disziplinarordnung und der Absenzenordnung der Mittelschulen sowie einer neuen kantonalen Promotionsordnung für die Gymnasien eine Reihe von Informations- und Anpassungsprozessen ausgelöst. Die neuen Reglemente wurden zwischenzeitlich in allen Abteilungen implementiert. Die grössten Veränderungen brachte die Revision der Promotionsordnungen mit sich: In der 5. und 6. Klasse des Gymnasiums gilt anstelle der Semesterpromotion neu die Jahrespromotion. In der Wirtschaftsmittelschule mussten die Wochenstundentafel und die Lehrpläne auf neue eidgenössische Vorgaben (neue Bildungsverordnung und neuer Berufsmaturitätsrahmenlehrplan) ausgerichtet werden.

Pilotschule für neue Schulverwaltungssoftware

Die KSZ stellte sich als Pilot- und Testschule der Bildungsdirektion für die Umrüstung auf die neue Schulverwaltungssoftware «schulNetz» zur Verfügung. Als grosse Schule mit komplexen Abläufen und Strukturen konnte sie die Entwicklung und Implementation, welche mit hohem Mehraufwand verbunden war, stark mitprägen.

Schulraumprovisorien – Hallen – Sanierung

Der Bau der Schulraumprovisorien am Lüssiweg wurde planmässig vorangetrieben, der Bezug im August 2016 ist absehbar. Gleichzeitig starteten die Planungsarbeiten für die neuen Sporthallen und erste Sitzungen zur Planung der Sanierung der bisherigen Schulanlage am Lüssiweg.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	●	
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewerten das Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	●	
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	●	
L4	Neubau Turnhallen und Provisorien Kantonsschule Zug	Detailplanung Provisorien abgeschlossen; Beginn Planung Sporthallen	●	
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	●	
B	Umsetzung Massnahmen «Lernförderliches Klima»	Umsetzung bis August abgeschlossen	●	
C	Implementierung Leitideen und Charta	Umsetzung der 2014 ausgearbeiteten Grundsätze	●	
D	Pädagogische, technische und rechtliche Aspekte der ICT werden über alle Anspruchsgruppen hinweg koordiniert	Arbeitsgruppe entwickelt Konzepte zu den Bereichen ICT im Unterricht, Datenschutz, Cybermobbing	◐	Die Arbeitsgruppe ist weiterhin aktiv und verfeinert die Konzepte
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeiten: 45 Std.; Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	●	
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
F	Ersatz der 2008 angeschafften PCs	Rollout bis September abgeschlossen	●	
G	Teilersatz der Präsentationstechnik	Installation bis Ende Jahr abgeschlossen	●	
H	VDI (Virtuelle Desktop Infrastruktur) wird als strategische Plattform für den Unterricht eingeführt	VDI bis Oktober für initial 500 User ermöglicht	●	
I	Die neue Schulverwaltungssoftware wird implementiert	Mitarbeitende in neue Software eingeführt, administrative Abläufe angepasst, Testphase termingerecht abgeschlossen	●	

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen; jährlich aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	●	
---	---	---	---	--

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Klassenzahl	Anzahl	82	SJ 14/15: 81, SJ 15/16: 78–80	79
Anzahl Schüler/innen	Anzahl	1'523	mind. 1'500 max. 1'550	1'503
Anzahl Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	156,3	155,55	151,84

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Mit der Eröffnung des Langzeitgymnasiums in Menzingen reduzieren sich Klassen- sowie Schülerinnen- und Schülerzahlen und Anzahl Vollzeitstellen der Lehrpersonen erwartungsgemäss. Diese Tatsache und die Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2015–2018 werden zu einer weiteren Verkleinerung der Kantonsschule Zug führen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-39'819'324.22	-39'345'528	-38'910'146.00	435'382.00	-1,1
Total Ertrag	674'867.90	657'500	673'553.35	16'053.35	2,4
Saldo	-39'144'456.32	-38'688'028	-38'236'592.65	451'435.35	-1,2

Kommentar Rechnung

Die Abweichung im Aufwand verteilt sich zu 2/3 auf die Personal- und zu 1/3 auf die Sachkosten. Bei den Personalkosten ist der Aufwand für Stellvertretungen durch eine geringere Anzahl Langzeitkrankheitsfälle tiefer als budgetiert. Zudem wurden bei den Lehrpersonen und beim Verwaltungspersonal Zeitsaldi abgebaut. Die tieferen Sachkosten resultieren insbesondere aus Sparmassnahmen, welche aufgrund der Pauschalkürzungen des Regierungs- und des Kantonsrates durchgeführt wurden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1733.0003	Kantonsschule Luegeten: Sonderanschaffungen					
	Ausgaben	-139'183.55	-50'000	-12'635.18	37'364.82	-74,7
	Einnahmen					
DB1733.0005	Anschaffung Audio/Video Splitter					
	Ausgaben		-200'000	-112'894.00	87'106.00	-43,6
	Einnahmen					
DB1733.0006	Beschallung (2. von 3 Etappen)					
	Ausgaben		-45'000	-44'404.00	596.00	-1,3
	Einnahmen					
IT1733.0007	Aktualisierung Infrastruktur Clients					
	Ausgaben	-18'238.51		-43'544.28	-43'544.28	
	Einnahmen					
IT1733.0011	Erneuerung Infrastruktur Serverraum					
	Ausgaben	-509'760.65				
	Einnahmen					
IT1733.0012	Campus-Card KSZ					
	Ausgaben	-48'890.75		-70'661.15	-70'661.15	
	Einnahmen					
IT1733.0013	Datenhaltung					
	Ausgaben	-349'247.55		-143'031.45	-143'031.45	
	Einnahmen					
IT1733.0014	Ersatz Core Switches					
	Ausgaben		-162'000	-108'853.25	53'146.75	-32,8
	Einnahmen					
IT1733.0015	Ersatz Präsentationstechnik					
	Ausgaben		-210'000	-100'953.00	109'047.00	-51,9
	Einnahmen					
IT1733.0016	Ersatz PCs Schulbetrieb					
	Ausgaben		-676'000	-671'792.19	4'207.81	-0,6
	Einnahmen					
IT1733.0017	Kauf Virtuelle Infrastruktur					
	Ausgaben		-355'000	-333'903.24	21'096.76	-5,9
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'065'321.01	-1'698'000	-1'642'671.74	55'328.26	-3,3
	Einnahmen					
	Saldo	-1'065'321.01	-1'698'000	-1'642'671.74	55'328.26	-3,3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Mit Ausnahme des Projekts Ersatz Core Switches (IT1733.0014) sind alle Projekte abgeschlossen. Die Abweichungen sind entweder durch positive Preisentwicklungen, Anpassungen der Standards (Auswirkungen Entlastungsprogramm 2015–2018) oder Verhandlungsgeschick begründet.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der Beginn der Bauphase für den Um- und Neubau der Kantonsschule Menzingen (KSM), der dadurch notwendige Umzug der gesamten Schule in das Schulraumprovisorium, die Einführung des Langzeitgymnasiums und das daraus folgende markante Wachstum der Schule (von 210 auf 300 Schülerinnen und Schüler sowie von 45 auf 55 Lehrpersonen) prägten das Berichtsjahr. Dank dem grossen Engagement und der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten konnten sämtliche Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden. Nebst den genannten Themen wurde die Schulleitung durch das Entlastungsprogramm 2015–2018 absorbiert, welches im Budget 2016 berücksichtigt und aus welchem die ersten Massnahmen im laufenden Schuljahr bereits umgesetzt werden mussten. Vor allem im personellen Bereich war und ist es nicht einfach, die Balance zwischen dem Wachstum der Schule und den kantonalen Sparvorgaben zu finden (Personalstopp im Verwaltungsbereich).

Um- und Neubauprojekt und Schulraumprovisorium

Der Spatenstich vom 10. September markierte den offiziellen Beginn der dreijährigen Bauphase für den Um- und Neubau der KSM. Der neue Schulbau wird per Schuljahr 2018/19 in Betrieb genommen. Im vierten Quartal des Berichtsjahres wurden in einer intensiven Kooperationsphase mit der Baudirektion die Nutzeranforderungen bereinigt. Bis zum Bezug des neuen Schulbaus findet der Unterricht im Schulraumprovisorium an der Haldenstrasse statt, welches für 18 bis 20 Klassen konzipiert ist. Das Provisorium konnte bereits Ende Mai fertiggestellt werden. Der Umzug von der bisherigen Schulanlage an der Seminarstrasse in das an der Haldenstrasse gelegene Provisorium stellte eine grosse logistische Herausforderung dar. Dank minutiöser Planung und Koordination sowie grossem Einsatz aller Beteiligten konnte der Umzug in den Monaten Juli und August plangemäss durchgeführt und abgeschlossen werden. Hervorzuheben gilt es die sehr gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Menzingen.

Erfolgreiche Einführung des Langzeitgymnasiums und Wachstum der Schule

Mit Beginn des Schuljahres 2015/16 wurde das Langzeitgymnasium der KSM eröffnet. 42 Schülerinnen und Schüler nahmen in den beiden Pionierklassen ihren sechs Jahre dauernden Ausbildungsweg bis zur Matura in Angriff. Dass der Start der neuen Abteilung erfolgreich verlaufen ist, zeigen sowohl die Feedbacks der unterrichtenden Lehrpersonen als auch die durchwegs positiven Rückmeldungen der «Pioniere» und ihrer Eltern. Die Einführung des Langzeitgymnasiums führt bis Ende Schuljahr 2020/21 zu einem jährlichen Wachstum der Schule um zwei Klassen. Dieses wird durch eine zunehmende Zahl von Übertritten ins Kurzzeitgymnasium akzentuiert (2015 traten wie schon 2014 vier neue Klassen ins Kurzzeitgymnasium ein). Im Vollausbau werden an der KSM 24 bis 28 Klassen unterrichtet.

Entlastungsprogramm 2015–2018

Die Ausarbeitung von Massnahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 hat die Schulleitung stark absorbiert (einzelne Massnahmen: siehe Bericht des Amts für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule). Eine spezifische Herausforderung an der KSM ist, dass das Wachstum der Schule mit einem Personalstopp im Verwaltungsbereich zusammenfällt. Trotz der Bemühungen um schul- und ämterübergreifende Koordination konnte dieser personalpolitische Spagat nur teilweise gelöst werden.

Neue Promotionsordnungen und Pilotversuch mit der Jahrespromotion

Per Beginn des Schuljahres 2015/16 erhielten die kantonalen Zuger Mittelschulen eine gemeinsame neue Promotionsordnung. Darin integriert sind Pilotversuche mit der Jahrespromotion, welche den Schulen mehr Raum für erweiterte Formen der Leistungsbeurteilung eröffnet (formative Beurteilung, Selbstbeurteilung, Peer-Beurteilung, Prozessbeurteilung). Die neuen Promotionsordnungen des Kurz- und des Langzeitgymnasiums der KSM operieren in den letzten drei Klassenstufen des Maturitätslehrgangs mit der Jahrespromotion, in welcher die Schülerinnen und Schüler erst Ende des Schuljahres ein promotionswirksames Zeugnis erhalten. Dieses spiegelt die Leistungen beider Semester; ist das Zeugnis ungenügend, werden die betroffenen Schülerinnen bzw. Schüler direkt zurückversetzt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Menzingen (KSM) bietet ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessenden Kurzzeitgymnasium und – seit Schuljahr 2015/16 – ein sechsjähriges, an die 6. Primarklasse anschliessendes Langzeitgymnasium mit allen gymnasialen Profilrichtungen an. Das Bildungsziel der KSM ist die gesamtschweizerisch anerkannte gymnasiale Maturität. Sowohl das Kurz- als auch das Langzeitgymnasium können mit einem zweisprachigen Maturitätslehrgang Deutsch/Englisch kombiniert werden.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	●	
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet das Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	●	
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	●	
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Erfolgreiche erstmalige Umsetzung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht; erfolgreiche Etablierung des Langzeitgymnasiums per Schuljahr 2015/16	●	
L4	Neu- und Umbau Kantonsschule Menzingen	Bezug der Schulraumprovisorien per Schuljahr 2015/16; Beginn Neu- und Umbau per Schuljahr 2015/16	●	
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	●	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediathek	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen min. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeit: 31 Std.	●	
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Kommentar
-----	---------------	----------------------------------	-----------

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen; jährliche aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	
---	---	--	--

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Klassenzahl	Anzahl	12	13	14
Schüler/innen	Anzahl	215	250	248
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	28,4	31,25	32,8

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Klassenzahl liegt über dem budgetierten Wert, da die Eintritte ins Kurzzeitgymnasium zugenommen haben (4 statt der geplanten 3 neuen 1. Klassen). Mit der höheren Klassenzahl geht eine höhere Zahl an Vollzeitstellen einher.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-8'437'511.15	-8'770'689	-8'927'388.44	-156'699.44	1,8
Total Ertrag	87'403.60	77'500	77'263.10	-236.90	-0,3
Saldo	-8'350'107.55	-8'693'189	-8'850'125.34	-156'936.34	1,8

Kommentar Rechnung

Der gegenüber dem Budget höhere Aufwand ist hauptsächlich damit begründet, dass eine Klasse mehr als budgetiert ins Kurzzeitgymnasium eingetreten ist. Eine Klasse kostet jährlich rund 400'000 Franken. Da das Schuljahr jeweils im August beginnt, ergeben sich diese zusätzlichen Kosten im Berichtsjahr anteilmässig.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1734.0095 Erneuerung der Informatikanlage					
Ausgaben	-60'365.90				
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1734.0096	Provisorium KSM 2015					
	Ausgaben		-104'000	-98'219.40	5'780.60	-5,6
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-60'365.90	-104'000	-98'219.40	5'780.60	-5,6
	Einnahmen					
	Saldo	-60'365.90	-104'000	-98'219.40	5'780.60	-5,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT1734.0096: Zur Zeit der Budgetierung war noch unklar, wie das Schulraumprovisorium IT-technisch ausgestattet werden würde. Der effektive Aufwand liegt leicht unter dem budgetierten Betrag von 104'000 Franken.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fachmittelschule Kanton Zug (FMS Zug) engagierte sich stark bei Vernehmlassung und Umsetzungsmassnahmen des Entlastungsprogramms. Sie leitete vorausschauende Schritte im Kontext eines Generationenwechsels im Kollegium ein, realisierte neue Chancen bei der Einführung der Passerelle (Übergang von der Fachmittelschule in Universität und ETH) und bewährte sich als wichtige Zubringerin der PH Zug. Besonders erfreulich waren die Steigerung der Schülerinnen- und Schülerzahlen. Mit Kooperationen bei der Schul-IT und der vertieften Machbarkeitsstudie zur Komplettierung der Schulanlage an der Hofstrasse wurden zukunftsichernde Projekte vorangebracht.

Arbeitsintensive Anpassungen an das Entlastungsprogramm

Das Entlastungsprogramm forderte Schulleitung und Kollegium einerseits stark auf konzeptioneller Ebene: Wie sparen, ohne die Qualität der Bildung zu beschädigen? Andererseits löste es in der Umsetzung aufwändige Anpassungsarbeiten aus. Viele Organisationsbereiche (wie Pensensberechnungstool, Erfassung von Mehr- und Minderlektionen, Sonderwochenstruktur) mussten verändert oder neu definiert werden. Wichtiges Ziel bei der Umsetzung muss sein, den mit den Massnahmen einhergehenden wachsenden Administrativaufwand soweit wie möglich abzdämpfen.

Generationenwechsel im Kollegium

Für die Gründer- und Pioniergeneration, welche in den 70er- bis 90er-Jahren die heutige FMS aufgebaut hat, rückt der Ruhestand in Griffnähe. Ein Generationenwechsel zeichnet sich ab. Die Schule verliert dadurch hoch engagierte, erfahrene Fachkräfte. Die Gewinnung neuer qualifizierter Mitarbeitenden im Rahmen aufwändiger Anstellungsverfahren, ein sorgfältiges Wissensmanagement und die Einarbeitung neuer Mitarbeitenden beschäftigen Schulleitung und involvierte Lehrpersonen in hohem Mass.

Passerelle für Absolventinnen und Absolventen der Fachmaturität

Bisher standen FMS-Absolventinnen und -Absolventen mit Fachmittelschulabschluss die Höheren Fachschulen und mit Fachmaturität die Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen offen. Neu haben die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) und das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation auch die Öffnung der Passerelle vorbereitet, um leistungsstarken Absolventinnen und Absolventen der Fachmaturität den Zugang zu Universitäten und ETH zu ermöglichen. Dieses Vorhaben, das 2017 zur Umsetzung gelangen wird, wurde von der Schulleitung FMS Zug im Rahmen der schweizweiten Zusammenarbeit der Fachmittelschulen immer wieder angeregt und unterstützt.

Attraktives FMS-Bildungsangebot als wichtiger Zubringer der PH Zug

Das Angebot der FMS im Kanton Zug kommt insgesamt rund 200 Zuger Jugendlichen zugute. Sie profitieren von einer massgeschneiderten Ausbildung, von gesicherten Ausbildungsplätzen und kurzen Schulwegen. Dieses Jahr traten 27 Absolventinnen und Absolventen der Fachmittelschule in die Pädagogische Hochschule Zug ein. Die Fachmittelschule ist damit für die PH Zug eine wichtige Zubringerin.

Steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen

Neue Infobroschüren zu den drei FMS-Berufsfeldern und weitere Informationsmassnahmen sowie die Kooperation mit der FMS Glarus führten zu steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen. Die Neueintritte in die 1. Klasse nahmen markant zu. Auch die Zusammenarbeit im Bereich Fachmaturität Pädagogik wurde mit Glarner Fachmaturandinnen und -maturanden erfolgreich ausgebaut. Im Rahmen des interkantonalen Schulabkommens profitieren der Kanton Zug und seine Nachbarn davon, dass sie sich wechselseitig freie Plätze in bestehenden FMS-Klassen zu einem reduzierten Tarif zur Verfügung stellen. Hierbei handelt es sich freilich um einzelne Plätze. Die Annahme, ganze Klassen liessen sich zum Spartarif ausserkantonale ausbilden, verkennet die Realität des interkantonalen Schulabkommens. Dieses ermöglicht den aufnehmenden Kantonen vielmehr die Optimierung bestehender Klassenbestände durch Aufnahme einzelner Schülerinnen und Schüler.

Kooperation bei IT-Support und Schuladministrationssoftware

Die erfolgreiche Kooperation mit dem Schulischen Brückenangebot (SBA) und einer externen Firma beim IT-Support wurde auf das Integrationsbrückenangebot (IBA) und das Kombinierte Brückenangebot (KBA) ausgeweitet. Bei der Schuladministrationssoftware wurde eine gemeinsame Lösung aller Schulen der Sekundarstufe II im Kanton Zug realisiert. Diese Synergien helfen, die Kosten im Griff zu haben und eine qualitätsvolle Schul-IT zu gewährleisten.

Bauplanung Standort Hofstrasse

Das neue Nutzungskonzept Hofstrasse wurde in einer vertieften Machbarkeitsstudie konkretisiert. Diese koordiniert die Ausbaupläne am Schulstandort Hofstrasse mit der Renovation des Theilerhauses und der Sanierung von Shedhalle und Hochbau. Das Raumprogramm deckt die räumlichen Bedürfnisse der FMS zweckmässig ab. Die ursprüngliche Planung wurde einer rigorosen Beschränkung auf das Notwendige unterworfen, so dass die Kosten der schulbaulichen Anteile massiv gesenkt werden konnten. Die Vorlage gelangt voraussichtlich im Frühjahr 2016 in den Kantonsrat.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Die Fachmittelschule (FMS) schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit an. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulabschluss, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.








2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt		
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet das Schulklima als gut (periodische Überprüfung)		
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten		
A	Schulraumplanung Fachmittelschule/Hofstrasse	Konsolidierte Planung Ausbau FMS (mit SBA); Umsetzung kleinerer baulicher Verbesserungen		
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt		
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	Ein hoher Anteil der Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)		
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Klassenzahl	Anzahl	11	11	11
Schüler/innen (inkl. Ausserkantonale)	Anzahl	186	190	198
Ausserkantonale Schüler/innen	Anzahl	22	18	23
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl		23	22

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl ausserkantonaler Schülerinnen und Schüler übertraf die Erwartungen, da sich aus dem Kanton Glarus zehn statt der üblichen fünf für die Fachmaturität anmeldeten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'206'294.62	-5'343'082	-5'088'961.93	254'120.07	-4,8
Total Ertrag	391'418.35	91'400	191'998.70	100'598.70	110,1
Saldo	-4'814'876.27	-5'251'682	-4'896'963.23	354'718.77	-6,8

Kommentar Rechnung

Die Aufwandminderung resultiert daraus, dass der Start eines von der FMS geplanten neuen Pilotlehrgangs ausgesetzt (Aufwandreduktion 400'000 Franken), dafür aber eine zusätzliche Klasse der Fachmaturität Pädagogik (Mehrkosten 150'000 Franken) geführt wurde.
Der Mehrertrag resultiert im Wesentlichen aus den zusätzlichen Schulgeldern der ausserkantonalen Schülerinnen und Schüler (höhere Anmeldezahl als budgetiert).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Berichtsjahr wurde die Einführung des Lehrplans 21 beschlossen. Zum ersten Mal fand eine systematische Überprüfung der Stundentafeln in den gemeindlichen Schulen statt. Eine Evaluation der Leistungen des Schulpsychologischen Dienstes erbrachte sehr gute Resultate.

Lehrplan 21

Der Bildungsrat hat am 1. April die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zug auf das Schuljahr 2019/20 beschlossen. Als erstes Teilprojekt wird die neue Stundentafel unter Mitsprache der Fachgruppen, Rektoren, Schulleitenden, Schulpräsidierenden, Lehrpersonen und PH-Vertretenden erarbeitet. Rückmeldungen der Konsultation des Lehrplans fliessen in die neue Stundentafel ein.

Neugestaltung des 9. Schuljahres

Zu Beginn des laufenden Schuljahres hat die Umsetzungsphase für die Neugestaltung des 9. Schuljahres an den gemeindlichen Schulen begonnen. Für die Umsetzungsphase haben die Schulen im Rahmen ihrer gemeindlichen Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozesse bis im Sommer 2021 Zeit. Unterstützt werden die gemeindlichen Schlüsselpersonen vom Kernteam Sek I plus.

Zuweisungsverfahren in Werkschulen

Innerhalb eines Schuljahres konnte die fehlentwickelte Zuweisungspraxis (massiver Rückgang der Zuweisungen) in die Werkschulen mit verschiedenen Massnahmen des Bildungsrates und der Schulaufsicht und aufgrund des schnellen Reagierens der gemeindlichen Schulen wieder in reguläre Bahnen gelenkt werden.

Nachteilsausgleich

Mit der Erarbeitung und Implementierung von praxistauglichen Richtlinien für den Nachteilsausgleich konnten im Kanton Zug die von der Bundesverfassung und vom Behindertengleichstellungsgesetz geforderten Massnahmen zur Verhinderung, Verringerung oder Beseitigung von Benachteiligungen Behinderter eingelöst werden.

Systematische Überprüfung der gemeindlichen und privaten Schulen

Bei der ersten offensiv-systematischen Überprüfung durch die Schulaufsicht stand die Umsetzung der bildungsrätlichen Stundentafel im Fokus. Die Überprüfung ist abgeschlossen. Die Ergebnisse werden 2016 präsentiert.

Übertritt I

Mit 20,5 Prozent lag die Zuweisungsquote ins Langzeitgymnasium zum zweiten Mal in der 22-jährigen Geschichte des prüfungsfreien Übertrittsverfahrens über der 20-Prozent-Marke. Der Bildungsrat hat deshalb Massnahmen beschlossen, die einer derart hohen Eintrittsquote ins Langzeitgymnasium entgegenwirken sollen.

Zweiter Evaluationszyklus der Externen Schulevaluation

Die Externe Schulevaluation befindet sich im zweiten Evaluationszyklus (2015–2019) bei den gemeindlichen und privaten Schulen. Erstmals wurde in einem eigenen Verfahren die Führungsebene (Schulleitung als Gremium) einer Schulgemeinde evaluiert.

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Heilpädagogik wurden im Berichtsjahr das Verfahren und die Qualitätsansprüche für die externe Evaluation der Zuger Sonderschulen entwickelt. Die erste Evaluation ist im Herbst 2016 geplant.

Grosse Zufriedenheit mit der Arbeit des Schulpsychologischen Dienstes

Der Schulpsychologische Dienst (SPD) führte bei den verschiedenen Anspruchsgruppen eine Umfrage über die Zufriedenheit durch. Von den insgesamt 414 versandten Fragebogen an die Lehrpersonen, die Schulischen Heilpädagogen und Heilpädagoginnen und an die Eltern wurden 262 (63 Prozent) retourniert. Die Auswertung zeigte ein insgesamt erfreuliches Bild. Über 90 Prozent aller Antwortenden sind der Meinung, dass die Abklärung / Beratung weitergeholfen habe, und dass sie sich wieder an den SPD wenden würden.

Leistungsvereinbarungen Sonderschulen

Am 1. Januar traten die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton und den Sonderschulen in Kraft. Eine Leistungsvereinbarung wurde mit Auflagen verfügt. Zudem konnte eine Einsparung von 7,9 Prozent über alle acht Leistungsvereinbarungen ausgehandelt werden (Entlastungsprogramm 2015–2018).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für gemeindliche Schulen ist zuständig für die Schulentwicklung, die Schulaufsicht, die Externe Schulevaluation und für die Belange der Sonderpädagogik. Es bietet zusätzlich einen Schulpsychologischen Dienst an und führt ein Didaktisches Zentrum. Der Auftrag des Amts bezieht sich auf die gemeindlichen Schulen, die Privat- und Sonderschulen im Rahmen der obligatorischen Schulzeit.









2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Weiterbildungen für Schulleitungen und Unterrichtsteamleitungen sind angeboten		
A	Das Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) ist teilrevidiert	Der Kantonsrat hat die Anpassungen im Lehrpersonalgesetz in 2. Lesung beschlossen; der Regierungsrat hat aufgrund der Anpassungen im Lehrpersonalgesetz die Änderung der Schulsubventions-Verordnung in 2. Lesung beschlossen		Verzögerung Bericht und Anträge der vorberatenden Kommission um 6 Mte.; Beratung im Regierungsrat zur Änderung der Schulsubventions-Verordnung findet erst 2016 statt
Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung				
2	Die Fachgruppen nehmen ihre Aufgaben gemäss Aufgabenbeschreibung wahr und werden im Sinne von Qualitätssicherung begleitet	Die Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele		
B	Weiterentwicklung Arbeitsplatz Schule: Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen des Berufsauftrags der Lehrpersonen wird geprüft und entsprechend umgesetzt	Die aufgeschobene Expertise zur Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule mit Entwicklungshinweisen und Massnahmenvorschlägen liegt vor		Erhebung des IST-Standes an den gemeindlichen Schulen sowie das Verfassen des Schlussberichts erfolgt aufgrund mangelnder Ressourcen erst 2016
C	Der Lehrplan 21 dient als Lehrplan der Deutschschweiz über die ganze obligatorische Schulzeit	Der Bildungsrat hat die Entscheide zur Umsetzung des Lehrplans 21 und zur Stundentafel gefällt		Beratung im Bildungsrat fiel umfangreicher als erwartet aus, wird 2016 fortgesetzt
E	Die Strategie ICT berücksichtigt die technischen und pädagogischen Entwicklungen im Bereich ICT und ist abgestimmt auf die Bedürfnisse der Schulen und den Lehrplan 21	Die Strategie ICT und Entwicklungshinweise liegen vor		Strategie ICT ist erarbeitet und befindet sich im Stadium der Überprüfung; sie wird im ersten Quartal 2016 vorliegen
F	Die Evaluation von Leistungen und Rahmenbedingungen des Fremdsprachenunterrichts liefert Steuerungswissen für allfällig daraus abzuleitende Massnahmen	Die Evaluation von Leistungen und Rahmenbedingungen des Fremdsprachenunterrichts ist erfolgt; der Evaluationsbericht liegt vor		
L11	Attraktivierung der Sekundarschule durch Neugestaltung des 9. Schuljahres	Die rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung Neugestaltung 9. Schuljahr liegen vor; das Kernteam Sek I plus unterstützt die gemeindlichen Schulen bei der Umsetzung Neugestaltung 9. Schuljahr		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht				
3	Definierte Grundsätze steuern das Vorgehen der Schulaufsicht bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	●	
4	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule bzw. bei Gesuchen um Bewilligung von Privatschulung innerhalb von 8 Wochen; 1. Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	●	
5	Professionelle Leitung des Übertrittsverfahrens	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert; neuen Lehrpersonen wird 1 Weiterbildungskurs angeboten; keine gutgeheissenen Beschwerden der Übertrittskommission wegen Verfahrensmängeln	●	
6	Offensiv-systematische Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen (Monitoring) der gemeindlichen und privaten Schulen	Die Vorgehensweise beim Monitoring sowie die Prüfbereiche des ersten Dreijahreszyklus sind kommuniziert und geklärt; die strategischen und operativen Führungsspitzen sind über die Überprüfung im Schuljahr 2015/16 anfangs Schuljahr schriftlich informiert; die Überprüfung wird im Spätherbst durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst				
7	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	75 % der ausgewiesenen Arbeitszeit	●	
8	Die Anmeldungen werden so rasch als möglich bearbeitet	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	●	
9	Anträge für laufbahnbestimmende und verstärkte Massnahmen sind termingerecht gestellt	Versand der Anträge bis Ende Mai	●	
Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation				
10	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	●	
11	Systematische und fundierte Evaluation gemeindlicher Schulen	12–15 Evaluationen (Standard plus Führungsebene) gemeindlicher Schuleinheiten	●	
12	Planmässige Evaluation der Sonderschulen und Privatschulen	2 Sonderschulen werden als Pilot mit Fachleuten der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) evaluiert; alle Privatschulen (mit Zuger Lehrplan) sind ein 1. Mal evaluiert	◐	Gesetzesrevision tritt erst auf 1. August 2016 in Kraft, anschliessend werden im Herbst die ersten Sonderschulen extern evaluiert

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 5: Didaktisches Zentrum				
13	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmedien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Bestandespflege: Ältere Unterrichtsmaterialien und Fachbücher ausscheiden oder ersetzen	●	
14	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich der Ausleihe sowie Beratung und Einführung der Benutzer/innen	Rund 40'000 Medien-Ausleihen/-Verlängerungen	●	
Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik				
15	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Finanzierungsentscheide: 80 % innert 2 Wochen nach Eingang, 20 % innert Monatsfrist; Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	●	
16	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept, neu mit Finanz- und Leistungscontrolling	●	
17	Anerkennung der Sonderschulen als Privatschulen und Aufsicht	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	◐	Nötige Voraussetzungen für eine Anerkennung als Sonderschule durch den Kanton Zug sind erst teilweise vorhanden
Leistungsgruppe 7: Beitragswesen				
18	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Normpauschalen und Jahreswochenstunden-Pauschalen	100 % innert Frist	●	
Leistungsgruppe 8: Lehrmittelzentrale				
19	Lehrmittel werden rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	●	
20	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler max. 120 Franken	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Schüler/innen gemeindliche Schulen (exkl. Schüler/innen aus Meierskappel)	Anzahl	10'971	11'000	11'070
Schüler/innen Sonderschulen (inkl. ausserkantonale Sonderschulen)	Anzahl		270	257
Schüler/innen Privatschulen (1. Kindergartenjahr bis Abschluss obligatorische Schulzeit)	Anzahl		1'150	1'221
Beiträge an Gemeinden, Normpauschale Kindergarten- und Primarstufe	Franken	44'428'170	44'637'500	44'993'344
Beiträge an Gemeinden, Normpauschale Sekundarstufe I	Franken	22'892'064	23'403'000	22'616'626
Beiträge an Gemeinden, Musikschulen	Franken	11'130'982	11'131'000	10'953'490
Beiträge für Sonderschulung (inkl. durchlaufende Beiträge)	Franken	34'910'900	35'000'000	36'935'600
Betriebsbeitrag der Gemeinden für Sonderschulung (Ertrag)	Franken	-16'157'800	-16'000'000	-17'090'500

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote in %	2,78	2,96	2,84
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl	850	830	790
Bewilligte befristete Lehrbewilligungen	Anzahl		30	105
Zuweisungsentscheide Übertrittskommission I bei fehlenden Einigungen	Anzahl		45	34
Begleitete Privatschulen auf dem Weg zur Anerkennung	Anzahl		2	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Anzahl befristeter Lehrbewilligungen: unerwarteter Anstieg der Gesuche aus den Gemeinden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-120'756'463.57	-121'514'955	-122'479'567.91	-964'612.91	0,8
Total Ertrag	16'850'854.40	16'685'800	17'762'820.15	1'077'020.15	6,5
Saldo	-103'905'609.17	-104'829'155	-104'716'747.76	112'407.24	-0,1

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Mit den Leistungsvereinbarungen 2015/16 der Zuger Sonderschulen wurden die Pauschalen gesamthaft um 7,9 % reduziert.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Infolge Zunahme der Sonderschülerinnen und -schüler mit aufwendigeren Massnahmen und komplexeren Fällen mit sozialen Indikationen fiel der Aufwand für Sonderschulung rund 2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Durch die Weiterverrechnung der Sonderschulkosten (50 %) an die Gemeinden liegt der Ertrag rund 1 Mio. Franken über Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die kantonalen Finanzen forderten vom Amt für Berufsberatung (BIZ) eine Pensenreduktion sowie Einsparungen. Beim Berufswahlordner ergaben sich Diskussionen wie die entstehende Lücke mit neuen Kommunikationsmedien kostengünstiger geschlossen werden kann. Doch nicht überall liessen sich gute Alternativen finden. Der Personalabbau führte auch zu einem Angebotsabbau. Das hat auch Konsequenzen bei den Besucherzahlen.

Berufswahlvorbereitung

Zum letzten Mal konnte der Berufswahlordner den Jugendlichen in der Oberstufe abgegeben werden. Neben Informationen zu den Zuger Ausbildungsmöglichkeiten enthielt er auch Tipps zum Vorgehen, Formulare für einzelne Schritte und bot die Möglichkeit, alle Unterlagen an einem Ort zu sammeln. Zusammen mit Berufswahllehrpersonen aus neun Gemeinden wurde geprüft, welche Funktion in Zukunft wie abgedeckt werden kann. Die App, welche neu für die ganze Zentralschweiz adaptiert ist, kann Teile übernehmen. In der neu eingerichteten BIZ Cloud können Dokumente zur Verfügung gestellt werden.

Beratungsangebote für ältere Ratsuchende

Im Rahmen des Legislaturziels «Nutzung des Potenzials der älteren Bevölkerung» sah das BIZ vor, spezifische Beratungsangebote zu entwickeln. Im Austausch mit anderen Ämtern, welche zu diesem Legislaturziel ebenfalls Teilziele formuliert haben, zeigte sich, dass die Thematik grundsätzliche Fragen aufwirft zum Thema Altersbild, Bevölkerungsentwicklung und individuelle Lebensentwürfe. Eine direktionsübergreifende Kampagne mit dem Titel «Alter hat Potenzial» wurde geplant und mit Unterstützung durch den Regierungsrat lanciert.

Informationsvermittlung in der Infothek

Das Informationsverhalten der Bevölkerung wandelt sich rasant. Wie soll das BIZ damit umgehen? Diese Frage beschäftigt nicht nur Zug, sondern die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsstellen in der ganzen Schweiz. Den Mehrwert von spezifisch aufbereiteten Informationen nicht aufgeben, das verstaubte Image von Ordnern in einer bibliotheksartigen Umgebung aber ablegen, das ist die Herausforderung, welche uns auch über das Geschäftsjahr hinaus noch beschäftigen wird.

Stipendieninitiative, Qualitätssicherung Stipendienstelle

Mit der Ablehnung der Stipendieninitiative trat automatisch der Gegenvorschlag in Kraft. Dieser sieht vor, dass Kantone Mindestanforderungen erfüllen, damit sie weiterhin Bundesgelder erhalten. Abklärungen zeigten, dass Zug auch ohne Beitritt zum Konkordat diese Vorgaben erreicht. Im Berichtsjahr wurden auch alle Abläufe betreffend Stipendien und Darlehen neu überdacht, strikte dem Vier-Augen-Prinzip untergeordnet und dokumentiert. Die Finanzkontrolle lobte diese Arbeit und gab nur noch wenige Anregungen, wie das Begonnene weitergeführt werden kann. Zudem fand eine Kundenbefragung statt, mit dem Ziel herauszufinden, ob die zur Verfügung stehenden Informationen verständlich und ausreichend sind. Die Rückmeldungen zeigten, dass vieles geschätzt wird, gaben aber auch Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung (BIZ) bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.




Die Stipendienstelle ist dem Amt eingegliedert. Sie ist für die Gewährung und Bewirtschaftung von kantonalen Ausbildungsbeiträgen in Form von Stipendien und Darlehen zuständig.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	Entwickeln und Implementieren eines BIZ App		
2	Das Amt für Berufsberatung ist auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene vernetzt	8 % der zeitlichen Ressourcen		
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Die Dienstleistungen der Stipendienstelle werden evaluiert und Verbesserungen umgesetzt		
Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung				
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten; alle Schüler/innen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner; Versand von regelmässigen Elternnewsletter zum Thema Berufswahl		
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmässig erfasst und intensiv begleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut; Statistik fristgerecht weitergeleitet		
6	Mittelschülerinnen und Mittelschüler sind fähig, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt		
7	Berufslernende sind fähig, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	Für alle Lernenden an den Berufsfachschulen werden Laufbahnseminare am Ende der Grundbildung angeboten		
8	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell»; Organisation «Rent a Stift» und «Rent a Boss»; 1 Weiterbildungsveranstaltung zum Zuger Angebot im Bereich Berufswahlvorbereitung für neue Lehrpersonen		
A	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt. Mit der Kampagne «My top Job» Vorurteile bezüglich Geschlecht oder Prestige von Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Projektabschluss mit Gesamtevaluation und Schlussbericht		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
B	Studienwahlfahrplan über die gesamte Gymnasialzeit zusammen mit Vertretern der Gymnasien erarbeiten	Empfehlungen der EDK und der zentral-schweizer Studienberatungen zur Studienwahlvorbereitung an den Gymnasien für den Kanton Zug prüfen und Optimierungen angehen	●	Erhebung IST-Zustand durchgeführt; weiterführende Schritte vorläufig zurückgestellt, da die Mittelschulen von zu vielen dringenderen Themen absorbiert waren
Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen				
9	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand; eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	●	
10	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Berufswahlordner jährlich aktualisiert; Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert; neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	●	
11	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	BIZ Zug organisiert/koordiniert 110 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	●	
12	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel; Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	●	
13	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt: Information der migrantischen Bevölkerungsgruppen über das Schul- und Berufsbildungswesen der Schweiz	In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Zug finden 4 Veranstaltungen für ausländische Bevölkerungsgruppen zu Fragen der Berufs- und Schulwahl sowie des Bildungssystems in der Schweiz statt	●	
L32	Nutzung von Onlinemedien in der Beratung	Für Studienwahl- und Hochschulbereich soll geprüft werden, wie Informationen in digitaler Form aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden können	●	
Leistungsgruppe 3: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung				
14	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche; 1900 Einzelberatungen	●	
15	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt; mind. 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	●	
D	Schaffen der rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Erhebung einer Gebühr für die Beratung erwachsener Personen	Projekt zur Umsetzung im Jahr 2016 bereit	●	Infolge Zeitplan des Entlastungsprogramms wird die Einführung erst per 2017 möglich; Infrastruktur ist vorbereitet
L25	Informations- und Beratungskonzept für Arbeitskräfte über 50 Jahre	Erste Informations- und Beratungsangeboten für diese Zielgruppe werden entwickelt und implementiert	●	Projekt wurde in direktionsübergreifende Kampagne zum Thema «Alter hat Potenzial» unter der Federführung des BIZ umgewandelt
Leistungsgruppe 4: Stipendienstelle				
16	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Stipendien- und Darlehensgewährung	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
17	Qualität der Entscheide auf dem Niveau der Vorjahre halten trotz neuer personeller Besetzung	Anzahl der Rekurse bleibt auf dem Niveau der Vorjahre (< 1,5 %)	●	
18	Fristgerechte Rückforderung der ausstehenden Darlehen	Darlehen werden systematisch bewirtschaftet und ausstehende Rückzahlungen und Zinsen eingefordert	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
2. Oberstufe, IBA, Sonder- und Privatschulen	Klassen	65	62	66
3. Oberstufe, Brückenangebote, EiB	Schüler/innen	1'067	970	1'072
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Anzahl	128	90	109
Brückenangebote	Lernende	184	160	194
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschlussklassen	55	50	34
Workshops an Gymnasien	Klassen	19	20	18
Besuchende Infothek	Anzahl	9'200	9'500	7'700
Einzelberatungen	Anzahl	1'951	1'900	1'848
RAV Beratungen	Anzahl	188	150	178
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1'425	1'300	1'482
Weiterbildungsangebote für Erwachsene	Anzahl	536	700	735
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	301	270	301
Gesuche für Stipendien und Darlehen	Anzahl	625	700	605
Bewirtschaftung laufende Darlehen	Anzahl	249	230	233
Auszahlung und Kontrolle gewährter Stipendien	Anzahl	671	420	603

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Jugendliche ohne Anschlusslösungen: Stand im April schwankend. Diese Jugendlichen werden bei der Lehrstellensuche im Rahmen der Aktion HELP bis Sommer intensiver begleitet.

Brückenangebote: Anzahl Jugendliche, welche kantonale Brückenangebote (inkl. EiB) besuchen und bei der Berufswahl begleitet werden; Trend in den letzten beiden Jahren zunehmend.

Rückgang bei den Laufbahnseminare: Aufgrund mangelnder Ressourcen nicht aktiv bei den Berufsfachschulen beworben.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'802'048.23	-4'787'700	-5'044'302.78	-256'602.78	5,4
Total Ertrag	463'919.15	441'000	480'384.00	39'384.00	8,9
Saldo	-4'338'129.08	-4'346'700	-4'563'918.78	-217'218.78	5,0

Kommentar Rechnung

Auf Empfehlung der Finanzkontrolle wurden Stipendienbeiträge, die im Jahr 2015 gesprochen, aber erst 2016 ausbezahlt werden, periodengerecht abgegrenzt. Dadurch erhöht sich der Aufwand für die Stipendienstelle einmalig um 650'000 Franken. Da gleichzeitig 320'000 Franken weniger Stipendien ausbezahlt und beim Personal- und Sachaufwand je rund 40'000 Franken eingespart wurden, resultiert ein Aufwandüberschuss des Budgets von 256'000 Franken.

Der Mehrertrag von 39'000 Franken gegenüber dem Budget stammt aus 19'000 Franken Mehreinnahmen durch Dienstleistungen in den Bereichen Beratung und Medienproduktion sowie 20'000 Franken höhere Bundesbeiträge an Stipendien im Tertiärbereich.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1777.0001	Auszahlung Studiendarlehen					
	Ausgaben	-235'000.00	-300'000	-185'000.00	115'000.00	-38,3
	Einnahmen					
DB1777.0002	Rückzahlung Studiendarlehen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	363'163.46	400'000	355'499.17	-44'500.83	-11,1
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-235'000.00	-300'000	-185'000.00	115'000.00	-38,3
	Einnahmen	363'163.46	400'000	355'499.17	-44'500.83	-11,1
	Saldo	128'163.46	100'000	170'499.17	70'499.17	70,5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Aus- und Rückzahlungen von Studiendarlehen unterliegen Schwankungen, welche das BIZ weder steuern noch näher analysieren kann. Über die Jahre zeigt sich ein Trend zu einem leichten Rückgang bei den Darlehen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Zahlreiche Grosssportanlässe prägten das Zuger Sportjahr. Neben sechs Schweizermeisterschaften startete erstmals die Tour de Suisse in Zug. Durch die Anpassung der SWISSLOS-Sportfonds-Verordnung unterstützt das Amt für Sport die Zuger Sportvereine ab 2015 noch gezielter. Mitte Jahr erhielt das Amt einen neuen Amtsleiter.

Neue SWISSLOS-Sportfonds-Verordnung

Mit der Revision der SWISSLOS-Sportfonds-Verordnung wurden die Jahresbeiträge an Vereine und Verbände um einen Fünftel erhöht, während zugleich die Beiträge an Sportaktivitäten, Sportmaterial und Sportinfrastruktur stabil gehalten werden konnten. Dank dieser Anpassung durfte das Amt für Sport insgesamt mehr Unterstützungsgelder für Zuger Sportvereine und -verbände, Funktionärinnen und Funktionäre sowie Athletinnen und Athleten als bis anhin ausbezahlen.

Diese Verordnungsänderung generiert einen grösseren Arbeitsaufwand, welcher neu mit einem Pensum von etwa 33 Prozent (plus 10 Prozent) aufgefangen wird. Die Pensenerhöhung konnte durch Aufgabenpriorisierung intern aufgefangen werden.

Neuer Startort der Tour de Suisse: Zug

Der Kanton Zug war Schauplatz mehrerer Grosssportanlässe. Neben sechs Schweizermeisterschaften startete erstmals die Tour de Suisse in Zug. Das Amt für Sport hat die Promotion dieses Anlasses mitgestaltet und hat einen erheblichen Beitrag zum Erfolg des «Rollensprintes» geleistet. Alle Zuger Fünft- bis Neuntklässlerinnen und -klässler strampelten bei einem 900-Meter-Sprint-Wettkampf mit dem Velo auf Rollen um die Wette. Weiter kamen die weltbesten U18-Eishockeyaner nach Zug, um den Weltmeister in der Bossard-Arena zu küren. Als sportlicher und gesellschaftlicher Höhepunkt geht die Streethockey-Weltmeisterschaft in die Geschichte ein. Das Amt für Sport stand den Organisatoren in beratender Funktion zur Seite.

Neuer Amtsleiter

Per 1. Juli übergab die bisherige Amtsleiterin nach rund 19 Jahren intensiver und erfolgreicher Aufbauarbeit das Amt an ihren Nachfolger weiter. Als ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter des Amtes baut der neue Leiter auf Bewährtem auf und nimmt sich neuen Herausforderungen an.

Neue Kredithöhe für «Jugend+Sport»

Die stetig gestiegene Nachfrage in allen Bereichen des Sportförderprogramms «Jugend+Sport» (J+S) war ebenfalls beim Amt für Sport spürbar. Zusätzliche Arbeit fiel vor allem bei der Kaderbildung und beim Vereinscoaching an. Die schweizweite Aktivitätensteigerung hatte zur Folge, dass der bisherige Bundeskredit von knapp 80 Mio. Franken nicht mehr ausreichte. Dies führte zu Verunsicherung bei den Sportvereinen. Das Amt für Sport konnte dank der engen und kooperativen Zusammenarbeit die Vereine etwas beruhigen. Erst als sich der Bundesrat und das Parlament zur Breitensportförderung bekannten, indem sie den jährlichen Kredit um 17 Mio. Franken im 2015 und um 20 Mio. Franken ab 2016 beschlossen, entschärfte sich die Situation.

Neue Ausbildungsmöglichkeiten für Nachwuchstalente

Mitte September erhielt die Kunst- und Sportklasse Cham das Label «Swiss Olympic Partner School». Die Auszeichnung anerkennt, dass die Schule optimale Voraussetzungen für die Entwicklung von Sporttalenten anbietet und belohnt die jahrelange Aufbauarbeit der Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Sport.

Mit der «EVZ Hockey Academy» startete Mitte Jahr ein für die Schweiz neues Ausbildungskonzept. Im Fokus steht die professionelle Ausbildung der sportlichen, beruflichen, schulischen und sozialen Fähigkeiten von jungen Schweizer Eishockey-Toptalenten. Das Amt für Sport stand als Berater zur Seite und nahm die Funktion als Drehscheibe im Leistungssport wahr.

Neue Zuger Sportpreis-Trägerinnen

Anfang September fand die 3. Zuger Sportnacht mit über 200 geladenen Gästen viel Beachtung. Zum zweiten Mal wurden die herausragenden Zuger Beachvolleyballerinnen, Nina Betschart und Nicole Eiholzer, mit dem Zuger Sportpreis geehrt. Neu wurde auch der «Prix Panathlon» vergeben, mit welchem der Panathlon Club verdienstwürdige Sportpersönlichkeiten aus dem Kanton Zug ehrt. Die erste Auszeichnung erhielt Ernst Kaspar, der sich über Jahre für den Zuger Sport engagierte, unter anderem als kantonaler Turninspektor und Initiator des Tenerolagers.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Sport fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polysportive Jugendsportlager durch.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherstellen einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit bei Administration und Dienstleistungen des Amts für Sport	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback; Kritikpunkte werden aufgenommen, um eine Zufriedenheit über 80 % zu erreichen		
Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)				
2	Organisation der J+S Kaderbildung gewährleisten	Organisation von mind. 36 J+S Einführungs-, Grundausbildungs- oder Weiterbildungskursen; neue Ausbildungskurse in Eiskunstlaufen und Schwimmen; Mitorganisation von 4 Schulsport- und Kindersportausbildungskursen der Pädagogischen Hochschule Zug		
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote der Vereine, Schulen und Jugendorganisationen mittels Beratungsgesprächen	Über 10'000 regelmässige Teilnahmen von Zuger Kindern und Jugendlichen an J+S Lagern und J+S Saison- oder Jahreskursen		
4	Durchführung des polysportiven Lagers in Tenero stetig weiterentwickeln	Erfolgreiche Durchführung der beiden Jugendsportlager im Rahmen der neuen Infrastruktur des Centro Sportivo		
5	Durchführung von zwei polysportiven Wochenkursen in Zug sicherstellen	Jeweils 80 Teilnehmer/innen werden in mind. 5 Sportarten ausgebildet		
6	Organisation der J+S Kaderbildung Kindersport gewährleisten; Qualitätssicherung aller J+S Kindersportsangebote sicherstellen	3 Kaderkurse organisieren; Auftrag des BASPO zur Qualitätssicherung wird mit mind. 5 Kursbesuchen erfüllt		
7	Kompetente Begleitung der Angebote und Kaderausbildung des J+S Erwachsenensports ESA	Planung, Ausschreibung, Qualitätskontrolle und Abrechnung der ESA Weiterbildungsangebote der Pro Senectute gemäss Regierungsratsbeschluss sicherstellen		
Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport				
8	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften	2'600 Teilnehmende; Planung, Koordination und Organisation der Durchführung von Kantonalen Schülermeisterschaften in 10 Sportarten		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Über 500 Teilnehmende, Zusatzkurse in 5 verschiedenen Sportarten	●	
A	Auf- und Ausbau der J+S Kindersportkurse in der Schule; regelmässige, polysportive Angebote für 5- bis 6-jährige Zuger Kinder	In mind. 2 Zuger Gemeinden wird mit den lokalen Sportvereinen zusammen 1 polysportives Ergänzungstraining angeboten	●	
B	Ehrung von erfolgreichen Zuger Sportler/innen	Umsetzung der durch die revidierte Sport-Fonds-Verordnung festgelegten Rahmenbedingungen	●	
C	Die in Zug im 2015 stattfindenden Grosssportanlässe werden für die Breitensportförderung aktiv genutzt	Die mit den Organisatoren ausgearbeiteten Ziele zum aktiven Einbezug der Zuger Bevölkerung werden vollständig erfüllt	●	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
D	Information aller Benefiziarer und Umsetzung der neuen Sport-Fonds-Verordnung und deren Richtlinien	Die vom Regierungsrat beabsichtigten Ziele werden erreicht	●	
F	Zusätzliche Öffnungszeiten Kantonalen Sportanlagen während schulfreier Zeiten sind bewilligt	Effektiver Bedarf mittels Umfrage klären; finanzielle Konsequenzen und zusätzlicher Personalbedarf der kantonalen Schulen für Budget 2016 abklären	○	Das Projekt wurde auf Grund fehlender personeller Ressourcen gestrichen

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Ausgebildete Sportleiter	Personen	869	800	938
Betreute J+S Angebote	Kurse / 10- bis 20-jährige Jugendliche	919 / 11'681	1'000 / 11'000	1'031 / 13'009
Betreute J+S Kindersport Kurse	Kurse / 5- bis 10-jährige Kinder	122 / 1'595	170 / 2'400	181 / 3'043
Firmensport am Mittag	Angebote pro Woche / Personen	24 / 538	25 / 580	28 / 600

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Erweiterung des Angebotes J+S Kaderbildung
Weiterhin kontinuierliche Zunahme der Beteiligung am Sportförderprogramm J+S
Anhaltende Nachfrage beim Firmensport

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'868'985.30	-2'087'617	-1'983'119.49	104'497.51	-5,0
Total Ertrag	496'342.65	466'500	504'659.55	38'159.55	8,2
Saldo	-1'372'642.65	-1'621'117	-1'478'459.94	142'657.06	-8,8

Kommentar Rechnung

Der Aufwand für die Löhne reduzierte sich durch den Wechsel in der Amtsleitung und die Nichtbesetzung einer freigewordenen Stelle während drei Monaten. Die geplante finanzielle Unterstützung der Kaderausbildungen von Pro Senectute wurde nicht getätigt. Mehreinnahmen dank zusätzlichen Kaderkursen und damit mehr externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Ein aktives und vielfältiges Kunst- und Kulturschaffen in allen Sparten, Vergaben der Ateliers in New York und Berlin sowie der Förderbeiträge an Zuger Künstlerinnen und Künstler, ein verliehenes Zuger Werkjahr, die enge Zusammenarbeit mit den Zuger Kulturinstitutionen und die neue Sonderausstellung im Kantonalen Museum für Urgeschichte(n) prägten das Berichtsjahr. Die interkantonale Zusammenarbeit wurde mit dem Schwerpunkt zur Stärkung des Kulturplatzes Zentralschweiz intensiviert.

Tätigkeiten der Kulturkommission

Von den 335 eingereichten Beitragsgesuchen erhielten 297 Beiträge aus dem Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke (Lotteriefonds) im Gesamtbetrag von 2,86 Millionen Franken zugesprochen. Vier Zuger Kunstschaaffende wurden für einen Aufenthalt in den Wohnateliers in Berlin und New York im Jahr 2017 ausgewählt. Durch das mit je maximal 20'000 Franken dotierte Atelier Flex Stipendium können zwei Kunstschaaffende 2016 ein mit einer Reise oder einem Auslandsaufenthalt verbundenes künstlerisches Projekt realisieren.

Zuger Werkjahr und Förderbeiträge 2015 an Zuger Kunstschaaffende

Der Regierungsrat zeichnete zehn Künstlerinnen und Künstler aus den Sparten bildende und angewandte Kunst sowie Musik mit einem Förderbeitrag in der Höhe zwischen 8'000 und 15'000 Franken aus. Vier ausserkantonale Fachjürs prüften insgesamt neunzehn Dossiers und gaben ihre Empfehlungen zuhanden der Kulturkommission und des Regierungsrats ab. Das mit 50'000 Franken dotierte Zuger Werkjahr ging an den Schriftsteller und Verleger Andreas Grosz.

Enge Zusammenarbeit mit Zuger Kulturinstitutionen

Im Rahmen der Leistungs-, Subventions- und Beitragsvereinbarungen vertiefte das Amt für Kultur seine Zusammenarbeit mit den Kulturinstitutionen. Die Zusammenarbeit mit den Institutionen wurde besonders in den Bereichen Projektbegleitung, Beratung bis hin zu Change-Management und Neupositionierung ausgebaut. Die Intensivierung der Zusammenarbeit beabsichtigt eine klare Stärkung des bestehenden Netzwerkes sowie eine Optimierung der Rahmenbedingungen: Theater Casino, Kellertheater Burgbachkeller, Stadt- und Kantonsbibliothek, Galvanik, Chollerhalle, Museum Burg Zug und Kunsthaus.

Kantonales Museum für Urgeschichte(n), Sonderausstellung: Geschichte(n) am Kanal

Archäologische Ausgrabungen haben in Cham-Hagendorn einzigartige römische Funde zutage gefördert. Die ausgezeichnet erhaltenen Bestandteile von hölzernen Mühlrädern gehören zu den bedeutendsten römischen Mühlenfunden überhaupt. Cham-Hagendorn war jedoch nicht ausschliesslich Standort einer Mühle. Ein umfangreiches Ensemble von Göttingen aus Terrakotta, ein Pfirsichbaum und weitere Weihgaben zeugen von einem Heiligtum. Verbindendes Element zwischen den unterschiedlichen Plätzen ist ein kanalisierter Wasserlauf, der die Mühle mit Energie versorgte und den heiligen Bezirk vom profanen Arbeitsplatz abgrenzte. Die Sonderausstellung «Geschichte(n) am Kanal» stellt die Ergebnisse der 2014 abgeschlossenen wissenschaftlichen Bearbeitung von Cham-Hagendorn ins Zentrum. Darüber hinaus beleuchtet sie die römische Epoche im Kanton Zug.

Theilerhaus Hofstrasse

Basierend auf den Resultaten der Arbeitsgruppe Theilerhaus, welche aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Nutzergruppen bestand, liegt nun das Betriebskonzept vor, welches auf dem optimalen Zusammenspiel der vier unterschiedlich genutzten Stockwerke basiert. In enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt und dem Architekten wurde die vertiefte Machbarkeitsstudie erstellt. Die Kantonsratsvorlage ist in Vorbereitung. Der Kantonsrat wird voraussichtlich im Frühling 2016 den Objektkredit Theilerhaus behandeln. Die Installation eines Kulturbetriebes im Theilerhaus ist ein Legislaturziel der Regierung.

Kulturplatz Zentralschweiz

Die vom Kanton Zug präsidierte Kulturbefauftragtenkonferenz Zentralschweiz KBKZ festigt die Zusammenarbeit der sechs Zentralschweizer Kantone in der Kulturförderung und setzt dabei auf die kulturelle Vielfalt, die Qualität und die Stärken der Region. Dies beinhaltet unter anderem die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und Sparten der Kultur, die Entwicklung und Unterstützung eigener Förderprojekte und die Wahrung der Zentralschweizer Interessen gegenüber dem Bund. Im Rahmen des Interkantonalen Kulturlastenausgleichs werden das Opernhaus Zürich, das Zürcher Schauspielhaus, die Tonhalle Zürich, das Kultur- und Kongresszentrum Luzern KKL, das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester von den umliegenden Kantonen finanziell entlastet. Der Leistungseinkauf für Zuger Besucherinnen und Besucher der genannten Kulturinstitutionen betrug 2,6 Millionen Franken.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).














2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Kulturförderung				
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Bestätigung über Erhalt innerhalb 1 Woche		
2	Termingerechte Abwicklung des Wettbewerbs Förderbeiträge und der Zuger Werkjahre Ausrichtung des Zuger Anerkennungspreises	Termine der Jahresplanung werden eingehalten		
3	Wirtschaftliche Belegung und termingerechte Abwicklung der Ateliers	Termine der Jahresplanung werden eingehalten		
4	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen		
5	Kunstsammlungen der Verwaltung sowie der Öffentlichkeit zugänglich machen	Mind. 2 Bilderwahlen à 3–4 Terminfenster; Bekanntmachung der kantonalen Kunstsammlung in der Öffentlichkeit		
Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen				
6	Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/LU/SZ/UR/AG	Keine Beanstandungen aus formalen Gründen		
7	Neukonzeption der Kulturvermittlung an Schulen	Optimierung Kulturvermittlung an Schulen		Fehlende Ressourcen
L21	Planungsprozess neues «Kunsthause am See» begleiten	Unterstützung der Trägerschaft bei Planung und Bau, Teilnahme an den Sitzungen/Jury		Projekt eingestellt
L17	Erarbeitung Objektkredit Sanierung «Theilerhaus»	Objektkredit, Begleitung Bau		Vertiefte Machbarkeitsstudie, Ausarbeitung KR-Vorlage
L17	Definition Trägerschaft und Betrieb «Theilerhaus»	Gründung Trägerschaft; Erarbeitung Betriebskonzept		
Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen				
8	Professionelle Bewirtschaftung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Jährliches Controlling; neue Leistungsvereinbarung Burg Zug		
D	Zwischennutzung Shedhalle	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)		
E	Burg Zug: Trägerschaft	Trägerschaft neu strukturieren; Finanzierungsmodell mit Gemeinden ausarbeiten		Ergebnisse des Entlastungsprogramms 2015–2018 werden abgewartet

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)				
9	Regelmässige Durchführung Sonderausstellung	Eine Sonderausstellung jährlich	●	
F	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Koordination Museumsplaner; Planung Wiedereröffnung	◐	Konnte aufgrund der Schulraumplanung nur teilweise realisiert werden. Entwurf bestehend
H	Datenbank Fundobjekte	Umstellung Datenbank für Fundobjekte auf imdas	●	
I	Projekt «KMUZ unterwegs» Zwischenlösung während Umbau	Erarbeitung Grobkonzept	◐	Konnte aufgrund der Schulraumplanung nur teilweise realisiert werden. Grobkonzept bestehend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Beitragsgesuche	Anzahl	229	230	335
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl	0	3	0
Preise und Auszeichnungen	Anzahl	13	11	11
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl	20	30	26
Besucher/-innen KMUZ	Anzahl	9'463	10'000	10'593
Anmeldungen Schulklassen KMUZ	Anzahl	217	240	228

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bauvorhaben: Das Projekt neues «Kunsthause am See» wurde eingestellt; Die Kantonsratsbeschlüsse für den Ausbau des Kantonalen Museums für Urgeschichte(n) im Rahmen der Sanierung Hofstrasse sowie für die Sanierung des Theilerhauses erfolgen voraussichtlich im Frühjahr 2016.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'971'458.50	-7'228'692	-7'091'835.64	136'856.36	-1,9
Total Ertrag	66'483.55	90'000	72'125.85	-17'874.15	-19,9
Saldo	-6'904'974.95	-7'138'692	-7'019'709.79	118'982.21	-1,7

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Durch die Zahlung der 2. Tranche des Jahresbeitrages an den Verein Chollerhalle über den Lotteriefonds wird die Laufende Rechnung um 100'000 Franken entlastet. Die Mietkosten für das im Hochbaumt budgetierte Kulturgüterdepot der Stiftung Museum Burg Zug im Choller von 187'000 Franken wurden im Berichtsjahr an das Amt für Kultur übertragen. Im Sinne des Entlastungsprogramms 2015–2018 konnte mit der Stadt Zug eine Kostenbeteiligung ausgehandelt werden. So wurde das Amt mit 2/3 der Kosten (125'000 Franken) belastet. Für den Kanton resultiert per Saldo eine Entlastung von rund 63'000 Franken.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Der Personalaufwand wurde um rund 100'000 Franken unterschritten, da im Bereich des Kantonalen Museums für Urgeschichte(n) bei den Ausstellungen weniger Fachpersonal eingesetzt werden musste. Die Kulturkommission führte keine Klausur durch und auch die Entschädigungen für die Kunstankaufsgruppe lagen unter dem Budget. Für die externe Redaktion des «TUGIUM» wurden irrtümlich 37'000 Franken budgetiert, welche aber nicht mehr über das Amt abgerechnet, sondern direkt dem Lotteriefonds belastet werden. Beim Abschluss des Ausbaus der Sammlungsdatenbank fiel die Schlussabrechnung um rund 20'000 Franken günstiger aus und führte damit zu einer Unterschreitung des budgetierten IT-Aufwandes.

Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Minderung des Aufwands gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003). Die Zuwendung entlastet das Konto «Beiträge private Organisationen ohne Erwerbszweck», auf welchem die Kantonsbeiträge an die Theater- und Musikgesellschaft Zug und die Zuger Kunstgesellschaft verbucht werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1790.0001	Sammlungsdatenbank (imdas.pro)					
	Ausgaben	-52'441.88				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-52'441.88				
	Einnahmen					
	Saldo	-52'441.88				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
2000	Direktionssekretariat	-1'737'644.22	-1'859'422	-1'641'043.00	218'379.00	-11,7
2011	Amt für Berufsbildung	-15'334'515.53	-18'338'382	-17'104'385.86	1'233'996.14	-6,7
2012	Amt für Brückenangebote	-4'613'687.14	-4'903'530	-4'783'100.00	120'430.00	-2,5
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'560'243.74	-20'406'293	-18'702'491.82	1'703'801.18	-8,3
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'108'008.91	-2'042'625	-1'904'429.76	138'195.24	-6,8
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-12'220'126.01	-12'448'537	-12'202'409.47	246'127.53	-2,0
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'918'589.51	-5'141'052	-4'707'064.55	433'987.45	-8,4
2031	Arbeitslosenkasse	-1'264'778.00	-1'154'561	-1'481'895.46	-327'334.86	28,4
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'531'246.41	-30'063'805	-29'749'399.79	314'405.21	-1,0
2040	Sozialversicherungen	-34'582'482.18	-34'653'140	-36'547'382.92	-1'894'242.92	5,5
2050	Landwirtschaftsamt	-2'538'308.89	-2'739'137	-2'495'355.32	243'781.68	-8,9
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'595'466.65	-2'902'092	-2'506'238.70	395'853.30	-13,6
2070	Handelsregisteramt	2'495'475.69	2'562'643	2'294'773.54	-267'869.46	-10,5
2071	Konkursamt	-1'013'979.24	-887'008	-835'555.02	51'452.98	-5,8
20	Volkswirtschaftsdirektion	-130'523'600.74	-134'976'941	-132'365'978.13	2'610'962.47	-1,9

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
2000	Direktionssekretariat	-888'137.15	-610'000	-460'666.70	149'333.30	-24,5
2011	Amt für Berufsbildung	-300'000.00		-100'000.00	-100'000.00	
2012	Amt für Brückenangebote		-200'000	-198'344.25	1'655.75	-0,8
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-256'814.90	-240'000	-196'231.00	43'769.00	-18,2
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-127'726.50	-120'000	-62'840.88	57'159.12	-47,6
2031	Arbeitslosenkasse		-100'000	-109'731.25	-9'731.25	9,7
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-474'801.60	-1'140'000	-48'867.15	1'091'132.85	-95,7
2050	Landwirtschaftsamt	31'910.50	-207'300	-392'565.10	-185'265.10	89,4
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'100'000	-2'041'000.00	-941'000.00	85,5
2070	Handelsregisteramt		-300'000		300'000.00	-100,0
20	Volkswirtschaftsdirektion	-2'015'569.65	-4'017'300	-3'610'246.33	407'053.67	-10,1

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Wachstum der Zuger Wirtschaft verlangsamte sich. Im Berufsbildungs- und im Fachhochschulbereich konnten wichtige Projekte aufgegleist werden. Bei den Aussenbeziehungen stand die Anbindung an den Innovationspark Schweiz im Vordergrund.

Zuger Wirtschaft

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) im Kanton Zug sank gemäss Berechnungen von BAKBASEL um 0,4 Prozent (Vorjahr +2,8) auf 18,3 (Vorjahr 18,6) Milliarden Franken. Gleichzeitig stieg das BIP schweizweit um 0,7 Prozent. Gründe dafür waren die Eurokrise, der starke Franken, das anspruchsvolle Umfeld im internationalen Handel sowie die Unsicherheiten aufgrund des Fachkräftemangels und der Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Masseneinwanderung. Gemäss einer im Dezember durchgeführten Befragung des Technologieforums Zug bei den Unternehmen im 2. Sektor wies rund ein Drittel einen tieferen Umsatz und Gewinn aus. Knapp die Hälfte findet genügend Fachkräfte auf dem inländischen Markt. Bei zwei Drittel beeinflusste der starke Franken den Geschäftsgang negativ. Die Arbeitslosenzahlen hingegen stiegen nur leicht an und lagen erneut unter dem schweizerischen Durchschnitt. Im Handelsregister zeigte sich nochmals eine Zunahme der eingetragenen Gesellschaften; deren Nettozahl liegt leicht höher als in den Vorjahren.

Fachkräftemangel bleibt zentrales Thema

Erneut war der Fachkräftemangel beim «Sorgenbarometer» der von der Volkswirtschaftsdirektion besuchten Firmen die grösste Herausforderung. Der Kanton Zug hat sich aktiv eingebracht, um vermehrt einheimische Fachkräfte für den Arbeitsmarkt fit zu machen oder neue Kategorien von Fachkräften zu erschliessen: Das Departement Informatik wird Tatsache, das Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts» der Metropolitan-konferenz Zürich umfasst auch mögliche Beispiele aus dem Kanton Zug, die Zentralschweiz soll mit dem Nationalen Innovationspark Schweiz am Standort Zürich (Dübendorf) zusammenarbeiten und das Projekt «Berufsbildung International Zug» hat Fahrt aufgenommen. Im Dezember verabschiedete der Regierungsrat eine directionsübergreifende Kampagne zur besseren Nutzung unter dem Titel «Alter hat Potenzial». Eine pragmatische Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und insbesondere die Sicherung des bilateralen Weges mit der Europäischen Union bleiben für unseren Wirtschaftsstandort unabdingbar.

Ja des Kantonsrats zum Standort Departement Informatik in Rotkreuz

Mitte Jahr hat der Kantonsrat mit einer Richtplanänderung die Festsetzung des Areals «Suurstoffi» in Rotkreuz als Standort des Departements Informatik mit rund 1'000 Studierenden bis 2019 bewilligt und gleichzeitig einen Beitrag des Kantons Zug an die Aufbaufinanzierung von 1 Million Franken gesprochen, nachdem sich die Fachhochschule Zentralschweiz und die Zuger Wirtschaft je mit einem ähnlich grossen Betrag an diesen Kosten beteiligen. Gleichzeitig hat die Fachhochschule bekannt gegeben, dass bis 2019 auch der Bereich «Finance» des Departements Wirtschaft in Rotkreuz ausgebaut wird, womit der Kanton Zug Standort von zwei namhaften Bildungsgängen wird. Dank dieser Stärkung des Zuger Hochschulstandortes können dringend benötigte Fachkräfte in den Bereichen Informatik und Finanzwesen vor Ort ausgebildet werden.

Neue Infrastrukturen im Bildungsbereich

Im Frühling bezog das Integrations-Brücken-Angebot neue Räumlichkeiten im Haus der Bildung an der Landis + Gyr-Strasse 1. Der Umbau des Kombinierten-Brücken-Angebots am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug (GIBZ) kam gut voran und die neuen Räumlichkeiten werden im Frühling 2016 zur Verfügung stehen. Auch das Projekt Trakt 5 am GIBZ nahm Fahrt auf und im Herbst erteilte der Stadtrat die Baubewilligung. In diesem neuen Trakt werden die bisher an der Zugerbergstrasse geführten Ausbildungsgänge, unter anderem im Gesundheitsbereich, neu direkt am Bildungszentrum beschult.

Wichtige Projekte bei den Aussenbeziehungen

Im Herbst startete das Projekt «Zentralschweiz Innovativ», welches Innovations-Coaching für kleine und mittlere Unternehmen anbietet. Das Technologieforum Zug bietet für die Zuger Unternehmen Coaching an. Die Zentralschweizer Kantone bewarben sich beim Innovationspark Schweiz um einen eigenständigen Netzwerkstandort als Ergänzung zum Standort Zürich (Dübendorf) mit den Bereichen «Intelligente Gebäude im System» und «Aviatic-Industrie». Nachdem die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz diesen Netzwerkstandort mangels geeigneten Areals nicht bewilligte, schlossen die Zentralschweizer Kantone eine Vereinbarung mit dem Kanton Zürich für eine direkte Anbindung der erwähnten Bereiche an den Standort Dübendorf ab. Die Metropolitantkonferenz Zürich lancierte verschiedene neue Projekte in den Bereichen Verkehr, Raumplanung und Gesellschaft, darunter die Projekte «Brechen der Verkehrsspitzenstunde» unter Leitung des Amts für Raumplanung und «Grundkompetenzen für lese-, schreib- und rechenschwache Personen» unter Leitung des kantonalen Sozialamts.

Gesamtwürdigung

Neue Bildungsangebote

Im Sommer startete am Kaufmännischen Bildungszentrum Zug die erste Pilotklasse im Projekt «Berufsbildung International Zug». Innerhalb dieses Projekts wurden auch einzelne Lernende im Informatikbereich am GIBZ grossmehrheitlich in englischer Sprache unterrichtet. Das Projekt «I-B-A 20+» für spät immigrierte junge Erwachsene hat sich bereits etabliert. Zudem lancierte das GIBZ das Projekt «Nachhaltigkeit am GIBZ», welches die Lernenden vermehrt auf Nachhaltigkeitsthemen im Bereich Ausbildung und Einsatz im Betrieb sensibilisiert.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat koordinierte das Teilprojekt VD des Entlastungsprogramms 2015–2018 des Regierungsrats. Die Zahl der Feststellungsverfahren und Vorabklärungen im Vollzug des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland blieb hoch. Verschiedene Mitarbeitende engagierten sich in regionalen Projekten.

Grosse Informatikprojekte

Das Direktionssekretariat bearbeitete die grossen Informatikprojekte «IT an kantonalen Schulen» zur Harmonisierung der IT-Strukturen und «Ablösung EDUC+» unter dem neuen Titel «EDUZug», einer Schuldatenerfassungs-Software für mehrere grosse kantonale Schulen. Die Einführung an mehreren Schulen war erfolgreich.

Hohe Verfahrenszahl bei der Lex Koller

Die Zahl der Verfügungen gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland stieg an. Gleichzeitig blieb aufgrund der anhaltend hohen Immobilienaktivität und des Zuzugs von ausländischen Personen die Zahl der Vorabklärungen hoch (180). Insbesondere im Bereich des Handelsregisters wurden rund 120 solcher Abklärungen durchgeführt. Häufig mussten zusätzliche Abklärungen bei natürlichen Personen vorgenommen werden und es wurden zahlreiche Auskünfte an Dritte erteilt.

Zuger Innovationspreis an V-Zug AG

Erneut wurde die Verleihung des Zuger Innovationspreises organisiert. Es bewarben sich 20 Unternehmen aus dem Kanton Zug. Gewinnerin wurde die V-Zug AG mit dem «REFRESH-BUTLER», einem Produkt im Bereich Wohnungseinrichtung und Hotellerie.

Gute Zusammenarbeit mit Drittpartnern

Das Direktionssekretariat übernahm die Abwicklung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Zug Tourismus. Zudem stellte es die Abwicklung weiterer Leistungsvereinbarungen, Subventionsvereinbarungen und Beitragsverfügungen der Ämter der Direktion sicher.

Engagement in Arbeitsgruppen

Mitarbeitende des Direktionssekretariats wirkten in den Projekt- und Steuergruppen von Grossprojekten des Regierungsrats (Regierung und Verwaltung 2019 und Strategie 2019–2026) aktiv mit. Sie engagierten sich zusätzlich in den Projekten «Zentralschweiz Innovativ» im Rahmen der neuen Regionalpolitik des Bundes mit Start im Herbst.

Aussenpolitische Geschäfte

Das Sekretariat erarbeitete diverse technische und rechtliche Grundlagen für die Positionierung des Kantons Zug in den Räumen Zentralschweiz und Zürich, insbesondere das Projekt «Departement Informatik» der Fachhochschule Zentralschweiz. Der Standortentscheid durch den Kantonsrat fiel im Sommer zugunsten des Suurstoffi-Areals in Rotkreuz. Ebenfalls einbezogen waren Mitarbeitende in die Aktivitäten für eine direkte Anbindung der Zentralschweiz bzw. des Kantons Zug an den Standort Zürich (Dübendorf) des Innovationsparks Schweiz.

Teilprojekt VD des Entlastungsprogramms 2015–2018

Das Direktionssekretariat übernahm die Arbeiten des Teilprojekts VD im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 für die Ämter der Direktion. Insgesamt betraf dies rund 80 Massnahmen. Zudem führte es Verhandlungen mit den Drittpartnern, welche ebenfalls vom Programm betroffen sind.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und teilweise für deren Ämter. Es erbringt die Führungsunterstützung für den Volkswirtschaftsdirektor, arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen				
1	Erfolgreiche Koordinationsfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	●	
2	Fristgerechte Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	100 % innert Frist	●	
3	Gewährleistung des regelmässigen Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte; > 4 direktionsübergreifende Treffen; > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	●	
4	Beförderliche und fachgerechte Instruktionen von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	◐	1 Beschwerdeinstruktion verspätet
5	Fristgerechter Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sowie Beitragsverfügungen	Verbindliche Aushandlung bis Ende November	●	
6	Zeitgerechte Organisation Zuger Innovationspreis	10 Bewerbungen; Vergabeentscheid spätestens im Oktober	●	
7	Fristgerechte administrative Unterstützung und fachlich qualitative gute Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag; Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag	●	
A	Durchführung Charta Berufschance	30 neue Unterzeichnende der Charta	○	Fällt aufgrund des Entlastungsprogramms weg
B	Ablösung Schulverwaltungs-Software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Sicherstellung der Projektausführung gemäss Projektplanung	●	
Leistungsgruppe 2: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
8	Formal korrekte Anträge der Direktion	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	●	
9	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist	●	
10	Fristgerechte Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	100 % innert Frist	●	
11	Fristgerechte Verfügungen der Direktion	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Vollzug Gesetzgebung				
12	Fristgerechte Überprüfungen und Verfügungen bei der Lex Koller	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	●	
13	Fristgerechte Bewilligungen Konsumkredit	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	●	
Leistungsgruppe 4: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen				
15	Schaffung von Entscheidungsgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums; Sitzungsteilnahmequote: 80 %	●	
L12	Mitwirkung beim Sponsoring durch die Privatwirtschaft beim Departement Informatik Zug	Prozess zur Auswahl eines attraktiven Standorts inkl. einer Übergangslösung ist abgeschlossen und Richtplanverfahren ist gestartet; mögliche Sponsoren sind kontaktiert	●	
L12	Mitwirkung bei Auswahl eines attraktiven Standorts und Festsetzung desselben im Richtplan	Attraktiver Standort ist gefunden und im Richtplan festgesetzt	●	
L22	Mitwirkung bei Definition und Ansiedlung von Ankernutzern auf dem Areal des «technologyclusters-zug»	Mögliche Ankernutzer sind evaluiert	◐	Projektverzögerung bei Grundeigentümer und Gemeinde
L30	Aktive Mitwirkung in Projektteam und Projektgruppe des Projekts «Stärkung des Schweizer Produktionsstandorts durch inländische Fachkräfte» der Metropolitan-konferenz Zürich	Leitung eines Teilprojekts durch einen Zuger Drittpartner; für den Kanton Zug sinnvolle Projekt-ergebnisse sind in Bearbeitung	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Anträge der Direktion	Anzahl	63	80	67
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	16	10	11
Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Anzahl	97		
Federführung bei Vernehmlassungen/Anhörungen Bund und Direktorenkonferenzen	Anzahl		30	43
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		70	65
Verfügungen der Direktion	Anzahl	68	90	67
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl	13	5	3
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl	9	2	6
Verfügungen Lex Koller	Anzahl	67	90	75
Gesuche Konsumkredit	Anzahl	3	3	6
Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl	2	2	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Verfügungen Lex Koller: Zusätzlich zu den Verfügungen Lex Koller wurden 179 Überprüfungen auf Anregung des Handelsregisters und des Grundbuchamts vorgenommen. Aufgrund der nach wie vor regen Immobilientätigkeit ist diese Zahl in den letzten Jahren markant angestiegen. Sie wird deshalb künftig ebenfalls in die Einfluss-/Plangrössen aufgenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'762'344.22	-1'885'322	-1'690'293.00	195'029.00	-10,3
Total Ertrag	24'700.00	25'900	49'250.00	23'350.00	90,2
Saldo	-1'737'644.22	-1'859'422	-1'641'043.00	218'379.00	-11,7

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

26'500 Franken Einsparungen durch Verzicht Beitrag an Interreg V.

25'000 Franken Mehrertrag durch Erhöhung der Gebühren für Feststellungsverfahren von Lex Koller.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

35'000 Franken Einsparungen durch tiefere Ausgaben für das Aktionsprogramm des Vereins Metropolitanraum Zürich.

10'000 Franken Einsparungen für Direktionsanlässe.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2000.0001 Ablösung EDUC+					
Ausgaben	-888'137.15	-610'000	-460'666.70	149'333.30	-24,5
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-888'137.15	-610'000	-460'666.70	149'333.30	-24,5
Einnahmen					
Saldo	-888'137.15	-610'000	-460'666.70	149'333.30	-24,5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT2000.0001: Die Projektdauer wurde im Laufe von 2015 auf Wunsch der betroffenen Schulen aus Kapazitätsgründen auf Frühling 2016 verlängert. Daher wurden 2015 noch nicht alle der ursprünglich 2014 geplanten Leistungen erbracht. Das Projekt ist auf Kurs.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Berufsbildung im Kanton Zug positioniert sich erfreulich. Im Bereich der beruflichen Grundbildung konnte mit rund 1'200 Verträgen das hohe Niveau an jährlichen neu bewilligten Lehrverträgen gehalten werden. Die Gesamtzahl der Lehrverhältnisse weist einen neuen Rekord auf. Ebenso hat sich die Zahl der aktiven Lehrbetriebe gut entwickelt. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht ein grosses Interesse von Zugerinnen und Zugern an diesen Ausbildungsgängen.

Lehrstellensituation

Die Lehrstellensituation ist ausserordentlich positiv und wirkt über die Kantons Grenzen hinaus, da im Kanton Zug 33 Prozent der Lehrstellen an Jugendliche vergeben werden, die nicht im Kanton Zug wohnen. Die Betriebe engagieren sich im Kanton Zug für junge Berufsleute und bieten Lehrstellen an. Die Anzahl bewilligter Lehrbetriebe konnte mit 1'400 Unternehmungen auf hohem Niveau gehalten werden. Dank Anstrengungen mit gezielten Marketingmassnahmen, die Berufe in der zweijährigen Grundbildung mit Attest bekannter zu machen, konnte die Zahl dieser Lehrverhältnisse leicht gesteigert werden. Total befinden sich 3'734 Lernende in der beruflichen Grundbildung, was einen neuen Rekord bedeutet.

Erhalt und Pflege der aktiven Lehrbetriebe

Da mit der demografischen Entwicklung gesamthaft der Bedarf an Lehrstellen gedeckt ist und keine namhafte Steigerung an weiteren Lehrstellen erwartet wird, setzt sich das Amt für Berufsbildung schwergewichtig im Bereich Erhalt und Pflege von Lehrbetrieben ein. In diesem Zusammenhang wurden über 100 zusätzliche Betriebsbesuche durchgeführt. Ebenfalls wurden im Bereich Öffentlichkeitsarbeit diverse Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel, die duale Berufsbildung zu positionieren und zu stärken.

Die ausgeschriebenen Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner konnten alle mit hoher Auslastung durchgeführt werden. Das Interesse an diesen Kursen ist sehr gross. Rund 60 Prozent der Teilnehmenden besuchen den Kurs auf freiwilliger Basis und stammen aus Betrieben, welche das gesetzliche Minimum an Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern bereits erfüllen.

Verbundpartnerschaftliche Weiterentwicklung der Berufsbildung

Die Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Berufsbildungsämtern und den regionalen und lokalen Berufsbildungspartnern wird weiterhin durch regelmässige gemeinsame Sitzungen aktiv gepflegt.

Seit mehreren Jahren befindet sich die Berufsbildung in einem Reformprozess. Die Ausbildungsvorschriften für die rund 230 vom Bund reglementierten Berufe müssen weiterhin überarbeitet und den wirtschaftlichen Begebenheiten angepasst werden. Im laufenden Jahr wurden neu 12 Berufe angepasst, somit sind gesamthaft rund 210 Berufe neu reglementiert.

Diverse Projekte wie «Case Management Berufsbildung», «Fachkundige individuelle Begleitung», «KV-Business Englisch», «Berufsbildung International Zug», «Vintolehre» oder «way-up-plus» sind Zusatzangebote der Zuger Berufsbildung, welche ein breites Spektrum abdecken und zu deren hohen Attraktivität beitragen.

Fachhochschulstandort Zug

Mit dem Ja des Zuger Kantonsrats zum Standort des neuen Departements Informatik bzw. dessen Anschubfinanzierung und dem Entscheid der Fachhochschule Zentralschweiz einer Konzentration des Berufs «Finance» in Rotkreuz ab 2019 kann der Fachhochschulstandort Kanton Zug massgeblich gestärkt werden.

Berufsbildung International Zug

Mit dem innovativen Projekt «Berufsbildung International Zug» wird in der schweizerischen Berufsbildungslandschaft Neuland betreten, indem eine grossmehrheitlich englischsprachige Lehre in Zusammenarbeit mit der Zuger Wirtschaft entwickelt wird. Pilotklassen in den Bereichen KV und Informatik sind gestartet. Das Projekt wird vom Bund mit namhaften Beträgen unterstützt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für die korrekte Umsetzung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes im Kanton Zug. Es hat insbesondere den Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	Sicherstellung der Ausbildungsqualität	Besuch von 100 Lehrbetrieben	●	
2	Fristgerechte Eröffnung Prüfungsergebnisse	Innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der vollständigen Resultate	●	
3	Fristgerechte Bearbeitung der eingegangenen Lehrverträge	90 % innert Wochenfrist	●	
4	Sicherstellung der Qualität der Kurse für Berufsbildner/-innen	80 % der Kursteilnehmer/-innen bewerten den Kurs mit einem «gut» oder einem «sehr gut»	●	
B	Ablösung Schulverwaltungs-Software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Beginn Umsetzung	●	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Fristgerechte Überprüfung Zugangsberechtigung	95 % innert Frist	●	
6	Sicherstellung der gesetzlichen Vorgaben (Mindestverordnung HF)	Prüfung mind. einer der sieben Schulen	●	
C	Rechtzeitige Vereinbarungen mit den Höheren Fachschulen (HF)	Vereinbarungen mit allen Zuger Höheren Fachschulen sind abgeschlossen (HF)	●	
Leistungsgruppe 3: Steuerung und Entwicklung der Berufsbildung				
7	Einflussnahme auf Akteure der Berufsbildung und Kooperation	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)	●	
8	Positionierung und Stärkung der Berufsbildung	5 e-Bulletin; 8 Informationsanlässe	●	
D	Umsetzung Berufsreformen	Start reformierte Bildungen per August	●	
L12	Beteiligung des Kantons an der Anschubfinanzierung des Departements Informatik Zug	Anschubfinanzierung ist im Kantonsrat behandelt und entschieden	●	
L14	Förderung der dualen Berufsbildung	Kampagne Berufsmaturität durchgeführt; 10 neue way-up plus Lehrverträge	●	
L15	Aufbau «Berufsbildung International Zug»	Konzepte und Informationen für 2 mehrheitlich englischsprachige Berufslehren, 1 Lehre ist gestartet; Sicherstellung der Zulassung und finanzieller Unterstützung durch den Bund	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Lernende in der Grundbildung	Anzahl	3'689	3'700	3'734
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl	1'355	1'350	1'405
Lehrbetriebe	Anzahl	1'410	1'410	1'400
Berufe im Kanton Zug	Anzahl	143	140	143
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	310	320	326
Qualifikationsverfahren	Anzahl	1'787	1'800	1'779
Einsichtnahmen bei der Lehrabschlussprüfung	Anzahl	55	60	50
Prüfungsexpertinnen/-experten	Anzahl	853	850	863

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-27'547'566.93	-30'898'382	-29'918'719.86	979'662.14	-3,2
Total Ertrag	12'213'051.40	12'560'000	12'814'334.00	254'334.00	2,0
Saldo	-15'334'515.53	-18'338'382	-17'104'385.86	1'233'996.14	-6,7

Kommentar Rechnung

Rund 600'000 Franken tiefere Kosten in der Beruflichen Grundbildung als geplant, da die Anzahl Lernender mit ausserkantonalem Berufsfachschulstandort sowie Vollzeit-Lernende kleiner war als angenommen.
Rund 250'000 Franken tiefere Kosten für das Projekt L15 Aufbau «Berufsbildung International Zug» als erwartet, da weniger Marketing- und Übersetzungskosten angefallen sind und ein externer Partner gefunden wurde, der Teilkosten der neuen Lehrmittel übernahm.
180'000 Franken höhere Beiträge des Bundes an die Gesamtkosten für die Berufsbildung auf Basis der Anzahl Lehrverträge.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2011.0004 Darlehen Verein Zuger Berufsbildungs-Verband Zug					
Ausgaben	-300'000.00		-100'000.00	-100'000.00	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-300'000.00		-100'000.00	-100'000.00	
Einnahmen					
Saldo	-300'000.00		-100'000.00	-100'000.00	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

VD2011.0004: Das zinslose Darlehen über 100'000 Franken an den Verein Zuger Berufsbildungs-Verband erfolgte aufgrund des Regierungsratsbeschlusses vom 19. August 2014.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit für ihren Berufswahl- oder Entwicklungsprozess noch Zeit brauchen, besuchen eines der drei Brückenangebote. Am Ende des Angebotsjahres konnten über 87 Prozent der Lernenden eine Lehre, eine allgemeinbildende Schule oder eine andere nachhaltige Lösung beginnen. Die Leistungsziele des Grundauftrages konnten damit übertroffen werden.

Raum- und Standortfragen

Das Integrations-Brückenangebot (I-B-A) konnte in das Haus der Bildung an der Landis & Gyr-Strasse 1 in Zug einziehen, wo zahlreiche Bildungsinstitutionen wie BerufZug, Bildxzug, Bildungsnetz Zug, IBZ/zti, Curaviva hfk und Academia untergebracht sind. Insbesondere bei der optimierten Raumnutzung konnten Synergien genutzt werden. Ausserdem sind die Bauarbeiten des Erweiterungsbaus des Gewerblich-industriellen Bildungszentrums (GIBZ) für den zukünftigen Standort des Kombinierten Brückenangebots (K-B-A) an der Baarerstrasse 100 im Gange.

Schulisches Brückenangebot S-B-A

Der Alltag der Lernenden besteht in einem schulisch ausgestalteten Angebot hauptsächlich in Auseinandersetzung mit fachlichen Inhalten. Der Fokus liegt parallel dazu in der Förderung von sechs relevanten überfachlichen Kompetenzen, welche den Lernerfolg in einer Berufslehre oder allgemeinbildenden Schule wesentlich unterstützen. Dieses finalisierte Konzept wurde im Angebotsalltag implementiert, indem die Fachschaften für die einzelnen Kompetenzen Schulungs- und Anwendungssituationen geschaffen haben. Das konsequente Arbeiten mit einem Lern- und Förderkreislauf stellt sicher, dass alle Lernenden in diesem Bereich gefordert sind, Fortschritte machen, diese dokumentieren und ausweisen können.

Kombiniertes Brückenangebot K-B-A

Mit dem K-B-A besteht ein Angebot von wöchentlich drei Tagen Praktikum und zwei Tagen Unterricht. Der Fokus bei der Qualitätsentwicklung lag im Bereich Aufnahmeverfahren. Verschiedene Massnahmen wurden umgesetzt, wodurch die Zusammenarbeit mit den Lernenden nun frühzeitig und verbindlich möglich wird. Ausserdem wurden die pädagogischen Grundsätze aus dem Leitbild im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umzug in die neu gestalteten Räumlichkeiten einer Überprüfung unterzogen und angepasst.

Integrations-Brückenangebot I-B-A

Die heterogene Zusammensetzung der Lernenden des I-B-A widerspiegelt die politischen Strömungen in der Welt. Zu je einem Drittel stammen die Lernenden aus Afrika, dem fernen Osten und dem europäischen Raum. Eine besondere Herausforderung ist die Eingliederung von bildungsfernen Lernenden in den Arbeitsmarkt sowie der anhaltende Druck wegen zunehmender Zahl von Lernenden. Der Bezug des neuen Standorts im Haus der Bildung ist abgeschlossen. Das moderne Lernlayout unterstützt die Zielsetzung, für die Lernenden eine nachhaltige Anschlusslösung zu finden.

Integrations-Brückenangebot für Erwachsene I-B-A-20+

Für Migrantinnen und Migranten über 20 Jahre gibt es im Kanton Zug ein vom Bund finanziell unterstütztes Angebot mit dem Ziel, die Arbeitsmarktfähigkeit der Teilnehmenden zu verbessern. Das I-B-A-20+ wurde bisher von 29 Personen besucht. Bei einer möglichen Verbleibdauer von einem Jahr haben 17 Personen das Angebot bereits nach durchschnittlich 5 Monaten mit einer Anschlusslösung (Lehre, Praktikum, Arbeitsstelle) verlassen. Das I-B-A-20+ ist individuell gestaltet und verbindet je nach Zielsetzung schulische Inhalte mit Bewerbungcoaching und Praktika.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Brückenangebote bereiten Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit auf die berufliche Grundbildung oder eine allgemeinbildende Schule vor. Sie sind für Jugendliche vorgesehen, die noch Zeit für eine erfolgreiche Anschlusslösung brauchen.











2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der die Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Evaluation des Lernplanes		
B	Lösungen erarbeiten für Jugendliche zwischen IV und Vermittelbarkeit im ersten Arbeitsmarkt	Entscheid über das weitere Vorgehen liegt vor		
C	Umbau und Bezug neue Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: IBA	Bezug der Räumlichkeiten		
D	Neu und Umbau Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: Umbau KBA	Umsetzung des Bauvorhabens gemäss Kantonsratsbeschluss		
Leistungsgruppe 1: Schulisches Brückenangebot (S-B-A)				
3	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	Anschlusslösung > 90 % erreicht; Eintritt > 70 % in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule		
F	Konzept zur Förderung von Jugendlichen in Schlüsselkompetenzen	Konzept Schlüsselkompetenzen ist implementiert		
G	Standardisierung Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (Kantonale Stellen, private Organisationen usw.)	Konzept zur systematischen Zusammenarbeit mit allen Kooperationspartnern im Zusammenhang mit Berufswahl und Lehrstelle ist entwickelt		
Leistungsgruppe 2: Kombiniertes Brückenangebot (K-B-A)				
4	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	> 80 % erreichen Anschlusslösung		
5	Zeitnahe Reaktion auf Anliegen der Praktikumsstellen, Kontakt und Imagepflege	Pro Lernenden finden mind. 2 Besuche in Betrieben statt; Reaktionen auf Anliegen innerhalb 1 Woche		
I	Pädagogische Grundsätze bewusst machen und begründet umsetzen in der neuen Architektur	Pädagogische Grundsätze sind benannt und deren Umsetzung beschrieben		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Integrations-Brückenangebot (I-B-A)				
6	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	> 70 % erreichen Anschlusslösung	●	
J	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem Schulentwicklungs-Projekt «Beurteilen und Fördern»	Neues Zeugnis ist implementiert	●	
K	Einführung der Bewertung von Selbst- und Handlungskompetenzen	Tool ist implementiert	●	
L	Im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogrammes Aufbau des IBA 20+	Erster Zwischenbericht liegt vor	●	
M	Pädagogische Grundsätze bewusst machen und Lernlayout-Konzept erarbeiten	Pädagogische Grundsätze sind bekannt und deren Umsetzung ist beschrieben	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Anmeldungen SBA und KBA	Anzahl		160	162
Lernende SBA	Anzahl	55	65	58
Lernende KBA	Anzahl	60	60	63
Lernende IBA	Anzahl	74	75	93

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Lernende IBA: Die Anzahl der Lernenden von total 93 setzt sich aus 76 Lernende IBA und 17 (Angebotsjahr 2014/15) Lernende IBA20+ (Integrations-Brücken-Angebot für Erwachsene) zusammen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'193'632.94	-5'363'530	-5'276'292.55	87'237.45	-1,6
Total Ertrag	579'945.80	460'000	493'192.55	33'192.55	7,2
Saldo	-4'613'687.14	-4'903'530	-4'783'100.00	120'430.00	-2,5

Kommentar Rechnung

23'000 Franken weniger IT-Aufwand als erwartet, da aufgrund der neuen Anlagen am I-B-A die Wartungen für das erste Jahr im Lieferungsantrag eingeschlossen wurden.
22'000 Franken weniger Mietaufwand als erwartet, da weniger Kosten für Schulräume in Rechnung gestellt wurden sowie Einsparungen bei Mietkosten der Kopiergeräten und Reduzierung von Kopien.

23'000 Franken weniger Spesenaufwendungen als erwartet.

21'000 Franken Kostensenkung beim Material- und Warenaufwand.

33'000 Franken Mehreinnahmen als erwartet, da viele Schülerinnen/Schüler aus der gemeindlichen Sekundarstufe I das I-B-A besuchten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2012.0001	Hardwareersatz Integrations-Brücken-Angebot (IBA)					
	Ausgaben		-200'000	-198'344.25	1'655.75	-0,8
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-200'000	-198'344.25	1'655.75	-0,8
	Einnahmen					
	Saldo		-200'000	-198'344.25	1'655.75	-0,8

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Angesichts des Fachkräftemangels hat das GIBZ diverse Massnahmen getroffen. So konnten neue Bildungsformate eingeführt und auch ein bestehender Fonds in ein Gefäss zur Förderung von Bestleistungen umgewandelt werden. Das Thema Nachhaltigkeit wurde erfolgreich weiterentwickelt. Es konnten alle 27 Berufsbilder identifiziert und deren Lerninhalte auf der Grundlage der Cleantech-Strategie des Bundes für den Unterricht bereitgestellt werden. Ausserdem wurde im Herbst das Pilotprojekt «Bildung Nachhaltige Entwicklung, BNE» mit den Lehrberufen Elektroniker/Elektronikerin EFZ und Zeichner/Zeichnerin EFZ Architektur lanciert.

Bildungsformate und Anzahl Lernende

Die Nachfrage nach zusätzlichen Qualifizierungsmassnahmen im Allgemeinen und im Besonderen im Gesundheitswesen hat sich über Erwartungen rasant entwickelt. Dies hatte eine entsprechende Zunahme von Lernenden, respektive von weiteren Bildungslehrgängen, zur Folge. Als neues Bildungsformat im Gesundheitswesen konnte der Zertifikatslehrgang in Langzeitpflege- und -betreuung eingeführt werden. Gestützt auf die Erfahrungen bei der Validierung und modularen Grundbildung im Gesundheitswesen (und vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels) mussten zusätzliche Klassenzüge eingeführt werden.

Förderung von Bestleistungen

In Anbetracht des Fachkräftemangels und der Wirtschaft, die eine neue Generation von Wissensmitarbeiterinnen und -mitarbeitern verlangt, hat das GIBZ ein Gefäss «Die Talentschmiede» geschaffen, der die Förderung von Lernprojekten in der beruflichen Grund- und Weiterbildung am GIBZ bezweckt. Bei der Vergabe von Beiträgen steht die Entwicklung von aktuellem, praxisnahem Fachwissen in Verbindung mit der Lernortkooperation in der Berufsbildung und die Anerkennung aussergewöhnlicher Leistungen und Arbeiten zur Förderung der berufsbezogenen Wissensanwendung und Kompetenzentwicklung im Zentrum. Es können sowohl Projektarbeiten, Vertiefungsarbeiten oder Interdisziplinäre Projektarbeiten eingereicht werden. Die Unterstützung des ersten Projekts «Fluminos-underwaterpower» hat bereits Früchte getragen. Nach dem Gewinn des Helmut Fischer Jugendpreises hatten sich die Preisträger für den CH-Jugendforsch-Wettbewerb qualifiziert, wo sie mit dem Prädikat «Hervorragend» ausgezeichnet wurden und dank einem Sonderpreis an der ESI MILSET Expo-Science International ihre Arbeit in Brüssel ausstellen konnten.

Pilotprojekt «Bildung Nachhaltige Entwicklung (BNE)»

Nachdem auf Grund der Cleantech-Strategie des Bundes (Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien), welche die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschung, Kantonen und Bund fördert, 29 Berufsbilder am GIBZ identifiziert und deren Lerninhalte in den theoretischen Unterricht bereitgestellt wurden, konnte im September das Pilotprojekt BNE lanciert werden, welches die Vermittlung von nachhaltigem Denken und Handeln durch Bildung zum Ziel hat. Es entspricht der Philosophie der Volkswirtschaftsdirektion und wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wissen, Energie und Rohstoffe Zug WERZ sowie der Stiftung éducation 21 umgesetzt. In einer ersten Phase des Pilotprojektes wurden vor dem Hintergrund des Masterplanes Cleantech die beiden Grundbildungen Elektroniker/Elektronikerin EFZ und Zeichner/Zeichnerin EFZ Fachrichtung Architektur gefördert. Die Projektziele werden mit folgenden drei Lerngefässen umgesetzt: Integration und Vermittlung von relevanten Nachhaltigkeitsthemen in den Lehrgängen, Umsetzung von Projektarbeiten, bei denen die Lernenden anhand der erworbenen Kenntnisse ihr berufliches Umfeld reflektieren und Optimierungspotenziale erkennen, sowie Aufbau eines Lernparcours Nachhaltigkeit, der die im Unterricht behandelten Themen anhand von konkreten Installationen und Lernexponaten veranschaulicht.

Optimierungen

Durch verschiedene Optimierungen wie zum Beispiel Anpassung der Klassengrössen, Klassenzusammenlegungen, Pensumsreduktionen konnten die Personalkosten plangemäss reduziert werden. Ebenfalls gezielte Optimierungen führten in verschiedenen Bereichen zu geringerem Sachaufwand und tieferen Kosten für externe Dienstleistungen, insbesondere auch bei den Betriebskosten und im Bereich des Unterhalts und der Erneuerung von Gebäude, Maschinen und Mobiliar.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das GIBZ ist das Kompetenzzentrum für die schulische Grundbildung in gewerblichen, industriellen und gesundheitlichen Berufen, inklusive Allgemeinbildung (ABU), Berufsmaturität (BM) und Sport (SP). Die gleiche Funktion hat es für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Koordination der Bildungspartner im Sinne der Lernortkooperation optimieren	Institutionalisierter Austausch in den GIBZ-Berufsfeldern; präzise Feinabstimmungen bei 27 Lehrberufen und keine Beanstandungen	●	
A	Raumnotstand am GIBZ durch umfassende Analysen und tragfähige Optimierungsmassnahmen minimieren	Ausreichende Unterrichts-, Vorbereitungs- und Verwaltungszimmer während der baulichen Erweiterung im Trakt 1 für das K-B-A bereitstellen	●	
D	Ablösung Schulverwaltungs-Software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Erfolgreiche Einführung der neuen Software am GIBZ sicherstellen	●	
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Zeitgerechte Umsetzung der Rahmenlehrpläne in Schullehrpläne sicherstellen	Aktualisierte Rahmenlehrpläne umgehend in Schullehrpläne transformiert, auf dem GIBZ-Netz publiziert und entsprechend umgesetzt	●	
7	Notwendige IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht in der Grund- und Weiterbildung gemäss kantonalem IT-Konzept und Pädagogischem Konzept des GIBZ bereitstellen	90 % Verfügbarkeit der Hard- und Software sowie der Internet-Kommunikationstools; Sicherstellung des First- und Second Level Supports	●	
8	Wirkungsvolle und effiziente Lern- und Begabtenförderung, verbunden mit der entsprechenden Lernbegleitung (Coaching und Mediation sicherstellen)	0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grund- und Weiterbildung für die Lern- und Begabtenförderung im Rahmen der Stütz- und Freikurse nach BBG	●	
10	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot an Medien sicherstellen	Rund 11'000 Ausleihen	●	
12	Mobilitätskultur gemäss GIBZ-Konzept im Rahmen des EU-Förderprogramm «Erasmus+ für die Berufsbildung» pflegen	26 Austauschprojekte für Lernende und Lehrpersonen gemäss EU-Richtlinien realisiert	●	
E	Neue Verordnung der Berufsmaturität (BM) sowie die neuen Rahmenlehrpläne umsetzen	BM-Modelle angleichen; Schullehrplan erstellen und einführen	●	
L15	Konzeption und Entwicklung von grossmehrfach englischsprachigen Berufsbildungsangeboten	Pilotlehrgang im Lehrberuf Informatik gestartet	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
13	Kurse und Validierung der Ergänzenden Bildung, der Berufsorientierten Weiterbildung sowie der Höheren Berufsbildung unter Einhaltung der Branchenstandards sicherstellen	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	●	
14	Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung unter Einhaltung der Branchenstandards sicherstellen	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	●	
17	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben einhalten	85 % Kostendeckungsgrad (Deckungsbeitrag 1)	●	
G	Umgestaltung des HF-Lehrgänge Technik vom altrechtlichen zum neurechtlichen Status	Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren des HF-Lehrganges Technik finalisiert	●	
L13	Aushandlung von Vertragsgrundlagen mit den zuständigen Organisationen der Arbeitswelt	Absichtserklärung unterzeichnet und interinstitutionelle Arbeitsgruppe für die Grundlagenbereitstellung bestellt; Nachfrageanalyse ist in der Startphase erfolgt	○	Wegen Entlastungsprogramm gestrichen. Dafür Gewährleistung der Alternativ-Ausbildung «Eidg. Meister- und Berufsprüfung in Zahntechnik», welche ebenfalls auf Stufe Tertiär B angeboten wird
Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen				
19	Eigene Entwicklungsprojekte rund um die Berufsbildung an Dritte vermieten und der Wissenstransfer im Sinne von Benchmark nutzen	250 verrechenbare Arbeitsstunden; 15 verrechenbare Vermietungen aus der virtuellen GIBZ-Plattform «Knowledge Factory»	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Grundbildung	Klassen	139	140	129
	Lernende	1'857	1'870	1'820
	Lektionen	67'720	67'900	62'850
Berufsmatura	Klassen	35	31	28
	Lernende	471	430	388
	Lektionen	20'380	21'000	16'300
IT-Infrastruktur	PC-Stationen	655	635	640
	User	2'790	2'700	2'780
	Softwarepakete	101	100	100
Mediathek und Digithek	Ausleihen	11'430	11'500	11'480
	Artikel	19'385	19'500	19'050
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module	52	42	58
	Teilnehmende	832	800	635
	Lektionen	2'704	2'200	1'854

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
HF-Vollzeit-Studium	Klassen	2	2	1
	Studierende	31	30	24
	Lektionen	2'370	3'400	1'950
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten	104	120	109
	Teilnehmende	1'494	2'300	1'830
	Lektionen	4'550	6'500	4'890

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die geplanten Entlastungsmassnahmen wurden per 1. August gleichzeitig über alle Bildungsformate einlaufend eingeführt. Deshalb sind deutlich weniger Klassen geführt worden. In diesem Zusammenhang wurden teilweise Klassenverbände optimiert und Gebühren angepasst.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-25'187'380.09	-25'772'993	-24'126'862.92	1'646'130.08	-6,4
Total Ertrag	5'627'136.35	5'366'700	5'424'371.10	57'671.10	1,1
Saldo	-19'560'243.74	-20'406'293	-18'702'491.82	1'703'801.18	-8,3

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

925'000 Franken Einsparungen der Personalkosten durch Optimierung der Klassengrössen.

80'000 Franken Einsparungen bei Betriebs- und Unterrichtsmaterial durch Optimierung der Klassengrössen.

156'000 Franken Einsparungen bei Kauf und Unterhalt von Mobiliar und Geräten.

50'000 Franken Einsparung wegen Verzicht auf Höhere Fachschule Zahntechnik.

Da das Schuljahr 2015/2016 im August startet, wurden diese EP-Massnahmen bereits umgesetzt.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

142'000 Franken Einsparungen bei den Lohnkosten für Aushilfs-Lehrpersonal.

59'000 Franken Einsparung bei den Heiz- und Stromkosten infolge neuer Heizungsanlage.

184'000 Franken Mehrerträge bei Kursgebühren, Kantonsbeiträgen und Dienstleistungen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2013.0005 PC Ersatz- und Neuanschaffungen Schulzimmer 2014					
Ausgaben	-158'427.35				
Einnahmen					
IT2013.0006 PC Ersatz- und Neuanschaf. Lehrervorb.Zimmer 2014					
Ausgaben	-53'916.30				
Einnahmen					
IT2013.0007 Ersatz der Netzwerkkomponenten (Backbone)					
Ausgaben		-140'000	-111'428.85	28'571.15	-20,4
Einnahmen					
IT2013.0008 PC Ersatz- und Neuanschaffungen 2015					
Ausgaben		-100'000	-84'802.15	15'197.85	-15,2
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2013.0003	Lernenden- und Personalausweis mit Legicfunktion					
	Ausgaben	-33'803.55				
	Einnahmen					
VD2013.0004	Gebäudesignaletik In- und Outdoor					
	Ausgaben	-10'667.70				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-256'814.90	-240'000	-196'231.00	43'769.00	-18,2
	Einnahmen					
	Saldo	-256'814.90	-240'000	-196'231.00	43'769.00	-18,2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT2013.0007 und IT2013.0008: Durch den Vergabeerfolg beim Einkauf und durch die Kooperation mit dem AIO konnten die Investitionen optimiert werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben dem Tagesgeschäft in Schule und Beratung war das Jahr geprägt vom Entlastungsprogramm und den Planungen in Bezug auf den künftigen Schulgutsbetrieb Chamau. Die Lehrgänge, insbesondere in der höheren Berufsbildung, sind sehr gut besucht. So konnte zum dritten Mal ein Agrotechniker/Agrotechnikerin HF-Lehrgang ausgebucht gestartet werden. Zurzeit besuchen 84 Studierende und 45 Lernende aus dem Fachbereich Landwirtschaft den Schluechthof.

Grundbildung

In der Grundbildung liegt die Belegung im normalen Rahmen. Im Juni konnte 15 erfolgreichen Lernenden, davon zwei Frauen, das eidgenössische Fähigkeitszeugnis übergeben werden. Die Belegung der Schule in der Grundbildung hängt von der Anzahl Lehrverhältnisse im Kanton Zug ab. Diese sind mit rund 45 Lehrverhältnissen seit mehreren Jahren konstant. Die Nachfrage nach Lehrstellen in der Landwirtschaft ist nach wie vor gross. Nach Beobachtungen des LBBZ gibt es mehr junge Menschen, die eine Lehrstelle in der Landwirtschaft suchen, als Lehrstellen angeboten werden.

Höhere Berufsbildung

Die Auslastung in der Höheren Berufsbildung ist sehr gut. Der Lehrgang Agrotechniker/Agrotechnikerin HF konnte zum fünften Mal gestartet werden, nun ist er zum dritten Mal in Folge ausgebucht. Die Betriebsleiterschule wurde in den letzten zwei bis vier Jahren einer umfassenden Reform unterzogen. Die Konsequenz ist, dass mehr Studierende den ersten Teil der Betriebsleiterschule besuchen, welche mit der Berufsprüfung und dem Titel Landwirt/Landwirtin mit eidg. Fachausweis abschliesst (insgesamt 25 Teilnehmende). Etwa ein Drittel der Studierenden absolviert die Ausbildung in zwei Jahren, zwei Drittel innerhalb von einem Jahr. Von den Absolventinnen und Absolventen der Berufsprüfung legt etwa die Hälfte die Meisterprüfung ab (insgesamt 12 Teilnehmende).

Der Lehrgang Baupflege-Spezialist wurde wieder zusammen mit dem Berufsverband Baumpflege Schweiz angeboten. Insgesamt nahmen 32 Teilnehmende an dem Lehrgang teil.

Beratung

Die Beratung war geprägt durch sehr viele Anfragen im Bereich Hofübergabe. Dazu kamen auch einige Beratungsfälle aufgrund finanziell schwieriger Situationen auf den Betrieben. Insgesamt stieg die Anzahl Beratungsfälle leicht an, blieb aber in Rahmen der Vorjahre.

Seminare

Bei den Mahlzeiten wurde im letzten Jahr erstmals die Grenze von 20'000 Mahlzeiten pro Jahr gebrochen. Die Gründe liegen in der guten Auslastung im Bereich der Schule und der verwaltungsinternen und -externen Vermietungen. Das Internat ist sehr gut ausgelastet. In den Wintermonaten war es ausgebucht. In den Sommermonaten war die Belegung etwas tiefer, da wegen dem Lehrgang Baumpflege-Spezialisten einzelne Zimmer nicht durchgehend vermietet werden konnten. Die Vermietung an Drittpersonen hat aufgrund der rückläufigen Nachfrage abgenommen. Die Verwendung für eigene Lehrgänge hat zugenommen.

Planungen für den künftigen Standort Chamau

In Zusammenarbeit mit der Baudirektion wurde die Planung für den Aufbau des Standorts Chamau des LBBZ in der Gemeinde Hünenberg weitergeführt. Die Planungen betrafen bauliche und betriebliche Anpassungen am neuen und am bisherigen Standort. Die Baueingabe erfolgte Anfang 2016.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet – wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit – die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentralschweiz, Aargau und Zürich)	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen und Austausch von mind. 12 Lehrpersonen; Überregionales Wahlfachangebot in der Grundbildung und der Höheren Berufsbildung	●	
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	In den landwirtschaftlichen Berufen: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen	1 Klasse pro Lehrjahr; die rechtlichen Vorgaben sind eingehalten	●	
4	Qualifikationsverfahren nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausbildung zur Landwirtin/zum Landwirt EFZ durchführen	Vorgaben des Amtes für Berufsbildung sind umgesetzt	●	
5	Durchführung der Qualitätsevaluation gemäss den einschlägigen Richtlinien und den LBBZ-Vorgaben	Mehr als 80 % positive Ergebnisse gemäss datenbasierter Qualitätsevaluation	●	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
6	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt und der Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Führen von 2 Klassen mit mind. 12 Teilnehmenden für die Vorbereitung der Berufsprüfung und mit mind. 5 Teilnehmenden für die Vorbereitung für die Meisterprüfung (integriert in die HF-Klasse); Qualifikation über dem CH-Durchschnitt	●	
8	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpflege-Spezialist BP» nach den Vorgaben der Branche	Start im Frühling mit 1 Klasse mit mind. 20 Teilnehmenden	●	
9	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF» gemäss den Grundlagen des Rahmenlehrplans	Führen von 2 Klassen mit mind. je 12 Teilnehmenden	●	
10	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen; Kostendeckungsgrad mind. 85 % (Deckungsbeitrag 1)	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
11	Attraktive Wissensvermittlung bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 14/15; 3'500 Teilnehmerlektionen	●	
Leistungsgruppe 3: Beratung				
15	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheidungsfindung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	35 grössere Beratungsfälle (> 1,5 Std.); Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	●	
Leistungsgruppe 4: Hotellerie				
17	Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen innerhalb der verfügbaren Zeit nutzen	Mind. 30 Vermietungen; Kundenzufriedenheit > 90 %	●	
18	Kostenorientierte Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an die Gebäudenkosten, nach Abzug der Sachkosten und der Personalkosten von mindestens 100'000 Franken; Kundenzufriedenheit > 85–90 %	●	
Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb				
19	Der Versuchs- und Demonstrationbetrieb wird nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen geführt	Jahresgewinn von > 15'000 Franken; mind. 10 Betriebszweige (Kulturen); mind. 2 Auszubildende; mind. 5 Demonstrationsversuche	⊖	Jahresverlust 70'000 Franken, da die Preise in der Milchvieh- und der Schweinehaltung sehr schlecht waren und die produzierte Milchmenge weniger war als erwartet

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Grundbildung	Klassen	3	3	3
	Lernende	45	48	45
Höhere Berufsbildung	Klassen	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)
	Lernende	74	60	84
Beratung	Anzahl grössere Fälle	46	50	55
Hotellerie	Anzahl Mahlzeiten		18'000	20'053

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'208'530.50	-4'245'125	-4'190'897.65	54'227.35	-1,3
Total Ertrag	2'100'521.59	2'202'500	2'286'467.89	83'967.89	3,8
Saldo	-2'108'008.91	-2'042'625	-1'904'429.76	138'195.24	-6,8

Kommentar Rechnung

Dank konsequentem Umsetzen von kleineren Sparmassnahmen auf Amtsstufe war es möglich, beim Aufwand rund 55'000 Franken einzusparen. Bei den Einnahmen wirkte sich die hohe Belegung der Lehrgänge im Bereich der Höheren Berufsbildung und die frühe Einführung der neuen interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) positiv aus. Dies führte zu nicht budgetierten Mehreinnahmen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das KBZ erreicht sowohl in der Grund- als auch in der Weiterbildung seine Ziele. Die Projekte sind erfolgreich abgeschlossen oder liegen im Zeit- und Budgetrahmen. Die Abschlussergebnisse der Lernenden der Grund- und Weiterbildung sind überdurchschnittlich. Die Angebote der KBZ-Weiterbildung sind sehr gut nachgefragt. Das KBZ wurde mit dem «Schweizer Schulpreis» ausgezeichnet.

Grundbildung

Der Pilotversuch «Lernen und neue Medien» ist auf Kurs. Weitere erste Klassen setzen ihre Laptops regelmässig im Unterricht und beim Lernen ein. Die neuen Berufsmaturitätsklassen in den drei Modellen lehrbegleitend, berufsbegleitend und Vollzeit arbeiten nach den neuen Rahmenlehrplänen. Die Anerkennung durch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation ist beantragt. Die Lernenden des KBZ haben erneut überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt. So blieben zum Beispiel lediglich 1,3 Prozent der Kaufleute ohne Abschlusserfolg, verglichen mit 7,5 Prozent im Schweizer Schnitt.

Weiterbildung weiterhin erfolgreich

Die Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer stieg auf hohem Niveau leicht an. Die Neukonzeption der Bildungsgänge verlief erfolgreich und stärkte die Attraktivität des vielfältigen Angebots. Insbesondere die Bildungsgänge im Finanzbereich konnten von diesen Anpassungen profitieren und entwickelten sich überdurchschnittlich. Die langjährige Schul- und Qualitätsentwicklung «KBZplus» verläuft weiterhin erfolgreich. Die Erfolgsquoten bei den Abschlussprüfungen wie auch die Zufriedenheit der Teilnehmenden waren sehr gut. Die Erträge aus Teilnehmergebühren und Abgeltungen konnten gegenüber dem Budget leicht gesteigert werden.

Auszeichnung mit Schweizer Schulpreis

Der Verein Forum Bildung zeichnete zum zweiten Mal Schulen «für ihr überdurchschnittliches Engagement sowie für die Gestaltung herausragender Prozesse und Resultate im Umgang mit schulischen bzw. pädagogischen Herausforderungen» aus. Das KBZ konnte den mit 20'000 Franken dotierten Preis gewinnen. Ausschlaggebend waren gemäss Laudatio der Jury das Lernkonzept Mittelpunkt, der Einbezug von IT-gestützten Methoden, die Fokussierung auf die Berufswelt und die intensive Kooperation mit den Partnern der Wirtschaft.

Berufsbildung International im KV-Bereich gut gestartet

Der neue Ausbildungsgang, der im Rahmen des Projekts «Berufsbildung international» grossmehrheitlich in Englisch geführt wird, ist mit 15 Lernenden erfolgreich gestartet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das KBZ ist das Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels; ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule für Wirtschaft.











2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «schulNetz»	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung)		
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	In den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität	Umsetzung der Schullehrpläne in den 6 Berufen des KBZ		
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen (Lehrabschlussprüfung)	60 Kursangebote		
3	Beratung und Mediation gemäss KBZ-Konzept umsetzen	60 Beratungsgespräche pro Semester		
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen gemäss einschlägigen Vorgaben und KBZ-Konzept umsetzen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht		
B	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (1. Lehrgang ist abgeschlossen, das Qualifikationsverfahren durchgeführt)		
C	Berufsmaturität: Einführung neue Bildungsverordnung und Rahmenlehrplan	Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen		
D	«Lernen und neue Medien», Schulentwicklungsprojekt	Weitere Pilotklassen sind gestartet; Zwischenevaluation und Entscheid über weiteres Vorgehen		
E	Einführung des Lehrgangs «way up plus» für die Kaufmännische Grundbildung (verkürzte Ausbildung für gymnasiale Maturi)	Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen		
L15	Marketing und Start von Berufslehren Kauffrau/Kaufmann und/oder Informatikerin/Informatiker	Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	●	
6	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels gemäss den einschlägigen Standards der einzelnen Angebote umsetzen	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone (ca. 3,4 Mio.); Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1) sowie überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	●	
H	Neukonzeption von Angeboten (ca. deren 10) zwecks optimaler Abstimmung auf nachfolgende Lehrgänge	Zu 70 % umgesetzt	●	
I	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Zuger Wirtschaft und Partnern	Konzept erstellt; erste Gefässe zu Kooperation und Austausch umgesetzt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Grundbildung ohne BMS II	Klassen	61	61	59
	Lernende	992	990	966
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzel-lektionen)*	42'892	43'800	42'720
Grundbildung BMS II	Klassen	4	4	4
	Lernende	58	70	75
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzel-lektionen)*	3'699	3'800	4'206
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende	105	95	99
	Klassen	6	6	6
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzel-lektionen)	2'676	3'700	2'850
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatz-volumen **	2,71 Mio.	2,56 Mio.	2,72 Mio.
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatz-volumen **	0,23 Mio.	0,30 Mio.	0,26 Mio.

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Grundbildung ohne BMS II: Die Zahl der Lernenden liegt rund 2,5 Prozent unter Budget, bei 966 statt 990. Im Jahr 2012 hatten überdurchschnittlich viele Lernende im Bereich der Kaufleute und im Detailhandel ihre Berufsausbildung aufgenommen. Diese Lernenden haben die Ausbildung im Jahr 2015 beendet. Ausserdem sind im 2015 nur 98 Lernende ins erste Ausbildungsjahr im Detailhandel neu eingetreten; im Vorjahr waren es 20 mehr.

* Standard-Lektionen: Diese Masszahl ist die wesentliche Planungsgrösse, von der dann wiederum zahlreiche andere kostenrelevante Grössen abhängen. Standard-Einzelaktionen = durchschnittliche Anzahl ordentliche einzelne Lektionen gemäss Lektionentafeln der Lehrgänge.

** «Umsatzvolumen»: Teilnehmer- und Prüfungsgebühren, inkl. die von der Teilnehmerzahl abhängige Abgeltung von anderen Kantonen. Die Gebühren und Abgeltungen in der Weiterbildung blieben nahezu unverändert auf 3,55 Millionen Franken statt 3,57 Millionen Franken.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-16'810'590.61	-16'759'537	-16'655'527.27	104'009.73	-0,6
Total Ertrag	4'590'464.60	4'311'000	4'453'117.80	142'117.80	3,3
Saldo	-12'220'126.01	-12'448'537	-12'202'409.47	246'127.53	-2,0

Kommentar Rechnung

Die Erträge im Bereich Weiterbildung konnten gegenüber Budget leicht gesteigert werden. Gleichzeitig konnte durch Ausgabendisziplin eine geringfügige Aufwandunterschreitung erreicht werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2019.0004 Ausbau IT-Mobility Infrastruktur					
Ausgaben	-127'726.50				
Einnahmen					
IT2019.0005 Bring your own Device (BYOD)					
Ausgaben		-120'000	-62'840.88	57'159.12	-47,6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-127'726.50	-120'000	-62'840.88	57'159.12	-47,6
Einnahmen					
Saldo	-127'726.50	-120'000	-62'840.88	57'159.12	-47,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT2019.0005: Das Investitionsvorhaben konnte deutlich unter Budget abgeschlossen werden. Insgesamt wurde der Funktionsumfang redimensioniert, so zum Beispiel mit Verzicht auf eine ausgebaute Lösung im Bereich mobile printing.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Vollzugstätigkeit des Amts wird durch Bundesgesetze vorgegeben und von der Konjunkturlage beeinflusst. Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank, den Wechselkurs des Frankens vom Euro zu entkoppeln, hat die vor Jahresfrist an dieser Stelle erwähnten Unsicherheiten kurzfristig verstärkt. Die Umfrage des Technologie Forums Zug bei den Mitgliedfirmen zeigt aber, dass die erwarteten negativen Auswirkungen besser abgefedert werden konnten als befürchtet. Dennoch werden Auswirkungen beim Arbeitsmarkt und bei den vielen Gesprächen mit den Unternehmen sichtbar. Am stärksten verunsichern die ungelöste Frage des privilegierten Marktzutritts zur EU und die damit gekoppelte Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften.

Herausforderndes, wirtschaftliches Umfeld

Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank im Januar, den Wechselkurs des Frankens vom Eurokurs zu entbinden, hat den Druck auf die Marge und die Produktivität bei den Firmen erhöht. Entsprechend werden Themen wie Reorganisation, Standortentscheid bei anstehenden Investitionen, Auslagerung usw. intensiver diskutiert. Ergänzend dazu besteht ein hoher Kommunikationsbedarf gegenüber international tätigen Firmen zu Fragen betreffend privilegiertem Zugang zur EU, gesicherte Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Unternehmenssteuerreform III. Dies bestätigt die Richtigkeit der seit Jahren verfolgten, höchsten Priorität der Kontaktstelle Wirtschaft: Wirtschaftspflege zugunsten ansässiger Firmen. Auch wenn aufgrund der oben erwähnten Situation Arbeitsplätze verloren gingen und gehen werden, so können regelmässig erfolgreiche Ansiedlungen in Bereichen wie LifeScience, ICT und Unternehmensdienstleistungen betreut bzw. verzeichnet werden. Die nationale und insbesondere die internationale Konkurrenz werden aber zusehends härter.

Steigende Arbeitslosenzahlen, trotz Fachkräftemangel

Das oben dargestellte Umfeld hat die Arbeitslosenrate des Kantons Zug von 2,2 Prozent im Frühjahr auf 2,6 Prozent per Ende Jahr steigen lassen. Gleichzeitig beklagen die international tätigen Firmen die Kürzung der Drittstaatskontingente (= Nicht-EU/EFTA-Länder) um über ein Viertel durch den Bundesrat. Dank Reserven des Bundes und einem intensivierten Kontakt mit den gesuchstellenden Firmen konnten die wesentlichsten Bedürfnisse dennoch adressiert werden.

Im Rahmen der nationalen Fachkräfteinitiative wurden die älteren Arbeitskräfte und die Frauen als besser auszuschöpfendes Potenzial identifiziert. Um das Umfeld für ältere Arbeitnehmende und Stellensuchende zu verbessern, haben vier Direktionen des Kantons die Vorbereitung einer Kommunikationskampagne «Alter hat Potenzial» gestartet, die über zwei Jahre hinweg dauern soll, um Zerrbilder in der Wahrnehmung und Hindernisse aufzulösen resp. wegzuräumen. Ebenso sollen dank Informationsveranstaltungen – unter Federführung der Fachstelle Migration – Fachkräfte, welche im Familiennachzug zugewandert sind, besser rekrutierbar werden.

Zug ist keine Insel

Die eingangs erwähnten Herausforderungen und deren Lösungsansätze liegen allesamt auf Bundesebene. Sie beeinflussen den international ausgerichteten Wirtschaftsraum Zug aber stark. So sind Regierung und Kantonsverwaltung auf allen Ebenen gefordert, national und überregional einzubringen und zu kooperieren, um die gesamtschweizerischen Rahmenbedingungen auch mit den speziellen Bedürfnissen eines internationalen Wirtschaftsstandorts abzustimmen. Dies geschieht in nationalen Gremien und Arbeitsgruppen genauso wie in überregionalen Gefässen, wie der Metropolitankonferenz Zürich und der Arbeitsmarktbeobachtung AMOSA des Grossraums Zürich und Ostschweiz, in welchen unter anderem Lösungsansätze für den Fachkräftemangel und die Wiedereingliederung von ausgesteuerten Personen gemeinsam gesucht werden. Innerhalb der Greater Zurich Area AG werden die Kräfte mit sieben anderen Kantonen gepoolt, um mit den im internationalen Massstab sehr knappen Ressourcen auf den Auslandsmärkten zugunsten von Ansiedlungen bestehen zu können.

Befruchtende Kooperation mit Dritten

Auch oder gerade bei knapper werdenden kantonalen Ressourcen ist es ein Gebot der Stunde, dort die vom Kanton geforderte Leistung zu realisieren, wo diese am wirkungsvollsten und effizientesten erbracht werden kann. Private Organisationen sind bei der Beschaffung, aber auch bei einer Desinvestition, agiler und können so die Strukturen schneller den Anforderungen anpassen. Darüber hinaus sind diese für bestimmte Fragestellungen näher am Markt und erreichen genau da eine höhere Wirkung. Dies bedingt aber eine gut aufgebaute Führungsstruktur mit Wirkungs- und Leistungszielen. Es gilt die gut etablierte Zusammenarbeit des Amts mit dem Verein für Arbeitsmarktmassnahmen, dem Verein für die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden und dessen Fachstelle Migration Zug, dem Technologie Forum Zug, ProArbeit und dem Businesspark Zug weiterzuführen und den sich ändernden Anforderungen anzupassen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Markt- und Arbeitsmarktzugang				
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem SECO	100 Kontrollen FLAM		Der Bund hat im Herbst 2014 die Anzahl Kontrollen in der Leistungsvereinbarung auf 80 angepasst
2	Rechtsgleiche und rechtssichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländer	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt; < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM		
3	Zeitgerechte Bewilligungen zur Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen	> 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier		
Leistungsgruppe 2: Arbeitsbedingungen				
4	Bedarfsgerechte Beratung und rechtssicherer Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	System-Audit SECO erfüllen		
5	Bedarfsgerechte Beratung und rechtssicherer Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutachtungen (PB), Prüfung korrekte Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % PB innert 2 Arbeitswochen bearbeitet; 20 ASA-Kontrollen		
Leistungsgruppe 3: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit				
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	Führungskennzahlen des SECO mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen		
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits-(KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlassgesuche	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt; 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtl. Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)		
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der Arbeitsmarkt-Massnahmen	Mind. 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs; bei Kursbesuchenden > 80 % positive Rückmeldungen		
9	Rasches und juristisch stichfestes Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten; < 10 % Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Wirtschaftspflege				
10	Proaktive Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	130 Firmenbesuche im Kanton Zug; 60 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	●	
11	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	> 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	●	
12	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	3 Newsletter; 1 Neuunternehmer/innen-Apéro	●	
13	Bedarfsgerechte Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» 2 mal jährlich aktualisiert	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Stellensuchende	Personen	2'479	2'300	2'519
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Anzahl	457	600	410
Arbeitszeitbewilligungen	Anzahl	122	150	189
Planbegutachtungen	Anzahl	188	150	197
Bewilligungen für private Personalvermittlungs- und -verleihagenturen	Anzahl	476	450	504
Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Mitberichte, parlamentarische Vorstösse	Anzahl		60	53

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Stellensuchende und Ausländerbewilligungen: Die Anzahl ist direkt von allgemeiner Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage abhängig.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-16'087'765.04	-16'261'052	-15'862'525.73	398'526.27	-2,5
Total Ertrag	11'169'175.53	11'120'000	11'155'461.18	35'461.18	0,3
Saldo	-4'918'589.51	-5'141'052	-4'707'064.55	433'987.45	-8,4

Kommentar Rechnung
Aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung fiel der Beitrag von Bund und Kanton für die regionale Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktmassnahmen tiefer aus als budgetiert. Die Prognose des SECO zur finanziellen Beteiligung an den Kosten der öffentlichen Arbeitsvermittlung gemäss Art. 92 Abs. 7bis AVIG war, bezogen auf die tatsächliche Arbeitsmarktentwicklung, 80'000 Franken zu hoch.
Der kantonale Anteil, welcher 50 Prozent der Kosten für Arbeitsmarktmassnahmen von nicht bezugsberechtigten arbeitslosen Personen beträgt, war im Programm «Einstieg in die Berufswelt» 100'000 Franken tiefer als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeitslosenzahlen nahmen erneut zu. Die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von kantonaler Arbeitslosenhilfe blieb konstant. Die stagnierende Konjunkturlage bewirkte einen markanten Anstieg der Ausfallstunden bei den von Kurzarbeit und Schlechtwetter betroffenen Unternehmen.

Arbeitslosenentschädigungen nahmen zu

Im Jahresdurchschnitt nahm die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger erneut zu. Bei den Neuanmeldungen ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Die total geleisteten Arbeitslosenentschädigungen beliefen sich auf rund 67 Millionen Franken.

Kein Anstieg der kantonalen Arbeitslosenhilfe

Trotz der Zunahme bei den Beziehenden der bundesrechtlichen Leistungen blieb die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger der kantonalen Arbeitslosenhilfe mit 301 konstant. Mehr als die Hälfte sind über 50 Jahre und benötigten im Durchschnitt 54 Tage Arbeitslosenhilfe. 121 der Beziehenden haben sämtliche Leistungen der bundesrechtlichen Arbeitslosenversicherung und der kantonalen Arbeitslosenhilfe erhalten und sind ausgesteuert worden. Den Gemeinden sind für die ausgerichteten Leistungen und den Vollzug rund 2,25 Millionen Franken in Rechnung gestellt worden.

Zunahme der Entschädigungen bei Insolvenz bei Kurzarbeit und für Schlechtwetter

Bei den von Insolvenz des Arbeitgebers betroffenen Arbeitnehmenden ist ein Anstieg von 111 auf 193 zu verzeichnen. Die wegen Kurzarbeit und Schlechtwetter verursachten betrieblichen Ausfallstunden nahmen von 17'000 auf 81'000 Stunden markant zu. Die Entschädigungen erhöhten sich entsprechend deutlich von 0,4 Millionen Franken auf rund 3 Millionen Franken.

Abnahme der Gesuche für Mutterschaftsbeiträge

Die Beitragsgesuche haben im Jahresvergleich leicht abgenommen. Von den 75 Anträgen (54 Ausländerinnen und 21 Schweizerinnen) mussten 16 mehrheitlich wegen zu hohem Einkommen abgelehnt werden.

Tiefere Abweisungsquote bei Einspracheverfahren

Der Rechtsdienst beurteilte vermehrt Sachverhalte im Bereich fehlender Nachweise der Arbeitsbemühungen und selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit. Der Anteil an Abweisungen ging aufgrund neu zu beurteilender Sachverhalte auf etwas mehr als die Hälfte zurück. In 18 Fällen erfolgte ein Weiterzug an das Verwaltungsgericht.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG). Sie richtet die von den Gemeinden finanzierten Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bzw. das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Bundesleistungen nach AVIG				
1	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des SECO	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	●	
2	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	●	
5	Fristgerechtes Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	●	
6	Sicherstellen der Liquidität	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	●	
7	Fristgerechte Ausarbeitung fundierte Einsprache-Entscheide	Innert 3 Monaten (Durchschnitt) nach Einreichung der Einsprache	◐	30 % der Einsprachen benötigten wegen der Komplexität (Zusatzabklärungen) eine längere Bearbeitungszeit
Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen				
8	Fristgerechte Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	●	
9	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	●	
10	Fristgerechte Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	●	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen für Dritte				
11	Fristgerechte Ausarbeitung Einsprache Entscheide für AWA/RAV	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	●	
12	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des SECO	●	
13	Praxisgerechte Referententätigkeit bei RAV-Grundinformationskursen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG; 90 % positive Rückmeldungen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Bezüger/innen Arbeitslosenentschädigung (ALE)	Anzahl	3'501	3'700	3'604
Bezüger/innen Arbeitslosenhilfe (ALH)	Anzahl	300	300	301
Abrechnungen Arbeitslosenentschädigungen (ALE)	Anzahl	19'155	22'000	19'487
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl	17	40	13
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl	299	300	310
Mutterschaftsanträge	Anzahl	81	95	75
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl	227	280	349
Jur. Beratung Sachbearbeitung	Stunden	1'000	1'100	783
Jur. Beratung Arbeitsrecht	Stunden	700	1'000	681
Jur. Bearbeitung RAV	Stunden	1'400	1'500	1'484
Grundinformationskurse beim RAV	Anzahl	56	55	52
Bezüger/Innen Insolvenzenschädigung (IE)	Anzahl		80	193
Kurzarbeitende (KAE)	Anzahl		600	778
Monatsabrechnungen mit Einstelltagen (ALE)	Anzahl		1'900	1'834
Monatsabrechnungen mit Einstelltagen (ALH)	Anzahl		30	27

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

ALE-Bezüger: Weniger als erwartet, da Konjunkturlage und Frankenstärke noch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hatten. Dadurch sanken auch die Anzahl ALE-Abrechnungen.

Verfahren arbeitsrechtlicher Forderung AVIG 29: Weniger als erwartet dank Vergleichen und vermehrter Einhaltung der Kündigungsfristen.

Einsprachen AVIG (RAV): Mehr Verfahren abgeschlossen, aufgrund einfacherer Sachverhalte.

Kurzarbeit und Insolvenzenschädigung: Höhere Bezügerzahlen als Folge der stagnierenden Konjunkturlage.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'482'219.41	-6'234'561	-6'675'059.19	-440'498.59	7,1
Total Ertrag	5'217'441.41	5'080'000	5'193'163.73	113'163.73	2,2
Saldo	-1'264'778.00	-1'154'561	-1'481'895.46	-327'334.86	28,4

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand ist auf eine Rückstellung betr. Rückerstattung von Verwaltungskosten für den Vollzug AVIG im Jahr 2008 im Umfang von 0,4 Mio. Franken zurückzuführen. Die Verhandlungen mit dem Bund betreffend Anrechnung von Verwaltungskosten sind noch im Gang.

Nach Abschluss eines grösseren IT-Projekts wurden dem Handelsregister für dessen neues IT-Projekt 40 Prozent IT-Koordination übertragen, womit die Lohnsumme entsprechend sinkt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2031.0001	Integration ALK					
	Ausgaben		-100'000	-109'731.25	-9'731.25	9,7
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-100'000	-109'731.25	-9'731.25	9,7
	Einnahmen					
	Saldo		-100'000	-109'731.25	-9'731.25	9,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Bahnangebot der Zürcher S-Bahn wurde umgestellt und ausgebaut, wodurch halbstündliche Direktverbindungen zum Flughafen Zürich und nach Winterthur entstanden sind. Auch die Stadtbahn Zug erhöht ihre Kapazität und dehnt sich bis nach Sursee aus. Die Bahnausbauten im Raum Rotkreuz schreiten planmässig voran. Am Ostufer des Zugersees sind Einsprachen gegen die Baubewilligung der Streckensanierung und der Doppelspurinsel Walchwil beim Bundesverwaltungsgericht hängig. Als Folge des Entlastungsprogramms 2015–2018 wurde das bisherige Busangebot in Randstunden und am Wochenende gekürzt und der Testbetrieb einer Linie eingestellt.

Umfangreiches Bahnangebot

Mit der Inbetriebnahme des 2. Teils der Durchmesserlinie in Zürich verkehrt die S24 halbstündlich von Zug nach Zürich–Flughafen–Winterthur und stündlich bis Schaffhausen. Zudem verkehrt neu die S5 anstelle der S9 von Zug über Steinhausen nach Zürich–Uster–Rapperswil–Pfäffikon (SZ) und bringt mit den «Regio-Dosto» das neueste Rollmaterial der Zürcher S-Bahn nach Zug. Seit dem Fahrplanwechsel dehnt sich die Stadtbahn Zug weiter aus. Die S18 Luzern–Sursee wurde in S1 umbenannt und die Reisenden aus dem Raum Baar–Zug–Rontal können nun Richtung Sursee sitzen bleiben. Die S1-Züge, welche in der Hauptverkehrszeit noch in Einfachtraktion verkehrten, werden durch zwei zusätzliche FLIRT-Fahrzeuge verstärkt. Diese neuen Fahrzeuge wurden mit der letzten FLIRT-Bestellung der SBB beschafft. Dank neuem Innendesign mit besseren Stehplatzmöglichkeiten weisen die beiden neuen FLIRT eine höhere Transportkapazität auf.

Entlastungsmassnahmen beim Busangebot

Die für das Entlastungsprogramm 2015–2018 evaluierten Massnahmen beim öV-Angebot wurden am Fahrplanwechsel im Dezember umgesetzt. Sie waren bei den Gemeinden und in der Öffentlichkeit teilweise umstritten, und es wurden auch politische Vorstösse zum öV-Abbau in den Gemeinden Steinhausen und Baar eingereicht. Nach Buskilometern betrachtet, reduzierte sich das Busangebot um ca. 4 Prozent, was in etwa dem Ausbauvolumen des letzten Ausbauschnittes vor zwei Jahren entspricht. Das bisherige Busangebot bleibt grundsätzlich erhalten. Damit möglichst wenige Reisende betroffen sind, wurden diverse einzelne Buskurse zu Randzeiten und am Wochenende gestrichen. Die von der Gemeinde Hünenberg gewünschte innerörtliche Buslinie 44 wurde nach zwei Jahren Testbetrieb vorzeitig eingestellt. Für ein Jahr aufgeschoben werden die Entlastungsmassnahmen in der Gemeinde Baar. Der Gemeinderat hatte frühzeitig mitgeteilt, dass er für das bisherige Busangebot der Gemeindeversammlung einen Antrag unterbreiten wird. Trotz Abbaumassnahmen gibt es auch Angebotsverbesserungen. So fährt neu, auf Wunsch der Gemeinde Steinhausen und der Stadt Zug, die Linie 16 ab Dammstrasse via Gotthardstrasse–Metalli–Gubelstrasse in Richtung Steinhausen. Bei der Buslinie 1 verkehrt am Nachmittag ein zusätzlicher Kurs nach Unterägeri. Die Kantonsstrasse Sihlbrugg–Neuheim wird aus Kostengründen für eine Totalsanierung ein Jahr lang gesperrt. Die Buslinie 31 verkehrt statt im Rundkurs in zwei Linienästen von Baar nach Neuheim sowie nach Sihlbrugg Dorf.

Bahnausbauten am Zugersee

Das elektronische Stellwerk in Rotkreuz sowie das neue Gleis zur Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz wurden im Herbst in Betrieb genommen. Aktuell wird das bestehende Gleis vollständig saniert. Die provisorischen Perronverlängerungen im Bahnhof Rotkreuz wurden durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) genehmigt, dies gegen die Anträge des Kantons und der Gemeinde Risch, welche eine definitive Lösung forderten. Für die Sanierung der Bahnlinie Zug–Arth–Goldau und den Bau einer Doppelspurinsel in Walchwil wurde vom BAV die Plangenehmigung erteilt. Dagegen wurde von Einsprechern beim Bundesverwaltungsgericht (BVG) Beschwerde erhoben. Der Antrag der SBB auf Entzug der aufschiebenden Wirkung wurde vom BVG abgelehnt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr und setzt sich für eine attraktive überregionale Anbindung ein.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Nachfrageorientiertes öV-Angebot				
1	Rechtzeitiger Angebotsprozess	RRB im August; Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	●	
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kostendeckungsgrad > 40 %	●	
3	Hohe Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	Mehr als 90 % der Umfrageteilnehmenden sind zufrieden (Umfrage alle 3 Jahre)	●	
L6	Stadtbahn Zug im Netznutzungsplan des Bundes sicherstellen	Vollständiges Stadtbahnangebot in Netzgrafik STEP (Ausbauschnitt 2025) enthalten	●	
L23	Suche und Zusammenarbeit mit einem grösseren Partner wie SBB oder ZVV beim Aufbau Projekt Testregion öV-Zugangssystem	Gemeinsamer Projektauftrag	○	Projektstopp nach Ablehnung der finanziellen Ressourcen durch den Kantonsrat
Leistungsgruppe 2: öV-Verkehrsinfrastruktur				
4	Keine Kostenüberschreitungen	Halbjährliches Reporting von SBB und Tiefbauamt	●	
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren	98 % fristgerecht bearbeitet	●	
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	295 Haltestellen und Bahnhöfe	●	
A	Planung, Projektierung und Bauaufsicht von Bahnprojekten	Objektstudien 3. Gleis Baar–Zug inkl. Bahnhof Baar abgeschlossen; Schlussabrechnung Steinhausen Rigiblick liegt vor	○	Ziel ist übergeordnet abhängig von den Planungen des Bundes bei FABI, welche noch andauern; Schlussabrechnung für Steinhausen Rigiblick liegt seitens der SBB noch nicht vor
L7	Finanzierung / Vorfinanzierung Projektierung 3. Gleis Baar–Zug regeln	Unterzeichneter Auftrag an SBB zur Erarbeitung eines Vorprojekts des 3. Gleis Baar–Zug inkl. Anpassungen im Bahnhof Baar	○	Ziel ist übergeordnet abhängig von den Planungen des Bundes bei FABI, welche noch andauern
Leistungsgruppe 3: Öffentliche Schifffahrt				
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kostendeckungsgrad > 60 %	●	
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien	41	39	39
Bahn- und Buslinien	Länge in km	249	235	249
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl	315	295	295
Kursangebot	Kurskilometer	6,8 Mio.	7,0 Mio.	7,1 Mio.
öV-Tarife	Tariferhöhung	0 %	ca. 3 %	2,3 %

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

ÖV-Tarife: Die Tariferhöhung wurde auf der Basis der Vorgaben des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) beschlossen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-38'031'264.41	-37'491'605	-37'288'568.79	203'036.21	-0,5
Total Ertrag	7'500'018.00	7'427'800	7'539'169.00	111'369.00	1,5
Saldo	-30'531'246.41	-30'063'805	-29'749'399.79	314'405.21	-1,0

Kommentar Rechnung

Die Offerten im Regionalverkehr konnten mit den Transportunternehmungen etwas günstiger ausgehandelt werden.
Es konnten mit dem Fahrplan 2015 mehr Haltestellenabfahrten an die Gemeinden verrechnet werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0001 öV-Feinverteiler Planung					
Ausgaben	-19'270.65	-300'000	-20'057.70	279'942.30	-93,3
Einnahmen					
VD2035.0015 öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe					
Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
Einnahmen					
VD2035.0017 Investitionsbeitrag an SGZ					
Ausgaben					
Einnahmen	21'141.75				
VD2035.0020 Bahnprojekte (Planung und Projektierung)					
Ausgaben	-4'784.95	-800'000	-11'197.45	788'802.55	-98,6
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0022	Bahnprojekte (Bau)					
	Ausgaben	-15'207.75	-200'000		200'000.00	-100,0
	Einnahmen					
VD2035.0025	Zugfolgezeit Litti-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)					
	Ausgaben	-504'480.00	-60'000	-17'612.00	42'388.00	-70,6
	Einnahmen					
VD2035.0026	S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick					
	Ausgaben	-400'000.00	-10'000		10'000.00	-100,0
	Einnahmen	447'800.00	280'000		-280'000.00	-100,0
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-943'743.35	-1'420'000	-48'867.15	1'371'132.85	-96,6
	Einnahmen	468'941.75	280'000		-280'000.00	-100,0
	Saldo	-474'801.60	-1'140'000	-48'867.15	1'091'132.85	-95,7

Kommentar Rechnung

VD2035.0001: ÖV-Feinverteiler-Planung. Der Kredit wird voraussichtlich im 2016 abgeschlossen.

VD2035.0020: Aufgeschobener Projektstart, da das zukünftige Bahnangebot noch nicht abschliessend vorliegt.

VD2035.0022: Es mussten keine Erneuerungen und Ergänzungen an den Bahnanlagen vorgenommen werden.

VD2035.0026: Die Abschlussarbeiten erfolgen im Jahr 2016.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'259'162.35	-1'525'000	-1'306'210.15	218'789.85	-14,3
319	Übriger Betriebsaufwand		76'860		-76'860.00	-100,0
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-44'728'805.83	-45'335'000	-46'833'029.77	-1'498'029.77	3,3
	Total Aufwand	-45'987'968.18	-46'783'140	-48'139'239.92	-1'356'099.92	2,9
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	11'405'486.00	12'130'000	11'591'857.00	-538'143.00	-4,4
	Total Ertrag	11'405'486.00	12'130'000	11'591'857.00	-538'143.00	-4,4
	Saldo	-34'582'482.18	-34'653'140	-36'547'382.92	-1'894'242.92	5,5

Kommentar Rechnung

Überdurchschnittliche Zunahme der Kosten bei den Ergänzungsleistungen (EL) der AHV: Höhere Heimtaxen und höhere Pflegestufen (Zunahme der Pflegebedürftigkeit). Der Bundesanteil wird auf der Grundlage EL ohne Heimkosten berechnet (NFA-Lösung). Durch den Umstand, dass bei der EL immer höhere Heimkosten anfallen, hat sich der Anteil des Bundes an den Gesamtkosten laufend verringert (z. B. EL zur AHV von 28,2 % im 2014 auf 27,4 % im Jahre 2015). Solange die Heimkosten überdurchschnittlich steigen, hält dieser Trend an.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Administration der Agrarpolitik 2014–2017 hat sich eingespielt. Der landwirtschaftliche Kontrolldienst konnte auf papierlos umgestellt werden und übernimmt neu auch die Kontrollen des Veterinärdienstes. Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und den Abteilungen Ortsplanung und Baugesuche sowie Natur und Landschaft des Amtes für Raumplanung wurde nochmals intensiviert. Die aussergewöhnlichen Wetterbedingungen haben zusammen mit der Aufgabe des Mindestkurses, der Frankenstärke und dem EU-Embargo gegen Russland die Marktlage nachhaltig getrübt. Die wirtschaftliche Lage hat sich insbesondere für die Milch- und Schweineproduzenten verschlechtert.

Erst nass, dann heiss und trocken

Ein milder Frühling mit viel Regen und überfluteten Gemüsefeldern im Mai, dann ein Sommer mit Rekordhitze und Trockenheit bis in den November. Das Wetter war für die Bäuerinnen und Bauern eine Herausforderung. Die ausserordentliche, langanhaltende Hitzeperiode führte bei Kartoffeln, Rüben, Mais, Obst und Wein zu tiefen Erträgen. Rüben, Obst und Wein wiesen dafür ungewöhnlich hohe Zuckergehalte aus. Hitze und Trockenheit hatten zumindest einen positiven Effekt. Der Kirschessigfliege war es zu heiss. Trotz des hohen Zuckergehalts konnten die Früchte daher problemlos im optimalen Reifestadium geerntet werden. Im eher regenreichen Kanton Zug war die Futterernte ausreichend.

Preiszerfall in mehreren Märkten

In mehreren Märkten war ein Preiszerfall zu beobachten. Der Milchpreis fiel erneut. Wesentlich war die Aufhebung des Frankenmindestkurses. Die Preissenkungen auf exportiertem Käse hatten die Milchproduzenten zu tragen. Das EU-Embargo gegen Russland verstärkte diesen Preisdruck zusätzlich. Auf vielen Betrieben ist die Rentabilität der Milchproduktion deshalb kaum mehr gegeben. Wegen drohender Futterknappheit wurden zusätzlich Kühe geschlachtet. Deshalb blieben die Preise für Verarbeitungsfleisch unter Druck. Der Bankviehmarkt entwickelte sich jedoch erfreulich. Seit längerem in einer Preiskrise befindet sich der Schweinemarkt, dies blieb trotz gutem Grillwetter auch im Berichtsjahr so. Die Vorjahrespreise wurden gar unterboten. Die Konsumentinnen und Konsumenten geben Schweizer Eiern und Schweizer Poulets weiterhin den Vorrang – trotz Frankenstärke und Einkaufstourismus. Die Inlandproduktion nimmt denn auch weiter zu.

Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge

In ihrem zweiten Jahr konnte die neue Agrarpolitik (AP 2014–2017) weitgehend problemlos und zeitgerecht administriert werden. Die AP 2014–2017 stellt jedoch höhere Anforderungen an die Landwirte, die sich mit neuen Programmen und Anforderungen zurechtfinden müssen. Während der Strukturdatenerhebung unterstützt sie das Landwirtschaftsamt nach Kräften. Die folgenden administrativen Prozesse werden so beschleunigt. Mit der AP 2014–2017 haben die Zuger Landwirtschaftsbetriebe rund 1 Million Franken an Direktzahlungen des Bundes verloren. Die Strukturdaten blieben weitgehend unverändert. Die rund 300 Hobbybetriebe nehmen nur zögerlich an der Datenerhebung per Internet teil. In der Regel müssen die Informationen telefonisch nachgefordert werden. Ursprünglich aus Tierseuchenüberlegungen eingeführt, setzen sich Landwirtschaftsamt und Veterinärdienst beim Bund für die Abschaffung dieser Datenerhebung ein, da Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen.

Landwirtschaftliches Kontrollwesen

Der landwirtschaftliche Kontrolldienst Schwyz, Nidwalden, Zug (KDSNZ) kontrolliert auf den Landwirtschaftsbetrieben die Anforderungen gemäss Landwirtschaftsgesetzgebung, soweit dies nicht vom Büro aus möglich ist. Wo erforderlich, ist der KDSNZ nach ISO 17020-2012 akkreditiert. Standardmässig kontrolliert der KDSNZ auch die Belange des Veterinärdienstes. Neu arbeiten die Kontrolleure im Feld die Checklisten elektronisch ab. Somit kann der gesamte Prozess der Direktzahlungen von der Datenerfassung und Kontrolle bis zur Auszahlung elektronisch abgewickelt werden. Im Kontrollwesen sind weitere Rationalisierungen nur möglich, wenn der Bund die Anzahl Kontrollpunkte radikal senkt. Projekte dazu bestehen.

Strukturverbesserung ohne Kreditausfälle

Die Anzahl bewilligter Kredite blieb stabil. Alle Kredite wurden grundpfandgesichert. Die eingehende Abklärung von Tragbarkeit und Rentabilität mit den Gesuchstellenden zusammen gewinnt an Bedeutung. Vermehrt steigen auch grosse Betriebe aus der Milchproduktion aus. Sind die finanziellen Mittel vorhanden, rücken oft die Eier- oder Pouletproduktion in den Fokus. Dieses Verhalten der Zuger Bauernfamilien zeigt, dass sie an eine produzierende Landwirtschaft glauben und nicht einfach ihre Betriebe stilllegen oder arbeitswirtschaftlich soweit extensivieren, dass ein einträglicher ausserbetrieblicher Nebenerwerb zum Haupterwerb wird.

Regionalentwicklungsprojekt «Zuger und Rigi Chriesi»

In der Geschäftsleitung erfolgte ein Wechsel. Nach den Gründungsjahren stehen nun die Konsolidierung des Tätigkeitsfeldes und die Fokussierung auf den wirtschaftlichen Erfolg im Vordergrund. Der Bund hat der Verlängerung des Projektes um zwei Jahre, bei gleichem Budget, zugestimmt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Landwirtschaftsamt vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, insbesondere im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons. Das Landwirtschaftsamt pflegt ein gutes Einvernehmen mit jenen Ämtern, die ebenfalls von Landwirtschaftsfragen betroffen sind.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion				
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli; 100 % Hauptzahlungen bis 10. November; Schlusszahlung bis 20. Dezember		
2	Effiziente und koordinierte Grundkontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben in den landwirtschaftsrelevanten Bereichen nach Art. 1 VKKL	Auf 125 Landwirtschaftsbetrieben in der Regel 1 Grundkontrolle pro Betrieb und Jahr, sofern keine Beanstandungen oder Verdachtsmomente		
A	Effiziente Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben; ausschliesslich elektronische Erfassung, Bearbeitung und Übermittlung von Kontrollergebnissen	Kontrollreue des KDSNZ sind mit Tablets ausgerüstet; die standardisierten Kontrollpunkte sind implementiert		
B	Rationalisierung Administration von Flächen und Kulturen als Ausgangsdaten für die Beitragsberechnung	Das GIS-Tool Agrarportal als Erweiterung des Lawis funktioniert; der manuelle Datenabgleich zwischen der landw. Datenverwaltung und der Datenhaltung im GIS entfällt bzw. ist automatisiert		Gegenüber dem ursprünglichen Plan haben sich weitere Kantone für die vorgesehene Lösung entschieden. Dadurch verzögert sich Projekt, zugleich können Kosten gesenkt werden
C	Periodische Kontrolle von Flächen und Elementen der Biodiversitätsförderung	Einhaltung der Bewirtschaftungsauflagen bei 50 % der ca. 9'000 angemeldeten Hecken kontrolliert		
Leistungsgruppe 2: landwirtschaftliche Strukturverbesserung				
4	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Abschluss liegt bis 15. Januar vor		
5	Stand Betriebskapital und zugesicherte aber noch nicht ausbezahlte (Investitionskredite, Betriebshilfe) fristgerecht melden	Meldung bis 15. Juli		
6	Kreditrisiken tief halten	100 % Rückzahlungsquote		
Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht				
7	Gesuche zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) speditiv und rechtsgleich behandeln	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen; keine gutgeheissenen Beschwerden		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
E	Umsetzung der Agrarpolitik 2014-17: Vorbereitung Einführung Beiträge Qualitätsstufe 3 ab 2016 und Abstimmung mit Programmvereinbarung Natur & Landschaft zwischen ARP und BAFU	Programmvereinbarung und Umsetzung Q3 sind rechtlich, finanziell und organisatorisch abgestimmt	●	Der Bund verzichtet auf die Einführung der Qualitätsstufe 3
Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft				
8	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr; mind. 1 aktuelle Informationsbroschüre und Internetauftritt aktualisiert	●	
9	Führen des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämler der Schweiz (Kolas) effizient und initiativ	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen; Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	●	
F	Regionalentwicklungsprojekt «Zuger & Rigi Chriesi»: Die Steuerungsgruppe begleitet die Umsetzung und leitet die Schlussphase ein	Umsetzung / Beendigung Teilprojekte 1, 5, 6, 8, 9, 10; Schlussabrechnung oder Bewilligung des Bundes zur Projektverlängerung liegt vor	●	
Leistungsgruppe 5: interkantonale Vernetzung				
10	Aktive Vernetzung auf nationalen, regionalen und kantonalen Fachtagungen sowie auf kantonalen Generalversammlungen	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	●	
11	Aktive Beteiligung an den Arbeitsgruppen des Bundes zu Vollzugsfragen der AP 2014-17	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ziel F: Die befristete Bewilligung des Bundes zur Projektverlängerung bei gleichem Budget liegt vor.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Verfügungen Direktzahlungen	Anzahl	494	500	493
Verfügungen Strukturverbesserung	Anzahl	18	20	23
Verfügungen bäuerliches Bodenrecht	Anzahl	59	110	61
Verfügungen landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl	47	50	88
Verfügungen Landwirtschaftsgesetz	Anzahl	15	15	57
Durchlaufende Bundesbeiträge	Mio. Franken	30,59	34	29,84
Total 1'500 Betriebe davon mutiert	Anzahl		200	190
Total 7'500 Bewirtschaftungseinheiten davon mutiert	Anzahl		1'500	1'750
Total 17'000 Kulturen davon mutiert	Anzahl		2'500	2'220

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Verfügungen Landwirtschaftsgesetz: Im Rahmen des Zentralschweizer Ressourcenprojektes Ammoniak unternahm das Landwirtschaftsamt besondere Anstrengungen zur Abdeckung offener Güllensilos. So ergaben sich mehr Verfügungen gemäss Landwirtschaftsgesetz.
Durchlaufende Bundesbeiträge: Zum Zeitpunkt der Budgetierung der durchlaufenden Bundesbeiträge liessen sich die Auswirkungen der AP 2014-2017 erst grob schätzen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-33'242'735.74	-36'882'637	-32'454'400.52	4'428'236.48	-12,0
Total Ertrag	30'704'426.85	34'143'500	29'959'045.20	-4'184'454.80	-12,3
Saldo	-2'538'308.89	-2'739'137	-2'495'355.32	243'781.68	-8,9

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

70'000 Franken Reduktion Beiträge an Hang- und Steillagen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die Beteiligung der Landwirte an den Projekten Landschaftsqualität und Vernetzung blieb unter den Erwartungen.

Im Personalbereich konnten rund 100'000 Franken eingespart werden.

12 Prozent der Abweichungen von Aufwand bzw. Ertrag sind durch tiefere durchlaufende Bundesbeiträge verursacht.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2050.0001 Agrarportal + Kontrolldaten					
Ausgaben		-80'000	-69'083.60	10'916.40	-13,6
Einnahmen					
VD2050.0007 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen					
Ausgaben	-1'059'469.00	-1'095'300	-1'026'732.00	68'568.00	-6,3
Einnahmen	578'354.00	550'000	568'395.00	18'395.00	3,3
VD2050.0008 Investitionskredite LwG; Aus- und Rückzahlungen					
Ausgaben	-2'321'500.00	-2'200'000	-2'572'200.00	-372'200.00	16,9
Einnahmen	2'535'150.50	2'600'000	2'669'055.50	69'055.50	2,7
VD2050.0009 Betriebshilfedarlehen LwG; Aus- und Rückzahlungen					
Ausgaben					
Einnahmen	299'375.00	18'000	38'000.00	20'000.00	111,1
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-3'380'969.00	-3'375'300	-3'668'015.60	-292'715.60	8,7
Einnahmen	3'412'879.50	3'168'000	3'275'450.50	107'450.50	3,4
Saldo	31'910.50	-207'300	-392'565.10	-185'265.10	89,4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

VD2050.0008: Investitionskredite werden aus einem vom Bund zur Verfügung gestellten Kapital ausgerichtet. Die Anzahl richtet sich nach der Baulust der Bauernfamilien.

Es kamen andere und grössere Investitionskredite zur Auszahlung.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Wohnungswesen befasste sich hauptsächlich mit der Umsetzung der Instrumente zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Gemeinden und gemeinnützige Bauträger sind bei der Realisierung von preisgünstigen Wohnbauprojekten beraten worden. Erstmals konnten Darlehen für die Realisierung von erschwinglichem Wohnraum eingesetzt werden. Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht erledigte wegen der Änderung des Referenzzinssatzes deutlich mehr Schlichtungsverfahren und erzielte eine hohe Vermittlungsquote.

Wohnraumförderungsgesetz

Seit Einführung der Wohnraumförderungsgesetze im Jahr 1992 konnten 1'806 preisgünstige Wohnungen gefördert werden. Zwei Bauvorhaben mit 29 preisgünstigen Wohnungen sind realisiert worden. Weitere zehn Bauvorhaben mit mehr als 300 Wohnungen wurden beratend begleitet. Von den laufenden Krediten von rund 49 Millionen Franken sind bisher rund 10,6 Millionen Franken verwendet worden.

Förderungsinstrumente

Einer gemeinnützigen Baugenossenschaft konnte für den Erwerb einer Liegenschaft mit 21 Wohnungen ein Darlehen von rund 1,8 Millionen Franken gewährt werden. Für die Realisierung eines Bauvorhabens mit 8 Wohnungen erhielt ein gemeinnütziger Bauträger ein Projektdarlehen als Starthilfe.

Mietzinsbeiträge

Von den 1'806 geförderten Wohnungen haben 701 Anspruch auf Mietzinsbeiträge. Die Überprüfung der Anspruchsberechtigungen führte bei 171 Mieterinnen und Mietern zu einer Veränderung der Anspruchsberechtigung. Bei der Mehrheit führte ein höheres Einkommen zu einem Wegfall der Mietzinsbeiträge. Bei zwölf Objekten sind Mietzinskontrollen durchgeführt worden. Mit Ausnahme einer Liegenschaft sind die Grundsätze der Kostenmiete überall eingehalten worden.

Tiefer Leerwohnungsbestand

Die Erhebung der Leerwohnungen weist 188 leerstehende Wohnungen aus. Der Leerwohnungsbestand verbleibt mit 0,34 Prozent auf sehr tiefem Niveau. Besonders wenig leerstehende Wohnungen waren in den Gemeinden Risch, Cham und Hünenberg zu verzeichnen.

Hohe Schlichtungsquote

Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht befasste sich an 77 Verhandlungstagen besonders häufig mit Herabsetzungsbegehren infolge tieferen Referenzzinssatzes. In mehr als 74 Prozent der Verfahren konnte eine Einigung erzielt werden.

Mieterberatung

Die Beratung in Mietsachen ist an 148 Tagen angeboten worden. Die sechs Beraterinnen und Berater befassten sich am häufigsten mit Fragen zur Mietzinsgestaltung, zur Erstreckung des Mietverhältnisses, zur Mängelbehebung sowie zu den Nebenkosten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnraumförderungsgesetzgebungen (WFG). Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.













2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung				
1	Fristgerechtes Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente		
2	Vollständige technische Beurteilung der Gesuche	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG		
3	Fristgerechtes Erarbeiten der Semesterzahllisten	Innert 30 Tagen nach Semesterende		
4	Fristgerechtes Abklären der Ansprüche auf Beiträge	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung		
5	Fristgerechtes Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen		
L25	Schaffung altersgerechter Wohnungen bei der Förderung von preisgünstigen Wohnraumprojekten	Mindestanteil von 60 % altersgerechter Wohnungen bei der Hälfte der geförderten Projekten		
Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung				
6	Fristgerechte Entscheide der Gesuche um Bausparbeiträge	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen		
7	Zeitgerechte technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen		
8	Jährliche Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	100 % geprüft		
Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde				
9	Fristgerechtes Planen/Durchführen der Verhandlungen	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn		
10	Fristgerechte Ausarbeitung Schlichtungsentscheide	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung		
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Genehmigung innert 2 Wochen		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl	402	400	414
Wohnbauprojekte	Anzahl	11	9	10
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl	98	200	171
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl	706	700	701
Schlichtungsverfahren	Anzahl	297	250	363
Beitragsgeförderte Wohnungen	Anzahl		1'730	1'806

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Schlichtungsverfahren: Bei den Schlichtungsverfahren verursachten die Senkungen des Referenzzinssatzes eine Zunahme der Herabsetzungsbegehren.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'624'076.35	-2'915'592	-2'509'140.20	406'451.80	-13,9
Total Ertrag	28'609.70	13'500	2'901.50	-10'598.50	-78,5
Saldo	-2'595'466.65	-2'902'092	-2'506'238.70	395'853.30	-13,6

Kommentar Rechnung

Im Bereich Beiträge für Wohnraumförderung ist der Minderaufwand auf die verzögerte Abrechnung von zwei neuen Förderungsprojekten zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2065.0001 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 03/10 (VD0002R)					
Ausgaben		-100'000	-176'000.00	-76'000.00	76,0
Einnahmen					
VD2065.0002 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 10 (VD0003R)					
Ausgaben		-1'000'000	-1'865'000.00	-865'000.00	86,5
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben		-1'100'000	-2'041'000.00	-941'000.00	85,5
Einnahmen					
Saldo		-1'100'000	-2'041'000.00	-941'000.00	85,5

Kommentar Rechnung

VD2065.0001 und VD2065.0002: Das Förderungsprojekt benötigte ein höheres Darlehen als erwartet.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

Kommentar Rechnung
Das Amt ist derzeit inaktiv.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zahl der im Handelsregister vorgenommenen Eintragungen hat im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Demgegenüber hat der Gesamtbestand der im Handelsregister eingetragenen Firmen zugenommen. Unverändert hoch ist die Zahl derjenigen Gesellschaften und Einzelunternehmen, die nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Da das Handelsregisteramt die bisherige Fachanwendung ersetzen muss, hat es für die Neubeschaffung eine Submission durchgeführt.

Weniger Eintragungen, aber trotzdem höherer Firmenbestand

Die Anzahl der Anmeldungen für Eintragungen in das Handelsregister hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Als Folge der flauen Konjunktur wurden viele Auflösungen und Löschungen angemeldet. Obwohl die Zahl der Neueintragungen gegenüber dem Vorjahr rückläufig war, hat der Firmenbestand moderat zugenommen. Dies weil einerseits mehr Firmen in den Kanton Zug zugezogen sind und andererseits weil nach wie vor eine stattliche Zahl von Firmen neu gegründet wurden. Die Anzahl der eingetragenen Aktiengesellschaften, immer noch die mit Abstand verbreitetste Rechtsform, hat abgenommen. Stark zugenommen hat dagegen die Zahl der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, welche zurzeit die beliebteste Rechtsform ist. Dies liegt wohl darin begründet, dass der notwendige Kapitalbedarf bei der Gründung viel kleiner ist als bei der Aktiengesellschaft.

Aufforderungen an Gesellschaften mit mangelhafter Organisation oder Adresse

Wie schon in den vergangenen Jahren befasste sich das Handelsregister regelmässig und intensiv mit jenen Gesellschaften und Einzelunternehmen, die nicht mehr den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Davon betroffen sind Gesellschaften mit einer mangelhaften Organisation hinsichtlich Verwaltung, Vertretung und Revision oder Firmen mit einer fehlenden oder nicht korrekt eingetragenen Adresse. Gesellschaften, welche nicht mehr über die erforderlichen Gesellschaftsorgane verfügen, werden an das Kantonsgericht überwiesen und von diesem notfalls aufgelöst, sofern der Mangel nicht behoben wird. Die betroffenen Gesellschaften werden in der Folge vom Konkursamt nach den Vorschriften über den Konkurs liquidiert. Dagegen werden Gesellschaften, welche keine korrekte Adresse mehr aufweisen, vom Handelsregister aufgelöst, sofern sie den Mangel nicht rechtzeitig beheben.

Submission für die Ablösung der Fachanwendung

Das Handelsregisteramt muss die Fachanwendung «HR-Net» ersetzen, weil sie technisch überholt ist und der Support vom Lieferanten eingestellt wird. Die aktuelle Software ist seit dem Dezember 2006 in Betrieb. Die Volkswirtschaftsdirektion genehmigte im September den Ausschreibungstext mit den Zuschlags- und Eignungskriterien für die Ablösung der Fachanwendung. Die Arbeiten wurden öffentlich ausgeschrieben, und anschliessend wurde der einzigen Offerte der Zuschlag erteilt. Die Projektarbeiten sollen im Jahr 2016 abgeschlossen und die neue Software in Betrieb genommen werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Handelsregisteramt prüft und erfasst einzutragende Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Firmen, macht diese bekannt und erbringt damit verbundene Dienstleistungen.








2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Registerführung				
1	Erbringung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen	Max. 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister; < 180 Berichtigungen		
2	Effiziente Erfassung der Daten und Prüfung der eingereichten Belege	80 % innert 5 Arbeitstagen		Wegen Verzögerungen während der Spitzenzeiten zu 75 % erreicht
5	Effiziente Aufforderungen an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt		
6	Fristgerechter Erlass von Amtsverfügungen/Anträgen an das Kantonsgericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt		
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen				
11	Rasche Erstellung und Versand von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	95 % innert 2 Arbeitstagen		
12	Rasche Auskunftserteilung	95 % innert 1 Arbeitstag		
13	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl	17'202	17'200	16'370
Eingetragene Firmen	Anzahl	30'745	30'500	30'939
Ausgestellte Registerauszüge, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl	16'100	16'000	16'000
Juristische Vorprüfungen	Anzahl	634	800	588
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl	900	950	936
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl	1'166	1'300	1'230

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl	272	330	285
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl	153	160	264
Telefonische Auskünfte	Anzahl	22'000	21'000	24'000

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Eintragungen im Handelsregister: Wegen der unsicheren Wirtschaftslage sind die Handelsregistereintragungen zurückgegangen.
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil: Wegen der unsicheren Wirtschaftslage hat die Zahl der Auflösungsverfahren zugenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'591'929.17	-2'555'457	-2'531'744.48	23'712.52	-0,9
Total Ertrag	5'087'404.86	5'118'100	4'826'518.02	-291'581.98	-5,7
Saldo	2'495'475.69	2'562'643	2'294'773.54	-267'869.46	-10,5

Kommentar Rechnung

Wegen der unsicheren Wirtschaftslage haben sich die Handelsregistereintragungen im Vergleich zum Vorjahr verringert, was bei den Gebühreneinnahmen zu Mindereinnahmen führte. Entsprechend ist der an das Eidgenössische Amt für das Handelsregister, abzuliefernde Gebührenanteil ebenfalls tiefer ausgefallen, da dieser von den Gebühreneinnahmen abhängig ist.

Beim Personalaufwand sind zusätzliche Kosten durch die Übernahme eines Teilpensums von der Arbeitslosenkasse im Umfang von 40 Prozent für einen IT-Koordinator im Zusammenhang mit dem Submissionsverfahren «HRnet» angefallen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2070.0099 Ablösung HR-Net					
Ausgaben		-300'000		300'000.00	-100,0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-300'000		300'000.00	-100,0
Einnahmen					
Saldo		-300'000		300'000.00	-100,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT2070.0099: Die Vorbereitung für die öffentliche Ausschreibungen und die Submission war aufwändig. Die Abwicklung des Projektes hat sich dadurch verzögert.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Wegen der etwas schwierigeren Konjunkturentwicklung hat die Zahl der Konkurseröffnungen zugenommen. Bei nicht ganz der Hälfte der Verfahren ist nicht eine Überschuldung, sondern ein Organisationsmangel die Ursache für die Anordnung einer konkursamtlichen Liquidation. Obwohl die Zahl der Erledigungen angestiegen ist, mussten etwas mehr Verfahren auf das neue Jahr übertragen werden.

Leichter Anstieg der Konkurseröffnungen

Da sich das wirtschaftliche Umfeld aufgrund verschiedener Unsicherheiten verschlechtert hat, ist die Zahl der neu eröffneten Konkursverfahren leicht angestiegen. Zudem fällt auf, dass wieder häufiger Geschäftsbetriebe liquidiert werden müssen, welche über Geschäftsräumlichkeiten und Angestellte verfügen. Zahlreiche Konkursverfahren weisen auch internationale Beziehungen aus, was die Abwicklungen zusätzlich kompliziert. Aus demselben Grund wurden gleich mehrere im Ausland eröffnete Verfahren durch richterlichen Entscheid auf das Gebiet der Schweiz ausgedehnt.

Die im Vorjahr eingeführte Praxis, Konkurse über Gesellschaften erst nach Ablauf von sechs Monaten mangels Aktiven einzustellen, hat dazu geführt, dass die Zahl der erledigten Verfahren stark angestiegen ist. Daneben hat aber auch die Zahl der durchgeführten Verfahren und die von der Aufsichtsbehörde aufgehobenen Konkurseröffnungen zugenommen.

Weniger Konkurswiderrufe

Die Zahl der Konkurswiderrufe ist stark zurückgegangen. Ein Konkurs kann widerrufen werden, wenn sämtliche Gläubigerforderungen bezahlt werden können oder von den Gläubigern zurückgezogen werden. Nun hat das Bundesgericht anfangs Jahr entschieden, dass ein Konkurswiderruf nicht zulässig ist, sofern die Konkurseröffnung auf einem Organisationsmangel beruht und die Gesellschaft, gestützt auf Art. 731b OR, aufgelöst worden ist. Aufgrund dieses erstmaligen Entscheids des Bundesgerichts konnten in den betroffenen Fällen keine Konkurswiderrufe mehr beantragt werden.

Überarbeitung der internen Weisungen

Die bestehenden Amtsweisungen wurden gründlich überarbeitet. Diese erstrecken sich über alle wichtigen Vorgänge eines Konkursverfahrens und setzen wichtige Leitplanken und Anweisungen für die Abwicklung der Verfahren. Aufgrund neuer Entwicklungen und Bedürfnisse werden nun zusätzliche Weisungen erlassen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.





2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren				
1	Beförderliche Erledigung der Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Mind. 80 % der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt; von den verbleibenden 20 % der Verfahren sind 90 % innert 3 Jahren erledigt		Teilziel «90 % der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt» knapp nicht erreicht, da verschiedene längerdauernde Verfahren sehr komplex sind (z. B. Gerichtsverfahren und ausseramtliche Konkursverfahren)
2	Erfolgreiche Erledigung der Klage- und Beschwerdeverfahren	Max. 1 Gutheissung pro 5 Verfahren		
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen				
3	Zeitgerechte Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	100 % innert eines Jahres		
4	Zeitgerechte Erteilung von Bestätigungen und Auskünften	100 % innert vereinbarter Frist		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl	205	225	230
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl	197	225	204
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl	38	30	30
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl	1	2	7
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl	2	7	8
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl	400	550	480
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen usw.	Anzahl	30	60	35
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG	Anzahl	14'000	14'000	13'500
Spezialliquidationen	Anzahl	1	3	1

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'959'169.33	-2'188'008	-2'183'560.25	4'447.75	-0,2
Total Ertrag	945'190.09	1'301'000	1'348'005.23	47'005.23	3,6
Saldo	-1'013'979.24	-887'008	-835'555.02	51'452.98	-5,8

Kommentar Rechnung

Bei den Gebühren für Amtshandlungen (Konkursgebühren) wurden 97'000 Franken weniger als budgetiert realisiert. Dafür sind bei den nicht zustellbaren Treffnissen 144'000 Franken mehr eingenommen worden. Bei diesen Einnahmen handelt es aber nur bedingt um realisierte Erträge, da diese von den Berechtigten jederzeit eingefordert werden können.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-2'349'824.70	-2'423'353	-2'247'447.85	175'905.15	-7,3
3020	Tiefbauamt	-3'424'326.54	-16'916'948	-14'890'655.54	2'026'292.46	-12,0
3023	Strassenunterhalt	-12'892'695.01				
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-3'922'998.49	-3'865'708	-3'704'754.11	160'953.89	-4,2
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-24'533'161.13	-26'271'124	-22'651'209.92	3'619'914.08	-13,8
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	42'286	0.00	-42'286.00	-100,0
3080	Amt für Raumplanung	-5'420'676.65	-5'528'158	-5'160'584.64	367'573.36	-6,6
30	Baudirektion	-52'543'682.52	-54'963'005	-48'654'652.06	6'308'352.94	-11,5

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-239'358.50	-1'100'000	-1'053'932.14	46'067.86	-4,2
3020	Tiefbauamt	-27'591'770.73	-29'512'665	-23'284'860.36	6'227'804.64	-21,1
3023	Strassenunterhalt	-348'129.10				
3032	Nationalstrassen	0.00				
3050	Amt für Umweltschutz	1'531'524.82	-450'000	-338'702.55	111'297.45	-24,7
3060	Hochbauamt	-46'140'561.84	-37'695'000	-39'383'306.64	-1'688'306.64	4,5
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-1'212.36	-600'000	-432.50	599'567.50	-99,9
3080	Amt für Raumplanung	-28'681.35	-593'200	-290'222.15	302'977.85	-51,1
30	Baudirektion	-72'818'189.06	-69'950'865	-64'351'456.34	5'599'408.66	-8,0

Gesamtwürdigung

In Kürze

Infrastrukturprojekte sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau beschäftigten die Baudirektion weiterhin stark. Im Tiefbau kam es bei diversen Strassenbauvorhaben zu richtungsweisenden Entscheidungen. Die Realisierung des Ausbaus der Kantonsschule Menzingen (KSM) und der Bau des Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) in Steinhausen nehmen ihren Lauf. Richtplanbeschlüsse bahnen den Weg in die Zukunft.

Rechtsetzung

Die Teilrevision des zugerischen Planungs- und Baurechts konnte mit der internen Vernehmlassung fortgesetzt werden. Der Gesetzesentwurf hat dadurch weitere Verbesserungen erfahren. Die Baudirektion trieb die Arbeiten für ein Statistikgesetz sowie für ein Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (Geothermie) voran. Der Regierungsrat hat diese Gesetzesentwürfe zuhanden der externen Vernehmlassung verabschiedet. Die Baudirektion hat die Stellungnahmen der Gemeinden, Parteien und interessierten Kreise in die Entwürfe eingearbeitet. Im interkantonalen Bereich wurden die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) beschlossen. Die Baudirektion ist derzeit mit der Umsetzung dieser Vorschriften ins kantonale Recht befasst.

Tiefbau

Der Kantonsrat hat den Objektkredit zum Stadttunnel samt ZentrumPlus verabschiedet und ihn gleichzeitig dem Behördenreferendum unterstellt. Damit war der Weg für die Volksabstimmung geebnet. Das erste Mal konnten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Zug über eine Stadtumfahrung abstimmen. Sie lehnten die Kreditvorlage deutlich ab. Drei Beschwerden gingen gegen die Baubewilligung samt weiteren Nebenbewilligungen für die Tangente Zug/Baar (TZB) ein. Das Verwaltungsgericht konnte eine Beschwerde infolge Rückzugs abschreiben. Die beiden anderen Eingaben wies das Verwaltungsgericht ab. Davon wurde eine Beschwerde an das Bundesgericht weitergezogen. Indem das Bundesgericht auch die letzte noch hängige Beschwerde abwies, erwuchs die Baubewilligung samt Nebenbewilligungen für die Tangente Zug/Baar in Rechtskraft. Damit konnte das Tiefbauamt die Planungsarbeiten für das Ausführungsprojekt weiterführen. Während der öffentlichen Auflage des Baugesuchs samt Nebenbewilligungen für die Umfahrung Cham-Hünenberg (UCH) gingen insgesamt 124 Einsprachen ein. Im Zentrum der Einsprachen steht das verkehrsarme Zentrum, bei dem das Chamer Ortszentrum trotzdem rund um die Uhr erreichbar bleibt. Vor Beginn der Einspracheverhandlungen nahm die Baudirektion diverse Abklärungen, nicht zuletzt auch beim Bund in Bezug auf die Mitfinanzierung des Projekts mit Geldern aus dem Agglomerationsprogramm vor. Die Umsetzung des Projekts Kantonsstrasse Grindel-Bibersee fand mit dem Ersatz der SBB-Brücke seine Fortsetzung.

Hochbau

Das Hochbauamt projektierte das Verwaltungszentrum 3 an der Aa und den neuen ZVB-Hauptstützpunkt. Im Sinn einer Etappierung konzentriert sich die Planung auf den Mittelbau des Verwaltungszentrums sowie auf den neuen ZVB-Hauptstützpunkt. Der Bau des neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) in Steinhausen und die Realisierung der Neu- und Umbauten für die Kantonsschule Menzingen (KSM) sowie eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ) sind auf Kurs. Der Kantonsrat hat sich ausserdem bei der Kantonsschule Zug (KSZ) für den Bau einer Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich entschieden. Die entsprechende Planung läuft.

Raumplanung

Das Amt für Raumplanung bereitete drei Richtplananpassungen vor. Der Kantonsrat hielt unter anderem an der General-Guisan-Strasse/Halbanschluss Steinhausen Süd fest und nahm die Fachhochschule Zentralschweiz in der Suurstoffi in Rotkreuz in die Liste der überkommunalen Vorhaben auf. Aufgrund der Ablehnung des Objektkredits zum Stadttunnel samt ZentrumPlus durch das Stimmvolk schickte das Amt für Raumplanung die Streichung des Stadttunnels Zug mit ZentrumPlus aus dem Richtplan. Bevor der Kantonsrat den kantonalen Richtplan an die bundesrechtlichen Vorgaben anpassen kann, soll das Raumordnungskonzept 2016 (ROK 16) einen Blick bis in das Jahr 2040 wagen. In Workshops mit Gemeindevertretungen, mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, Verbänden und Organisationen sowie Personen aus der kantonalen Verwaltung, der Nachbarkantone und des Bundes diskutierte das Amt für Raumplanung über räumlich relevante Trends und Entwicklungsstrategien.

Energie / Umweltschutz

Die Unterstützung von Gesamtsanierungen der Gebäudehüllen, Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen beschäftigte die Energiefachstelle weiterhin sehr stark. Der Kanton Zug nahm insbesondere dadurch im Rahmen der Energiewende seine Verantwortung wahr. Das Amt für Umweltschutz befasste sich ausserdem mit dem Abschluss der Sanierung der Deponie Baarburg und der Verifizierung der Deponieplanung. Bereits zum dritten Mal beteiligte sich der Kanton Zug an der nationalen Erhebung zum Stand der nachhaltigen Entwicklung (Cercle Indicateurs). Die Resultate sind wiederum erfreulich. Der Kanton konnte seine Spitzenposition halten und in einzelnen Belangen sogar noch verbessern.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat hat federführend an der Erneuerung bzw. der Erarbeitung von Rechtserlassen des Kantons mitgewirkt. Dabei standen die interne Vernehmlassung des Planungs- und Baugesetzes sowie des Energiegesetzes und die Einarbeitung der externen Vernehmlassungen bei der Schaffung neuer Erlasse in den Bereichen Nutzung des tiefen Untergrunds sowie Statistik im Zentrum. Die Instruktion von Verwaltungsbeschwerden für den Regierungsrat, die Sekretariatsführung für kantonsrätliche Kommissionen, die Behandlung parlamentarischer Vorstösse sowie Auskunftserteilung des Kompetenzzentrums Submission nahmen weiter zu. Die Zielsetzungen konnten weitgehend erreicht werden.

Verwaltungsinterne Justiz und Rechtsdienst

Im Berichtsjahr kam es bei den Neueingängen von Verwaltungsbeschwerden im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr zu einer leichten Abnahme. Der Überhang der Beschwerdeeingänge des Vorjahrs wirkte sich auf die Verfahrensdauer aus. In einigen Fällen kam es dank Vermittlung oder günstiger Umstände zu einer Abschreibung der Verfahren ohne Sachentscheid. Selbst diesen Abschreibungen gingen aber teilweise umfangreiche Abklärungen voraus. Private Bauherrschaften, Gemeinden und kantonale Dienststellen nahmen den Rechtsdienst häufig für Beratungen in Anspruch. Andere kantonale Direktionen, aber auch gemeindliche Fachstellen beanspruchten die Dienste des Kompetenzzentrums Submission stark.

Landerwerb / Immobiliengeschäfte

Schwerpunkte der Fachstelle Landerwerb/Immobilien-geschäfte bildeten die Verhandlungen und Vertragsabschlüsse für die Tangente Zug/Baar, die Umfahrung Cham–Hünenberg sowie für wasserbauliche Massnahmen. Zudem unterstützte die Fachstelle die kantonalen Ämter in sachenrechtlicher Hinsicht bei der Realisierung der verschiedenen Hoch- und Tiefbauprojekte. Die Verträge zur Sicherung des Land- und Rechtserwerbs verfasste die Fachstelle weitgehend selbst. Ein Beizug externer Fachkräfte erübrigte sich deshalb.

Organisation / Kommunikation

Die Organisation Informatik betreute neben ihren zahlreichen angestammten Aufgaben auch die Parkleitsystem Zug AG. Der Aufbau und die Einführung des Systems konnten abgeschlossen werden. Die finanzielle Abwicklung der an sich privaten Gesellschaft verursachte jedoch erheblichen Aufwand. Die Baudirektion verfasste insgesamt 59 Medienmitteilungen und organisierte 13 Medienkonferenzen sowie zahlreiche Orientierungsveranstaltungen.

Energiefachstelle

Die Energiefachstelle befasste sich mit der Abwicklung des Kreditbeschlusses für Beiträge an die Gesamtanierung von Gebäudehüllen, an Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen. Gesamthaft nahm die Zahl der Gesuche von 82 im Vorjahr auf 114 zu. Dank bewährtem Beizug von externen Fachleuten und einem eingespielten Team verlief der Vollzug des Förderprogramms problemlos.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Direktionssekretariat der Baudirektion (BDS) ist die Stabsstelle des Baudirektors und unterstützt ihn in administrativer und fachlicher Hinsicht. Das BDS besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion und erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste. Zudem sorgt es für die externe Kommunikation, tätigt den Land- und Rechtserwerb für den Kanton und berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Planungs- und Baurecht, im Umweltrecht und im Energierecht.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Effiziente Arbeitserledigung bei Stellvertretungen	Führungs- und Organisationssystem zur Erfassung und Verwaltung der Arbeitsprozesse ist eingeführt		Projekt in Arbeit; aus Kostengründen wurde die Einführungsphase auf 2 Jahre erstreckt; Projektabschluss im 2016
Leistungsgruppe 1: Kantonsratsgeschäfte				
1	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist		
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Regierungsgeschäfte				
2	Hohe Qualität der Anträge der BD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten und Stellungnahmen	100 % innert Frist		
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide zeitgerecht fällen	Bei 100 % der Beschwerden sind die Entscheide innert 3 Monaten seit Abschluss des Schriftenwechsels gefällt		95 % innert Frist; Überhang pender Beschwerden aus dem Vorjahr konnte noch nicht vollständig kompensiert werden
C	Neues Gesetz betreffend Nutzung des Untergrundes	Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten		Gesetzgebungsprozess noch im Gange
D	Teilrevision Planungs- und Baugesetz	1. Entwurf liegt vor; Vernehmlassung durchgeführt		Verwaltungsinternes Vernehmlassungsverfahren ist erfolgt
Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle				
5	Öffentlichkeit kennt und nutzt aktiv die vom Kanton finanzierte Energieberatung	Mind. 70 Beratungen		
6	Öffentlichkeit für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	1 Sensibilisierungsmassnahme realisiert		
7	Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/ Verwaltung in Energiefragen	Mind. 2 Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik		
E	Kantonale Energiepolitik ist transparent und wird periodisch überprüft	Neues Energieleitbild liegt vor		Abwarten der Vorgänge auf Bundesebene

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben				
8	Konsensorientierte, erfolgreiche Land-erwerbsverhandlungen	Max. 1 vollzogene Enteignung pro Jahr	●	
9	Aktive und transparente Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	70 Medienmitteilungen, 10 Medienkonferenzen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
RR-Anträge Baudirektion	Anzahl		155	127
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	17	16	10
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl	8	15	6
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl	98	100	174
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl	82	100	97
Beschwerdeeingänge	Anzahl	59	50	45
Mitberichte, Stellungnahmen insbesondere an andere Direktionen	Anzahl		130	141
Öffentliche Informationsveranstaltungen der Baudirektion	Anzahl		10	14

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Publikationen auf der Submissionsplattform simap.ch sind insbesondere bei den Einwohnergemeinden stark angestiegen. Diese haben sich mehr als verdoppelt. Die Zahl der Sitzungen von Kantonsratskommissionen schwankt. Grössere Vorhaben mit mehreren Sitzungen haben in diesem Jahr gefehlt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'371'257.55	-2'448'353	-2'315'340.95	133'012.05	-5,4
Total Ertrag	21'432.85	25'000	67'893.10	42'893.10	171,6
Saldo	-2'349'824.70	-2'423'353	-2'247'447.85	175'905.15	-7,3

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Im Hinblick auf das Entlastungsprogramm 50'000 Franken Minderaufwand durch Verzicht auf eine kostenintensive Sensibilisierungsmassnahme zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele.

Gegen Ende der Periode sind Pensenreduktionen im Umfang von 10 Stellenprozent realisiert worden.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Rund 50'000 Franken Mehreinnahmen für Bearbeitungs- und Spruchgebühren

Rund 50'000 Franken Minderaufwand durch den Abbau von Arbeitszeit- und Ferienguthaben der Mitarbeitenden

30'000 Franken Minderaufwand, da keine Expertenonorare in Beschwerdeverfahren und für Liegenschaftenschätzungen angefallen sind

Generell weniger Dienstleistungen Dritter, weil ein internes Projekt zur Einführung eines Führungs- und Organisationssystems auf zwei Jahre erstreckt wurde und auch in anderen Bereichen weniger Dienstleistungen Dritter nötig waren.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0005	Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO ₂ -Abgabe					
	Ausgaben	-1'824'710.00	-1'300'000	-1'336'300.00	-36'300.00	2,8
	Einnahmen	1'824'710.00	1'300'000	1'336'300.00	36'300.00	2,8
BD3000.0006	Investitionsbeiträge gemäss § 5 Energiegesetz					
	Ausgaben	-29'692.00	-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'854'402.00	-1'400'000	-1'336'300.00	63'700.00	-4,6
	Einnahmen	1'824'710.00	1'300'000	1'336'300.00	36'300.00	2,8
	Saldo	-29'692.00	-100'000	0.00	100'000.00	-100,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0001	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf					
	Ausgaben	120'594.00				
	Einnahmen					
BD3000.0003	Anschlussprogramm Energiebeiträge					
	Ausgaben	-635'860.50	-1'150'000	-1'367'932.14	-217'932.14	19,0
	Einnahmen	305'600.00	150'000	314'000.00	164'000.00	109,3
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-515'266.50	-1'150'000	-1'367'932.14	-217'932.14	19,0
	Einnahmen	305'600.00	150'000	314'000.00	164'000.00	109,3
	Saldo	-209'666.50	-1'000'000	-1'053'932.14	-53'932.14	5,4

Kommentar Rechnung

BD3000.0006: Verzicht auf Investitionsbeiträge gemäss § 5 Energiegesetz.

BD3000.0003: Die Nachfrage nach Förderbeiträgen hat zugenommen, nachdem bekannt wurde, dass dieser Rahmenkredit im Rahmen des Entlastungsprogramms vorzeitig aufgehoben werden soll.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Grossprojekte «Umfahrung Cham-Hünenberg», «Tangente Zug/Baar», «KS 381, Nidfuren-Schmittli, Baar/Menzingen» konnten wesentlich vorangetrieben werden und auch im Hochwasserschutz wurde einiges erreicht. Die Veränderungen des Umfelds hinterlassen auch amtsintern Spuren.

Meilensteine (Projekte)

Das Bundesgericht hat Ende Jahr die letzte Beschwerde gegen die «Tangente Zug/Baar» abgewiesen. Ausgerichtet auf diese positive Entwicklung hat das Tiefbauamt bereits mit der Detailprojektierung begonnen. Im Frühjahr konnte das Projekt «Umfahrung Cham-Hünenberg» mit dem «Autoarmen Zentrum» in Cham als flankierende Massnahme öffentlich aufgelegt werden. Es gingen viele Einsprachen ein, welche hauptsächlich die flankierenden Massnahmen betreffen.

Im Juni musste das Tiefbauamt vom negativen Volksentscheid zum «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus» Kenntnis nehmen und den Abschluss dieses – unter Mitwirkung der Bevölkerung – intensiv bearbeiteten Grossprojekts vorbereiten.

Der bereits im Herbst des Vorjahres fertiggestellte neue Bibersee und die erste Etappe der Renaturierung des Tobel- und des Dürrbachs in Cham konnten mit einem tollen Fest der Bevölkerung übergeben werden.

Mit dem Neubau der Durchlässe Lutisbach in Ober-/Unterägeri und dem Mülibach in Oberwil/Zug konnte die Hochwassersicherheit in diesen Gebieten erhöht werden.

Für die anstehende Sanierung der Strasse durch das Zentrum von Menzingen wurde die Bevölkerung eingeladen, die strassenseitige Ausgestaltung dieses wichtigen Dorfteils zu diskutieren und so ein breit abgestütztes, umsetzbares Vorprojekt zu erhalten.

Für die Sicherheit auf Kantonsstrassen, welche von Wald gesäumt sind, konnte mit dem zuständigen Amt eine Lösung vereinbart werden:

Beidseits und über der Strasse bleibt ein gewisser Raum frei von Bewuchs, ohne dass die forstlichen Belange einschneidend tangiert werden.

Meilensteine (intern)

Das Entlastungsprogramm führte zu einer Überprüfung der internen Aufbau- und Ablauforganisation. Die Schnittstellen zwischen den einzelnen Abteilungen und deren Aufgaben wurden analysiert und – wo zweckmässig – neu geregelt oder optimiert.

Das bestehende Projektcontrolling wurde abgelöst und wird neu über das vollintegrierte Projektkostenmanagement-Modul (PKM) der kantons-internen Finanzbuchhaltungssoftware NSP 2.0 geführt.

Der Aufbau und die Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung (KLR) erfordert sehr komplexe und zeitintensive Prozess- und Struktur-anpassungen sowie ausgezeichnete spezifische Fachkenntnisse.

Spezielles

Der Budgetprozess ist gegenüber früheren Jahren wegen der anhaltenden angespannten Finanzlage zeitlich deutlich länger geworden und erfordert nach jeder Entscheidungsstufe oft verschiedene Anpassungen und Korrekturen. Diese Veränderungen müssen wahrgenommen und allen Mitarbeitenden entsprechend ihren Aufgaben kommuniziert und erläutert werden. Diese Prozesse bedingen Zeit und eine entsprechende Überprüfung. Dies gilt ebenso in der Bearbeitung der Projekte.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau sowie den Unterhalt des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen.




Das Tiefbauamt ist ausserdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen und hat die generelle Aufsicht über die öffentlichen sowie privaten Fliessgewässer, sofern diese ausserhalb der Bauzonen liegen.


















2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
2	Umsetzung Strassenbauprogramm 2014-2022	Realisierungsgrad der Projekte 20 %		Verlangsamung der Umsetzung (Entlastungsprogramm)
3	Betriebssicheres Strassennetz sicherstellen	Anzahl berechnete Werkhauptungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3		
4	Werterhaltung des Strassennetzes sicherstellen	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2,2		
Leistungsgruppe 1: Planung und Bau von kantonalen Tiefbauten				
5	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	Keine Beanstandungen		
6	Schilfbestand erhalten oder optimieren	Realisierung neue Zäunung bei Schloss Buonas; Überwachung		
A	Ausbau Grindel-Bibersee	Realisierung abschliessen		Lättenbrücke noch im Bau
B	KS P, Sihlbrugg-Neuheim, 1. Etappe	Realisierung		Baubeginn erfolgt
C	Radweg Alpenblick-Kollermühle, Cham/Zug	Realisierung		
D	KS 25, Artherstrasse, Casino-Fridbach, elektronische Busspur	Realisierung abschliessen		
E	KS H, Kreisel Knonauer-/Industriestrasse, Steinhausen	Projektabschluss		
F	KS N, Lättich-Baarburgrank, Baar	Projektierung		
G	KS L, Ausbau Ägeristrasse inkl. Kreisel Talacher und Knoten Moosrank	Projektierung		
H	Busunterführung Sumpf, Steinhausen	Projektabschluss		
I	KS F, A, Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Cham/Steinhausen	Projektabschluss		
J	KS 381, Lorzentobelbrücke bis Schmittli, Baar/Menzingen-Ausbau Ägeristrasse	Baubewilligungsverfahren, Detailprojekt		Projektverzögerung
K	KS 381, Chilematt bis Teufi, Oberägeri-Ausbau KS mit Rad-/Fussweg	Öffentliche Auflage		Sistiert (Entlastungsprogramm)
L	Umfahrung Unterägeri	Planung starten		Sistiert (Entlastungsprogramm)

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
M	Reussdammsanierung, Sinserbrücke-Reussshalde, Hünenberg	Projektierung	●	
N	Renaturierung Tobelbach, Cham	Realisierung	●	
O	Hochwasserschutz Renaturierung Littibach	Realisierung	●	
P	Hochwasserschutz Höllbach, Neuheim	Projektabschluss	●	
L5	Tangente Zug/Baar	Baubeginn	◐	Rechtskräftige Baubewilligung erst Ende Jahr
L5	Umfahrung Cham-Hünenberg	Baubewilligungsverfahren	●	
L5	Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus	Vorarbeiten (Ingenieursubmission) für die nächste Projektphase (bei positiver Volksabstimmung)	○	Negative Volksabstimmung
Leistungsgruppe 2: Unterhalt von kantonalen Tiefbauten				
7	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	80 % der Projekte ohne Beanstandung	●	
8	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Max. 2 berechnete Werkhaftungsklagen	●	
9	Ständige Einsatzbereitschaft im Winter-Pikettdienst	Innerhalb von 30 Min. in mind. 95 % der Fälle nach Aufgebot durch Pikettchef	●	
10	Fachgerechte Reinigung sicherstellen	Max. 15 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reinigung; Abweichung Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel max. ± 25 %	●	
11	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Sicherheitsgrünschnitt bis Ende Juli ausgeführt; Abweichung Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel max. ± 25 %	●	
12	Fachgerechten Unfalldienst sicherstellen	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt	●	
13	Fachgerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Max. 15 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reparaturen; Abweichung Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel max. ± 25 %	●	
14	Einhalten der Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Max. 20 Ausfalltage wegen Betriebsunfällen	●	
15	Genauigkeit bei Kostenschätzungen oder -voranschlägen bei Erhaltungsprojekten	Abweichung max. ± 20 %	◐	Infolge Projektoptimierungen Minder-aufwand bei 1 Projekt
16	Fristgerechte Reparatur Winterschäden	Schäden bis Ende Oktober behoben	●	
17	Normgerechte Beleuchtung der Kantonsstrassen sicherstellen	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 10	●	
18	Fachgerechten Betrieb der Lichtsignalanlagen sicherstellen	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträgen bei Totalausfall bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	●	
Q	KS 25, Sanierung Sinserstrasse, Lindenstrasse-Herrenwald (1. Etappe), Cham	Projekt ausgeführt	◐	Aus Qualitätsgründen teilweise Einbau Deckbelag verschoben
R	KS 4, Sanierung Luzernerstrasse, Bahnhofstrasse-Zythus, Cham/Hünenberg	Projekt ausgeführt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
S	KS J, Sanierung Schochenmühlestrasse, Schochenmühle, Baar	Projekt ausgeführt	○	Infolge Budgetkürzung Ausführung verschoben
T	KS 25, Sanierung Artherstrasse, Mühlebach-Brunnenbach, Zug	Projekt ausgeführt	●	Aus Qualitätsgründen Einbau Deckbelag verschoben

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
19	Termingerechte Bearbeitung von Gesuchen Kantonsstrassen	Keine berechtigten Reklamationen	●	
20	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchsgesuche	95 % der Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von 10 Arbeitstagen bearbeitet	●	
21	Termingerechte Bearbeitung von Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Keine berechtigten Reklamationen	●	
22	Termingerechte Unterlagenerarbeitung für die Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Keine berechtigten Reklamationen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Kantonsstrassennetz	km	138,3	138,3	138,3
Kunstabenobjekte	Anzahl	517	485	500
Entwässerungsleitungen	km		113	113
Grünflächen	m²		337'000	337'000
Lichtsignalanlagen	Anzahl		42	40
Beleuchtungskandelaber	Anzahl		2'600	2'642
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl		27	28
Behandelte Gesuche an Kantonsstrassen	Anzahl	106	80	112
Grabenaufbruchsgesuche	Anzahl		120	114
Drittschäden im Strassenraum	Anzahl		130	127
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km	80	80	80
Länge privater Gewässer (ausserhalb Wald und Bauzonen)	km	200	200	200
Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Anzahl		5	7
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	2'097	4'800	3'907
Unterlagenerarbeitung für die Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Anzahl		250	200

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Strassenabwasserbehandlungsanlage (SABA) Alpenblick geht in den Betrieb über.
Die zwei Lichtsignalanlagen 05-02 Süd-/Weststrasse und 05-16 Nord-/Schochenmühlestrasse sind im Zuständigkeitsbereich des Bundes.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'379'902.34	-24'385'748	-21'616'419.64	2'769'328.36	-11,4
Total Ertrag	1'955'575.80	7'468'800	6'725'764.10	-743'035.90	-9,9
Saldo	-3'424'326.54	-16'916'948	-14'890'655.54	2'026'292.46	-12,0

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Im Hinblick auf das Entlastungsprogramm 300'000 Franken Minderaufwand Personal infolge zwei nicht besetzter Personalstellen

600'000 Franken Minderaufwand baulicher Unterhalt Strassen und Brücken sowie beim Unterhalt der Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen

1'000'000 Franken Minderertrag aktivierbare Projektierungskosten (-27 % der berechtigten Ausgaben des Strassenunterhalts in der Laufenden Rechnung werden über die Spezialfinanzierung bezahlt) infolge tieferem Nettoaufwand

b) Weitere wesentliche Abweichungen

300'000 Franken Minderaufwand betrieblicher Unterhalt Strassen inklusive kantonale Autobahn T4

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3020.0001	IT Projekt Mistra					
	Ausgaben	-107'048.20		-11'376.40	-11'376.40	
	Einnahmen					
IT3020.0002	Beratung Softwareanschaffung					
	Ausgaben	-36'714.00				
	Einnahmen					
IT3020.0003	PBA Projektcontrolling					
	Ausgaben	-20'527.90		-20'639.25	-20'639.25	
	Einnahmen					
IT3020.0004	Digitalisierung Dossier VTBP/Stab					
	Ausgaben	-72'205.38				
	Einnahmen					
IT3020.0005	Fallführungssoftware					
	Ausgaben	-97'449.85				
	Einnahmen					
TB3020.0006	Strassenbeleuchtungen					
	Ausgaben	-367'167.50				
	Einnahmen					
TB3020.0018	GW 3000, Reussdamm, Risch					
	Ausgaben	-150'000.00	-50'000	-50'432.85	-432.85	0,9
	Einnahmen	140'000.00		50'000.00	50'000.00	
TB3020.0023	Div. Studien, Vor- und Bauprojekte Wasserbau					
	Ausgaben	-58'915.80	-300'000	-122'307.45	177'692.55	-59,2
	Einnahmen					
TB3020.0024	GW 6106, Ausbau Höllbach, Neuheim					
	Ausgaben	-409'625.00		-68'915.50	-68'915.50	
	Einnahmen	140'000.00		15'000.00	15'000.00	

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0028	Bundesbeiträge Aggloprogramm 1. Generation					
	Ausgaben		-1'140'000		1'140'000.00	-100,0
	Einnahmen		1'140'000		-1'140'000.00	-100,0
TB3020.0034	Div. Anschaffungen Maschinen und Fahrzeuge					
	Ausgaben		-300'000	-291'696.65	8'303.35	-2,8
	Einnahmen			27'000.00	27'000.00	
TB3020.0115	Eigenleistung TBA /STU					
	Ausgaben	-6'035'100.00	-6'505'000	-5'507'500.00	997'500.00	-15,3
	Einnahmen					
TB3020.0146	Globalbeiträge Hauptstrassen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	719'600.00	600'000	6'300.00	-593'700.00	-99,0
TB3020.0206	GW 6421, Helgenhüslibach, Unterägeri					
	Ausgaben		-150'000		150'000.00	-100,0
	Einnahmen		150'000		-150'000.00	-100,0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-7'354'753.63	-8'445'000	-6'072'868.10	2'372'131.90	-28,1
	Einnahmen	999'600.00	1'890'000	98'300.00	-1'791'700.00	-94,8
	Saldo	-6'355'153.63	-6'555'000	-5'974'568.10	580'431.90	-8,9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0002	Öffentlicher Verkehr					
	Ausgaben	-2'296'306.40	-160'000	-283'513.80	-123'513.80	77,2
	Einnahmen		40'000		-40'000.00	-100,0
TB3020.0003	Alte LTB, Sanierung, Menzingen/Baar					
	Ausgaben	-9'291.35	-50'000	-120'438.60	-70'438.60	140,9
	Einnahmen					
TB3020.0004	Radstrecken					
	Ausgaben	-1'686'162.90	-1'870'000	-1'649'400.00	220'600.00	-11,8
	Einnahmen	18'000.00	187'335	137'000.00	-50'335.00	-26,9
TB3020.0012	GS, Renaturierung Lorze Spinnerei, Baar					
	Ausgaben	-10'206.00				
	Einnahmen					
TB3020.0016	GW 7078, Tobelbach, Cham					
	Ausgaben	-2'382'650.30	-500'000	-875'004.53	-375'004.53	75,0
	Einnahmen	961'755.55	200'000	560'670.05	360'670.05	180,3
TB3020.0017	GW 6034, Littibach, Baar					
	Ausgaben	-2'129'865.70	-200'000	-139'119.53	60'880.47	-30,4
	Einnahmen	709'625.00	100'000	370'000.00	270'000.00	270,0
TB3020.0020	Div. Landerwerb 11-16					
	Ausgaben	-2'017.70				
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald					
	Ausgaben	-53'618.85		-84'651.00	-84'651.00	
	Einnahmen	22'397.20				
TB3020.0045	UF im Sumpf, Cham/Steinhausen					
	Ausgaben	-4'985'317.35	-500'000	-2'297'759.95	-1'797'759.95	359,6
	Einnahmen	5'308'567.55	1'200'000	690'000.00	-510'000.00	-42,5
TB3020.0113	Nordzufahrt Zug/Baar					
	Ausgaben	209'628.00				
	Einnahmen					
TB3020.0114	Neueinrichtung					
	Ausgaben	-337'532.50	-100'000	-25'048.80	74'951.20	-75,0
	Einnahmen					
TB3020.0120	Lokale Korrekturen					
	Ausgaben	-3'361'651.55	-1'550'000	-2'374'309.94	-824'309.94	53,2
	Einnahmen	3'113'001.95	950'000	436'000.00	-514'000.00	-54,1
TB3020.0126	KS P, Sihlbrugg – Sand AG, Neuheim					
	Ausgaben	-605'124.21	-1'500'000	-427'809.72	1'072'190.28	-71,5
	Einnahmen					
TB3020.0130	Kunstbauten					
	Ausgaben	-2'466'190.30	-3'000'000	-2'733'272.47	266'727.53	-8,9
	Einnahmen					
TB3020.0131	Lärmschutz					
	Ausgaben	-175'752.40	-425'000	-316'512.10	108'487.90	-25,5
	Einnahmen	403'375.00				
TB3020.0137	Nachtrags-Rg. Strassenbauprogramm 2004-2014					
	Ausgaben	-7'925.00	-40'000		40'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0139	Umfahrung Cham – Hünenberg					
	Ausgaben	-2'603'660.45	-300'000	-754'777.10	-454'777.10	151,6
	Einnahmen	29'331.80				
TB3020.0141	Grindel – Bibersee					
	Ausgaben	-4'996'317.75	-2'200'000	-2'541'441.20	-341'441.20	15,5
	Einnahmen					
TB3020.0142	Technische Einrichtungen					
	Ausgaben	-202'918.60	-80'000	-90'136.85	-10'136.85	12,7
	Einnahmen					
TB3020.0144	KS N, Neuheimerstr., Lättich – Baarburgrank, Baar					
	Ausgaben	-19'032.55	-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0147	Tangente Zug/Baar					
	Ausgaben	-1'377'737.77	-3'000'000	-1'102'591.30	1'897'408.70	-63,2
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0150	Beschaffung von Landreserven Strassenbau (SF)					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0151	Allgemeine Projektierung / Generelle Planung					
	Ausgaben	-834'206.68				
	Einnahmen					
TB3020.0154	Fertigstellungskredit Nordzufahrt					
	Ausgaben	-334'477.94	-60'000	-27'349.50	32'650.50	-54,4
	Einnahmen					
TB3020.0203	Div. Projekte Lärmschutz					
	Ausgaben	-5'878.15	-50'000	-5'531.70	44'468.30	-88,9
	Einnahmen					
TB3020.0204	Div. Projekte Lokale Korrekturen					
	Ausgaben		-150'000		150'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0205	Div. Projekte Techn. Einrichtungen (ohne Beleuch.)					
	Ausgaben		-420'000		420'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0208	KS 25, Knoten Zollhus, Hünenberg					
	Ausgaben		-50'000	-24'090.70	25'909.30	-51,8
	Einnahmen					
TB3020.0209	KS 4, LS Chamerstr., Erlenplatz – Kollermühle, Zug					
	Ausgaben	-1'892.95		-13'448.10	-13'448.10	
	Einnahmen					
TB3020.0210	Div. Projekte Strassenbeleuchtung					
	Ausgaben		-650'000		650'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0211	KS 25, Sinserstr., FG-Übergang Grobenmoos, Cham					
	Ausgaben	-32'194.15	-300'000	-278'959.10	21'040.90	-7,0
	Einnahmen					
TB3020.0212	KS 368, Drälikerstr., Chamerstr. – Drälikon, Hünenb.					
	Ausgaben	-29'083.05		-36'549.82	-36'549.82	
	Einnahmen					
TB3020.0213	KS 368, Drälikerstr., GW-Schutz, Hünenberg					
	Ausgaben	-27'490.55	-20'000	-45'251.90	-25'251.90	126,3
	Einnahmen					
TB3020.0214	KS 381, Nidfuren – Schmittli, Baar/Menzingen					
	Ausgaben	-28'689.50	-200'000	-95'449.60	104'550.40	-52,3
	Einnahmen					
TB3020.0215	KS 381, Schulhaus – Denkmal Morgarten, A/B, Oberäg.					
	Ausgaben	-97'282.35	-70'000	-13'419.50	56'580.50	-80,8
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0216	KS 381, LS Hauptstr., Oberägeri					
	Ausgaben	-13'984.15	-30'000	-6'021.55	23'978.45	-79,9
	Einnahmen					
TB3020.0217	KS 381, Oberägeri – Morgarten, Oberägeri					
	Ausgaben	-50'944.25		-71'734.05	-71'734.05	
	Einnahmen					
TB3020.0218	KS 381, Quellschutz LTB, Menzingen					
	Ausgaben	-17'624.75	-500'000	-3'544.50	496'455.50	-99,3
	Einnahmen					
TB3020.0219	KS P, Hangsicherung Würzwald					
	Ausgaben	-211'488.05		-5'732.20	-5'732.20	
	Einnahmen					
TB3020.0220	KS 381, Denkmal Morgarten, C, Oberägeri					
	Ausgaben	-29'587.40		-17'506.05	-17'506.05	
	Einnahmen					
TB3020.0221	KS P, Sihlbrugg – Edlibach, Neuheim/Menzingen					
	Ausgaben	-12'603.60		-51'842.50	-51'842.50	
	Einnahmen					
TB3020.0223	KS Kt. Zug, Kommunikation + Leittechnik 2016+					
	Ausgaben			-147'629.65	-147'629.65	
	Einnahmen					
TB3020.0224	KS 4, Kollermühle – Alpenblick, Zug/Cham					
	Ausgaben	-52'270.00	-50'000	-84'524.85	-34'524.85	69,0
	Einnahmen					
TB3020.0225	KS 4, Industriestr. – Berchtwilerstr., Rotkreuz					
	Ausgaben		-100'000	-39'857.75	60'142.25	-60,1
	Einnahmen					
TB3020.0226	KS 4, Marktgasse, Kreuzplatz – Büelplatz, Baar					
	Ausgaben	-23'127.75	-80'000	-9'207.20	70'792.80	-88,5
	Einnahmen					
TB3020.0227	KS 4b, Zuger-/Baarerstr., Zug/Baar					
	Ausgaben			-10'650.80	-10'650.80	
	Einnahmen					
TB3020.0228	KS 4, Rothus – Holzhäusern, Risch					
	Ausgaben	-38'655.45		-224'603.00	-224'603.00	
	Einnahmen			53'000.00	53'000.00	
TB3020.0229	KS H, Schochenmühlestr. – Kreisel Bossard, Zug					
	Ausgaben			-59'695.15	-59'695.15	
	Einnahmen					
TB3020.0232	KS J, Schochenmühle, Baar					
	Ausgaben	-23'028.35	-400'000	-15'566.00	384'434.00	-96,1
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0233	KS 368, Schlossweg – St.-German-Strasse, Risch					
	Ausgaben			-13'398.15	-13'398.15	
	Einnahmen					
TB3020.0234	KS K, Langsamverkehr Neugasse, Baar					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0235	KS K, Lorzenbrücke Baar					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0236	KS K, LS Neugasse/Blickensdorferstr., Baar					
	Ausgaben	-18'398.50	-70'000	-13'818.00	56'182.00	-80,3
	Einnahmen					
TB3020.0237	KS L, Ägeristr., Margel – Talacher, Baar					
	Ausgaben	-20'905.20	-100'000	-167'809.15	-67'809.15	67,8
	Einnahmen					
TB3020.0238	KS N, Neuheimerstr., Lättich – Baarburgrank, Baar					
	Ausgaben	-34'453.40	-130'000	-45'993.75	84'006.25	-64,6
	Einnahmen					
TB3020.0239	KS F, Knoten Sumpf-Brücke A4a, Cham/Steinhausen					
	Ausgaben			-31'616.00	-31'616.00	
	Einnahmen					
TB3020.0240	KS Q, Bushaltestelle Oberedlibach Menzingen					
	Ausgaben	-1'372.45	-500'000	-21'626.05	478'373.95	-95,7
	Einnahmen					
TB3020.0241	KS Q, Edlibach – Finsterseebrugg, Menzingen					
	Ausgaben	-1'793.35	-150'000	-151'827.70	-1'827.70	1,2
	Einnahmen					
TB3020.0242	KS Q/P, Knoten Edlibach, Menzingen					
	Ausgaben	-29'359.00		-23'997.10	-23'997.10	
	Einnahmen					
TB3020.0243	KS S, Durchlass Egg, Allenwinden					
	Ausgaben		-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0245	Beschaffung Landreserven Wasserbau					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0246	Alte LTB, Rutschhang Zufahrt, Menzingen/Baar					
	Ausgaben	-8'709.30	-300'000	-4'354.40	295'645.60	-98,5
	Einnahmen					
TB3020.0250	RW 6, Bösch – Oberehretstr., Hünenberg					
	Ausgaben	-4'950.20	-50'000	-2'566.10	47'433.90	-94,9
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0251	RW 35, Lüssi – Göbli, Baar/Zug					
	Ausgaben		-150'000		150'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0252	RW 27, PU Südstr., Baar					
	Ausgaben		-1'000'000	-871'210.85	128'789.15	-12,9
	Einnahmen			69'000.00	69'000.00	
TB3020.0254	RW 29, UF Brüggli, Zug					
	Ausgaben		-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0256	KS T4, Anschluss Baar – Walterswil, Baar					
	Ausgaben	-12'429.90	-30'000	-17'913.95	12'086.05	-40,3
	Einnahmen					
TB3020.0258	Div. Sanierungen Fussgängerstreifen					
	Ausgaben		-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0259	KS Q, Umgestaltung Zentrum, Menzingen					
	Ausgaben			-78'393.25	-78'393.25	
	Einnahmen					
TB3020.0260	Westzufahrt Bahnhof Zug					
	Ausgaben		-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0262	KS 368/C, LS Holzhäusern-/Chamerstr., Hünenberg					
	Ausgaben		-100'000	-123'986.30	-23'986.30	24,0
	Einnahmen					
TB3020.0263	Stadttunnel Zug; Projektierung					
	Ausgaben	-137'496.35	-3'000'000	-143'000.15	2'856'999.85	-95,2
	Einnahmen					
TB3020.0265	KS 381/L, Kreisel Talacher, Baar					
	Ausgaben			-841.50	-841.50	
	Einnahmen					
TB3020.0266	KS 25, Artherstr., Mülibach – Brunnenbach, Zug					
	Ausgaben			-267'954.25	-267'954.25	
	Einnahmen			24'000.00	24'000.00	
TB3020.0267	KS 4, Luzernerstr., Neumatt – Zythus, Cham					
	Ausgaben			-69'605.50	-69'605.50	
	Einnahmen					
TB3020.0278	KS 368, Rischerstr., Bhst. Stözenacker, Risch					
	Ausgaben			-4'946.60	-4'946.60	
	Einnahmen					
TB3020.0279	KS A, Meierskappelerstr. Bhst. Breitfeld, Risch					
	Ausgaben			-27'866.10	-27'866.10	
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0280	KS 4, Obermühle – Spinnerei, Baar					
	Ausgaben			-4'144.90	-4'144.90	
	Einnahmen					
TB3020.0281	KS R, Durchlass Chefibach, Oberägeri					
	Ausgaben			-36'380.90	-36'380.90	
	Einnahmen					
TB3020.0303	KS 4, Kreisel Ebertswil, Baar					
	Ausgaben			-31'605.05	-31'605.05	
	Einnahmen					
TB3020.0304	KS H, Kreisel Augasse, Steinhausen					
	Ausgaben			-54'163.45	-54'163.45	
	Einnahmen					
TB3020.0306	KS 4, LS Pilatusstrasse – Südstrasse, Baar					
	Ausgaben			-7'426.55	-7'426.55	
	Einnahmen					
TB3020.0314	KS 4, Kreisel Forren – Ortsende West, Rotkreuz					
	Ausgaben			-10'537.65	-10'537.65	
	Einnahmen					
TB3020.0316	KS 25, Artherstr., Seefeld – St.Adrian, Walchwil					
	Ausgaben			-1'112.75	-1'112.75	
	Einnahmen					
TB3020.0317	KS 368, LS Rischer-/Holzhäusernstr., Risch					
	Ausgaben			-29'104.10	-29'104.10	
	Einnahmen					
TB3020.0321	KS Kt. Zug, Überprüfung Fussgängerstreifen					
	Ausgaben			-94'489.50	-94'489.50	
	Einnahmen			1'000.00	1'000.00	
TB3020.0322	KS R, Gireggwald – Brämenegg, Oberägeri					
	Ausgaben			-22'003.35	-22'003.35	
	Einnahmen					
TB3020.0323	KS 381, Kreisel Moosrank, Baar					
	Ausgaben			-42'641.80	-42'641.80	
	Einnahmen					
TB3020.0324	KS 4h, Busspur Bahnmatte, Baar					
	Ausgaben			-49'661.40	-49'661.40	
	Einnahmen					
TB3020.0326	Ausführungsbestimmungen Nachführung					
	Ausgaben			-11'187.90	-11'187.90	
	Einnahmen					
TB3020.0327	KS S, Moosrank – Allenwinden, Baar					
	Ausgaben			-9'717.75	-9'717.75	
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0328	KS S, Fussgängerübergang Allenwinden Dorf, Baar					
	Ausgaben			-432.00	-432.00	
	Einnahmen					
TB3020.0330	Baulinien Anpassung Allgemein					
	Ausgaben			-758.15	-758.15	
	Einnahmen					
TB3020.0331	KS 25, Baulinien Walchwil					
	Ausgaben			-7'159.75	-7'159.75	
	Einnahmen					
TB3020.5000	Allgemeine Projektierung / Generelle Planung					
	Ausgaben	-168'642.80	-750'000	-51'758.45	698'241.55	-93,1
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-31'802'671.15	-25'635'000	-19'650'962.31	5'984'037.69	-23,3
	Einnahmen	10'566'054.05	2'677'335	2'340'670.05	-336'664.95	-12,6
	Saldo	-21'236'617.10	-22'957'665	-17'310'292.26	5'647'372.74	-24,6

Kommentar Rechnung

Budgetkredite:

- Globalbeiträge Hauptstrassen werden neu in der Spezialfinanzierung (TB3030) verbucht.

Verpflichtungskredite:

- Das negative Abstimmungsergebnis zum «Stadttunnel Zug» führte zu Minderausgaben.
- Ebenfalls zu Minderausgaben kam es durch verzögerte Baubeginne bei den Projekten «Tangente Zug/Baar» und «KS P, Sihlbrugg-Neuheim, 1. Etappe».

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-17'968'726.86				
Total Ertrag	5'076'031.85				
Saldo	-12'892'695.01				

Kommentar Rechnung

Die Abteilung 3023 Strassenunterhalt wurde gemäss RRB vom 18. Februar 2014 in das 3020 Tiefbaunt überführt.

2 Investitionsrechnung

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3023.0034 Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge					
Ausgaben	-348'129.10				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-348'129.10				
Einnahmen					
Saldo	-348'129.10				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Abteilung 3023 Strassenunterhalt wurde gemäss RRB vom 18. Februar 2014 in das 3020 Tiefbaunt überführt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-20'026'317.20	-24'085'000	-18'108'079.40	5'976'920.60	-24,8
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-13'734'542.81	-10'812'673	-17'097'808.43	-6'285'135.43	58,1
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'207'433.05	-1'216'000	-1'230'813.35	-14'813.35	1,2
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-469'217.27				
	Total Aufwand	-35'437'510.33	-36'113'673	-36'436'701.18	-323'028.18	0,9
403	Besitz- und Aufwandsteuern	30'185'825.85	30'400'000	30'770'333.15	370'333.15	1,2
460	Ertragsanteile	4'647'093.44	4'677'673	4'244'334.81	-433'338.19	-9,3
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			700'000.00	700'000.00	
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten			506'768.22	506'768.22	
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	604'591.04	1'036'000	215'265.00	-820'735.00	-79,2
	Total Ertrag	35'437'510.33	36'113'673	36'436'701.18	323'028.18	0,9
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3031–Kantonsstrassen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Neu sind die Investitionsprojekte der Kostenstelle «3031 Kantonsstrassen» in der Kostenstelle «3020 Tiefbauamt» aufgeführt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3032.0040	Nationalstrassenbau (100 %)					
	Ausgaben	-3'361.10				
	Einnahmen	3'361.10				
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-3'361.10				
	Einnahmen	3'361.10				
	Saldo	0.00				

Kommentar Rechnung

Zusammenlegung der Kostenstellen 3031 und 3032 neu mit der Kostenstelle 3020 gemäss RRB vom 29. April 2014.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die meisten Ziele des Amts konnten erreicht sowie das Budget eingehalten werden. Verschiedene grössere Projekte, wie die Sanierung der Deponie Baarburg, die Sanierung der Bodenschäden des Nationalstrassenbaus oder der Massnahmenplan Ammoniak, konnten plangemäss vorangetrieben werden. Dank einem leichten Rückgang bei den Baugesuchen hat sich die Personalsituation etwas entspannt.

Amtsleitung / Energiefachstelle

Neben dem Thema «Einführung der MuKEn2014» lag ein weiteres Schwergewicht der Energiefachstelle auf dem Thema Nutzung des Untergrunds; einerseits durch die Mitarbeit bei der Erarbeitung des entsprechenden Gesetzes, andererseits durch die Begleitung zweier Studien des Bundesamts für Energie BFE zu diesem Thema.

Der kantonsinterne administrative Aufwand zeigt eine deutlich steigende Tendenz. Obschon solches auch in der Privatwirtschaft zu beobachten ist, ist die Entwicklung vor dem Hintergrund der Entlastungsprogramme für die Mitarbeitenden schwer nachvollziehbar.

Abteilung Boden

Im Herbst konnten die Sanierungsarbeiten bei der Kehrdeponie Baarburg im Rahmen der bewilligten Mittel abgeschlossen werden. Die Massnahmen zeigen die erwünschte Wirkung: Das Drainagewasser und das Deponiesickerwasser werden umweltkonform abgeleitet. Ebenso lässt sich das Deponiegas durch die neuen Leitungen zuverlässig fassen und die unerwünschten Methanaustritte über die Deponieoberfläche können weitgehend verhindert werden. Auch zukünftig sind die Wasserqualität sowie die Gasemissionen zu überwachen.

Nach dem Abschluss des Nationalstrassenbaus in den 80er-Jahren wiesen zahlreiche angrenzende landwirtschaftlich genutzte Flächen Bodenschäden auf. Im Frühling starteten die Bodensanierungsarbeiten. Bei zehn der insgesamt 17 Flächen wurden die Mängel behoben. Die restlichen Flächen sollen im Jahr 2016 saniert werden.

In den Gemeinden Cham und Oberägeri konnten insgesamt vier Schiessanlagen bezüglich Altlasten saniert werden. Für drei weitere Anlagen in den Gemeinden Oberägeri, Unterägeri und Walchwil sind die Sanierungsprojekte bewilligt.

In den Gemeinden Cham und Menzingen wurde je eine Messstation errichtet, die Informationen zum aktuellen Bodenzustand liefern und so als Entscheidungshilfen für einen bodenschonenden Arbeitseinsatz dienen (www.bodenmessnetz.ch).

Abteilung Luft

Der Bestand an Holzfeuerungen steigt kontinuierlich (Stand per Ende 2015: 97 Grossanlagen über 70 kW Feuerungswärmeleistung). Vermehrtes Heizen mit Holz, aus Klimaschutzgründen eine erfreuliche Entwicklung, ist aus lufthygienischer Sicht eine Herausforderung. Holzfeuerungen stossen im Vergleich zu Gas- oder Öffeuerungen viel mehr Verbrennungsgase wie Stickoxide, Kohlenmonoxid und flüchtige organische Verbindungen (VOC) sowie Feinstaub aus. Ein optimaler Betrieb der Anlagen ist deshalb besonders wichtig. Die Kontrolle der Anlagen beschäftigt das Amt für Umweltschutz (AfU) jedes Jahr mehr, einerseits durch die Zunahme des Anlagebestands und andererseits durch die Komplexität der Abluftreinigungseinrichtungen.

In der Stadt Zug wurden die Bewohner von rund 70 Wohnungen von übermässigem Bahnärm entlastet. Das AfU realisierte im Auftrag des Bundesamts für Verkehr (BAV) den Einbau von insgesamt 260 Schallschutzfenstern in stark exponierten Liegenschaften. Die baulichen Massnahmen sind abgeschlossen, demnächst erfolgt die Schlussabrechnung zuhanden des BAV.

Bei rund einem Viertel der kontrollierten Musikveranstaltungen werden Überschreitungen des zulässigen Schallpegels festgestellt. Analysen zeigten, dass die von den Veranstaltern betriebenen Messsysteme teilweise abweichende Stundenpegel aufweisen. Zur Verbesserung dieser Situation wurde in Zusammenarbeit mit fünf Veranstaltern Vergleichsmessungen zur Überprüfung der betreffenden Messsysteme vorgenommen.

Abteilung Wasser

Die Inhaber von Hofdüngeranlagen sind verpflichtet, regelmässige Dichtigkeitskontrollen durchzuführen. Das kantonale Konzept sieht ein gestaffeltes Vorgehen vor. In den Grundwasserschutzzonen sind mit Ausnahme von wenigen Betrieben mit laufenden Baugesuchen alle Jauchegruben kontrolliert, bis Ende 2015 wurden 520 von insgesamt 1'700 Jauchegruben ausserhalb von Schutzzonen erfolgreich auf ihre Dichtigkeit geprüft. Bis Ende 2020 sind die restlichen Jauchegruben auf ihre Dichtigkeit zu prüfen.

Bei zwei Wasserkraftwerken (Frauental und Hammer) konnte die vom Bund gesetzte Frist zur Restwassersanierung nicht eingehalten werden, da die Koordination der Restwassersanierung mit der Wiederherstellung der freien Fischwanderung und der Erneuerung der Kraftwerksanlagen mehr Zeit beanspruchte. Im Berichtsjahr konnten nun alle Fragen geklärt werden. Mit der Festlegung der Restwassermengen für diese beiden Kraftwerke sind im Kanton Zug alle Restwassersanierungen abgeschlossen.

Die Anzahl der Schadenereignisse hat im Vergleich zum Vorjahr (mit 20 Ereignissen) leicht auf insgesamt 26 zugenommen. Bei ca. einem Viertel der Ereignisse waren Verkehrsunfälle mit auslaufenden Treibstoffen und Tanküberfüllungen die Ursache, ein Viertel waren auf Unfälle in der Landwirtschaft mit Gülle und Mistwasser zurückzuführen, ein weiteres Viertel betraf Baustellenabwasser. Der Rest waren Fälle mit unbekannten Ursachen, bei denen die nachträgliche Analyse der Ursache und Substanzen vielfach nicht mehr möglich ist.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei. Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören insbesondere die Überwachung der Umweltqualität und die Orientierung der Öffentlichkeit über den Zustand der Umwelt. Es ist Ansprech- und Beratungsstelle für Umweltfragen. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Unternehmen und Privaten sowie mit Fachstellen anderer Kantone und des Bundes. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
2	Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen	Phosphorgehalt im Zugersee < letzte Vergleichsperiode	●	
3	Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien im Kanton Zug steigt	○	Indikator wird alle 4 Jahre erhoben; nächste Erhebung 2016
4	Schutz vor schädlichen und lästigen Luftverunreinigungen	Der Anteil der Wohnbevölkerung mit PM10 und NO ₂ -Belastung über dem IGW nimmt gegenüber der letzten Messperiode ab	○	Indikator wird alle 4 Jahre erhoben; nächste Erhebung 2017
5	Schonung der natürlichen Ressourcen	Der Anteil der recycelten Siedlungs- und Bauabfälle erhöht sich	○	Indikator wird alle 4 Jahre erhoben; nächste Erhebung 2018
Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz				
6	Fristgerechte Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	80 % der Voruntersuchungen innerhalb von 30 Tagen; 80 % der Hauptuntersuchungen innerhalb von 90 Tagen	●	
7	Fristgerechte und konsequente Überprüfung von Betrieben und Anlagen mittels Branchenvereinbarungen	95 % plangemäss überprüft; bei 90 % der nicht konformen Betriebe oder Anlagen werden bis Ende des Berichtsjahrs Massnahmen eingeleitet	●	
8	Fristgerechtes Erteilen von Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsondenanlagen	90 % innerhalb von 3 Wochen	●	
9	Hohe Qualität der erteilten Bewilligungen	95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	●	
10	Einhaltung der Grenzwerte der NISV	95 % der QS-Kontrollberichte der Mobilfunkanbieter sind fristgerecht eingegangen; festgestellte Mängel sind fristgerecht behoben; mind. 1 Stichprobe des QS-Kontrollsystems pro Mobilfunkanbieter durchgeführt	●	
11	Einhaltung der Grenzwerte der LRV für grosse Feuerungsanlagen	50 % der Anlagen sind alternierend überprüft; bei 90 % der nicht konformen Anlagen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	●	
12	Schutz vor schädlichen Schalleinwirkungen und Laserstrahlen	1 % der Veranstaltungen kontrolliert; bei 90 % der nicht konformen Veranstaltungen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
13	Unterstützung des Bundes beim Vollzug der CO ₂ -Gesetzgebung, fristgerechte Beantwortung von Anfragen des BAFU	90 % innert Frist	●	
D	Abschluss der Restwassersanierung	Ausstehende Sanierungen abgeschlossen; Gesamtbericht Restwassersanierung liegt vor	◐	Verzögerungen bei der Restwassersanierung der beiden Kraftwerke Frauental und Hammer an der Unteren Lorze; Entwürfe der Restwasserbeschüsse liegen vor und sind bereit für die öffentliche Auflage
F	Schutz vor Umweltgefährdung durch Altlasten	Priorisierung KbS-Standorte hinsichtlich Untersuchungsbedarf liegt vor	●	
G	Sicherstellung der umweltgerechten Entsorgung von Abfällen	Konzept zur Aktualisierung der Abfallplanung liegt vor	○	Abfallplanung verschoben (Inkraftsetzung Abfallverordnung durch den Bundesrat erfolgt erst auf 1. Januar 2016)
H	Lärmsanierung Eisenbahnen: Schallschutzmassnahmen Stadt Zug	1. Teil Einbau Schallschutzfenster abgeschlossen	●	
Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung				
14	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung	95 % der geplanten Messungen durchgeführt	●	
15	Energiemonitoring	Konzept zur Erfassung von Energieverbrauch nach Energieträger liegt vor	●	
Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination				
16	Aktuelle und regelmässige Orientierung über den Zustand der Umwelt sowie Beratung	2-malige Herausgabe von «Umwelt Zug»; Verfügbarkeit der Messdaten auf der Webseite www.inluft.ch ist zu 95 % gewährleistet; Webseite AfU wird mind. halbjährlich aktualisiert	◐	Nur einmalige Ausgabe von «Umwelt Zug» wegen Entlastungsprogramm
17	Sensibilisierung der Bevölkerung für Umwelthanliegen durch Öffentlichkeitsarbeit	Aus Budgetgründen 2015 keine Aktion vorgesehen	●	Dank Zusammenarbeit mit Bund und Zentralschweiz konnten 2 kleinere Aktionen durchgeführt werden
18	Fristgerechte und effiziente Stellungnahmen zu Geschäften	90 % der Stellungnahmen innert 2 Wochen	◐	Wegen krankheits- und ferienbedingten Abwesenheiten konnte Frist knapp nicht eingehalten werden; 89,2 % (314 von 352 Stellungnahmen) wurden fristgerecht erteilt
19	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe	Mind. 3 Info- bzw. Schulungsanlässe	●	
21	Prävention von Schadenfällen durch Beratung und Information	Mind. 1 Informationsveranstaltung oder -kampagne zu einem schadenrelevanten Thema	●	
L	Wahrnehmen der spezifischen Aufgaben der Energiefachstelle	Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Energiefachstellenkonferenz	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzung 2: Per Ende Jahr betrug der mittlere Phosphorgehalt im Zugersee 0,078 mg P/l. In den letzten vier Jahren (Vorperiode) hat sich damit der mittlere Phosphorgehalt von rund 0,082 mg P/l per Ende 2012 auf 0,078 mg P/l per Ende 2015 reduziert. Die Abnahme des mittleren Phosphorgehalts im Zugersee hat somit weiter stagniert. Gemäss EAWAG-Gutachten aus dem Jahr 2010 soll sich bis ins Jahr 2040 bei gleich bleibender Phosphorbelastung aus dem Einzugsgebiet eine mittlere Phosphorkonzentration von rund 0,050 mg P/l einstellen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	4	2–4	5
Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen (Garagen- und Malerbetriebe, Tankstellen, Chemische Reinigungen, Kompostier- und Bauabfall- anlagen, Kiesgruben)	Anzahl	321	310	324
Eingereichte Gesuche für Erdsonden	Anzahl			
Erteilte Bewilligungen für Erdsondenanlagen			120–140	96
Eingereichte Gesuche für Tankanlagen	Anzahl			
Erteilte Bewilligungen für Tankanlagen			20–30	5
Erteilte Bewilligungen/Entscheide	Anzahl		250–300	185
Eingehende Kontrollberichte NIS	Anzahl	18	18	18
Kontrollen von grossen Feuerungsanlagen	Anzahl		50–60	56
Kontrollen von Musikveranstaltungen	Anzahl		1'000–2'000	16
Überprüfung der Umweltqualität	Anzahl Mes- sungen (ohne kontinuierliche Messungen)	1'306	1'000–1'200	931
Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb Bauzonen	Anzahl	413	300–320	352

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Kontrolle von Musikveranstaltungen: Die Plangrösse 1'000–2'000 stellt die geschätzte Anzahl der Veranstaltungen dar, die durchgeführt werden; davon sollen 1 % kontrolliert werden (Indikator 12).

Überprüfung der Umweltqualität: Im Vergleich zum Vorjahr hat die Anzahl Messungen im Berichtsjahr scheinbar abgenommen. Dies ist auf einen Fehler in der Berechnung der Anzahl Messungen im Vorjahr (Doppelzählungen) zurückzuführen.

Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb Bauzonen: Mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ist es schwierig, die Vorgaben des Leistungsauftrags, 90 % der Stellungnahmen innert zwei Wochen, einzuhalten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'425'958.79	-4'278'708	-4'107'530.26	171'177.74	-4,0
Total Ertrag	502'960.30	413'000	402'776.15	-10'223.85	-2,5
Saldo	-3'922'998.49	-3'865'708	-3'704'754.11	160'953.89	-4,2

Kommentar Rechnung

Die Minderausgaben erfolgten primär im Bereich «Umweltschutzmassnahmen» (Konto 3130.55, DL Dritter Massnahmen Umweltschutz). Hier konnten zum Teil geplante Aufgaben/Projekte (Massnahmenplan Luft) bereits 2014 realisiert werden, andere (Lärmkataster) wurden auf 2016 verschoben oder intern erarbeitet (Aufbau Energie-monitoring) bzw. stark reduziert (Aktionen Klimaschutz).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0002 Sanierung Kehrrechtdeponie Baarburg					
Ausgaben	-317'515.85		-47'001.95	-47'001.95	
Einnahmen	1'900'831.30		195'961.70	195'961.70	

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3050–Amt für Umweltschutz

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0007	Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen					
	Ausgaben	-240'014.00	-200'000	-349'309.00	-149'309.00	74,7
	Einnahmen	240'014.00	200'000	349'309.00	149'309.00	74,7
BD3050.0008	BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Baar					
	Ausgaben	-109'432.65	-18'000		18'000.00	-100,0
	Einnahmen	109'432.65	18'000		-18'000.00	-100,0
BD3050.0009	BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Zug					
	Ausgaben	-39'715.90	-145'000	-282'271.00	-137'271.00	94,7
	Einnahmen	39'715.90	145'000	282'271.00	137'271.00	94,7
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-706'678.40	-363'000	-678'581.95	-315'581.95	86,9
	Einnahmen	2'289'993.85	363'000	827'541.70	464'541.70	128,0
	Saldo	1'583'315.45	0	148'959.75	148'959.75	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0005	Sanierung Schiessanlagen					
	Ausgaben	-20'393.00	-150'000	-192'475.00	-42'475.00	28,3
	Einnahmen					
BD3050.0010	Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus					
	Ausgaben	-31'397.63	-600'000	-621'772.25	-21'772.25	3,6
	Einnahmen		300'000	326'584.95	26'584.95	8,9
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-51'790.63	-750'000	-814'247.25	-64'247.25	8,6
	Einnahmen		300'000	326'584.95	26'584.95	8,9
	Saldo	-51'790.63	-450'000	-487'662.30	-37'662.30	8,4

Kommentar Rechnung

Bei der Sanierung der Kehrichtdeponie Baarburg mussten noch einige Abschlussarbeiten ausgeführt werden. Die Bundesbeiträge an diese Sanierung fielen merklich höher aus als budgetiert.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-59'925.45	-59'000	-57'121.00	1'879.00	-3,2
	Total Aufwand	-59'925.45	-59'000	-57'121.00	1'879.00	-3,2
420	Ersatzabgaben	37'487.00	35'000	33'184.00	-1'816.00	-5,2
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	22'438.45	24'000	23'937.00	-63.00	-0,3
	Total Ertrag	59'925.45	59'000	57'121.00	-1'879.00	-3,2
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Hochbauamt hat die Hauptziele weitestgehend erreicht und das Globalbudget eingehalten. Die Bauprojekte wurden termin- und kosten-gerecht weitergeführt. Für zwei grössere Bauprojekte erfolgte der Spatenstich. Diverse Planungen konnten abgeschlossen werden, für deren Umsetzung sind die politischen Entscheide noch ausstehend. Der Betrieb der Gebäude wurde reibungslos sichergestellt und die Rezertifizierung gemäss ISO 9001:2008 erfolgreich geschafft.

Planung von Bauten

Beim Projekt Fokus wurden die Vorprojekte Hauptstützpunkt Zugerland Verkehrsbetriebe und Mittelbau/Rettungsdienst Zug vom Lenkungsausschuss im Oktober genehmigt. Vor dem Hintergrund der veränderten Ausgangslage (Verzicht Verwaltungszentrum 3) mussten diverse Anpassungen vorgenommen werden. Dazu werden die zwei Vorprojekte in einer Überarbeitungsphase auf die neue Ausgangslage angepasst. Der Verwaltungs- und Wohnbau im Nordteil des Areals wurde sistiert.

Das Bauprojekt des Ausbildungszentrums Schönaue wurde in der Berichtsperiode erarbeitet und vom Lenkungsausschuss genehmigt.

Für den Erweiterungsbau Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Trakt 5 wurde das Bauprojekt erarbeitet und die Baubewilligung liegt vor. Die Totalunternehmersubmission wurde erstellt und eine offene Ausschreibung durchgeführt.

Das Vorprojekt der Dreifachsporthalle für die Kantonsschule Zug wurde erarbeitet und vom Lenkungsausschuss genehmigt.

Realisierung von Bauten, Umbauten und Sanierungen

Der Rohbau des Amtes für Verbraucherschutz in Steinhausen konnte fertiggestellt und die Fassade sowie das Dach thermisch geschlossen werden. Die Bauarbeiten sind im Rahmen der Kosten und terminlich auf Kurs.

Beim Projekt der Kantonsschule Menzingen konnten die Provisorien innert kürzester Zeit erstellt und in Betrieb genommen werden.

Die Abbruch- und Aushubarbeiten sind erfolgt und die Bauarbeiten erfolgen plangemäss.

Für das Provisorium der Kantonsschule in Zug wurde der Rohbau termingerecht erstellt.

Die Instandsetzung der Artherstrasse 25, Zug, konnte abgeschlossen werden.

Neben den oben erwähnten grösseren Bauprojekten wurden zahlreiche Instandsetzungsmassnahmen erfolgreich abgeschlossen.

Dringliche Massnahmen

Im Zusammenhang mit der Einführung eines elektronischen Steuerdossiers hatte der Regierungsrat entschieden, dass das Scanning mit einer Inhouse-Lösung realisiert werden muss. Kurzfristig konnten für die Steuerverwaltung an der Bahnhofstrasse 28, Zug, Räumlichkeiten zugemietet und ausgebaut werden. Weiter konnte der dringend notwendige Raumbedarf der Ambulanten Psychiatrischen Dienste durch frei werdende Räumlichkeiten im Mietobjekt Rathausstrasse 1, Baar, abgedeckt werden. Im Rechenzentrum mussten verschiedene Sofortmassnahmen umgesetzt werden, um den gestiegenen Kapazitätsbedarf sicherzustellen. Wesentlich war dabei der erfolgreiche Einbau des zusätzlichen Notstromdiesels. Aufgrund einer Massnahme aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 mussten im Bereich Parking in kürzester Zeit das Parkingreglement und die Weisung zu dessen Vollzug angepasst werden. Weiter mussten sämtliche Parkkarten für das Personal und für Externe gedruckt und verteilt werden.

Fachprojekte

Mit Stratus wurde der Gebäudezustand aktualisiert und die strategische Instandsetzungsplanung für die nächsten fünf Jahre erarbeitet. Diese wird jedes Jahr angepasst und dient als Grundlage für die jährliche Budgetierung der erforderlichen Instandsetzungsmassnahmen. Im Projekt Integrierte Kommunikationsplattform (IKP) wurden Grundlagen für die reibungslose Verschiebung der Telekommunikation vom Hochbauamt ins Amt für Informatik und Organisation per Ende Jahr geschaffen.

Betrieb der Gebäude und Sicherheit

Der Betrieb der Gebäude konnte reibungslos sichergestellt werden. Rund 100 Reinigungs-Mitarbeitende konnten praktisch und theoretisch in Erster Hilfe und Brandschutz auf dem Areal des Ausbildungszentrums Schönaue geschult werden. Ein Lernender hatte im Sommer den Berufsabschluss als Fachmann Betriebsunterhalt EFZ erreicht. Das erste externe Reinigungs-Audit hat auf drei Objekten stattgefunden und mit guten Resultaten abgeschlossen. 32 Defibrillatoren konnten in Betrieb genommen werden. Diese wurden an 26 öffentlich zugänglichen Stellen und in der kantonalen Verwaltung (sechs Geräte) montiert.

Die Fachstelle Sicherheit (FSI) hat bei 13 kantonalen Organen die minimalen Standards gemäss neuem Sicherheitskonzept (KBS VuG) überprüft. Mit den Funktionären/Mitarbeitenden wurde eine risikoorientierte, praktische Kurzschulung vor Ort durchgeführt und die Ergebnisse in einem Auditbericht zuhanden des Organs, der jeweiligen Direktion und des Arbeitsinspektorats verfasst.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und Realisierung von Neubauten sowie die Werterhaltung der Hochbauten und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist zudem verantwortlich für die Zumietung von Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (Sicherheit, Telekommunikation, Postdienst, Restaurant usw.).















2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	Durchführung von zwei internen Audits; Durchführung 1 externes Audit		
Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement				
B	Zustandsbewertung gemäss Stratus für ausgewählte Objekte	Ist abgeschlossen		
Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten				
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Verpflichtungskrediten	Keine Kostenüberschreitungen		
3	Hohe Zufriedenheit der Leistungsabnehmenden von Neubauten/Umbauten	90 % mit Status gut/sehr gut		
C	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	Rohbau erstellt		
D	Brückenangebot KBA, Umbau und Aufstockung Trakt 1 GIBZ	Rohbau erstellt		
E	Erweiterungsbau GIBZ Trakt 5	GU-Ausschreibung abgeschlossen		
F	Kantonsspital-Areal, Zug	Bebauungsplanverfahren abgeschlossen		Bebauungsplan wurde vom Gemeinderat bewilligt; definitiv rechtskräftig voraussichtlich Anfang 2016
G	Instandsetzung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönau	Start Projektierung		
L4	Planung Neubau Gymnasium Cham	Programm Projektwettbewerb erarbeitet		Wurde sistiert; Kantonsrat entscheidet weiteres Vorgehen; Objektkredit für das Wettbewerbsverfahren wird in 1. Lesung im 2. Quartal 2016 im Kantonsrat behandelt
L4	Neubau Turnhallen und Provisorien Kantonsschule Zug	Baugesuche erstellt		Die Provisorien sind im Bau; für die Dreifachturnhalle wird das Baugesuch im 2. Quartal 2016 eingereicht
L4	Neu- und Umbau Kantonsschule Menzingen	Provisorien erstellt, Baubeginn erfolgt		
L2	Planung Verwaltungszentrum 3	Vorprojekt erarbeitet		
L2	Planung Hauptstützpunkt ZVB	Vorprojekt erarbeitet		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur				
4	Instandhaltung und Instandsetzung des Liegenschaftenportfolios	1,25 % vom Gebäudeversicherungswert	●	
5	Hohe Zufriedenheit von Leistungsabnehmenden im Bereich von Mieterausbauten	90 % mit Status gut/sehr gut	●	
6	Guter Zustand des Gebäudeparks	85 % (Zustandswert zu Neuwert nach Stratus)	◐	Zustand der Gebäude wurde in Stratus aktualisiert; gemäss Bericht sind Gebäude gut unterhalten und weisen einen mittleren Zustands- zu Neuwert von 84 % aus
7	Tiefer Energieverbrauch Standort an der Aa	98 kWh/m ² pro Jahr (Elektro); 35 kWh/m ² pro Jahr (Wärme); 49 CO ₂ /t pro Jahr	●	
8	Hohe Auslastung Vermietung Objekte Liegenschaften des FV (ohne Artherstrasse 27 und Zugerbergstasse 22, Zug)	100 %	●	
Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation				
9	Hohe Auslastung des Restaurants Aabächli	53'000 verkaufte Mahlzeiten	●	
10	Hohe Qualität der Sicherheitskurse	> 3,5 (1 = ungenügend; 2 = genügend; 3 = gut; 4 = sehr gut)	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzung 6: Um das Portfolio langfristig nachhaltig zu unterhalten und einen moderaten Wertverlust und Zustandswert zu erreichen, ist künftig ein höherer Instandsetzungsbedarf nötig.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Kantonseigene Objekte VV	Anzahl	118	119	140
Kantonseigene Objekte FV	Anzahl	15	15	15
Gemietete Objekte	Anzahl	36	36	36
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Fr.	1'012	1'000	1'057
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl	4'437	4'470	4'550
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl	2'008	2'000	2'078
Durchgeführte Sicherheitskurse	Anzahl	49	40	38
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl		7'200	7'947

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die staatseigenen Objekte im Verwaltungsvermögen verzeichnen einen Zuwachs von 22 Objekten. Es handelt sich dabei um Gebäude des Landwirtschaftsbetriebs in der Chamau (im Budget 2015 wurden die Objekte Chamau noch nicht berücksichtigt, da zu dem Zeitpunkt noch nicht bekannt war, welche Gebäude erhalten und welche rückgebaut werden).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-33'091'917.95	-34'206'839	-31'356'164.53	2'850'674.47	-8,3
Total Ertrag	8'558'756.82	7'935'715	8'704'954.61	769'239.61	9,7
Saldo	-24'533'161.13	-26'271'124	-22'651'209.92	3'619'914.08	-13,8

Kommentar Rechnung

Das Globalbudget schneidet um rund 3,6 Millionen Franken besser ab als budgetiert.

a) Entlastungsprogramm

Aufgrund des Entlastungsprogramms wurden die Mittel sparsam verwendet. Es kann jedoch keine konkrete Massnahme aufgeführt werden, die im Berichtsjahr grössere Entlastungen bewirkt haben.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Bauliche und technische Instandhaltung und Energieversorgung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Die Minderkosten betragen rund 0,8 Millionen Franken und sind insbesondere auf tiefere Energiekosten (milder Winter und tiefere Preise) und auf tiefere Instandhaltungskosten zurückzuführen.

Bauliche und technische Instandsetzung und Mieterausbauten der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Im Vergleich zum Budget wurden für diese Leistungen rund 1,4 Millionen Franken weniger Mittel benötigt. Einige Projekte konnten günstiger als geplant durchgeführt werden. Des Weiteren wurde ein nicht budgetierter Beitrag für bauliche Massnahmen bei der Strafanstalt durch den Bund geleistet.

Zumietung von Immobilien und Flächen für die kantonale Verwaltung sowie Beratung insbesondere in mietrechtlichen Fragen: Die Minderkosten betragen rund 1 Million Franken. Gründe hierfür sind weniger Nebenkosten aufgrund tieferer Energiekosten und -verbrauch. Der grösser als geplante Mieterausbau für das Scanning-Center wurde über die Investitionsrechnung abgerechnet. Die Miete für das Lager an der Chollerstrasse wird ab 2015 vom Museum in der Burg beglichen (187'000 Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0099 Kant. Zeughaus: Umgebungsgestaltung					
Ausgaben					
Einnahmen			-38'468.80	-38'468.80	
HB3060.0116 Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach					
Ausgaben	-19'443.20				
Einnahmen					
HB3060.0118 Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug					
Ausgaben	395.50				
Einnahmen	140'000.00				
HB3060.0125 Ersatz Heizanlage LBBZ Schluecht					
Ausgaben	-57'234.80				
Einnahmen					
HB3060.0129 Kantonsschule Zug, Trennsystem Kanalisation					
Ausgaben	-581'322.55	-440'000	-346'087.70	93'912.30	-21,3
Einnahmen					
HB3060.0130 Integration Gebäudetechnik GIBZ					
Ausgaben	-705.25				
Einnahmen					
HB3060.0132 Mieterausbau PDS, Luzernerstr. 9, Cham					
Ausgaben	-280'239.15				
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0133	Mieterausbau PDS, Kolinplatz 4 + 14, Zug					
	Ausgaben	-1'127'489.43		-538.10	-538.10	
	Einnahmen					
HB3060.0134	Instandsetzung Gebäudeleitsystem GIBZ Trakt 1					
	Ausgaben	-455'436.10				
	Einnahmen					
HB3060.0135	Anschaffung und Installation Defibrillatoren					
	Ausgaben	-22'692.15	-470'000	-344'545.10	125'454.90	-26,7
	Einnahmen					
HB3060.0139	Optimierung Kühlung Zuger Kantonsspital, Baar					
	Ausgaben	-311'091.65		-222'004.45	-222'004.45	
	Einnahmen			33'096.10	33'096.10	
HB3060.0140	Mieterausbau Landis & Gyr-Strasse 1, Zug					
	Ausgaben	-673'746.55	-1'600'000	-1'732'661.88	-132'661.88	8,3
	Einnahmen			125'000.00	125'000.00	
HB3060.0141	Grundwasserbohrungen GIBZ Energiezentrale					
	Ausgaben	-249'729.00	-120'000	-728'169.00	-608'169.00	506,8
	Einnahmen					
HB3060.0142	Instandsetzung Energiezentrale GIBZ					
	Ausgaben		-990'000	-948'206.70	41'793.30	-4,2
	Einnahmen					
HB3060.0143	Erneuerung Glasfassade GIBZ Zwischentrakt 3					
	Ausgaben		-850'000	-597'550.05	252'449.95	-29,7
	Einnahmen					
HB3060.0144	Erneuerung Aussenbeleuchtung KSZ					
	Ausgaben		-570'000	-419'463.95	150'536.05	-26,4
	Einnahmen					
HB3060.0145	Ersatz Wärmepumpen und Wärmeverteilung KSZ					
	Ausgaben		-850'000	-707'597.45	142'402.55	-16,8
	Einnahmen					
HB3060.0146	Flachdachsaniierungen KSZ					
	Ausgaben		-800'000	-759'630.90	40'369.10	-5,0
	Einnahmen					
HB3060.0149	Asylunterkunft Artherstrasse 27, Zug					
	Ausgaben	-307'913.70				
	Einnahmen					
HB3060.0152	Mieterausbau und Ausstattung Scanning-Center					
	Ausgaben			-525'722.22	-525'722.22	
	Einnahmen			7'000.00	7'000.00	
HB3060.0154	Sofortmassnahmen Rechenzentrum					
	Ausgaben			-657'983.42	-657'983.42	
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3060.0006	Auftrags- und Instandhaltungsmanagement					
	Ausgaben	-245'143.25	-70'000		70'000.00	-100,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-4'331'791.28	-6'760'000	-7'990'160.92	-1'230'160.92	18,2
	Einnahmen	140'000.00		126'627.30	126'627.30	
	Saldo	-4'191'791.28	-6'760'000	-7'863'533.62	-1'103'533.62	16,3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau					
	Ausgaben	-363'729.37		901.70	901.70	
	Einnahmen					
HB3060.0082	WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung					
	Ausgaben	-4'536.00				
	Einnahmen					
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb					
	Ausgaben	-178'752.50		-18'700.20	-18'700.20	
	Einnahmen					
HB3060.0105	AVS Steinhausen: Bauausführung					
	Ausgaben	-1'316'997.14	-6'000'000	-5'020'496.97	979'503.03	-16,3
	Einnahmen					
HB3060.0106	KSM Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb					
	Ausgaben	-15'730'577.35	-8'000'000	-11'496'933.96	-3'496'933.96	43,7
	Einnahmen					
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)					
	Ausgaben	-4'727'963.20	-4'200'000	-3'966'346.08	233'653.92	-5,6
	Einnahmen					
HB3060.0117	Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5 Zug					
	Ausgaben		-1'000'000	-920'869.30	79'130.70	-7,9
	Einnahmen					
HB3060.0119	Kantonsschule Zug, Neubau Provisorien					
	Ausgaben	-294'033.80	-4'000'000	-3'359'039.20	640'960.80	-16,0
	Einnahmen					
HB3060.0120	Kantonsschule Zug, Neubau Turnhalle					
	Ausgaben			-280'241.06	-280'241.06	
	Einnahmen					
HB3060.0121	Brückenangebot KBA, Aufstockung Trakt 1 GIBZ					
	Ausgaben	-1'425'759.60	-3'500'000	-1'922'828.90	1'577'171.10	-45,1
	Einnahmen					
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung					
	Ausgaben	105'712.85				
	Einnahmen	-27'394.05				

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar					
	Ausgaben	-466'800.00				
	Einnahmen					
HB3060.0126	Sanierung / Umbau Artherstr. 25, Zug					
	Ausgaben	-1'950'261.15	-3'235'000	-1'729'221.85	1'505'778.15	-46,5
	Einnahmen					
HB3060.0128	Erweiterungsbau Malerei / Ablaugerei Bostadel					
	Ausgaben	-300'000.00				
	Einnahmen					
HB3060.0137	Instandsetzung AZ Schönau: Planungskredit					
	Ausgaben	-267'679.25	-500'000	-943'883.05	-443'883.05	88,8
	Einnahmen					
HB3060.0147	Wettbewerb Kantonsschule Cham					
	Ausgaben		-500'000		500'000.00	-100,0
	Einnahmen					
HB3060.0150	Kauf und bauliche Massnahmen Chamau					
	Ausgaben	-15'000'000.00		-335'435.20	-335'435.20	
	Einnahmen					
HB3060.0153	Asylunterkunft Allenwinden, Baar					
	Ausgaben			-1'526'678.95	-1'526'678.95	
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-41'921'376.51	-30'935'000	-31'519'773.02	-584'773.02	1,9
	Einnahmen	-27'394.05				
	Saldo	-41'948'770.56	-30'935'000	-31'519'773.02	-584'773.02	1,9

Kommentar Rechnung

Budgetkredite:

- Optimierung Kühlung Zuger Kantonsspital, Baar: Das Projekt hat sich zeitlich etwas verzögert. Der Gesamtkredit wurde eingehalten.
- Grundwasserbohrungen Gewerblich-industrielles Bildungszentrum Energiezentrale: Das Projekt hat sich zeitlich etwas verzögert. Der Gesamtkredit wird eingehalten.
- Sofortmassnahmen Rechenzentrum: Um den gestiegenen Kapazitätsbedarf abzudecken, mussten kurzfristig nicht budgetierte Massnahmen umgesetzt werden.
- Auftrags- und Instandhaltungsmanagement: Die Optimierungsmassnahmen in der Software IMSWare werden 2016 umgesetzt.

Verpflichtungskredite:

- Wettbewerb Kantonsschule Cham: Das Projekt hat sich verzögert. Dieses kommt als Objektkredit 2016 in den Kantonsrat.
- Mieterausbau und Ausstattung Scanning-Center: Massnahmen für nicht geplante Inhouse-Lösung.
- Asylunterkunft Allenwinden Baar: Umwandlung des Objekts vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
310	Material- und Warenaufwand	-20'232.51	-14'000	-8'334.58	5'665.42	-40,5
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-18'513.98	-35'400	-25'095.36	10'304.64	-29,1
313	Dienstleistungen und Honorare	-191'989.53	-226'350	-269'838.48	-43'488.48	19,2
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-218'795.52	-242'000	-160'956.66	81'043.34	-33,5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-335'983.17	-321'265	-322'077.29	-812.29	0,3
319	Übriger Betriebsaufwand		42'286		-42'286.00	-100,0
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-498'188.37	-347'985	-467'388.53	-119'403.53	34,3
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-100'000.00	-50'000	-193'470.90	-143'470.90	286,9
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-9'970.00	-14'000	-2'424.00	11'576.00	-82,7
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-401'212.36	-419'000	-359'432.50	59'567.50	-14,2
	Total Aufwand	-1'794'885.44	-1'627'714	-1'809'018.30	-181'304.30	11,1
426	Rückerstattungen			925.93	925.93	
429	Übrige Entgelte	700.00				
447	Liegenschaftenertrag VV	1'794'185.44	1'670'000	1'808'092.37	138'092.37	8,3
	Total Ertrag	1'794'885.44	1'670'000	1'809'018.30	139'018.30	8,3
	Saldo	0.00	42'286	0.00	-42'286.00	-100,0

Kommentar Rechnung

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungsauftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten. Die Spezialfinanzierung Parking schneidet wegen Mehreinnahmen besser ab als budgetiert. Die externen Kosten lagen trotz der pauschalen Kürzung von rund 42'000 Franken durch den Kantonsrat (Konto 319) knapp unter Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3061.0023 Neugestaltung PP und Umgebung LBBZ Schluecht					
Ausgaben		-600'000		600'000.00	-100,0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-600'000		600'000.00	-100,0
Einnahmen					
Saldo		-600'000		600'000.00	-100,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3061.0022 Parkleitsystem Zug					
Ausgaben	-41'212.36		-432.50	-432.50	
Einnahmen	40'000.00				
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-41'212.36		-432.50	-432.50	
Einnahmen	40'000.00				
Saldo	-1'212.36		-432.50	-432.50	

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Raumplanung erfüllt praktisch alle gesteckten Ziele. Bei den beiden Grossprojekten «Raumkonzept» und «Verlegung Hochspannungsleitung» kam es zu Verzögerungen. Die Einhaltung der Fristen hängt von Fachstellen der Gemeinden, des Kantons und des Bundes ab. Die Laufende Rechnung schliesst mit einer Einsparung von 6,6 Prozent gegenüber dem Budget ab.

Richtplan

Der Bundesrat genehmigte die Anpassung des Richtplans zu den Weilern, zur Umfahrung Unterägeri und zur Festsetzung des Kantonsstrassennetzes. Die Submission des Projekts «Verlegung der 380 kV-Leitung Benken–Mettlen» ist durchgeführt. Das Projekt startete nach der Vergabe im Dezember. In sechs Workshops diskutierten Politik, Wissenschaft, Verwaltung und die Gemeinden die neuen «Grundzüge der räumlichen Entwicklung» für die nächsten dreissig Jahre. Der Kantonsrat beschloss die Anpassung des Richtplans zum neuen Hochschulstandort in Rotkreuz.

Verkehrsplanung

Das neue Zuger Verkehrsmodell ist in Betrieb. Die Verkehrszählungen zeigen, dass die überkantonalen Pendlerinnen und Pendler stark auf das Auto setzen. Das ganze Wanderwegnetz ist überprüft. Bevor die Neusignalisation ansteht, muss der Kantonsrat das neue Netz beschliessen. Die entsprechende Anpassung des Zuger Richtplans läuft.

Agglomerationsprogramm

Das 1. Agglomerationsprogramm wird umgesetzt. Das 2. Agglomerationsprogramm ist vom Bund genehmigt und die Vereinbarung ist unterschrieben. Gleichzeitig wurde das 3. Agglomerationsprogramm erarbeitet. Die Anforderungen des Bundes an Tiefe und Umfang der Agglomerationsprogramme steigen. Dies bindet mehr Ressourcen, finanziell wie personell. Die öffentliche Auflage zur Anpassung des Richtplans läuft.

Natur und Landschaft

Die Moorregenerationen fokussierten sich auf den Zugerberg. Den Landwirtinnen und Landwirten wurden fristgerecht rund 1,39 Millionen Franken für ihre Leistungen zugunsten Natur und Landschaft ausbezahlt. Der Bund vergütet einen grossen Teil zurück. Die Abgeltungsrichtlinie für diese Leistungen ist überarbeitet. Der Regierungsrat beschloss das Konzept «Vielfältige und vernetzte Landschaft». Das Konzept bildet die Grundlage für die vom Kantonsrat zu beschliessenden «Grundzüge der räumlichen Entwicklung». Auf dem Zugerberg konnte in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten die Langlaufloipe optimiert werden. Der Bike Trail von der Bergstation Zugerberg zur Talstation Schöneegg ist bewilligt. Ein Leitfaden für das Bauen ausserhalb der Bauzone zeigt, wie landschaftsverträgliches Bauen aussieht. Vertreter der Gemeinden und des Bauernverbandes begleiteten den Prozess. Gemeinsam mit der Redaktion des Hochparterres wurde ein Sonderheft zu den Schätzen der Zuger Landschaft publiziert. Der Lotteriefonds finanzierte das Heft.

Koordinationsstelle Baugesuche

Die Zahlen der Baugesuche erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr weiter. Verschiedene Entscheide wurden vom kantonalen Verwaltungsgericht resp. vom Bundesgericht gestützt. Konkret muss in Walchwil ein illegal erstelltes Wohnhaus rückgebaut werden. Die elektronische Abwicklung der Baugesuche (GemDat Rubin) funktioniert. Mit Ausnahme der Gemeinde Walchwil arbeiten alle Gemeinden und die kantonalen Fachstellen mit dieser Software. Ein neues elektronisches Baugesuchsformular ist aufgeschaltet. Das Amt bewirtschaftet die Zonenpläne und Bebauungspläne neu auch via GemDat. Die Vorprüfung zum Bebauungsplan Papierfabrik in Cham liegt vor. Ebenso geprüft sind verschiedene grosse Bebauungspläne: Unterfeld in Baar/Zug, Suurstoffi West in Rotkreuz, Zimel in Unterägeri, Elisabethenheim in Walchwil, Don Bosco in Walterswil, Klosterareal Heiligkreuz in Cham und Binzmühle in Rotkreuz.

Fachstelle Statistik

Die Fachstelle Statistik erfüllte die gesteckten Ziele. Das «Statistikgesetz» durchlief die Mitwirkung und wurde überarbeitet. Neben der Broschüre «Zug in Zahlen» und einer Spezialpublikation zur ausländischen Bevölkerung publizierte die Fachstelle erstmals zwölf Flyer mit den wichtigsten Zahlen und Fakten zu den Gemeinden im Kanton Zug.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und führt die kantonale Statistik.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Übergeordnete Planungen				
1	Haushälterische Bodennutzung durch Interessenabwägungen im Richtplan	Regierungsratsbeschluss 6 Wochen nach Abschluss der öffentlichen Mitwirkung		
A	Unterirdische Verlegung der 380 kV Leitung Mettlen–Benken in Absprache mit Bund	Öffentliche Auflage der Anpassung des Richtplans 2015		Erarbeitung einer vertieften Machbarkeitsstudie; Richtplananpassung später
L1	Beschluss RR des neuen Raumordnungskonzepts (ROK)	Aktualisierung der Bauzonenstatistik 2014 bis März; öffentliche Auflage ROK 16 bis November		Bauzonenstatistik erreicht; Verzögerung ROK aufgrund zusätzlicher interner Vernehmlassung
Leistungsgruppe 2: Verkehr und Agglomerationen				
4	Optimieren Verkehrsmodell und Informieren über Verkehrsentwicklungen	Verkehrsmodell zu 100 % einsatzfähig; 70 Verkehrserhebungen mit Auswertung		
B	Anpassen Zuger Wanderwegnetz	Kantonsratsbeschluss Wanderwegnetz im Zuger Richtplan bis Mitte Jahr		Verzögerte Ausarbeitung des Routenplans bzw. der Netzdefinition
C	Erarbeiten Agglomerationsprogramme	Unterschrift Bund zum Programm 2. Generation bis Anfang Jahr; Start Erarbeitung Programm 3. Generation ab Mitte Jahr		
Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft				
7	Ökologisches Aufwerten der Hoch- und Flachmoore und Bekämpfung der Neophyten in Mooren	Betreuen von 5 Aufwertungsprojekten; 50 % Reduktion der Neophyten in ausgewählten Mooren		
8	Vermindern der Interessenkonflikte Naturschutz, Erholung und Landwirtschaft auf dem Zugerberg	Eröffnung Bike-Trail und Regeln des Betriebes; Umlegung Loipe Zugerberg		Neue Streckenführung Loipe in Betrieb; Eröffnung Bike Trail im Mai; Verzögerung, da Finanzierung zuerst gesichert werden musste
D	Erstellen Konzept vielfältige und vernetzte Landschaft	Regierungsratsbeschluss bis Mitte Jahr; Start von 2 konkreten Umsetzungen		
Leistungsgruppe 4: Kantonale Koordinationsstelle				
11	Zeitgerechte Gesuchsbehandlung	80 % Einhalten der Fristen; Entscheide Verwaltungsgericht zu 90 % im Sinne des Amtes		Entscheide Verwaltungsgericht zu 70 % im Sinne des Amtes
E	Vereinfachen GemDat (Baubewilligungsverfahren)	Installation neuer Schnittstellen zwischen GemDat und Zahlungssoftware und weiteren Anwendungen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 5: Fachstelle Statistik				
16	Fristgerechter Datenaustausch	Liefern Volkszählungsdaten und Bildungsstatistik zu 100 % innert Frist	●	
17	Kundenorientierter Betrieb EKV4 (Einwohnerkontrolle)	Beantwortung 90 % der Kundenanfragen innert 24 Stunden	●	
18	Orientierung zu Entwicklungen mit statistischen Daten	Zug in Zahlen bis Oktober; 4 elektronische Newsletter; Beantwortung 95 % aller Anfragen innert 24 Stunden	●	
F	Gesetzliche Grundlage zur Statistik	Kantonsratsbeschluss zum Statistikgesetz	⊖	Verzögerung aufgrund grosser Anpassungen nach externer Vernehmlassung

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

a) Entlastungsprogramm

Zielsetzung B: Die Anpassung des Netzes der Zuger Wanderwege verzögerte sich wegen der Abstimmung mit anderen Massnahmen des Entlastungsprogramms um ein Jahr.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Zielsetzung A: Die Machbarkeitsstudie zur Verlegung der 380 kV-Leitung verzögerte sich aufgrund des notwendigen Submissionsverfahrens.

Zielsetzung L1: Beim Raumordnungskonzept entschied der Regierungsrat, vor der öffentlichen Auflage noch eine interne Vernehmlassung durchzuführen. Zudem verzögerten die durchgeführten Workshops mit Politik, Wirtschaft, Organisationen und Verwaltung den Prozess. Ziel bleibt, im Jahr 2017 vom Bundesrat den angepassten Richtplan genehmigt zu erhalten.

Zielsetzung 11: Bei den Verwaltungsgerichtsentscheiden war das Ziel mit 90 % zu ambitioniert. Aufgrund der Entscheide der Gerichte wird die Bewilligungspraxis zeitnah angepasst.

Zielsetzung 5: Die gesetzlichen Grundlagen zur Statistik verzögerten sich aufgrund zusätzlicher Abklärungen beim Datenschutz sowie personeller Engpässe um ein Jahr.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Baugesuche und Bauanfragen	Anzahl	464	450	486
Zonen- und Bebauungspläne	Anzahl	21	30	25
Baugesuche Kies- und Abfallanlagen	Anzahl		10	5
Konzessionsgesuche	Anzahl	5	30	8
Entscheide des ARP vor Verwaltungsgericht	Anzahl		10	10
Anfragen zu Verkehrserhebungen	Anzahl		30	40
Neophytenbekämpfung in ausgewählten Mooren	Reduktion		50 %	50 %
Anfragen zu Statistik und EKV4	Anzahl		600	650

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Es zeigt sich, dass bei den Anfragen zur Statistik eine weitere Zunahme zu verzeichnen ist. Die Statistik wird von Politik, Wirtschaft, Presse und der breiten Bevölkerung stark genutzt. Verschiedene Zonenpläne und Bebauungspläne der Gemeinden haben sich verzögert. Dies führte zu etwas weniger Vorprüfungen als budgetiert, aber doch fast 20 % mehr als im Vorjahr. Die Konzessionsgesuche bleiben stabil zum Vorjahr. Diese Zahl lässt sich schwierig budgetieren, da sie von den privaten Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern abhängt. Baugesuche lagen über dem Budget und über den Zahlen vom Vorjahr. Dies zeugt von einer regen Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen im Kanton Zug.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'730'311.65	-6'817'358	-6'461'071.69	356'286.31	-5,2
Total Ertrag	1'309'635.00	1'289'200	1'300'487.05	11'287.05	0,9
Saldo	-5'420'676.65	-5'528'158	-5'160'584.64	367'573.36	-6,6

Kommentar Rechnung

Das Resultat der Laufenden Rechnung hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- Verzicht resp. Verzögerungen bei externen Aufträgen (Anpassung Richtplan, Raumkonzept 2016, Verkehrsmodell, EKV 4)
- Verzicht auf externe Moderation bei Workshops zum Raumkonzept
- Reduktion bei Personalkosten und Verzicht auf Einsatz von Hilfskräften
- Mehreinnahmen von Subventionen für den Natur- und Landschaftsschutz

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3080.0001	GemDat Raum					
	Ausgaben	-61'265.15	-60'000	-32'327.65	27'672.35	-46,1
	Einnahmen					
IT3080.0002	GemDat Rubin Phase 2					
	Ausgaben	-105'625.20	-222'000	-212'788.05	9'211.95	-4,1
	Einnahmen	151'209.00	88'800		-88'800.00	-100,0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-166'890.35	-282'000	-245'115.70	36'884.30	-13,1
	Einnahmen	151'209.00	88'800		-88'800.00	-100,0
	Saldo	-15'681.35	-193'200	-245'115.70	-51'915.70	26,9

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3080.0006	Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz					
	Ausgaben	-13'000.00	-100'000	-34'896.25	65'103.75	-65,1
	Einnahmen		33'000	15'965.40	-17'034.60	-51,6
BD3080.0009	Unterirdische Führung elektr. Übertragungsleitungen					
	Ausgaben		-333'000	-26'175.60	306'824.40	-92,1
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-13'000.00	-433'000	-61'071.85	371'928.15	-85,9
	Einnahmen		33'000	15'965.40	-17'034.60	-51,6
	Saldo	-13'000.00	-400'000	-45'106.45	354'893.55	-88,7

Kommentar Rechnung

Beim Projekt GemDat Rubin (elektronisches Baubewilligungsprogramm) wurden Projektanpassungen zeitlich verschoben. Die Einnahmen zu GemDat Rubin 2 der Gemeinden sind bereits 2014 abgerechnet worden.

Zur Unterschreitung der Verpflichtungskredite:

- weniger Gesuche für die Finanzierung von ökologischen Aufwertungsprojekten aus dem Hochspannungslitungskredit Landschaftsschutz
- Verschiebung des Starts des Projekts unterirdische Führung elektrischer Übertragungsleitungen 380 kV

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
3500	Direktionssekretariat	-2'314'584.78	-2'412'414	-2'175'711.35	236'702.65	-9,8
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'156'155.96	-2'352'244	-2'075'583.65	276'660.35	-11,8
3541	Stabsstelle Notorganisation	-105'391.10	-449'694	-292'665.67	157'028.33	-34,9
3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung		39'710	0.00	-39'710.00	-100,0
3581	Strassenverkehrsamt	2'301'176.80	2'612'685	2'364'090.79	-248'594.21	-9,5
3587	Amt für Feuerschutz	-257'310.40	-230'818	-245'980.35	-15'162.35	6,6
3590	Zuger Polizei	-44'685'865.34	-44'025'730	-42'616'656.68	1'409'073.32	-3,2
3592	Amt für Migration	-1'417'324.93	-1'639'906	-1'246'413.69	393'492.31	-24,0
3595	Strafanstalt	-2'806'344.28	-2'789'810	-2'330'301.01	459'508.99	-16,5
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'682'061.32	-5'199'963	-4'708'217.78	491'745.22	-9,5
35	Sicherheitsdirektion	-56'123'861.31	-56'448'184	-53'327'439.39	3'120'744.61	-5,5

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
3541	Stabsstelle Notorganisation	-282'211.89	-150'000	-119'019.89	30'980.11	-20,7
3581	Strassenverkehrsamt	-481'106.64	-190'000	250'977.96	440'977.96	-232,1
3587	Amt für Feuerschutz	-77'733.30	-618'000	-361'196.05	256'803.95	-41,6
3590	Zuger Polizei	-5'928'700.31	-7'030'000	-3'537'055.51	3'492'944.49	-49,7
35	Sicherheitsdirektion	-6'769'752.14	-7'988'000	-3'766'293.49	4'221'706.51	-52,9

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Rechtslage zur Haltung von Hunden bleibt weitgehend beim Status Quo. Das Zusammenlegen zweier Ämtern bringt positive Synergieeffekte. Das 700-Jahre-Jubiläum der Ereignisse am Morgarten wurde ausgiebig gefeiert. Eine Ausnahmeregelung für die Niederlassung von vermögenden Personen ist politisch umstritten. Die Brandschutzvorschriften für Zivilschutzunterkünfte wurden gelockert, damit sie Asylsuchenden rascher zur Verfügung stehen.

Kein einheitliches Hundegesetz

Mit dem «Gesetz über die Haltung von Hunden» wollte der Regierungsrat einen für die Gesellschaft, die Landwirtschaft und die Natur vertraglichen Umgang mit den Vierbeinern regeln. Das kantonale Hundegesetz sollte im Interesse der Gemeinden einheitliche Voraussetzungen im ganzen Kantonsgebiet schaffen. Der Kantonsrat entschied sich dagegen. Einzig für das Liegenlassen von Hundekot wird eine Ordnungsbusse im kantonalen Übertretungsstrafgesetz eingeführt.

Neues Amt für Justizvollzug

Die Sicherheitsdirektion legte die Strafanstalt Zug und den Vollzugs- und Bewährungsdienst per 1. Juni in einem neuen «Amt für Justizvollzug» zusammen. Dadurch deckt eine Stelle den gesamten Justizvollzug im Erwachsenenbereich ab. Bestehende Synergien können unter anderem bei der Platzierung von Insassen, bei der sozialen Betreuung und bei der Rückfallprävention genutzt werden. Mit der Reduktion um 75 Stellenprozent wurde zudem ein Beitrag zum Entlastungsprogramm 2015–2018 geleistet.

Morgarten: Gelungenes 700-Jahre-Jubiläum

Die Kantone Zug und Schwyz präsentierten der Bevölkerung das Ereignis Morgarten in all seinen historischen, sozialen und politischen Dimensionen. Attraktionen von nationaler Ausstrahlung in der Region am Ägerisee trugen zur gemeinsamen Erinnerungskultur bei. Als Auftakt des Jubiläumsjahrs beleuchtete der Historikeranlass aus wissenschaftlicher Sicht die Geschehnisse um Morgarten. Mit dem im Frühling eröffneten multimedialen Informationszentrum können sich auch künftige Generationen mit der Geschichte und dem Mythos Morgarten auseinandersetzen. Ein mehrtägiges Volksfest im Juni bestach mit diversen Attraktionen und dem offiziellen Festanlass. Das Freilichttheater «Morgarten – Der Streit geht weiter» mit einem Ensemble aus rund 150 Freiwilligen aus der Region bot im Spätsommer ein kulturelles Grossereignis. Den Abschluss bildete das traditionelle Morgarten-Schiessen Mitte November.

Ausnahmen bei Niederlassungsanträgen werden diskutiert

Mit der Änderung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Ausländergesetz beabsichtigt der Regierungsrat, eine Ausnahme vom erforderlichen Sprachniveau bei der Beurteilung von Niederlassungsanträgen einzuführen. Einzelne Personen, denen zur Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen bereits eine Aufenthaltsbewilligung erteilt worden ist, sollen als Integrationsleistung auch andere Kriterien geltend machen dürfen. Die dem Kantonsrat zur Beratung übermittelte Gesetzesänderung löste eine politische Debatte in den lokalen und nationalen Medien aus. Ein Komitee kündigte ein allfälliges Referendum gegen die Gesetzesänderung an.

Zivilschutzunterkünfte stehen Schutzsuchenden rascher zur Verfügung

Die interkantonalen Brandschutzvorschriften für die temporäre Nutzung von Zivilschutzunterkünften konnten dank der entsprechenden Eingabe der Sicherheitsdirektion bei der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) befristet gelockert werden. Damit stehen die Unterkünfte für schutzsuchende Zivilpersonen zur Verfügung, ohne dass sie aufwändig nachgerüstet werden müssen. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der angespannten Situation bei der Unterbringung von Asylsuchenden in der Schweiz.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Für das Entlastungsprogramm wurden in Zusammenarbeit mit den Ämtern verschiedene Massnahmen umgesetzt und die Vorlagen für diverse Rechtsänderungen erarbeitet. Die gesetzgeberischen Arbeiten am Gebäudeversicherungsgesetz kamen voran; der Gesetzesentwurf ging in die parlamentarische Beratung. Zwei Verordnungen erfuhren Anpassungen an übergeordnete Normen. Die Ausführungsbestimmungen für die Videoüberwachung wurden im Entwurf erstellt.

Entlastungsprogramm 2015–2018

Die Direktion setzte Entlastungsmassnahmen in Eigenverantwortung konsequent um und realisierte damit einen Minderaufwand von über 3 Mio. Franken gegenüber dem Budget. Das Direktionssekretariat leitete die entsprechenden Arbeiten. Im Berichtsjahr wurden in Zusammenarbeit mit den Amtsleitenden die verschiedenen Massnahmen definiert und deren Umsetzung sichergestellt. Verordnungs- und Gesetzesanpassungen mussten in diesem Kontext verfasst werden. Zudem wurden die bestehenden Leistungsvereinbarungen einer kritischen Prüfung unterzogen. Beim Direktionssekretariat führt dies zu einer Neustrukturierung im Bereich der Opferhilfe; ab 2017 ist nur noch ein externer Leistungspartner mit der Führung einer Opferberatungsstelle betraut. Der Zuschlag erfolgte auf der Basis einer öffentlichen Ausschreibung.

Gebäudeversicherung soll zeitgemäss organisiert und beaufsichtigt werden

Die im Vorjahr initiierte Totalrevision des «Gesetzes über die Gebäudeversicherung» sieht eine organisatorische Neustrukturierung der Gebäudeversicherung des Kantons Zug (GVZG) vor. Die Aufträge der GVZG sollen präzisiert und zeitgemäss abgebildet werden. Im Berichtsjahr wurden die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung ausgewertet und teilweise in die Vorlage aufgenommen. Der Regierungsrat überwies den Entwurf des revidierten Gebäudeversicherungsgesetzes an den Kantonsrat zur Beratung.

Gelockerte Vorschriften für Brandschutzkontrollen

Die Verordnung zum Gesetz über den Feuerschutz wurde an die landesweite Liberalisierung im Brandschutz angepasst. Die Brandschutzbehörden überprüfen die kontrollpflichtigen Gebäude ab 1. Januar 2016 nur noch alle fünf Jahre. Bisher fanden die Prüfgänge jährlich oder jedes zweite Jahr statt. Zudem wurde die Kontrollpflicht für Landwirtschaftsbauten aufgehoben und den Vorschriften für Ein- und kleinere Mehrfamilienhäuser angeglichen.

Neue Grundlage für den Vollzug des Messwesens im Kanton Zug

Der Bund hat per 1. Januar 2013 ein neues Gesetz über das Messwesen in Kraft gesetzt. Dies führte zu einer Totalrevision der kantonalen Ausführungsbestimmungen. Bei dieser Gelegenheit wurden punktuelle Anpassungen hinsichtlich der Organisation des kantonalen Eichwesens vorgenommen sowie die Auslagenentschädigung des Eichamtes leicht erhöht. Die neue Verordnung gilt ab dem 1. Januar 2016.

Ausführungsbestimmungen für die Videoüberwachung

Für die 2014 in Kraft getretenen Gesetzesgrundlagen für die Videoüberwachung wurden im Berichtsjahr die Ausführungsbestimmungen erarbeitet. Dies fand in enger Zusammenarbeit mit der spezialisierten Fachstelle bei der Zuger Polizei und im Austausch mit der Datenschutzstelle statt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Direktionssekretariat erfüllt Stabs-, Planungs-, Koordinations- und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion. Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.













2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente und nachhaltige Arbeits-erledigung	Arbeitsprozesse des Organisations- und Managementhandbuchs sind überprüft und aktualisiert		
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
2	Beförderliche und fachgerechte Instruk-tion von Beschwerdefällen	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren		
3	Umgehende Einleitung von verfahrens-leitenden Schritten als Rechtsdienst des Regierungsrates	Innert 4 Arbeitstagen		
4	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Vorverfahren innert 6 Monaten abgeschlossen; Fristen des Gerichts eingehalten		
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
5	Hohe Qualität der Anträge der SD	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen		
6	Fristgerechte Bearbeitung der parlamen-tarischen Vorstösse	Gesetzliche Fristen eingehalten		
7	Fristgerechte Durchführung von Vernehmlassungen	100 % innert Frist		
8	Fristgerechte Einreichung von Mit-berichten und Stellungnahmen	100 % innert Frist		
E	Erledigung des Postulats der Justizprüfungs-kommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Gewalt-/Konfliktpotential	Vernehmlassungsverfahren eröffnet		60 % Zielerreichung. Angepasster Termin-plan aufgrund prioritärem Entlastungs-programm 2015–2018
F	Totalrevision Gesetz über die Gebäude-versicherung (BGS 722.11)	RR-Vorlage dem KR überwiesen		
Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben				
9	Beförderliche Bearbeitung der eingehenden Gesuche für Verkehrsanordnungen	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Vor-liegen sämtlicher Dokumente beantwortet		
10	Beförderliche Bearbeitung eingehender Gesuche im Lotteriewesen	Innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
11	Rasche Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche unter 10'000 Franken aus dem Lotteriefonds	Innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	●	70 % Zielerreichung. Ein Gesuch setzt einen Entscheid in einem anderen Geschäft voraus
Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen				
12	Gewährleistung des internen Informationsflusses	11 Geschäftsleitungssitzungen; 1 Klausurtagung	●	
13	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	12 Vorträge; 50 Medienkontakte; 2 Medienkonferenzen	●	90 % Zielerreichung. Keine Medienkonferenzen mangels Bedarf
14	Fristgerechte und korrekte Direktionsrechnungsführung	Fristen FD eingehalten; keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	●	
Leistungsgruppe 5: Opferhilfe (OH)				
15	Rasche Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	90 % innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	●	
16	Rasche Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	●	
17	Beförderliche und fachgerechte Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genuktungen	90 % innert 3 Monaten nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	●	
18	Effiziente und effektive Aufsicht/Controlling Opferberatungsstellen	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen; jährliche Überprüfung der Abrechnungen im Bereich der direkten Opferhilfe	●	90 % Zielerreichung. Jahrescontrolling verzögert aufgrund Neuausschreibung Mandat zur Betreibung einer Opferberatungsstelle
Leistungsgruppe 6: Eichamt				
19	Messmittel sind gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	1'350 Messmittel innert Frist	●	85 % Zielerreichung. 1'150 Messmittel geeicht
20	Fach- und termingerechte Füllmengenkontrollen nach Mengenangabeverordnung (MEAV)	30 Hersteller von Fertig-/und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	●	
21	Vorgaben des Bundesamts für Metrologie Metas sind erfüllt	Jahresziele Metas erreicht	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

13) Mit nahezu täglichen Anfragen der Medienschaffenden ist eine starke Zunahme der Medienkontakte zu verzeichnen.

19) Die Anzahl Messmittel wird von externen Faktoren wie z. B. eine Verlagerung der Produktion oder eine Geschäftsaufgabe beeinflusst.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl	39	45	37
Staatshaftung	Anzahl	11	12	15
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl	3	5	0
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	7	10	8

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Federführung in Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenzen	Anzahl		20	23
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		25	50
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl	69	90	81
Verkehrsanordnungen	Anzahl	68	150	100
OH-Gesuche und Kostengutsprachen Soforthilfe	Anzahl		75	57
OH-Gesuche Längerfristige Hilfe	Anzahl		30	18
OH-Gesuche Entschädigung/Genugtuung/Vorschuss	Anzahl		15	8
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl	2'660	2'600	2'600
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl	69	65	65

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

«Verkehrsanordnungen»: Mit der Übernahme der dauernden Verkehrsanordnungen auf Kantonsstrassen der Stadt Zug per 1. Januar wurde eine Zunahme budgetiert. Die prognostizierte Plangrösse wurde aufgrund von mehreren ressourcenbindenden Grossprojekten nicht erreicht.

«OH-Gesuche»: Längerfristige Psychotherapien müssen primär und soweit möglich über die obligatorische Krankenpflegeversicherung finanziert werden. Die von der SD initiierte Praxisänderung führte im Bereich der Psychotherapien zur einer reduzierten Anzahl Gesuche und Kostengutsprachen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'467'345.03	-2'573'164	-2'325'044.05	248'119.95	-9,6
Total Ertrag	152'760.25	160'750	149'332.70	-11'417.30	-7,1
Saldo	-2'314'584.78	-2'412'414	-2'175'711.35	236'702.65	-9,8

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

76'000 Franken Minderaufwand: Geplante verkehrstechnische Gutachten wurden aufgrund des Entlastungsprogramms nicht ausgelöst; andere waren zudem günstiger.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

169'105 Franken Minderaufwand: Bei der Opferhilfe fielen die Genugtuungssummen tiefer aus als im Vorjahr; die geringere Anzahl Gesuche führte zu einem reduzierten Aufwand sowohl bei den Kostengutsprachen als auch bei den mandatierten Opferberatungsstellen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Mitwirkung bei den Projekten Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf, Strategie Bevölkerungsschutz 2015+, Strategie Zivilschutz 2015+, Einführung POLYCOM TN ZG sowie mehreren Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft, speziell «Morgarten – 700 Jahre Abenteuer Geschichte», Tour de Suisse und die Streethockey Weltmeisterschaft prägten das Jahr.

Instandsetzung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönauf

Das AZM begleitete das Hochbauamt bei der Erarbeitung des Projektes Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf. Das Konzept beinhaltet eine neue Materialhalle, ein Restaurant für 110 Personen, eine Küche im Erdgeschoss, eine Liftanlage sowie die Sanierung der Gebäudehülle und der Haustechnik. Der Regierungsrat hat die Markus Schietsch Architekten GmbH, Zürich, mit der Projektierung beauftragt. Die Projektierungsarbeiten wurden Ende Jahr abgeschlossen.

Schutzanlagen

Die Umsetzung des Konzepts Reduktion von Schutzanlagen im Kanton Zug wurde angegangen. Die Aufhebung von vier Schutzanlagen und die Überführung von fünf Schutzanlagen in öffentliche Schutzräume prägten die Arbeit. Mit der Umnutzung von Schutzanlagen in öffentliche Schutzräume konnte die Bilanz der Schutzräume optimiert werden. Durch die Aufhebung der Schutzanlagen können künftig die Betriebskosten reduziert werden.

Einsätze

Die Zivilschutzorganisation betreute in mehreren Einsätzen mit dem Care Team Zug betroffene Personen im Bereich der psychologischen Nothilfe. Sie unterstützte die Zuger und Schwyzer Polizei beim Einsatz einer Verkehrskontrolle.

Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Die Zivilschutzorganisation leistete ausserordentlich viele Tage Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft bei den Feierlichkeiten zu «Morgarten – 700 Jahre Abenteuer Geschichte» im Ägerital, der Tour de Suisse im Start- und Zielgelände in Rotkreuz, der Streethockey Weltmeisterschaft in Zug und beim TixiTaxi Fahrauftrag. Das unerwartete Herzversagen eines Zivilschutzinstructors während einem Einsatz löste grosse Betroffenheit aus.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.














2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung				
1	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet		
2	Führt jährlich Orientierungstage für alle 18-jährigen Schweizer durch und bietet zur Rekrutierung auf	10 Orientierungstage, 15 Rekrutierungszyklen		
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert 2 Wochen bearbeitet		
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe korrekt und vollständig	100 % bewirtschaftet; Revision stellt keine gravierenden Mängel fest		
5	Kontrolliert die korrekte und zeitgerechte Erfüllung der Schiesspflicht der Angehörigen der Armee	Im Januar Liste der Säumigen kontrolliert und bearbeitet		
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen		
7	Retablierungsstelle erfüllt den Leistungsauftrag Logistikkbasis der Armee (LBA) in hoher Qualität	3 Tage pro Woche geöffnet; keine Beanstandungen durch LBA		
Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung				
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Innert 2 Wochen		
9	Hält die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzräume aktuell	1 Überarbeitung		
10	Führt periodische Schutzraumkontrollen gemäss Checkliste in hoher Qualität durch	600 Objekte		
C	Sirenenalarm mit Polyalert realisieren	Projektstart 2. Quartal		
D	Rückbau von Schutzanlagen und Überführung in öffentliche Schutzräume	5 Anlagen		50 % Zielerreichung. Infolge fehlender Ressourcen konnten nicht alle Anlagen vollständig überführt werden
Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation				
11	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet		90 % Zielerreichung. Infolge Einführung Personal-Informationen-System Armee Zivilschutz (PISA ZS) ergaben sich Verzögerungen

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
12	Stellt hohe Qualität der Ausbildung sicher	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	●	
13	Unterstützt TixiTaxi mit regelmässigem Fahrdienst	700 Einsatztage	●	
14	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert 1 Woche	●	
15	Leistet nach Bedarf Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft	1'200 Einsatztage	●	
16	Stellt den zeitgerechten Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepten sicher	Kontrolle des Inventars gemäss Planung durchgeführt	●	
E	Einführung Personal-Informationen-System der Armee und des Zivilschutzes (PISA ZS)	Mitwirkung im Pilotprojekt; Daten der Angehörigen des Zivilschutzes im PISA ZS erfasst	●	

Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben

18	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzzeinsätzen	●	
19	Aktive Mitwirkung bei den kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Zentralschweiz	Leitung von 4 Koordinationssitzungen	●	
F	Feierlichkeiten 700 Jahr Morgarten, 2015	Erfolgreiche Umsetzung	●	
G	Sanierung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönau	Nutzerbedürfnisse eingebracht	●	
L18	Umsetzung Strategie Zivilschutz 2015+	Konzept erstellt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Stellungspflichtige	Pflichtige	496	540	576
Meldepflichtige Armee	Pflichtige	7'304	7'300	7'244
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige	2'032	2'000	1'978
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige	3'135	3'000	3'220
Disziplinarstrafen Armee	Pflichtige		200	199
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche	148	150	136
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche	971	1'000	943
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche	455	450	481
Kunden Retablierungsstelle	Kunden	1'321	1'300	1'176
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage	7'998	8'300	8'256

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'188'559.67	-3'393'044	-3'140'174.93	252'869.07	-7,5
Total Ertrag	2'032'403.71	1'040'800	1'064'591.28	23'791.28	2,3
Saldo	-2'156'155.96	-2'352'244	-2'075'583.65	276'660.35	-11,8

Kommentar Rechnung

40'000 Franken Minderaufwand: Reduktion der Kurskosten durch den Einsatz eigener Instrukturen und weniger Teilnehmenden aus der Rekrutierung

60'000 Franken Minderaufwand: Reduzierter Personalaufwand aufgrund eines unerwarteten Todesfalls sowie eines Austritts

80'000 Franken Minderaufwand: Aufgrund zusätzlicher Sparmassnahmen beim Sachaufwand

56'000 Franken Mehrertrag: Höhere Wehrpflichtersatzerträge

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Stabsstelle Notorganisation koordinierte die Arbeiten betreffend Revision Bevölkerungsschutzgesetz, die Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe und des Kantonalen Führungsstabes sowie die Lieferung der Kaliumiodidtabletten an die Firmen und öffentlichen Betriebe. Die Auswertung und Erarbeitung von Massnahmen der Sicherheitsverbundübung 2014 (SVU 14), die Einführung von POLYCOM TN ZG und die Erstellung einer Eventualplanung ausserordentliche Lage Asyl im Kanton Zug, prägten die Planungsarbeiten und die Ausbildungstätigkeit des Kantonalen Führungsstabes stark.

Revision Bevölkerungsschutzgesetz

Die Stabsstelle Notorganisation wertete in Zusammenarbeit mit dem Direktionssekretariat die internen Mitberichte aus und überarbeitete den Bericht und Antrag zur Gesetzesrevision.

Kantonaler Führungsstab

Der Kantonale Führungsstab (KFS) bearbeitete an mehreren Sitzungen unter anderem Sachgeschäfte POLYCOM TN ZG, POLYALERT TN ZG, KFS Organigramm, ABC-Schutz Schweiz, Ausbildung, Schutz Kritischer Infrastruktur, Budget und nahm vom Stand Revision Bevölkerungsschutzgesetz Kenntnis. Die Mitglieder des Kantonalen Führungsstabes absolvierten im November die Grundausbildung und Führungsausbildung POLYCOM TN ZG. Aufgrund der Asyllage in Europa erarbeitete der Kantonale Führungsstab zuhanden des Regierungsrats eine Eventualplanung ausserordentliche Lage Asyl im Kanton Zug. Die Stabsassistenten des Zivilschutzes und der Polizei wurden im Bereich Führungsunterstützung an drei Tagen ausgebildet und absolvierten die Grundausbildung POLYCOM TN ZG.

Gemeindeführungsstäbe

Die Stabschefs der Gemeindeführungsstäbe wurden am 4. März zum Rapport eingeladen, an dem verschiedene aktuelle Themen wie Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes, Strategie Bevölkerungsschutz 2015+, Strategie Zivilschutz 2015+, POLYCOM TN ZG, POLYALERT TN ZG, Alarmierungssystem, Verteilung Kaliumiodidtabletten für Firmen und öffentliche Betriebe, Auswertung SVU 14 und Ausbildung besprochen wurden.

Katastrophenorganisation

An vier Sitzungen besprach die Arbeitsgruppe Katastrophenplan verschiedene Sachgeschäfte wie Konzept Schadenplatz Einsatzleiter, Einsatzkonzepte, Alarmierungssystem, Budget, Ausbildung und Material. Die ABC Koordinatoren der Zentralschweiz bearbeiteten an zwei Sitzungen das Thema ABC-Schutz Schweiz. Die ABC-Massnahmenlisten der Zentralschweiz und des Kantons Zug wurden weiter bearbeitet. Die Beschaffung Standard ABC-Schutzausrüstung für die Partnerorganisationen des Kantons Zug wurde für die Notorganisation abgeschlossen. Die Ersatzbeschaffung des Containers für die mobile Sanitätshilfsstelle wurde abgeschlossen. Das Personal der mobilen Sanitätshilfsstelle wurde unter der Leitung des Rettungsdienstes Zug an mehreren Tagen ausgebildet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Die Stabsstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Notorganisation				
1	Regelmässige erfolgreiche Durchführung der Probealarme	Pro Organisation 3 Probealarme		
2	Regelmässige Durchführung von Informations- und Planungsrapporten	Mind. 2 Informations- und Planungsrapporte		
3	Regelmässige Durchführung von Gemeindeführungsstabsübungen	4 Übungen		
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der San Hist auf hohem Niveau sicher	Mittelbedarf kontrolliert; Ausbildungsstand aktuell; Mutationen des San Hist Personal innert 2 Wochen bearbeitet		
5	Hohe Qualität bei der betrieblichen Sicherheit im Bereich Notfall- und Ereignismanagement sowie Krisenmanagement gewährleisten	Standards sind aktualisiert; 1 Ausbildung für neue Führungspersonen durchgeführt		70 % Zielerreichung: Personalamt führte keine Ausbildung für neue Führungspersonen durch
6	Regelmässige Durchführung von Ausbildungen	5–7 Ausbildungen		
A	Informations- und Kommunikationstechnik-Planung (IKT-Planung) Notorganisation erarbeiten	IKT-Planung NO ZG erarbeiten und aktualisieren		
B	Ersatzbeschaffung Container mobile Sanitätshilfsstelle	Abgeschlossen und eingeführt		
L18	Totalrevision des Bevölkerungsschutzgesetzes	Gesetzesvorlage erarbeitet und an Kantonsrat überwiesen; Verordnung im Entwurf erarbeitet		40 % Zielerreichung: Gesetzesentwurf sowie Bericht und Antrag liegen vor
L18	Umsetzung Strategie Bevölkerungsschutz 2015+	Konzept erstellt		
L18	Umsetzung Massnahmen ABC-Schutz Schweiz	Umsetzung Pendenzenliste		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Kantonaler Führungsstab (KFS)	Anzahl	1	1	1
Gemeinde Führungsstäbe (GFS)	Anzahl	11	11	11
Sanitätshilfestelle (San Hist)	Angehörige	164	150	145

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-225'389.40	-568'394	-414'395.22	153'998.78	-27,1
Total Ertrag	119'998.30	118'700	121'729.55	3'029.55	2,6
Saldo	-105'391.10	-449'694	-292'665.67	157'028.33	-34,9

Kommentar Rechnung
80'000 Franken Minderaufwand: Der Zeitpunkt für die Einführung von POLYCOM TN ZG verschob sich auf Ende Jahr
40'000 Franken Minderaufwand: Aufgrund zusätzlicher Sparmassnahmen beim Sachaufwand

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3541.0002 Container Sanitätshilfsstelle Notorganisation					
Ausgaben	-282'211.89	-150'000	-119'019.89	30'980.11	-20,7
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-282'211.89	-150'000	-119'019.89	30'980.11	-20,7
Einnahmen					
Saldo	-282'211.89	-150'000	-119'019.89	30'980.11	-20,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
SD3541.0002 «Container mobile Sanitätshilfsstelle»: Erfolgreicher Abschluss des Projekts. Der Budgetkredit von insgesamt 400'000 Franken wurde eingehalten.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-331'900	-185'219.10	146'680.90	-44,2
313	Dienstleistungen und Honorare		-135'400	-125'939.25	9'460.75	-7,0
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV		-237'600	-142'316.56	95'283.44	-40,1
315	Unterhalt Mobilien		-83'000	-83'166.90	-166.90	0,2
319	Übriger Betriebsaufwand		39'710		-39'710.00	-100,0
350	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital		-402'800	-189'194.79	213'605.21	-53,0
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-1'200	-1'181.00	19.00	-1,6
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-10'000		10'000.00	-100,0
	Total Aufwand		-1'162'190	-727'017.60	435'172.40	-37,4
420	Ersatzabgaben		950'000	591'830.40	-358'169.60	-37,7
461	Entschädigungen von Gemeinwesen		212'000	127'211.20	-84'788.80	-40,0
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		39'900	7'976.00	-31'924.00	-80,0
	Total Ertrag		1'201'900	727'017.60	-474'882.40	-39,5
	Saldo		39'710	0.00	-39'710.00	-100,0

Kommentar Rechnung

110'000 Franken Minderaufwand: Aufgrund zusätzlicher Sparmassnahmen beim Kauf von Fahrzeugen, Material und Geräten.

80'000 Franken Minderaufwand / 67'000 Franken Minderertrag: Das Projekt Informations- und Kommunikationstechnik-Anlage für die Zivilschutzanlage Schönaue wurde zurückgestellt, weshalb der budgetierte Aufwand und entsprechend auch die Entschädigung des Bundes tiefer ausfielen.

360'000 Franken Minderertrag / 210'000 Franken Mindereinnahmen: Mindereinnahmen bei den Ersatzabgaben für Zivilschutzräume aufgrund reduzierter Bautätigkeit führten zu einer tieferen Einlage in die Zivilschutz Spezialfinanzierung.

30'000 Franken Minderertrag: Der Zinsertrag fiel niedriger aus als budgetiert.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fahrzeugzunahme von 2,41 Prozent ist nach wie vor auf hohem Niveau. Das Strassenverkehrsamt immatrikulierte im Berichtsjahr 6'638 (6'051) neue Personenwagen. Das Wachstum bei den Fahrzeugen wie auch bei der Bevölkerung führte zu einer hohen Aus- und Belastung der Mitarbeitenden. Die Leistungsaufträge wurden auch als Folge der Sparmassnahmen im Entlastungsprogramm übertroffen, so dass ein Kostendeckungsgrad von 105,6 Prozent erreicht wurde. Durch organisatorische Massnahmen und weniger Ausfällen bei den Verkehrsexperten wurden das erste Mal über 33'000 Motorfahrzeuge geprüft.

Entlastungsmassnahmen

Ein Teil der Entlastungsmassnahmen, die auf Stufe Regierungsrat entschieden werden konnten, wurde umgesetzt. Die Fahrzeugprüfzeiten der Personenwagen (neuer als 6 Jahre) und der Motorräder wurden per Jahresende von 24 auf 22 Minuten gekürzt. Zudem werden die Prüfbahnen für die Nachprüfungen zu Lasten der Kurzprüfungen besser ausgelastet. Mit der Erhöhung des Stundensatzes bei den Fahrzeugprüfungen von 160 Franken auf 174 Franken wird der Gebührenausschlag infolge der Prüfzeitreduktionen mehr als kompensiert.

Das Strassenverkehrsamt prüft seit 1998 vertraglich vereinbart jährlich zirka 3'000 Motorfahrzeuge für den Kanton Aargau. Der Vertrag wurde erneuert und so gestaltet, dass die Anzahl der zu prüfenden Fahrzeuge unter den Strassenverkehrsämtern flexibel gestaltet werden kann. Das im Kanton Zug bewährte Reparaturbestätigungsverfahren soll auch im Kanton Aargau eingeführt und für das Strassenverkehrsamt des Kantons Zug ermöglicht werden. Eine weitere Entlastungsmassnahme war der Verzicht auf die Investition zur Erfassung der digitalen Führerprüfungen.

Intervallverlängerung von Motorfahrzeugprüfungen

Am 21. Januar beschloss der Bundesrat die Prüfungsintervalle von Fahrzeugprüfungen bei Personenwagen und Motorrädern per 1. Februar 2017 anzupassen beziehungsweise von vier auf sechs Jahre zu verlängern. Aufgrund der aktuellen Prüfungsreserven im Kanton Zug wurde diese Neuerung bereits Mitte 2015 umgesetzt. Das führte dazu, dass die Arbeitsreserven von über 20'000 Motorfahrzeugen auf zirka 7'000 reduziert werden konnten, ohne dass organisatorische Massnahmen getroffen werden mussten. Die Arbeitsreserve von 6'000 bis 8'000 zu prüfenden Fahrzeugen ist für die Planung und den Einsatz der Verkehrsexperten ideal und bildet die Voraussetzung für eine optimale Auslastung der personellen Ressourcen.

Reorganisation der Fahreignungsabklärungen

Die verkehrsmedizinischen Fahreignungsabklärungen werden seit August durch den Bereich Recht bearbeitet. Gleichzeitig mit der Pensionierung einer Mitarbeiterin konnten diese Aufgaben aus dem Bereich Zulassung herausgelöst und dem Bereich Recht übertragen werden. Daraus ergaben sich Synergien im Bearbeiten von medizinischen Fällen bei Berufsschauffeuren, bei über 70-Jährigen und von allgemeinen verkehrs- und sicherheitsrelevanten Krankheitsfällen. Mit dieser Reorganisation konnten 30 Stellenprozente ausserhalb des Entlastungsprogramms eingespart werden. 76 Prozent aller verkehrsmedizinischen Abklärungen wurden von den Gutachtern mittels webbasierter Lösung «emedko» dem Strassenverkehrsamt zugestellt. Erst dies ermöglichte die erfolgreiche Reorganisation mit der Stellenreduktion.

Nachprüfungen der Schiffe erfolgen digital

Seit erfolgreicher Einführung von CUFA Check by Voice (digitale Prüfung von Strassenfahrzeugen mittels Stimmerkennung) im Jahr 2010 wurde am 8. April 2015 die erste Nachprüfung eines Schiffs in digitaler Form erfasst. Dies ist ein weiterer erfolgreicher Schritt zur medienbruchfreien Verarbeitung von Prüfungen. Zur kompletten digitalen Erfassung von allen Prüfungen durch das Strassenverkehrsamt und die Schifffahrtskontrolle sind die Erweiterungen auf die Führerprüfungen und die Schiffsführerprüfungen in Planung.

Für die Mängelerfassung bei den Strassenfahrzeugen und den Schiffen wird ein neues Erfassungsgerät verwendet. Das mittlerweile sechsjährige Gerät musste aus technischen Gründen ersetzt werden. Dies galt auch für das WLAN-Netz, welches aufgrund der Erweiterung auf die Theorieprüfungen und die höheren technischen Anforderungen durch ein neues ausgetauscht wurde.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Strassenverkehrsamt (StVA) ist ein Dienstleistungsbetrieb, welcher im Rahmen der schweizerischen und europäischen Gesetzgebung zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern beiträgt. Es erteilt und entzieht Ausweise und Bewilligungen im Fahrzeug-, Schiffs- und Führerbereich, führt dabei theoretische und praktische Prüfungen durch und ist für den Vollzug der Verkehrssteuergesetzgebung zuständig.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und Akkreditierung der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS)	Keine Auflagen bei den periodischen Audits durch Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) und SAS		
2	Deckungsgrad durch Gebühreneinnahmen nach Kosten- und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinanzierung	100 %		
Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen				
3	Hohe Qualität bei Fahrzeug- und Schiffsprüfungen einhalten	Keine gutgeheissenen Beschwerden		
4	Hohe Auslastungsquote der Fahrzeug- sowie theoretischen und praktischen Führerprüfungen	Durchschnittliche Auslastung von 95 %		
5	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Führer- und Schiffsführerprüfungen	Keine gutgeheissenen Beschwerden		
B	Überprüfung der Bewilligungen für Händlerschilder	25 % aller Betriebe (58 von 230 Betrieben)		
Leistungsgruppe 2: Fahrzeug- und Führerausweise				
7	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Keine gutgeheissenen Beschwerden; Fahrzeugzulassung: Tages à jour; Führerzulassung: 5 Arbeitstage		
8	Rasche Bearbeitung und Erteilung von Sonder- und Spezialbewilligungen	Innert 24 Stunden		
9	Elektronische Eingaben der periodischen, verkehrsmedizinischen Gutachten der Fahrzeugführer durch die Zuger Ärztinnen und Ärzte	75 % aller Gutachten werden elektronisch eingereicht		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben				
E	Ersatz der PDA-Endgeräte für die computer-unterstützte Fahrzeugprüfung (CUFA)	Eingeführt	●	
F	Ausarbeitung sowie Einführung des technischen Redesign der Hauptfachapplikation im Finanz- und Rechnungswesen	Eingeführt	◐	Teilbereich «Fakturierung Verkehrssteuern» wurde erfolgreich umgesetzt. Die anderen Bereiche im Finanz- und Rechnungswesen werden im Rahmen des ganzheitlichen Redesign der Hauptfachapplikation bis zum Jahr 2020 angepasst
Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht				
10	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-Verwarnungen	Innert 8 Wochen ab Rapporteingang bis Versand Verfügung	●	
11	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-Entzügen	Innert 8 Wochen ab Rapporteingang bis Versand Verfügung	●	
12	Speditiver Versand von vorsorglichen Entzügen ab Zweifel an Fahreignung	Innert 1 Arbeitstag	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

2) Aufgrund der erhöhten Anzahl Fahrzeugprüfungen und der pauschalen Kantonsratskürzung von 65'885 Franken konnte der Kostendeckungsgrad von 100 % leicht übertroffen werden (Kostendeckungsgrad 105,6 %).

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)	Anzahl	2'420	2'600	2'559
Führerprüfungen	Anzahl	2'961	2'900	3'043
Lernfahrausweise	Stück	2'466	2'400	2'557
Führerausweise	Stück	7'993	8'550	7'752
Führerausweis-Verwarnungen	Anzahl	992	900	1'019
Führerausweis-Entzüge	Anzahl	888	900	991
Fahrzeugprüfungen	Anzahl	29'915	33'000	34'270
Fahrzeugausweise	Stück	30'450	32'000	31'863
Kontrollschilder Paare	Stück	8'045	7'550	8'459
Kontrollschilder Einzel	Stück	2'412	2'400	2'535
Schiffsführerausweise	Stück	273	300	249
Schiffsausweise	Stück	297	340	316
Provision aus Verkauf Autobahnvignetten	Franken	106'035	91'000	101'253
Provision aus Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe	Franken	150'605	150'000	150'085
Erhebung Fahrzeugsteuern	Franken	30'185'826	30'400'000	30'770'333
Verkehrsmedizinische Gutachten (elektronische Eingaben)	Anzahl	4'149	4'420	4'650

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Provision aus Verkauf Autobahnvignetten: Aufgrund des ausserordentlich hohen Verkaufs an Autobahnvignetten im Dezember wurden mehr Einnahmen generiert.
Erhebung Fahrzeugsteuern: Mit dem beachtlichen Fahrzeugwachstum von 2,41 % stiegen die Erträge bei den Fahrzeugsteuern.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'015'339.00	-6'914'515	-7'255'820.41	-341'305.41	4,9
Total Ertrag	9'316'515.80	9'527'200	9'619'911.20	92'711.20	1,0
Saldo	2'301'176.80	2'612'685	2'364'090.79	-248'594.21	-9,5

Kommentar Rechnung

Beim ausgewiesenen Saldo handelt es sich nicht um den Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes. Dieser Betrag wird durch die internen Verrechnungen (Kosten- und Leistungsrechnung) nahezu konsumiert.

Die Kosten- und Leistungsrechnung zeigt einen positiven Saldo von 506'768 Franken (Kostendeckungsgrad 105,6 %), der auf einen Minderaufwand von 165'462 Franken (-2,4 %) sowie auf einen Mehrertrag aufgrund der höheren Anzahl Fahrzeugprüfungen zurückzuführen ist. Der positive Saldo wird dem Konto 3030 – Spezialfinanzierung Strassenbau gutgeschrieben und dem Strassenverkehrsamt als Aufwand belastet. Der effektive Aufwand beträgt folglich 6'749'052 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3581.0103 Redesign Fachapplikation Viacar					
Ausgaben	-248'400.00				
Einnahmen					
IT3581.0104 Einführung CUSI mit Weiterentwicklung CUFA					
Ausgaben	-171'779.69		-32'456.14	-32'456.14	
Einnahmen					
IT3581.0106 Weiterentw. computerunterstützte Schiffsprüfung					
Ausgaben		-90'000		90'000.00	-100,0
Einnahmen					
IT3581.0107 Redesign Fachapplikation Viacar					
Ausgaben		-100'000		100'000.00	-100,0
Einnahmen					
IT3581.0108 WLAN-Ausbau Strassenverkehrsamt 2014					
Ausgaben	-60'926.95				
Einnahmen					
IT3581.0110 Rückerstattung Beitrag Redesign Viacar					
Ausgaben					
Einnahmen			248'400.00	248'400.00	
IT3581.0111 Rückerstattung CUFA-CUSI-Kosten StVA LU					
Ausgaben					
Einnahmen			35'034.10	35'034.10	
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-481'106.64	-190'000	-32'456.14	157'543.86	-82,9
Einnahmen			283'434.10	283'434.10	
Saldo	-481'106.64	-190'000	250'977.96	440'977.96	-232,1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT3581.0104 «Einführung CUSI (Computerunterstützte Schiffsprüfung) mit Weiterentwicklung CUFA (Computerunterstützte Fahrzeugprüfung)»: Das Projekt zum Betrieb von CUSI mit den technischen Mindestvoraussetzungen konnte Ende 2014 erfolgreich abgeschlossen werden. Hingegen gab es höheren Aufwand bei der Anbindung von CUFA ins Voice-Netz (Stimmerkennung), wobei noch Arbeiten und die Restzahlung im 2015 nötig waren.

IT3581.0106 «Weiterentwicklung computerunterstützte Schiffsprüfung (CUSI)»: Da sich das Strassenverkehrsamt des Kantons Luzern ebenfalls für die Zuger Lösung betr. CUFA/CUSI (Computerunterstützte Fahrzeug- und Schiffsprüfung) entschied, wird die Viacar AG die weiteren Investitionen selbstständig finanzieren. Die Kostenbeteiligung wurde somit gegenstandslos.

IT3581.0107 «Redesign Fachapplikation Viacar»: Die Viacar AG wird die Realisierung aus eigenen Mitteln finanzieren. Die Kostenbeteiligung seitens der involvierten Strassenverkehrsämter wurde somit gegenstandslos.

IT3581.0110 «Rückerstattung Beitrag Redesign Viacar»: Die Finanzierung des Redesigns wird neu durch die Viacar AG sichergestellt (siehe IT3581.0103), weshalb die im 2014 geleistete Kostenbeteiligung zurückerstattet wurde.

IT3581.0111 «Rückerstattung CUFA-CUSI-Kosten Strassenverkehrsamt Luzern»: Das Strassenverkehrsamt des Kantons Luzern wird die Zuger CUFA-/CUSI-Lösung in ihrem Betrieb einführen (Computerunterstützte Fahrzeug- und Schiffsprüfung) und beteiligt sich deshalb an den ursprünglichen Investitionskosten des Kantons Zug mit einer anteilmässigen, einmaligen Zahlung.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-40'976.25	-35'512	-31'730.50	3'781.50	-10,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-15'964.35	-7'706	-19'331.05	-11'625.05	150,9
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-202'600.00	-202'600	-202'600.00	0.00	0,0
	Total Aufwand	-259'540.60	-245'818	-253'661.55	-7'843.55	3,2
426	Rückerstattungen	2'230.20	15'000	7'681.20	-7'318.80	-48,8
	Total Ertrag	2'230.20	15'000	7'681.20	-7'318.80	-48,8
	Saldo	-257'310.40	-230'818	-245'980.35	-15'162.35	6,6

Kommentar Rechnung

Kto. 311 Unvorhergesehene Ersatzbeschaffungen und Investitionen; Mehraufwand wird intern über Stützpunkt-Fonds ausgeglichen.

Kto. 319 Hoher Aufwand für ungedeckte Einsatzkosten (unbekannte Verursacher).

Kto. 426 Wesentlich geringere Fahrzeug-Einsatzkosten als erwartet, deshalb tiefere Rückvergütung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3587.0002 Beiträge Ersatz Fahrzeuge Feuerwehr					
Ausgaben	-77'733.30	-618'000	-361'196.05	256'803.95	-41,6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-77'733.30	-618'000	-361'196.05	256'803.95	-41,6
Einnahmen					
Saldo	-77'733.30	-618'000	-361'196.05	256'803.95	-41,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

SD3587.0002: Wesentlich geringere Beschaffungskosten wegen knapper Kalkulation und positiver Preisentwicklung auf dem Markt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Sowohl die Verkehrssicherheit, die allgemeine Sicherheit als auch der Bereich der Kriminalität entwickelten sich positiv: Die Zahl der im Strassenverkehr getöteten oder schwerverletzten Personen nahm deutlich ab. Zudem haben sich rund 800 Straftaten weniger ereignet (-16 Prozent) und die Aufklärungsquote konnte verbessert werden.

Gesamtwürdigung Kommandant

Rund 60 Prozent der polizeilichen Leistungen werden im Leistungsauftrag mit konkreten Leistungszielen ausgewiesen. Die Zielvorgaben in den Leistungsgruppen wurden allgemein sehr gut erfüllt.

Verschiedene Personen mit mutmasslich extremistischer Weltanschauung bzw. Radikalisierungstendenzen wurden präventiv angesprochen.

Zudem wurden die Kontakte mit religiösen Einrichtungen intensiviert.

Die polizeiliche Zusammenarbeit im Zentralschweizer Polizeikonkordat und gesamtschweizerisch wird kontinuierlich besser. Der sich aus den föderalistischen Strukturen ergebende Abstimmungsbedarf ist sehr hoch und erfordert in einzelnen Zusammenarbeitsprojekten für die Konzipierung und Umsetzung mehr Zeit als geplant.

In Anbetracht der jüngsten Entwicklungen in sicherheitsrelevanten Bereichen wie Cyberkriminalität, zunehmende Asyl- und Flüchtlingszahlen, einhergehend mit einer gewissen gesellschaftlichen Polarisierung und neuen Kriminalitätsphänomenen sowie der gestiegenen Terrorrisiken ist eine verstärkte Zusammenarbeit aller Polizei- beziehungsweise Strafverfolgungsorgane der Schweiz unabdingbar.

Sicherheit

Die neuen Strukturen der Sicherheitspolizei wurden konsolidiert und in der Folge die Polizeipräsenz und das Community-Policing weiter verbessert. Sehr erfreulich ist der deutliche Rückgang der Laden- und Taschendiebstähle um 69 Delikte (-20 Prozent). Die zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit eingesetzten 13 ortsfesten Geschwindigkeitsmessanlagen wurden gestaffelt auf aktuell sechs Anlagen abgebaut und durch zwei semi-stationäre Anlagen ergänzt. Im Strassenverkehr starben zwei Menschen (vier im Vorjahr). Die Zahl der Schwerverletzten ging von 67 auf 53 um rund 20 Prozent zurück. Die traditionellen Anlässe konnten störungsfrei durchgeführt werden, auch die aufwendigen Grossanlässe «Tour de Suisse» in Rotkreuz und die Feierlichkeiten zu «700 Jahre Morgarten» im Ägerital. Die Inbetriebnahme von weiteren Asylunterkünften und deren verstärkte Überwachung waren weitere Einsatzschwerpunkte.

Ermittlungen

Die Zahl der Einbrüche ging um 199 auf 554 zurück, von denen aber nur 7,6 Prozent aufgeklärt werden konnten. Die Aufklärungsquote bei den Leib-Leben-Delikten liegt bei 92,6 Prozent. Dank DNA-Ermittlungen konnten ein Raubüberfall in Cham und eine Brandserie in Steinhausen aufgeklärt werden. Bei Ermittlungen wurden Vermögenswerte von über einer Million beschlagnahmt. Ein in England wegen schwerer Raubtatbestände gesuchter Kreditkartenbetrüger konnte in der Stadt Zug ermittelt, verhaftet und ausgeliefert werden. Weiter mussten mehrere Aktionen gegen Betreiber von Klublokalen mit illegalem Glücksspiel durchgeführt werden. Für die Erweiterung des IT-Forensik-Zentrums und die Realisierung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum wurden die erforderlichen Regierungsratsbeschlüsse gegen Ende Jahr gefasst; die Umsetzung erfolgt bis Mitte 2016.

Spezialeinsätze

Seit der Einführung der Verrechnung von 60 Prozent der Kosten für die polizeilichen Leistungen im Jahr 2012, mussten für den EVZ drei Wintersaisons in Folge keine polizeilichen Ordnungsdienstleistungen (OD) mehr erbracht und dem EVZ keine OD-Leistungen verrechnet werden.

Die Einsatzerfolge der Diensthunde konnten im Betäubungsmittelbereich gesteigert werden. Durch die verstärkte duale Ausbildung (Kriminalklasse und Betäubungsmittel) dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Die Zusammenarbeit im Zentralschweizer Polizeikonkordat in den Bereichen «Intervention» und «Ordnungsdienst» konnte weiter konsolidiert werden.

Dienstleistungen

Das Sicherheitsfunksystem POLYCOM konnte ohne nennenswerte Vorfälle planmässig in Betrieb genommen werden. Für den ursprünglich geplanten, aber im Baubewilligungsverfahren abgelehnten Antennenstandort in Neuheim wurde ein Ersatzstandort gefunden. Die neue Baueingabe ist in Vorbereitung. Die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen der Waffenhändler und Serienwaffenbesitzer wurden durchgeführt. Bei der im Zentralschweizer Polizeikonkordat angestrebten Zusammenarbeit zwischen den Einsatzleitzentralen konnte ein Pilotversuch «Notrufüberlauf» erfolgreich abgeschlossen und am 1. Januar 2016 in den Betrieb überführt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht zudem das Ordnungsbussenwesen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben arbeitet sie mit anderen Organen der Strafverfolgung der Kantone und des Bundes zusammen.














2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
L28	Gesamtschweizerische Vereinbarung zur Verbesserung der Polizeizusammenarbeit	Grundsatzentscheid Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD); Mitarbeit Vereinbarung		Entscheid KKJPD erfolgt im Frühling 2016
L28	Programm Harmonisierung Polizei-Informatik (HPI): Waffenplattform, Vorgangsbearbeitung, Nationale Bildungsplattform Polizei (NBPP)	Inbetriebnahme und Abschluss Waffenplattform; Grobkonzept Vorgangsbearbeitungssystem; NBPP: Realisierung zentrales Kurswesen		Verzögerung durch eidgenössisches Parlament bei der Waffengesetzgebung
L28	Vernetzung Zentralschweizer Polizei-Einsatzzentralen	Realisierung Notrufüberlauf; Konzept technisch-betriebliche Redundanz		
L28	Gemeinsame Beschaffungen	Konzept Ersatz Ordnungsdienst-Ausrüstung		
Leistungsgruppe 1: Sicherheit				
1	Hohe sichtbare Präsenz und Community Policing-Tätigkeit	5'000 Präsenz- und 15'000 CP-Std. durch Sicherheitspolizei		
2	Schwerpunktmässige Bekämpfung Littering	1'500 Std. Unterstützung Littering-Aktionen		
4	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Festnahmen in flagranti	18 vorläufige Festnahmen von Einbrecherinnen/Einbrechern oder Diebinnen/Dieben		
5	Erfolgreiche Suche vermisster Personen und Fahndung nach Straftäterinnen und -tätern	30 Personen		
6	Verhinderung offener Drogenszenen	200 Sicherstellungen von Drogen		
7	Wirksame Bekämpfung von Diebstählen	Sicherstellung von 8 Motorfahrzeugen, 50 Fahrrädern, 16 Beuten		Nur 39 statt 50 Fahrräder-Sicherstellungen
8	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	Zahl Verkehrstoter und Schwerverletzter nicht höher als der Durchschnitt der 5 Vorjahre		
10	Hohe Verkehrssicherheit auf den zugerischen Seen	Personenschäden < 3		
A	Videoüberwachung im öffentlichen Raum	Vorbereitung Pilotbetrieb		Verzögerungen im Submissionsverfahren

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Ermittlungen				
13	Hohe Aufklärungsquote bei strafbaren Handlungen, insbesondere Kapitalverbrechen	Aufklärungsquote allgemein > schweizerisches Mittel; Aufklärungsquote Leib-und-Leben-Delikte > 90 %	●	
14	Rasche Bearbeitung der Jugenddelikte	95 % der Fallakten mit geringer Komplexität innert 1 Monat und 85 % bei komplexen Ermittlungen innert 3 Monaten der Staatsanwaltschaft überwiesen	◐	Anforderung der Rapportierung innerhalb 1 Monat durch die Sicherheitspolizei an die Jugendanwaltschaft lag bei 90 %
15	Speditive Erledigung der Rechtshilfe	95 % der Aufträge und Anfragen innert Frist	●	
16	Hohe Qualität in der Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	Keine Beanstandungen durch NDB und deren Aufsicht	●	
17	Höchste Qualität bei kriminaltechnischen Untersuchungen	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020	●	
18	Fristgerechte Zustellung elektronischer Beweismittel	95 % in max. 4 Wochen	●	
19	Verbesserung der Aufklärungsquote bei Einbrüchen	Erreichen des schweizerischen Mittels	○	Es konnten weniger Täter ermittelt werden, teilweise war die Spurenlage schwierig
B	Konsequente Einziehung kriminell erwirtschafteter Vermögenswerte	50 % Kostendeckung (Aufbauphase)	●	
L19	Kompetenzzentrum IT-Forensik	Vereinbarung mit 2 Partnerinnen/Partnern abgeschlossen	○	Verzögerungen im Projektverlauf
L19	Kooperation mit Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug	Entscheid Projektidee	○	Verzögerungen im Projektverlauf
Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze				
20	Möglichst geringer Schaden bei Ordnungsdiensteinsätzen	Personenschäden < 3; Sachschäden < 12	●	
21	Wirkungsvoller Schutz von prominenten Personen (VIP-Schutz)	Keine verletzten VIP	●	
22	Sicherstellung des Schutzes von Personen bei Interventionen	Untersuchungen oder Urteile bestätigen keine Unverhältnismässigkeit	●	
23	Hohe Präsenzzeit der Diensthunde im Aussendienst	Diensthunde leisten 3'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Dienst	●	
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen				
24	Präzise Entgegennahme von Notrufen mit sofortigem Alarmieren und Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	99 % innerhalb 2 Minuten nach Meldungseingang; gerechtfertigt beanstandete Mängel < 1 % der Notrufabwicklungen	●	
25	Sichere und termintreue Erfüllung der Transportaufträge	90 % der Aufträge innert Fristen; keine Entweichungen	●	
26	Konsequenter Vollzug der Waffen- und Sprengstoffgesetzgebung	50 % Waffenhändler/innen, 33 % Seriefewaffenbesitzer/innen und 33 % Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen kontrolliert	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
27	Speditive Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	95 % innert 1 Monat	●	
D	Online-Abfrage Waffenregister	Produktiver Betrieb, Abschluss	◐	Die Zuger Polizei ist technisch und betrieblich bereit, jedoch liegt die Bundesgesetzgebung noch nicht vor. Voraussichtliche Umsetzung im Juni 2016
E	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/ Teilnetz Zug (Polycom)	Operative Inbetriebnahme im 4. Quartal mit 2-4 Wochen Parallel-Betrieb	●	
L18	Lageverbundsystem	Grundsatzentscheid (KKJPD) und Regierungskonferenz Zivilschutz Militär und Feuerwehr (RZ ZMF); Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Grundlagen	◐	Entscheid KKJPD erfolgt im Frühling 2016

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Wirtschaftliche Bevölkerung, ab 2015 ständige Wohnbevölkerung	Anzahl		120'000	120'089
Immatrikulierte Fahrzeuge, jeweils Stand 30. September	Anzahl		94'000	95'952
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl	30'745	32'000	30'939
Verkehrsunfälle / Tote und Schwerverletzte	Anzahl		950 / 300	899 / 55
Erfasste Straftaten / Leib und Leben	Anzahl		8'500 / 350	6'910 / 305
Delikte mit jugendlichen Beschuldigten: geringe Komplexität / komplexe Ermittlungen	Anzahl		170 / 200	157 / 100
Rechtshilfeersuchen, ohne Amtshilfeersuchen und Strassenverkehrsgesetz	Anzahl		1'550	1'955
Elektronische Datenträger/Datenmenge	Anzahl / Terabyte (TB)		525 / 75	541 / 114
Ausserkantonale Einsatzstunden (Interkantonale Polizeieinsätze und für Zentralschweizer Polizeikonkordat)	Anzahl	3'099	3'200	2'737
Telefonanrufe auf Einsatzleitzentrale / Notrufe (112, 117, 118)	Anzahl		118'000 / 18'000	104'745 / 14'069
Personentransporte	Anzahl		2'600	2'092
Waffenhändler/innen	Anzahl		13	14
Seriefeuerwaffenbesitzer/innen	Anzahl		68	68
Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	Anzahl		14	12
Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Anzahl		580	518

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Ständige Wohnbevölkerung: Die Zahlen beziehen sich jeweils auf den 31. Dezember des Vorjahrs, da diese erst im Sommer des Folgejahrs publiziert werden. Ab 2010 erfolgten ein Wechsel des Produktionsverfahrens und eine neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung. Diese umfasst zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-51'369'263.95	-51'990'730	-50'364'240.63	1'626'489.37	-3,1
Total Ertrag	6'683'398.61	7'965'000	7'747'583.95	-217'416.05	-2,7
Saldo	-44'685'865.34	-44'025'730	-42'616'656.68	1'409'073.32	-3,2

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Personalbereich:

132'000 Franken Minderaufwand: Weniger auszubildende Polizeianwärterinnen und -anwärter aufgrund Senkung des Stellenetats

Sachaufwand, bereits im Berichtsjahr vorgezogene EP-Massnahmen:

32'000 Franken Minderaufwand: Verzicht WOHGA / AutoExpo

97'000 Franken Minderaufwand: Weniger extern eingekaufte Dienstleistungen

50'000 Franken Minderaufwand: Weniger externer Unterhalt für Dienstfahrzeuge

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Personalbereich:

913'000 Franken Minderaufwand: Teilweise Auflösung der Rückstellungen wegen Abbau der Überstunden-, Mehrarbeitszeit- und Ferienguthaben

Sachaufwand:

70'000 Franken Minderaufwand: Verzicht auf Druck von neuen Ordnungsbussen-Blöcken

58'000 Franken Minderaufwand: Geringerer Aufwand für Telefonie / Kommunikation

120'000 Franken Minderaufwand: Geringerer Aufwand für IT-Fachsupport/Wartung für Weiterentwicklung/Betrieb von Fachanwendungen

47'000 Franken Minderaufwand: Geringere Wartungskosten «altes» Funknetz, geringerer Aufwand für Multifunktionsgeräte

Ertrag:

100'000 Franken Mehrertrag: Bussen

129'000 Franken Minderertrag: Geringere Entschädigungen vom Bund

102'000 Franken Minderertrag: Geringere Entschädigungen von Kantonen und Konkordaten, Verzögerung bei der Realisierung des IT-Forensik-Kompetenzzentrums

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3590.0166 Polizei XXI					
Ausgaben	-64'877.70	-150'000		150'000.00	-100,0
Einnahmen					
IT3590.0172 Umsetzung Harmonisierung Polizei Informatik					
Ausgaben	-10'830.20	-100'000		100'000.00	-100,0
Einnahmen					
IT3590.0173 Speichermanagement Fachanwendung					
Ausgaben	-106'598.15				
Einnahmen					
IT3590.0174 Ablösung Sprachaufzeichnung ELZ					
Ausgaben	-15'535.80		-33'415.20	-33'415.20	
Einnahmen					
IT3590.0175 Ersatz OB-Verwaltung (Back-Office)					
Ausgaben			-88'023.20	-88'023.20	
Einnahmen					
IT3590.0176 Ersatz Vorgangsbearbeitungssystem					
Ausgaben		-200'000		200'000.00	-100,0
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3590–Zuger Polizei

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3590.0177	iMACS Mobile					
	Ausgaben		-120'000	-39'402.70	80'597.30	-67,2
	Einnahmen					
IT3590.0178	Elektronische Arbeitsplanung					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
IT3590.0179	Harmonisierung ICT-Strategie mit HPI und Kanton					
	Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
SD3590.0062	Ersatz mobile Geschwindigkeitsmessgeräte					
	Ausgaben	-246'601.20				
	Einnahmen					
SD3590.0063	Öffentliche Videoüberwachung					
	Ausgaben	-87'702.20	-80'000	-75'006.00	4'994.00	-6,2
	Einnahmen					
SD3590.0064	Ersatz Spezialfahrzeug Intervention					
	Ausgaben	-45'177.00		-49'032.95	-49'032.95	
	Einnahmen					
SD3590.0067	Digitalisierung Akten					
	Ausgaben	-94'672.80				
	Einnahmen					
SD3590.0068	Fahrzeugfahndung (KS-Erkennung)					
	Ausgaben	-17'482.80				
	Einnahmen					
SD3590.0072	Forensische Datensicherung					
	Ausgaben	-21'502.80	-30'000	-2'641.79	27'358.21	-91,2
	Einnahmen					
SD3590.0081	Ersatz Multaradar CD					
	Ausgaben		-100'000	-68'040.55	31'959.45	-32,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-710'980.65	-880'000	-355'562.39	524'437.61	-59,6
	Einnahmen					
	Saldo	-710'980.65	-880'000	-355'562.39	524'437.61	-59,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3590.0044	Polycom, Umsetzung					
	Ausgaben	-5'437'719.66	-7'800'000	-5'289'493.12	2'510'506.88	-32,2
	Einnahmen	220'000.00	1'650'000	2'108'000.00	458'000.00	27,8
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-5'437'719.66	-7'800'000	-5'289'493.12	2'510'506.88	-32,2
	Einnahmen	220'000.00	1'650'000	2'108'000.00	458'000.00	27,8
	Saldo	-5'217'719.66	-6'150'000	-3'181'493.12	2'968'506.88	-48,3

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

222'000 Franken Reduktion, SD3590.0068 «Fahrzeugfahndung (KS-Erkennung)»: Verzicht wegen Neuregelung der Datenhoheit beim Bund

350'000 Franken Reduktion, Verzichtplanung im Bereich der Geschwindigkeitsmessanlagen

b) Weitere Kommentare

IT3590.0166 «POLIZEI XXI»: Verzögerung wegen Abhängigkeit zum Projekt Polycom sowie wegen der Ergänzung der Studie «Redundanz»

IT3590.0172 «Harmonisierung Polizeiinformatik (HPI)»: Die Zusammenarbeitsprojekte verzögern sich aufgrund der Komplexität und des hohen Koordinationsbedarfs

IT3590.0174 «Ablösung Sprachaufzeichnung ELZ»: Verzögerung wegen Abhängigkeit zum Projekt Polycom; wird im Jahr 2016 abgeschlossen

IT3590.0175 «Ersatz OB-Verwaltung (Back-Office)»: Projekt umgesetzt; Abrechnung folgt im Jahr 2016

IT3590.0176 «Ersatz Vorgangsbearbeitungssystem»: Verzögerung im gesamtschweizerischen Projekt; Vergabe erfolgt im Jahr 2016

IT3590.0177 «iMACS Mobile»: Projekt umgesetzt; Abrechnung folgt im Jahr 2016

IT3590.0178 «Elektronische Arbeitsplanung»: Verzicht auf Einzelprojekt

IT3590.0179 «Harmonisierung ICT-Strategie mit HPI und Kanton»: Die Projektplanung wurde bis heute mit internen Ressourcen abgewickelt

SD3590.0063 «Öffentliche Videoüberwachung»: Das Projekt wird im Jahr 2016 abgeschlossen

SD3590.0064 «Ersatz Spezialfahrzeug Intervention»: Das Projekt ist abgeschlossen

SD3590.0072 «Forensische Datensicherung»: Das Projekt wird im Jahr 2016 abgeschlossen und erste Vereinbarungen werden den Leistungsnehmenden unterbreitet

SD3590.0081 «Ersatz Multiradar CD»: Das Projekt ist abgeschlossen

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr wurde geprägt durch eine Flüchtlingskrise in Europa, im Rahmen welcher über eine Million Menschen versuchten, nach Europa zu gelangen. Dies wirkte sich auch im Kanton Zug aus: Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der zugewiesenen Asylsuchenden um über 40 Prozent. Gleichzeitig war die Zahl der Ausschaffungen trotz der verschiedenen Konfliktherde anhaltend hoch. Davon unbeeinflusst nahm der Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung im Vergleich zur Gesamtschweiz von 2,4 Prozent unerwartet stark auf 4,4 Prozent zu.

Einreise/Aufenthalt

Eine im Vergleich zum Vorjahr verstärkte Zunahme der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Niedergelassene, Aufenthalter und überjährige Kurzaufenthalter) auf 32'966 Personen machte sich auch bei der Zahl der anfallenden Regelungen in diesem Geschäftsbereich bemerkbar. So stieg beispielsweise die Zahl der sogenannten Biometrieerfassungen, bei denen Fingerabdrücke sowie das Gesichtsbild von Drittstaatsangehörigen erfasst und gespeichert werden, um 11 Prozent an. Trotz des Spardrucks konnte die hohe Kundenzufriedenheit aufrechterhalten werden. Die Schalteröffnungszeiten wurden moderat ausgedehnt. Insbesondere dank angebotener Kundennähe konnte beispielsweise erreicht werden, dass bei Wegfall eines Zulassungsgrundes ein direktes Gespräch zur Abmeldung und freiwilligen Ausreise führte. Verfügungen mit aufwendigen und teuren Rechtsmittelverfahren wurden auf diesem Weg aktiv vermieden.

Asyl/Massnahmen

Das Amt für Migration erteilte der Zuger Polizei im Berichtsjahr insgesamt 408 Verzeigungs-, Ausschaffungs- und Erhebungsaufträge. Zur Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs ordnete das Amt für Migration 101 Ausschaffungshaft an. Gegen 17 Personen, welche die Schweiz verlassen müssen, wurde eine Eingrenzung verfügt. 100 Personen wurden zwangsweise in ihren Heimatstaat oder in den für die Prüfung ihres Asylgesuchs zuständigen Staat zurückgeführt. Diese Zahl liegt rund 30 Prozent über dem langjährigen Schnitt der letzten zehn Jahre. Dies ist umso bemerkenswerter, da einerseits die Bleibequote im Asylbereich aktuell auf rund 60 Prozent angewachsen ist und andererseits im Juli die Dublin-III-Verordnung in Kraft getreten ist, welche es den kantonalen Vollzugsbehörden erschwert, eine Administrativhaft anzuordnen.

Mit 396 Asylsuchenden, welche vom Bund dem Kanton Zug zugewiesen wurden, erreichte die Zahl der Zuweisungen einen Höchstwert seit dem Kosovo-Konflikt im Jahr 1999. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von über 40 Prozent. Gar um über 100 Prozent zugenommen hat die Zahl der dem Kanton Zug vom Bund zugewiesenen unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, welche besonders betreuungsintensiv sind und zusätzliche Kosten generieren. Im Berichtsjahr wurden dem Kanton Zug 32 unbegleitete minderjährige Asylsuchende zugewiesen, für welche das Amt für Migration gestützt auf das Asylgesetz verpflichtet ist, eine Rechtsvertretung beizuordnen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer- und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer- und Asylrecht	Keine berechtigten Reklamationen	●	
A	Einführung eines elektronischen Archivs	Voranalyse erstellt	○	Rückstellung wegen EP 2015–2018
Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt				
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	In der Stichprobe: 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vorliegen der vollständigen Unterlagen	●	
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	100 %	●	
4	Umgehende Ausstellung von Visa	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	●	
5	Sicherstellen der telefonischen Erreichbarkeit	Während den Schalteröffnungszeiten	●	
Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise				
6	Beförderliche Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Berichtabgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	●	
7	Rasche Durchführung der Ausreisegespräche	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	●	
8	Fristgerechte Vornahme der Abschlussmeldungen an das Bundesamt für Migration	Meldung innert 14 Tagen	●	
Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen				
9	Konsequenter Vollzug der möglichen zwangsweisen Rückführungen	100 %	●	
10	Umgehende Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	●	
11	Umgehende Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden; schriftliche Begründung innert 72 Stunden	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	31'500	32'500	32'966
Bestand nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	1'428	1'500	1'468
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen	705	700	852
Stellungnahmen zu Beschwerden	Anzahl		15	5
Zwangsweise Rückführungen	Anzahl		130	100

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Nicht steuerbare Bestandeszunahme bei Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen. Die Zahl der zwangsweisen Rückführungen blieb trotz der seit Einführung der Dublin-III-Verordnung im Juli erschwerten Bedingungen gegenüber dem Vorjahr konstant.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'157'778.98	-3'164'906	-3'134'018.44	30'887.56	-1,0
Total Ertrag	1'740'454.05	1'525'000	1'887'604.75	362'604.75	23,8
Saldo	-1'417'324.93	-1'639'906	-1'246'413.69	393'492.31	-24,0

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Reduktion Personaletat um 0,2 Stelleneinheiten

b) Weitere wesentliche Abweichungen

244'000 Franken Mehrertrag: Höhere Gebühreneinnahmen aufgrund starker Zunahme der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

177'000 Franken Mehrertrag: Höhere Verwaltungskostenpauschale des Bundes wegen des massiven Anstiegs der Asylgesuchszahlen

54'000 Franken Minderertrag: Tiefere Entschädigungszahlungen des Bundes für Massnahmen- und Vollzugskosten aufgrund der geringeren Anzahl ausserkantonalen Administrativhaften

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr war durch die Überführung der Strafanstalt Zug in das neue Amt für Justizvollzug geprägt. Bedingt durch die neue Anstaltsleitung wurden in der zweiten Jahreshälfte verschiedene betrieblich-organisatorische Änderungen vorgenommen oder in die Wege geleitet.

Überführung der Anstalt in das neue Amt für Justizvollzug mit neuer Leitung

Die mit der Überführung in das neue Amt zu erledigenden Arbeiten erfolgten in der ersten Jahreshälfte innert sehr kurzer Frist und bei optimaler Unterstützung aller Beteiligten. Die Zusammenlegung der Strafanstalt und des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (VBD) zu einem Amt vereinfachte die Zusammenarbeit mit den am Strafvollzug involvierten Stellen und hat sich bereits bewährt. Die zweite Jahreshälfte war von betrieblich-organisatorischen Änderungen geprägt. So wurden beispielsweise spezielle Raucherzonen für die Insassen eingeführt, die Zentrale baulich-optisch nach aussen abgegrenzt und die Betriebsabläufe sowie Organisationsstruktur der Anstalt teilweise angepasst.

Abteilung Vollzug

Die Vollzugsabteilung war im Jahresdurchschnitt zu 93 Prozent belegt. Damit hat sich die Belegungssituation im Vollzugsregime etwas entschärft. Alle Insassen gingen einer entsprechenden Arbeitstätigkeit nach. Die neuen Rauchverbotszonen als auch die räumliche Beschränkung bezüglich der Einnahme der Hauptmahlzeiten wurden umgesetzt. Das Zusammenleben der Insassen gab im Allgemeinen zu keinen Beanstandungen Anlass.

Abteilung Untersuchungshaft

Die Abteilung Untersuchungshaft war im Jahresdurchschnitt zu 61 Prozent belegt. Die Gewährleistung von Kontaktverboten, der (vorübergehende) Vollzug von Jugendlichen oder von Frauen stellte für das Aufsichts- und Betreuungspersonal eine besondere Herausforderung dar.

Abteilung Ausschaffungshaft

Die Abteilung Ausschaffungshaft war im Jahresdurchschnitt zu 61 Prozent belegt. Diese eher tiefe Auslastung hat ihren Hintergrund in neuen ausländerrechtlichen Verfahrensabläufen. Nach wie vor ist das Aufsichts- und Betreuungspersonal auf dieser Abteilung am stärksten mit forderndem, unangepasstem und zum Teil aggressivem Verhalten von Insassen konfrontiert.

Sanktionen und Fluchten

Insassen mussten insgesamt 28 Mal wegen zumeist kleineren Verstössen gegen die Hausordnung sanktioniert werden. Drei Sanktionen betrafen physische Übergriffe (zwei auf Insassen, eine auf Personal), allerdings ohne Folgen für die Angegriffenen. Eine Sanktionierung erfolgte wegen einer versuchten Brandlegung. Fluchten oder Fluchtversuche aus der Anstalt waren keine zu verzeichnen.

Externe Fachdienste

Die Zusammenarbeit mit den externen Fachdiensten (Ärzte, Apotheke, Nachtdienst, Seelsorger) war tadellos und sehr zuverlässig. Neu wurde erstmals ein Imam für die Seelsorge der muslimischen Gefangenen in die Betreuung miteinbezogen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die kantonale Strafanstalt zählt zum Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie dient einerseits der Unterbringung von Personen, die in Untersuchungs-, Polizei-, Sicherheits-, Auslieferungs- oder in ausländerrechtliche Administrativhaft versetzt worden sind. Andererseits dient die Anstalt dem geschlossenen und offenen Vollzug von Freiheitsstrafen von in der Regel jeweils höchstens einem Jahr, die von Gerichten aus den Kantonen des Konkordates ausgesprochen sind.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Machbarkeitsstudie betreffend bauliche Erweiterung Strafanstalt	Projekt Erweiterung liegt vor	●	
L29	Aktive Mitarbeit zur Realisierung einer interkantonalen Lösung zur Schaffung von Haftplätzen für den Vollzug des Ausländerrechts	Teilnahmepräsenz von 90 %; Mitarbeit am Detailkonzept für eine interkantonale Lösung, Leitung Projektgruppe Betriebskonzept/Businessplan; Vorlage Detailkonzept im Frühjahr	●	
Leistungsgruppe 1: Aufsicht				
1	Vollumfängliche Sicherheit gewährleisten	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	◐	Es haben 3 Übergriffe von Insassen stattgefunden. Diese wurden entsprechend sanktioniert
2	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten	Keine gutgeheissenen Beschwerden	●	
3	Nachtdienst: 5 Min. Interventionszeit	100 % erfüllt	●	
Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste				
4	Ärztliche Grundversorgung gemäss medizinisch-ethischen Richtlinien anbieten	Pro Woche 2 ärztliche und/oder psychiatrische Visiten	●	
5	Vollzugsplanung, Urlaubswesen und Vermögensverwaltung der Gefangenen in hoher Qualität umsetzen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	●	
Leistungsgruppe 3: Verpflegung				
6	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Kostensteigerung muss mit Anzahl Belegungstage korrelieren	●	
Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/Gewerbearbeitsplätze				
7	Genügend Beschäftigungsangebote gemäss Vorgaben StGB und Konkordat gewährleisten	Keine Verletzung der Vorgaben	●	
8	Wirtschaftlicher Holzverkauf	Erlös mind. 175'000 Franken	◐	Der Erlös betrug 162'000 Franken

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Kommentar
-----	---------------	----------------------------------	-----------

Leistungsgruppe 5: Bildung im Strafvollzug

10	Professionelles Bildungsangebot BiST (Bildung im Strafvollzug) ausreichend gewährleisten	1 Lerngruppe an 40 Halbtagen	
----	--	------------------------------	--

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

L29) Die Mitarbeit in der Projektgruppe erfolgt neu durch das kantonale Amt für Migration.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Eintritte	Anzahl	566	530	542
Belegungstage	Anzahl	13'789	13'500	13'336

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'711'485.33	-3'739'810	-3'402'554.06	337'255.94	-9,0
Total Ertrag	905'141.05	950'000	1'072'253.05	122'253.05	12,9
Saldo	-2'806'344.28	-2'789'810	-2'330'301.01	459'508.99	-16,5

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Reduktion des Personaleinsatzes der Strafanstalt und des VBD um gesamthaft 0,75 Personaleinheiten aufgrund der Zusammenlegung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

69'800 Franken Minderaufwand: Rechnungen Wartungsverträge laufen neu über das Hochbauamt; kleinerer Aufwand Sicherheitstechnik

51'900 Franken Minderaufwand: Weniger Belegungstage führten zu tieferen Kostenbeiträgen an konkordantlichen Baufonds

72'200 Franken Mehrertrag: Höhere Bundesbeiträge an Kosten Ausschaffungshaft

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr war durch die Überführung des Vollzugs- und Bewährungsdienstes (VBD) in das neue Amt für Justizvollzug geprägt. Als Folge dieser Zusammenlegung mit der Strafanstalt im neuen Amt wurden die Personalressourcen optimiert und der Sozialdienst der Strafanstalt wurde organisatorisch neu beim VBD angesiedelt.

Überführung des VBD in das neue Amt für Justizvollzug

Die mit der Überführung in das neue Amt zu erledigenden Arbeiten erfolgten in der ersten Jahreshälfte innert sehr kurzer Frist und bei optimaler Unterstützung aller Beteiligten. Die Zusammenlegung der Strafanstalt und des Vollzugs- und Bewährungsdienstes zu einem Amt vereinfachte die Zusammenarbeit mit den am Strafvollzug involvierten Stellen und hat sich bereits bewährt. Beim VBD war dieser Prozess mit einer Reduktion von Stellenprozenten verbunden. Etwas aufgefangen wurde dieser Ressourcenabbau insbesondere durch eine Übertragung von Sozialarbeiterprozenten der Strafanstalt hin zum VBD.

Strafvollzug

Mit der Zusammenlegung hat sich die bereits gute Zusammenarbeit mit der Strafanstalt im Tagesgeschäft nochmals verbessert. Die Platzierung von Verurteilten mit langen Freiheitsstrafen in externen Strafanstalten ist nach wie vor mit erheblichen Wartefristen verbunden. Im Bereich der kurzen Freiheitsstrafen, Ersatzfreiheitsstrafen und im Bereich Gemeinnützige Arbeit waren gegenüber dem Vorjahr bedeutend mehr Urteilseingänge zu verzeichnen.

Massnahmenvollzug

Der Massnahmenvollzug (stationär und ambulant) gestaltete sich sowohl hinsichtlich Platzierungen als auch in der Durchführung weiterhin problemlos.

Bewährungsdienst

An der Konkordatskonferenz vom 24. April wurden die Standards für die Bewährungsdienste verabschiedet und im VBD laufend umgesetzt, was mit diversen Anpassungen von Vorlagen und Abläufen verbunden war. Aufgrund der erhöhten Zahl der zu überwachenden Ersatzmassnahmen fanden deutlich mehr Kontrollgespräche statt.

Sozialdienst

Der Sozialdienst der Strafanstalt wird neu durch den VBD abgedeckt. Der zuständige Sozialarbeiter ist in einer Doppelfunktion (Strafanstalt/VBD) tätig. Massgebend für die Arbeitseinsätze ist der jeweils konkrete Arbeitsbedarf. Diese Regelung erhöht die Flexibilität und lässt beispielsweise in der sozialen Betreuung der Insassen/Entlassenen kaum eine Schnittstellenproblematik entstehen. Auch die Durchführung/Kontrolle von Ersatzmassnahmen anschliessend an eine Entlassung aus der Untersuchungshaft wird vereinfacht, da der VBD seine Klientel bereits seit deren Aufenthalt in der Anstalt kennt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Der Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) ist im Erwachsenenstrafrecht verantwortlich für die Planung, das Aufgebot, die Platzierung und Kontrolle von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen, Weisungen sowie sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente/korrekte Vollzugsdurchführung	Keine Beanstandungen in Kontrollberichten SD/Justizprüfungskommission (JPK)		
Leistungsgruppe 1: Strafvollzug				
2	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde		
3	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % der Fälle mind. 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet		
4	Formelle/materielle Überprüfung Versetzung auf Sicherheitsabteilung	Halbjährliche Überprüfung Versetzung auf Sicherheitsabteilung ist erfolgt		
Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug				
5	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde		
6	Formelle/materielle Überprüfung stationäre Massnahmen/ambulante Behandlungen	Jährliche Überprüfung ist erfolgt		
Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst				
7	Beförderliche Sicherstellung Betreuung	Nach Falleröffnung ist Erstgespräch innerhalb 1 Monats erfolgt		
8	Konsequente periodische Überprüfung Weisungen	Weisungen sind halbjährlich überprüft		
A	Anpassung Bewährungsdienstprozesse an konkordatliche Standards	Bewährungsdienstprozesse sind angepasst		Projektverzögerungen aufgrund der prioritären Ämterzusammenlegung

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Vollzugstage	Anzahl	20'038	21'000	20'500
Urteilseingänge	Anzahl	1'353	1'100	1'628
Vollzugsaufträge	Anzahl	293	340	299
Verfügungen	Anzahl	63	90	79
Überprüfungen Massnahmen/Weisungen	Anzahl	19	18	34
Vollzugsgespräche	Anzahl	115	150	230
Gemeinnützige Arbeit	Anzahl		32	50

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Urteilseingänge: Die Zunahme der Urteilseingänge wirkt sich auf die Anzahl Vollzugsgespräche aus.

Überprüfungen Massnahmen/Weisungen: Die Anzahl Massnahmen/Weisungen kann jährlich schwanken und ist nicht beeinflussbar.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'173'073.44	-5'417'963	-5'028'626.25	389'336.75	-7,2
Total Ertrag	491'012.12	218'000	320'408.47	102'408.47	47,0
Saldo	-4'682'061.32	-5'199'963	-4'708'217.78	491'745.22	-9,5

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Reduktion des Personaletats der Strafanstalt und des VBD um gesamthaft 0,75 Personaleinheiten aufgrund der Zusammenlegung
24'000 Franken Minderaufwand: Kündigung des Vertrags betreffend Electronic Monitoring

b) Weitere wesentliche Abweichungen

548'300 Franken Minderaufwand: Geringere Vollzugskosten bei den Freiheitsstrafen

101'500 Franken Mehraufwand: Zunahme von Vollzugstagen bei den stationären Massnahmen

68'600 Franken Mehrertrag: Mehreinnahmen durch eine spezielle Versicherungsleistung

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
4000	Direktionssekretariat	-23'910'366.12	-22'913'406	-22'438'037.08	475'368.92	-2,1
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'774'834.61	-2'953'820	-2'761'571.83	192'248.17	-6,5
4021	Rettungsdienst	-2'669'574.14	-2'790'152	-2'159'163.01	630'988.99	-22,6
4030	Spitäler	-87'276'240.75	-93'527'000	-93'831'371.86	-304'371.86	0,3
4050	Amt für Gesundheit		-5'778'873	-5'142'387.80	636'485.20	-11,0
4055	Gesundheitsamt	-3'140'189.02				
4060	Medizinalamt	-2'266'125.25				
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'795'579.09	-1'765'769	-1'717'784.68	47'984.32	-2,7
40	Gesundheitsdirektion	-123'832'908.98	-129'729'020	-128'050'316.26	1'678'703.74	-1,3

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
4005	Amt für Verbraucherschutz	-233'896.00				
4021	Rettungsdienst	-720'102.51	-505'000	-499'244.88	5'755.12	-1,1
4030	Spitäler	4'778.15				
4050	Amt für Gesundheit			-65'661.55	-65'661.55	
4060	Medizinalamt	-80'579.40				
40	Gesundheitsdirektion	-1'029'799.76	-505'000	-564'906.43	-59'906.43	11,9

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Fokus standen das Legislaturziel 26 zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung, die Revision des Gesundheitsgesetzes und des Psychiatriekonkordats mit Uri und Schwyz sowie das «Projekt Regierung und Verwaltung 2019». Die Ausgaben haben gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich wegen der Spitalkosten weiter zugenommen.

Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung

Das Leuchtturmprojekt «Förderung der ärztlichen Grundversorgung» wurde nach Annahme des Verfassungsartikels zur Hausarztmedizin in ein Legislaturziel zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung umgewandelt und weitgehend umgesetzt. So erlaubt der Kanton Zug als erster Kanton der Schweiz, dass entsprechend weitergebildete medizinische Praxisassistentinnen und -assistenten (MPA) chronisch erkrankte Personen betreuen und damit die Hausärztin und den Hausarzt entlasten können. Anstelle gesetzlicher Neuregelungen wurden die «Zuger Gespräche» als Plattform zur Vernetzung der Akteure des Zuger Gesundheitswesens etabliert. Die Plattform hat zum Ziel, existierende Problemfelder, wie beispielsweise die administrative Belastung der Ärzteschaft, rasch und pragmatisch zu lösen. Gleichzeitig sollen neue Herausforderungen, wie zum Beispiel eHealth, angegangen werden.

Gesundheitsgesetz und Psychiatriekonkordat mit Uri und Schwyz

Mit der Revision des Gesundheitsgesetzes und der Totalrevision des Psychiatriekonkordats werden die gesetzlichen Grundlagen angepasst, um neue Behandlungs- und Zusammenarbeitsformen (integrierte Psychiatrieversorgung) zu ermöglichen.

«Regierung und Verwaltung 2019»

Der Regierungsrat hat auf die sich verschlechternde Finanzlage reagiert und verschiedene Projekte initiiert. Diese wurden nebst den Alltagsaufgaben bewältigt. Besonders zeitintensiv war die Mitarbeit der Generalsekretärin in der Projektgruppe «Regierung und Verwaltung 2019», die einen umfangreichen Projektauftrag zur Reduktion der Regierungsmitglieder von sieben auf fünf erarbeitet hat.

Anhaltend steigende Spitalkosten

Der Kostenanstieg im Spitalbereich hat die im Rahmen des EP 15–18 vorgenommenen Einsparungen bei der individuellen Prämienverbilligung und bei Leistungs- und Subventionsvereinbarungen praktisch neutralisiert. Gründe dafür sind einerseits die Erhöhung des Kostenteilers von 51 auf 53 Prozent gemäss neuer Spitalfinanzierung und andererseits die steigenden Fallzahlen in der stationären Akutversorgung. Bis der gesetzlich vorgeschriebene Kostenteiler von 55 Prozent im Jahr 2017 erreicht ist, werden die Kosten weiter steigen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Unter der Federführung des Direktionssekretariats wurden verschiedene Leuchtturmprojekte umgesetzt. Die Gesundheitsverordnung wurde zu Gunsten der Hausärztinnen und Hausärzte angepasst, es fanden die zweiten «Zuger Gespräche» statt und die Leistungserbringer wurden in einem ersten eHealth-Projekt unterstützt. Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurden verschiedene Verordnungs- und Gesetzesänderungen vorgeschlagen, das System der Prämienverbilligung optimiert und die Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit den externen Partnern neu verhandelt. Im Bereich der Versorgung der Zuger Bevölkerung mit psychiatrischen Leistungen werden neue rechtliche Grundlagen geschaffen zur Optimierung des Angebots.

Projekte im Rahmen des Leuchtturms 2020 / Legislaturziel L26

Die Gesundheitsdirektion setzte ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Hausarztmedizin auch im Berichtsjahr fort. Neu können die Hausärztinnen und Hausärzte ihre medizinischen Praxisassistentinnen gezielter für die Betreuung von chronisch erkrankten Patientinnen und Patienten einsetzen, womit ihnen mehr Zeit für ihre ärztliche Tätigkeit zur Verfügung steht. Um dies zu ermöglichen, wurde die Gesundheitsverordnung angepasst. Im Juni fanden die zweiten Zuger Gespräche zur medizinischen Grundversorgung statt. Die Gesundheitsdirektion unterstützt das von der Ärztesgesellschaft des Kantons Zug initiierte Projekt, unter Einbezug aller Zuger Leistungserbringer einen elektronischen Medikamentenplan (eMediplan) zu realisieren.

Entlastungsprogramm

Das Direktionssekretariat setzte mehrere Massnahmen des Entlastungsprogramms um, beziehungsweise unterstützte die Ämter in deren Aktivitäten. Bei der individuellen Prämienverbilligung wurden diejenigen Einsparungen umgesetzt, die in der Kompetenz des Regierungsrats liegen. Auf Verordnungsebene wurde der Gebührentarif des Rettungsdienstes und der Lebensmittelkontrolle angepasst. Zuhanden des Kantonsrates wurden zwei Gesetzesanpassungen vorgeschlagen: Einerseits soll das System der Prämienverbilligung optimiert, andererseits sollen mit einer neuen Berechnungsmethode für die anrechenbaren Heimtaxen die Ergänzungsleistungen im Langzeitpflegebereich gezielter eingesetzt werden. Ebenso wurden die Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit den externen Partnern neu ausgehandelt, wobei das Direktionssekretariat entweder die Verhandlungsleitung mit Know-how unterstützte oder die Federführung hatte.

Pflegeheimplanung 2016–2020

Für die Periode 2016–2020 hat das Direktionssekretariat, basierend auf den vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium (Obsan) erstellten Pflegebettenbedarfsprognosen, eine neue Pflegeheimplanung erarbeitet.

Revision Gesundheitsgesetz

Das Gesundheitsgesetz hat sich seit der Einführung im Jahr 2009 bewährt. Es gilt jedoch, einige aktuelle Entwicklungen aufzunehmen und das Gesetz punktuell anzupassen. Die Effizienz des Rettungswesens soll verbessert werden und der Rettungsdienst Zug (RDZ) am Einsatzort über mehr Kompetenzen verfügen. Die Förderung der Aus- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen soll auf eine breitere Basis gestellt werden, indem die Kompetenzen des Regierungsrats in diesem Bereich erweitert werden. Für die ambulante Versorgung der Zuger Bevölkerung im Bereich Psychiatrie wird die gesetzliche Grundlage für die Errichtung von Tagesangeboten für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene geschaffen. Die kantonsrätliche Kommission hat die Revision Ende Jahr vorberaten.

Psychiatriekonkordat

Der Konkordatsrat hat die Vorlage zur Totalrevision des Psychiatriekonkordats der Kantone Uri, Schwyz und Zug verabschiedet und den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Ziel ist es, die rechtlichen Voraussetzungen für eine integrierte Versorgung im Konkordatsgebiet zu schaffen. Die drei Kantone werden demnach die Psychiatrieversorgung in Zukunft miteinander planen und organisieren. Gleichzeitig sollen die Psychiatrische Klinik Zugersee und die ambulanten psychiatrischen Dienste von Uri, Schwyz und Zug in einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft zusammengefasst werden.

Elektronisches Patientendossier (EPD)

Die eidgenössischen Räte verabschiedeten im Juni das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG). Die Gesundheitsdirektion hat im Direktionssekretariat eine Kontaktstelle eHealth geschaffen und prüft Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen.

Individuelle Prämienverbilligung

Im Rahmen des Entlastungsprogramms wurde das ursprüngliche Budget für die Prämienverbilligung um 3,3 Millionen Franken gekürzt. Entsprechend wurden die Prämiensteigerungen nicht ausgeglichen und die Richtprämien auf Vorjahresniveau belassen. Die im Einzelfall ausbezahlte Prämienverbilligung blieb damit bei gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen unverändert (Besitzstandwahrung).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Als Querschnittsamt der Gesundheitsdirektion lenkt und führt das Direktionssekretariat die Geschäfte der Direktion. Es unterstützt den Direktionsvorsteher bei fachlichen und politischen Fragen des Gesundheitswesens. Das Direktionssekretariat ist Anlaufstelle für juristische Fragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie Krankenversicherung, Spitalwesen und die Pflegeversorgung.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
L26	Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin	Bericht und Antrag Regierungsrat		
L26	Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf	Verordnung tritt in Kraft; Erlass Reglement über Voraussetzungen zur gesundheitspolizeilichen Zulassung		
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
2	Zeitgerechte Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	100 % innert Frist		
3	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist		
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
5	Rechtzeitige Genehmigung / Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	80 % der Anträge an den Regierungsrat innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels		
A	Gesamtprojektleitung über Projekte zur Umsetzung der Leitlinien	Fristgerechter Abschluss eines Projektes		
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
8	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	80 % der Entscheide innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens		
C	Änderung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel beschlossen	Gesetz in Kraft gesetzt		
D	Regelung Rettungsorganisation im Kanton Zug	Überweisung an den Kantonsrat		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege				
9	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens für die Spital- und Pflegeheimplanung	Jährlich	●	
11	Bedarfsgerechte Pflegeheimplanung und Sicherstellung des Controllings	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	●	
12	Bedarfsgerechte Spitalplanung und zeitgerechte Erteilung von Leistungsaufträgen	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	●	
L27	Bericht und Antrag zur integrierten Psychiatrieversorgung UR/SZ/ZG	Überweisung an den Kantonsrat	○	Konkordatsinterne Beratung erforderte mehr Zeit als geplant. Überweisung an den Kantonsrat erfolgt in der ersten Hälfte 2016
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling				
13	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informationen an die Ämter, Überprüfung der Resultate der gesamten Direktion	Sicherstellen, dass die Abweichung der Rechnung zum Budget bei allen durch die Direktion beeinflussbaren Positionen pro Amt max. 5 % beträgt	◐	Bei der Überschreitung der Vorgabe beim AVS und RDZ handelt es sich um nicht beeinflussbare Mehreinnahmen (Aufträge Dritter und Rettungseinsätze). Beim AFG ist der Minderaufwand hauptsächlich auf nicht realisierte Projekte sowie Kürzungen bei den Leistungs- und Subventionsvereinbarungen zurückzuführen (siehe auch jeweilige Amtsberichte)
14	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetierung innerhalb der Gesundheitsdirektion	Alle durch die Direktion beeinflussbaren Positionen vom Kantonsrat genehmigt	●	
16	Fristgerechte Beantwortung der Lotteriefondsgesuche	Beantwortung aller Gesuche innert 2 Monaten	●	
E	Fristgerechte Umsetzung der KLR	Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen für Inkraftsetzung im Jahr 2016	●	
Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung (IPV)				
17	Gewährleistung eines angemessenen Versicherungsschutzes zu finanziell tragbaren Bedingungen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	●	
18	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durchführung	Stichprobenweise Evaluation von 2 Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	●	
F	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Evaluationsbericht zu 1 Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
20	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des ZGSDK-Präsidiums sicherstellen	Versand Protokoll innert 14 Tagen	●	
21	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des Präsidiums des Psychiatrie-Konkordats	Versand Protokoll innert 14 Tagen	●	
G	Förderung der Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsbetrieben	Überweisung an den Kantonsrat: Antrag Änderung § 29 Abs. 1 Gesundheitsgesetz	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

L26 «Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin»: Verbesserung der Rahmenbedingungen auf der Basis der bestehenden Grundlagen ohne gesetzliche Neuregelung.
L26 «Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf»: Die Änderung der Gesundheitsverordnung genügt zur gesundheitspolizeilichen Zulassung der MPA. Auf den Erlass eines Reglements konnte verzichtet werden.
Nr. 3: Im Jahr 2015 wurde keine Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen fällig.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
RR-Anträge Gesundheitsdirektion	Anzahl	76	80	65
Mitberichte, Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	38	30	39
Federführung in Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl	26	15	34
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	3	3	3
Beschwerdeeingänge	Anzahl	3	10	5
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		3	2
Kantonsrätliche Kommission für das Gesundheitswesen	Sitzungen	5	3	3
Nationale und regionale Arbeitsgruppen (u. a. ZGSDK, ZFG, GDK, verschiedene Arbeitsgruppen der GDK)	Sitzungen		30	28
Psychiatriekonkordat	Sitzungen	11	8	8
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Sitzungen	12	20	7
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Medienkonferenzen / Medienmitteilungen)	Vorgänge	18	25	25
Kantonale Arbeitsgruppen (Informatik, VZ3, KGS, Kommunikation usw.)	Sitzungen	32	27	47
Empfängerinnen und Empfänger einer individuellen Prämienverbilligung (IPV)	Anzahl	29'682	31'000	29'514
Kantonsanteil an der Prämienverbilligung	Mio. Franken	20,5	22,8	19,2
Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung	Mio. Franken		33,4	34,1

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Da sich alle Krankenversicherer entweder der Vertragsgemeinschaft Tarifsuisse oder HSK anschlossen und es keine Gerichtsentscheide umzusetzen gab, musste der Regierungsrat deutlich weniger Tarifverträge genehmigen.

Der Bund war erneut gesetzgeberisch äusserst aktiv, was sich im anhaltend hohen Niveau der Anzahl Vernehmlassungen und Mitberichte widerspiegelt.

Bei den Beschwerdeeingängen sind die Disziplinarverfahren nicht berücksichtigt.

Zwei parlamentarische Vorstösse sind eingegangen, es wurde aber keine Beantwortung fällig.

Auf mehrere traditionelle Jahrestreffen wurde verzichtet, weil der Austausch mit den Partnerorganisationen in einem anderen Rahmen (EP 15–18) stattfand.

Die deutlich höhere Anzahl Sitzungen kantonaler Arbeitsgruppen ist auf die Mitarbeit in den Projekten «Regierung und Verwaltung 2019» sowie «ZFA-Reform» zurückzuführen.

Das Budget 2015 für den Kantonsanteil an der Prämienverbilligung wurde gemäss Beschluss des Kantonsrates nachträglich von 22,8 auf 19,5 Millionen Franken gekürzt.

Diese Korrektur sowie die daraus resultierende Reduktion der erwarteten Anzahl IPV-Beziehenden sind in der obigen Tabelle nicht abgebildet.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-56'329'022.92	-56'338'406	-56'553'592.08	-215'186.08	0,4
Total Ertrag	32'418'656.80	33'425'000	34'115'555.00	690'555.00	2,1
Saldo	-23'910'366.12	-22'913'406	-22'438'037.08	475'368.92	-2,1

Kommentar Rechnung

Der Personalaufwand liegt wegen Pensenreduktionen, späteren Besetzungen von vakanten Stellen sowie Abbau der Arbeitszeit- und Feriensaldi rund 0,1 Millionen Franken tiefer als budgetiert.

Bei der Verbilligung der Krankenkassenprämien konnte der budgetierte Kantonsanteil von 19,5 Millionen Franken um rund 0,3 Millionen Franken unterschritten werden.

Ebenso fiel der Bundesbeitrag, ein durchlaufender Beitrag, mit 34,1 Millionen Franken rund 0,7 Millionen Franken höher aus als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die im Bundesrecht geregelten Vollzungsaufgaben wurden von den Abteilungen Lebensmittelkontrolle und Veterinärdienst zeitgerecht und verhältnismässig umgesetzt. Bei der Lebensmittelkontrolle standen neben den vielseitigen Stichprobenkontrollen die Information für interessierte Kreise und verschiedene Vernehmlassungen zu Anpassungen des Bundesrechts im Vordergrund. Der Veterinärdienst deckte im Rahmen des Überwachungsprogrammes zwei neue Fälle von Boviner Virusdiarrhoe auf. Mit dem Neubau des Amtes für Verbraucherschutz (AVS) in Steinhausen konnte im Januar 2015 gestartet werden. Ende Jahr war der Rohbau planmässig abgeschlossen.

Lebensmittelkontrolle

Eine wirksame und effiziente Lebensmittelkontrolle basiert auf einem abgestimmten Ineinandergreifen zwischen Inspektorat und Analytik (Laboruntersuchungen). In beiden Bereichen wurden die gesetzlichen Anforderungen der Akkreditierung bestätigt und bis Mitte 2017 verlängert. Die Kontrolltätigkeit war im gleichen Umfang wie in den Vorjahren. Die Anzahl der Betriebe ist wiederum leicht gestiegen. Die Anfragen von interessierten Kreisen für Information und Fachsupport, mehrheitlich im Laborbereich, lagen deutlich über den Erwartungen. Nebst den Routinekontrollen im Inspektionsbereich wurden im Speziellen schweizerische oder europäische Produkte auf ihre korrekten Herkunftsangaben überprüft. Lediglich etwas mehr als 60 Prozent waren konform, rund 40 Prozent wiesen fehlerhafte Deklarationen aus. Im Laboratorium wurden diverse Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände auf die Gesetzeskonformität (Gesundheitsschutz, Täuschungsschutz und Hygiene) überprüft. Die meisten Beanstandungen betrafen den Täuschungsschutz und die Hygiene.

Chemikalien-, Badewasserbereich sowie Aufträge für Dritte

Aufgrund der reduzierten Ressourcen wegen der vakanten Stelle im Chemikalienbereich konnten lediglich 19 der geplanten 25 Märkte und Betriebe kontrolliert werden. Die Anpassung der Betriebe an die in den letzten Jahren gewichtigen gesetzlichen Änderungen waren je nach Betrieb mehr oder weniger fortgeschritten. Wegen den teilweise fehlenden Anpassungen erfolgten daher bei fast allen kontrollierten Betrieben mehrere Beanstandungen.

Zur Sicherstellung der Badewasserqualität in Frei- und Hallenbäder wurden sämtliche Anlagen kontrolliert. Zum ersten Mal wurde die Konzentration eines Nebenproduktes der Wasserdesinfektion mit Chlor in Hallenbädern bestimmt. Insgesamt waren sämtliche Kontrollresultate unauffällig.

Sämtliche Untersuchungsaufträge von Dritten wurden gemäss Vereinbarung abgewickelt. Diese betrifft vorwiegend Untersuchungen diverser Wasserproben (Trink-, Oberflächen- und Abwasser).

Tiergesundheit, Tierschutz und gefährliche Hunde

Im Rahmen des Überwachungsprogrammes der Rinderseuche BVD (Bovine Virusdiarrhoe) wurden zwei positive Tiere entdeckt. Die betroffenen Rinder wurden umgehend ausgemerzt und über die Landwirtschaftsbetriebe wurden die entsprechenden Sperrmassnahmen verfügt. Bei den blutserologischen Nachkontrollen konnten keine weiteren Virus-Trägertiere eruiert werden. Die Bienenseuche Sauerbrut hat sich im Kanton Zug wieder stark ausgeweitet. Nach umfassenden Sanierungsmassnahmen, welches das Abtöten einzelner oder aller Bienenvölker des befallenen Bienenstands beinhaltete, konnten mit Ausnahme von zwei Bienenstandsperrern die Sperrmassnahmen wieder aufgehoben werden. Daneben erfolgte die Überwachung weiterer Tierseuchen gemäss dem vom Bund vorgegebenen Monitoringprogramm sowie Kontrollen bei Viehausstellungen, Sömmerungsbetrieben, Viehhändlern und Kontrollen beim Import von Tieren und tierischen Produkten. Gemäss den Vorgaben des Bundes wurden ein Viertel aller Nutztierhaltungsbetriebe auf die Einhaltung der Tierschutzvorschriften kontrolliert. Die in der Berichtsperiode bewilligten Tierversuche, allesamt Schweregrad null, dienten dem Unterricht von Schülern oder der Verbesserung von Tiergesundheit und Tierwohl. Alle gemeldeten Vorfälle, bei welchen Hunde Menschen oder Tiere verletzten, wurden fristgerecht bearbeitet. Es kam zu keinen gravierenden Verletzungen bei Mensch und Tier.

Kontrolle tierischer Lebensmittel und Tierarzneimittel

Das Kombinieren der Kontrollen von Lebensmitteln tierischer Herkunft mit denjenigen des Landwirtschaftsbereichs bewährt sich. Im Rahmen der Milchqualitätskontrollen mussten im Berichtsjahr drei Milchablieferungssperren verhängt werden. Zwei Sperren erfolgten wegen Nachweis von Hemmstoffen und eine wegen Überschreitung der höchstzulässigen Zellzahl in der abgelieferten Milch. Bei der Kontrolle der Tierarztpraxen im Rahmen der Tierarzneimittelverordnung wurden keine Mängel festgestellt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie den Schutz von Mensch und Tier aktiv zu unterstützen.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aktiv unterstützen	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher; mind. 6 ereignisorientierte Medienbeiträge		
2	Die Laborkapazität und das Analysenangebot decken einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Betriebe ab	50 % der bedeutendsten Betriebe (= 351) sind kontrolliert; jährlich werden mind. 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt		
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturandinnen und Maturanden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie interessierte Kreise		
A	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, AVS	Nutzerbedürfnisse in Bauprozess eingebracht		
Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände				
4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	30 % (= 450) der Betriebe sind inspiziert; flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten		
5	Gute Wasserqualität gewährleisten	100 % der Proben (= ca. 1'000) sind zeitnah untersucht		
B	Elektronische Erfassung der Inspektionsberichte und Abgabe vor Ort inkl. automatischer Abgleich der Daten mit der Fachanwendung	Vertiefte Evaluation des Projektes aufgrund neuer EDV-Sicherheitsvorgaben		
C	Anpassung der risikobasierten Kontrollfrequenzen an das schweizweite Konzept	Implementierung des schweizweit verwendeten Konzeptes		
D	Analysenangebot für Mikroverunreinigen sicherstellen	Adaptieren und Validieren von max. 3 Methoden		
Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser				
7	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	Mind. 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr		
8	Information über die Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon				
9	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	10 % (= 25 Betriebe) der wichtigsten Betriebe sind kontrolliert; Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen (max. 3 Kampagnen)	●	Infolge einer Stellenvakanz konnten lediglich 19 Betriebe kontrolliert werden
10	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt, sofern sie für den Kanton von Interesse sind (max. 1 Kampagne)	●	
F	GHS Umstellung für Zubereitungen kundennah begleiten	Fachspezifische Software implementieren und Kenntnisse sicherstellen		Fachspezifische Software wurde nicht implementiert; Kenntnisse über die GHS Umstellung sind aber trotzdem sichergestellt worden
Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen				
11	Die vereinbarte Leistung für das Amt für Umweltschutz (AfU) wird erbracht	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung erfüllt	●	
Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst				
12	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	100 % der gemeldeten Seuchenfälle bekämpft	●	
13	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	100 % der Seuchenuntersuchungen (ca. 800 Proben) durchgeführt	●	
14	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	25 % Tierhaltungen kontrolliert (ca. 150 Betriebe); 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet (ca. 50 Meldungen)	●	
15	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	100 % aller Schlacht- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt; 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert (ca. 75 Betriebe); Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt (ca. 10 Untersuchungsprogramme)	●	
16	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	100 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	●	
17	Tiergesundheit in der Nutztierhaltung fördern	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	●	
G	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	Bundesvorgaben zur Überwachung der Bovinen Virusdiarrhöe (BVD) erfüllt (ca. 200 Betriebe beprobt)	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Betriebe: Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Betriebe	1'728	1'600	1'816
Bedeutende Betriebe Lebensmittelsicherheit	Betriebe		705	671
Badeanlagen	Betriebe	23	23	23
Untersuchungen Lebensmittelbereich	Anzahl Proben	2'964	2'900	2'882
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	1'784	1'500	1'623
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	190	220	208
Seuchenfälle	Fälle		7	10
Schlachthanlagen / geschlachtete Tiere	Betriebe / Tiere	3	3 / 4'000	3 / 4'164
Milchproduzenten	Betriebe	286	290	280
Bienenstände	Stände	296	260	291
Hundehaltungen	Haltungen / Vorfälle	4'483	4'250 / 60	4'633 / 79

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständebetriebe haben zugenommen, da mehr Handelsbetriebe und Verkaufsläden eröffnet wurden. Die Untersuchungen im Nichtlebensmittelbereich variieren jährlich infolge unvorhersehbarer Drittaufträge. Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft hat die Anzahl Milchproduktionsbetriebe weiter abgenommen. Die Zahl der Bienenstände ist wegen der anhaltenden Beliebtheit der Imkerei zunehmend.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'429'021.81	-3'586'020	-3'450'669.23	135'350.77	-3,8
Total Ertrag	654'187.20	632'200	689'097.40	56'897.40	9,0
Saldo	-2'774'834.61	-2'953'820	-2'761'571.83	192'248.17	-6,5

Kommentar Rechnung

Hauptsächlich beruhen die Abweichungen des Gesamtaufwandes auf geringeren Ausgaben bei den Dienstleistungen Dritter (weniger Fremdvergaben von Laboraufträgen) und den tieferen Personalaufwendungen aufgrund von zwei vakanten Stellen bei der Lebensmittelkontrolle, welche zwischenzeitlich aber wieder besetzt wurden. Das positive Ergebnis beim Gesamtertrag ist vor allem auf Mehreinnahmen in der Lebensmittelkontrolle bei Aufträgen für Dritte zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4005.0010 Ersatzinvestitionen AVS					
Ausgaben	-233'896.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-233'896.00				
Einnahmen					
Saldo	-233'896.00				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Einsatzzahlen stiegen deutlich an. Der Rettungsdienst Zug (RDZ) leistete fast 4'900 Einsätze. In fünf Nächten pro Woche standen zwei komplette Rettungsteams zur Verfügung. Im zweiten Quartal fanden mehrere Veranstaltungen statt, die ein spezielles Dispositiv erforderten. Die Disposition durch die Einsatzleitzentrale Schutz und Rettung bewährte sich und die Prozesse benötigten nur wenige Anpassungen. Die Inbetriebnahme des Sicherheitsfunknetzes POLYCOM, ein neuer Wechselladebehälter für die Mobile Sanitätshilfsstelle und die Inbetriebnahme eines Allradrettungswagens waren die herausragenden betrieblichen Ereignisse.

Analyse des Einsatzgeschehens

Die Zahl der Einsätze stieg auf 4'895. Das sind 540 Einsätze mehr als im Vorjahr. Eindeutige Ursachen für diesen Anstieg lassen sich nicht finden. Die Notfallversorgung im Kanton Zug war auch in diesem Jahr die Hauptaufgabe. Die Zahl der Sekundäreinsätze stieg leicht von 1'022 auf 1'067 Fahrten an. Ihr prozentualer Anteil sank jedoch nochmals leicht von 23,5 auf 21,8 Prozent. Der Anteil der Nachteinsätze stieg von 27,9 Prozent auf 29,7 Prozent an. In absoluten Zahlen ausgedrückt handelte es sich um 240 Einsätze mehr. Etwa die Hälfte der versorgten Personen (2'104) war über 65 Jahre alt. 26 Prozent der Patientinnen oder Patienten bzw. 1'081 Personen war älter als 80 Jahre. Wie bereits im Vorjahr waren Donnerstag und Freitag die einsatzstärksten Tage.

Spezielle Einsätze

Im Februar verschanzte sich eine Familie in einer Asylunterkunft. Zur Sicherheit wurden mehrere Rettungswagen bereitgestellt. Darunter befand sich auch ein Fahrzeug des Rettungsdienstes Affoltern am Albis. Es handelte sich um den ersten grösseren Einsatz nach dem Wechsel der Disposition zur Einsatzleitzentrale von Schutz und Rettung. Die Alarmierung erfolgte sehr rasch und weitere Mittel aus dem Grossraum Zürich wurden dem Einsatzleiter angeboten. Die eingespielte Zusammenarbeit unter den Zuger Einsatzkräften funktionierte reibungslos. Der Einsatz an sich endete glimpflich und die betroffenen Personen hatten nur geringfügige Verletzungen. Im September ereignete sich auf der Autobahn A2 bei Eich ein Carunfall mit gut 40 Verletzten, wobei der RDZ mit zwei Fahrzeugen im Einsatz stand. Im Dezember fand in Luzern eine Nachbesprechung für alle eingesetzten Kräfte statt. Trotz unterschiedlicher Notrufzentralen funktioniert die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz weiterhin.

Veranstaltungen

Im Berichtsjahr fanden im Kanton Zug überdurchschnittlich viele grössere Veranstaltungen statt, die Vorkehrungen oder einen Einsatz des Rettungsdienstes erforderten. Im Januar traf die Anfrage ein, ob der Rettungsdienst Zug im April an der U-18 Eishockey-WM präsent sein könne. Die internationalen Richtlinien verlangen auf dieser Wettkampfstufe ein einsatzbereites Rettungsteam im Stadion. Der RDZ stellte bei allen Spielen ein Team zur Verfügung. Die beiden anderen herausragenden Veranstaltungen fanden im Juni statt. Zuerst rollte die Tour de Suisse durch den Kanton Zug. Der so genannte Hub befand sich in Rotkreuz. Für den RDZ galt es die Grundversorgung in allen Teilen des Kantons sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurden im Ägerital, in Zug Süd und in Rotkreuz zusätzliche Fahrzeuge stationiert. Trotz eingeschränkter Befahrbarkeit der Strassen war so das rasche Erreichen der Patientinnen oder Patienten in den betroffenen Kantonsgebieten sichergestellt. Die Zusammenarbeit mit dem vom Veranstalter beauftragten Ambulanzdienst, Alpine Air Ambulance, funktionierte reibungslos. Im Rahmen des Jubiläums 700 Jahre Morgarten fand ein Volksfest in Oberägeri statt. Der Fokus des RDZ lag auch hier auf der Sicherstellung der Grundversorgung, vor allem während des Festumzugs. Zusätzliche Rettungsteams standen in Unterägeri und Morgarten bereit. Beim Festareal betrieb der RDZ zusammen mit Militär und Samariterverein eine Hilfsstelle. Eine Einsatzleitung im Gemeindehaus Oberägeri koordinierte die Arbeit mit den Partnerorganisationen und dem Veranstalter. Zwei Angehörige externer Rettungsdienste und Mitarbeitende der Einsatzleitzentrale von Schutz und Rettung ergänzten das eigene Personal.

Betriebliche Ereignisse

Mitte Jahr konnte ein weiterer Rettungswagen der neuen Generation in Dienst genommen werden. Es handelt sich um ein Fahrzeug mit Allradantrieb, das sich vor allem für Einsätze in den Berggemeinden, bei winterlichen Strassenverhältnissen und abseits asphaltierter Strassen eignet. Die Stabsstelle Notorganisation beschaffte einen neuen Wechselladebehälter für das Material der Mobilen Sanitätshilfsstelle. Eine Mitarbeiterin des Rettungsdienstes führte die Beschaffung durch und leitete die Umstellung auf das neue Produkt. Nach der Inbetriebnahme fanden Schulungen für die Mitarbeitenden des Rettungsdienstes und das Milizpersonal statt. Die Einführung des Funksystems POLYCOM erforderte konzeptionelle Vorbereitungen, den Einbau der Geräte in die Einsatzfahrzeuge und die Ausbildung aller Mitarbeitenden. Die Umstellung klappte reibungslos. Das System bewährte sich und die Alarmierung konnte nochmals beschleunigt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Bearbeitung der Notrufe 144 und die Disposition der Einsätze erfolgt durch eine überregionale Einsatzzentrale. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Überwachungsaudit bestanden		
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %		
Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)				
3	Sicherstellen eines 24-Stunden-Rettungsdienstes gemäss Leistungsauftrag	An 5 Tagen pro Woche sind rund um die Uhr 2 Rettungsteams eingeplant		
4	Die Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) wird im Kanton Zug eingehalten	Bei > 90 % der Notfalleinsätze ist innert 15 Minuten nach Alarmierung ein Einsatzmittel an Ort		
5	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen		
6	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30 Min. ab Alarm bei allen Aufgeböten	Bei 100 % der Aufgeböte ist die Zeit eingehalten		
7	Sicherstellen der reibungslosen Zusammenarbeit der First Responder Gruppen mit dem RDZ durch Prüfen des Betriebskonzeptes und Durchführen gemeinsamer Trainingseinheiten	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte; Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden		
8	Bereitstellen der Türschlüssel der angemeldeten Haushalte	100 % fehlerfreie Verwaltung der Schlüssel		
A	Erneuern Fahrzeugflotte	Inbetriebnahme eines Fahrzeuges mit Allradantrieb		
Leistungsgruppe 2: Grossereignisse				
9	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt; Übungspräsenz der rund 150 Milizpersonen ist > 65 %		
10	Sicherstellen der Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte	Es sind mind. 4 Personen für diese Führungsstufe ausgebildet		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung				
11	Fördern des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Besetzung des Ausbildungsplatzes	●	
12	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Ausbildungen im Umfang von 80 Stunden durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotruf 144 (Leistungsvereinbarung mit Schutz und Rettung Zürich)				
13	Anrufe von hilfeschuchenden Personen werden schnell angenommen	Die beauftragte Zentrale nimmt > 90 % der Notrufe innerhalb von weniger als 10 Sekunden entgegen	●	
14	Gewährleisten einer zeitgerechten Disposition durch eine effiziente Ablauforganisation	Die Rettungsmittel sind im Durchschnitt in weniger als 180 Sekunden alarmiert	●	
15	Die beauftragte Notrufzentrale orientiert sich am Stand der Technik und überwacht die Qualität systematisch	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	◐	Das Treffen der Steuergruppe findet nach vollendetem erstem Betriebsjahr im 2016 und danach im Jahresturnus statt

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Einsätze	Anzahl	4'355	> 4'300	4'895
Anteil Nachteinsätze	Anzahl	1'576	> 1'500	1'885
Betreute Personen	Anzahl	3'760	> 3'800	4'151
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert	3,4	< 3,5	2,7
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert	10,2	> 12,0	7,8
Freizeitalarme	Anzahl	62	> 25	53
Schlüssel im Depot	Anzahl		150	183

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Einsatzzahlen sind in der Gesamtwürdigung des Amtes kommentiert.
Indikator für Risikofall: Der Bedarf an Rettungsmitteln kann statistisch (POISSON-Verteilung) berechnet werden. Falls die vorhandenen Mittel bei einem gleichzeitigen Auftreten mehrerer Einsätze nicht ausreichen, entsteht ein Nachfrageüberhang und somit ein Risikofall. Der Indikator zeigt an, in welchem durchschnittlichen Zeitintervall (entspricht hier Tagen) sich ein solches Vorkommnis wiederholt. Die Zunahme der Einsätze spiegelt sich im Risikoindikator wieder, vor allem in der Nacht. Durchschnittlich alle 7,8 Nachtschichten kam es statistisch gesehen zu einem Engpass. Am Tag verschlechterte sich der Wert leicht auf 2,7.
Die Freizeitalarme sanken nicht wie erwartet. Das hohe Einsatzaufkommen im ersten Trimester führte zu einigen Aufgeboten von Mitarbeitenden aus ihrer Freizeit heraus, weil ein zusätzlicher Rettungswagen ausrücken musste oder an zwei Einsatzorten Anästhesiepfleger benötigt wurden.
Die Anzahl Schlüssel gehört zu Ziel 8 und zeigt auf, wie viele Schlüssel zum Jahresende beim RDZ hinterlegt waren.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'192'711.94	-5'302'152	-5'102'478.21	199'673.79	-3,8
Total Ertrag	2'523'137.80	2'512'000	2'943'315.20	431'315.20	17,2
Saldo	-2'669'574.14	-2'790'152	-2'159'163.01	630'988.99	-22,6

Kommentar Rechnung

Dank den direktionsinternen Stellenverschiebungen und der Reduktion von Zusatzstunden (weniger Teamsitzungen) konnten Arbeitszeitguthaben im Umfang von rund 66'000 Franken abgebaut werden. Die tieferen Lohnnebenkosten von 93'000 Franken sind durch Aufhebung des Pikettnachtdienstes mit einem Rettungswagen entstanden und 19'000 Franken betreffen Rückerstattungen der Unfallversicherung. Demgegenüber stehen Aufwandsteigerungen beim Medizinischen Verbrauchsmaterial von 11'000 Franken durch höhere Einsatzzahlen. Aufgrund zusätzlicher Arbeiten an den Fahrzeugen ist der Fahrzeugunterhalt um 10'000 Franken teurer und rund 17'000 Franken mehr wurden aufgewendet für die Einsätze an Veranstaltungen. Die grössere Zahl von Einsätzen führte zu höheren Erträgen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4021.0001 Ersatzanschaffung RTW ZG 74005					
Ausgaben	-239'269.42				
Einnahmen					
GD4021.0005 Anschaffung Reanimationsgeräte					
Ausgaben	-110'188.52				
Einnahmen					
GD4021.0008 Ersatzanschaffung RTW ZG 74001					
Ausgaben	-375'644.57				
Einnahmen	5'000.00				
GD4021.0010 Ersatzbeschaffung RTW ZG 74003					
Ausgaben		-390'000	-381'681.98	8'318.02	-2,1
Einnahmen		5'000	7'500.00	2'500.00	50,0
GD4021.0019 Bekleidung (Ersatz Uniformen)					
Ausgaben		-120'000	-125'062.90	-5'062.90	4,2
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-725'102.51	-510'000	-506'744.88	3'255.12	-0,6
Einnahmen	5'000.00	5'000	7'500.00	2'500.00	50,0
Saldo	-720'102.51	-505'000	-499'244.88	5'755.12	-1,1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Ersatzbeschaffung RTW ZG 74003: Ein Euro- sowie ein Sonderrabatt auf das Grundfahrzeug führten zu tieferen Beschaffungskosten. Das alte Fahrzeug konnte zu einem besseren Preis als erwartet verkauft werden.

Bekleidung (Ersatz Uniformen): Die effektiv benötigten Konfektionsgrössen waren grösser als prognostiziert und führten zu den Mehrkosten.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-87'510'468.45	-93'750'000	-94'291'018.56	-541'018.56	0,6
	Total Aufwand	-87'510'468.45	-93'750'000	-94'291'018.56	-541'018.56	0,6
426	Rückerstattungen	234'227.70	223'000	459'646.70	236'646.70	106,1
	Total Ertrag	234'227.70	223'000	459'646.70	236'646.70	106,1
	Saldo	-87'276'240.75	-93'527'000	-93'831'371.86	-304'371.86	0,3

Kommentar Rechnung

Beiträge an Gemeinwesen und Dritte beinhaltet den nach neuer Spitalfinanzierung vom Kanton zu entrichtenden Kostenanteil von 53 Prozent an die Hospitalisation von Zuger Patientinnen und Patienten. Dieser Beitrag ist sowohl für inner- als auch ausserkantonale Hospitalisationen geschuldet, sofern die Klinik über einen entsprechenden Leistungsauftrag mit dem Kanton verfügt.

Der effektive Aufwand liegt hauptsächlich aus folgenden Gründen über dem Budget:

- Die abgerechneten ausserkantonalen Hospitalisationen sind einerseits aufgrund des Fallwachstums und andererseits wegen teilweise kostenintensiveren Behandlungen teurer als budgetiert, was zu Mehraufwendungen von rund 0,8 Millionen Franken führt.
- Der Aufwand für die Zuger Kantonsspital AG ist wegen der Zunahme bei den Fallzahlen um rund 0,2 Millionen Franken höher ausgefallen als budgetiert.
- Die Beiträge an die Klinik Adelheid AG liegen aufgrund von höheren Tarifen und mehr Pflgetagen um rund 0,8 Millionen Franken über dem Budget.
- Bei der AndreasKlinik AG Cham führen insbesondere tiefere Fallzahlen und Tarife zu einem Minderaufwand von rund 1,4 Millionen Franken. Definitiv abgerechnete Vorjahre haben zudem zu Rückerstattungen durch die AndreasKlinik AG geführt, was den Aufwand um zusätzlich 0,2 Millionen Franken minderte.
- Die Minderaufwendungen bei der Psychiatrischen Klinik Zugersee von rund 0,5 Millionen sind durch eine tiefere Anzahl Pflgetage zu begründen.
- Aufgrund höherer Pflgetage und Tarife lag der Aufwand bei der Clenia Littenheid AG um rund 0,2 Millionen Franken und bei der Klinik Meissenberg AG um rund 0,6 Millionen Franken über Budget.

Auf der Ertragsseite sind die Regresseinnahmen um rund 240'000 Franken höher ausgefallen als budgetiert. Inner- wie auch ausserkantonale Hospitalisationen, für welche der Kanton Zug Beiträge leistet, sind regressierbar (Rückgriffnahme auf die für den Schaden verantwortliche Partei). Voraussetzung für einen kantonalen Regress ist, dass der Kanton eine Unfallvergütung nach KVG geleistet hat, aber ein Dritter für den Versicherungsfall haftet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4030.0010 Pflegezentrum Ennetsee, Cham					
Ausgaben	4'778.15				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	4'778.15				
Einnahmen					
Saldo	4'778.15				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Gesundheit entstand per 1. Januar aus der Zusammenlegung von Medizinal- und Gesundheitsamt. Die erfolgreiche Zusammenführung verlief trotz Zusatzbelastung durch das Entlastungsprogramm naht- und reibungslos. Die Weiterführung der Vorbereitungen im Hinblick auf ein mögliches Übergreifen der Ebola-Epidemie auf Europa und die intensiven Arbeiten zur Einführung der elektronischen Abwicklung der Spitalrechnungen prägten dieses erste Jahr des neu formierten Amts. Daneben hatte sich der Kantonsarzt im Rahmen direktionsübergreifender Planungen zunehmend mit Fragen der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen zu befassen.

Bewilligungen, Aufsichtstätigkeit, Spitalfinanzierung

Die Bewilligungsgesuche zur Berufszulassung für Ärztinnen und Ärzte in der freien Praxis stagnierten resp. nahmen leicht ab. Demgegenüber kam es zu einem Anstieg der Assistenz- und Stellvertreterbewilligungen sowie der Zulassungen von Zahnärztinnen und -ärzten. Ebenfalls zugenommen haben die Bewilligungen für Gesundheitsbetriebe. Kantonsarzt und Heilmittelinspektor waren wiederum mit Aufsichtsverfahren gegen Medizinalpersonen beschäftigt. Die Spitalfinanzierung über Fallpauschalen (DRG) hat sich eingespielt. Rechnungsretouren wegen falscher Tarife machten den grössten Anteil der Beanstandungen aus. Regressforderungen an andere Versicherungsträger brachten insgesamt fast 460'000 Franken ein (siehe 4030–Spitäler).

Übertragbare Krankheiten, Legalinspektionen

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) liess die Vorbereitungsmaßnahmen von Bund und Kantonen im Zusammenhang mit der westafrikanischen Ebola-Epidemie evaluieren. Es ergab sich, dass wegen des grossen personellen Aufwands sowie der Risiken beim Transport und bei der Behandlung hochinfektiöser Patientinnen und Patienten eine gesamtschweizerische Koordination erforderlich ist. Miteingeschlossen sind auch Fragen der Finanzierung der erheblichen Vorhalteleistungen (Personal, Ausbildung, Training, Infrastruktur). Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren hat deshalb eine Arbeitsgruppe, in der neben dem BAG und anderen Kantonen auch Zug durch den Kantonsarzt vertreten ist, eingesetzt. Ergebnisse sollen 2016 unter Berücksichtigung des revidierten Epidemiengesetzes vorliegen. Die Impfkampagne zur Elimination der Masern wurde weitergeführt. Wiederum haben die amtlichen Leichenschauen ohne spezielles Einzelereignis leicht zugenommen.

Gesundheitsförderung und Prävention

An den diesjährigen Zuger Gesundheitstagen wurden mehr als 3'000 Besucherinnen und Besucher über die Gesundheitsangebote von rund 30 Zuger Ausstellern informiert. Weitere Informationsanlässe widmeten sich Fragen zur Hochaltrigkeit, Prävention chronischer Erkrankungen wie Diabetes, Rheuma, Krebs und Demenz sowie zu Palliative Care und Sterbebegleitung: 84 Vertretende von Institutionen des Gesundheitswesens nahmen am Forum für Altersfragen und 53 am Netzwerk Psychische Gesundheit teil. Zur effizienteren Vernetzung, Koordination und Steuerung der Institutionen wurde ein Prozess eingeleitet, der einen wirkungsorientierten Abschluss von Subventionsvereinbarungen ermöglicht. Dieser ist Teil des Entlastungsprogramms des Regierungsrats. Die Situationsanalyse über Unterstützungsmöglichkeiten und -angebote legte einen ersten Meilenstein, damit ein Konzept für pflegende und betreuende Angehörige entwickelt werden kann (Legislaturziel).

Suchthilfe und -beratung

Neben der Beratung von Betroffenen und Angehörigen führte die Suchtberatung verschiedene Informations- und Schulungsveranstaltungen durch, teilweise in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit. Die Veranstaltungen richteten sich an Betriebe, Lehrlingsverantwortliche, Schulen, Vereine sowie die breite Öffentlichkeit. Insgesamt konnten mit diesen Aktivitäten 447 Personen (287 Erwachsene, 160 Jugendliche) erreicht werden. Zudem fand im Rahmen der Nationalen Dialogwoche Alkohol mit dem Titel «Wie viel ist zu viel?» eine Aktion im Bahnhof Zug statt. Mit der Verteilung von Informationsmaterial wurden gegen 5'000 Personen erreicht. Im Rahmen von FOSUMIS (Forum Suchtmedizin Innerschweiz) wurden vier suchtspezifische Fachveranstaltungen angeboten, an denen 95 Personen (davon 58 Ärzte) teilnahmen. Die Kontakt- und Anlaufstelle K+A in Luzern betreute per 31. Dezember 15 Personen aus dem Kanton Zug.

Kinder- und Jugendgesundheit, schulärztlicher Dienst

Nebst Bereichen wie Twitter, Glücksspielsucht, Business Lunch und Fachforum Jugend beschäftigten das Amt die Vorbereitungsaktionen im Vorfeld der schulärztlichen Untersuchung in der zweiten Oberstufe, die nun alle elf Gemeinden (906 Jugendliche) umfassen. Zahlreiche Workshops für Jugendliche, Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende und Berufsbildner, aber auch für Eltern, Migrantinnen und Migranten zur Suchtprävention konnten zum Teil in Zusammenarbeit mit der Suchtberatung durchgeführt werden. Zwei umfassende Veranstaltungen stiessen auf grosse Resonanz: Die Preisverleihung «Experiment Nichtrauchen» mit 466 Schülerinnen und Schülern und das Theaterstück «Ivia, 13» mit 554 Jugendlichen. Im Bereich der Früherkennung und Frühintervention wurden fünf ForMe-Kurse mit 45 Cannabis konsumierenden Jugendlichen durchgeführt. 2'461 Jugendliche, 169 junge Erwachsene, 41 Lehrlingsverantwortliche, 180 Lehrpersonen haben die Angebote der Kinder- und Jugendgesundheit in Anspruch genommen. Die Schulärztinnen und -ärzte unterstützten die Neuausrichtung der schulärztlichen Tätigkeit und insbesondere die enge Zusammenarbeit mit der Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit ausdrücklich.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Gesundheit beaufsichtigt die Berufe im Gesundheitswesen, Praxen, Spitäler, Kliniken, Pflegeheime und Heilmittelbetriebe und ist zuständig für die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten des Menschen. Es überprüft und rechnet den kantonalen Anteil bei Spitalaufenthalten, stationären Drogenentzügen und -therapien ab. Das Amt initiiert, unterstützt und vernetzt Projekte und Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie der Kinder- und Jugendgesundheit. Die Suchtberatung berät Jugendliche, Erwachsene und ihre Bezugspersonen bei Suchtproblemen. Der Beauftragte für Suchtfragen nimmt im Auftrag der Drogenkonferenz die operative Leitung und Koordination in der Suchthilfe wahr. Der Kantonsarzt ist Schularzt der kantonalen Schulen. Der Heilmittelinspektor überwacht den Verkehr und die Abgabe von Heilmitteln.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
L24	Konzept zur Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Befragung der Zuger Gemeinden, Institutionen und Verbände zur Situation der Betreuung und Pflege durch Angehörige	●	
L26	Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin	Bericht und Antrag Regierungsrat	●	
L26	Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf	Verordnung tritt in Kraft; Erlass Reglement über Voraussetzungen zur gesundheitspolizeilichen Zulassung	●	
Leistungsgruppe 1: Gesundheitspolizei				
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	●	
2	Wirksame Aufsicht	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügensreif	●	
3	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	●	
4	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	80 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügensreif	●	
Leistungsgruppe 2: Gesundheitsversorgung				
5	Effiziente Abwicklung der Spitalrechnungen	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 25 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	●	
6	Konsequente Kostenkontrolle	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet; Wohnsitzkontrolle zu 100 % vorgenommen	●	
A	Elektronische Abwicklung der Spitalrechnungen	Elektronische Rechnungsabwicklung eingeführt	●	
Leistungsgruppe 3: Gesundheitsförderung und Prävention				
7	Organisationen mit Leistungs- oder Subventionsvereinbarung vernetzen: Kooperation, Synergien	Jährliches Netzwerktreffen; jährliche bilaterale Zielvereinbarungs- und Zielerreichungsgespräche mit allen Vereinbarungspartnern geführt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
8	Vernetzung der Institutionen im Altersbereich	Jährliche Organisation und Durchführung des Forums für Altersfragen	●	
B	Anfragen Kinder- und Jugendgesundheit systematisch erfassen	Festlegen von Messgrössen zur systematischen Erfassung (Anzahl Anfragen, bearbeitete Themen, Art der Intervention)	●	
C	Konzept für die Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit entwickeln	Konzept liegt am 31. März vor	●	
D	Vor der schulärztlichen Untersuchung die Schüler/innen der 2. Oberstufe zu gesundheitsrelevanten Themen informieren und sensibilisieren	Information und Sensibilisierung an mind. 3 Schulen erfolgt	●	
E	Kantonales Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen (KNGS) lancieren	Im Verlauf des Jahres findet eine Kickoff-Veranstaltung statt	◐	Strategieworkshop zur Netzwerkarchitektur fand statt. Kickoff-Veranstaltung erst 2016
F	Mitfinanzierung und Durchführung der Zuger Gesundheitstage 2015	Indikatoren zur Erfolgsmessung definieren (Anzahl Besuchende, durchgeführte fremdsprachige Führungen, Ausstellende, Angebote)	●	
G	Kantonales Tabakpräventionsprogramm 2012–2015: Entwicklung Folgeprogramm	Mind. 2 Workshops mit Partnern; Gesuch für weitere Finanzierung beim Tabakpräventionsfonds eingereicht	●	
H	Programm «Gesundes Körpergewicht 2012–2015»: Entwicklung Folgeprogramm	Gesuch für weitere Finanzierung bei Gesundheitsförderung Schweiz eingereicht	●	
I	Beteiligung an der Masereliminierungskampagne des Bundes und der Kantone (drei Jahre)	Mind. 95 % Durchimpfung (eine Dosis) Ende zweites Altersjahr und im Schulalter	◐	Auswertung 2016 wird zeigen, wie weit die Zielgrösse erreicht wurde
L27	Einführung einer Vernetzungsplattform mit Partnerorganisationen im Handlungsfeld der psychischen Gesundheit	Jährliche Durchführung Netzwerktreffen «Psychische Gesundheit»	●	

Leistungsgruppe 4: Suchthilfe und -beratung

9	Koordinierte Suchthilfe	13 Besprechungen mit den Suchthilfeinstitutionen; 4 Sitzungen vom Netzwerk Suchthilfe Zug	●	
10	Betrieb der neuen Meldestelle für suchtbedingte Störungen	Meldungen innert Wochenfrist geprüft und an die geeignete Beratungs- oder Behandlungsstelle weitergeleitet	●	
11	Suchtprobleme und -prävention am Arbeitsplatz	Durchführung von 2 Business-Lunches mit je 25 Teilnehmenden; 2 x jährlich Versand von Informationsmaterial	●	
12	Beratung zu Suchtentwicklung und Abhängigkeitserkrankung	550 Personen beraten; 1'600 Beratungsgespräche geführt	●	
13	Früherkennung und Frühintervention bei Cannabis konsumierenden Jugendlichen (ForMe-Kurse)	5 ForMe-Kurse und 5 Elternabende durchgeführt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

- Zielsetzung L26 (Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin): Verbesserung der Rahmenbedingungen auf der Basis der bestehenden Grundlagen ohne gesetzliche Neuregelung.
- Zielsetzung L26 (Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf): Die Änderung der Gesundheitsverordnung genügt zur gesundheitspolizeilichen Zulassung der MPA. Auf den Erlass eines Reglements konnte verzichtet werden.
- Projekt A: Die Umstellung auf die elektronische Rechnungsabwicklung erfolgte aus technischen Gründen in der Nacht vom 31. Dezember 2015 auf den 1. Januar 2016.
- Zielsetzung 10: Der Ablauf wurde festgelegt, bisher sind aber noch keine Meldungen eingegangen. Diese Bundesregelung (Betäubungsmittelgesetz) erfasst alkohol-suchtbedingte Störungen nicht, weshalb ohnehin von einer geringen Anzahl Meldungen ausgegangen und ausdrücklich auf die Schaffung zusätzlicher personeller Ressourcen verzichtet wurde.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Epidemiologische Fälle	Anzahl		350	459
Bewilligungen (Berufsausübung, Betriebe) inkl. Aufsichtsfälle	Anzahl		800	822
Spitalrechnungen	Anzahl		16'000	5'899
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichen-schauen)		70	81
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl		110	113
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen		700	599
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)		240	254
Präventionsgespräch zur Vorbereitung der schulärztlichen Untersuchung (achte Klasse)	Anzahl Klassen		7	53
Drogenentzüge und -therapien	Aufenthaltstage		3'080	2'684
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Zielvereinbarungen und Controlling	Anzahl		13	14
Netzwerktreffen mit Partnerorganisationen	Anzahl teilnehmende Partnerorganisationen		30	52
Meldungen von suchtbedingten Störungen	Anzahl		5	0
Suchtberatungen	Anzahl Beratungsgespräche		1'600	1'508
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl		40	32
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl		40	45

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Die Zunahme der epidemiologischen Fälle ist einerseits auf eine Anpassung der Meldeverordnung des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), andererseits auf statistische Schwankungen zurückzuführen.
- Die Einführung der elektronischen Abwicklung der Spitalrechnungen wurde auf den Stichtag 1. Januar 2016 verschoben, weshalb noch nicht wie geplant sämtliche Spitalrechnungen über das Amt für Gesundheit abgewickelt werden konnten. Für einige kantonale Kliniken waren weiterhin (letztmals) Vergütungsentscheide erforderlich.
- Das entwickelte Angebot der Präventionsgespräche zur Vorbereitung der schulärztlichen Untersuchungen wurde sehr positiv aufgenommen und dementsprechend häufiger beansprucht als vorausgesehen.
- Die Aufenthaltstage bei den Drogenentzügen und -therapien sind jährlichen Schwankungen unterworfen, die sich naturgemäss nicht vorhersehen lassen.
- Erfreulicherweise hat sich die Teilnahme von Partnerorganisationen am Netzwerktreffen im Sinne des Leuchtturms 2020 der Gesundheitsdirektion schneller entwickelt als erwartet.
- Bisher keine Meldungen betreffend Art. 3c des Betäubungsmittelgesetzes (suchtbedingte Störungen). Bestehende Angebote (wie Suchtberatung, KESB) greifen. Gleiche Erfahrungen in anderen Kantonen. Siehe dazu auch Kommentar zur Zielsetzung 10.
- Die Abweichung der Anzahl Gespräche in der Suchtberatung liegt im Rahmen bisheriger jährlicher Schwankungen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand		-6'774'873	-6'158'954.68	615'918.32	-9,1
Total Ertrag		996'000	1'016'566.88	20'566.88	2,1
Saldo		-5'778'873	-5'142'387.80	636'485.20	-11,0

Kommentar Rechnung

- Es wurden 200'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).
- Der Minderaufwand von 616'000 Franken setzt sich im Wesentlichen zusammen aus: 177'000 Franken tieferem Personalaufwand (spätere Neubesetzungen) und damit verbunden 240'000 Franken aus nicht realisierbaren Projekten, 90'000 Franken Kürzungen im Rahmen des Entlastungsprogramms des Regierungsrats bei den Leistungs- und Subventionsvereinbarungen, 57'000 Franken tieferen Informatikaufwendungen wegen Einsparungen bei den Unterhaltskosten und der Verschiebung der Kosten der MediData XML-Rechnungen ins 2016 (Verzögerung der elektronischen Rechnungsabwicklung mit den Spitälern), 48'000 Franken geringerem Aufwand für Massnahmen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und 4'000 Franken allgemeinen Einsparungen.
- Die leichte Ertragssteigerung ist auf Mehreinnahmen im Bewilligungswesen und bei den Inspektionen zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT4050.0001	Elektronische Rechnungsabwicklung					
	Ausgaben			-65'661.55	-65'661.55	
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben			-65'661.55	-65'661.55	
	Einnahmen					
	Saldo			-65'661.55	-65'661.55	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Gesamt waren 2014 100'000 Franken budgetiert. Wegen zeitlicher Verzögerungen konnte das Projekt im 2014 nicht abgeschlossen werden, die Kreditausgaben beliefen sich auf 80'579.40 Franken. Im Jahre 2015 sind Aufgaben von 65'661.55 Franken angefallen, so dass das Projekt insgesamt 146'270.95 Franken kostet. Der konkrete Investitionsbetrag sowie die einmalige Einkaufsgebühr für die Partnerschaft mit Luzern, Aargau und Solothurn von zusätzlich 36'000 Franken waren zum Zeitpunkt der Budgeteingabe 2014 noch nicht bekannt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'781'349.37				
Total Ertrag	641'160.35				
Saldo	-3'140'189.02				

Kommentar Rechnung

Das Gesundheitsamt wurde per 1. Januar 2015 mit dem Medizinalamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'653'874.17				
Total Ertrag	387'748.92				
Saldo	-2'266'125.25				

Kommentar Rechnung

Das Medizinalamt wurde per 1. Januar 2015 mit dem Gesundheitsamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT4060.0002 Elektronische Rechnungsabwicklung					
Ausgaben	-80'579.40				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-80'579.40				
Einnahmen					
Saldo	-80'579.40				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Das Medizinalamt wurde per 1. Januar 2015 mit dem Gesundheitsamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) feiern ihr 20-jähriges Bestehen und bereiten sich auf den Zusammenschluss der ambulanten und stationären psychiatrischen Dienste der Kantone Uri, Schwyz und Zug in eine gemeinsame Betriebsgesellschaft im Jahre 2018 vor.

Die Sicherstellung der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung ist nach wie vor nicht in jedem Fall gewährleistet, tagesambulante Behandlungsplätze sollen Entlastung schaffen und sind in Planung.

Allgemeines

Auch im 20. Betriebsjahr der APD hält die Nachfrage nach deren Dienstleistungen an. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 2'059 (Vorjahr: 1'884) Patientinnen und Patienten behandelt und 13'690 (Vorjahr: 13'197) Konsultationen erbracht. Dabei erhalten die APD regelmässig Bestnoten, wie die Patientenzufriedenheits-Befragungen, die Weiterbildungsstätten-Beurteilungen durch die Assistenzärztinnen und Assistenzärzte sowie externe Leistungsrevisionen zeigen.

Leider ist es bis anhin nicht gelungen, die Engpässe in der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrischen Versorgung zu schliessen, die Verhandlungen mit der Luzerner Psychiatrie betreffend einer zentralschweizerischen Zusammenarbeit sind gescheitert. Eine mögliche Entlastung ist vom erweiterten Angebot der Psychiatrischen Klinik Littenheid TG sowie von der Planung tagesambulanter Behandlungsplätze im Kanton Zug zu erwarten.

Die räumlichen Engpässe in den APD konnten dank einer Zumietung zusätzlicher Büroräume am bisherigen Standort beseitigt werden.

Die Vorbereitungen für den Zusammenschluss der ambulanten und psychiatrischen Dienste der Kantone Uri, Schwyz und Zug in eine gemeinsame Betriebsgesellschaft sind in vollem Gange und erfordern auf den verschiedensten Ebenen erhebliche personelle Ressourcen.

Die diesjährige Fachtagung stand im Zeichen des 20-Jahr-Jubiläums der APD und war dem Thema «Psychiatrie gestern und morgen» gewidmet.

20 Jahre Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene

Im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Erwachsene (APD-E) erhöhte sich die Anzahl Patienten und Patientinnen auf 1'554 (+171; 677 Männer und 877 Frauen). Es wurden 9'514 Konsultationen durchgeführt (+225) und es zeigte sich eine Zunahme der Notfälle auf 372 (Vorjahr 338).

Bei 35 von 48 Klinikeinweisungen mittels Fürsorgerischer Unterbringung (FU) musste die Polizei beigezogen werden. Die vorgenannten Zahlen stellen allesamt Höchstwerte im Verlauf des 20-jährigen Bestehens des APD-E dar. Bei den Hauptdiagnosen waren bei beiden Geschlechtern im Berichtsjahr wie auch in den vorangehenden Jahren jeweils affektive Störungen (hauptsächlich Depressionen) sowie Belastungs- und Anpassungsstörungen am stärksten vertreten. Die Altersverteilung lässt über die Jahre hinweg eine langsame Zunahme bei der Altersgruppe der über 70-Jährigen erkennen.

Für den Suchtbereich wurde ein neues Konzept umgesetzt und die damit verbundenen Spezialaufgaben zwei ärztlichen Mitarbeitenden mit Oberarztfunktion übertragen.

10 Jahre Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche

Der Ambulante Psychiatrische Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ) hat sich in seinem 10-jährigen Bestehen als gut erreichbare und im Kanton bekannte Abklärungs- und Therapiestelle für Kinder und Jugendliche neben den zahlreichen Partnerinstitutionen sowie schulischen und sozialen Angeboten im Kanton etabliert.

Im Berichtsjahr wurden dem APD-KJ 505 (+4) Kinder und Jugendliche zur Abklärung und Behandlung zugewiesen, davon 281 Knaben (56 Prozent) und 224 Mädchen (44 Prozent). Dabei wurden 4'176 (+268) Konsultationen erbracht. Eine Behandlung umfasste durchschnittlich acht Konsultationen. Bei 45 Kindern und Jugendlichen erfolgte die Zuweisung notfallmässig. Hervorzuheben ist, dass es für Kinder und Jugendliche im Kanton nach wie vor weder tagesambulante noch wohnortsnahe stationäre Angebote gibt. Deshalb erarbeiten die APD zusammen mit einer Partnerorganisation ein Projekt für den Aufbau eines Tagesambulatoriums im Kanton Zug. Die gesetzlichen Grundlagen dazu werden im Rahmen einer Revision des Gesundheitsgesetzes geschaffen.

Tendenziell nehmen eher jüngere Knaben (Durchschnittsalter 13 Jahre) und etwas ältere Mädchen (15 Jahre) den APD-KJ in Anspruch.

Anmeldungsgrund sind sowohl bei den Knaben wie auch bei den Mädchen am häufigsten Anpassungsstörungen auf schwierige schulische und / oder familiäre Umstände. Die meisten Kinder und Jugendlichen stammen aus der Schweiz (70 Prozent), 7 Prozent aus Deutschland, 6 Prozent aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und 12 Prozent aus dem übrigen Europa.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärztinnen und -ärzte, Psychiater/innen und Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Praxis, Beratungsstellen u. a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.







2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Fachgerechte Behandlung	Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aller Mitarbeitenden; regelmässige Supervision / Intervention aller Mitarbeitenden		
2	Fristgerechte Behandlung	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 16 Tage; notfallmässige Kontakte erfolgen innerhalb von 24 Stunden		
3	Wirtschaftliche Leistungserbringung	Kostendeckungsgrad der APD insgesamt mind. 60 % (ohne interne Verrechnungen) bzw. 45 % der Vollkosten nach KLR		Ertragsminderungen infolge mehrerer Stellenvakanzen führten zu niedrigerem Kostendeckungsgrad (58,9 %)
4	Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen	APD-E: 3 Assistenzärzte (Weiterbildungsstätte Kategorie A, 3 Jahre); APD-KJ: 1 Assistenzarzt (Weiterbildungsstätte Kategorie C, 2 Jahre); je Leistungsgruppe 1 PG-Psychologin (Jahresstellen)		
A	Früherkennung und Suizidprävention	Interne Expertengruppe: Abklärungen, Fall-Kolloquien, Fortbildungen; externe Begleitgruppe: 2 Sitzungen pro Jahr; externe Evaluation der Strategie «Früherkennung & Suizidprävention im Kanton Zug 2010–2015»; Planung Nachfolgestrategie «Früherkennung & Suizidprävention im Kanton Zug 2016–2020»		Evaluation erfolgt 2016 (für Zeitraum 2010–2015); Planung Nachfolgestrategie erfolgt in Abstimmung zum Nationalen Aktionsplan Suizidprävention (zurzeit in Erarbeitung beim BAG). Bis dahin wird Strategie 2010–2015 weitergeführt
B	Beitrag zum Projekt Integrierte Psychiatrie Uri, Schwyz und Zug (Projekt «IP-3»)	Mitwirkung in Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Reglementen der Bereiche Personal und Organisation, von Arbeitsverträgen, Stellenbeschreibungen, Leistungsangeboten, Behandlungspfaden und Leistungsaufträgen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)				
E	Gerontopsychiatrischer Dienst	Ambulante interdisziplinäre Demenz-Abklärungen ; Konsilien und Fallbesprechungen in Alters- und Pflegeheimen	●	
F	Projekt «ambulanter Alkoholentzug» in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und der Suchtberatung des Kantons Zug	Präsentation ZUGHAM; bei 10 Patientinnen und Patienten Behandlung abgeschlossen	◐	Programm wurde den Hausärzten vorgestellt und von diesen übernommen (auf deren Wunsch), aber bei weniger als 10 Patientinnen und Patienten abgeschlossen
Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)				
I	Konsiliar- und Liaisondienst für sonderpädagogische Einrichtungen im Kanton Zug	Ausbau der Zusammenarbeit bezüglich Institutionen und Nutzung	●	
J	Tagesambulante und stationäre psychiatrische Versorgung	Sicherstellung der stationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit ausserkantonalen Institutionen; Übergangslösung tagesambulante Behandlung planen	◐	Stationäre Versorgung ist nach wie vor nicht in jedem Fall sichergestellt, Verhandlungen mit der Luzerner Psychiatrie sind gescheitert. Projekt einer tagesambulant Behandlung im Kanton Zug ist in Planung

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Patientinnen und Patienten	Anzahl			
Konsultationen	Anzahl	13'197		
Patientinnen und Patienten APD-E	Anzahl		1'400	1'554
Konsultationen APD-E	Anzahl		9'000	9'514
Patientinnen und Patienten APD-KJ	Anzahl		540	505
Konsultationen APD-KJ	Anzahl		4'600	4'176
Taxpunktwert (Tarmed)	Franken	0,89 / 0,88	0,87	0,89 / 0,88

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Stellenvakanzen im APD-KJ führten zu geringerer Anzahl behandelter Patientinnen und Patienten sowie zu weniger Konsultationen als budgetiert.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'195'567.79	-4'458'769	-4'182'289.58	276'479.42	-6,2
Total Ertrag	2'399'988.70	2'693'000	2'464'504.90	-228'495.10	-8,5
Saldo	-1'795'579.09	-1'765'769	-1'717'784.68	47'984.32	-2,7

Kommentar Rechnung

Aufgrund der Stellenvakanzen liegt der Personalaufwand rund 171'000 Franken tiefer als budgetiert. Gleiches gilt für den Aufwand bei den Medikamenten, der um rund 66'000 Franken unterschritten wurde. Dies wirkt sich auf den Ertrag aus, welcher insgesamt rund 228'000 Franken unter dem Budget liegt. Im Weiteren konnte der budgetierte Sachaufwand durch verminderte Beanspruchung externer Dienstleistungen und weiterer betrieblicher Einsparungen um rund 39'000 Franken unterschritten werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
5000	Direktionssekretariat	-2'183'626.21	-2'249'581	-2'129'965.07	119'615.93	-5,3
5001	Finanzkontrolle	-670'994.27	-705'839	-698'996.21	6'842.79	-1,0
5010	Personalamt	-1'355'538.35	-1'355'996	-1'323'147.30	32'848.70	-2,4
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-6'076'622.38	-6'242'183	-4'698'828.59	1'543'354.41	-24,7
5020	Finanzverwaltung	-1'658'325.21	-1'684'330	-1'543'964.41	140'365.59	-8,3
5022	Allgemeiner Finanzbereich	-9'969'341.79	-16'277'473	2'972'891.78	19'250'364.78	-118,3
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-243'607'225.00	-240'191'000	-240'612'091.00	-421'091.00	0,2
5050	Amt für Informatik und Organisation	-9'641'360.41	-9'425'952	-9'093'184.66	332'767.34	-3,5
5060	Steuerverwaltung	-15'682'055.01	-16'070'770	-15'902'872.13	167'897.87	-1,0
5065	Kantonssteuern	593'710'042.81	604'600'540	621'653'583.07	17'053'043.07	2,8
5068	Bundessteuern	235'136'863.83	259'820'000	244'401'973.02	-15'418'026.98	-5,9
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	-4'500'000	-4'500'000.00	0.00	0,0
50	Finanzdirektion	538'001'818.01	565'717'416	588'525'398.50	22'807'982.50	4,0

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
5000	Direktionssekretariat	-24'300.00	-366'000	-325'862.25	40'137.75	-11,0
5020	Finanzverwaltung	-346'814.00	-198'000	-32'547.95	165'452.05	-83,6
5022	Allgemeiner Finanzbereich	11'827.65	3'000'000	200'000.00	-2'800'000.00	-93,3
5050	Amt für Informatik und Organisation	-5'479'464.19	-1'798'000	-904'152.34	893'847.66	-49,7
5060	Steuerverwaltung	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'048'239.50	321'760.50	-23,5
50	Finanzdirektion	-7'394'239.39	-732'000	-2'110'802.04	-1'378'802.04	188,4

In Kürze

Die Jahresrechnung des Kantons schloss besser ab als erwartet. Einerseits verbesserte die doppelte Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von knapp 20 Millionen Franken die Ertragslage deutlich. Andererseits konnten, unter anderem mit Sofortmassnahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018, auch der Sach- und Personalaufwand reduziert werden. Dennoch bleibt das Defizit hoch und muss mit weitergehenden Massnahmen abgebaut werden. Die Finanzdirektion überarbeitet dazu die Finanzstrategie und bereitet das Projekt «Finanzen 2019» vor.

Projektkoordination

Das aktuelle Portfolio an regierungsrätlichen Projekten stellt alle Ämter vor grosse Herausforderungen. Die Finanzdirektion ist mit der Federführung von vier dieser Projekte betraut. Die Projektarbeiten für das Entlastungsprogramm 2015–2018, die ZFA Reform 2018, die Überarbeitung der Finanzstrategie sowie Finanzen 2019 binden grosse Ressourcen und erhöhen die Komplexität der täglichen Arbeit in den Kernaufgaben der Finanzdirektion, insbesondere in den Bereichen Finanzen und Personal.

Entlastungsprogramm 2015–2018

Das Entlastungsprogramm 2015–2018 ist auf Kurs. Im März wurden Massnahmen mit einem Entlastungspotenzial von rund 111 Millionen Franken beschlossen. Die Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrats wurden umgesetzt und die notwendigen Verordnungsänderungen verabschiedet. Der Rahmenbeschluss für die Gesetzesänderungen wurde im November an den Kantonsrat überwiesen. In einzelnen Punkten sind die Rückmeldungen kritisch, insgesamt herrscht jedoch eine hohe Akzeptanz für die Notwendigkeit und das Vorgehen des Regierungsrats. Die Direktionen tragen das Projekt mit grossem Engagement mit.

Steuererträge

Bei den Steuererträgen zeigt sich insgesamt ein positives, wenn auch durchzogenes Bild. Die Erträge überstiegen das Budget leicht und die Vorjahreserträge deutlich. Besser als erwartet entwickelten sich die Kantonssteuererträge der juristischen Personen. Die Geschäftsabschlüsse vieler Zuger Unternehmen fielen positiver aus, als es die weltweit schwierige Wirtschaftslage hätte erwarten lassen. Demgegenüber blieben die Kantonssteuererträge der natürlichen Personen hinter den Erwartungen zurück. Trotz weiterer Bevölkerungszunahme konnten die erhofften Wachstumsraten nicht ganz erreicht werden. Bei den Bundessteuern blieben insbesondere die Erträge der natürlichen Personen deutlich unter Budget. Wie bei den Kantonssteuern natürlicher Personen fehlten positive Wachstumsimpulse und grössere Einmaleffekte. Die Erträge der juristischen Personen blieben ebenfalls unter Budget, wenn auch weniger stark als jene der natürlichen Personen.

Unternehmenssteuerreform III

Der Bundesrat hat im Juni die Botschaft zum Bundesgesetz über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) verabschiedet. Ziel der Reform ist die Stärkung des Unternehmensstandorts Schweiz. Die parlamentarische Beratung ist auf Kurs, der Ständerat hat im Dezember als Erstrat weitestgehend den Anliegen der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) und der Kantone entsprochen. Der Regierungsrat hat im Juni 2013 angekündigt, die USR III mit einer neuen einheitlichen Gewinnsteuer von rund 12 Prozent aufkommensneutral und ohne steuerliche Umwälzungen zulasten der Privatpersonen umsetzen zu wollen. Dieses Ziel erscheint der Finanzdirektion weiterhin sachgerecht und erreichbar.

Informatikprojekte

Die beiden Projekte «Benutzerkonto» und «Neues Einwohnerregister Zug (NERZ)» kamen plangemäss voran. Für das Benutzerkonto wurden die rechtlichen und technischen Grundlagen geschaffen für den elektronischen Verkehr zwischen den Zuger Behörden und ihren Kundinnen und Kunden. Im Projekt NERZ konnte die Konzeptphase abgeschlossen werden, sodass der geplanten Einführung der neuen Software bei den Einwohnergemeinden im Mai 2016 nichts im Wege steht. Positiv hervorzuheben ist insbesondere auch die gute Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Projekt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Leitung des Entlastungsprogramms 2015–2018, die Umsetzung der Massnahmen ins Budget 2016 und die Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen forderte das Finanzdirektionssekretariat auf allen Ebenen. Das Entlastungsprogramm hatte auch Auswirkungen auf die laufenden Teilrevisionen des Finanzhaushaltgesetzes und des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank.

Entlastungsprogramm 2015–2018

Das Finanzdirektionssekretariat (FDS) hat die Federführung in diesem Projekt und war dafür besorgt, dass alle Grundlagen systematisch aufgearbeitet und die von den Massnahmen betroffenen Personengruppen transparent und zeitnah über die Projektergebnisse informiert wurden. Zudem erarbeitete das FDS in Zusammenarbeit mit den anderen Direktionen die zur Umsetzung des Entlastungsprogrammes notwendigen Verordnungs- und Gesetzesunterlagen. Weiter stellte das FDS gemeinsam die Umsetzung der Massnahmen in das Budget und den Finanzplan 2016–2019 sicher und erstattete regelmässig Bericht über den Projektfortschritt zuhänden des Regierungsrats.

Nationaler Finanzausgleich (NFA)

Die Konferenz der NFA-Geberkantone vertritt die Interessen der ressourcenstarken Kantone im nationalen Finanzausgleich. Die Arbeitsgruppe und der Kommunikationsausschuss treffen sich je monatlich, um die Positionen der Geberkantone aktiv in den politischen Prozess einzubringen. In der ersten Hälfte des Jahres setzte sich die NFA-Konferenz intensiv für die vom Bundesrat vorgeschlagene Kürzung des Ressourcenausgleichs ein. Anschliessend nahm sie die Vorbereitungsarbeiten für die dritte NFA-Periode 2016–2019 auf. Unter anderem wurde unter der Leitung der Zuger Finanzdirektion ein Kommunikationsplan erarbeitet, um insbesondere auch die zahlreichen neuen eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Geberkantone über die gemeinsamen Positionen zu informieren. Die Konferenz befasste sich zudem mit den Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf den NFA.

Zuger Finanzausgleich (ZFA)

Der erste Wirksamkeitsbericht zum ZFA führte zur Entscheid, das Gesetz über den direkten Finanzausgleich in zwei Teilrevisionen anzupassen. Die erste Teilrevision setzte Anpassungen betreffend Bevölkerungsbegriff, Senkung Normsteuerfuss und Einlage des Kantons um und trat per 1. Januar 2015 in Kraft. Die zweite Teilrevision sah Anpassungen im Bereich Abschöpfungsquote, Sockelbeitrag, neutrale Zone sowie eine Senkung der Gemeindebeteiligung am NFA vor. Da im Rahmen des Entlastungsprogramms mit den Gemeinden das Projekt «ZFA Reform 2018» beschlossen wurde, schlug der Regierungsrat vor, zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Änderungen am ZFA vorzunehmen. Der Kantonsrat folgte dem Antrag der Regierung. Die noch nicht als erledigt abgeschriebenen Motionen werden im Rahmen der «ZFA Reform 2018» behandelt. Das FDS hat inzwischen die Arbeiten dazu aufgenommen.

Teilrevision Finanzhaushaltgesetz

2014 hatte der Regierungsrat entschieden, die Vorbereitungsarbeiten für die Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes auszusetzen, um Erkenntnisse aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 zu berücksichtigen. Diese wurden nun in die Teilrevision aufgenommen und im August dem Regierungsrat für eine erste Lesung unterbreitet. Die Vernehmlassung wurde anschliessend im November abgeschlossen. Die eingegangenen Stellungnahmen belegen, dass die Teilrevision grundsätzlich positiv beurteilt wird. Divergierende Haltungen zeigen sich bei der anzuwendenden Abschreibungsmethode.

Teilrevision Gesetz über die Zuger Kantonalbank

Die Überarbeitung des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank hat zum Zweck, die Rechtsgrundlage an die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) anzupassen. Heute fällt die Zuger Kantonalbank als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft nicht in den Anwendungsbereich dieser Regelungen. Gleichzeitig soll das schwerfällige Gesetz modernisiert und an die Anforderungen des Marktes an die Bankinstitute sowie an die Vorgaben der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) angepasst werden. Die Erarbeitung der Unterlagen zu den verschiedenen möglichen Rechtsformen der Zuger Kantonalbank sowie die Diskussionen um das Modell und die Erhöhung der Abgeltung der Staatsgarantie (Massnahme des Entlastungsprogramms) sind fachlich und politisch äusserst anspruchsvoll. Deshalb liegt entgegen der ursprünglichen Planung noch kein Bericht und Antrag des Regierungsrats zuhänden des Kantonsrats vor.

Submissionen und Verträge

Die Zahl der vom Rechtsdienst begleiteten Submissionen bewegte sich auf dem gleich hohen Stand des Vorjahres. Die geringere Anzahl ausgewiesener Vertragsabschlüsse hat ihren Grund in noch laufenden Vertragsverhandlungen. Die Submissionen betrafen im Wesentlichen die Erneuerung der kantonalen Netzwerkinfrastruktur, die Optimierung von Fachanwendungen und den Ersatz verschiedener Komponenten der Basisinfrastruktur. Alle Submissionen wurden erfolgreich abgeschlossen oder befinden sich auf Kurs.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion (FDS) ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion (FD). Es erarbeitet Regierungsrats- und Kantonsratsvorlagen zu Finanzthemen und prüft Vorlagen aus anderen Direktionen mit finanziellen Auswirkungen. Weiter ist das FDS verantwortlich für die Erarbeitung und Umsetzung der Finanzstrategie sowie die Prozesse zur Erstellung des Budgets und Finanzplans und des Geschäftsberichts.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	●	
2	Zeitgerechte Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST)	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert 2 Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist	●	
3	Hohe Qualität der Verträge und Submissionen der Finanzdirektion sicherstellen	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	●	
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
4	Hohe Qualität der Anträge der FD sicherstellen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	●	
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	100 % innert Frist	●	
6	Fristgerechte Durchführung von Vernehmlassungen	100 % innert Frist	●	
7	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	100 % innert Frist	●	
8	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	100 % innert Frist	●	
B	Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz	1. Lesung Kantonsrat	○	Verschiebung durch RR um 1 Jahr infolge EP 2015–2018; 1. Lesung KR neu im Herbst 2016 geplant
C	Teilrevision Gesetz über den direkten Finanzausgleich	Umsetzung 1. Paket; Beginn Erarbeitung 2. Paket	●	
D	Revision Gesetz über Zuger Kantonalbank	Bericht und Antrag an den Kantonsrat	○	Grundsätzlich auf Kurs, zeitliche Verzögerung infolge EP 2015–2018
L32	Elektronische Übermittlung unterschriftsbedürftiger Eingaben und Entscheide in Verwaltungsverfahren sowie Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten	Inkrafttreten Gesetzesrevision und Verordnung	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung				
9	Bericht und Antrag an KR zu Budget/ Finanzplan und Geschäftsbericht fristgerecht und in guter Qualität eingereicht	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten; keine Rückweisung aus formalen Gründen	●	
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
11	Kompetente und rasche Auskünfte zum Finanzhaushaltgesetz	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
14	Fehlerfreier und fristgerechter Vollzug Zuger Finanzausgleich	Korrekte Berechnungen erstellt; alle Fristen eingehalten	●	
15	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung von komplexen Projekten	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
16	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des FDK-Präsidiums sicherstellen	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
17	Professionelle und interessante Gestaltung des Amtsleitendenanlass	Gesamtbeurteilung des Anlasses mind. 2,5 von 3 möglichen Punkten	○	Bewertung ergab 2,1; Konzept des Anlasses wurde überarbeitet
E	Neues Einwohnerregister Zug (NERZ)	Detaillkonzeptphase abgeschlossen; System implementierbereit	●	
L9	Umsetzung der Positionen der NFA-Geberkantone	Entlastung der Geberkantone ab 1. Januar 2016	◐	Das eidgenössische Parlament hat die Dotation ab 2016 leicht gesenkt, der Beitrag des Kantons Zug steigt aber trotzdem an
L10	Entlastungsprogramm 2015–2018	Umsetzung Sofortmassnahmen; Einleitung mittel- und langfristige Massnahmen	●	
L10	Steuerung der kantonalen Investitionsvorhaben unter Berücksichtigung ihrer Finanzierbarkeit	Budgetvorgaben 2016 basierend auf Finanzierungsprognose erstellt und verabschiedet	●	
L31	Klärung der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton im Bereich Informatik	Grundsatzvereinbarung bestätigt oder überarbeitet	○	Gemeinden haben sich zu Interessengemeinschaft Gemeindeinformatik Zug (IGI ZUG) zusammengeschlossen und Grundsatzvereinbarung wird 2016 in diesem Rahmen überprüft
Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen				
18	Zeitgerechte und kompetente Vor- und Nachbereitung Sitzungen Stawiko	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	●	
19	Zeitgerechte und kompetente Vor- und Nachbereitung Sitzungen KoKo	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Bericht 30 Tage nach Sitzung	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Beschwerdeeingänge	Anzahl	3	10	1
Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	18	15	10
Verträge	Anzahl	17	11	13
Submissionsverfahren	Anzahl	12	7	12
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	30	15	17
Federführung bei Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl	17	20	19
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	39	50	52
RR-Anträge Finanzdirektion	Anzahl	116	100	115
RR-Anträge übriger Direktionen	Anzahl	666	750	651
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl	75	70	100
Staatswirtschaftskommission	Sitzungen / Geschäfte	12 / 32	12 / 30	9 / 23
Konkordatskommission	Sitzungen / Geschäfte	5 / 5	3 / 3	4 / 4

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Beschwerdeeingänge: Die Anzahl Beschwerden ist in den letzten Jahren rückläufig.

Submissionsverfahren: siehe Gesamtwürdigung FDS

RR Anträge übriger Direktionen: Der budgetierte Wert (750) umfasste fälschlicherweise alle RR-Anträge (Finanzdirektion und übrige Direktionen)

Referate, Medienmitteilungen (inkl. Interviews und Stellungnahmen gegenüber Medien): Zunahme aufgrund der zahlreichen Medienanfragen zu NFA und USR III

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'184'326.11	-2'249'581	-2'134'574.37	115'006.63	-5,1
Total Ertrag	699.90		4'609.30	4'609.30	
Saldo	-2'183'626.21	-2'249'581	-2'129'965.07	119'615.93	-5,3

Kommentar Rechnung

Wesentliche Abweichungen zum Budget ergeben sich aus einem geringeren Aufwand für Gutachten und Fachexpertisen in den Bereichen NFA, ZFA und Zuger Kantonalbank (74'000 Franken) sowie reduzierten Druckkosten für die Publikationen zu Budget und Geschäftsbericht (27'000 Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5000.0002 Neues Einwohnerregister Zug					
Ausgaben	-24'300.00	-610'000	-569'860.25	40'139.75	-6,6
Einnahmen		244'000	243'998.00	-2.00	
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-24'300.00	-610'000	-569'860.25	40'139.75	-6,6
Einnahmen		244'000	243'998.00	-2.00	
Saldo	-24'300.00	-366'000	-325'862.25	40'137.75	-11,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Als Hauptaufgabe prüfte die Finanzkontrolle systematisch und risikoorientiert die Ordnungs- und Rechtmässigkeit des kantonalen Finanzhaushaltes inklusive Schwerpunktthema Interne Kontrollsysteme. Zudem gab sie zahlreiche Stellungnahmen zu Anfragen ab und führte drei grössere Sonderaufträge aus. Die Finanzkontrolle konnte ihre Revisionstätigkeit unabhängig ausüben.

Unabhängigkeit

Garantierte und respektierte Unabhängigkeit ist für die Finanzkontrolle als Fachorgan der Finanzaufsicht die zentrale Grundlage für ihre Tätigkeit (vgl. § 41 Finanzhaushaltsgesetz). Sie ist Voraussetzung für eine maximale Nutzengenerierung, insbesondere betreffend glaubwürdiger, unbeeinflusster Berichterstattung zuhanden von Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission.

Die Finanzkontrolle konnte ihre Prüfungstätigkeit im Berichtsjahr ohne Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit durchführen.

Fachliche Kompetenz

Die Finanzkontrolle ist im Zusammenhang mit dem Revisionsaufsichtsgesetz des Bundes als zugelassene «Revisionsexpertin» bei der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) registriert und im Handelsregister als Institut des öffentlichen Rechts eingetragen.

Per Ende Jahr verfügte der Leiter der Finanzkontrolle und eine Mitarbeiterin über die RAB-Zulassung als «Revisionsexperte» respektive «Revisionsexpertin» sowie zwei Mitarbeitende über die Zulassung als «Revisor/in». Zusätzlich zu individuellen Weiterbildungsaktivitäten nehmen der Leiter und die Mitarbeitenden der Finanzkontrolle regelmässig an Fach- und Schwerpunkttagungen der Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen und der Fachvereinigung der Finanzkontrollen teil.

Interne Kontrollsysteme

Als Bestandteil der Prüfung von Ordnungs- und Rechtmässigkeit des Finanzhaushaltes hat die Finanzkontrolle auch im Berichtsjahr schwerpunktmässig das Thema Interne Kontrollsysteme (IKS) mit den Verwaltungseinheiten behandelt (vgl. § 45 FHG). Interne Kontrollsysteme sind ein wesentliches Element bei der Beurteilung von Organisationseinheiten bezüglich sicherer Prozessabläufe, zuverlässigen finanziellen und operationellen Informationen, Einhaltung von Rahmenbedingungen und Schutz des Vermögens (Finanzen, Personal, Know-how, Image). Aus der Einschätzung der einzelnen Einheiten ergibt sich die Gesamtübersicht über die Führung des Staatshaushaltes und damit eine wichtige Grundlage für die Bestätigung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit der Staatsrechnung.

Sonderaufträge

Die Finanzkontrolle hat neben zahlreichen Stellungnahmen zu Anfragen folgende grösseren Sonderaufträge durchgeführt: Vertiefte IKS-Begutachtung bei einem für die Staatsrechnung wichtigen Amt, Zwischenprüfung des neu eingeführten elektronischen Kreditorenprozesses bezüglich Originalbelege und Archivierung, Review eines Vergleichs der Vollkosten zwischen einem kantonalen Amt und einem externen Leistungsanbieter.

Gesamtwürdigung

1 Grundauftrag




Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Die Finanzkontrolle übt diese Funktion durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben aus.










2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung				
2	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsrechnungen	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten		
3	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (mind. alle 4 Jahre)	Jahresplanung eingehalten		
4	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Alle geprüft		
5	Prüfung der bis Ende 3. Quartal eingereichten Projektkreditabrechnungen	Mindestens 80 % vollständig, restliche formell geprüft		
Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten				
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten und Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten		
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten		
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Jahresplanung eingehalten		Aufgrund hoher Anzahl von zu prüfenden Projekt- und Kreditabrechnungen (Pendenzenabbau aus Vorjahr) konnte nur ein Teil der geplanten Prüfungen durchgeführt werden
Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung				
9	Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Alle innert Frist		
10	Prüf-, Abklärungs-, Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Alle innert Frist		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte)	Anzahl	71	68	68
Anstalten (Gebäudeversicherung, Strafanstalt Bostadel, Pädagogische Hochschule Zug)	Anzahl		3	3
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl	77	35	37
Revisionsmandate Konkordate und Regierungskonferenzen	Anzahl	9	9	7
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl	11	10	10
Prüfobjekte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	40	40	40
Sonderaufträge und Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl	46	60	56

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Kreditabrechnungen: Die Finanzkontrolle erstattete Bericht über 65 geprüfte Abrechnungen, wovon 29 in der Vorperiode eingereicht wurden (Pendenzenabbau).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-682'934.27	-711'339	-704'796.21	6'542.79	-0,9
Total Ertrag	11'940.00	5'500	5'800.00	300.00	5,5
Saldo	-670'994.27	-705'839	-698'996.21	6'842.79	-1,0

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Entlastungsprogramm 2015–2018 forderte das Personalamt intensiv. Einerseits erarbeitete es verschiedene Anpassungen im Personalrecht, andererseits wurde das Beratungs- und Unterstützungsangebot für die Ämter und Direktionen sehr stark in Anspruch genommen. Aufgrund der beschränkten Ressourcen mussten wünschbare oder nicht zeitkritische Projekte zurückgestellt oder sogar ganz gestrichen werden. Die revidierte Personalverordnung konnte jedoch plangemäss im Juli in Kraft treten.

Entlastungsprogramm 2015–2018

Die Umsetzung der Personalmassnahmen des Entlastungsprogramms ist anspruchsvoll. Als Querschnittsamt war das Personalamt einerseits mit der Erarbeitung verschiedener personalrechtlicher Anpassungen beschäftigt. Andererseits unterstützte es die Ämter, Direktionen und Schulen bei Massnahmen mit Stellenabbau und begleitete ratsuchende Mitarbeitende. Auch der Austausch mit den Personalverbänden gehörte zu den Aufgaben des Personalamts.

Umsetzung Personalstrategie

Mit der abgeschlossenen Teilrevision der Personalverordnung sind die Ziele und Massnahmen aus der aktuellen Personalstrategie im Wesentlichen erreicht beziehungsweise umgesetzt. Weil im Rahmen des Entlastungsprogrammes die geplante Mitarbeitendenbefragung ausgesetzt wurde, lässt der Regierungsrat vorläufig auch keine neue Personalstrategie ausarbeiten. Trotz Verzicht auf eine neue Personalstrategie und Sparmassnahmen im Personalbereich soll der Kanton durch gezielte Verbesserungen (beispielsweise Ermöglichung Telearbeit) auch in Zukunft als attraktiver und verlässlicher Arbeitgeber wahrgenommen werden.

Regelung Telearbeit

Im Rahmen der Teilrevision der Personalverordnung hat der Regierungsrat die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Telearbeit (Home Office) festgelegt und das Personalamt beauftragt, die konkrete Umsetzung zu regeln. Das Personalamt hat in Anlehnung an die Regelungen in anderen Kantonen und unter Berücksichtigung der vom Regierungsrat vorgegebenen Rahmenbedingungen die für die Umsetzung erforderlichen Dokumente erstellt. Die Datenschutzstelle wurde ebenfalls einbezogen.

Ergänzung Personalgesetz betreffend Sicherheitsüberprüfung und anderer Eignungsprüfungen

Ausgehend vom Postulat vom 16. Januar 2014 (Vorlage Nr. 2346.1 – 14554) betreffend gesetzliche Grundlage für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellem Strafregisterauszug soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, die es erlaubt, gewisse Kategorien von Mitarbeitenden vor oder während ihrer Anstellung beim Kanton einer Sicherheitsüberprüfung und/oder medizinischen oder anderen Eignungsprüfung zu unterziehen. Der Revisionsentwurf wurde im Sommer bei den Direktionen und Personalverbänden in die Vernehmlassung gegeben. Die Stellungnahmen sind ausgewertet, der Antrag an den Regierungsrat wurde per Ende Jahr fertiggestellt.

Marktstudie Personalinformationssystem

Das aktuelle Personalinformationssystem (PIS) ist seit Januar 2007 im Einsatz und wurde seither mit weiteren Modulen (HR-Portal) ergänzt. Da sich die Anforderungen an ein PIS, insbesondere bei den Zusatzmodulen, geändert haben und sich der Lebenszyklus dieser Fachanwendung allmählich dem Ende zuneigt, wurden die Vorarbeiten für eine mögliche Ablösung an die Hand genommen. Im Rahmen dieser Vorarbeiten wurde eine Marktstudie zu den aktuellen Produkten erstellt.

Weiterbildung für Führungskräfte

Aufgrund der Erfahrungen und Rückmeldungen zu den letztjährigen Kursen wurde das interne Weiterbildungsangebot für Führungskräfte noch besser auf die spezifischen Bedürfnisse der Teilnehmenden ausgerichtet. Aufgrund der beschränkten personellen Ressourcen war und ist auch künftig kein wesentlicher Ausbau mehr möglich.

Lehrlingswesen

Das berufliche Umfeld verändert sich permanent und entsprechend wichtig ist ein ständiger Dialog zwischen Berufs-, Praxisbildnerinnen und -bildnern und anderen Anspruchsgruppen. Dieser regelmässige Dialog findet statt und ist wertvoll für die Orientierung, den Austausch von Erfahrungen und das gemeinsame Bekenntnis, weiterhin ein attraktiver Lehrbetrieb zu sein und in allen bisherigen Berufen auch weiterhin Ausbildungsplätze anbieten zu können.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das Personalamt unterstützt die Ämter in der effizienten Abwicklung der Personalprozesse und ist verantwortlich für die zentrale Personaladministration und das Lohnwesen. Es informiert und berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens und sorgt für die einheitliche Anwendung des Personalrechts. Das Personalamt ist federführend bei der Entwicklung und Umsetzung der Personalstrategie, sorgt für ein zeitgemässes Weiterbildungsangebot und koordiniert die Berufsbildung.












2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS)	IKS Konzept ist erarbeitet; mind. 3 Prozesse sind dokumentiert		Ziel wurde infolge EP 2015–2018 zurückgestellt
Leistungsgruppe 1: Personaladministration				
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt		
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Auszahlung spät. am 25. jeden Monats, durchschnittliche Fehlerquote max. 0,1 %		
3	Überwachen und fristgerechtes Nachführen der Stellenentwicklung	Stellenübersicht aktualisiert für Budget und Geschäftsbericht		
4	Personalzeitung erscheint quartalsweise	4 Ausgaben gemäss Jahresplanung publiziert		
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Führungsunterstützung				
5	Aktuelles und bedürfnisorientiertes Personalhandbuch	Geprüfte Anregungen und erkannte Anpassungen innert Wochenfrist publiziert		Alltägliche Anpassungen: Ziel erreicht; Änderungen aufgrund der Revision des Personalrechts benötigten mehr Zeit
6	Fristgerechte und kompetente Begleitung von Personalgewinnungsprozessen	Alle vereinbarten Fristen eingehalten		
7	Zeitgerechte und kompetente Beratung in personalrechtlichen Fragen	Einfache Anfragen innert 2 Tagen, komplexe Anfragen innerhalb 2 Wochen beantwortet		
8	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen, Mitberichten und Stellungnahmen	100 % innert Frist		Wegen hoher Arbeitsbelastung kam es in Einzelfällen zu Fristverlängerungen
B	Überarbeiteter und neu informatikgestützter Bogen für Mitarbeiter/innen-Gespräche	Ausbreitung auf Gesamtverwaltung		Es wurde entschieden, einen erweiterten Pilot mit der Steuerverwaltung durchzuführen; Entscheid bzgl. Ausbreitung auf Gesamtverwaltung wird somit auf 2016 verschoben
C	Revision Personalrecht	Inkrafttreten Personalverordnung		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Personalentwicklung				
9	Umsetzung des Weiterbildungskonzepts für Führungspersonen	1 zusätzlicher interner Kurs	●	
10	Bedürfnisgerechtes Weiterbildungsangebot mit hoher Beteiligung	Das Weiterbildungsbudget ist zu mind. 90 % ausgeschöpft	◐	Ausschöpfung 86 % über die ganze Verwaltung (inkl. Sicherheitskurse der Baudirektion)
11	Stufengerechte Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personalrechts aus Sicht des Arbeitgebers	Mind. 2 ganztägige Kolloquien	●	
L33	Durchführung einer Mitarbeitendenbefragung	Die Befragung ist durchgeführt und die Auswertungen liegen vor	○	Ziel infolge EP 2015–2018 bis auf Weiteres ausgesetzt
Leistungsgruppe 4: Berufsbildung				
12	Gewinnung geeigneter Jugendlicher als Lernende	Alle offenen Lehrstellen sind gemäss Stellenprofil besetzt	●	
13	Gewinnung von geeigneten Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten und Praxis- oder Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Mind. 5 Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten, Praxis- oder Berufsbildende	●	
14	Guten Übergang in die Berufspraxis für Lehrabgänger/innen sicherstellen	Alle Lehrabgänger/innen verfügen über eine interne oder externe Anschlusslösung	●	
15	Gewinnung von neuen geeigneten Praxisbildnerinnen und -bildnern	3 zusätzliche Praxisbildner/innen sind rekrutiert	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte und Fachpersonen)	Personen		3'000	2'995
Lohnausweise	Anzahl	4'843	5'000	4'794
Mitberichte bei Beschwerden	Anzahl	1	5	1
Übrige Mitberichte und Stellungnahmen	Anzahl	15	12	8
Interne Kurse für Führungspersonen	Anzahl		8	8
Ausbildungsverhältnisse	Personen	46	43	43
Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten und Praxis- oder Berufsbildende	Personen		5	5
Praxisbildner/innen	Personen		40	40

Kommentar Einfluss-/Plangrößen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'444'088.60	-1'439'996	-1'410'638.25	29'357.75	-2,0
Total Ertrag	88'550.25	84'000	87'490.95	3'490.95	4,2
Saldo	-1'355'538.35	-1'355'996	-1'323'147.30	32'848.70	-2,4

Kommentar Rechnung

Die Unterschreitung des Budgets ergibt sich aus der Reduktion der Rückstellung für die Arbeitszeit- und Feriensaldi von 32'800 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'032'246.45	-2'683'200	-1'923'903.55	759'296.45	-28,3
305	Arbeitgeberbeiträge	-335'815.65	-374'000	-322'921.60	51'078.40	-13,7
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-2'265'486.35	-1'100'000	-1'073'444.85	26'555.15	-2,4
309	Übriger Personalaufwand	-1'448'722.98	-1'694'000	-1'302'384.79	391'615.21	-23,1
310	Material- und Warenaufwand	-92'578.70	-93'000	-81'764.40	11'235.60	-12,1
313	Dienstleistungen und Honorare	-11'934.40	-320'000	-4'293.00	315'707.00	-98,7
317	Spesenentschädigungen	-848.00	-1'000	-387.00	613.00	-61,3
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'260.00	18'017	-1'570.00	-19'587.00	-108,7
340	Zinsaufwand			-119.40	-119.40	
349	Verschiedener Finanzaufwand	0.35				
	Total Aufwand	-6'188'892.18	-6'247'183	-4'710'788.59	1'536'394.41	-24,6
426	Rückerstattungen	112'269.80	5'000	11'960.00	6'960.00	139,2
	Total Ertrag	112'269.80	5'000	11'960.00	6'960.00	139,2
	Saldo	-6'076'622.38	-6'242'183	-4'698'828.59	1'543'354.41	-24,7

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

Im Berichtsjahr ergaben sich noch keine diesbezüglichen Auswirkungen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

301: Budget und Rechnung dieses Kontos lassen sich nur bedingt vergleichen. Zusätzlich zu den Löhnen für Lernende, Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger sowie Praxisbildnerinnen und Praxisbildner wie auch der internen und externen Sozialstellen sind im Budget jeweils Pauschalbeträge für Beförderungen (2,6 Millionen Franken), temporär unbesetzte Stellen (-1,5 Millionen Franken) und Rückerstattungen von Sozial- und Unfallversicherungen (-0,4 Millionen Franken) enthalten. In der Rechnung finden sich diese Positionen jedoch bei den Ämtern, was der wesentlichste Grund für die Abweichung zum Budget ist (0,7 Millionen Franken).

305: Die Pensionskassenbeiträge liegen unter Budget, weil für einige junge Mitarbeitende nur der Risiko- und noch nicht der Sparbeitrag zu bezahlen ist.

309: Durch eine gezielte, restriktivere Handhabung der Stelleninserate (vermehrte Online-Publikation, Zurückhaltung bezüglich Printmedien, Rückfragen bei den Ämtern bezüglich Publikationsort und -häufigkeit) sowie durch den Stellenstopp des Entlastungsprogramms 2015–2018 liegen die Kosten für die Personalgewinnung 260'000 Franken unter Budget. Für Kursbesuche der Aus- und Weiterbildung wurden 100'000 Franken weniger benötigt als budgetiert, da diese jeweils vom aktuellen Bedarf abhängen und entsprechend schwierig zu budgetieren sind.

313: Die Mitarbeitendenbefragung (Budget 100'000 Franken) wurde im Rahmen des Entlastungsprogramms (keine eigene EP-Massnahme) bis auf weiteres ausgesetzt. Durch fehlende Personalressourcen wurden auch keine weiteren Massnahmen aus der Personalstrategie initiiert (Budget 50'000 Franken). Die Dienste des externen Betriebsarztes im Rahmen des Sicherheitskonzepts der Baudirektion mussten noch nicht in Anspruch genommen werden und wurden auf 2016 stark reduziert (Budget 2015: 150'000 Franken).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Projekt «Releasewechsel Navision / Migration NSP 2.0» zur Ablösung der bisherigen Finanzsoftware gestaltete sich bis zur Abnahme Mitte des Jahres anspruchsvoll. Mit NSP 2.0 steht den rund tausend Benutzerinnen und Benutzern des Kantons und der Zuger Einwohnergemeinden wiederum ein modernes und benutzerfreundliches Arbeitsinstrument zur Verfügung.

Finanzsoftware NSP 2.0

Die Ablösung der bisherigen Finanzsoftware, welche hauptsächlich die Implementierung der neuen Standardlösung, die Datenübernahme und die Wiederanbindung der diversen Umsysteme (Schnittstellen) beinhaltete, konnte durch die Abnahme im Juni erfolgreich und planmässig abgeschlossen werden. Zusätzlich wurde die Fachapplikation einer externen Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Diese stuft das System als sicher ein. Das Projekt schloss unter dem budgetierten Aufwand ab, die Zuger Gemeinden beteiligten sich mit 40 Prozent an den Gesamtkosten.

Elektronischer Kreditorenprozess (OKP)

Die Ausbreitung des elektronischen Kreditorenprozesses auf die Gesamtverwaltung erfolgte termingerecht innerhalb der Vorgaben des Regierungsrats. Mit der zentralen Digitalisierung der Lieferantenrechnungen, dem elektronischen Visieren und der papierlosen Archivierung wurden Arbeitsabläufe gestrafft und effizienter. Sechs Zuger Gemeinden verarbeiten ihre Rechnungen inzwischen ebenfalls elektronisch.

Cash Management

Die Zinssätze für Kontokorrente und Festgeldanlagen verharrten ganzjährig nahezu bei null Prozent. Dennoch betrug die erwirtschaftete Rendite auf die Gesamtliquidität 1,55 Millionen Franken (0,18 Prozent). Dies ist vor allem auf Festgeldanlagen zurückzuführen, welche noch vor der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank abgeschlossen werden konnten. Die Vermeidung von Negativzinsen trotz bestehender Obergrenzen bei den Bankinstituten war herausfordernd.

Finanzplanungstool

Das in den Vorjahren entwickelte Finanzplanungstool ermöglicht eine langfristige Finanzplanung und ist von zentraler Bedeutung bei der laufenden Überarbeitung der Finanzstrategie. Mit dem Finanzplanungstool können verschiedene Szenarien und ihre Auswirkungen bis ins Jahr 2030 simuliert werden. Zusätzlich zu den Prognosen der Finanzdirektion wurde bisher auch das Finanzhaushaltmodell eines externen Instituts für die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung beigezogen. Da die verwaltungsinternen Prognosen in der Vergangenheit jedoch akkurater waren als die externen, hat die Finanzdirektion im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 den entsprechenden Vertrag per Ende Jahr gekündigt.

Elektronische Schadenabwicklung im Versicherungswesen

Neu können Mitarbeitende die Schadenformulare für Motorfahrzeug-, Haftpflicht- und Sachversicherungen elektronisch ausfüllen und einreichen. Vorteile dieser Lösung sind eine Effizienzsteigerung durch Prüfung der Pflichtfelder bei der Eingabe, schnellere Wege durch die elektronische Übermittlung sowie die Möglichkeit von Auswertungen für die Schadensstatistik.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemässe Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Aufbereitung der Finanzzahlen zum jährlichen Budget und Finanzplan, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Kompetente Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	Max. 5 berechnigte Reklamationen	●	
2	Förderung der Zusammenarbeit und Fachaustausch mit den gemeindlichen Finanzabteilungen	Mind. 2 protokollierte Sitzungen der Fachgruppe Finanzen pro Jahr	●	
A	Elektronischer Kreditorenprozess «OKP» (Scanning, Workflow, Archivierung)	Alle Ämter arbeiten produktiv mit der Lösung	●	
Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung				
4	Zeitgerechte Erstellung des Jahresabschlusses inkl. Aufbereitung der Finanzzahlen für den Geschäftsbericht	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	●	
5	Sicherstellung der hohen Qualität und der Ordnungsmässigkeit	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	●	
6	Sicherstellung eines zeitgerechten Inkassos	Einleitung der Betreuung spätestens innert 10 Arbeitstagen nach Erhalt aller notwendigen Unterlagen	●	
7	Der Kanton Zug ist ein verlässlicher Zahler	Wöchentlicher Zahlungslauf für verbuchte Lieferantenrechnungen	●	
Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan				
10	Zeitgerechte Aufbereitung der Finanzzahlen	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	●	
11	Sicherstellung der hohen Qualität der Finanzzahlen	Plausibilisierung gemäss Prüfungsvorgaben durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)				
12	Kompetente Beratung und Unterstützung	Max. 3 berechnigte Reklamationen	●	
13	Termingerechter Quartalsabschluss	Abschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	●	
B	Schrittweise Ausbreitung	Terminplan gemäss RRB vom 26. Februar 2013 eingehalten	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung				
15	Zeitgerechte Erstellung des Jahresabschlusses inkl. Aufbereitung der Finanzzahlen für den Geschäftsbericht	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	●	
16	Sicherstellung der hohen Qualität und der Ordnungsmässigkeit	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	●	
Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen				
17	Sicherstellung eines aktuellen Versicherungsportfolios	Mutationsmeldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	●	
Leistungsgruppe 6: Cash-Management				
19	Sorgfältige Bewirtschaftung der Liquidität des Staatsvermögens	Performance beträgt mind. 0,25 %	○	0,18 % infolge tiefem Zinsumfeld
20	Überwachung der Liquidität mittels rollender Mehrjahresplanung	Keine Aufnahme von Bankkrediten	●	
21	Regelmässige Berichterstattung zur Liquidität	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung erfolgt	●	
22	Sorgfältige Bewirtschaftung und Überwachung des Fondsvermögens gemäss Anlagerichtlinien	Benchmarkvorgaben der Anlagenstrategie sind erreicht	◐	Gesamtpformance im Plus, Aktien und Obligationen knapp verfehlt
23	Quartalsweise Erstellung eines Kapitalanlageverzeichnisses der Separatfondsbuchhaltung	Berichterstattung innert 60 Tagen nach Quartalsende	●	
Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen				
25	Sicherstellung des Betriebs der Finanzsoftwarelösung	Verfügbarkeit der Systeme während Bürozeiten mind. 99 %	●	
26	Kompetenter Support für die Finanzsoftwarelösung	Max. 5 berechnigte Reklamationen	●	
D	Erfolgreiche Einführung newsystem® public (Releasewechsel Navision)	Gesamtabnahme erfolgt; Bericht der Finanzkontrolle zur Schlussabrechnung liegt vor	●	
E	Migration der elektronischen Kreditorenprozesslösung	System steht für den Kanton und die Gemeinden zur Verfügung	○	Umsetzung auf 2017 verschoben

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-452'316.11	-439'000	-427'802.69	11'197.31	-2,6
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	415'015.50		-629'786.40	-629'786.40	
319	Übriger Betriebsaufwand		23'527	-5'000.00	-28'527.00	-121,3
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-39'735'909.07	-40'355'000	-40'690'361.56	-335'361.56	0,8
340	Zinsaufwand	-19'098.00	-30'000	-23'978.85	6'021.15	-20,1
341	Realisierte Kursverluste	-5'225.67		-165'829.83	-165'829.83	
349	Verschiedener Finanzaufwand	403.61		-576.19	-576.19	
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-3'000	-3'000.00	0.00	0,0
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9'505'050.26	-10'416'000	-9'001'797.91	1'414'202.09	-13,6
387	A.o. Transferaufwand; zusätzliche Abschreibungen		-1'308'000	-1'308'000.00	0.00	0,0
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-627'029.49	-1'099'900	-247'178.00	852'722.00	-77,5
	Total Aufwand	-49'933'209.49	-53'627'373	-52'503'311.43	1'124'061.57	-2,1
410	Regalien	20'315.35	34'000	10'660.70	-23'339.30	-68,6
411	Schweiz. Nationalbank			19'341'738.00	19'341'738.00	
426	Rückerstattungen	92'548.75	90'000	100'872.36	10'872.36	12,1
429	Übrige Entgelte	680'965.53	20'000	49'827.37	29'827.37	149,1
440	Zinsertrag	3'707'525.66	2'152'500	1'554'544.43	-597'955.57	-27,8
441	Realisierte Gewinne FV	544'594.00		9'720.00	9'720.00	
442	Beteiligungsertrag FV	813'000.00	813'000	792'000.00	-21'000.00	-2,6
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'539'822.20	28'468'100	27'869'710.00	-598'390.00	-2,1
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen		6'000	6'000.00	0.00	0,0
460	Ertragsanteile	5'015'149.00	5'286'000	5'196'125.00	-89'875.00	-1,7
469	Verschiedener Transferertrag	138'764.85	47'300	183'148.85	135'848.85	287,2
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	9'970.00	14'000	2'424.00	-11'576.00	-82,7
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	401'212.36	419'000	359'432.50	-59'567.50	-14,2
	Total Ertrag	39'963'867.70	37'349'900	55'476'203.21	18'126'303.21	48,5
	Saldo	-9'969'341.79	-16'277'473	2'972'891.78	19'250'364.78	-118,3

Kommentar Rechnung

366: Weniger Investitionsbeiträge und dadurch weniger Abschreibungen.

411: Die Schweizerische Nationalbank (SNB) tätigte einerseits eine ordentliche Ausschüttung sowie eine Zusatzausschüttung an die Kantone.

Für das Berichtsjahr war keine Ausschüttung budgetiert worden, da eine solche zur Zeit der Budgetierung wenig wahrscheinlich schien.

440: Weniger Zinserträge durch tiefes Zinsumfeld.

445: Verzicht Dividendenausschüttung der Axpo Holding AG.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
FD5022.0005	Darlehen SwissDRG AG, Rückzahlung					
	Ausgaben					
	Einnahmen	11'827.65				
FD5022.0007	Rückzahlung Darlehen ConSol					
	Ausgaben					
	Einnahmen			200'000.00	200'000.00	
IT5022.0001	Pauschalkorrektur IT-Projekte					
	Ausgaben		3'000'000		-3'000'000.00	-100,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		3'000'000		-3'000'000.00	-100,0
	Einnahmen	11'827.65		200'000.00	200'000.00	
	Saldo	11'827.65	3'000'000	200'000.00	-2'800'000.00	-93,3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

FD5022.0007: Vollständige Rückzahlung des Darlehens.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich	-279'484'127.00	-316'613'000	-316'613'373.00	-373.00	0,0
	Total Aufwand	-279'484'127.00	-316'613'000	-316'613'373.00	-373.00	0,0
462	Finanz- und Lastenausgleich	35'876'902.00	36'422'000	36'001'282.00	-420'718.00	-1,2
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		40'000'000	40'000'000.00	0.00	0,0
	Total Ertrag	35'876'902.00	76'422'000	76'001'282.00	-420'718.00	-0,6
	Saldo	-243'607'225.00	-240'191'000	-240'612'091.00	-421'091.00	0,2

Kommentar Rechnung

Der Beitrag der Gemeinden an den Nationalen Finanzausgleich (Konto 462) wurde falsch budgetiert.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die rasante Entwicklung im Bereich Informatik stellt das Amt für Informatik und Organisation (AIO) stets vor neue Herausforderungen. Insbesondere die Anforderungen bezüglich Sicherheit machen eine laufende Anpassung der Informatiksysteme notwendig. Zentral sind aber auch neue, innovative Dienstleistungen wie das Benutzerkonto, welches den elektronischen Verkehr zwischen den Zuger Behörden und ihren Kundinnen und Kunden ermöglicht.

Sicherheit als eigenständige Daueraufgabe

Der Bereich Sicherheit hat sich zu einer zentralen Aufgabe des AIO entwickelt. Die Sicherungssysteme schützen nicht nur gegen kriminelle Bedrohungen von aussen, sondern dienen auch dem Datenerhalt bei einem möglichen Stromausfall und dem Sicherstellen der Authentizität der Daten. Um den Schutz der Systeme laufend auf den neuesten Stand zu bringen, wurden die Sicherungssysteme erneuert und im organisatorischen Bereich die IT-Sicherheitsprozesse überarbeitet. Zudem wurden die Mitarbeitenden in zwei Kursen zu ihrer Verantwortung im Bereich Sicherheit geschult und für sicherheitsrelevante Themen sensibilisiert.

Grundversorgung und laufende Infrastrukturerneuerung sichergestellt

Der Betrieb der Informatikinfrastruktur verlief auch im Berichtsjahr störungsfrei. Der steigende Bedarf an Speicherkapazitäten sowie höhere Nutzeransprüche und technische Anforderungen werden mit kontinuierlichen Anpassungen aufgefangen. So wurden diverse Softwares der Front- und Backendsysteme (Arbeitsplätze und Rechenzentrum) auf die neusten Versionen angepasst. Ebenfalls wurden verschiedene Server aufgrund ihres Lebenszyklusendes durch neue ersetzt und gleichzeitig mit den aktuellsten Betriebssystemsoftwares versehen. Um in Zukunft Sprache, Daten und Bildinformationen über einen integrierten Kanal übertragen zu können, wurde die Telefonie erfolgreich vom Hochbauamt ins AIO überführt. Die stetige Anpassung an die rasante Entwicklung im Informatikbereich bleibt eine spannende Herausforderung.

Informatikprojektportfolio umgesetzt

Im Berichtsjahr umfasste das Informatikportfolio 47 Projekte, gleich viel wie im Vorjahr. Davon wurden 36 Projekte von den Fachämtern betreut, meist mit Unterstützung des AIO. Der Anteil der Fachanwendungsprojekte nahm zu, der Anteil an Infrastrukturprojekten hingegen ging zurück. Die Informatikprojekte des Kantons werden gemäss der Projektmethode HERMES abgewickelt. Die Schulung der kantonalen und gemeindlichen Verwaltung zur 2014 überarbeiteten Projektmethode wurde fortgesetzt.

Kundenorientierte Supportleistungen

Um die Informatikleistungen noch zielgerichteter auf die jeweiligen Kundengruppen auszurichten, wurden verschiedene Prozesse vereinfacht. Die dreimal jährlich durchgeführte Umfrage bei Anwenderinnen und Anwendern attestierte dem AIO wiederum eine hohe Kundenorientierung. Die Zuverlässigkeit der Grund- und Fachanwendungen wird immer mehr maschinell über das sogenannte Service-Monitoring überwacht und ausgewertet. Damit kann auch die Leistungserfüllung gegenüber Dritten nachverfolgt werden. Das Service-Monitoring wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut und verbessert.

Benutzerkonto steht bereit

Mit der Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wurde die Voraussetzung geschaffen, neu auch unterschriftsbedürftige Eingaben elektronisch einzureichen. Das AIO hat dazu eine Identifikationslösung mit Benutzerkonto aufgebaut, welche den Verwaltungskundinnen und -kunden einen zentralen elektronischen Zugang zu den eigenen Geschäftsfällen und Daten ermöglicht und es den Behörden erlaubt, ihre Entscheide elektronisch zuzustellen. Alle Grundlagen dazu wurden geschaffen und eine Online-Hilfestellung erstellt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag




Das AIO plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastruktur der kantonalen Verwaltung. Es entwickelt und vollzieht die Informatikverordnung und Informatikstrategie, stellt die Koordination mit dem Bund und den Gemeinden sicher und ist verantwortlich für die Sicherheit der Informationstechnologie (IT). Als Querschnittsamt koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die Gerichte und die elf Zuger Gemeinden beim Einsatz ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie.











2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
2	Kompetenter Ansprechpartner in allen Belangen der IT und der IT-Organisation	Regelmässige Kundenbefragungen durchgeführt und notwendige Massnahmen eingeleitet		
3	Die Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet	Die finanziellen Informatikkennzahlen entsprechen mindestens den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz		
4	Konsequente Umsetzung der Datensicherheitsverordnung (DSV)	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt; IT-Security Audits durchgeführt und all-fällige Massnahmen eingeleitet		
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS)	Bestehendes Qualitätsmanagement nach ISO 9001 und ISO 27001 um Vorgaben Internes Kontrollsystem (IKS) ergänzt		
Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT				
5	Zeitgerechtes Controlling und Reporting	Anwendungscontrollingbericht jährlich erstellt; Informatikprojektportfoliobericht quartalsweise erstellt; IT-Sicherheitsstandortbestimmungsbericht jährlich erstellt		
6	Pflege und Weiterentwicklung der Informatikstrategie und Konzepte	Die Informatikstrategie ist überarbeitet und dem RR vorgelegt		Strategie wird nach Beantwortung der Motion betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung überarbeitet
7	Pflege der Zusammenarbeit mit den relevanten Ansprechpartnern	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden; Mitarbeit in den etablierten Gremien erfolgt		
8	Aktive Bewirtschaftung des Informatikportfolios	Das Portfolio wird jährlich erstellt und quartalsweise aktualisiert		
9	Zeit- und kundengerechte Projektunterstützung sicherstellen	Die Leistungserbringung ist quartalsweise überprüft und Massnahmen sind eingeleitet		
10	Umsetzung der AIO-Projekte gemäss Informatikportfolio sicherstellen	Projekte aus dem Portfolio 2015 sind gemäss Plan umgesetzt		Gemäss detailliertem Kommentar zur Investitionsrechnung

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
B	Weisungen und Richtlinien zur kantonalen Informatik aktualisiert	Weisung zum Projektcontrolling ist erarbeitet	●	
L32	Umsetzung E-Portfolio sicherstellen	Projekte aus dem E-Portfolio sind gemäss Plan umgesetzt	●	
Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support				
11	Sicherstellen der IT-Sicherheit	Max. Datenverlust beim täglichen Backup 1 Arbeitstag; Sicherheitsupdates zeitnah durchgeführt; der DSV unterliegende Daten auf den internen Laufwerken sind verschlüsselt; jährlich ein Blackouttest durchgeführt	●	
12	Betrieb und Support der IT-Arbeitsplätze sicherstellen	98 % Standard-IT-Arbeitsplätze (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung); Verfügbarkeit der Server mind. 99 %; 98 % der Störungen am IT-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in max. ½ Arbeitstag behoben; die Ersterledigungsrate beträgt mind. 60 %	●	
13	Betrieb und Support der Fachanwendungen sicherstellen	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft; Verfügbarkeit der Server mind. 99,5 %	●	
14	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen; Verfügbarkeit des Netzwerkes mind. 99,5 %	●	
L32	Elektronische Übermittlung unterschriftsbedürftiger Eingaben und Entscheide in Verwaltungsverfahren sowie Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten	Aufbau und Etablierung der Leistungen zum zentralen Identifikationssystem	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3'495	3'650	3'615
Externe Benutzende (Dritte, Einwohner/innen, Firmen)	Anzahl	2'742	3'000	8'830
Anzahl IT-Arbeitsplätze	Anzahl	2'831	2'750	2'777
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	586	560	609
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	28	25	21
Supportaufträge	Anzahl	12'868	13'000	12'268

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Externe Benutzende: Die Lehrpersonen wurden neu als Benutzende aufgenommen, um den Zugriff auf das Schulverwaltungssystem und das kantonale Intranet für alle Lehrpersonen zu ermöglichen. 2016 folgen dann noch die Lehrpersonen des Kaufmännischen Bildungszentrums.
Registrierte Fachanwendungen: Der Parallelbetrieb von alten und neuen Bundesanwendungen sowie die Übernahme des Betriebes von Fachanwendungen von Gemeinden führten zu einer höheren Zahl von registrierten Fachanwendungen.
Betreute Kundenprojekte: Einige kleinere Kundenprojekte wurden nicht gestartet.
Supportaufträge: Die hohe Verfügbarkeit der Systeme führte zu einer geringeren Anzahl Supportfälle durch Störungen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-10'276'082.91	-10'075'952	-9'732'017.16	343'934.84	-3,4
Total Ertrag	634'722.50	650'000	638'832.50	-11'167.50	-1,7
Saldo	-9'641'360.41	-9'425'952	-9'093'184.66	332'767.34	-3,5

Kommentar Rechnung

Beim Sachaufwand wurde dank sehr stabilen Systemen, wenig Geräteausfällen bei PC-Arbeitsplätzen und Servern weniger externe Unterstützung beansprucht. Der Personalaufwand wurde ebenfalls unterschritten, da zwei Stellen erst Mitte statt Anfang Jahr besetzt werden konnten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0197	Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)					
	Ausgaben	-23'093.30				
	Einnahmen					
IT5050.0198	Ersatz Backup Infrastruktur					
	Ausgaben	-54'396.95				
	Einnahmen					
IT5050.0202	Fachanwendung Baubewilligungswesen					
	Ausgaben	-29'569.20				
	Einnahmen	-28'255.00				
IT5050.0204	Ausbau eGovernment					
	Ausgaben	-79'252.20	-200'000	-67'804.20	132'195.80	-66,1
	Einnahmen					
IT5050.0205	Benutzerkonto					
	Ausgaben	-650'598.85	-180'000	-47'271.20	132'728.80	-73,7
	Einnahmen					
IT5050.0207	Harmonisierung Support-Werkzeuge					
	Ausgaben	-106'294.95		-631.80	-631.80	
	Einnahmen					
IT5050.0208	Ersatz zentraler Speicher					
	Ausgaben	-1'184'768.65				
	Einnahmen					
IT5050.0211	Umsetzung DSV mobile Devices					
	Ausgaben	-35'878.50				
	Einnahmen					
IT5050.0212	Reserven					
	Ausgaben	-40'802.60	-100'000		100'000.00	-100,0
	Einnahmen					
IT5050.0213	Vorprojekt Druckerersatz					
	Ausgaben	-9'922.50	-70'000		70'000.00	-100,0
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0214	Ersatz PC-Arbeitsplatz					
	Ausgaben	-3'114'432.44				
	Einnahmen					
IT5050.0215	Review Technologiearchitektur					
	Ausgaben	-68'549.95		-26'682.75	-26'682.75	
	Einnahmen					
IT5050.0216	Integration Telefonie / Phase II					
	Ausgaben	-53'649.10		-20'106.30	-20'106.30	
	Einnahmen					
IT5050.0218	Optimierung Supportprozesse					
	Ausgaben		-113'000	-82'632.60	30'367.40	-26,9
	Einnahmen					
IT5050.0219	Studie / Evaluation Dokumentenmanagementsystem					
	Ausgaben		-60'000		60'000.00	-100,0
	Einnahmen					
IT5050.0220	Signierungs- und Validierungs-Service					
	Ausgaben		-130'000	-17'496.00	112'504.00	-86,5
	Einnahmen					
IT5050.0221	Ablösung Personenmutationsprozess					
	Ausgaben		-235'000	-191'811.28	43'188.72	-18,4
	Einnahmen					
IT5050.0222	Integration Telefonie (IKP) – Phase III					
	Ausgaben		-150'000	-116'677.60	33'322.40	-22,2
	Einnahmen					
IT5050.0223	Ersatz Checkpoint Firewall					
	Ausgaben		-150'000		150'000.00	-100,0
	Einnahmen					
IT5050.0224	Versionenanpassung Front- und Backendsysteme					
	Ausgaben		-410'000	-333'038.61	76'961.39	-18,8
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-5'451'209.19	-1'798'000	-904'152.34	893'847.66	-49,7
	Einnahmen	-28'255.00				
	Saldo	-5'479'464.19	-1'798'000	-904'152.34	893'847.66	-49,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5050.0204: Weniger Projektanträge, da die Ämter die Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes abwarteten.

IT5050.0205: Das Projekt Benutzerkonto wurde 2014 beschleunigt und benötigte daher 2015 weniger Investitionsmittel. Die Gesamtkosten über die drei Jahre bleiben unverändert.

IT5050.0212: Kredit wurde 2015 nicht benötigt.

IT5050.0213: Der eigentliche Druckerersatz wurde auf 2017 verschoben und damit wird das Vorprojekt erst 2016 durchgeführt.

IT5050.0219: Studie konnte mit internen Ressourcen erstellt werden.

IT5050.0220: Das Projekt wurde aufgrund der Submission zeitlich verzögert, die Umsetzung wurde erst Ende Jahr begonnen.

IT5050.0221: Das Projekt wurde aufgrund der Submission zeitlich verzögert, da die Pflichtenhefterstellung mehr Zeit als geplant benötigte.

IT5050.0223: Das Projekt wurde aufgrund der Submission zeitlich verzögert, da die Pflichtenhefterstellung mehr Zeit als geplant benötigte.

IT5050.0224: Die Upgrades und Versionenanpassungen von Softwares konnten günstiger eingekauft werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Als Amt mit intensivem Kontakt zur Bevölkerung und den Unternehmen legt die Steuerverwaltung ihr Hauptaugenmerk auf effiziente und kundenfreundliche Steuerveranlagungen sowie den anschliessenden Bezug dieser Steuern. Einen erheblichen Sonderaufwand verursachten die Arbeiten zur Inbetriebnahme des internen Scanning-Centers und zur Einführung des elektronischen Dossiers. Auch die geplante Ablösung des Informatiksystems ISOV Steuern forderte die Steuerverwaltung.

Gesetzgebung

Die fünfte Teilrevision des Steuergesetzes (BGS 632.1) wurde im Sommer vom Kantonsrat verabschiedet und tritt am 1. Januar 2016 in Kraft. Mit der Revision wurden namentlich die folgenden Bundesgesetze umgesetzt: Bahnreform 2, Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen, Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes, Vereinfachungen bei der Besteuerung von Lotteriegewinnen, Besteuerung nach dem Aufwand, steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten und die Neuierung des Steuererlasses. Die Steuerverwaltung begleitete und unterstützte die Beratungen durch die vorberatende Kommission des Kantonsrats und die Berichterstattung darüber. Auch die Steuerverordnung (BGS 632.11) wurde per 2016 an die neuen gesetzlichen Bestimmungen des teilrevidierten Steuergesetzes angepasst. Zudem wurde beschlossen, für 2016 keinen Skonto zu gewähren und alle Zinsen im Zusammenhang mit Steuerzahlungen auf null Prozent festzulegen.

Unternehmenssteuerreform III

Der Bundesrat hat im Juni die Botschaft zum Bundesgesetz über die Unternehmenssteuerreform III (USR III) verabschiedet. Die Steuerverwaltung hat im Auftrag der Finanzdirektion und des Regierungsrats diverse Fragen zwecks Wahrung der Zuger Interessen im Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene und im Hinblick auf die spätere Umsetzung ins kantonale Steuerrecht (voraussichtlich per 2019) bearbeitet. Parallel dazu hat die Steuerverwaltung zahlreiche Gespräche mit internationalen Unternehmen und deren Beraterinnen und Beratern geführt, um sie über die Tragweite der absehbaren Änderungen zu informieren. Ziel dieser Gespräche war es, den Unternehmen aufzuzeigen, dass der Kanton Zug auch nach der Umsetzung der USR III ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt.

Operatives Tagesgeschäft

Die Zuger Bevölkerung ist wiederum gewachsen. Ebenso hat die Zahl der Unternehmen weiter zugenommen. Die Bewältigung dieser Mehrarbeit bei gleich viel Personal bleibt anspruchsvoll. Gewisse Bearbeitungsziele konnten nicht vollumfänglich erreicht werden. Auch in den kommenden Jahren wird es nicht einfach werden, das bis anhin gewohnte Bearbeitungs- und Dienstleistungsniveau zugunsten der Zuger Steuerkundschaft aufrecht zu erhalten. Die Bearbeitung der eingereichten Steuererklärungen wird dadurch erleichtert, dass diese häufig elektronisch ausgefüllt werden. Bei den natürlichen Personen wurden 78 Prozent (Vorjahr 76 Prozent) und bei den juristischen Personen 75 Prozent (73 Prozent) aller eingereichten Steuererklärungen elektronisch ausgefüllt.

Scanning von Steuererklärungen und Aufbau des elektronischen SteuereDossiers (eDossier)

Die Umsetzung des Inhouse Scanning, welches der Regierungsrat 2014 beschlossen hatte, forderte die Steuerverwaltung technisch, organisatorisch und personell während des ganzen Jahres. Im Sommer konnte das interne Scanning-Center nach Abschluss der baulichen Anpassungen im Hauptgebäude der Steuerverwaltung in Betrieb genommen und ein pilotmässiger operativer Scanning-Betrieb gestartet werden. Seit Juli werden in einem ersten Schritt das SteuereDossier des zuletzt veranlagten Steuerjahrs und die weiteren Vorakten von Privatpersonen aus drei Zuger Pilotgemeinden eingescannt. Diese stehen dann im Frühjahr 2016 im System elektronisch zur Verfügung, wenn die neuen Steuererklärungen 2015 eintreffen und direkt eingescannt werden. Auf diese Weise wird ab Frühling 2016 eine weitgehend papierarme Weiterverarbeitung und Veranlagung für die Pilotgemeinden möglich sein. Für die restlichen Gemeinden sind diese Schritte nach erfolgreichem Pilotbetrieb mit einem Jahr zeitlicher Staffelung vorgesehen.

Ablösung des Informatiksystems ISOV Steuern

Im Frühling hatte der Regierungsrat der Steuerverwaltung den Auftrag erteilt, eine Ablösung des seit 1995 produktiv im Betrieb stehenden Informatiksystems ISOV Steuern per 2020 an die Hand zu nehmen und dazu bis Ende des Berichtsjahrs eine Ausschreibung im offenen Verfahren (WTO-Submissionsverfahren) vorzubereiten. Die Erarbeitung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen und Ausschreibungsdokumente forderte die Steuerverwaltung im ganzen Jahr personell ebenfalls stark. Das Geschäft konnte dem Regierungsrat termingerecht Ende Jahr zur Beschlussfassung übermittelt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)				
1	Aktuelle Registerführung NP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist		
2	Effiziente Veranlagung der periodischen Steuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	2010: 100 % 2011: 99 % 2012: 98 % 2013: 95 % 2014: 60 %	◐	2010: 99,9 % 2013: 93,9 % Übrige Jahre: Ziele erreicht oder übertroffen
3	Effiziente Veranlagung der Sondersteuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	●	
4	Zeitgerechte Abrechnung der Rückerstattungssteuern	61'000 Wertschriftenverzeichnisse / Anträge abrechnen	●	
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	100 % innert Frist	◐	Bearbeitungsrückstand aufgrund steigender Fallzahlen
6	Externe Buchprüfung bei Selbständig-erwerbenden vor Ort	Prüfung 90–100 Steuerjahre	●	
Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)				
7	Aktuelle Registerführung JP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	●	
8	Effiziente Veranlagung Steuern JP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	2009: 100 % 2010: 99,5 % 2011: 98 % 2012: 90 % 2013: 66 % 2014: 30 %	●	
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Prüfung 100 Steuerjahre	●	
10	Zeitgerechte Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	8500 Bewertungen	●	
11	Zeitgerechte Abrechnung von pauschalen Steueranrechnungen	100 Fälle	●	
Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren				
12	Zeitgerechte Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Gemeinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
13	Zeitgerechte Entscheide über Steuerstrafen, Strafanzeigen	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	●	
14	Fristgerechte Beurteilung von Steuerbefreiungsgesuchen infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	●	
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	100 % innert Frist (ca. 7'500 Anfragen)	●	
16	Zeitgerechte Behandlung von Einsprachen und gerichtlichen Rechtsmittelverfahren	90 % aller 2014 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2015 entschieden; gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	●	
Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen				
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen; Verlustscheinbewirtschaftung	Inkasso laufend aktuell	●	
18	Zeitgerechte Entscheide über Erlassgesuche	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	●	
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Reparationen	100 % innert Frist (ca. 800 Abrechnungen)	●	
20	Fristgerechtes Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, zeitgerechte Unterstützung bei Budget und Finanzplan	Terminplan und alle vereinbarten Fristen eingehalten	●	
Leistungsgruppe 5: Externe Dienstleistungen				
21	Fristgerechte Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	●	
22	Fristgerechte Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	●	
23	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuerformulare und elektronischen Medien, u.a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und E-Government-Anwendungen	Alles rechtzeitig bereit	●	
24	Aktive Bewirtschaftung der Verlustscheine eines Grossteils der kantonalen Ämter und Gerichte	Ein Drittel der bis Ende 2013 übernommenen total 3'084 Verlustscheine ist bewirtschaftet. Prioritär zu behandeln ist dabei die Hälfte jener total 334 Verlustscheine, welche im 2016 verjähren	●	
L32	Einführung des elektronischen Steuerdossiers	Weiteres Vorgehen ist geklärt, falls notwendig sind Submissionen vorbereitet und durchgeführt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung				
25	Fristgerechte Beiträge zu Gesetzgebung, parlamentarischen Vorstössen, Vernehmlassungen und Mitberichte	100 % innert Frist (ca. 50 Beiträge)	●	
26	Kundenorientierte Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d. h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zuzugsinteressierten	Rückmeldung und Unterstützung innert der vereinbarten Termine	●	
27	Zeitgerechte Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	●	
28	Laufende Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Die wesentlichen Kontakte sind gepflegt und die Interessen des Kantons werden aktiv vertreten	●	
L8	Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III des Bundes ins kantonale Steuerrecht unter Wahrung national und international konkurrenzfähiger Unternehmenssteuern	Zuger Interessen sind in Arbeitsgruppen auf Bundesebene vertreten; konzeptionelle Vorarbeiten für Teilrevision des Zuger Steuergesetzes zur Umsetzung der Reform sind geleistet	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl	70'373	73'800	72'697
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl	4'655	3'800	4'446
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl	10'476	11'100	11'066
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl	17'877	15'900	19'910
Verrechnungssteuerabrechnungen	Anzahl	59'064	61'000	64'205
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl	3'720	3'900	3'946
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl	27'795	27'000	28'868
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl	11'693	8'500	12'420
Erbschafts- und Schenkungssteueranmeldungen	Anzahl	211	180	216
Nachsteueranmeldungen	Anzahl	194	180	273
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl	130	150	193
Einsprachen	Anzahl	890	900	920
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl	32	30	37
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl	478'106	500'000	489'520
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl	7'476	8'200	7'254
Betreibungen	Anzahl	3'988	4'300	4'026

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Pfändungsbegehren	Anzahl	2'963	3'000	2'859
Erlassentscheide	Anzahl	281	270	285
Bewirtschaftung von Verlustscheinen der Steuerverwaltung	Anzahl		1'000	1'774
Bewirtschaftung von Verlustscheinen anderer Ämter und Gerichte	Anzahl		1'000	644

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Steuerstrafen und Strafanzeigen: Im Berichtsjahr wurden viele Fälle so genannter strafloser Selbstanzeige erledigt. Diese Verfahren sind in der ausgewiesenen Anzahl enthalten.

Bewirtschaftung von Verlustscheinen der Steuerverwaltung sowie anderer Ämter und Gerichte: Diese Plangrösse wurde per 2015 neu ins Budget aufgenommen und die Anzahl Verlustscheine war zum Zeitpunkt der Budgetierung schwierig abzuschätzen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-20'459'874.36	-20'934'770	-20'576'144.63	358'625.37	-1,7
Total Ertrag	4'777'819.35	4'864'000	4'673'272.50	-190'727.50	-3,9
Saldo	-15'682'055.01	-16'070'770	-15'902'872.13	167'897.87	-1,0

Kommentar Rechnung

Minderaufwand von rund 106'000 Franken gegenüber dem Budget bei den Druckkosten für Steuerformulare. Im Zeitpunkt der Budgetierung musste noch davon ausgegangen werden, dass grössere Anpassungen bei den Formularen im Hinblick auf das geplante Scanning der Steuerklärungen und weiteren Formulare nötig werden. Die notwendigen Anpassungen erwiesen sich dann aber als weniger aufwändig und teuer als erwartet.

Weiterer Minderaufwand von rund 82'000 Franken gegenüber dem Budget bei der Wartung der Fachapplikation ISOV Steuern. Im Hinblick auf die geplante Ablösung von ISOV Steuern wurden die Wartungsarbeiten besonders streng priorisiert. Zudem waren keine grösseren Systemanpassungen als Folge von Änderungen von Steuergesetzen auf Ebene Bund und Kanton notwendig.

Der Ertrag aus Gebühren und Amtshandlungen (Konto 4210.10), etwa für Fristerstreckungen und Mahnungen, fiel rund 67'000 Franken unter Budget aus.

Der Ertrag aus Bussen (Konto 4270.10), vor allem im Zusammenhang mit Ermessensveranlagungen, blieb etwa 124'000 Franken unter dem Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5060.0180 eKonto					
Ausgaben	-194'387.00	-200'000	-116'640.00	83'360.00	-41,7
Einnahmen					
IT5060.0184 eDossier					
Ausgaben	-1'107'773.85	-800'000	-641'405.10	158'594.90	-19,8
Einnahmen					
IT5060.0187 Weiterentwicklung eTax.zug NP und JP					
Ausgaben	-57'372.80				
Einnahmen					
IT5060.0188 Ablösung IPV Schnittstelle					
Ausgaben	-195'955.20				
Einnahmen					
IT5060.0189 Optimierung der Fachanwendungen					
Ausgaben		-200'000	-120'483.20	79'516.80	-39,8
Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5060.0190	Externe Datenbezüger – Ablösung HRA-Schnittstelle					
	Ausgaben		-170'000	-169'711.20	288.80	-0,2
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'048'239.50	321'760.50	-23,5
	Einnahmen					
	Saldo	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'048'239.50	321'760.50	-23,5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5060.0180: Aufgrund der geplanten Ablösung der Fachapplikation ISOV Steuern per voraussichtlich 2020 wurden gewisse Funktionalitäten («eServices») nicht mehr realisiert.

IT5060.0184: Der Entscheid des Regierungsrats, das Scanning von Steuererklärungen intern durch die Steuerverwaltung ausführen zu lassen (RRB vom 21.10.2014), führte nach der Projektkreditüberschreitung von 357'773 Franken im 2014 zu einem um 158'595 Franken tieferen Investitionsvolumen im Berichtsjahr 2015.

IT5060.0189: Ein Teil der geplanten Optimierungen wurde aufgrund einer Neubeurteilung nicht in der vorgesehenen Form umgesetzt.

IT5060.0190: Die Schnittstelle zum Handelsregisteramt konnte termingerecht und zu den budgetierten Kosten realisiert werden.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'238'880.00	-1'975'000	-2'132'882.39	-157'882.39	8,0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'753'650.36	-2'500'000	-2'131'298.12	368'701.88	-14,7
319	Übriger Betriebsaufwand		225'540		-225'540.00	-100,0
349	Verschiedener Finanzaufwand	-11'265'885.85	-11'250'000	-7'612'638.01	3'637'361.99	-32,3
	Total Aufwand	-16'258'416.21	-15'499'460	-11'876'818.52	3'622'641.48	-23,4
400	Direkte Steuern natürliche Personen	395'511'169.45	423'400'000	404'718'127.08	-18'681'872.92	-4,4
401	Direkte Steuern juristische Personen	210'000'091.95	192'200'000	222'987'080.10	30'787'080.10	16,0
402	Übrige direkte Steuern	2'755'386.22	3'000'000	4'329'174.85	1'329'174.85	44,3
429	Übrige Entgelte	286'886.25	300'000	305'035.69	5'035.69	1,7
440	Zinsertrag	1'414'925.15	1'200'000	1'190'983.87	-9'016.13	-0,8
	Total Ertrag	609'968'459.02	620'100'000	633'530'401.59	13'430'401.59	2,2
	Saldo	593'710'042.81	604'600'540	621'653'583.07	17'053'043.07	2,8

Kommentar Rechnung

Zu den Aufwandskonti:

- Bei den Dienstleistungen und Honoraren (Konto 313) handelt es sich ausschliesslich um Quellensteuer-Bezugsprovisionen an Arbeitgebende, Versicherungen und weitere Abrechnungspflichtige gemäss den §§ 84 und 95 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1).
- Die Wertberichtigungen auf Forderungen (Konto 318) umfassen die Steuererlasse oder Teilerlasse infolge Notlage gemäss § 164 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1) und die Abschreibungen von Steuern infolge vorübergehender oder dauerhafter Uneinbringlichkeit (z. B. bei Konkursen, erfolglosen Pfändungen, Löschungen im Handelsregister von Amtes wegen, Todesfällen ohne Nachlassvermögen usw.). Sie sind jeweils schwierig zu budgetieren.
- Das Konto Übriger Betriebsaufwand (Konto 319) enthält ausschliesslich die auf die einzelnen Kontengruppen umgelegte Pauschalkürzung auf dem Sachaufwand gemäss Budgetbeschluss des Kantonsrats.
- Das Konto Verschiedener Finanzaufwand (Konto 349) beinhaltet den Skonto bei frühzeitiger Bezahlung der Vorbezugsrechnungen bei den natürlichen Personen sowie Zinsen zu Gunsten der Steuerpflichtigen (Vorauszahlungs- und Rückerstattungszinsen). Der Regierungsrat hat Ende 2014 beschlossen, als Sofortmassnahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 bereits auf das Jahr 2015 den Skonto und alle Zinsarten von 2 % auf 1 % zu senken. Dies führte zu einem Minderaufwand von rund 3,6 Millionen Franken, wovon allein die Skontoreduktion rund 2,6 Millionen Franken ausmachte.

Zu den Ertragskonti:

- Die Steuererträge der natürlichen Personen (Konto 400) lagen über dem Vorjahresstand, verfehlten jedoch das Budget. Die erhofften Wachstumsraten konnten trotz weiterer Bevölkerungszunahme nicht ganz erreicht werden. Die gegenwärtig anspruchsvolle Wirtschaftslage führte zu einer generell eher moderaten Lohnentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung. Zudem blieben substantielle positive Einmaleffekte wie etwa hohe Lottogewinne weitgehend aus.
- Bei den Steuererträgen der juristischen Personen (Konto 401) konnten die budgetierten Erträge wie auch die Vorjahreserträge deutlich übertroffen werden. Die Geschäftsabschlüsse vieler Unternehmen fielen positiver aus, als es die weltweit schwierige Wirtschaftslage hätte erwarten lassen. Dabei zeigte sich allerdings auch innerhalb der Branchen oft ein durchgezogenes Bild. Letztlich gaben unerwartet gute Abschlüsse einiger grosser steuerstarker Unternehmen den Ausschlag für das insgesamt sehr positive Ergebnis.
- Bei den übrigen direkten Steuern (Konto 402) handelt es sich fast ausschliesslich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Diese Erträge sind naturgemäss schwierig zu budgetieren und hängen jeweils stark von einzelnen grösseren Fällen ab. Im Berichtsjahr wurden viele Fälle so genannter strafloser Selbstanzeige erledigt, darunter auch etwa ein halbes Dutzend grössere Fälle.
- Bei den übrigen Entgelten (Konto 429) handelt es sich um Erträge aus der Bewirtschaftung von eigenen Verlustscheinen der Steuerverwaltung (165'768 Franken) sowie um wiedereingebrachte Abschreibungen (139'268 Franken).
- Beim Zinsertrag (Konto 440) handelt es sich um Verzugs- und Ausgleichszinsen zu Lasten der Steuerpflichtigen. Als Folge der vom Regierungsrat Ende 2014 beschlossenen Senkung des Skontos und der Zinsen von 2 % auf 1 % per 2015 (vgl. Konto 349) sank der Zinsertrag gegenüber dem Vorjahr um rund 225'000 Franken.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
460	Ertragsanteile	235'136'863.83	259'820'000	244'401'973.02	-15'418'026.98	-5,9
	Total Ertrag	235'136'863.83	259'820'000	244'401'973.02	-15'418'026.98	-5,9
	Saldo	235'136'863.83	259'820'000	244'401'973.02	-15'418'026.98	-5,9

Kommentar Rechnung

Bei den Bundessteuern ist der Kantonsanteil für die natürlichen und juristischen Personen der mit Abstand wichtigste Posten. Er macht 233'486'717 Franken aus (Budget 252 Millionen Franken, Vorjahr 226'480'774 Franken).

Der Anteil an den direkten Bundessteuererträgen bei den natürlichen Personen liegt mit 69'093'969 Franken deutlich unter dem Budget (82 Millionen Franken), jedoch über dem Vorjahr (66'293'146 Franken). Wie bei den Kantonssteuern blieben auch bei den Bundessteuern natürlicher Personen grössere positive Einmaleffekte (z.B. hohe Lottogewinne) weitgehend aus. Die weltweit eher schwierige Wirtschaftslage sorgte zudem für eine generell verhaltene Lohnentwicklung.

Bei den juristischen Personen liegt der Anteil an den direkten Bundessteuererträgen mit 164'393'021 Franken ebenfalls unter dem Budget von 170 Millionen Franken, wobei die Abweichung geringer ist als bei den natürlichen Personen. Die Vorjahreserträge beliefen sich auf 160'187'628 Franken. Zwar entwickelten sich die Gewinne zahlreicher Unternehmen analog den Kantonssteuern (Konto 5065.401) über den Erwartungen, bei einzelnen steuerstarken Unternehmen waren jedoch negative Sondereffekte zu verzeichnen, welche sich in dieser Form nur für die direkten Bundessteuern, nicht aber die Kantonssteuern, auswirkten.

Die übrigen Erträge sind vergleichsweise gering, sie stammen aus den Anteilen an der eidgenössischen Verrechnungssteuer (9'434'348 Franken, Budget 7'116'000 Franken) und der EU-Zinsbesteuerung (115'005 Franken, Budget 204'000 Franken) sowie aus den Bundessteuer-Repartitionen im Verhältnis zu anderen Kantonen (1'365'903 Franken, Budget 500'000 Franken).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich	-75'087'218.00	-64'233'380	-66'484'660.00	-2'251'280.00	3,5
	Total Aufwand	-75'087'218.00	-64'233'380	-66'484'660.00	-2'251'280.00	3,5
462	Finanz- und Lastenausgleich	75'087'218.00	59'733'380	61'984'660.00	2'251'280.00	3,8
	Total Ertrag	75'087'218.00	59'733'380	61'984'660.00	2'251'280.00	3,8
	Saldo	0.00	-4'500'000	-4'500'000.00	0.00	0,0

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'577'793.25	-5'484'790	-5'546'748.51	-61'958.51	1,1
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'199'223.65	2'544'132	2'541'158.03	-2'973.97	-0,1
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'934'578.87	-2'017'348	-1'868'438.96	148'909.04	-7,4
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-957'197.93	-700'032	-818'577.50	-118'545.50	16,9
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'927'757.90	-5'136'138	-5'006'881.54	129'256.46	-2,5
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	250'966.75	363'389	154'115.09	-209'273.91	-57,6
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-167'878.00	-253'352	-460'688.90	-207'336.90	81,8
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	-6'986.25	52'931	64'868.65	11'937.65	22,6
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'391'004.77	-8'371'147	-8'084'438.24	286'708.76	-3,4
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	177'514.22	471'356	494'954.71	23'598.71	5,0
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'632'145.39	-2'678'645	-2'671'684.74	6'960.26	-0,3
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	91'540.45	32'695	89'629.50	56'934.50	174,1
6183	Schätzungskommission	-127'452.84	-232'011	-129'589.38	102'421.62	-44,1
61	Richterliche Behörden	-22'003'550.13	-21'408'960	-21'242'321.79	166'638.21	-0,8

Investitionsrechnung

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'201'745.50	-2'213'700	-2'060'848.30	152'851.70	-6,9
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'337'448.50	-2'218'600	-2'439'296.90	-220'696.90	9,9
305	Arbeitgeberbeiträge	-949'742.15	-931'700	-947'996.85	-16'296.85	1,7
309	Übriger Personalaufwand	-8'183.70	-8'400	-8'440.20	-40.20	0,5
310	Material- und Warenaufwand	-50'524.49	-49'500	-38'078.65	11'421.35	-23,1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-673.60	-19'900	-17'846.90	2'053.10	-10,3
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'927.01	-3'500	-2'530.76	969.24	-27,7
315	Unterhalt Mobilien	-21'089.30	-29'800	-20'953.74	8'846.26	-29,7
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-13'464.03	-18'500	-12'824.61	5'675.39	-30,7
317	Spesenentschädigungen	-1'993.15	-3'000	-3'971.30	-971.30	32,4
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'234.40	5'310	-700.00	-6'010.00	-113,2
	Total Aufwand	-5'589'025.83	-5'491'290	-5'553'488.21	-62'198.21	1,1
421	Gebühren für Amtshandlungen	10'673.00	5'000	6'435.15	1'435.15	28,7
440	Zinsertrag	559.58	1'500	304.55	-1'195.45	-79,7
	Total Ertrag	11'232.58	6'500	6'739.70	239.70	3,7
	Saldo	-5'577'793.25	-5'484'790	-5'546'748.51	-61'958.51	1,1

Kommentar Rechnung

- 300: Weniger Aufwand wegen Personalmutation (dreimonatige Vakanz einer Richterstelle und Ersatz eines sehr erfahrenen Richters durch einen Richter mit weniger Erfahrung und damit tieferer Lohneinstufung); Wegfall eines a. o. Ersatzmitglieds ab April
301: Lohn eines ehem. Mitglieds für Einsatz bei der Direktion des Innern; a. o. Gerichtsschreiberin für Pendenzenabbau (vier Monate); alles reduziert um: a. o. Gerichtsschreiberin infolge Wahl Kanzleivorsteher zum a. o. Ersatzmitglied (drei Monate) und Rückerstattung aus Mutterschaftsversicherung

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-300'286.72	-255'000	-292'231.70	-37'231.70	14,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-699'531.63	-651'868	-520'025.52	131'842.48	-20,2
	Total Aufwand	-999'818.35	-906'868	-812'257.22	94'610.78	-10,4
421	Gebühren für Amtshandlungen	3'051'580.55	3'300'000	3'181'519.15	-118'480.85	-3,6
426	Rückerstattungen	146'861.45	150'000	170'596.10	20'596.10	13,7
427	Bussen	600.00	1'000	1'300.00	300.00	30,0
	Total Ertrag	3'199'042.00	3'451'000	3'353'415.25	-97'584.75	-2,8
	Saldo	2'199'223.65	2'544'132	2'541'158.03	-2'973.97	-0,1

Kommentar Rechnung

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen ab von Anzahl, Art, Umfang und vom Streitwert der Fälle. Die Rechnung kann in diesem Bereich nicht beeinflusst werden. Es ist Zufall, dass die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) eingehalten werden konnten:

318: Mehr uneinbringliche Verfahrenskosten

319: Tieferer Kosten für unentgeltliche Prozessführung und Rechtsbeistände

421: Zu hoch budgetiert, da Rückgang der Verfahren im Bereich Organisationsklagen und Konkursverfahren ab 2014 im Budgetierungszeitpunkt noch nicht bekannt

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6106–Strafgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-970'732.90	-945'200	-886'680.35	58'519.65	-6,2
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-600'740.80	-670'700	-633'940.25	36'759.75	-5,5
304	Zulagen	-8'024.00	-8'000	-8'024.00	-24.00	0,3
305	Arbeitgeberbeiträge	-334'918.15	-351'400	-315'634.60	35'765.40	-10,2
309	Übriger Personalaufwand	-2'192.80	-2'500	-2'248.70	251.30	-10,1
310	Material- und Warenaufwand	-8'098.30	-17'500	-4'986.05	12'513.95	-71,5
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-7'700	-5'807.00	1'893.00	-24,6
313	Dienstleistungen und Honorare	-5.00	-300	-98.30	201.70	-67,2
315	Unterhalt Mobilien	-7'219.20	-9'700	-7'230.60	2'469.40	-25,5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-5'715.77	-5'000	-4'207.01	792.99	-15,9
317	Spesenentschädigungen	-159.80	-1'000	-115.50	884.50	-88,5
319	Übriger Betriebsaufwand	-655.35	652	-301.70	-953.70	-146,3
	Total Aufwand	-1'938'462.07	-2'018'348	-1'869'274.06	149'073.94	-7,4
421	Gebühren für Amtshandlungen	1'312.00	500	632.30	132.30	26,5
440	Zinsertrag	2'571.20	500	202.80	-297.20	-59,4
	Total Ertrag	3'883.20	1'000	835.10	-164.90	-16,5
	Saldo	-1'934'578.87	-2'017'348	-1'868'438.96	148'909.04	-7,4

Kommentar Rechnung

300: Weniger Aufwand wegen Personalmutation (Ersatz eines sehr erfahrenen Richters durch einen Richter mit weniger Erfahrung und damit tieferer Lohneinstufung;

einmonatige Vakanz Richterstelle)

301: Mehrmonatige Vakanz Gerichtsschreiberstelle. Minderaufwand reduziert um zweimonatigen Einsatz einer Aushilfe

305: Niedrigere Arbeitgeberbeiträge aufgrund der tieferen Lohnkosten

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-824'334.19	-700'000	-584'379.50	115'620.50	-16,5
319	Übriger Betriebsaufwand	-858'242.20	-411'032	-663'998.80	-252'966.80	61,5
	Total Aufwand	-1'682'576.39	-1'111'032	-1'248'378.30	-137'346.30	12,4
421	Gebühren für Amtshandlungen	329'497.71	290'000	299'062.40	9'062.40	3,1
426	Rückerstattungen	24'678.15	1'000	38'599.25	37'599.25	3'759,9
427	Bussen	85'830.00	100'000	44'030.00	-55'970.00	-56,0
430	Verschiedene betriebliche Erträge	285'372.60	20'000	48'109.15	28'109.15	140,5
	Total Ertrag	725'378.46	411'000	429'800.80	18'800.80	4,6
	Saldo	-957'197.93	-700'032	-818'577.50	-118'545.50	16,9

Kommentar Rechnung

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen ab von Anzahl, Art, Umfang und vom Ausgang der Fälle. Die Rechnung kann in diesem Bereich nicht beeinflusst werden. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) konnten nicht eingehalten werden:

318: Mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen. Mehraufwand reduziert um tiefere Kostenübernahmen durch den Staat

319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen

427: Weniger Bussen und unbedingte Geldstrafen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6111–Obergericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-1'387'995.90	-1'391'300	-1'418'331.15	-27'031.15	1,9
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'552'797.40	-2'598'300	-2'652'993.00	-54'693.00	2,1
305	Arbeitgeberbeiträge	-828'023.50	-865'300	-840'897.35	24'402.65	-2,8
309	Übriger Personalaufwand	-53'046.90	-95'150	-61'105.75	34'044.25	-35,8
310	Material- und Warenaufwand	-25'958.99	-29'500	-20'982.99	8'517.01	-28,9
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-1'890.00	-11'700	-10'131.40	1'568.60	-13,4
313	Dienstleistungen und Honorare	-124'488.63	-155'100	-41'004.55	114'095.45	-73,6
315	Unterhalt Mobilien	-18'125.43	-29'800	-20'799.05	9'000.95	-30,2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'569.65	-15'000	-12'339.70	2'660.30	-17,7
317	Spesenentschädigungen	-1'359.40	-2'000	-628.55	1'371.45	-68,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-8'404.55	-11'488	-4'448.05	7'039.95	-61,3
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-17'000	-16'300.00	700.00	-4,1
	Total Aufwand	-5'012'660.35	-5'221'638	-5'099'961.54	121'676.46	-2,3
421	Gebühren für Amtshandlungen	80'813.90	82'000	89'851.30	7'851.30	9,6
425	Erlös aus Verkäufen	2'800.00	3'000	2'100.00	-900.00	-30,0
440	Zinsertrag	1'288.55	500	1'128.70	628.70	125,7
	Total Ertrag	84'902.45	85'500	93'080.00	7'580.00	8,9
	Saldo	-4'927'757.90	-5'136'138	-5'006'881.54	129'256.46	-2,5

Kommentar Rechnung

301: Mehraufwand im Zusammenhang mit einer unerwarteten Personalmutation und Aushilfe für einen erkrankten Mitarbeiter

309: Weniger Aufwand für Weiterbildung

313: Expertenaufwand im Berichtsjahr tiefer als erwartet, da der Konflikt beim Kantonsgericht mit einem Vergleich erledigt werden konnte

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'000		1'000.00	-100,0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-156'562.70	-60'000	-353'236.56	-293'236.56	488,7
319	Übriger Betriebsaufwand	-84'627.75	-31'111	-68'698.35	-37'587.35	120,8
	Total Aufwand	-241'190.45	-92'111	-421'934.91	-329'823.91	358,1
421	Gebühren für Amtshandlungen	481'726.25	450'000	576'050.00	126'050.00	28,0
426	Rückerstattungen	10'130.95	5'000		-5'000.00	-100,0
427	Bussen	300.00	500		-500.00	-100,0
	Total Ertrag	492'157.20	455'500	576'050.00	120'550.00	26,5
	Saldo	250'966.75	363'389	154'115.09	-209'273.91	-57,6

Kommentar Rechnung

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen ab von Anzahl, Art, Umfang und vom Streitwert der Fälle. Die Rechnung kann in diesem Bereich nicht beeinflusst werden. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) konnten nicht eingehalten werden:

318: Mehr uneinbringliche Verfahrenskosten (allein ein Fall macht rund 156'000 Franken aus, zwei weitere Fälle je rund 68'000 Franken)

319: Höhere Kosten für unentgeltliche Prozessführung und Rechtsbeistände

421: Höhere Gebührenerträge

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6113–Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-176'960.30	-250'000	-503'587.15	-253'587.15	101,4
319	Übriger Betriebsaufwand	-116'694.35	-101'352	-169'754.05	-68'402.05	67,5
	Total Aufwand	-293'654.65	-351'352	-673'341.20	-321'989.20	91,6
421	Gebühren für Amtshandlungen	101'051.50	80'000	163'341.25	83'341.25	104,2
426	Rückerstattungen	4'495.15	1'000	41'811.05	40'811.05	4'081,1
427	Bussen	20'030.00	12'000	7'500.00	-4'500.00	-37,5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	200.00	5'000		-5'000.00	-100,0
	Total Ertrag	125'776.65	98'000	212'652.30	114'652.30	117,0
	Saldo	-167'878.00	-253'352	-460'688.90	-207'336.90	81,8

Kommentar Rechnung

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen ab von Anzahl, Art, Umfang und vom Ausgang der Fälle. Die Rechnung kann in diesem Bereich nicht beeinflusst werden. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) konnten nicht eingehalten werden:

318: Höhere Kostenübernahmen durch den Staat; mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen

319: Höhere Kosten für Parteikostenentschädigungen

421: Höhere Gebührenerträge

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-101'409.75	-45'000	-54'401.15	-9'401.15	20,9
319	Übriger Betriebsaufwand	-25'132.15	-29'069	-28'412.00	657.00	-2,3
	Total Aufwand	-126'541.90	-74'069	-82'813.15	-8'744.15	11,8
421	Gebühren für Amtshandlungen	112'270.00	120'000	147'680.00	27'680.00	23,1
426	Rückerstattungen	6'985.65	5'000	1.80	-4'998.20	-100,0
427	Bussen	300.00	2'000		-2'000.00	-100,0
	Total Ertrag	119'555.65	127'000	147'681.80	20'681.80	16,3
	Saldo	-6'986.25	52'931	64'868.65	11'937.65	22,6

Kommentar Rechnung

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen ab von Anzahl, Art, Umfang und teilweise vom Streitwert bzw. Ausgang der Fälle. Die Rechnung kann in diesem Bereich nicht beeinflusst werden. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) konnten nicht eingehalten werden:

318: Höhere Kostenübernahmen durch den Staat

421: Höhere Gebührenerträge

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6141–Staatsanwaltschaft: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-6'743'650.70	-6'634'500	-6'475'718.85	158'781.15	-2,4
304	Zulagen	-46'721.45	-50'000	-46'008.75	3'991.25	-8,0
305	Arbeitgeberbeiträge	-1'438'877.90	-1'459'600	-1'387'271.00	72'329.00	-5,0
309	Übriger Personalaufwand	-13'214.03	-13'500	-13'401.05	98.95	-0,7
310	Material- und Warenaufwand	-50'042.05	-60'000	-46'515.00	13'485.00	-22,5
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-3'313.45	-38'800	-33'310.35	5'489.65	-14,1
313	Dienstleistungen und Honorare	-10'491.41	-20'300	-15'152.20	5'147.80	-25,4
315	Unterhalt Mobilien	-35'204.95	-38'000	-35'326.87	2'673.13	-7,0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-53'396.96	-60'000	-42'270.90	17'729.10	-29,5
317	Spesenentschädigungen	-20'376.45	-20'000	-16'338.90	3'661.10	-18,3
319	Übriger Betriebsaufwand	-8'122.45	4'353	-9'205.05	-13'558.05	-311,5
	Total Aufwand	-8'423'411.80	-8'390'347	-8'120'518.92	269'828.08	-3,2
421	Gebühren für Amtshandlungen	11'133.43	8'000	24'396.98	16'396.98	205,0
426	Rückerstattungen	19'356.70	10'000	10'039.55	39.55	0,4
440	Zinsertrag	1'916.90	1'200	1'644.15	444.15	37,0
	Total Ertrag	32'407.03	19'200	36'080.68	16'880.68	87,9
	Saldo	-8'391'004.77	-8'371'147	-8'084'438.24	286'708.76	-3,4

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

301: Weniger Personalaufwand durch vorzeitige Kürzung der Personalstellen (je 0,1 Personaleinheiten ab Juli bzw. Oktober). Weitere Kommentare zu 301 vgl. unten b)

b) Weitere wesentliche Abweichungen

301: Weniger Personalaufwand wegen diverser Personalmutationen (Kündigung bzw. Pensionierung von mehreren sehr erfahrenen Mitarbeitenden, Wiederbesetzung der Stellen durch Personen mit weniger Erfahrung und damit tieferer Lohneinstufung). Minderaufwand reduziert um Fortdauer von zwei sehr komplexen Ermittlungsverfahren mit aufwändigen Übersetzungen (Telefonkontrolle)

305: Niedrigere Arbeitgeberbeiträge aufgrund der tieferen Lohnkosten

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	34'000.00	-5'000	-6'500.00	-1'500.00	30,0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'543'012.60	-1'300'000	-1'326'609.93	-26'609.93	2,0
319	Übriger Betriebsaufwand	-286'052.90	-133'644	-206'359.39	-72'715.39	54,4
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-2'270'193.75	-2'020'000	-2'685'623.25	-665'623.25	33,0
	Total Aufwand	-4'065'259.25	-3'458'644	-4'225'092.57	-766'448.57	22,2
421	Gebühren für Amtshandlungen	2'045'383.68	1'800'000	2'143'393.32	343'393.32	19,1
426	Rückerstattungen	250'201.54	80'000	303'853.47	223'853.47	279,8
427	Bussen	1'903'000.00	2'000'000	2'170'875.00	170'875.00	8,5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	44'188.25	50'000	101'925.49	51'925.49	103,9
	Total Ertrag	4'242'773.47	3'930'000	4'720'047.28	790'047.28	20,1
	Saldo	177'514.22	471'356	494'954.71	23'598.71	5,0

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

421: Höhere Erträge infolge Erhöhung der Spruchgebühren (EP 6.17). Weiterer Kommentar zu 421 vgl. unten b)

427: Höhere Erträge infolge Erhöhung der Bussenansätze (EP 6.17). Weiter Kommentar zu 427 vgl. unten b)

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen ab von Anzahl, Art, Umfang und vom Ausgang der Fälle. Die Rechnung kann in diesem Bereich nicht beeinflusst werden. Die Vorgaben für das Budget pauschale Kürzung KR) konnten nicht eingehalten werden:

361: Verfahrensbedingt höhere Beiträge an andere Kantone für ausserkantonale Platzierung von Untersuchungshäftlingen und höhere Beiträge an andere Kantone für

Straf- und Massnahmenvollzug Jugendlicher

421: Verfahrensbedingt höhere Gebührenerträge

426: Höhere Einnahmen aus Rückerstattungen

427: Verfahrensbedingt vermehrte Ausfällung von unbedingten Geldstrafen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6181–Verwaltungsgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-989'114.85	-975'200	-1'000'712.35	-25'512.35	2,6
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-1'065'534.55	-1'129'500	-1'113'833.05	15'666.95	-1,4
304	Zulagen	-646.00		-714.00	-714.00	
305	Arbeitgeberbeiträge	-437'437.85	-445'900	-447'585.45	-1'685.45	0,4
309	Übriger Personalaufwand	-4'722.80	-10'250	-9'838.55	411.45	-4,0
310	Material- und Warenaufwand	-26'079.61	-31'500	-25'237.28	6'262.72	-19,9
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-2'400	-1'827.60	572.40	-23,9
313	Dienstleistungen und Honorare	-52'103.00	-75'000	-58'553.00	16'447.00	-21,9
315	Unterhalt Mobilien	-7'067.90	-7'300	-7'083.30	216.70	-3,0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-3'971.44	-3'900	-3'955.41	-55.41	1,4
317	Spesenentschädigungen	-242.40	-2'500	-1'364.25	1'135.75	-45,4
319	Übriger Betriebsaufwand	-45'422.79	3'805	-1'370.50	-5'175.50	-136,0
	Total Aufwand	-2'632'343.19	-2'679'645	-2'672'074.74	7'570.26	-0,3
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000		-1'000.00	-100,0
426	Rückerstattungen	197.80				
429	Übrige Entgelte			390.00	390.00	
	Total Ertrag	197.80	1'000	390.00	-610.00	-61,0
	Saldo	-2'632'145.39	-2'678'645	-2'671'684.74	6'960.26	-0,3

Kommentar Rechnung

300/301: Mehraufwand bei n.a. Richter/innen infolge höherer Erledigungsquote, Minderaufwand bei Personal

313: Geringerer Aufwand für IT-Weiterentwicklungen. Mehraufwand für Dienstleistungen Dritter.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-39'502.10	-60'000	-96'958.05	-36'958.05	61,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-54'166.05	-47'305	-55'109.15	-7'804.15	16,5
	Total Aufwand	-93'668.15	-107'305	-152'067.20	-44'762.20	41,7
421	Gebühren für Amtshandlungen	173'360.00	140'000	234'220.00	94'220.00	67,3
425	Erlös aus Verkäufen			170.60	170.60	
426	Rückerstattungen	11'848.60		7'306.10	7'306.10	
	Total Ertrag	185'208.60	140'000	241'696.70	101'696.70	72,6
	Saldo	91'540.45	32'695	89'629.50	56'934.50	174,1

Kommentar Rechnung

a) Entlastungsprogramm

421: Höherer Gebührenertrag (zudem höhere Erledigungsquote)

b) Weitere wesentliche Abweichungen

313: Einzelne sehr hohe Gutachterkosten, die 2016 weiterverrechnet werden können.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-128'099.15	-100'000	-122'274.00	-22'274.00	22,3
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-92'444.15	-101'900	-92'594.50	9'305.50	-9,1
305	Arbeitgeberbeiträge	-28'850.65	-31'700	-28'526.20	3'173.80	-10,0
309	Übriger Personalaufwand	-4'913.00	-5'350	-3'852.80	1'497.20	-28,0
310	Material- und Warenaufwand	-2'388.78	-2'500	-2'121.56	378.44	-15,1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-4'500.00	-17'700	-36.00	17'664.00	-99,8
313	Dienstleistungen und Honorare	-50'227.85	-50'000	-35'419.05	14'580.95	-29,2
315	Unterhalt Mobilien	-3'000.00	-15'600	-8'292.82	7'307.18	-46,8
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-1'711.66	-2'700	-2'282.20	417.80	-15,5
317	Spesenentschädigungen	-2'175.90	-3'000	-1'741.10	1'258.90	-42,0
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'785.95	-1'561	-5'292.05	-3'731.05	239,0
	Total Aufwand	-323'097.09	-332'011	-302'432.28	29'578.72	-8,9
421	Gebühren für Amtshandlungen	195'644.25	100'000	172'842.90	72'842.90	72,8
	Total Ertrag	195'644.25	100'000	172'842.90	72'842.90	72,8
	Saldo	-127'452.84	-232'011	-129'589.38	102'421.62	-44,1

Kommentar Rechnung

300: Komplexere Schätzungsaufträge führten zu Mehraufwand (wird auf Auftraggeber umgewälzt)

311: Aufteilung der Position in 313 und 315

313: Geringere Gutachterkosten

421: Höherer Gebührenertrag

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Bilanz

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2014	Per 31.12.2015	Abw. in Fr.
1	Aktiven			
10	Finanzvermögen (FV)			
100	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
1000	Kasse	282'363.80	376'019.08	93'655.28
1001	Post	280'605'539.62	332'866'909.00	52'261'369.38
1002	Bank	247'913'114.49	198'021'876.44	-49'891'238.05
1004	Debit- und Kreditkarten	3'823.80	2'631.00	-1'192.80
100	Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	528'804'841.71	531'267'435.52	2'462'593.81
101	Forderungen			
1010	Forderungen aus Lieferungen/Leistungen an Dritte	46'398'211.97	45'811'324.73	-586'887.24
1011	Kontokorrente mit Dritten	1'024'073.74	1'250'175.59	226'101.85
1012	Steuerforderungen	31'960'441.11	41'299'641.59	9'339'200.48
1013	Anzahlungen an Dritte	10'145'802.45	12'165'107.16	2'019'304.71
1019	Übrige Forderungen	3'238'538.93	3'320'231.19	81'692.26
101	Total Forderungen	92'767'068.20	103'846'480.26	11'079'412.06
102	Kurzfristige Finanzanlagen			
1023	Festgelder (> 90 Tage)	160'000'000.00	200'000'000.00	40'000'000.00
102	Total Kurzfristige Finanzanlagen	160'000'000.00	200'000'000.00	40'000'000.00
104	Aktive Rechnungsabgrenzungen			
104	Aktive Rechnungsabgrenzungen	60'130'019.07	69'423'130.55	9'293'111.48
104	Total Aktive Rechnungsabgrenzungen	60'130'019.07	69'423'130.55	9'293'111.48
106	Vorräte			
1060	Handelswaren	1'245'105.66	1'243'089.86	-2'015.80
106	Total Vorräte	1'245'105.66	1'243'089.86	-2'015.80
107	Finanzanlagen			
1070	Aktien und Anteilscheine	30'585'000.00	34'165'000.00	3'580'000.00
1079	Übrige langfristige Finanzanlagen	250'000'000.00	100'000'000.00	-150'000'000.00
107	Total Finanzanlagen	280'585'000.00	134'165'000.00	-146'420'000.00
108	Sachanlagen FV			
1080	Grundstücke FV	91'211'243.25	86'741'608.00	-4'469'635.25
108	Total Sachanlagen FV	91'211'243.25	86'741'608.00	-4'469'635.25
10	Total Finanzvermögen	1'214'743'277.89	1'126'686'744.19	-88'056'533.70

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2014	Per 31.12.2015	Abw. in Fr.
14	Verwaltungsvermögen (VV)			
140	Sachanlagen VV			
1400	Grundstücke VV unüberbaut	1'904'000.00	1'885'000.00	-19'000.00
1401	Strassen/Verkehrswege	30'620'000.00	31'731'000.00	1'111'000.00
1402	Wasserbau	11'566'000.00	10'643'000.00	-923'000.00
1403	Übrige Tiefbauten	1'549'000.00	1'706'000.00	157'000.00
1404	Hochbauten	189'539'000.00	202'055'000.00	12'516'000.00
1405	Waldungen	84'000.00	83'000.00	-1'000.00
1406	Mobilien	12'945'000.00	13'970'000.00	1'025'000.00
1408	Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	11'888'000.00	10'933'000.00	-955'000.00
140	Total Sachanlagen VV	260'095'000.00	273'006'000.00	12'911'000.00
144	Darlehen VV			
1444	Darlehen an öffentliche Unternehmungen	12'600'000.00	12'600'000.00	0.00
1445	Darlehen an private Unternehmungen	25'990'840.50	27'696'985.00	1'706'144.50
1446	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	300'000.00	400'000.00	100'000.00
1447	Darlehen an private Haushalte	2'731'617.19	2'561'118.02	-170'499.17
144	Total Darlehen VV	41'622'457.69	43'258'103.02	1'635'645.33
145	Beteiligungen VV			
145	Beteiligungen VV	73'412'013.00	72'101'013.00	-1'311'000.00
145	Total Beteiligungen VV	73'412'013.00	72'101'013.00	-1'311'000.00
146	Investitionsbeiträge			
1461	Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	127'000.00	114'000.00	-13'000.00
1462	Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	12'069'000.00	11'237'000.00	-832'000.00
1464	Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	46'640'001.00	44'065'001.00	-2'575'000.00
1465	Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	1'528'000.00	1'982'000.00	454'000.00
1466	Invest.-beiträge private Org. ohne Erwerbszweck	19'049'000.00	17'143'000.00	-1'906'000.00
1467	Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	6'086'000.00	6'425'000.00	339'000.00
146	Total Investitionsbeiträge	85'499'001.00	80'966'001.00	-4'533'000.00
14	Total Verwaltungsvermögen	460'628'471.69	469'331'117.02	8'702'645.33
1	Total Aktiven	1'675'371'749.58	1'596'017'861.21	-79'353'888.37

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2014	Per 31.12.2015	Abw. in Fr.
2	Passiven			
20	Fremdkapital (FK)			
2000	Laufende Verbindlichkeiten aus Leistungen Dritter	60'024'092.39	61'961'855.30	1'937'762.91
2001	Kontokorrente mit Dritten	136'137'112.95	157'849'068.50	21'711'955.55
2002	Steuern	340'211'319.32	357'160'666.21	16'949'346.89
2003	Erhaltene Anzahlungen von Dritten	10'019'835.86	12'055'992.61	2'036'156.75
2004	Transfer-Verbindlichkeiten	5'623'854.72	5'708'877.64	85'022.92
2006	Depotgelder und Kautionen	3'776'476.70	4'188'335.35	411'858.65
2009	Übrige Laufende Verpflichtungen	228'956.14	412'385.62	183'429.48
200	Total Laufende Verbindlichkeiten	556'021'648.08	599'337'181.23	43'315'533.15
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten			
204	Passive Rechnungsabgrenzung			
204	Passive Rechnungsabgrenzung	74'700'820.74	62'697'834.85	-12'002'985.89
204	Total Passive Rechnungsabgrenzung	74'700'820.74	62'697'834.85	-12'002'985.89
205	Kurzfristige Rückstellungen			
2050	Kurzfristige Rückstellungen Mehrleistungen Personal	11'097'837.00	9'049'763.00	-2'048'074.00
2052	Kurzfristige Rückstellungen Prozesse	15'000.00	15'000.00	0.00
2055	Kurzfristige Rückstellungen übrige betriebliche Tätigkeiten		399'736.00	399'736.00
2059	Übrige Kurzfristige Rückstellungen	307'935.00	97'250.00	-210'685.00
205	Total Kurzfristige Rückstellungen	11'420'772.00	9'561'749.00	-1'859'023.00
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten			
2064	Darlehen	21'483'456.55	21'504'218.70	20'762.15
206	Total Langfristige Finanzverbindlichkeiten	21'483'456.55	21'504'218.70	20'762.15
208	Langfristige Rückstellungen			
2086	Langfristige Rückstellungen Vorsorgeverpflichtungen	1'278'000.00	1'494'000.00	216'000.00
208	Total Langfristige Rückstellungen	1'278'000.00	1'494'000.00	216'000.00
209	Verbindlichkeiten Spezialfinanzierungen FK			
2090	Spezialfinanzierung Zivilschutz		8'164'911.48	8'164'911.48
209	Total Verbindlichkeiten Spezialfinanzierungen FK		8'164'911.48	8'164'911.48
20	Total Fremdkapital	664'904'697.37	702'759'895.26	37'855'197.89

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2014	Per 31.12.2015	Abw. in Fr.
29	Eigenkapital (EK)			
290	Spezialfinanzierungen im Eigenkapital			
2900	Spezialfinanzierung Strassenbau	215'264'890.35	232'362'698.78	17'097'808.43
2901	Spezialfinanzierung Deponienachsorge	957'463.45	1'014'584.45	57'121.00
2902	Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	1'174'244.27	1'641'632.80	467'388.53
290	Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	217'396'598.07	235'018'916.03	17'622'317.96
294	Finanzpolitische Reserven			
2940,01	Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000.00	340'000'000.00	-40'000'000.00
294	Total Finanzpolitische Reserven	380'000'000.00	340'000'000.00	-40'000'000.00
296	Neubewertungsreserve Finanzvermögen			
2960,01	Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	49'861'490.65	47'369'358.05	-2'492'132.60
2960,02	Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-326'300.00	3'253'700.00	3'580'000.00
296	Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	49'535'190.65	50'623'058.05	1'087'867.40
298	Übriges Eigenkapital			
2980,02	Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'975'716.69		-7'975'716.69
298	Total Übriges Eigenkapital	7'975'716.69		-7'975'716.69
299	Freies Eigenkapital			
299	Total Freies Eigenkapital	355'559'546.80	267'615'991.87	-87'943'554.93
29	Total Eigenkapital	1'010'467'052.21	893'257'965.95	-117'209'086.26
2	Total Passiven	1'675'371'749.58	1'596'017'861.21	-79'353'888.37

Die Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung sind einzeln für jede Kontengruppe im Anhang unter Ziffer 4 beschrieben. Der Eigenkapitalnachweis sowie die Beteiligungs-, Anlage- und Rückstellungspiegel finden sich ebenfalls im Anhang unter Ziffer 5 bis 8.

Wichtigste Abweichungen

Aktiven

101 Forderungen: + 11,1 Millionen Franken

Zunahme: + 9,3 Millionen Franken bei den Steuerforderungen. Diese Position ist abhängig von Fakturierungen und dem Zahlungsverhalten der Kunden. Zudem nahmen die Vorauszahlungen bei den Kreditoren um 2,0 Millionen Franken zu.

102 Kurzfristige Finanzanlagen: + 40,0 Millionen Franken

Zunahme: Neuabschluss Festgelder + 50,0 Mio. Franken sowie Umbuchung von langfristigen Festgeldern + 150,0 Mio. Franken (Festgelder > 360 Tage, siehe Konto 1079).

Abnahme: Rückzahlungen kurzfristige Festgeldanlagen - 160,0 Mio. Franken

104 Aktive Rechnungsabgrenzung: + 9,3 Millionen Franken

Zunahme: Die Abgrenzungen sind abhängig vom Zeitpunkt der Fakturierung.

107 Finanzanlagen: - 146,4 Millionen Franken

Abnahme: Festgelder > 360 Tage - 150,0 Millionen Franken (siehe Kontengruppe 102)

Zunahme: Aktien und Anteilscheine (Konto 1070) + 3,6 Millionen Franken aufgrund nicht realisierter Kursgewinne auf Beteiligungen im Finanzvermögen.

14 Verwaltungsvermögen: + 8,7 Millionen Franken

Abhängig von den getätigten Investitionen und Abschreibungen. Die Nettoinvestitionen betrugen 77,8 Millionen Franken, die Abschreibungen 69,1 Millionen Franken.

Passiven

200 Laufende Verbindlichkeiten: + 43,3 Millionen Franken

Zunahme: Kontokorrente mit Dritten (Konto 2001) + 21,7 Mio. Franken, davon + 18,6 Mio. Franken NFA-Beiträge auf das Kontokorrent Bund der Eidg. Finanzverwaltung.

Steuern (Konto 2002) + 16,9 Millionen Franken. Der Bestand dieses Bilanzkontos ist abhängig von den Vorauszahlungen und Guthaben der Steuerzahlenden.

204 Passive Rechnungsabgrenzung: - 12,0 Millionen Franken

Abnahme: Hauptsächlich aus Abgrenzungen in der Investitionsrechnung.

205 Kurzfristige Rückstellungen: - 1,9 Millionen Franken

Abnahme: Reduktionen Ferien- und Arbeitszeitsaldo.

209 Verbindlichkeiten Spezialfinanzierungen FK: + 8,2 Millionen Franken

Zunahme: Überführung der Reserve Zivilschutzaufwendungen in eine Spezialfinanzierung im Fremdkapital (siehe Kontengruppe 298) inklusive Einlage 2015.

290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital: + 17,6 Millionen Franken

Zunahme: Hauptsächlich Einlage in Spezialfinanzierung Strassenbau.

294 Finanzpolitische Reserven: - 40,0 Millionen Franken

Abnahme: Auflösung Reserve Ressourcenausgleich NFA.

298 Übriges Eigenkapital: - 8,0 Millionen Franken

Abnahme: Überführung der Reserve Zivilschutzaufwendungen in eine Spezialfinanzierung im Fremdkapital (siehe Kontengruppe 209)

299 Freies Eigenkapital: - 87,9 Millionen Franken

Abnahme: Aufwandüberschuss Rechnung 2015.

Anhang zur Jahresrechnung

- 1 Rechtsgrundlage
- 2 Angewandtes Regelwerk und Abweichungen
- 3 Rechnungslegungsgrundsätze
- 4 Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung
- 5 Eigenkapitalnachweis
- 6 Rückstellungsspiegel
- 7 Beteiligungsspiegel
- 8 Anlagespiegel
- 9 Gewährleistungsspiegel
- 10 Zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der finanziellen Risiken von Bedeutung sind
- 11 Risikosituation und -management
- 12 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
- 13 Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

1 Rechtsgrundlage

Der vorliegende Geschäftsbericht basiert auf dem Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1).

2 Angewandtes Regelwerk und Abweichungen

Die Rechnungslegung erfolgt nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2), herausgegeben am 25. Januar 2008 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren sowie den Auslegungen des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP). Die Fachempfehlungen stellen Mindeststandards dar, welche alle öffentlichen Gemeinwesen erfüllen sollten. Abweichungen sind möglich, müssen aber im Anhang offen gelegt werden.

Die wichtigsten Abweichungen zum Rechnungslegungsmodell gemäss HRM2 resultieren aus übergeordnetem kantonalem Recht. Im Rahmen der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) werden die bestehenden Abweichungen überprüft und gegebenenfalls auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens bereinigt.

Fachempfehlungen 01 bis 21 und Auslegungen des Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP) mit Abweichungen:

- 01 Elemente des Rechnungslegungsmodells, Stand Januar 2008
- 02 Grundsätze, Stand 2008
- 03 Kontenrahmen HRM2 und funktionale Gliederung, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom Dezember 2009 und Mai 2011
Abweichungen:
 - Kontengruppe 1080 (Grundstücke): Keine Unterteilung in unbebaute Grundstücke und Gebäude inklusive Grundstück.
 - Kontengruppen 1407 (Anlagen im Bau Verwaltungsvermögen) und 1469 (Investitionsbeiträge an Anlagen im Bau) werden nicht verwendet. Es erfolgt keine Unterscheidung zwischen Anlagen im Bau und fertig gestellten Objekten.
 - Kontengruppe 1408 (Informatik): Gruppe für Software und Lizenzen (immaterielle Anlagen anstelle Kontengruppe 142) und Informatikgeräte (Mobilien).
 - Kontengruppe 299 (Bilanzüberschuss/-fehlbetrag) ist als freies Eigenkapital benannt.
 - Kontengruppe 3113 wird für Kauf Informatik (Infrastruktur / Anwendungen) statt Hardware verwendet.
 - Kontengruppe 3305 wird separat für Abschreibungen der Spezialfinanzierung Strassenbau verwendet.
- 04 Erfolgsrechnung, Stand Januar 2015 und Auslegung vom Juni 2014
Abweichung:
 - Wird als Laufende Rechnung bezeichnet.
- 05 Aktive und passive Rechnungsabgrenzung, Stand Januar 2008
- 06 Wertberichtigungen, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2009;
Abweichungen:
 - Wertberichtigungen zum Finanzvermögen (Finanzanlagen und Grundstücke) erfolgen über eine separate Passivposition in der Bilanz (statt über die Laufende Rechnung).
 - Wertberichtigungen auf dem Verwaltungsvermögen (Abschreibungen) werden direkt auf den Anlagen gebucht (statt auf einem Minus-Aktivkonto).
 - Wertberichtigungen zu den Debitoren (Delkredere) erfolgen pauschal (statt einzelwertberichtigt).
- 07 Steuererträge, Stand Januar 2008
- 08 Spezialfinanzierungen und Vorfinanzierungen, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom April 2011 und Dezember 2011;
Abweichungen:
 - Die Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung beruht auf einem Reglement (statt einer gesetzlichen Grundlage).
 - Alle Spezialfinanzierungen werden über die Laufende Rechnung (Artengruppe 35 und 45) ausgeglichen (statt über die Abschlusskonten).
- 09 Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom Dezember 2009 und September 2013
Abweichung:
 - Es erfolgen keine Rückstellungen in der Investitionsrechnung.
- 10 Investitionsrechnung, Stand Januar 2015
- 11 Bilanz, Stand Januar 2008

- 12 Anlagegüter – Anlagebuchhaltung, Stand Januar 2008
Abweichungen:
– Es wird keine Anlagebuchhaltung geführt.
– Unbebaute Grundstücke im Verwaltungsvermögen werden mit 1 Prozent abgeschrieben (statt keiner Abschreibung).
– Anlagen im Bau werden abgeschrieben.
– Anlagen der Strassenbau Spezialfinanzierung werden jährlich vollständig abgeschrieben.
- 13 Konsolidierte Betrachtungsweise, Stand Januar 2008
Abweichungen:
– Die Separatfondsverwaltung (Konsolidierungskreis 1) wird nicht in der Staatsrechnung konsolidiert.
– Anstalten und weiteren Organisationen im Konsolidierungskreis 3 werden nicht im Gewährleistungs- und Beteiligungsspiegel dargestellt.
- 14 Geldflussrechnung, Stand Januar 2015
- 15 Eigenkapitalnachweis, Stand Januar 2008
- 16 Anhang zur Jahresrechnung, Stand Januar 2008;
Abweichungen:
– Der Beteiligungsspiegel enthält keine Aussagen zu Tätigkeiten der Organisation, wesentliche weitere Beteiligte und Zahlungsströme oder zu spezifischen Risiken sowie keine konsolidierte Bilanz und Erfolgsrechnung der Organisation.
– Der Gewährleistungsspiegel enthält keine Typologie der Rechtsbeziehung, keine Aussagen zu Eigentümer der empfangenden Einheit, Zahlungsströme oder Angaben zu den mit der Gewährleistung gesicherten Leistungen.
- 17 Finanzpolitische Zielgrössen und Instrumente, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2015
- 18 Finanzkennzahlen, Stand Januar 2013
- 19 Vorgehen beim Übergang zu HRM2, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2010
Abweichungen:
– Die Grundstücke des Finanzvermögens wurden zum Zeitpunkt der HRM2-Einführung im Jahr 2012 nicht neu bewertet.
– Die Bewertung erfolgt mindestens alle zehn Jahre (statt alle drei bis fünf Jahre).
- 20 Musterfinanzhaushaltsgesetz, Stand Januar 2015
Abweichung:
Das Finanzhaushaltsgesetz entspricht nicht dem Musterfinanzhaushaltsgesetz.
- 21 Finanzinstrumente, Stand Januar 2013

3 Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung gibt ein Bild des Finanzhaushalts, welches möglichst weitgehend der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entspricht.

Die Rechnungslegung richtet sich nach den Grundsätzen der Bruttodarstellung, der Periodenabgrenzung, der Fortführung, der Wesentlichkeit, der Verständlichkeit, der Zuverlässigkeit, der Vergleichbarkeit und der Stetigkeit.

Gemäss dem Grundsatz der **Bruttodarstellung** werden Aufwände und Erträge, Aktiven und Passiven sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen getrennt voneinander ohne gegenseitige Verrechnung in voller Höhe ausgewiesen. Der Steuerertrag in der Kontengruppe 40 (Fiskalertrag) wird nach dem Soll-Prinzip verbucht.

Gemäss dem Grundsatz der **Periodenabgrenzung** werden alle Aufwände und Erträge in derjenigen Periode erfasst, in welcher sie verursacht werden.

Gemäss dem Grundsatz der **Fortführung** wird bei der Rechnungslegung von einer Fortführung der Tätigkeiten der Verwaltungseinheiten des Kantons Zug ausgegangen.

Gemäss dem Grundsatz der **Wesentlichkeit** werden sämtliche Informationen im Hinblick auf die Adressaten offengelegt, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Gemäss dem Grundsatz der **Verständlichkeit** sind die Informationen klar und nachvollziehbar.

Gemäss dem Grundsatz der **Zuverlässigkeit** werden die Informationen richtig und glaubwürdig dargestellt (Richtigkeit) sowie willkürfrei und wertfrei (Neutralität). Der wirtschaftliche Gehalt bestimmt die Abbildung der Rechnungslegung (wirtschaftliche Betrachtungsweise). Keine wichtigen Informationen werden ausser Acht gelassen (Vollständigkeit).

Gemäss dem Grundsatz der **Vergleichbarkeit** sind die Rechnungen des Kantons und der Verwaltungseinheiten sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar.

Gemäss dem Grundsatz der **Stetigkeit** sollen die Grundsätze der Rechnungslegung soweit als möglich über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben.

4 Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung

Aktiven

Finanzvermögen (FV)

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Die flüssigen Mittel umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken sowie kurzfristige Geldmarktanlagen (weniger als 90 Tage). Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Forderungen

Die kurzfristigen Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden, unerfüllten und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten. Zum Bilanzierungszeitpunkt werden allfällig gefährdete Vermögenswerte (zum Beispiel Kundenguthaben) wertberichtigt. Die Bewertung erfolgt zum Rechnungsbetrag (Nominalwert), abzüglich der pauschal berechneten Wertberichtigungen (Delkredere).

Kurzfristige Finanzanlagen

Kurzfristige Finanzanlagen sind monetäre Anlagen, welche in der Regel mit dem Ziel einer Rendite gehalten werden. Die Laufzeiten liegen zwischen 90 Tagen und einem Jahr. Die Bewertung der kurzfristigen Finanzanlagen erfolgt zum Nominalwert. Marchzinsen werden als Rechnungsabgrenzungen berücksichtigt.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

Der Zweck der aktiven Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Rechnungslegung. Alle Aufwände und Investitionsausgaben werden in derjenigen Periode erfasst, in welcher sie verursacht werden. Die Rechnungsabgrenzungen werden zum Nominalwert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5'000 Franken.

Vorräte

Handelswaren, das heisst Waren, die zum Verkauf gelangen, sind zu Anschaffungskosten oder zum tiefer liegenden Verkehrswert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5'000 Franken.

Finanzanlagen (langfristige)

Langfristige Finanzanlagen haben eine Laufzeit von über einem Jahr und werden mit der Absicht der dauernden Anlage gehalten. Sie zählen zum Finanzvermögen, da sie nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Die Aktien und Anteilscheine werden zum Verkehrswert bilanziert. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Bei börsenkotierten Titeln wird der Verkehrswert anhand des Jahresabschlusskurses festgelegt. Die Verbuchung der Verkehrswertanpassung erfolgt erfolgsneutral über die Neubewertungsreserve.

Sachanlagen Finanzvermögen

Die Sachanlagen im Finanzvermögen dienen nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die Bilanzierung erfolgt zum Verkehrswert. Grundstücke des Finanzvermögens werden mindestens alle zehn Jahre neu bewertet und entsprechend korrigiert. Wertberichtigungen zum Finanzvermögen erfolgen über eine separate Passivposition in der Bilanz. Überträge vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen erfolgen zum Buchwert, nach Berücksichtigung der Wertberichtigungen.

Aktiven

Verwaltungsvermögen (VV)

Im Verwaltungsvermögen befinden sich ausschliesslich Positionen, welche über die Investitionsrechnung aktiviert werden und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Die Aktivierungsgrenzen betragen für Sachanlagen 100'000 Franken (Ausnahmen: Informatikinvestitionen 50'000 Franken und Grundstückkäufe 1 Franken). Investitionsbeiträge, Darlehen und Beteiligungen werden alle aktiviert. Überträge vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen erfolgen zum Restbuchwert.

Sachanlagen Verwaltungsvermögen

Die Sachanlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einer Wertminderung unterliegen, werden ordentlich je Anlagekategorie nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben abgeschrieben. Die Abschreibungen werden degressiv vom Jahresend-Buchwert für das laufende Jahr vorgenommen. Die Abschreibungssätze sind wie folgt festgelegt: 1 Prozent pro Jahr für unbebaute Grundstücke, 10 Prozent pro Jahr für Hoch- und Tiefbauten, 30 Prozent pro Jahr für Mobilien (Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen) und 40 Prozent pro Jahr für die Informatik. Zusätzliche Abschreibungen müssen budgetiert oder aus der Überschussverwendung vorgenommen werden. Erhaltene Investitionsbeiträge werden gemäss Option 1, das heisst nach der Nettomethode aktiviert.

Darlehen Verwaltungsvermögen

Mit einem Darlehen stellt der Kanton einem Darlehensschuldner einen Geldbetrag befristet zur Verfügung. Es kann verzinslich oder unverzinslich sein. Die Bilanzierung erfolgt im Verwaltungsvermögen, wenn es zur Erfüllung einer Aufgabe dient, an welcher ein öffentliches Interesse besteht bzw. wenn die Förderung öffentlicher Interessen durch Dritte im Vordergrund steht. Darlehen werden in der Regel zum Nominalwert bilanziert. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, ist eine Bewertungskorrektur vorzunehmen.

Beteiligungen

Die Beteiligungen sind Anteile am Kapital anderer Unternehmen, Betriebe und Anstalten, die mit der Absicht der dauernden Anlage gehalten werden. Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden mit Ausnahme der Zuger Kantonalbank grundsätzlich auf einen Franken abgeschrieben. Die dafür notwendigen zusätzlichen Abschreibungen müssen budgetiert werden. Die Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonalbank erfolgt zum Nominalwert.

Investitionsbeiträge

Investitionsbeiträge sind geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Die Anlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einer Wertminderung unterliegen, werden mit 10 Prozent pro Jahr abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen müssen budgetiert oder aus der Überschussverwendung vorgenommen werden.

Passiven

Fremdkapital (FK)

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden und in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Tilgung vorgesehen. Die Bilanzierung erfolgt zum Nominalwert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Zweck der passiven Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Rechnungslegung. Alle Erträge und Investitionseinnahmen werden in derjenigen Periode erfasst, in der sie verursacht werden. Die Rechnungsabgrenzungen werden zum Nominalwert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5'000 Franken.

Kurzfristige und langfristige Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet für bestehende Verpflichtungen, bei denen der Zeitpunkt der Erfüllung und/oder die Höhe des künftigen Mittelabflusses mit Unsicherheiten behaftet sind. Rückstellungen werden ab 5'000 Franken pro Ereignisfall gebildet. Für die Investitionsrechnung erfolgen keine Rückstellungen. Die Bewertung erfolgt nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung. Rückstellungen werden jedes Jahr per 31.12. neu bewertet.

Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Langfristige Finanzverbindlichkeiten sind in der Regel in mehr als zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Tilgung vorgesehen. Die Bewertung erfolgt in der Regel zum Nominalwert. Marchzinsen werden als Rechnungsabgrenzungen berücksichtigt.

Spezialfinanzierungen im FK

Mit einer Spezialfinanzierung werden Mittel zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben zweckgebunden. Spezialfinanzierungen werden dem Fremdkapital zugeordnet, wenn die Rechtsgrundlage nicht geändert werden kann oder die Rechtsgrundlage auf übergeordnetem Recht basiert. Die Saldi werden bilanziert.

Passiven**Eigenkapital (EK)****Spezialfinanzierungen im EK**

Mit einer Spezialfinanzierung werden Mittel zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben zweckgebunden. Spezialfinanzierungen werden dem Eigenkapital zugeordnet, wenn für sie die Rechtsgrundlage geändert werden kann oder die Rechtsgrundlage zwar auf übergeordnetem Recht basiert, dieses aber dem eigenen Gemeinwesen einen erheblichen Gestaltungsspielraum offen lässt. Die Saldi werden bilanziert.

Finanzpolitische Reserven

Reserven sind für bestimmte Zwecke gebundenes Eigenkapital, siehe dazu auch Fachempfehlung Nr. 17 des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor. Einlagen in und Entnahmen aus dieser Reserve werden in der Regel als ausserordentlichen Aufwand respektive Ertrag gebucht.

Neubewertungsreserve Finanzvermögen

Grundstücke des Finanzvermögens werden mindestens alle zehn Jahre neu bewertet. Wertberichtigungen zum Finanzvermögen (Finanzanlagen und Grundstücke) erfolgen über diese separate Passivposition in der Bilanz.

Freies Eigenkapital

Ein Ertragsüberschuss im laufenden Rechnungsjahr wird dem freien Eigenkapital zugewiesen, ein Aufwandüberschuss dem freien Eigenkapital belastet.

5 Eigenkapitalnachweis

In Franken	Per 31.12.2014	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2015
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital				
Spezialfinanzierung Strassenbau	215'264'890	17'097'808		232'362'699
Spezialfinanzierung Deponienachsorge	957'463	57'121		1'014'584
Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	1'174'244	467'389		1'641'633
Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	217'396'598	17'622'318		235'018'916
Finanzpolitische Reserven				
Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000		-40'000'000	340'000'000
Total Finanzpolitische Reserven	380'000'000		-40'000'000	340'000'000

In Franken	Per 31.12.2014	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2015
Neubewertungsreserve Finanzvermögen				
Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	49'861'491	113'419	-2'605'552	47'369'358
Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-326'300	3'580'000		3'253'700
Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	49'535'191	3'693'419	-2'605'552	50'623'058
Übriges Eigenkapital				
Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'975'717		-7'975'717	
Total Übriges Eigenkapital	7'975'717		-7'975'717	
Freies Eigenkapital				
Total Freies Eigenkapital	355'559'547		-87'943'555	267'615'992
Total Eigenkapital (EK)	1'010'467'052	21'315'737	-138'524'824	893'257'966

6 Rückstellungsspiegel

In Franken	Per 31.12.2014	Erhöhung	Reduktion	Verwendung	Per 31.12.2015
Kurzfristige Rückstellungen					
Rückstellungen Mehrleistungen Personal	11'097'837		-2'048'074		9'049'763
Rückstellungen Prozesse	15'000	15'000	-15'000		15'000
Rückstellungen übrige betriebliche Tätigkeiten		399'736			399'736
Übrige kurzfristige Rückstellungen	307'935	97'250	-307'935		97'250
Langfristige Rückstellungen					
Langfristige Rückstellungen Überbrückungsrenten	1'278'000	1'494'000	-1'278'000		1'494'000
Total Rückstellungen	12'698'772	2'005'986	-3'649'009		11'055'749

7 Beteiligungsspiegel

In Franken	Rechtsform	Gesellschafts- kapital	Beteiligungs- quote in %	Wert- berichtigungen	Buchwert 31.12.2015	Ausschüttung an Kanton
Finanzvermögen (FV)						
Centralschweizerische Kraftwerke AG, 14'000 Namen	AG	2'970'126	0,24	280'000	3'290'000	42'000
Wasserwerke Zug AG, 2'500 Namen	AG	5'000'000	5,00	3'300'000	30'875'000	750'000
Total Beteiligungen Finanzvermögen (FV)					34'165'000	792'000

In Franken	Rechtsform	Gesellschafts- kapital	Beteiligungs- quote in %	Wert- berichtigungen	Buchwert 31.12.2015	Ausschüttung an Kanton
Verwaltungsvermögen (VV)						
Zugerland Verkehrsbetriebe AG, 13'056 Namen	AG	9'600'000	68,00	-1'308'000	1	
Zuger Kantonalbank, 144'144 Inhaber	AG nach öffent- lichem Recht	144'144'000	50,00		72'072'000	27'747'720
Schweizer Salinen AG, 72 Namen	AG	11'164'000	0,64		1	18'000
Schiffahrtsgesellschaft Zugersee AG, 201 Inhaber	AG	1'450'000	1,39		1	
Selfin Invest AG, 72 Namen	AG	10'000'000	0,72		1	
TMF Extraktionswerk AG, 39 Namen	AG	1'200'000	0,98		1	
Zuger Kantonsspital AG, 9'900 Namen	AG	10'000'000	99,00		1	
InNET Monitoring AG, 200 Namen	AG	1'200'000	16,67		1	
Parkleitsystem Zug AG, 5'600 Namen	AG	410'000	13,66	-3'000	29'000	
Schweizerische Nationalbank, 400 Namen	Spezialgesetz- liche AG	25'000'000	0,40		1	6'000
BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU, 3 AS	Genossenschaft	1'580'000 ¹⁾	0,19		1	90
Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit SGH, 50 AS	Genossenschaft	26'511'000 ¹⁾	0,09		1	
Schweizer Reisekasse (Reka) Genossenschaft, 4 AS	Genossenschaft	536'000 ¹⁾	0,19		1	
Axpo Holding AG, 323'166 Namen	AG	370'000'000	0,87		1	
VIACAR AG, 50 Namen	AG	250'000	20,00		1	66'400
Total Beteiligungen Verwaltungsvermögen (VV)				-1'311'000	72'101'013	27'838'210

¹⁾ Gesellschaftskapital per 31.12.2014

Die Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonalbank erfolgt zum Nominalwert. Die Beteiligung an der Parkleitsystem Zug AG wird jährlich mit 10 % über die Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung abgeschrieben.

8 Anlagespiegel

In Franken	Bilanz per 31.12.2014	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2015
Sachanlagen Verwaltungsvermögen						
Grundstücke VV unüberbaut	1'904'000			-19'000		1'885'000
Strassen/Verkehrswege	30'620'000	4'640'017		-3'529'017		31'731'000
Strassenbau Spezialfinanzierung		18'108'079		-18'108'079		
Wasserbau	11'566'000	260'110		-1'183'110		10'643'000
Übrige Tiefbauten	1'549'000	348'038		-191'038		1'706'000
Hochbauten	189'539'000	34'979'781		-22'463'781		202'055'000
Waldungen	84'000			-1'000		83'000
Mobilien	12'945'000	7'057'500	-34'500	-5'998'000		13'970'000
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	11'888'000	6'350'416		-7'305'416		10'933'000
Total Sachanlagen VV	260'095'000	71'743'941	-34'500	-58'798'441		273'006'000

In Franken	Bilanz per 31.12.2014	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2015
Darlehen Verwaltungsvermögen						
Darlehen an öffentliche Unternehmungen	12'600'000					12'600'000
Darlehen an private Unternehmungen	25'990'841	2'041'000	-334'856			27'696'985
Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	300'000	100'000				400'000
Darlehen an private Haushalte	2'731'617	185'000	-355'499			2'561'118
Total Darlehen VV	41'622'458	2'326'000	-690'355			43'258'103
Investitionsbeiträge						
Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	127'000			-13'000		114'000
Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	12'069'000	417'762		-1'249'762		11'237'000
Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	46'640'001	2'322'496		-4'897'496		44'065'001
Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	1'528'000	675'630		-221'630		1'982'000
Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	19'049'000	-1'023		-1'904'977		17'143'000
Investitionsbeiträge an private Haushalte	6'086'000	1'053'932		-714'932		6'425'000
Total Investitionsbeiträge	85'499'001	4'468'798		-9'001'798		80'966'001
Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen						
Handelswaren	1'245'106	50'081	-52'097			1'243'090
Grundstücke FV	91'211'243	629'688	-2'607'191	113'419	-2'605'552	86'741'608
Total Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen	92'456'349	679'769	-2'659'288	113'419	-2'605'552	87'984'698

9 Gewährleistungsspiegel

Im Gewährleistungsspiegel sind Tatbestände aufgeführt, aus denen sich in Zukunft eine wesentliche Verpflichtung des Gemeinwesens ergeben kann.

9.1 Bürgschaften

Keine.

9.2 Garantieverpflichtungen

- Gläubiger der Zuger Kantonalbank
Staatsgarantie gemäss § 4 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 (BGS 651.1).
Betrag: Offen

9.3 Weitere Eventualverpflichtungen

- 1552 Kindes- und Erwachsenenschutz
Acht Haftungsschäden betreffend Ergänzungsleistungen
Betrag: 40'000 Franken
- 3000 Direktionssekretariat der Baudirektion
Reservierte Förderbeiträge im nationalen Förderprogramm «Das Gebäudeprogramm». Zur Finanzierung sind Bundesmittel aus der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe vorgesehen. Eine allfällige Überverpflichtung verbleibt in der Verantwortung des Kantons.
Betrag: 1,47 Millionen Franken
- 5065/5068 Kantons- und Bundessteuern
Es besteht jederzeit das Risiko, dass bereits veranlagte und bezahlte Steuern zurückgezahlt werden müssen. Bei bereits bezahlten definitiven Forderungen kann dies etwa bei internationalen Verständigungsverfahren oder Schiedsgerichtsurteilen gemäss den einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen und internationalen Verträgen oder bei nachträglicher Feststellung einer verfassungsrechtlich unzulässigen interkantonalen Doppelbesteuerung der Fall sein. Bei bezahlten provisorischen Forderungen kann die definitive Forderung ausserdem tiefer ausfallen und eine Rückzahlungspflicht des Kantons auslösen, wenn im Laufe des Veranlagungsprozesses oder der darauf folgenden Rechtsmittelverfahren neue steuermindernde Erkenntnisse zugunsten der betroffenen natürlichen oder juristischen Person bekannt werden.
Die Aufzählung der Risiken ist nicht abschliessend. Das Gesamtrisiko lässt sich mangels Vorhersehbarkeit der Fälle und der Tragweite pro Einzelfall nicht quantifizieren.

9.4 Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen

- Die Zuger Pensionskasse ist gemäss § 3 Absatz 1 des Pensionskassengesetzes vom 29. August 2013 (BGS 154.31) im System der Teilkapitalisierung finanziert. Die Staatsgarantie deckt den nicht voll finanzierten Teil zwischen dem Ausgangsdeckungsgrad von 84 Prozent und 100 Prozent Deckungsgrad. Per 31. Dezember 2015 besteht kein nicht finanzierter Teil, da der globale Deckungsgrad weiterhin über 100 Prozent liegt.

Der Vorstand der Zuger Pensionskasse hat den technischen Zinssatz, der für die Ermittlung des notwendigen Kapitalbedarfs für die Rentenleistungen massgebend ist, von bisher 3,0 Prozent auf 2,0 Prozent gesenkt. Mit diesem Entscheid trägt der Vorstand den gesunkenen zukünftigen Zinserwartungen Rechnung. Infolge dieser Massnahme reduzierte sich der Deckungsgrad von 108,9 Prozent Ende 2014 auf 101,6 Prozent per 31. Dezember 2015. Ohne Reduzierung des technischen Zinssatzes und der damit verbundenen Erhöhungen der Rückstellungen und des Rentendeckungskapitals wäre der Deckungsgrad gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Per Jahresende besteht eine Überdeckung von 52,4 Millionen Franken.

Der Kanton und die angeschlossenen Arbeitgebenden leisten weiterhin einen Umlagebeitrag bis zum Erreichen der Vollkapitalisierung. Dieser beträgt 2,0 Prozent auf der versicherten Lohnsumme für das Jahr 2016 aufgrund des Deckungsgrads von 101,6 Prozent.

Gemäss § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse vom 29. August 2013 (BGS 154.31) stellen die Gemeinden die Garantie für den jeweils auf ihre Destinatäre anfallenden Teil der Garantie sowie für die ihnen wirtschaftlich eng verbundenen Anschlüsse. Der Kanton stellt die Garantie für die übrigen Destinatäre.

- Beitragsrechnung der Pensionskasse vom Dezember 2015 für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge
Betrag: 4,11 Millionen Franken

10 Zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der finanziellen Risiken von Bedeutung sind

10.1 Leasingverbindlichkeiten

- Finanzierungs-Leasing
Keine
- Operatives Leasing
Diverse Ämter sind im Besitz von Kopiermaschinen mit Serviceverträgen.

10.2 Gesamtbetrag der zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändeten oder abgetretenen Aktiven sowie Aktiven unter Eigentumsvorbehalt

Null

10.3 Informationen zu Bilanzbereinigungen

Keine

10.4 Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Keine

10.5 Eventualforderungen

- Richterliche Behörden
Ersatzforderungen aus Strafverfahren gemäss Art. 71 StGB. Zurzeit bestehen beim Obergericht in 10 Fällen Ersatzforderungen. Diese werden in der Jahresrechnung nicht verbucht, weil völlig offen ist, ob und wann sie erhältlich gemacht werden können. Falls etwas eingeht, muss der Betrag unter Umständen zunächst zugunsten der Geschädigten verwendet werden bzw. ist danach hälftig mit dem Bund zu teilen.
Betrag: 6,73 Millionen Franken
- 5065/5068 Kantons- und Bundessteuern
Es besteht jederzeit die Chance, dass Steuern für vergangene Jahre nachträglich in Rechnung gestellt oder erhöht werden können. Bei bereits bezahlten definitiven Forderungen kann dies etwa bei internationalen Verständigungsverfahren oder Schiedsgerichtsurteilen gemäss den einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen und internationalen Verträgen der Fall sein. Bei bezahlten provisorischen Forderungen kann die definitive Forderung ausserdem höher ausfallen und zusätzliche Zahlungspflichten zu Gunsten des Kantons auslösen, wenn im Laufe des Veranlagungsprozederes oder der darauf folgenden Rechtsmittelverfahren neue steuererhöhende Erkenntnisse zu Lasten der betroffenen natürlichen oder juristischen Person bekannt werden. Die Aufzählung der Eventualforderungen ist nicht abschliessend. Ein Gesamtbetrag lässt sich mangels Vorhersehbarkeit der Fälle und der Tragweite pro Einzelfall nicht quantifizieren.

11 Risikosituation und -management

Es besteht ein Inventar über Versicherungsrisiken, welches im Jahr 2013 letztmals aktualisiert wurde. Es handelt sich nicht um ein umfassendes kantonales Risikomanagement, sondern um eine Erhebung derjenigen Risiken, welche entweder «versicherbar» bzw. «nicht versicherbar» sind. Dabei wurden alle von den Direktionen genannten Risiken, in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung, nach ihrer finanziellen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit beurteilt.

Die Finanzverwaltung verfügt im Bereich der eigenen Finanzrisiken über ein internes Kontrollsystem (IKS). Es liegen Hilfsmittel vor für die Erfassung, Bewertung und Bewältigung der entsprechenden Risiken.

12 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Eventualverpflichtung

Am 10. März 2016 erfolgte eine Betreibung gegen den Kanton Zug über 215 Millionen Franken, eingeleitet durch eine vierköpfige Interessengemeinschaft. Die Betreibung wird begründet mit mangelhafter Amtsführung des Kantons in Sachen First Swiss Pension Fund. Weiterführende Informationen zur Begründung liegen zurzeit noch nicht vor. Der Landammann und der Landschreiber haben am 10. März 2016 Rechtsvorschlag erhoben. Aufgrund der zurzeit bekannten Begleitumstände (unter anderem Bundesgerichtsurteil vom 18. Dezember 2014) geht der Regierungsrat davon aus, dass die Forderung unbegründet ist.

13 Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

Rahmenkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
20	Volkswirtschaftsdirektion								
VD0001R	Wohnbau- und Wohneigentumsförderung WFG 1992	26.03.92/ 27.08.92/ 30.01.03	20'000'000	13'482'711	6'517'289	19'000'000	13'482'711	5'517'289	
	Beiträge zu Lasten Laufende Rechnung			13'482'711			13'482'711		486'115
VD0002R	Förderung von preisgünstigem Wohnraum 2003/2010	30.01.03 06.05.10	48'900'000	10'541'898	38'358'102	39'000'000	10'541'898	28'458'102	
	Total zugewiesene Objektkredite			1'516'000			1'516'000		176'000
	Beiträge zu Lasten Laufende Rechnung			9'025'898			9'025'898		1'373'668
VD0003R	Darlehen Wohnraumförderung WFG 2010	06.05.10	36'000'000	1'865'000	34'135'000	10'000'000	1'865'000	8'135'000	
	Total zugewiesene Objektkredite			1'865'000			1'865'000		1'865'000
	Beiträge zu Lasten Laufende Rechnung								
VD0004R	Förderung von alternativen Wohnformen	06.05.10	500'000		500'000	500'000		500'000	
	Total zugewiesene Objektkredite								
VD0005R	Vorfinanzierung von Bahnprojekten	26.11.09	400'000'000	12'600'000	387'400'000	0	12'600'000	-12'600'000 ¹⁾	
	Total zugewiesene Objektkredite		16'000'000	12'600'000			12'600'000		
VD0006R	Planung und Projektierung Bahnprojekte (Nettokredit)	31.03.11	5'500'000			2'700'000	308'305	2'391'695	
	Total zugewiesene Objektkredite						308'305		11'197
VD0007R	Bahnbau (Nettokredit)	31.03.11	2'500'000			1'500'000	15'208	1'484'792	
	Total zugewiesene Objektkredite						15'208		
30	Baudirektion								
BD0003R	Altlastensanierung Schiessanlagen	29.01.09	2'000'000	827'777	1'172'223	2'000'000	827'777	1'172'223	
	Total zugewiesene Objektkredite			827'777			827'777		192'475
BD0004R	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf	26.01.12	10'000'000	7'716'922	2'283'078	7'500'000	6'338'322	1'161'678	
	Total zugewiesene Objektkredite			7'716'922			6'338'322		1'053'932

¹⁾ Finanzierungsgeschäfte, die zurückbezahlt werden müssen

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
BD0005R	Aufnahme Sachplan Übertragungsleitung Elektrizität	22.05.14	1'000'000	26'176	973'824	1'000'000	26'176	973'824	
	Total zugewiesene Objektkredite			26'176			26'176		26'176
BD0006R	Bodensanierung Nachfolgeschäden Nationalstrassen	22.05.14	1'700'000	653'170	1'046'830	850'000	326'585	523'415	
	Total zugewiesene Objektkredite			653'170			326'585		295'187
TB0002R	Strassenbauprogramm 2004-2014 (Nettokredit)	18.12.03/ 30.09.10	248'000'000			150'000'000	128'393'554 ²⁾	21'606'446	
	Total zugewiesene Objektkredite						128'393'554		8'535'298
TB0004R	Planung und Bau «Umfahrung Cham-Hünenberg»	01.06.06 07.07.11	230'000'000	17'587'225	212'412'775	194'100'000	17'557'894	176'542'106	
	Total zugewiesene Objektkredite		195'000'000	17'587'225			17'557'894		754'777
TB0006R	Beschaffung von Landesreserven 2011-2016	24.02.11	14'000'000	4'423'414	9'576'586	4'423'414	4'423'414	0	
	Total zugewiesene Objektkredite			221'513			221'513		
	Total Buchungen im Finanzvermögen			4'201'901			4'201'901		
TB0007R	Strassenbauprogramm 2014-2022 (Nettokredit)	28.08.14	216'000'000			216'000'000	3'432'967	212'567'033	
	Total zugewiesene Objektkredite						3'432'967		2'572'970

Rahmenkredite: Status abgeschlossen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
30	Baudirektion								
BD0002R	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf	29.10.09/ 05.05.11	6'000'000	5'496'484	503'516		3'469'484		
	Total zugewiesene Objektkredite			5'496'484			3'469'484		
Total Rahmenkredite							203'609'295	448'433'603	17'342'795

²⁾ Korrektur Ist-Saldo, da gemäss Fiko-Bericht Nr. 3-2016 die Investition TB3020.0004.871 im Betrag von 458'047 Franken nicht zu einem Strassenbauprogramm gehört.

Objektkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
15	Direktion des Innern								
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie								
1580.0001	Archäologische Rettungsgrabung Cham-Alpenblick II (Laufende Rechnung)	26.03.09	4'270'000	3'331'539	938'461	3'651'943	2'713'482	938'461	187'848
20	Volkswirtschaftsdirektion								
2011	Amt für Berufsbildung								
2011.0003	Beitrag an Aufbaukosten Dept. Informatik der FHZ	02.07.15	1'000'000		1'000'000	1'000'000		1'000'000	
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
2035.0001	öV-Feinverteiler Planung	18.12.03	4'200'000	1'157'867	3'042'133	1'200'000	1'157'867	42'133	20'058
2035.0015	öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe	18.12.03	3'900'000	1'009'217	2'890'783	1'000'000	949'702	50'298	
2035.0025	Ausbau Strecke Thalwil-Zug / 4. TE S-Bahn Zürich	25.08.11	4'000'000	1'455'688	2'544'312	1'460'000	1'455'688	4'312	17'612
2035.0026	S-Bahnhaltestelle Steinhausen Riggiblick	25.08.11	11'620'000	6'841'472	4'778'528	6'100'000	4'943'672	1'156'328	
30	Baudirektion								
3020	Tiefbauamt								
3020.0012	Lorzenaufweitung, Gemeinde Baar	27.01.11	4'800'000	3'804'659	995'341	2'557'000	2'556'653	347	
3020.0016	Renaturierung Tobelbach, Gemeinde Cham	29.08.13	8'500'000	3'419'499	5'080'501	4'900'000	1'703'117	3'196'883	314'334
3020.0017	Ausbau Littibach, Baar	29.08.13	5'200'000	2'852'912	2'347'088	1'800'000	1'773'287	26'713	-230'880
3020.0043	Brücke Städtlerwald, Cham	30.09.10	9'831'000	5'511'471	4'319'529	4'000'000	3'989'074	10'926	84'651
3020.0045	öV-Feinverteiler, Unterführung Sumpf	24.11.11	30'800'000	19'366'006	11'433'994	12'760'000	13'131'942	-371'942 ¹⁾	1'607'760
3020.0141	Planung, Landerwerb und Bau «Grindel-Bibersee»	25.10.07	30'300'000	24'288'007	6'011'994	27'200'000	23'268'224	3'931'776	2'541'441
3020.0147	Planung, Landerwerb und Bau «Tangente Zug/Baar»	28.05.09	201'000'000	8'827'565	192'172'435	215'000'000	8'827'565	206'172'435	1'102'591

¹⁾ Einnahmen des Bundes noch ausstehend

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
3060	Hochbauamt								
3060.0001	Sanierung Hofstrasse 15, Zug	24.02.05	3'110'000	158'544	2'951'456	200'000	158'544	41'456	
3060.0081	Umbau Museum in der Burg	29.03.12	3'575'000	3'306'732	268'268	3'306'732	3'306'732	0	-902
3060.0095	Projektierung AVS, Steinhausen	24.06.10	2'800'000	2'635'633	164'367	2'635'633	2'635'633	0	18'700
3060.0105	Realisierung Labor u. Verwaltungsgebäude AVS Steinhausen	20.02.14	22'232'000	6'337'494	15'894'506	22'232'000	6'337'494	15'894'506	5'020'497
3060.0106	Landerwerb und Realisierung Neu- und Umbauten KSM	28.08.14	110'700'000	27'227'511	83'472'489	110'700'000	27'227'511	83'472'489	11'496'934
3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	03.05.12	33'500'000	10'477'092	23'022'908	29'500'000	10'477'092	19'022'908	3'966'346
3060.0117	Planung und Realisierung Trakt 5 am GIBZ	29.08.13	25'710'000	920'869	24'789'131	25'710'000	920'869	24'789'131	920'869
3060.0119	Planung und Realisierung Schulraumprovisorium KSZ	26.06.14	9'798'000	3'653'073	6'144'927	9'798'000	3'653'073	6'144'927	3'359'039
3060.0120	Dreifachsporthalle für die Kantonsschule Zug	29.01.15	18'700'000	280'241	18'419'759	15'700'000	280'241	15'419'759	280'241
3060.0121	Planung und Realisierung Trakt 1 am GIBZ	29.08.13	8'180'000	3'348'589	4'831'412	8'180'000	3'348'589	4'831'411	1'922'829
3060.0126	Ausbau Liegenschaft Artherstrasse, Zug	31.10.13	4'735'000	3'679'483	1'055'517	4'735'000	3'679'483	1'055'517	1'729'222
3060.0128	Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei Bostadel	30.08.12	981'875	900'000	81'875	981'875	900'000	81'875	
3060.0137	Projektierung Erweiterung AZ Schönau, Cham	29.08.13	1'400'000	1'225'707	174'293	1'400'000	1'225'707	174'293	943'883
3060.0150	Kauf Chamau/ Bauliche Massnahmen Chamau u. Schluecht	29.08.13	24'525'000	15'335'435	9'189'565	24'525'000	15'335'435	9'189'565	335'435
3060.0153	Asylunterkunft GS 1201, Allenwinden, Baar	28.08.14	1'527'000	1'526'679	321	1'526'679	1'526'679	0	1'526'679
3061	Parkraumbewirtschaftung								
3061.0022	Beteiligung am Parkleitsystem der Stadt Zug	27.05.10	440'000	141'019	298'981	101'019	101'019	0	433
3080	Amt für Raumplanung								
3080.0006	Hochspannungsleitung, Entschädigung	08.05.08	2'030'000	1'842'692	187'308	1'353'000	1'228'461	124'539	18'931

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
35	Sicherheitsdirektion								
3590	Zuger Polizei								
3590.0044	Funkerschliessung mit Polycom	03.05.12	19'200'000	13'895'722	5'304'278	14'021'733	11'007'722	3'014'011	3'181'493

Objektkredite: Status abgeschlossen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2015
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restbetrag	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
30	Baudirektion								
3020	Tiefbauamt								
3020.0154	Fertigstellungskredit Nordzufahrt	28.06.01 29.01.15	695'000	711'963	-16'963		711'963		27'350
3060	Hochbauamt								
3060.0122	Planung und Bau Stadtgarten, Zug	29.03.12	3'630'000	2'899'432	730'568		1'426'826		
Total Objektkredite							161'959'346	399'415'057	40'393'394

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen

Nachweis Investitionsrechnung 2015

Nettoausgaben Rahmenkredite	17'342'795
– Aufwand Laufende Rechnung (VD0001R und VD0002R)	-1'859'783
Nettoausgaben Objektkredite	40'393'394
– Aufwand Laufende Rechnung (1580.0001)	-187'848
Budgetkredite	22'125'325
Total Nachweis Investitionsrechnung 2015	77'813'884

Investitionsrechnung 2015

77'813'884

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Pädagogische Hochschule Zug

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gebäudeversicherung Zug

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben der regulären Aufgabenerfüllung in den verschiedenen Leistungsbereichen lag der Fokus der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) auf der Umsetzung der in der Strategie 2015–2018 festgelegten Schwerpunkte, insbesondere auf der Studienplanreform 2016 und dem Bildungs- und Schulleitungssymposium 2015. In den Strategiebereichen Stärkung und Ausbau von Kooperationen, Angebotsentwicklung, Konsolidierung von internen Prozessen sowie der internen Zusammenarbeit konnten die Arbeiten erfolgreich vorangetrieben werden.

Stärkung von Kooperationen: lokal und kantonal ...

Die Strategie 2015–18 der PH Zug setzt, wie dies auch im PH-Gesetz (§ 4) vorgesehen ist, einen Fokus auf die Entwicklung von Kooperationen. Die PH Zug hat ihre bestehenden lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Kooperationen vertieft und ausgebaut. Dabei kam der Pflege und dem Aufbau von Kooperationen mit lokalen Partnerinstitutionen besondere Bedeutung zu. Die PH Zug konnte zu kantonalen Schulentwicklungsprojekten in Kooperation mit den Schulleitungen der gemeindlichen Schulen und dem Amt für gemeindliche Schulen (AgS) einen wichtigen Beitrag leisten (bspw. interaktive Plattform Sek I plus). Die PH Zug arbeitete in verschiedenen kantonalen Gremien mit, so in der Quartalskonferenz der Rektorenkonferenz oder in den kantonalen Fachgruppen. Der erste Zyklus der Kooperationsbesuche bei den Schulleitungen der gemeindlichen Schulen konnte abgeschlossen werden. Wichtigstes Thema war die Stärkung der Zusammenarbeit in der berufspraktischen Ausbildung der Studierenden. Die PH Zug hat die Zusammenarbeit mit weiteren kantonalen Bildungsinstitutionen ausgebaut. Besonders erwähnenswert ist der Abschluss einer Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Gewerblich-industriellen Bildungszentrum GIBZ. Erste Projekte konnten bereits erfolgreich gestartet werden.

... und interkantonal

Im interkantonalen Bereich ist die Kooperation mit der Partnerhochschule PH Luzern wichtig. Hier konnten die bestehenden Zusammenarbeitsformen weitergeführt werden. Unter anderem wurde mit der PH Luzern ein gemeinsames Entwicklungsprojekt gestartet (Entwicklung von Videodokumentationen zum kompetenzorientierten Unterricht in verschiedenen Fächern). Darüber hinaus wurden mit der PH Luzern und der PH Schwyz bestehende Kooperationsprojekte wie die Ausbildung von Praxislehrpersonen und die interne Sprachkompetenzprüfung weiterentwickelt.

Bildungs- und Schulleitungssymposium (SLS)

Mit dem Bildungs- und Schulleitungssymposium (SLS) konnte die Erfolgsgeschichte der vorausgegangenen Tagungen weitergeschrieben werden. Es gelang wiederum, viele namhafte nationale und internationale Bildungspartnerinnen und -partner einzubinden, unter anderem Pädagogische Hochschulen und Universitäten verschiedener Länder, Lehrpersonen- und Schulleitungsverbände (LCH, VSLCH, asd), die Weiterbildungszentrale wbz, Verbände und Stiftungen, Bildungslandschaften (beispielsweise Stadt Zug). Im Netzwerk von Lehrpersonen, Bildungsbehörden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entstand ein fruchtbarer Dialog, der am SLS 2017 weitergeführt werden soll.

Konsolidierung von internen Prozessen und der internen Zusammenarbeit

Die PH Zug trieb die Konsolidierung der internen Prozesse – insbesondere bezogen auf die interne Zusammenarbeit sowie die Managementprozesse – voran. In den kommenden Jahren wird der Hauptfokus auf der Qualitätssicherung und -entwicklung liegen – dazu konnten 2015 erste Entwicklungsschritte eingeleitet werden.

Angebotsentwicklung

Im Bereich der Angebotsentwicklung arbeitete die PH Zug intensiv an den laufenden Reformprojekten. Sie implementierte das letzte Studienjahr der Studienplanreform 2013 und arbeitete gleichzeitig an der Studienplanreform 2016 (Allrounder-Ausbildung), deren Inkraftsetzung per Studienjahr 2016/17 ansteht.

Projekte vom digitalen Lernen bis zum Musical

Die PH Zug startete mit der Firma Samsung ein Partnerschaftsprojekt im Bereich des digitalen Lernens. Diese Projektförderung soll der Weiterentwicklung der Hochschuldidaktik im Bereich des E-Learnings zugutekommen. Mit der Einrichtung eines Educational Labs ist ein Ort geschaffen, an dem Studierende, Dozierende und Lehrpersonen mit ihren Schulklassen multimediale Lernsettings entwickeln und erproben können.

Zum Jahresende fand im Casino die Uraufführung des Weihnachtsmusicals «Die Hirten auf dem Feld» statt. Diese Vertonung des gleichnamigen Bilderbuches von Max Huwyler setzte die Musikanimationsstelle der PH Zug zusammen mit Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern und dem Stadtorchester um.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) bildet Lehrpersonen für die Volksschule der Stufen Kindergarten/Unterstufe und der Primar aus, bietet bedarfsorientierte Weiter- und Zusatzausbildungen an und vermittelt und erbringt Beratungsleistungen. Sie betreibt Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, Interkulturalität und pädagogische Entwicklungszusammenarbeit, Mündlichkeit in Schule und Unterricht sowie allgemeine Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie sorgt für den Wissenstransfer zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2015		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht; die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	●	
A	Etablierung Qualitätssicherungssystem	Das HFKG-orientierte Qualitätssicherungssystem wird umgesetzt	○	Grundlagenarbeiten 2015 begonnen; Konzept und Umsetzung erfolgen 2016/17
C	Strategieprozess	Gemäss Projektplan	●	
D	Einführung eines Ressourcenmanagementtools	Die Implementierung des Tools und die Einführung in den Regelbetrieb sind abgeschlossen	◐	Einsatz ab Januar 2016 für die Planung des Studienjahrs 2016/17
Leistungsgruppe 1: Lehre				
2	Festigung der Studierendenzahlen	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	●	
4	Qualitativ hochstehendes Aus-, Weiter- und Zusatzbildungsangebot: - Positive Kompetenzentwicklung der Studierenden und Teilnehmenden - starker Berufsfeldbezug	Ausbildung: Die Resultate der Erhebung über PaLea sind positiv (Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen); Weiter- und Zusatzausbildung: Die Rückmeldungserhebung ist positiv	●	
E	Konzeption und Etablierung der Weiter- und Zusatzausbildungen unter den neuen Rahmenbedingungen des Kantons Zug	Mind. 80 % der Kursanmeldungen können berücksichtigt werden	●	Projekt abgeschlossen; Überführung in eine wiederkehrende Aufgabe
F	Umsetzung der Studienreform Ausbildung	Die Auswirkungen der Studienreform werden von Praxislehrpersonen und Schulleitungen als für die Schule förderlich eingeschätzt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2015		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung				
5	Mitgestaltung des akademischen Diskurses in den Schwerpunktbereichen der PH Zug	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet	●	
6	Nutzbarmachung des erarbeiteten Wissens, Sicherstellung des Praxistransfers	Mind. 50 Publikationen sind veröffentlicht; mind. 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	●	
G	Förderung von Praxisforschung	Aufgleisen von ersten Projekten (Video-projekt Kompetenzorientierung)	●	
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
7	Die PH Zug ist ein Kompetenzzentrum für Beratungen im Bildungsbereich	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	●	
8	Durchführung von Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse usw.)	Pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug	●	
H	Beratungsangebot im Bereich Weiterbildung	Das Konzept Fachberatung wird umgesetzt; das fachdidaktische Zentrum «Musik & Gestaltung» ist aufgebaut	●	
Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung				
9	Adäquate und gezielte Information über Angebote und Entwicklungen der PH Zug	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr; die Veranstaltungen und Angeboten sind ausgelastet	●	
10	Synergien durch Zusammenarbeit mit externen Partner/innen	Die Vereinbarungen der Kooperation mit der PH Luzern werden umgesetzt; es werden neue Praxiscoaches gewonnen; jährlich 4 Koordinationsgespräche PH, Rektorenkonferenz, AgS	●	
11	Mitgestaltung des Schweizerischen Hochschulraums	Leitungspersonen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten der PH Zug arbeiten in den Gremien der COHEP mit	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015
Studierende der Studiengänge	Anzahl	301	300	309
Studierende des Vorkurses	Anzahl	45	50	48
Kursangebote Weiterbildung	Anzahl	120	160	205
Mitarbeitende	Vollzeitstellen	70	69	71
Praxiscoaches (Lehrpersonen in berufspraktischer Ausbildung)	Anzahl		400	233

Kommentar Einfluss-/Plangrößen
Das Budget 2015 weist die Anzahl der insgesamt zur Verfügung stehenden Praxiscoaches aus. Die Rechnung weist die tatsächlich eingesetzten Coaches aus.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-18'625'784.84	-19'557'000	-19'715'740.30	-158'740.30	0,8
Total Ertrag	11'482'785.00	11'309'000	11'467'740.30	158'740.30	1,4
Saldo	-7'143'000.00	-8'248'000	-8'248'000.00	0.00	0,0

Kommentar Rechnung

Der gegenüber dem Budget leicht höhere Aufwand resultiert insbesondere aus höheren Geräte- und Mobiliarkosten, höherem Werbeaufwand (Allrounder) und Finanzkosten (Euro-Währungsverluste). Der erhöhte Aufwand konnte mit zusätzlichen Erträgen (insbesondere aus Vorbereitungskurs und Nationalfondsprojekten) kompensiert werden.

Auf der Grundlage von § 16 Abs. 4 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Zug vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41) sowie gemäss Beschluss des Hochschulrats vom 13. Januar 2016 sind 29'531.13 Franken der Reserve der PH Zug zugewiesen worden. Der ausgewiesene Ertrag in der Rechnung 2015 ist um diese Reserve reduziert worden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

6 Bilanz

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2014	Bestand per 31.12.2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Kasse	2'098.15	3'350.90	1'252.75	59,7
Bankguthaben	3'354'274.77	2'084'998.52	-1'269'276.25	-37,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Debitoren)	627'089.71	1'725'554.46	1'098'464.75	175,2
Übrige kurzfristige Forderungen	9'815.06	7'181.81	-2'633.25	-26,8
Total Aktive Rechnungsabgrenzung	1'101'774.40	241'097.82	-860'676.58	-78,1
Mobiliar, Geräte, Apparate / Informatik	37'440.00	52'349.00	14'909.00	39,8
Total Aktiven	5'132'492.09	4'114'532.51	-1'017'959.58	-19,8
Verbindlichkeiten aus L+L gegenüber Dritten (Kreditoren)	290'792.60	362'589.29	71'796.69	24,7
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	0.00	50'001.10	50'001.10	
Verbindlichkeiten ggn. staatlichen Stellen AHV/UVG usw.	150'516.01	315'512.50	164'996.49	109,6
Passive Rechnungsabgrenzung	4'068'785.12	2'734'500.13	-1'334'284.99	-32,8
Allgemeine Reserven	333'629.08	622'398.36	288'769.28	86,6
Bilanzgewinn	288'769.28	29'531.13	-259'238.15	-89,8
Total Passiven	5'132'492.09	4'114'532.51	-1'017'959.58	-19,8

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-5'324.35	-6'000	-3'499.80	2'500.20	-41,7
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'921'441.20	-7'840'000	-7'919'952.80	-79'952.80	1,0
303	Sozialversicherungsbeiträge	-486'352.15	-466'100	-491'302.20	-25'202.20	5,4
304	Personalversicherungsbeiträge	-2'024'443.65	-1'134'800	-1'627'766.15	-492'966.15	43,4
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-147'151.00	-150'500	-149'253.20	1'246.80	-0,8
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-162'074.41	-159'300	-166'981.95	-7'681.95	4,8
307	Rentenleistungen	0.00	0	-13'176.00	-13'176.00	
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	0.00	-6'000	-428.75	5'571.25	-92,9
309	Übriger Personalaufwand	-244'177.50	-206'100	-172'185.60	33'914.40	-16,5
310	Büromaterial und Drucksachen	-17'202.30	-25'000	-20'678.10	4'321.90	-17,3
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-136'346.50	-174'800	-172'048.45	2'751.55	-1,6
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-229'789.65	-309'000	-223'990.85	85'009.15	-27,5
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'634'277.23	-1'855'250	-1'649'121.55	206'128.45	-11,1
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-293'110.92	-385'000	-392'444.10	-7'444.10	1,9
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-358'824.76	-353'900	-349'853.90	4'046.10	-1,1
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-36'000.00	-36'000	-36'000.00	0.00	0,0
317	Spesenentschädigungen	-54'559.25	-61'600	-63'629.20	-2'029.20	3,3
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'534'645.58	-1'593'400	-1'590'779.73	2'620.27	-0,2
319	Übriger Sachaufwand	-35'563.06	-52'000	-43'529.95	8'470.05	-16,3
320	Passivzinsen	-33'043.16	-50'000	-13'451.50	36'548.50	-73,1
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-9'184.45	-5'000	8'977.15	13'977.15	-279,5
331	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-571'887.30	-734'000	-698'942.48	35'057.52	-4,8
	Total Aufwand	-15'935'398.42	-15'603'750	-15'790'039.11	-186'289.11	1,2
420	Vermögensertrag Banken	128.45	1'000	7.80	-992.20	-99,2
421	Vermögensertrag Guthaben	0.00	100	0.00	-100.00	-100,0
427	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	2'700	2'534.00	-166.00	-6,1
432	Kostgelder und Kostenanteile	13'129'285.65	12'507'000	13'218'739.90	711'739.90	5,7
435	Verkäufe	3'071'699.71	3'290'450	2'913'878.25	-376'571.75	-11,4
436	Rückerstattungen	165'291.17	53'500	123'622.44	70'122.44	131,1
437	Entgeltsminderungen	-9'094.23	-12'000	-8'297.93	3'702.07	-30,9
	Anteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-339'557.06	-191'200	-368'356.28	-177'156.28	92,7
	Anteil Kanton Zug (1/5)	-84'889.27	-47'800	-92'089.07	-44'289.07	92,7
	Total Ertrag	15'935'398.42	15'603'750	15'790'039.11	186'289.11	1,2
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

300: Entschädigungen an Kommissionen sind sitzungsabhängig
304: Rückstellung für PK-Umstellung und Ausfinanzierung (641'000 Franken)
308: Es wurde kein Aushilfspersonal benötigt
307: Nach Pensionierung Mitarbeiter waren keine Rentenleistungen mehr geplant. Rente war Folge eines Betriebsunfalls und muss nach Pensionierung weiter bezahlt werden
309: Ausbildungskosten Personal tiefer als budgetiert
310: Günstigere Druckereikosten
312: Tiefer Ölpreis und neue Energieverträge mit WWZ
313: Geringerer Produktionsaufwand aufgrund Auftragsrückgang (siehe auch Konto 435)
319: Kreditorenkonti tiefer als budgetiert (-8'500 Franken)
320: Konsequente Ausgleichszahlungen und erneut tiefer Zinssatz
330: Abnahme Delkrede um 13'400 Franken
436: Rückerstattung Personal-Krankentaggelder (80'000 Franken)
437: Debitorenkonti nicht voll ausgeschöpft; Anteil Kanton Zug: Gewinn ist auf hohe Auslastung Belegungsplätze und daher hohe Kostgeldeinnahmen zurückzuführen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	-293'563.25	-730'000	-542'921.25	187'078.75	-25,6
6030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten		215'000	205'424.00	-9'576.00	-4,5
5060.01	EDV-Anlage	-12'599.70	-335'000	-318'875.95	16'124.05	-4,8
5060.02	Möblierungen (Haus und Gewerbe)	-4'882.00	-50'000	-49'451.46	548.54	-1,1
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-70'593.05	-10'800	-10'560.80	239.20	-2,2
5060.04	Fahrzeuge	0.00	-50'000	-35'000.00	15'000.00	-30,0
5060.05	Büromaschinen und Einrichtungen	0.00	0	0.00	0.00	0,0
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-25'974.40	-232'000	-408'233.60	-176'233.60	76,0
	Total Ausgaben	-407'612.40	-1'192'800	-1'159'619.06	33'180.94	-2,8

Kommentar Investitionsrechnung

5030.01: Aufgrund hoher Auslastung konnten keine Zellen renoviert werden (-200'000 Franken)

5060.04: Kaufpreis Fahrzeug tiefer als budgetiert

5060.06: Ausserplanmässige Neubeschaffung in Metallbearbeitung (180'000 Franken); bewilligt durch Paritätische Aufsichtskommission (Sitzung 27.05.15)

3 Bilanz

Konto	Bezeichnung	Bestand per 31.12.2014	Bestand per 31.12.2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kasse, Postcheck, Banken	1'251'910.71	2'512'980.27	1'261'069.56	100,7
1113	Kontokorrent Sanierung PK AN	67'039.60	59'133.60	-7'906.00	-11,8
1150	Debitoren	1'396'644.41	1'459'299.44	62'655.03	4,5
1190	Übrige Guthaben	268'921.26	253'558.30	-15'362.96	-5,7
1250	Vorräte	598'983.95	653'720.35	54'736.40	9,1
1300	Transitorische Aktiven	0.00	318'171.06	318'171.06	
1430	Hochbauten ¹⁾	1'612'805.18	1'755'979.78	143'174.60	8,9
1460	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	730'671.03	1'048'173.01	317'501.98	43,5
	Total Aktiven	5'926'976.14	8'061'015.81	2'134'039.67	36,0
2000	Kreditoren	519'503.66	829'664.98	310'161.32	59,7
2010	Depotgelder Insassen	880'732.96	859'799.40	-20'933.56	-2,4
2061	Kontokorrent Basel-Stadt	3'257'594.40	4'409'029.66	1'151'435.26	35,3
2062	Kontokorrent Kanton Zug-230	84'889.27	92'089.07	7'199.80	8,5
2090	Rückstellungen	173'326.00	108'290.00	-65'036.00	-37,5
2500	Transitorische Passiven	1'010'929.85	1'762'142.70	751'212.85	74,3
	Total Passiven	5'926'976.14	8'061'015.81	2'134'039.67	36,0

¹⁾ Bauten erfasst in den Staatsrechnungen der Kantone Basel-Stadt und Zug

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Gebäudeversicherung Zug

Ohne Leistungsauftrag

1 Erfolgsrechnung

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Bruttoprämienenertrag	28'234'656.66	28'740'000	29'347'742.42	607'742.42	2,1
Stempelsteuer	-1'129'327.85	-1'160'000	-1'173'884.35	-13'884.35	1,2
Präventionsanteil	-4'518'748.40	-4'590'000	-4'696'146.70	-106'146.70	2,3
Prämienaufwand Rückversicherung	-7'042'599.87	-7'960'000	-8'549'107.52	-589'107.52	7,4
Verdiente Prämien für eigene Rechnung	15'543'980.54	15'030'000	14'928'603.85	-101'396.15	-0,7
Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung ¹⁾	-5'083'984.75	-11'333'000	-260'354.15	11'072'645.85	-97,7
Veränderung der versicherungstechnischen Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen ²⁾	-9'449'891.00	-1'800'000	-12'557'851.00	-10'757'851.00	597,7
Betriebsaufwand für eigene Rechnung ³⁾	-1'816'622.03	-1'947'500	-2'178'516.95	-231'016.95	11,9
Übriger betrieblicher Ertrag ⁴⁾	44'850.70	65'000	910'856.25	845'856.25	1301,3
Übriger betrieblicher Aufwand	-8'427.11	-9'000	-9'744.01	-744.01	8,3
Technisches Ergebnis	-770'093.65	5'500	832'993.99	827'493.99	15045,3
Ertrag Prävention und Intervention	6'069'556.14	6'214'500	6'617'202.50	402'702.50	6,5
Aufwand Prävention und Intervention ⁵⁾	-3'898'415.60	-3'986'600	-4'433'576.15	-446'976.15	11,2
Personal- und Verwaltungsaufwand Prävention und Intervention	-2'177'102.54	-2'225'900	-2'187'372.35	38'527.65	-1,7
Veränderung nicht versicherungstechnische Rückstellungen Prävention und Intervention ⁶⁾	5'962.00	-2'000	3'746.00	5'746.00	-287,3
Ergebnis Prävention und Intervention	-0.00	0	-0.00	-0.00	
Ertrag aus Kapitalanlagen ⁷⁾	5'895'559.74	3'980'000	4'855'420.59	875'420.59	22,0
Aufwand aus Kapitalanlagen ⁸⁾	-432'223.60	-1'306'000	-1'051'164.34	254'835.66	-19,5
Vermögensverwaltungsaufwand	-45'512.79	-48'500	-52'366.27	-3'866.27	8,0
Ergebnis aus Kapitalanlagen vor Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	5'417'823.35	2'625'500	3'751'889.98	1'126'389.98	42,9
Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen ⁹⁾	-3'609'000.00		-1'500'000.00	-1'500'000.00	
Ergebnis aus Kapitalanlagen	1'808'823.35	2'625'500	2'251'889.98	-373'610.02	-14,2
Betriebliches Ergebnis	1'038'729.70	2'631'000	3'084'883.97	453'883.97	17,3
Ausserordentliches Ergebnis	0.00	0	0.00	0.00	
Gewinn/Verlust	1'038'729.70	2'631'000	3'084'883.97	453'883.97	17,3

Kommentar Rechnung

¹⁾ Sehr wenig Schäden

²⁾ Dank gutem Geschäftsgang notwendige Rückstellungen möglich

³⁾ Grösserer Aufwand Revisionsschätzungen und Start Projekt Gartenstadt

⁴⁾ Nicht vorgesehene Überschussbeteiligung der Kantonalen Gebäudeversicherungen (KGV) am Ergebnis des Interkantonalen Rückversicherungsverbandes (IRV) per 31. Dezember 2014

⁵⁾ Mehraufwand beim Stützpunkt; div. Anschaffungen wie Fahrzeug und Ausrüstungen

⁶⁾ Abbau Ferien- und Arbeitszeitguthaben

⁷⁾ Höhere Zinserträge und Kursgewinne

⁸⁾ Geringere Kursverluste

⁹⁾ Dank gutem Geschäftsgang Rückstellung möglich

2 Bilanz

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2014	Bestand per 31.12.2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
Kapitalanlagen	106'083'096.01	113'422'347.96	7'339'251.95	6,9
Beteiligung	6'730'747.13	6'776'577.61	45'830.48	0,7
Total Anlagevermögen	112'813'843.14	120'198'925.57	7'385'082.43	6,5
Aktive Rechnungsabgrenzungen	260'022.29	233'118.01	-26'904.28	-10,3
Forderungen	16'725'573.08	7'039'854.26	-9'685'718.82	-57,9
Flüssige Mittel	5'425'035.53	10'491'413.57	5'066'378.04	93,4
Total Umlaufvermögen	22'410'630.90	17'764'385.84	-4'646'245.06	-20,7
Total Aktiven	135'224'474.04	137'963'311.41	2'738'837.37	2,0
Gewinnreserven	55'831'994.06	56'870'723.76	1'038'729.70	1,9
Gewinn/Verlust	1'038'729.70	3'084'883.97	2'046'154.27	197,0
Total Eigenkapital	56'870'723.76	59'955'607.73	3'084'883.97	5,4
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung	22'346'103.15	7'892'898.15	-14'453'205.00	-64,7
Versicherungstechnische Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen	34'481'911.00	47'039'762.00	12'557'851.00	36,4
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	2'328'396.73	2'597'639.78	269'243.05	11,6
Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	18'283'000.00	19'783'000.00	1'500'000.00	8,2
Passive Rechnungsabgrenzungen	158'200.75	196'105.95	37'905.20	24,0
Verbindlichkeiten	756'138.65	498'297.80	-257'840.85	-34,1
Total Fremdkapital	78'353'750.28	78'007'703.68	-346'046.60	-0,4
Total Passiven	135'224'474.04	137'963'311.41	2'738'837.37	2,0

Separatfonds

Gesamtwürdigung

Fondsrechnung

Bilanz

Gemäss § 9 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sind Separatfonds formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbestimmung. Das Verfügungsrecht steht dem Regierungsrat zu. Die Führung der Separatfonds-Buchhaltung wird durch die Kantonale Finanzverwaltung wahrgenommen. Die Bewirtschaftung der Geldmittel richtet sich nach den in der Anlagestrategie vom 18. Dezember 2015 festgelegten Richtlinien. Die jährliche Revision erfolgt durch die Finanzkontrolle des Kantons Zug.

Insgesamt bestehen sieben Separatfonds. Die bekanntesten sind der «Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke» (Lotteriefonds) sowie der «Sport-Toto-Fonds». Der Kanton ist Mitglied der «SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie» und des Vereins «Sport-Toto-Gesellschaft». Die von SWISSLOS erwirtschafteten Mittel fliessen – aufgeteilt nach Bevölkerungsgrösse und Spielfreudigkeit beziehungsweise den Umsätzen beim Zahlenlotto – an die Kantone. Diese Mittel werden dem Lotteriefonds und dem Sport-Toto-Fonds gutgeschrieben. Der Regierungsrat legt den Verteilschlüssel fest.

Beiträge aus dem Lotteriefonds werden ausschliesslich an Projekte mit wohltätigem, gemeinnützigem oder kulturellem Zweck und nur an Vorhaben mit einem Bezug zum Kanton Zug oder von gesamtschweizerischer Bedeutung ausgerichtet. Für den Sport-Toto-Anteil gelten die Bestimmungen des Sportgesetzes.

2015 erhielt der Lotteriefonds 5,5 Millionen Franken (75 Prozent) aus den SWISSLOS-Mitteln. An mehrere hundert Gesuche wurden 5,9 Millionen Franken gesprochen. Der Sport-Toto-Fonds erhielt 1,8 Millionen Franken (25 Prozent). An die Gesuchstellenden wurden 2,2 Millionen Franken ausgerichtet. Das Vermögen des Lotteriefonds betrug per Ende Jahr 11,5 Millionen Franken, dasjenige des Sport-Toto-Fonds 2,6 Millionen Franken.

Eventualverpflichtungen

Mögliche Verpflichtungen bestehen in 22 Fällen im Betrag von 3,3 Millionen Franken.

Finanzielle Zusicherungen

In 61 Fällen im Betrag von 1,9 Millionen Franken sind Beiträge bereits zugesichert.

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
0200	Bewirtschaftung Fondsvermögen				
31300	Bankspesen (Kontoführung)	-841.63	-1'001.85	-160.22	19,0
32901	Kursdifferenzen	-1'776.51	-10'174.31	-8'397.80	472,7
34102	Realisierte Kursverluste auf verzinsliche Anlagen	-37'877.50	-204'575.00	-166'697.50	440,1
34201	Kommissionen	-2'614.45	-6.80	2'607.65	-99,7
34202	Depotverwaltungsgebühren	-12'608.55	-11'879.55	729.00	-5,8
34400	Nicht realisierte Kursverluste	-585'782.17	-820'235.67	-234'453.50	40,0
42900	Übrige Entgelte	4.18		-4.18	-100,0
44000	Zinsen Bankkonten und Festgelder < 90 T.	13'204.33	1'547.27	-11'657.06	-88,3
44020	Zinsen Festgelder >3 Mt. (Sachgruppe 102)	20'529.50	14'030.90	-6'498.60	-31,7
44070	Zinsen Obligationen	199'418.18	147'641.24	-51'776.94	-26,0
44100	Realisierte Gewinne auf Finanzanlagen	611'563.73	5'019.05	-606'544.68	-99,2
44101	Realisierte Gewinne verzinsliche Anlagen	130'744.92		-130'744.92	-100,0
44102	Realisierte Gewinne Immobilienfonds	8'150.40	1'182.20	-6'968.20	-85,5
44200	Dividenden	507'325.60	520'955.10	13'629.50	2,7
44201	Ertragsausschüttungen Anlage-Fonds	52'532.00	52'532.00	0.00	0,0
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	2'067'111.95	557'339.20	-1'509'772.75	-73,0
0200	Total Bewirtschaftung Fondsvermögen	2'969'083.98	252'373.78	-2'716'710.20	-91,5
0201	Nicht liquiditätswirksame Veränderungen				
34400	Nicht realisierte Kursverluste	585'782.17	820'235.67	234'453.50	40,0
39400	Verzinsung der Fondsbestände	-99'925.01	-20'209.06	79'715.95	-79,8
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	-2'067'111.95	-557'339.20	1'509'772.75	-73,0
0201	Total Nicht liquiditätswirksame Veränderungen	-1'581'254.79	242'687.41	1'823'942.20	-115,3
1100	Winkelriedfonds				
49400	Verzinsung Fonds	7'411.24	1'489.66	-5'921.58	-79,9
1100	Total Winkelriedfonds	7'411.24	1'489.66	-5'921.58	-79,9
1200	Fonds für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge				
36371	Unterstützungen		-839.35	-839.35	
46360	Beiträge privater Organisationen ohne Erwerbszweck	413.30	414.30	1.00	0,2
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone	29'831.90		-29'831.90	-100,0
49400	Verzinsung Fonds	246.58	79.81	-166.77	-67,6
1200	Total Fonds für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge	30'491.78	-345.24	-30'837.02	-101,1
2200	Kantonaler Kulturfonds Kultugesetz				
49400	Verzinsung Fonds	3'371.00	677.57	-2'693.43	-79,9
2200	Total Kantonaler Kulturfonds Kultugesetz	3'371.00	677.57	-2'693.43	-79,9

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Abw. in Fr.	Abw. in %
3100	Entschädigungsfonds für Tierverluste				
31306	Dienstleistungen Tierseuchenbekämpfung	-92'402.20	-105'133.40	-12'731.20	13,8
36376	Entschädigung diverse Seuchentiere	-1'824.00	-3'036.00	-1'212.00	66,4
36379	Entschädigung Seuchentiere Rindergattung		-1'207.00	-1'207.00	
42900	Übrige Entgelte	16'136.50	2'771.50	-13'365.00	-82,8
46310	Erträge aus Viehhandel	13'131.75	17'301.00	4'169.25	31,7
46311	Beiträge vom Kanton	176'783.00	176'246.00	-537.00	-0,3
49400	Verzinsung Fonds	12'284.13	2'580.94	-9'703.19	-79,0
3100	Total Entschädigungsfonds für Tierverluste	124'109.18	89'523.04	-34'586.14	-27,9
3300	Sport-Toto-Fonds				
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-1'858'306.95	-2'199'111.37	-340'804.42	18,3
46351	Anteil Ertrag Sport-Toto (25 %)	1'696'947.75	1'832'669.50	135'721.75	8,0
49400	Verzinsung Fonds	15'374.87	2'928.99	-12'445.88	-80,9
3300	Total Sport-Toto-Fonds	-145'984.33	-363'512.88	-217'528.55	149,0
3400	Fonds für wohlt.,gemeinn. und kult. Zwecke				
31190	Ankauf Bilder und Bücher	-296'962.50	-100'359.00	196'603.50	-66,2
31305	Dienstleistungen Dritter	-41'240.42	-71'641.85	-30'401.43	73,7
31990	Übriger Aufwand	-24'351.45	-23'768.15	583.30	-2,4
32901	Kursdifferenzen		12.08	12.08	
36010	Zuweisung an Staatsrechnung	-20'530.00	-212'700.00	-192'170.00	936,0
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-4'556'238.19	-5'300'837.10	-744'598.91	16,3
36373	Werk- und Weiterbildungsbeiträge an Künstler	-147'000.00	-171'500.00	-24'500.00	16,7
42500	Verkäufe	2'155.66	2'414.30	258.64	12,0
42900	Übrige Entgelte	9'855.74	26'290.80	16'435.06	166,8
46320	Beiträge von Gemeinden	500.00		-500.00	-100,0
46352	Anteil Ertrag Landeslotterie/SWISSLOS (75 %)	5'090'843.25	5'498'008.50	407'165.25	8,0
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone	126'388.11		-126'388.11	-100,0
49400	Verzinsung Fonds	58'336.82	11'869.12	-46'467.70	-79,7
3400	Total Fonds für wohlt.,gemeinn. und kult. Zwecke	201'757.02	-342'211.30	-543'968.32	-269,6
3500	Gewerbeschulefonds Keiser und Beby				
31040	Materialien für den Unterricht		-5'744.75	-5'744.75	
42900	Übrige Entgelte		127'159.20	127'159.20	
49400	Verzinsung Fonds	2'900.37	582.97	-2'317.40	-79,9
3500	Total Gewerbeschulefonds Keiser und Beby	2'900.37	121'997.42	119'097.05	4'106,3
99	Fondsrechnung	1'611'885.45	2'679.46	-1'609'205.99	-99,8

Separatfonds
Bilanz

Konto	Bezeichnung	per 31.12.2014	per 31.12.2015	Abw. in Fr.
1	Aktiven			
100	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
1001	Post	4'102'158.68	9'284'008.20	5'181'849.52
1002	Banken	6'084'698.26	11'268'130.65	5'183'432.39
	Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	10'186'856.94	20'552'138.85	10'365'281.91
101	Forderungen			
1010	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3'842.20	44'654.00	40'811.80
1013	Anzahlungen an Dritte	29'300.00	310'900.00	281'600.00
1019	Übrige Forderungen	132'633.73	203'531.86	70'898.13
	Total Forderungen	165'775.93	559'085.86	393'309.93
102	Kurzfristige Finanzanlagen			
1023	Festgelder	3'000'000.00	1'000'000.00	-2'000'000.00
	Total Kurzfristige Finanzanlagen	3'000'000.00	1'000'000.00	-2'000'000.00
104	Aktive Rechnungsabgrenzung			
1044	Aktivzinsen	83'140.08	44'008.67	-39'131.41
1049	Übrige aktive Rechnungsabgrenzung LV		21'531.70	21'531.70
	Total Aktive Rechnungsabgrenzung	83'140.08	65'540.37	-17'599.71
107	Finanzanlagen			
1070	Aktien und aktienähnliche Wertpapiere	15'522'657.34	15'333'405.77	-189'251.57
1071	Verzinsliche Anlagen	7'753'106.40	4'050'749.50	-3'702'356.90
1074	Immobilienfonds	1'504'071.00	1'527'683.00	23'612.00
	Total Finanzanlagen	24'779'834.74	20'911'838.27	-3'867'996.47
108	Sachanlagen FV			
1084	Immobilien/Grundstücke FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Sachanlagen FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Aktiven	38'224'107.69	43'097'103.35	4'872'995.66

**Separatfonds
Bilanz**

Konto	Bezeichnung	per 31.12.2014	per 31.12.2015	Abw. in Fr.
2	Passiven			
200	Laufende Verbindlichkeiten			
2000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-84'586.28	-413'967.95	-329'381.67
	Total Laufende Verbindlichkeiten	-84'586.28	-413'967.95	-329'381.67
204	Passive Rechnungsabgrenzung			
2049	Passive Rechnungsabgrenzung	-744.00	-4'600'000.00	-4'599'256.00
	Total Passive Rechnungsabgrenzung	-744.00	-4'600'000.00	-4'599'256.00
291	Fondsvermögen			
2910	Fürsorgefonds			
2910,11	Winkelriedfonds	-1'489'658.85	-1'491'148.51	-1'489.66
2910,12	Fonds für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge	-79'806.93	-79'461.69	345.24
	Total Fürsorgefonds	-1'569'465.78	-1'570'610.20	-1'144.42
2911	Kulturelle Fonds			
2911,22	Kantonaler Kulturfonds	-677'570.86	-678'248.43	-677.57
	Total Kulturelle Fonds	-677'570.86	-678'248.43	-677.57
2912	Staatwirtschaftliche Fonds			
2912,31	Entschädigungsfonds für Tierverluste	-2'580'935.13	-2'670'458.17	-89'523.04
2912,33	Sport-Toto-Fonds	-2'928'990.23	-2'565'477.35	363'512.88
2912,34	Fonds für wohltätige, gemeinn. u. kult. Zwecke	-11'869'120.50	-11'526'909.20	342'211.30
2912,35	Fonds Keiser+Beby zur Förd. von Lernprojekt. GIBZ	-582'973.54	-704'970.96	-121'997.42
	Total Staatwirtschaftliche Fonds	-17'962'019.40	-17'467'815.68	494'203.72
	Total Fondsvermögen	-20'209'056.04	-19'716'674.31	492'381.73
298	Übriges Eigenkapital			
2980.10	Kursrisiko- und Ausgleichsreserve bis 2008	-5'498'933.06	-5'498'933.06	0.00
2980.20	Kursreserve ab 2009	-6'579'740.94	-6'521'419.47	58'321.47
2980.30	Überschüsse Bewirtschaftung Fondsvermögen ab 2009	-5'851'047.37	-6'346'108.56	-495'061.19
	Total Übriges Eigenkapital	-17'929'721.37	-18'366'461.09	-436'739.72
	Total Passiven	-38'224'107.69	-43'097'103.35	-4'872'995.66

Impressum

Regierungsrat des Kantons Zug

Bezugsquelle

Staatskanzlei

Seestrasse 2

Regierungsgebäude am Postplatz

6300 Zug

Telefon +41 41 728 33 11

info@zg.ch

Publiziert auch im Internet:

www.zg.ch > Behörden > Regierungsrat > Finanzen und Geschäftsberichte

